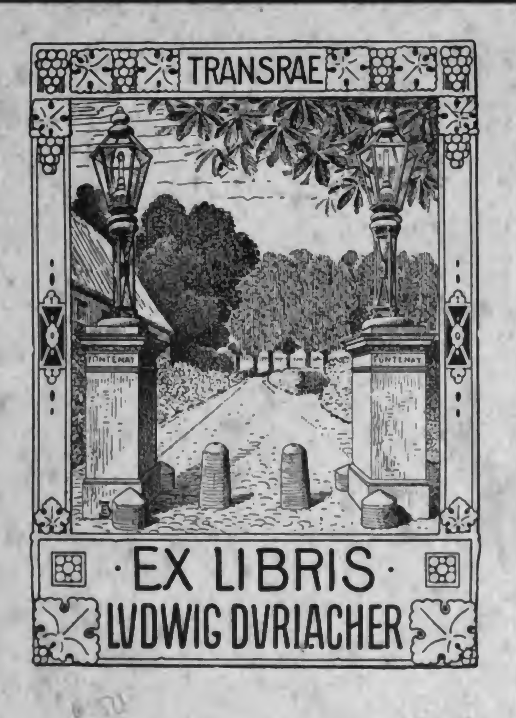
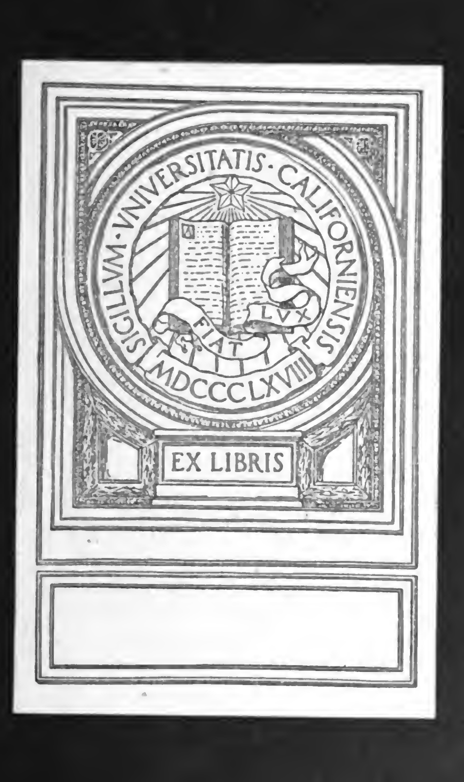
Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit und ...

Karl Lamprecht


TRANSRAE
FONTENAY
FONTENAY
· EX LIBRIS ·
LVDWIG DVRIACHER


SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
FIAT LVX
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS

Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart.

Von

Karl Lamprecht.



Zweiter Band.

Geschichte der inneren und äußeren Politik in den siebziger bis neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts.

Berlin.
Weidmannsche Buchhandlung.
1913.

Altenburg
Piererſche Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.

Vorwort.

Diesem zweiten Bande meiner Deutschen Geschichte der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart habe ich nur wenige Worte vorauszusenden. Der Leser, der ihn mit seiner Vorlage, der zweiten Hälfte des zweiten Ergänzungsbandes meiner Deutschen Geschichte (erste und zweite Auflage, neuer Abdruck 1906) vergleicht, wird schon weit mehr Änderungen bemerken, als an dem ersten Bande sich im Verhältnis zu seiner Vorlage nötig erwiesen hatten.

Es begreift sich das zum Teil aus dem Stoffe. Schilderte der erste Band die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, so erzählt der zweite die Geschichte der inneren und äußeren Politik bis gegen Schluß des Jahrhunderts. Da war natürlich viel mehr Anlaß, diesen und jenen Zusammenhang, dieses und jenes Urteil zu revidieren, als auf dem Gebiete der Wirtschafs- und Sozialgeschichte, wo der Untergrund der Tatsachen wie die Möglichkeit der Beleuchtung eine viel einfachere und festere ist. Indes bin ich mit Veränderungen, wenn auch das Ganze umgestaltet wurde und ganze Teile völlig verschwunden sind, im einzelnen doch vorsichtig gewesen. Was der Einführung von Anschauungen, die erst nach dem Beginne des neuen Jahrhunderts gewonnen werden konnten, immer wieder entgegenwirkte, war der Umstand, daß die ganze Darstellung eben auf dem geistigen Zustand etwa des Jahres 1900 aufgebaut ist und eben hierauf auch ihr besonderer Reiz — wenn man ihr einen zusprechen will — beruht. Wie sah man damals die politische Welt in Deutschland an, nach innen wie nach außen? Das ist, abgesehen von der Mitteilung

der Tatsachen und der objektiven Zusammenhänge, die Frage, die von dem Bande, jetzt schon sozusagen von historischem Standpunkte, aus einem Blickwinkel der Vergangenheit vor zehn Jahren her beantwortet wird. Und so rückt der Band, obwohl noch der Gegenwart angehörig, doch schon auch in den Bereich der deutschen Geschichtsquellen jüngster Vergangenheit.

Bis zu einem gewissen Grade ist das freilich auch schon der Charakter des ersten Bandes. Und so sind beide Bände, die innerlich zusammenhängend eine erste Gruppe der auf sechs Bände berechneten Gesamtdarstellung bilden, in der Tat wie ein Vestibül, wie eine Eingangshalle des Ganzen. In der Sprache der Kultur des ausgehenden 19. Jahrhunderts erzählen sie von dieser und führen gegen Ende, am Schluß des zweiten Bandes, sogar ein wenig in die Klagen und Sorgen, den Stolz und die Hoffnungen ein, welche die Zeitgenossen damals bewegten.

Diesen besonderen Standpunkt werden die nun folgenden Bände verlassen. Das Bündel der nächsten zwei Bände, das die Entwicklung der im spezifischen Sinne geistigen und künstlerischen Kultur umfassen soll, wird die Erzählung in einem Zuge von den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart durchführen; das letzte Bündel endlich, Band V und VI, soll über die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung des Zeitraumes seit dem Jahrhundertwechsel Auskunft geben.

Leipzig, 1. November 1912.

K. Lamprecht.

Inhalt.

Innere Politik.

Äußere Politik.

Umschau.



1. Unendlich reich an Schattierungen ist die Reihe verschiedenartiger Erscheinungen, die im geschichtlichen Leben von Vorgängen unbewußter Entwicklung zu solchen bewußter Willenshandlungen hinüberführt. Trotzdem stehen die polaren Gegensätze klar da: auf der einen Seite die Tat des Einzelnen, des persönlichen Mikrokosmos, auf der anderen die makrokosmische Entfaltung des Volkes, der regelmäßigsten Einheit menschlicher Gesellschaft. Und suchen wir von diesen Gegensätzen her einen der Hauptunterschiede zwischen geschichtlich bewußten und unbewußten Vorgängen aufzustellen, so wird sich sagen lassen, daß die unbewußten Vorgänge zumeist, wenn nicht immer, ein anderes Zeitmaß ihrer Entfaltung aufweisen als die bewußten. Rasch ist die Tat —, langsam, mit anscheinend vegetativer Ruhe, reifen die Zustände.

Dieser Gegensatz erklärt es, warum die Zustände, auch insofern sie schon geworden sind, so spät und erst auf höheren Kulturstufen Gegenstand bewußter Kenntnis werden; es bedarf eines systematisch angewandten Gedächtnisses und vieler Voraussicht, um ihre Wandlungen auseinanderzulegen. Heute freilich bezweifelt niemand mehr, daß die Zustände in gewaltigen Umschwüngen ständig wechseln, und daß eben dieser Wechsel die Kernbewegung des historischen Lebens ausmacht.

Und liegen schließlich in der Entwicklung des Individuums, des Einzelmenschen und des Einzelorganismus überhaupt, nicht die gleichen Verhältnisse vor? Mit den unabänderlich und uns unbewußt verlaufenden Bewegungsvorgängen von der Kindheit zur Jugend und von der Jugend zum Mannes- und Greisenalter sind wir eingeschrieben in den Entwicklungsprozeß des Lebens; niemand kann seiner Länge eine Elle

zusetzen; und wo wäre der Biograph, der sich der Einteilung des Lebenslaufes seines Helden in die großen Perioden natürlichen Wachsens, Blühens und Welkens zu entwinden vermöchte?

Es kann keine Geschichte der Tat in der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit, und am wenigsten der politischen Tat, gedacht werden ohne deren eingehendste Fundamentierung in den unbewußten Lebensprozessen der menschlichen Gemeinschaft, der sie angehört, soll anders die politische Geschichte nicht bloß Neugier befriedigen oder Klatsch verstärken.

Welches aber sind diese Lebensprozesse?

Die volle Antwort auf diese Frage würde eine Abhandlung erfordern, in der die einzelnen geschichtlichen Ereignisgruppen und Zustände auf den regulären Grad ihrer Unbewußtheit zu untersuchen und nach ihnen zu klassifizieren wären. Hier, wo es darauf ankommt, auf dem Hintergrunde der gesamten deutschen Geschichte diejenigen Elemente hervorzuheben, die für die politische Geschichte zunächst und speziell der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart von besonderem und grundsätzlichem Werte sind und gewesen sind, wird es genügen, diese Werte an erster Stelle da zu suchen, wo sie am augenscheinlichsten hervortreten, in der Geschichte des Wirtschaftslebens und der sozialen Entwicklung [1].

Man kann die gesamte Wirtschaftsentwicklung als einen Prozeß der Intensivierung der menschlichen Arbeitsweise und der Kapitalbildung ansehen, falls man unter Kapital wirtschaftliche Machtmittel versteht, gleichviel welcher Art, ob nun in Klima und geographischer Lage, ob in Grund und Boden, ob in mobilem Kapital gegeben. Und man kann von diesem Standpunkte aus, der sich vielleicht von

[1] Über den Verlauf dieser Entwicklung im einzelnen wie im ganzen hat Band I dieses Werkes, zur Vorbereitung auf die in diesem zweiten Bande zu behandelnden Gegenstände, eingehend berichtet.

dem Nationalökonomen der modernen Wirtschaft, sicherlich aber nicht von dem Historiker mehrerer, innerlich verschieden gearteter Wirtschaftszeitalter umgehen läßt, noch einen Schritt weiter vorrücken. Es läßt sich sagen, daß am Ende nur die Intensivierung menschlicher Arbeitsweise den Inhalt der Wirtschaftsgeschichte ausmache. Denn wenn Geschichte Seelenleben in statu nascendi ist, so sinkt das Kapital zu einer bloßen Bedingung der Auswirkung dieses Seelenlebens herab, in welcher Art von natürlichen, nicht psychischen Gegebenheiten, im Wechsel oder Nichtwechsel der Jahreszeiten, im Vorkommen von Mineralschätzen, in der Ausbeutungsfähigkeit von natürlichen Energien des Dampfes oder Wassers es auch bestehe. Eine solche Ansicht, wie sie ähnlich schon Rodbertus vorgetragen hat, würde dann, wie sie mit einer psychologischen Theorie der Wirtschaftsstufen zusammenträfe, den Inhalt der Wirtschaftsgeschichte in dem Fortschritte jener seelischen Spannung erblicken, die zur Überbrückung der zwischen Wirtschaftsbedürfnis und Wirtschaftsgenuß liegenden Trennungsmomente ausgelöst werden muß. Auslösung seelischer Spannungen zur Befriedigung von Wirtschaftsbedürfnissen, das heißt eine Betrachtung des Wirtschaftslebens wesentlich vom Standpunkte der Güterverteilung; Intensivierung menschlicher Arbeit, das heißt eine — in unserem Falle inhaltlich fast identische — Betrachtung desselben Lebens vom Standpunkte der Gütererzeugung wäre also die Aufgabe.

Anschaulicher aber noch und darum für die erzählende politische Geschichte vielleicht brauchbarer bleibt eine Betrachtung, die sich an die beiden Faktoren der menschlichen Arbeit und der Kapitalbildung anschließt.

In welchem Verhältnis standen diese beiden Elemente im deutschen Mittelalter? Skizzieren wir ins Ganze mit eilender Feder, so läßt sich folgendes sagen. Die menschliche Arbeit hatte unter den Germanen um Christi Geburt die Intensität erreicht, daß sie schon im Übergange von der bloßen Jagd- und Weidenutzung in die agrarische Nutzung

des Bodens begriffen war. Dabei wurde der Anbau zunächst nach sozialistischen, ja kommunistischen Grundsätzen betrieben, weil der Boden noch als ein kriegsgewonnenes Gut erschien, dessen Genuß allen Kameraden — und welcher Germane war nicht Krieger? — in wesentlich gleicher Weise zukommen müsse. Der agrarische Kommunismus der deutschen Urzeit ist also nicht originären Charakters, sondern aus einem anderen Moment der germanischen Verfassung, aus der Heeresverfassung, abgeleitet. Aber da diese Heeresverfassung wiederum auf der Sippenverfassung beruhte, so hat die Agrarverfassung, mittelbar den konservativsten aller seelischen Mächte der Geschichte, den durch Zeugung hervorgerufenen menschlichen Zusammenhängen angehörend, und unmittelbar auf der konservativsten aller historischen Bedingungen, auf dem Wesen des Grundes und Bodens beruhend, in fast ungeschwächtem Dasein Jahrhunderte und in stattlichen Resten Jahrtausende überdauert: und erst die Verkopplungen und Gemeinheitsteilungen des 19. Jahrhunderts, und selbst sie nicht einmal völlig, haben ihr und ihrer Umbildung zur Markgenossenschaft ein Ende gemacht.

Doch trat schon um die Mitte des ersten Jahrtausends der christlichen Ära gegen den Agrarkommunismus die feindseligste aller Gewalten, die Einzelpersönlichkeit, in die Schranken. Wer wollte verkennen, daß es auch unter den Germanen faule und fleißige, habgierige und verschwenderische und vor allem leichtsinnige und ernste, vorausblickende und törichte Wirte gegeben haben muß? Mit erreichter voller Seßhaftigkeit, unter Zuständen, in denen die Besitz- und Nutzungsverhältnisse für jeden Einzelwirt endgültig konsolidiert waren, begannen diese Unterschiede zu wirken. Wie im einzelnen, das zu verfolgen ist hier nicht unsere Aufgabe[1]. Genug: es kam dazu, daß schon das 7. und 8. Jahrhundert eine Landaristokratie sah, von der die Zeitgenossen sagten: per diversa possidet: zu Leuten, die landreich ge-

[1] S. dazu schon Band I S. 31 ff.

worden waren in verschiedenen Dörfern. Sogenannte Großgrundherrschaften bildeten sich im Streubesitze von einzelnen Bauernhufen über weite Flächen hin; im 9. und 10. Jahrhundert war es nichts Seltenes, daß ein Herr solche Anwesen zu Tausenden in Hunderten von Dörfern und gelegentlich zu Dutzenden in einem Dorfe besaß: und damit ganze Gegenden seinem Einflusse zu unterwerfen begann. Denn gänzlich falsch wäre es, zu glauben, daß der Grundherr von seinem Besitze, der an zahlreiche Grundholde zur Nutzung gegen Naturalzinse und Fronden ausgetan war, nur einen Verbrauchsgenuß habe erzielen wollen. Diese Grundherren, nun der ausgebildete hohe Adel der deutschen Kaiserzeit, lebten keineswegs wesentlich im luxuriösen Verzehr der Einkünfte ihrer Höfe und Hufen: ihr Bestreben war vielmehr, was sie einnahmen, zum besten Teile produktiv zu verwenden. Und dies natürlich in einer Weise, die dem Wirtschaftsleben ihrer Zeit angemessen, ja in ihm allein möglich war. Was erworben werden konnte, war das vornehmste und, weil jüngste, so auch rentabelste Kapital dieser Zeit, war Grund und Boden. Nutzbarer Erwerb und nutzbare Verwertung des Grundes und Bodens aber hieß Kolonisation noch brachliegender Strecken der Heimat durch anzusetzende Grundholde, hieß Erwerb schon bestehender Hufen zu grundholder Bebauung: hieß in Summa Vermehrung der grundholden Existenzen innerhalb der eigenen Grundherrschaft. Und was haben die Grundherren nicht alles getan, um dies Ziel zu erreichen! Vor allem wurde Ausdehnung der räumlichen Einflußsphäre zum Feldgeschrei der Grundherren. Da wurde in jenen friedlosen und oft auch rechtlosen Zeiten Bauer auf Bauer gegen Zusagung von Schutz in den Bereich der Grundherrschaft aufgenommen, sei es als schwerer belasteter Grundholder, sei es als freier gestellter Vogteimann: und zu diesem Zwecke wurde die Grundherrschaft selbst langsam in eine Schutzgewalt der Gegend mit kriegerischen Institutionen umgebildet. Da wurden, zu Recht und zu Unrecht, der Benutzung noch nicht

erschlossene Wälder der Grundherrschaft einverleibt, um teils dem Gewinne durch Jagd, Fischfang und Imkerei, teils der Ausbeutung durch neuen Anbau zu dienen. Da wurde in Notfällen auch durch Ankauf erworben, durch Tausch arrondiert, durch Lehnsübernahme eingeschluckt: bis eine geschlossene Einflußsphäre agrarischen Besitzes und landwirtschaftlicher Nutzung erstanden war, auf der als ökonomischer Grundlage sich, wenn das Glück lächelte, seit den Zeiten der Staufer ein wirklicher kleiner Staat, ein Territorium und die Reichsstandschaft des späteren Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation erheben konnte.

Zeichnen wir jetzt die verzackten und verzwickten Umrisse, in denen dieses Bild im Laufe des 9. bis 13. Jahrhunderts in tausend Exemplaren hervortritt, in einige ruhigere und mehr zusammenfassende Konturen um, so ist das Ergebnis im Grunde einfach genug. Nach anfänglich kommunistischer Bewältigung eines neuen, gewaltigen Kapitals der Volkswirtschaft, des Grundes und Bodens als landwirtschaftlich genutzten Landes, begann die Zuteilung und Bewirtschaftung dieses gemeinsam gewonnenen Kapitals an die Einzelnen je nach deren persönlichen Fähigkeiten. Viele dieser Einzelnen werden darauf bald landarm, andere halten sich im herkömmlichen Besitze, wenige, eine künftige Landaristokratie, werden landreich. Sie produzieren mehr, als sie verbrauchen; sie werden auf Grund ihrer Erwirtschaftung, ihrer Überschüsse, expansiv; sie benutzen den Boden als Produktivkapital; sie erwerben neue Landnutzung: und indem sie dies tun, entwickeln sie ein Leben erst der wirtschaftlichen, dann der politischen Machtstellung. Dabei ist der Übergang zur politischen Machtstellung kein Zufall. Wie soll wirtschaftliche Expansion innerhalb einer menschlichen Gemeinschaft gewährleistet werden, ja auch nur zustande kommen, wenn sie nicht von der obersten Gewalt, dem Staate, gegenüber jenen Gleichheitsgelüsten des Ganzen geschützt wird, die niemals aussterben und darum in jeder revolutionären Bewegung von neuem emporlodern werden? So erstrebt jeder

Angehörige der Expansion ohne weiteres staatlichen Schutz, und er sieht diesen am besten gewährleistet, wenn er selbst politisch etwas gilt, ja wenn er, in Zeiten schwacher Staatsgewalt, eigene Souveränitätsrechte entwickelt. Es gibt keine individualistische Richtung in der Volkswirtschaft, die sich nicht alsbald ins Politische umsetzte, in das, was wir heute im allgemeinsten Sinne dieser Wörter Expansion und Machtpolitik nennen.

Das mittelalterliche Wirtschaftsleben wurde, nach gewissen Zwischenbildungen des 14. bis 17. Jahrhunderts, seit dem 18. und 19. Jahrhundert durch ein neues wirtschaftliches Zeitalter abgelöst, das ihm in mancher Hinsicht genau entgegengesetzt war. Das für die heutigen Formen des Wirtschaftslebens schließlich, wenn nicht entscheidende, so doch besonders charakteristische Moment der Umbildung war darin gegeben, daß einer durch zunehmende Ersparnisse, durch wachsende Erwirtschaftungen der Nation immer intensiver gestalteten Wirtschaftstätigkeit aus dem Schatze der Naturkräfte binnen kurzer Zeit von neuem ungeheuere Kapitalien zugeführt wurden, deren Einfluß an Mächtigkeit und Eindrucksfähigkeit auf die Zeitgenossen die Wirkungen der Landergreifung und Seßhaftmachung von zwei Jahrtausenden wohl so ziemlich erreicht hat.

Diese neuen Naturkräfte stellte die Entwicklung der Wissenschaften zur Verfügung. Man weiß, wie sich das wissenschaftliche Denken, im Mittelalter fast ganz an die Überlieferung gebunden, seit dem 15. Jahrhundert dieser zu entwinden begann, wie dann im 16. und 17. Jahrhundert die Wiegenzeiten einer selbständigen Übung des Intellekts, der modernen Wissenschaft hereinbrachen. Dabei wurden vor allem die Naturwissenschaften rasch gefördert; einfacher als den Geisteswissenschaften erschlossen sich ihnen die Geheimnisse ihres Gegenstandes, vor allem die der anorganischen Natur. Indem aber deren große Kräfte in stetig steigendem Siegeszuge enthüllt und gebändigt wurden, indem der Ausbildung der Mechanik die ältere Physik, der Physik

die Chemie und dieser die Elektrizitätslehre folgte, eröffnete sich der wirtschaftlichen Verwertung ein ungeheures Gebiet neuer Kräfte, und eine Technik von intensiver Arbeit baute es mit unerhörtem Erfolge an.

Wem aber fiel der wirtschaftliche Genuß der neuen Kraftbeherrschung zu? Auch hier darf man wohl von einer anfänglich kommunistischen Stufe der Ausbeutung sprechen. Die Wissenschaft, deren Wesen etwas in sich trägt von der Freiheit der Luft und des Wassers, gedeiht nur in einer Arbeitsatmosphäre, die nichts kennt von praktischen und begrenzten Zwecken: in kommunistischer Sorglosigkeit ihrer Aufgaben und Erfolge muß sie dahinleben, nur dem einen Ziele zugewandt, das an sich nichts gemein hat mit den Wirtschaftszielen einer Beherrschung der Naturkräfte, dem Ziele der Wahrheit. Und nur indem sie diesem einen Ideale nachjagt, gelingt ihr die Eroberung der Natur und der Welt. So in ihrer Richtung klar begrenzt, kann sie nicht zugleich der Ausbeutung ihrer Eroberungen leben: und darum steht sie zu diesen im Verhältnis des Kommunismus: es ist ihr gleichgültig und muß ihr gleichgültig sein, wem die wirtschaftliche Nutzung ihrer Errungenschaften zufällt. Dies sind Umstände, die sich während der ganzen Dauer der Entwicklung der mechanischen Naturwissenschaften nicht wesentlich geändert haben, trotz der Patente und Monopole einzelner Forscher.

Um so rascher konnte sich die Aneignung der neuen Naturkräfte, des Dampfes, der Elektrizität, der chemischen Verfahren usw. durch die Volkswirtschaft vollziehen. Mit einem starken Aufsteigen der wirtschaftlichen Arbeitsintensität begann sie; in einem jähen Emporschnellen der Erfolge vor allem gerade auf dem heimischen Boden führte sie aus dem Deutschland der Großväter in das der Väter und Enkel: in das Deutschland der Eisenbahnen und Telegraphen, der neuen Hochöfen und der modernen Fabriken, der agrarischen Erzeugung auf künstlich gedüngtem Feld und der Brennerei und Zuckersiederei als agrarischer Nebengewerbe.

Und diese Aneignung der neuen Kräfte fand statt fast ungehemmt durch irgendwie stärker bindende politische und soziale Mächte. Der Entwicklung der Naturwissenschaften war, ihr im tiefsten verbunden, die Entfaltung einer individualistischen und schließlich, schon seit Mitte des 18. Jahrhunderts, subjektivistischen Kultur parallel gegangen, als deren Folge wie Voraussetzung sich die Wirtschaftsformen des freien Wettbewerbes, allen voran die besonderen Formen der Unternehmung, entwickelt hatten, um im Verlaufe des 19. Jahrhunderts zur Entfaltung höchster Blüte zu gelangen. Die Angehörigen dieser Formen des Wirtschaftslebens waren es dann, die sich, unter Verwendung von immer leichter und umfangreicher erwirtschafteten Produktivkapitalien, der Herrschaft über die neuen Naturkräfte bemächtigten und sie zu einer vollen Umwandlung des ererbten Wirtschaftslebens, zur Heraufführung des modernen Wirtschaftszeitalters ausnutzten.

Und wer weiß heute nicht, was diese Umwandlung besagte? Bis in die kleinsten Einzelheiten des wirtschaftlichen Alltagslebens macht sie sich geltend: keine Wirtschaftsvorstellung der Gegenwart, die nicht mit ihr verquickt, von ihr durchdrungen wäre. Und keineswegs an der Grenze des Wirtschaftslebens hat sie haltgemacht. Neue soziale Schichten sind aus ihr entsprungen, hier der Stand der Unternehmer, dort der vierte Stand, die beide sich schon wieder in neue Gruppen zu teilen begonnen haben; und alle alten Stände haben unter ihrer Einwirkung ihren Charakter gewandelt: die Nation als Ganzes, in den Abstufungen ihrer sozialen Organisation wie in der seelischen Verfassung des Einzelnen, ist eine andere geworden [1].

Eine solche Allgewalt der modernen Entwicklung sollte nicht auch politisch von größter Bedeutung geworden sein? Nur weniger Erwägungen wird es bedürfen, um die Über-

[1] Die Einzelheiten dieser Entwicklung hat der erste Band dieses Werkes eingehend dargestellt.

zeugung zu gewinnen, daß innere wie äußere Politik etwa der letzten beiden Menschenalter und namentlich schon der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch die wirtschaftlichen und in deren Gefolge die sozialen Vorgänge ihrem ganzen Wesen nach entscheidend bestimmt worden sind.

Das moderne Wirtschaftsleben, in seiner Bedeutung für die politische Entwicklung gemessen, zeigt überraschende Ähnlichkeiten mit der analogen Entfaltung der mittelalterlichen Grundherrschaft. Sehr begreiflich: der Ausgestaltung beider liegt derselbe Gedanke zugrunde: Expansion der Herrschaft über neu errungene Naturkräfte; wirtschaftliche Expansion zunächst und dann, zu deren Stützung und Vergrößerung, politische Expansion, Machtpolitik. Denn der Geist des modernen Wirtschaftslebens heißt: quantitative Produktion hinaus über das nächste Bedürfnis der Konsumenten, Erwerb neuer Absatzgebiete und, zur unbegrenzten Erweiterung des Marktes, freier Wettbewerb, offene Tür überall. Oder, aus der objektiven in die subjektive Fassung übertragen: Umsichgreifen allenthalben, Einflußerwerb, wo nur immer möglich, ewiges Vorwärts und, zum Ausschluß der Konkurrenz, Verwandlung wirtschaftlicher Vormundschaft in politische.

Bedarf es da noch des Vergleiches dieses Programms mit dem der grundherrschaftlich-mittelalterlichen Zeiten? Nur die Mittel sind andere geworden, nicht die Tendenz: Coelum, non animum mutavimus.

Doch haben in der jüngsten Vergangenheit die neuen Mittel auch neue politische Folgen gezeitigt. Während der Horizont der mittelalterlichen Grundherrschaft noch geschlossen war, während das hauptsächlichste Machtmittel im Grund und Boden gesehen wurde und schon deshalb der Blick an der heimatlichen Erde und ihrer nächsten Nachbarschaft haften blieb, während das ganze Wirtschaftssystem der Grundherrschaft eigentlich noch der Hauswirtschaft und ihren engen räumlichen Grenzen angehörte und darum das Ergebnis günstig verlaufender Machtbestrebungen schließlich

nichts anderes war als das Territorium des späteren Mittelalters und des 16. bis 18. Jahrhunderts: wiesen die Mittel der neuen wirtschaftlichen Expansion alsbald hinaus über Heimat und engeres Vaterland, wiesen hinein in die Bereiche des großen Vaterlandes und der Welt. Wie hätten dem Absatzbedürfnis der voll entwickelten Unternehmung die engen territorialen Grenzen mit ihren Zollbäumen an jeglicher Straße genügen können? Schon Ende des 18. Jahrhunderts forderten vereinzelte Stimmen von den Fürsten die Gründung einer neuen Hansa, tauchte ahnungsvoll die Forderung eines deutschen Zollvereins auf. Im 19. Jahrhundert aber sind es vor allem eben die wirtschaftlichen Ausdehnungsbedürfnisse der Unternehmung gewesen, die, leise seit den vierziger, machtvoll und entscheidend seit den fünfziger und sechziger Jahren der nationalen Einheit zugedrängt haben: und noch heute, zusammenhaltend und zusammenschweißend, im unitarischen Sinne fortwirken. Haben sie aber innerhalb der Marken des neuen Reiches ihr Genüge gefunden? Mit nichten. Einem starken Geruche gleich, der kein Maß seiner Verbreitung kennt als den Raum selber, haben sie die staatlichen Grenzen durchbrochen, haben sie sich heimisch gemacht in aller Welt, sind sie vorgedrungen bis an die Säume der Ökumene. Und ist alles dies etwa nur mit wirtschaftlichen Mitteln und auf wirtschaftlichen Wegen geschehen? Der wirtschaftliche Machtinstinkt hat sich in den politischen umgesetzt und der Einheitsbewegung folgte das Zeitalter der Weltpolitik.

Erschien so der Inhalt der äußeren deutschen Politik der jüngsten Vergangenheit seinen Hauptpunkten nach durch die wirtschaftliche und soziale Bewegung bestimmt, so galt das nicht minder, eher noch mehr von der inneren Politik. Die mächtigste Wirkung, die auf diesem Gebiete zu verzeichnen ist, bestand in der Demokratisierung der Gesellschaft. Welche Unsumme von Teilmotiven der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung wäre hier nicht anzuführen, um dies Ergebnis immer und immer wieder zutage treten zu lassen:

die Rationalisierung des praktischen Denkens durch das geldwirtschaftliche Motiv des mobilen Kapitalismus, die Uniformierung der wirtschaftlichen und auch politischen und geistigen Bedürfnisse durch das quantitative Erzeugungs- und Absatzprinzip des Unternehmens, der Zug zur Großproduktion mit seinen Folgen abnehmender Zahlen selbständiger Betriebe und zunehmender Zahlen der wirtschaftlich Unselbständigen, — tausend anderer, mehr ins einzelne gehender Zusammenhänge nicht zu gedenken. Und dieser moderne Demokratismus, wie er weit entfernt ist von dem rein nivellierenden Demokratismus der Zeiten der absoluten Monarchie, empfing auch im besonderen wiederum von der wirtschaftlichen Bewegung seinen Charakter. Er wurde langsam zum Demokratismus nicht mehr der Einzelnen, die ungebunden durch engere gegenseitige Beziehungen nebeneinander stehen, ein Haufe gleichmäßiger Sandkörner nach einem bekannten, in diesem Zusammenhange immer wiederholten Vergleiche, von Sandkörnern, die jeder Windhauch bewegt; er wurde vielmehr zum sozialen Demokratismus, innerhalb dessen sich der Einzelne als Subjekt fühlt, als wirkend und leidend, in dem Tausende und Abertausende von wirtschaftlichen Beziehungen den Einzelnen mit dem Ganzen und wiederum auch mit jedem Einzelnen an sich verbinden: in der jeder seinen Wert erkennt in der Überzeugung, daß ohne ihn im Grunde auch das Ganze niemals bestehen könne.

Diese politische Grundanschauung änderte dann auch die Vorstellungen von der Monarchie völlig. Gewiß: wie jede demokratische Lebenshaltung weiter oder gar aller Schichten in einem gut regierten monarchischen Staate erhöhte sie zunächst die Autorität des Königtums: wie sollte in Zeiten einer Tendenz sozialer Umwandlung nicht die eine politische Spitze besonders hervorgetreten sein! Zugleich aber bezog sie diese Monarchie doch auch ein in den Grundton ihrer Betrachtungsart. Auch der Monarch erschien jetzt nur als ein freilich besonders wichtiges Organ des staatlichen und

nationalen Ganzen, auch er wurde Teil, erhielt bestimmte Funktionen, war nur soziales Subjekt gleich dem niedrigsten der Staatsbürger. Und nichts zeigte die unwiderstehliche Wucht dieser Auffassung mehr als die Tatsache, daß sich die Träger der Kronen selbst gemäß dieser Auffassung fühlen lernten: die Funktionen auf sich nahmen, die ihnen der moderne Demokratismus, er freilich wieder nur als Quintessenz einer neuen wirtschaftlichen und sozialen Lage, zuteilte.

Neben dieser Hauptwirkung aber stand noch eine stattliche Anzahl von Nebenwirkungen der wirtschaftlichen und sozialen Bewegung auf den besonderen Gang der inneren Politik: Nebenwirkungen, die an sich allein immer noch den wesentlichsten Inhalt unserer inneren politischen Geschichte vornehmlich seit den sechziger und siebziger Jahren gebildet haben. Soll ihrer an dieser Stelle gedacht werden, so bedarf es zuvor einer kurzen und darum schematisch verlaufenden Übersicht der Einwirkung des modernen Wirtschaftslebens auf die soziale Schichtung. Da treten uns denn zunächst zwei gänzlich neue Schichten entgegen als unmittelbarste Ausdrücke, als Schöpfungen gleichsam der wirtschaftlichen Bewegung: die Unternehmer, eine neue Aristokratie der Industrie, des Verkehrs, des Handels und des Bankwesens, und der vierte Stand, der Stand der modernen Arbeiter in ihren Abstufungen von dem schon behäbig lebenden qualifizierten und gut gelernten Arbeiter bis hinab zu denen, die nichts als ihre Muskelkraft zum Wirken mitbringen. Es waren Schichten, die sich in ihren Grundmotiven leise seit den vierziger Jahren zu entwickeln begannen, die in den fünfziger und sechziger Jahren ihr besonderes Standesbewußtsein ausbildeten, und die seit den sechziger und siebziger Jahren als Faktoren eigenen Wertes eintraten in die innere Politik. Neben ihnen standen dann damals und auch später noch die alten sozialen Schichten aus den Zeiten vor der Entwicklung des modernen Wirtschaftslebens. Es verstand sich aber, daß keine von ihnen von dieser Entwicklung unberührt blieb. Sehr verschieden

indes im einzelnen waren das Maß und die Art dieser Berührung. Wo blieb schließlich die alte ehrsame Nahrung des Handwerks und des Kramhandels? Nur teilweis erhielt sie sich weiter, im übrigen gestaltete sie sich um zum Kleinunternehmen und gliederte sich damit dem modernen Wirtschaftsleben ein oder sank, deklassiert, herab in andere Schichten, vornehmlich die des vierten Standes. Und die noch bestehenden Teile verkörperten auch nicht mehr das Leben von ehedem: denn auch sie erhielten eine moderne Prägung, ein Stigma hinein in die Gewohnheiten des Unternehmens. Und die Kopfarbeiter von einstens? Durchtränkte sich nicht auch ihre jüngste Schicht, — das Literatentum, wie es seit dem 18. Jahrhundert aufgekommen war, das freie Dasein des Journalisten, des Schauspielers und verwandter Berufe — ganz mit dem Geiste des modernen Wirtschaftslebens? Es sind Klassen, die in besonderem Maße der Zeit dienten; und so wurde die Zeit zu ihrer Herrin. Aber auch die alten, konservativen, aristokratischen Berufe der Kopfarbeiter, die Männer, die ihre Bildung den großen geisteswissenschaftlich-polytechnischen Fakultäten der Universität, der theologischen und juristischen verdanken, würden der neuen Zeit mancherlei Zugeständnisse machen: widerwillig und schließlich oft geradezu halb gezwungen. Was aber die anderen Fakultäten und ihre Jünger betrifft, die Mediziner und das vielgestaltige Volk der Philosophen, so nahmen sie eine Mittelstellung zwischen den freien geistigen Berufen und der theologischen und juristischen Bureaukratie ein; und nicht wenige ihrer Angehörigen konnten als Großunternehmer der Wissenschaft und wissenschaftlichen Kunst bezeichnet werden. Blieb schließlich die älteste und ehrwürdigste aller noch blühenden Nahrungen, die Landwirtschaft. Aber auch sie erfuhr — und wie stark! — den Einfluß der modernen Wirtschaft. Es braucht dabei nicht von den gleichsam äußeren und mechanischen Schädigungen die Rede zu sein, die ihr seit den siebziger Jahren übermächtiger Wettbewerb von außen, ein Erzeugnis modernen Wirt-

schaftslebens im Ausland, zugefügt hat. Die eigentlichen Umbildungen, oft recht schmerzlicher Natur, lagen tiefer, und sie gingen unmittelbar aus von dem Eindringen moderner Wirtschaftsanschauungen in die alten Stände des Landbaus. Da waren die Großgrundbesitzer vornehmlich des Nordostens im Grunde schon seit spätestens der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu Unternehmern geworden und folgerichtig ihr Gesinde, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, zu einem agrarischen vierten Stande. Da legte sich der Kleinbesitz, wo er gedieh, ganz unternehmerisch auf den Vertrieb von handelsmäßigen Landeserzeugnissen und lieferte, wo er nicht gedieh, ein starkes Rekrutierungsgebiet für die Heeresmassen der industriellen Arbeiter. Da hat sich selbst der Bauer nach der Decke strecken müssen: bis auch er, im Wandel der letzten Menschenalter von Großvater auf Vater und von Vater auf Sohn, modern wurde und, landwirtschaftlich gelehrt und produktiven Kredites bedürftig, als letzter hineinwuchs in das jüngste Leben der Wirtschaft.

Das alles waren soziale Wandlungen tiefster Art; kaum ein Zeitalter deutscher Geschichte wird, im ganzen gerechnet, größere gesehen haben. Damit aber wiederholt sich an dieser Stelle die Frage: Wie haben sie auf den Verlauf der öffentlichen und verfassungsgeschichtlichen Entwicklung der Nation, auf den Gang der inneren Politik gewirkt?

Zunächst fällt in die Augen, daß der Einfluß derjenigen Stände, die dem neuen Wirtschaftsleben fern blieben, gering gewesen und immer geringer geworden ist. Haben Kramhändler und Handwerker seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts politisch noch viel bedeutet? Agitiert haben sie stark, aber kaum mehr als die Wahrung ihrer Interessen ist ihnen gelungen, und auch die durchaus nicht immer in dem von ihnen verstandenen Sinne. Fast noch bezeichnender aber ist das allmähliche Zurücktreten der politischen Bedeutung der Kopfarbeiter, insbesondere derjenigen hervorragend aristokratischer und archaischer Haltung. Was wirkten nicht

die deutschen Universitätslehrer in der inneren Politik der beiden ersten Menschenalter des 19. Jahrhunderts! Im dritten haben sie geschwiegen, wenn sie auch in den seltenen Fällen, da sie redeten, zumeist noch gehört worden sind.

Die eigentlich politisch aktiven Stände aber wurden die neuen Stände des modernen Wirtschaftslebens, die Unternehmer und die Arbeiter, und die dem neuen Wirtschaftsleben besonders nahestehende Schicht der landwirtschaftlichen Stände, die Großgrundbesitzer: denn erst neben diesen und vielfach von ihnen geführt kamen die Bauern in Betracht.

Wie aber wirkten sich nun diese Schichten aus? Eine doppelte Möglichkeit, wirtschaftliche und soziale Motive in politische Machtbestrebungen zu verwandeln, stand ihnen offen: an die Monarchie konnten sie sich wenden und an den Demokratismus, der seit dem Bestehen des Norddeutschen Bundes im allgemeinen Stimmrecht und in den auf dieses gestützten Parteien seine verfassungsmäßige Ausprägung empfangen hatte. Es war eine Zweiheit von Möglichkeiten, der ohne Ausnahme alle diese Schichten nachgegangen sind. Doch stellte sich bald heraus, daß der vierte Stand so besonders enge Beziehungen zum Demokratismus hatte, daß er, anfangs von den begabtesten seiner Führer mehr nach der Seite des Königtums gezogen, diese Beziehungen rasch fallen ließ und schließlich sogar ein der Monarchie völlig entgegengesetztes politisches Programm des Republikanismus mehr oder minder schroff ausprägte. Die beiden anderen Stände dagegen, die Aristokratien der modernen Unternehmung und der ländlichen Großwirtschaft, hielten an den doppelten Beziehungen fest oder suchten sie eifrig herzustellen.

Die eine wichtige Folge davon war eine sehr merkwürdige Umbildung der Parteien. Die aus der ersten Hälfte und den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts herkommenden Parteien hatten sich nach abweichend gearteten Idealen des gesamten Staatslebens geschieden: der Liberalismus schwärmte für die konstitutionelle Monarchie, der Konservatismus war im Grunde noch absolutistisch. Jetzt

traten diesen beiden großen Benennungen des politischen Denkens früherer Jahrzehnte die neuen Aristokratien der modernen Unternehmung und der ländlichen Großwirtschaft mit ganz anderen Unterscheidungen politischen Denkens nahe: sie wollten an erster Stelle Verwirklichung ihrer Interessen, sie trieben soziale Machtpolitik. Und, was entscheidend wurde, sie waren die jungen, die werdenden, die aufstrebenden Kräfte. So blieb schließlich nichts anderes übrig: die Parteien nahmen diese Einflüsse in sich auf und wandelten sich demgemäß ab, erhielten leise einen agrarischen Charakter und einen Charakter der industriell-kommerziellen Unternehmung. Und vollzog sich diese Bewegung im Liberalismus und Konservatismus so allmählich, daß ihr Ergebnis erst seit Ende der siebziger Jahre deutlicher hervorzutreten begann, so war schon seit Gründung des Reiches fast kein Zweifel daran möglich, daß der vierte Stand seine sozialen Interessen klipp und klar in der Sozialdemokratie, und zwar verbunden mit einem rein politisch-republikanischen Ideal, zum Ausdruck bringen werde. Was aber ist nun das Gemeinsame all dieser Erscheinungen? Ein Vorgang trat ein, den man die Sozialisierung der Parteien nennen könnte: die Machtpolitik der einzelnen sozialen Schichten drang triumphierend vor gegen die staatspolitische Fundamentierung der Parteibildung früherer Zeiten.

Noch eigenartiger war der Erfolg der Machtpolitik der sozialen Schichten gegenüber der Monarchie. Hier war es zunächst von größter Bedeutung, daß der vierte Stand sich an dem Wettbewerb nicht beteiligte; nur insofern nahm er an der Entwicklung teil, als er jenen allgemeinen politischen Grundzug der Zeit, den Demokratismus, verstärken half, der an sich zugleich eine Erhöhung des Gegenprinzips der Krone bedeutete. Im übrigen aber waren es der Hauptsache nach nur die beiden Schichten der industriell-kommerziellen Unternehmer und der ländlichen Großbesitzer, welche die Krone für ihre Bestrebungen zu gewinnen suchten. Welch unerhört glückliches Schicksal für die Träger dieser Krone!

Zwei Aristokratien ungleicher Art warben um ihre Gunst es war möglich, bald die eine, bald die andere in den Dienst der eigensten wie der allgemeinsten Bestrebungen zu stellen: und eine stetig steigende Erhöhung der monarchischen Autorität war die unausbleibliche Folge.

2. Wir verfolgen die politischen Bestrebungen jener modernen sozialen Schichten, die aus dem neuen Wirtschaftsleben hervorgegangen sind oder ihm ihre Prägung verdanken, hier nicht weiter; es wird davon noch genug die Rede sein. Wir fragen an dieser Stelle auch noch nicht, ob denn mit diesen Bestrebungen der Kreis der autonomen Mächte, die unsere innere Politik bewegten, schon vollständig umschrieben sei: sehr bald wird sich zeigen, daß neben ihnen auch lebendige Kräfte einer noch früheren Vergangenheit walteten. Was uns zunächst fesselt, das ist das Problem, ob denn mit immerhin so rohen Wirkungen, wie wir sie bisher kennen gelernt haben, der allgemeine politische Einfluß des modernen Wirtschafts- und Gesellschaftslebens in der Tat erschöpft war.

Es ist eine Frage, die verneint werden muß. Die Einwirkung der wirtschaftlichen und sozialen Faktoren erreichte noch tiefer greifend jedes politische Individuum und bestimmte dadurch mitentscheidend das sozialpsychische Diapason der Zeit überhaupt.

Soll dieser Zusammenhang klar herausspringen, so bedarf es einer knappen Erklärung der unmittelbaren psychischen Wirkungen zunächst des modernen Wirtschaftslebens[1]. Als Kernerscheinung der Volkswirtschaft der jüngsten Vergangenheit und vielfach auch noch der Gegenwart ergibt sich da die freie Unternehmung, wie sie für das unmittelbare Verständnis an diesem Orte am klarsten ihren Ausdruck findet im freien Wettbewerb. Was

[1] Eingehenderes s. darüber schon in Bd. I S. 228 ff. und namentlich S. 259 ff.

bedeutete nun das Dasein dieses Wettbewerbes während mehrerer Menschenalter in psychologischer Hinsicht? Es war identisch mit Hasten und Jagen, mit Gewohnheitsempfindungen der Sorge und eines höchst gesteigerten Verantwortlichkeitsgefühls, identisch mit endlosem und ewigem Arbeiten, identisch mit unablässigem und raschem Wechsel der Affekte, ohne daß diese noch in Zwischenräumen ruhigen Gleichmutes der Seele harmonisch ausklangen, identisch mit Unlust- und Erregungsgefühlen, die sich mit einem solchen Zustande, falls er chronisch wird, chronisch verknüpfen, — identisch schließlich mit einem Zustande feinster und bis dahin ungekannter Nervenspannung, einem Zustande der Reizsamkeit, der aus all den soeben geschilderten seelischen Vorgängen hervorbrach.

Und beschränkte sich dieser Zustand, diese neue seelische Haltung, nun allein auf die unmittelbarsten Kreise des neuen Wirtschaftslebens, auf die soziale Schicht der Unternehmer? Keineswegs: wie das neue Wirtschaftsleben mit seinen penetrantesten Erscheinungen, dem Grundsatze des freien Wettbewerbes, dem Rationalismus seiner Wirtschaftsführung, den von ihm ausgehenden veränderten Begriffen von Raum, Zeit und Kraft die gesamte Volkswirtschaft mehr oder minder erfüllte, so wurde auch sein seelisches Ergebnis, die Reizsamkeit, mehr oder minder zum Gemeingut der Nation. Dabei besteht über diesen Zusammenhang auch nicht der geringste Zweifel: schon dadurch wird er als sicher erwiesen, daß ein gleicher Zustand überall da, wo gleiche wirtschaftliche Motive wirksam waren, in gleicher Weise eingetreten ist: sowohl bei den europäischen Völkern wie in den großen modernen Ländern jenseits des Wassers, in den Vereinigten Staaten, Neuseeland, in Australien und in Japan.

Nun ist schon historisch ebenso bekannt wie sozialpsychisch selbstverständlich, daß diesem neuen Grundzug eine neue geistige Kultur entsprach, deren Ganzes man als Kultur der Reizsamkeit bezeichnen kann, und die sich in Deutschland vor allem literarisch und künstlerisch in dem Impressionismus

der siebziger und noch mehr der achtziger Jahre auswirkte, während die Impressionismen Englands und Frankreichs früher lagen, entsprechend dem früheren Eintritt beider Länder in ein Wirtschaftsleben der freien Unternehmung.

Liegt da nun nicht der Schluß nahe, daß diese neue Kultur eine unmittelbare Folgeerscheinung, ein direkter Ausdruck und geistiger Abklatsch gleichsam war dieser neuen Wirtschaftsform und allenfalls noch der sozialen Erscheinungen, die sich auf diese unmittelbar aufgebaut hatten? Es wäre eine Ansicht, die mit der Geschichtsanschauung von Karl Marx identisch wäre oder ihr wenigstens außerordentlich nahe stände.

Eine genauere Betrachtung zeigt, daß die Dinge so einfach nicht lagen. Hätte die soeben vorgetragene Anschauung zugetroffen, so hätten die Träger der neuen geistigen Kultur vornehmlich, ja logischerweise ausschließlich aus den fortgeschrittensten Ständen des neuen Wirtschaftslebens hervorgegangen sein müssen. Davon war indes keine Rede. Nicht so grob und zu so einfachen Zusammenhängen von Wirkung und allenfalls noch Gegenwirkung sind die historischen Dinge verkettet.

Zunächst zeigte sich sehr bald, daß das neue sozialpsychische Diapason, wie es zunächst wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Ereignissen verdankt wurde, doch zugleich das Endergebnis einer gewaltigen Summe wichtiger geschichtlicher Vorgänge überhaupt war und insofern ohne weiteren starken und spezifischen Eigentrieb fortwirkte. Mehr als Resonanzboden denn als Instrument einer neuen geistigen Kultur kam es da in Betracht; und anregend wirkte es, nicht aber eigentlich schöpferisch. Die schöpferischen Naturen der neuen Kultur kamen vielmehr anderswoher.

Zunächst kann wohl kein Zweifel darüber sein, daß es einzelne reizsame Naturen, und gewiß auch solche von schöpferischer Kraft, zu allen Zeiten unserer nationalen Geschichte wie aller anderen nationalen Entwicklungen gegeben hat: genau so, wie es bei uns und in jedem Volke hochentwickelter Kultur vereinzelte Leute gibt, denen die Natur

in seltsamem Widerspiel zur Geschichte die seelische Ausstattung einer Durchschnittsperson des Mittelalters oder der Urzeit als Mitgift verliehen hat. Aber sind solche Ausnahmepersonen reizsamer Veranlagung in früheren Zeitaltern gebührend zu Worte gelangt? Keineswegs. Sie galten als Sonderlinge und, waren sie über das Normalmaß veranlagt, als verfehlte Genies. Jetzt dagegen, mit der Entwicklung des Grundzugs der Reizsamkeit, war ihre Zeit gekommen: jetzt lebten diejenigen von ihnen, die in früheren Zeiten ihr Wesen in Schöpfungen zeitlich übertragbaren Charakters, in Kunstwerken und Schriften, verewigt hatten, erst recht auf; und die lebenden reizsam Geborenen sahen das fruchtbarste Feld persönlichen Wirkens eröffnet. Und so kam es, daß der neue sozialpsychische Zustand auch seine schöpferischen individualpsychischen Vertreter fand: und diese gaben dann der allgemeinen Disposition vielfach Ausdruck, Haltung, Charakter.

Aber rekrutierten sich aus diesem einen Gebiete, gewiß einem Quellgebiete angeborener Reizsamkeit, wirklich alle Großen des neuen Zeitalters? Es gibt eine namentlich in Künstlerkreisen heimische Auffassung, die diese Frage bejaht. Danach seien für jede Kultur, hoher wie tiefer Entwicklungsstufe, die Begabungen in jeder menschlichen Gemeinschaft eigentlich immer vorhanden: und sie würden durch den kaleidoskopartigen Wechsel der Kulturen, für deren Reihenfolge kein Prinzip nachzuweisen sei, bald in diesem, bald in jenem Sinne aus der Tiefe gehoben und auf einige Zeit zum Glänzen, zum Phosphoreszieren gleichsam gebracht: um dann wiederum ebenso unmotiviert, wie sie gekommen seien, durch eine neue Kulturbewegung beseitigt und in erneutem Dunkel begraben zu werden.

Indes diese Auffassung ist einseitig. Gewiß ist sie richtigen Beobachtungen der künstlerischen Praxis entnommen. Indes der Künstler lebt der Gegenwart: und so entbehrt seine Beobachtung nur zu leicht der geschichtlichen Vertiefung. Vom historischen Standpunkte gesellt sich zu der

Gruppe der angeborenen schöpferischen Talente einer Zeit, in unserem Falle zu den durch Geburt oder Vererbung Reizsamen, noch ein anderer Kreis. Man könnte ihn den der durch historische Erziehung zur Aufnahme oder zur Produktion schöpferisch Werdenden, in unserem Falle den Kreis der durch geschichtliche Erziehung reizsam Gewordenen nennen. Mit steigenden Kulturstufen nämlich, die sich, wie eine ständig wiederholte Erfahrung in der Geschichte aller großen menschlichen Gemeinschaften lehrt, keineswegs in buntem und willkürlichem Wechsel umtreiben, sondern in einer stets wiederkehrenden Folge verlaufen, wachsen die Gesamtanlagen der Gemeinschaft, in der sich diese Gesamtentwicklung abspielt, in der Richtung eben dieser Folge. Wächst also z. B. eine Nation aus mittelalterlichen Kulterstufen in eine erste neuzeitliche hinein, so hat die Kultur der mittelalterlichen Stufen auf ihre Angehörigen zuvor im allgemeinen derart eingewirkt, daß sie die höchste mittelalterliche Ausbildung erreicht haben, und daß nur ausnahmsweise sich noch in ihr Personen vorfinden, die ihrem seelischen Charakter nach eine Kulturanlage früherer Zeiten oder auch die Anlage viel höherer, noch nicht erreichter Kulturstufen besitzen. Es ist wie in der Klasse einer mehrstufigen Schule; in jeder Klasse wird eine gewisse geistige Durchschnittsbildung und seelische Durchschnittshaltung erreicht, die trotz mancher Abweichungen nach oben und unten gemeingültig ist. Dieses völlige Hineinwachsen aber der sozialen Gesamtpsyche in eine bestimmte Kulturstufe ergibt dann von selber, daß besonders zahlreiche hervorragende Begabungen innerhalb dieser Psyche nun wiederum über die erreichte Höhe hinausstreben und sich hinausentwickeln: hinein in die seelische Haltung des zunächst zu erwartenden, entwicklungsgeschichtlich und gleichsam historisch-biologisch fälligen Kulturzeitalters. Sie müssen es, weil sie dem psychologisch schlechthin gültigen Gesetze der schöpferischen Synthese unterliegen; und sie unterliegen als Begabtere diesem Gesetze noch ganz besonders: eben bis zu dem Grade,

daß sie in ihrem Schaffen und Wirken in ein neues Zeitalter hineingetrieben werden, hinweg über das seelische Diapason ihrer Kindheit. Erst dieser ständig wirkende und ewig wiederkehrende Vorgang erklärt es, daß für jedes Zeitalter nicht bloß zufällig gewisse, sondern stets besonders zahlreiche hohe Begabungen zur Verfügung stehen.

Indem aber diese Zusammenhänge obwalten, indem neben den Talenten der natürlichen Vererbung regelmäßig auch die Talente der geschichtlichen Erziehung auftauchen — wobei freilich Vererbung und Erziehung bei demselben Individuum oft genug zusammenfallen mögen —: ergibt sich ohne weiteres, daß ein neues Kulturzeitalter, soweit es in höheren, geistigen Schöpfungen zum Ausdruck gelangt, in seiner entscheidenden Durchbildung nicht mehr unmittelbar abhängig ist von den spezifischen Formen, in denen seine besondere Seele zunächst und in ihren mehr mittönenden Elementen aus irgendwelchen Vorgängen der mehr materiellen Kultur entwickelt worden ist. Vielmehr gründet es sich mit den geistigen Schöpfungen, in denen es dereinst fortleben soll, hinein in die universalgeschichtliche Ewigkeit, unmittelbar auf die spezifische seelische Veranlagung derer, die in den frühesten, zunächst wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen entstammenden Augenblicken seines Diapasons wie in dem später mit ihrer Hilfe entwickelten psychischen Gesamtzustand Großes zu wollen und schöpferisch zu walten geeignet sind. Dies alles, auf die Stufe der Reizsamkeit übertragen, ergibt, daß deren Kultur in den oberen Auswirkungen des schöpferischen Staatslebens wie der wissenschaftlichen und künstlerischen Tätigkeit und der ethischen wie religiösen Bestrebungen nicht in der Weise von der Reizsamkeit des freien Wettbewerbs und der sozialen Bildungen der freien Unternehmung seelisch abhängig war, daß sie auf dieser allein und durchaus unmittelbar beruhte und somit nur ihren spezifischen Charakter zum Ausdruck gebracht hätte: sondern sie entfaltete sich vielmehr aus den psychischen Motiven aller möglichen Formen der Reizsamkeit

überhaupt, mochte deren geistige Hegemonie auch zunächst durch das Emporkommen der spezifisch wirtschaftlichen und sozialen Reizsamkeit bedingt und veranlaßt sein: und nur nebenher erschien diese allgemeine Reizsamkeit — brauchte es aber grundsätzlich nicht einmal — manchmal als von den spezifischen Tönen, Schattierungen, Nuancen gerade der Unternehmerreizsamkeit gefärbt.

Das sind wichtige Zusammenhänge: denn sie zeigen, daß im Grunde unter den wirtschaftlichen und sozialen Veranlassungen, durch die so häufig neue Kulturzeitalter heraufgeführt werden, noch tiefere, unterste Motivationen schlummern, deren Charakter durch das Wesen der besonderen Veranlassung mindestens nicht völlig gedeckt wird. Diese tiefsten und untersten Motivationen aber können nicht anders begriffen werden denn als besondere Vorgänge der einen Entwicklungspotenz, die durch die Geschichte aller großen menschlichen Gemeinschaften hindurch immer wieder auftaucht, so wie etwa die Entfaltung der Entwicklungspotenz des Tigers sich in jedem Tiger, der Eiche sich in jeder Eiche wiederholt: als Regungen der spezifischen Potenz der menschlich-sozialen und letzten Endes wiederum der menschlich-individualen Seele, insofern diese Leben bedeutet und damit der allgemeinen Zeitfolge und der besonderen Entwicklung ihrer sozialen Umgebung eingeschrieben erscheint.

Dabei versteht es sich von selbst, daß dieser Potenz, wo nur immer sie in Erscheinung tritt, außer ihren Arteigenschaften auch ein individuelles Moment innewohnt: genau wie jeder Potenz einer einzelnen Tiger- und Eicheerscheinung auch; daß mithin jede menschliche Gemeinschaft außer ihrem Artcharakter auch einen nationalen, einen Rassencharakter trägt, und daß eben diese individuellen Seiten verschiedener auf- und nebeneinander folgender Gemeinschaften es sind, die, durch Rezeptionen und Renaissancen miteinander verbunden und ins Ungemessene fortwirkend, den Verlauf der Universalgeschichte bestimmen.

Muß nach alledem noch gesagt werden, daß diese

individuale und einzigartige Seite der Entwicklung, die universalgeschichtliche, nicht studiert werden kann, ehe nicht die generische, die sozial- und nationalgeschichtliche, in allen ihren Erscheinungsfällen eingehend erforscht ist? Denn wie ist das Individuelle im Einzelfall zu erkennen, ehe für diesen Einzelfall feststeht, was an ihm das Typische sein möchte? Mit diesen Fragen sind Probleme gegeben, die die heutige Geschichtswissenschaft in ihrer Praxis noch weit entfernt ist als Probleme auch nur anzuerkennen, geschweige denn mit Ausdauer und Ernst zu bearbeiten.

Für unser nächstes Ziel aber entnehmen wir diesen allgemeinen Betrachtungen, daß der Charakter der Reizsamkeit, wie er sich in der geistigen Kultur der jüngsten Vergangenheit auswirkte, noch keineswegs mit der Kenntnis irgendwelcher spezifischen Reizsamkeit, z. B. etwa der des Unternehmers, ganz umschrieben ist: aus allen allgemeinen psychischen Vorgängen der Zeit vielmehr als wegweisenden Momenten und aus den generellen Erfahrungen der psychologischen Wissenschaft als konstituierenden ist er als Ganzes grundsätzlich abzuleiten. Als besonders symptomatisch aber ergeben sich auf diesem Pfade neben der starken Wegweisung, welche die Charakteristik des Unternehmers immerhin vermittelt[1], die besonderen Erscheinungen, welche die Entwicklung der geistigen Kultur in Phantasietätigkeit, Wissenschaft und Weltanschauung aufweist: denn eben in ihnen spiegeln sich zentral alle Fortschritte: von ihnen aus muß daher an dieser Stelle vor allem das Vollbild des psychischen Charakters der jüngsten Vergangenheit umrissen werden: um so mehr, als in den Schöpfungen eben dieser Seite unserer Kultur auch die Werte niedergelegt sind, die zur Dauer bestimmt sind.

Dabei ergeben sich denn aus einer eingehenden Betrachtung, wie sie uns später beschäftigen wird[2], etwa die folgenden allgemeinsten Züge der Entwicklung. Die Reiz-

[1] S. dazu Bd. I S. 259—282.
[2] In Bd. III und teilweise Bd. IV.

samkeit war ein seelischer Zustand, in dem große Massen von Reizen oder Eindrücken, die in früheren Entwicklungszeitaltern der Völker der europäischen Staatengemeinschaft und somit auch des deutschen noch unter der Schwelle des Bewußtseins geblieben waren, bewußt zu werden begannen: sie bedeutete also eine Intensivierung der Leistungen des Nervensystems ganz besonderen Charakters. Wirksam wurde diese Kultivierung in einer anderen Erkenntnis, künstlerischen Wiedergabe und praktischen Beherrschung der Außenwelt, einer feineren Analyse der menschlichen Innenwelt, einer stärkeren Aktivität des Einzelsubjekts gegenüber der Umwelt, insbesondere auch einem intensiveren Einwirken der menschlichen Mikrokosmen aufeinander. Auf deutschem Boden fiel eine Vorstufe dieser neuen Entwicklung in die vierziger bis siebziger Jahre. Dieser gehörten schöpferische Naturen an, die als solche zunächst noch nicht auf eine genügend entwickelte sozialpsychische Resonanz stießen, also erst später Anerkennung fanden, wie beispielsweise Wagner und Hebbel. Darauf erst folgte die volle naturalistische Stufe der Reizsamkeit. Es war die Periode, in der die Wirkungen der Reizsamkeit völlig ungebrochen und ursprünglich zutage traten: kühnes, jedes fördernde Moment mit Sicherheit erfassendes Umsichgreifen der Unternehmung; Blütezeit und höchster geistiger Einfluß der mechanischen Naturwissenschaften; in Literatur und bildender Kunst ausgesprochener Impressionismus in der Wiedergabe der äußeren Erscheinungen wie der menschlichen Seele; im Wirtschaftsleben wie in der Politik individuale Bestrebungen fast ohne Hemmung: Freihandel und Machtpolitik. Dieser Periode der Reizsamkeit ist dann aber, schon seit den achtziger Jahren leise und an zerstreuten Punkten einsetzend, in den neunziger Jahren energischer vorwärtsschreitend und heute die Zeitgenossen beherrschend, eine andere gefolgt, die, entgegen der ersten naturalistischen, einen idealistischen Charakter trägt. Man kann sie kurz als idealistische oder, um sie von dem klassizistischen Idealismus um 1800, in der ersten Periode des Subjektivismus zu scheiden,

auch als neuidealistische bezeichnen. Sie schafft mit den Errungenschaften der ersten Periode, läßt aber hinter ihnen den Menschen als nunmehr vollen Beherrscher dieser Errungenschaften und der ihnen zugrunde liegenden seelischen Haltung hervortreten. Zugleich beginnt eine Verschmelzung der neuen Kulturelemente der ersten Periode mit den noch lebenskräftigen Errungenschaften früherer nationaler Kulturzeitalter und fremder Kulturen überhaupt. Es wird die Zeit der methodischen Erkenntnis und natur- und geschichtsphilosophischen Durchdringung der bisher erreichten Einzelerfahrungen der Wissenschaften, einer neuen idealistisch-impressionistischen bildenden Kunst, insbesondere eines neuen Kunstgewerbes und einer neuen Baukunst, die Zeit eines idealistischen Dramas und einer symbolisierenden Lyrik, die Periode wiederum erwachender ethischer und religiöser Bestrebungen und in dem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben die Periode langsamer Ablösung des freien Wettbewerbs durch ein anderes Wirtschaftsleben, die Zeit der Schutzzölle und der Sozialpolitik, des Haager Schiedsgerichts und der Weltpolitik bewaffneten Friedens.

Wird diese kurze und naturgemäß lückenhafte Schilderung des innerlichen Kulturverlaufs des letzten anderthalb Menschenalters an dieser Stelle genügen?[1] Die Kultur einer Zeit ist ein einziges großes Ganzes, und nur wer sich den Eindruck ihrer Gesamtheit jederzeit gegenwärtig hält, wird mit den wenigen einstweilen eingeführten Schlagworten, die notgedrungen jede feiner gezogene Linie vermissen lassen, den rechten Sinn verbinden. Und nur in diesem Falle wird ihm auch unmittelbar gegenwärtig sein, was diese innersten Wandlungen der Volksseele für den Gegenstand, der uns hier zunächst beschäftigt, für die Politik und deren innerste Fundamentierung in den einzelnen politischen Menschen, bedeutet haben und be-

[1] Die eingehende Schilderung muß der zentralen Stelle des ganzen Werkes, dem 3. und 4. Bande vorbehalten werden, da in der in ihr beschlossenen Peripetie vom Naturalismus zum Idealismus die ganze Bewegung der modernen geschichtlichen Entwicklung gipfelt.

deuten. Kein Politiker fast, der nicht in dem psychischen Diapason der jeweils herrschenden Phasen der Reizsamkeit und auch schon des darauf emporkommenden Neuidealismus gestanden, schlechthin keiner, der nicht instinktiv mit ihnen gerechnet hätte. Den Beweis erbringt der gesamte Verlauf der inneren wie äußeren deutschen Politik seit etwa dem Jahre 1860. Das ist der Zusammenhang, der beherrscht werden muß, will man zum tieferen Verständnis der politischen Geschichte der Nation seit diesen Zeiten vordringen: denn nur der Mantel, das Gewand gleichsam ist diese eines sich unter der Hülle wandelnden psychischen Körpers. Vorbildlich aber zeigen diesen Zusammenhang vor allem die führenden Geister, und keiner unter ihnen für die Periode der Reizsamkeit mehr als Fürst Bismarck.

Wir sind gewohnt, uns den Fürsten als Idealbild des deutschen Recken schlechthin vorzustellen. Und als Recke, als Verkörperung deutscher Urkraft wird er im Volke fortleben; schon ist in dieser Hinsicht sein künstlerischer Typus geschaffen: der Typ, der aus den heroisierten Bildern Lenbachs hervorstrahlt, noch mehr jener archaische Typ, in den hinein das Hamburger Bismarckdenkmal ihn gebannt hat: der Typus des Rolands, des Wächters und Schöpfers deutscher Größe immerdar. Aber der Historiker darf nicht vergessen, daß der geschichtliche Bismarck ein anderer war. Hören wir die unvoreingenommene Schilderung eines reich erfahrenen, praktischen Psychologen[1]. „In diesem Reckenkörper wohnte das feinste, empfindlichste Nervensystem, und diese zarten Fäden unterjochten die Riesenglieder und diktierten ihnen gute und schlechte Stunden. Bismarck litt an Stimmungskrankheiten (einem eigentlichsten Kennzeichen starker und bedeutender Reizsamer). Jede seelische Erregung setzte sich bei ihm körperlich um. Als im März 1866 den österreichischen Rüstungen gegenüber noch nichts geschehen

[1] Neue Deutsche Rundschau 1902 S. 444. Ich danke die Kenntnis der Stelle dem Hinweis des Dr. med. Roderich Baron Engelhardt in Riga.

war, erkrankte er, gesundete aber, sobald die ersten Rüstungsbefehle erteilt waren. Als dann Mitte April über die beiderseitigen Abrüstungen geschrieben wurde, kränkelte er, erholte sich aber sofort, als die Mobilmachung der österreichischen Südarmee gemeldet wurde. Werden seine Pläne mißverstanden, erleidet er schmerzhafte, enttäuschende Erfahrungen, so bewirkt seine seelische Depression sofort physische Indispositionen. Fußleiden, Neuralgien im Gesicht, Gallenergüsse, Magenkrämpfe zog dieser reckenhafte Körper, der allen physischen Strapazen gewachsen war, sich auf psychischem Wege zu. Und sehr charakteristisch für das Typische, Programmäßige dieser Dispositionen ist, daß Keudell (in seinen Aufzeichnungen ‚Fürst und Fürstin Bismarck') aus seiner ständigen Beobachtung heraus schreibt: ‚Am 18. Oktober (1870) kamen Roon und Moltke zu Bismarck (es handelte sich um Bismarcks Wunsch, Paris zu bombardieren, und über die Meinungsdifferenz hierüber zwischen ihm und Moltke). Bald nach der Konferenz stellte sich bei Bismarck ein mehrtägiges Fußleiden ein. Ich schloß daraus, daß der Widerstand Moltkes gegen die baldige Beschießung nicht zu überwinden gewesen wäre.' Bismarck kann seinen Schlaf nicht dirigieren. Er ist zu feinhäutig, um Erregungen bequem abzuschütteln. Wenn er abends Musik hört, verfolgen ihn die Töne. Er ist ganz unsoldatisch, selbst im Kriege, ein Langschläfer, weil die Ruhe erst nach langem Wachliegen über ihn kommt. Er ist abhängig von seinen Stimmungen. Der so bezaubernd liebenswürdig sein kann, wird in Situationen, die ihm nicht angenehm sind, krankhaft launisch, sich und den anderen eine Pein und Qual . . .; von der sensibelsten Empfindlichkeit ist er in solchen Stimmungen."

Das war der Held, der die große Politik der Periode der Reizsamkeit gemacht hat. Und ganz, in allen seinen Lebensfasern, ist er persönlich dieser Periode eingeschrieben. Ziemt es aber dem politischen Historiker, nach dem größten aller seiner Vorbilder, dem des Thukydides, nicht, die Helden

seines Teiles der geschichtlichen Entwicklung als Vollgestalten, in allen ihren Lebensäußerungen auf die historische Bühne zu bringen, muß es vielmehr sein Amt sein, nur diejenigen Seiten der Charaktere zu veranschaulichen, die bedeutsam gewesen sind für den Fortschritt eben der Politik, und so die Helden dieser besonderen Entwicklung — wie dies nicht minder für diejenigen anderer Entwicklungen gilt — nur gleichsam im Relief zu zeichnen, um nicht das epische Wesen jeglicher Erzählung zu zerstören: — so zeigte sich Fürst Bismarck eben von dieser seiner öffentlichen Seite ganz besonders als Kind voller Reizsamkeit. Denn wer hat mehr als er dem politischen Ideale dieser, der Machtpolitik, gehuldigt? Wer mehr die expansiven Tendenzen der Wirtschaft wie des sozialen Lebens dieser Zeit in die Behandlung der inneren öffentlichen wie der auswärtigen Dinge übertragen? Und wer ist mehr, dem Unternehmer auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete gleich, aus der herkömmlichen Atmosphäre politischer Kleinarbeit aufgestiegen in die freie, aber auch eisige Luft einer Politik, in der sich die Prinzipien der gewohnten bürgerlichen Moral entscheidend trennen von jenen erst werdenden sittlichen Kräften eines neuen öffentlichen Bewußtseins, das vorläufig als Usurpation erscheint und als Unrecht?

Innerhalb der allgemeinen Eindrücke und Wirkungen der Reizsamkeit aber war der Fürst noch ganz besonders Naturalist. Wie oft hat man ihn nicht den großen Realisten unter den Staatsmännern des 19. Jahrhunderts genannt! Denn das war seine eigenste Gabe, unbekümmert um Dinge, die das nächste Jahrzehnt, ja das nächste Jahr bringen mochte, vornehmlich und an erster Stelle den Sorgen des Tages zu leben und dem Tage in intimster Kenntnis seines Verlaufes und seiner Einzelbewegung abzuringen, was zu erreichen war. Nicht die weite Zukunft meisterte der Fürst so sehr in einer Art phantasietrunkener Überschau: dem Augenblicke diente er in immer und immer wieder neu geschaffenem künstlerisch vollendeten Überschauen der europäischen

und der universalen Gruppierung. So schuf er jeden Morgen aus den eingelaufenen Nachrichten ein neues Gemälde der Lage; und in ihm jeden Stein des eigenen Machtanspruchs jedesmal richtig einzusetzen war ihm Begabung und unsäglicher Genuß. Was kümmerten ihn dabei im einzelnen Söhne und Enkel! Ἄπορον τὸ μέλλον empfand er mit alter Griechenweisheit; und gingen ihm Gedanken und Erinnerungen hoch, so sah er sich als bescheidenen Diener der Gottheit, die durch die Geschichte schreitet, und von der einen Zipfel des Mantels zu erhaschen ihm höchster Gipfel des Glücks gewesen ist.

Denn mit der scharfen Erkenntnis lichtklarer Dinge der Tagespolitik verband sich in ihm ein wundersamer, echt nervös-reizsamer Sinn für die stillen Gesamttendenzen des nationalen Werdens, für die unbewußten, unterirdisch gleichsam verlaufenden sozialpsychischen Ströme, für das, was er Imponderabilien nannte. Diesem Instinkte hat er die allgemeinen Richtlinien seines Handelns entnommen: und bis ins hohe Alter ist ihm diese Witterung treu geblieben, von dem Kampfe zur Erhöhung der modernen Monarchie an über die Einheitsbewegung hinweg bis zu den sozialpolitischen Wandlungen der achtziger Jahre, die, von Tausenden vorhergedacht und vorhergeahnt, in der Ausführung doch noch ganz sein Werk gewesen sind: und erst als eine neue, schon stark ins Idealistische abgewandelte Form der Reizsamkeit auch seine eigenste Domäne, die äußere Politik, ergriff und in ihr nach den noch fast rein der Machtpolitik angehörigen Bestrebungen der Kolonialpolitik in der modernen Weltpolitik eine ganz andere Behandlung internationaler Fragen heraufführte, hat dieser unendlich reiche, bis dahin tausend Wandlungen siegreich gewachsene Geist zu versagen begonnen.

3. Ergibt sich Fürst Bismarck psychisch als ein Angehöriger der reizsamen Zeit, so bedarf es für andere Zeitgenossen wohl kaum noch des Schlusses a maiori ad minus. Sie alle waren erst recht, als staatsmännische Figuren

zweiten Ranges und zweiter Stellung dem psychischen Diapason der Zeit eingeschrieben und empfangen erst aus ihm in Charakter wie Handeln ihre Erklärung. Nicht damit also ist die Einwirkung der neuen seelischen Elemente der Reizsamkeit und ihrer ökonomisch-sozialen Voraussetzungen abgetan, daß sie nur die Nation als Ganzes ergriffen hätte und ihre einzelnen Stände und Schichten; auch in den Individuen setzte sie sich fest und verlieh darum auch dem Handeln der inneren wie äußeren Politik ihren Charakter. Und wie sollte es auch anders gewesen sein? Die Nation ist die Summe aller Individuen, und Volksgeist ist nur denkbar als eine durch die Tausende und Millionen von Köpfen und Herzen der Volksgenossen hin lebendig waltende Kraft.

Nun aber verkenne man nicht die Folgen dieser einfachen Wahrheiten. Innere wie äußere Politik waren in dieser Periode wie nicht minder in allen anderen an erster Stelle Folgeerscheinungen sogenannter spezifisch kulturgeschichtlicher Mächte: mit nichten bildeten sie den Kern der „eigentlichen" Geschichte, geschweige denn, daß sie allein der Kern dieser „eigentlichen" Geschichte gewesen wären. Denn nicht durch äußere Schicksale und die Eingriffe fremder Gewalten, sei es menschlicher oder natürlicher, erscheint auch das politische Geschick der Nationen vornehmlich und innerlichst bedingt, sondern durch sein eigentlichstes und innerlichstes seelisches Werden; und wie von den Individuen, so heißt es von ihnen: in deiner Brust sind deines Schicksals Sterne.

Aber eben dieser Standpunkt, so klar und gewiß, regt wiederum neue Fragen an. Die Nation ist ein Gewordenes, ein Entwicklungswesen wie der einzelne. Wie aber sollte sie da in irgendeiner Periode ihres Lebens nur durch die seelischen Veränderungen bestimmt sein, die ihr aus dieser Periode zuwachsen? In ihr wirkt fort, was je in ihr gewesen; und so sind die modernen Grundtendenzen der jüngsten politischen Vergangenheit, die bisher besprochen wurden, nicht die einzigen, die in ihr walten, sondern die Erkenntnis

ihrer Wirksamkeit muß ergänzt werden durch das Bild noch lebendiger Tendenzen des Vergangenen.

Was freilich wäre da nun nicht alles anzuführen! Bei dem ungeheuren und zumeist auch augenscheinlichen Zusammenhang jeglicher Ursachen und Wirkungen vor allem da, wo sie innerhalb solcher Zeiten verlaufen, die in unserer Anschauung deutlich voneinander getrennt sind, hieße es im Grunde das ganze Gebiet der deutschen Geschichte durcheilen, wollte man den Gesamtkreis selbst auch nur der politischen Verursachungen in der jüngsten Vergangenheit recht eigentlich überblicken. Davon kann natürlich keine Rede sein. Ja, sogar der großen Tendenzen früherer seelischer Zeitalter, die in dem heutigen noch abgewandelt fortleben, der mittelalterlich-typischen Elemente des Katholizismus und des Zentrums und der individualistisch-reformatorischen und feudal-absolutistischen des Konservatismus, sei an dieser Stelle einstweilen nur im Vorübergehen gedacht. Aber selbst wenn wir uns auf das seelische Zeitalter beschränken, in dessen Gängelbande wir noch heute wandeln, auf die letzten anderthalb Jahrhunderte eines immer mehr aufblühenden Subjektivismus, stoßen wir für die jüngste Vergangenheit wie auch noch die Gegenwart bereits auf rein historische Einwirkungen, ja, gerade hier auf besonders starke Einflüsse. Denn diese anderthalb Jahrhunderte waren keineswegs in sich ungegliedert: in einer Fülle von Phasen schon hat sich das psychische Prinzip des Subjektivismus ausgelebt; und selbstverständlich steht deren ganzer geistiger Inhalt in nachbarlich-starken Beziehungen zur Gegenwart.

Die Fundamentalgeschichte der ersten großen Zeiten des Subjektivismus, der Empfindsamkeit, des Sturmes und Dranges, des Klassizismus und der Romantik, ist noch immer im einzelnen wenig aufgeklärt: denn was wissen wir im Grunde über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Bürgertums, das die gesellschaftliche Bühne dieser neuen Kultur vornehmlich gewesen ist? Genug, daß

diese Strömungen, mit der feinfühligen Vorstufe des Pietismus, seit 1740 immer mächtiger hervortraten, um in ihren Aus- und Nachwirkungen noch fast die ganze erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zu beherrschen.

Es waren ursprünglich Strömungen des Gemütes: der Frömmigkeit, der Freundschaft, des Persönlichkeitskultes: Wann hätte ein großes Zeitalter anders als mit Wandlungen unerforschter Tiefen der Seele begonnen? Aber indem sie sich in die Welt ergossen, wurden sie konkret: und früh schon erblühten aus ihnen auch neue politische Tendenzen. Es ist eine der wichtigsten Seiten des Subjektivismus, daß in ihm der einzelne besonders und weit mehr als in den vorhergehenden Jahrhunderten Auswirkung sucht im Ganzen: daher der Freundschaftskult der Empfindsamkeit und wiederum der Romantik und der Persönlichkeitskult der Genieperiode und des Klassizismus. Auswirkung aber heißt Verbindung, räumlich und zeitlich: und so trugen schon die Anfänge des Subjektivismus hinein in die spezifische Erfassung der nationalen und der geschichtlichen Zusammenhänge; und Patriotismus und Historismus, nicht selten verbunden im Kult z. B. der Bardenzeit und im rühmenden Gedenken der Taten eines Arminius, sind ihre erste politische Leistung.

Klassizismus und Romantik, idealisierende, stilisierende Fortsetzungen der Empfindsamkeit und des Sturmes und Dranges haben dann diese bloßen Gefühle allmählich hinein in die Welt der politischen Begriffe gehoben. Der Klassizismus ist in Gedankengängen, deren Untersuchung vielfach noch aussteht, zum Vater des Liberalismus geworden: in diesem Zusammenhange stehen Schillers patriotisch-politischer Empfindungskreis und Wilhelm von Humboldts Versuche einer Absteckung der Grenzen staatlicher Wirksamkeit dicht nebeneinander. Aus der Romantik aber gingen in einer schon viel deutlicheren und bekannteren Bewegung die Anfänge des modernen Konservatismus im weitesten Sinne des Wortes, Restauration und primitiver Klerikalis-

mus, Ultramontanismus und konservatives Denken der vierziger und fünfziger Jahre hervor.

Nun weiß man, welche von diesen Auffassungen zunächst in der deutschen Geschichte fruchtbar und gewaltig geworden ist. Mit dem liberalen verknüpfte sich, eine der legitimsten Verbindungen des Subjektivismus, der nationale Gedanke, und dieser Verbindung entsprang beflügelt der Geist der Einheitsbewegung, der politischen Expansion des 19. Jahrhunderts.

Den lauteren Höhepunkt dieser Bewegung bildete das Jahr 1848. Aus literarischer und philosophischer Umwelt heraus geboren, versuchte ein politisches System des Liberalismus sich zu verwirklichen dadurch, daß es sich dachte: der ontologische Irrtum Fichtes und der romantischen Philosophie hielt seinen Einzug in die Politik. Natürlich, daß die Enttäuschung auf dem Fuße folgte: das Volk der Denker erwies sich auf dieser harten Erdenfahrt als das auch der Dichter. Aber obwohl der Körper des Systems versagte: der Gedanke der Einheit blieb; und ein staatsmännischer Realist ohnegleichen hat ihn zur Zufriedenheit, ja unter jauchzendem Zuruf der alten Achtundvierziger in den Jahren 1870/71 verwirklicht.

In Bismarck trafen sich geistig die zwei großen Zeitalter des Subjektivismus, deren erstes nun vergangen ist, und deren zweites seit den Tagen der Reizsamkeitt zu voller Höhe heranbrach. Nach Veranlagung und Handlungsweise gehörte er der Periode der Reizsamkeit an, dem ersten seelischen Widerspiel eines neuen wirtschaftlichen und sozialen Daseins; die Idee seiner frühesten großen Taten aber war noch das ausgereifteste Erzeugnis jenes nationalen Liberalismus, der auf die schönste Entfaltung des ersten Zeitalters, den Klassizismus, zurückging. So umfaßten die ersten Jahrzehnte seines Wirkens Zeiten des Übergangs: neben den vergeistigten und abgeklärten Ergebnissen der ersten subjektivistischen Evolution, die noch führend fortlebten, drängten sich in dunklen Stößen die Elemente der zweiten großen

Evolution des Subjektivismus hervor, vornehmlich zunächst in wirtschaftlichen und sozialen Gärungen.

Es lag in der Natur der Dinge, daß diese neuen Elemente nach 1870 Übergewalt erlangten; in ihrem Fortschritte, in der Zurückdrängung der Elemente der älteren Zeit unter vielfachen Verschmelzungen ist das erste Menschenalter der inneren Politik des jungen Reiches dahingeflossen.

Wild und nicht selten ungebärdig wogten da die neuen sozialen Schichten des modernen Wirtschaftslebens heran: vierter Stand und neue Aristokratie der Unternehmung. Und wo sie stark waren an Häuptern und Muskelkraft, da schritten sie unter dem Schutze eines demokratischen Wahlrechts zu politischen Machtbildungen: früh entstand die Sozialdemokrate als ein Gehäuse, innerhalb dessen die politische Erziehung des vierten Standes nur langsam vonstatten ging. Der Adel aber des neuen Wirtschaftslebens, schwach an Zahl, seinem Dasein nach rechtlich und politisch auf den Grundsatz vom freien Wettbewerb gegründet, schloß sich dem Liberalismus an: bis er ihn sozial allmählich umfärbte und dadurch seinem alten politischen Charakter nach fast vernichtet hat.

Indem sich aber gegenüber den ungeheuren Umwälzungen des modernen Wirtschaftslebens das alte Gebäude der hergebrachten sozialen Schichten nicht unangreifbar und standhaft erwies, indem der Geist der neuen Unternehmung durch tausend Kanäle und Poren in diese Stände eindrang, erlagen sie so starken Zersetzungen, Vernichtungen und Umbildungen, und ward zugleich jeglicher politische Standpunkt derart sozial gefärbt und mit wirtschaftlich-gesellschaftlichen Anschauungen gleichsam durchsetzt und geschwängert, daß überhaupt eine allgemeine Sozialisierung der Parteien erfolgte[1]: mit Ausnahme allein des Zentrums.

Aber wirklich mit Ausnahme dieser merkwürdigsten aller deutschen Parteien? Gewiß hat das Zentrum in dem ersten

[1] S. schon oben S. 14 ff.

Jahrzehnte des Reiches unter dem Zeichen eines fast ausschließlich staatskirchenrechtlichen Konflikts gelebt: es war der Abschluß einer älteren Periode der Entwicklung; denn es verstand sich von selbst, daß der Liberalismus, nachdem er seine weltlich-politischen Ziele errungen hatte, zur Verwirklichung auch seiner kirchlichen Ideale fortschrittt. Und eine ausnehmend günstige Konstellation der äußeren politischen Kräfte erlaubte tatsächlich die Erneuerung des alten Zwistes zwischen Kaisern und Päpsten.

Fruchtbare Zeiten sind das nicht gewesen, weder für das Reich noch für das Zentrum, insofern es deutsche Partei war oder sein wollte. Aber in den achtziger Jahren begann sich die tiefste, innerlichste, seelische Konstellation zu wandeln, und eine neue soziale Psyche blühte in den neunziger Jahren hervor. Die Zeiten des neuen Idealismus nahten; manch einem schien es, als ob die blaue Blume wiedergefunden sei; Neuromantik und Jugendstil wurden wenig klare, aber bezeichnende Schlagwörter. Das, was wirtschaftlich und sozial deutlich hervortrat, war eine beginnende Bindung des Wirtschaftslebens der freien Unternehmung: eine innerliche Sozialisierung der Gesellschaft, die sehr bald in einem neuen Genossenschaftsleben, sei es staatlichen Zwanges, sei es freier Bildung, tausend und abertausend Schosse trieb. Es war eine mittelalterlichem Wesen in manchem Sinne äußerlich ähnliche Erscheinung: und dies neue assoziative Dasein, das zunächst nur die Einrichtungen band, sollte nicht auch innerlicher Bindung den Weg gebahnt haben? Wie Weihrauchdüfte, streng im Geruche und unbestimmt von Gestalt, zogen neue religiöse Stimmungen durchs Land: die Zeit jener Kirchen, die den klugen Jungfrauen nacheifern, schien nahe herbeizukommen.

Es war die Sozialisierung des modernen Lebens auf Grund nicht am wenigsten der Geistesströmungen des neuen Idealismus, auf der sich ein Teil der Macht des modernen Zentrums seit den neunziger Jahren aufbaute: in dieser von der sonstigen abweichenden Form sind die politisch-kirch-

lichen Bestrebungen auch des Zentrums sozialisiert worden. Und wer will leugnen, daß die neue soziale Luft eines angehenden Wirtschaftslebens der gebundenen Unternehmung auch schon die übrigen Parteien umspielt und auf sie mit jenen langsam wandelnden Einflüssen zersetzender Art eingewirkt hat, denen selbst altersgraue und festgefügte Gebäude schließlich zu unterliegen pflegen?

Was aber konnten die neuen politischen Bildungen sein, die aus dieser entscheidenden Wandlung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse hervorzugehen bestimmt waren? Die reizsame Phase der modernen politischen Entwicklung hat darauf noch keine Antwort erteilt; und zum Verständnis derjenigen Antwort, die dem kulturellen Verlaufe allerjüngster Strömungen und der Gegenwart entnommen werden kann, bedarf es einer Menge von Kenntnissen, deren Ganzes erst eine spätere Stelle unserer Erzählung [1] vermitteln kann.

---

[1] S. Band IV ff.

Innere Politik.



I.

1. Die Verfassung des heutigen Deutschen Reiches ist kein Erzeugnis der Ereignisse der Jahre 1866 bis 1871 allein; sie reicht in ihren unmittelbaren Wurzeln mindestens bis zum Jahre 1848 zurück.

Noch älter aber ihren nächsten Ursachen und Grundlagen nach sind die Parteien. Sie haben an der Wiege des Reiches schon mit ihren Wünschen und Forderungen gestanden, und durch sie hindurch hat die Nation schon lange vor dem Jahre 1848 auf ihre künftige politische Konstitution hingewirkt.

Ein deutsches Parteileben in ausgesprochener Form geht bis auf das zweite und dritte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts zurück; frühere Zeiten dagegen haben bei uns keine eigentlichen Parteien gekannt. Der Feudalstaat konnte Parteien nicht erzeugen, da er die staatlich wirksam werdenden Kräfte jede für sich und individuell durch das persönliche Band des Treueides mit dem Herrscher verband; mit dessen Augen gesehen und somit vom staatlichen Gesichtspunkte aus erschien daher jede Parteibildung unter den Vasallen sofort als faktiös und staatsgefährlich: als Parteiung. Es ist ein Gesichtspunkt, der auch noch für den ständischen Staat gilt; denn auch in diesem noch war die Mehrheit aller ständischen Glieder dem Landesherrn durch Treueid vasallenhaft verpflichtet. Diesem persönlichen Verhältnis entsprach es denn auch, wenn jedes Mitglied der Stände zunächst nur seine eignen Interessen und in ihnen höchstens noch die Interessen seiner sozialen Gruppe zu vertreten berufen war: ständische Interessenvertretung und unmittelbares

Abhängigkeitsverhältnis vom Landesherrn erschienen in engem Zusammenhang.

Parteibildung in modernerem Sinne konnte erst da auftreten, wo zunächst das Individuum als Mikrokosmos eine eigene Weltansicht vorzutragen und durchzusetzen versuchte; denn höchster Zweck innerer politischer Bestrebungen wird immer die Verwirklichung eines bestimmten Kulturideals sein. Zeiten, die hierzu berufen schienen, waren aber erst die des Untergangs der gebundenen und der frühesten Emanzipation der modernen Persönlichkeit, in der deutschen Geschichte also die des 15. und 16. Jahrhunderts; und schon aus den tiefsten Wandlungen der sozialen Psyche, wie sie erst in den genannten Jahrhunderten eintraten, erklärt sich, daß es im Mittelalter zu Parteibildungen niemals gekommen ist.

Indem nun aber das Individuum des 15. und 16. Jahrhunderts seiner innerlichen Befreiung entgegenging, suchte es diese vor allem auf dem Gebiete der bis dahin stärksten Gebundenheit, auf dem Gebiete der Religion und der Kirche. So sind denn die ersten Parteibildungen auf deutschem Boden kirchlich und konfessionell zugleich gewesen; neben die alte katholische Kirche traten die lutherische Kirche und die reformierte.

Gleichwohl kam es politisch auch jetzt noch nicht zu Parteibildungen, die auf der Zusammenfassung einzelner Individuen beruht hätten. Dem widersprach äußerlich der bekannte Grundsatz territorialer Kirchenbildung cuius regio eius religio, innerlich die diesem Prinzip zugrunde liegende, ihrerseits wieder aus dem allgemeinsten Charakter des damaligen sozial-psychischen Lebens unmittelbar entspringende Anschauung, daß zwar eine gewisse geistige Bewegungsfreiheit des Individuums bestehen müsse, daß diese aber eingeschlossen bleiben müsse in die wenn auch schon verschieden gedeuteten Lehren des Christentums und in die Lebensforderungen des bestehenden, irgendwie christlich gedachten Staates. So bestanden denn die „Religionsparteien“

nicht aus den einzelnen Individuen verschiedenen Glaubens, sondern aus den Ständen des Reiches, den Herren der einzelnen Territorien und den Obrigkeiten der unabhängigen Städte: die Untertanen hatten nicht das Recht freier Meinungsäußerung oder gar das Recht politischer oder religiöser Parteibildung auf deren Grundlage.

Dennoch war vornehmlich von dieser Zeit ab an einer bestimmten Stelle die Möglichkeit gegeben, zu mehr oder minder persönlicher Staatsanschauung fortzuschreiten. Der Staat betrachtete sich jetzt nicht mehr als ausschließlich und spezifisch christlich. Seitdem er mit der Kirche in harte Zwiste geraten war, schon in frühmittelalterlichen Zeiten, hatte er begonnen, andere Grundlagen für das Recht seines Daseins aufzusuchen als die von der kirchlichen Lehre dargebotenen. Und er hatte sie, anfangs zum größten Teil mit Hilfe der staatsrechtlichen und politischen Literatur der Alten, in einer Lehre natürlicher Staats- und Rechtsbildung gefunden. Diese Lehre, seit dem 11. Jahrhundert in leisen Ahnungen auftauchend, stärker zuerst geformt in den Kämpfen des französischen Königtums mit der Kurie um die Wende des 13. Jahrhunderts, erblühte jetzt, seit dem 16. Jahrhundert, immer mehr zu dem Inbegriff dessen, was man ius naturale nannte; der Versuch wurde gemacht und in immer fleißiger intensivierten Systemen durchgeführt, den Staat als rein aus Vernunftgründen entstanden zu denken und demgemäß seine Durch- und Fortbildung von reinen Erwägungen der Vernunft her zu fordern.

Damit war denn wenigstens für die Lehrer und Schöpfer der neuen Staatstheorie eine gewisse individuelle Freiheit politischen Denkens errungen. Wie aber nun, wenn diese Freiheit allgemeiner zu werden begann, wenn sich das natürliche Denken als Ferment des Staatsverständnisses weit hinein in die höheren gesellschaftlichen Schichten der Nation überhaupt verbreitete?

Es geschah langsam seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts. In dieser Zeit wurden die Grundmassen der

individualistischen Kultur, die das 16. und 17. Jahrhundert aus einem höheren Persönlichkeitsbewußtsein, aus einer dementsprechend geläuterten religiösen Weltanschauung und aus dem von dieser Basis her eindringenden Verständnis der antiken Überlieferung aufgebaut hatten, überhaupt immer größeren Volkskreisen mitgeteilt: es ist die Zeit der immer weiter dringenden Aufklärung, die Zeit, in der die Summen eines durch sechs bis sieben Menschenalter hin vorbereiteten Denkens nun gleichsam wie Gewässer aus dem engen Behältnis der Gelehrtenzunft und der Philosophenkreise abfließen und die weiten Regionen der Gebildeten überhaupt befruchten. Wesentlich dieser Vorgang ist es, der dem 18. Jahrhundert den Charakter der Zeit einer hohen, einheitlichen, glücklichen und alle Verhältnisse beherrschenden geistigen Kultur aufprägt.

In diesem Zusammenhange wurden nun auch die Lehren des natürlichen Staatsrechts Gemeingut der Gebildeten, und sie wurden es um so mehr, als die herrschende Staatsform, die letzte Ausbildung des Absolutismus, selbst ein lehrhaftes Gepräge trug: Friedrich der Große nicht minder als Karl Friedrich Moser, Vertreter einer fortgeschrittenen wie einer älteren Schattierung dieses Absolutismus, haben mindestens seit Mitte des 18. Jahrhunderts diese Lehren der breiten Öffentlichkeit der Lesenden vermittelt; und sie haben zahlreiche Nachfolger gefunden. Und sind nicht am Ende schon viele Verordnungen Friedrich Wilhelms I. fast Abhandlungen staatsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Inhalts gewesen, die als solche der Verbreitung der politischen Aufklärung weiteren Vorschub leisten mußten?

Schmeckten aber diese Theorien wie die ungeheure Literatur der politischen Aufklärung der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, die Schriften eines Schlözer im Norden wie die eines Weckherlin im Süden durchweg lehrhaft, wie sie denn noch von der Grundlage des Naturrechts in seiner doktrinären Durchbildung ausgingen, so waren sie doch anderseits, eben durch die Popularisierung, im Verhältnis

zu ihrer ursprünglich streng systematischen Grundlage verschwommen geworden; nur ungefähr und allgemein schaute in ihnen der alte, rein doktrinäre Untergrund noch durch; im einzelnen bewegte man sich lebhaft in konkreten Sondervorschlägen zur Besserung der öffentlichen Einrichtungen. Eine gewisse Annäherung an die Wirklichkeit aus der Doktrin heraus war damit schon vollzogen; bezeichnend ist, daß sich die Erörterung nur selten noch von den allgemeinen Voraussetzungen des bestehenden Zustandes entfernte; durchweg war es die Erhöhung des aufklärerisch-absolutistischen Staates, die man erstrebte; ganz fern standen republikanische Ideale. Doch war man anderseits der alten Theorie noch nahe genug, um ebenso von jedem eigentlich nationalen Zuge entfernt zu bleiben; der bestehende Zustand im Reiche galt als die beste aller möglichen Lösungen; in keinem Sinne wurde an einen nationalen Staat als Werkzeug vaterländischer Machterweiterung gedacht; nur auf Schutz nach außen und Ruhe im Innern blieben die politischen Wünsche beschränkt, und der nationalen Bedürfnislosigkeit entsprach als Gegenstück ein liebenswürdiger und neidloser Kosmopolitismus.

Dabei war aber das Staatsideal, das man für die innere Entwicklung aufstellte, keineswegs gehalt- und kraftlos. Es lief darauf hinaus, jedem Individuum das höchste Maß von Glück zu verschaffen; unmittelbar auf die staatliche Wirkung gegenüber dem einzelnen war es zugeschnitten. Und es konnte von diesem Gesichtspunkte aus gelegentlich bis zu Grenzen vordringen, jenseits deren alsbald der Komplex der Freiheiten des demokratischen Staates des 19. Jahrhunderts beginnt: Freiheit des Eigentums, Freiheit des Erwerbs, Freiheit der Berufe fielen schon in sein Programm. Ja, es ließ sich gelegentlich bis zu dem Entschlusse fortbilden, zu seinen Gunsten den weiten Bereich jener Zustände zu liquidieren, die in dem bestehenden Staate noch an die gebundenen Zeiten des Mittelalters erinnerten und unmittelbar von ihnen übernommen worden waren. So

sind bereits Anfänge der Bauernbefreiung gemacht worden, so wurden Ideale der Handelsfreiheit gezeichnet; und namentlich da, wo physiokratische Einflüsse wahrnehmbar sind, war man zu stärksten Änderungen des Bestehenden in der Richtung auf die freiheitlichen Ideale des 19. Jahrhunderts hin geneigt. Und keineswegs blieb es bloß bei der Formulierung von Forderungen. Im Gegenteil: da staatlicher Zwang für höchst berechtigt gehalten wurde, so kam es auch zu rascher und energischer Durchführung. Der Satz beneficia non obtruduntur galt niemals weniger als in dieser Zeit, die die Fürsten als in ihrem Gewissen verpflichtet ansah, für das Glück ihrer Untertanen zu sorgen in jeder Weise, auch mit Mitteln der Gewalt. Daher denn die so oft verspottete Vielregiererei dieser Tage und die ganze wohlgemeinte Geschäftigkeit der Beglückung.

Indem man so überall zum Besten sorgte, blieb man aber zugleich dem Gedanken einer Teilung der Verantwortlichkeit in der Ausübung der staatlichen Gewalten fast völlig fern. Man vertraute, daß die Fürsten recht verfahren würden, denn man sah im ganzen ein williges und trefflich erzogenes Fürstengeschlecht am Ruder, — von dem Philosophen auf dem preußischen Throne an bis hinab zu den geistlichen Wahlfürsten der Abteien und Bistümer. Darum blieb denn die Frage, ob der fürstlichen Gewalt durch eine Volksvertretung ein Gegengewicht zu geben sei, eigentlich außerhalb des Feldes der Erörterung. Wo ständische Vertretungen alten Herkommens vorhanden waren, wo sie sich etwa gar, wie in Württemberg, ihr altes Recht von neuem erkämpft hatten und erkämpften: gut, da sollten sie auch erhalten bleiben. Aber daß an ihre Stelle eine Volksvertretung im Sinne etwa Montesquieus träte, das verlangte man keineswegs. Konnte nicht jede konstitutionelle Monarchie zu aristokratischen, etwa plutokratischen Bildungen führen, wie man sie am Schluß des Jahrhunderts in England aus einem bunten Gemisch von Großgrundeigentümern, Großhändlern, Großindustriellen, Großkapitalisten emporschießen

sah? Nichts aber war der deutschen Aufklärung weniger willkommen als eine politische Aristokratie; zu deutlich kannte und verachtete, ja verhöhnte sie deren oligarchische Mißentwicklung in den Reichsstädten.

Und war denn dies Bürgertum, waren diese Kopfarbeiter, die der Hauptsache nach das politische Ideal der Zeit formten — der Adel niederer wie höherer Art hielt sich im allgemeinen und als Stand noch von dieser Aufgabe zurück —, waren sie imstande, etwa das Material zu einer Volksvertretung in den einzelnen Territorien zu liefern? Es ist bezeichnend, daß diese Frage vor der Einwirkung der französischen Revolution auf deutschem Boden schwerlich auch nur aufgeworfen worden ist. Das Dasein dieser bürgerlichen Kreise, die vornehmlich die politische Aufklärung schufen und in ihr lebten, war nach modernen Begriffen im allgemeinen noch kleinbürgerlich; das Lebensideal war nach unserer Auffassung kein Ideal der Macht, sondern ein solches der Bildung: nur mit einem lebendigen Interesse des Rates und des zunehmenden Verständnisses wollte man den Staat begleiten; politische Anteilnahme war auch im besten Falle grundsätzlich kaum mehr als Bestandteil literarischer Neigungen.

* * *

Konnte nun ein solcher Zustand zur Parteibildung führen?

Diese Staatsanschauung war, wenn das vieldeutige Wort gebraucht werden darf, keine organische. Was sie dem Staat als Ziel vorschrieb, ist unendlich oft und bis zum Überdruß ausgesprochen worden: das Glück des Einzelnen. Nur diesen Einzelnen kannte sie daher, getrennt von den Anderen, für sich, als individuelles Atom. Eben darum vermochte sie den Gedanken eines nationalen Patriotismus nicht zu fassen, und der Tod fürs Vaterland, wenn er nicht den Nutzen dessen, der sich opferte, deutlich und persönlich herausstellte, war ihr ein Unding. Wie hätte sie da eine Verbindung dieser einzelnen zur Erreichung politischer Zwecke, wie hätte sie eine Parteibildung für denkbar und

nutzbringend ansehen können? Nicht minder fern wie der Konstitutionalismus lag ihr dessen notwendige Folge, die politische Organisation der Staatsbürger in Parteien.

Indem wir aber nunmehr in diesen letzten Betrachtungen bis zu dem untersten Gliede aller Staatsbildung, zum Staatsbürger, zur politischen Persönlichkeit hinabgestiegen sind, haben wir uns zugleich der allgemein geschichtlichen Erklärung des Wesens des Staates und der politischen Bildung im 18. Jahrhundert genähert. Das 16. bis 18. Jahrhundert ist das Zeitalter des Individualismus. In dieser Zeit herrscht eine sozialpsychische Durchbildung der Einzelpersönlichkeit vor, die zwar dahin führt, daß diese sich loslöst von der sogenannten Gebundenheit des Mittelalters, d. h. von ihrer innersten Bestimmtheit durch eine objektiv gegebene, mit dem Begriffe des Wunders operierende und im Christentum verkörperte Weltanschauung, die aber noch nicht so weit führt, daß das innerlich frei gewordene Individuum sich nun voll als Subjekt fühlen sollte: sich für stark genug erachten sollte, diesen höheren Grad innerer Freiheit nun auch im entschiedensten und ständigsten Austausche seiner Erfahrungen mit anderen Individuen kraftvoll und selbstbewußt, als Subjekt, zu behaupten. Es ist ein Zeitalter, das seinen höchsten und klassischen Ausdruck in jener Philosophie Leibnizens gefunden hat, in der die Monaden, die geistigen Einzelpersönlichkeiten, zwar jede in sich die Welt spiegeln nach ihrem Vermögen, aber keine Türen und Fenster haben: nicht der Beeinflussung durch den Nachbar unterliegen. Da versteht sich denn leicht, wie diesem sozialpsychischen Wesen der Persönlichkeit der Staat dieser Zeit entspricht: er kennt nur die Individuen als Atome, als Einzelwesen, die beglückt werden sollen, und über ihnen den Fürsten als beglückende Autorität, nicht aber diese Individuen in ihrer machtvollen Durchdringung und gleichsam Verfilzung zu gewaltigen sozialen Organisationen und über diesen eine letzte politische organische Zusammenfassung, einen Staat, der getragen ist von dem wohlgegliederten Kraftbewußtsein und

dem Gesellschaftswillen aller, einen Staat als auch nach außen souverän und majestätisch sich auswirkendes Machtgeschöpf.

Nun begab es sich aber, daß die allgemeine sozialpolitische Haltung des Individualismus, diese Voraussetzung des absoluten Staates des 16. bis 18. Jahrhunderts, sich seit Mitte des 18. Jahrhunderts zu etwas Neuem abzuwandeln begann. Es sind Vorgänge von entscheidender Wichtigkeit; Ereignisse, die sich zunächst in engen Kreisen vollziehen; Zustände, deren geistige Seite wohl gekannt ist, deren soziale und wirtschaftliche Voraussetzungen aber noch sehr der Untersuchung bedürfen. Diese neue Zeit beginnt in Deutschland zwischen 1740 und 1750 mit den Jahren der Empfindsamkeit und steigert sich mit den sechziger Jahren zunächst zu den Erscheinungen des Sturmes und Dranges. Was ist ihr neuer seelischer Inhalt?

Eine bis dahin ungekannte Neigung überkommt die geistig höchststehenden Kreise der Nation, bürgerlicher wie anderer Herkunft, sich gegenseitig näherzutreten, sich mitzuteilen, sich innerlich kennen zu lernen. Richtungen des Lebens vollenden sich, die schon in den Konventikeln des Pietismus angeklungen haben; ein enthusiastischer Kultus der Freundschaft blüht empor; und auf dem Gebiet der Dichtung entspricht dem eine neue Poesie, die Poesie Klopstocks und seiner Nachfolger. Damit nicht genug. Der einzelne, der in den neuen engeren Beziehungen des Lebens mit anderen seinen besonderen Wert erkannt hat, fühlt sich nun doppelt stark auch in seinem nur ihm eigenen Wert; neben die enge seelische Verbindung mit anderen stellt sich ein starkes Ichgefühl, das sich in den Jahren des Sturmes und Dranges bis zum genialen Taumel steigert; außer der sozialen wird die individuale Seite eines neuen sozialpsychischen Zeitalters, des Zeitalters des Subjektivismus, geboren.

Nun kann es hier nicht die Aufgabe sein, diese neue seelische Bildung, die in einer ersten Periode ihres Verlaufes bis unmittelbar an die Tore der jüngsten Vergangen-

heit heranführt, zunächst auch nur in ihren frühesten Abwandlungen allgemein zu kennzeichnen und zu verfolgen[1]; es ist vielmehr nur zu fragen, was denn nun dieser neue Subjektivismus, einmal durchgebildet, für das Wesen der Staatsbildung gegenüber dem früheren Individualismus grundsätzlich und den innersten Konsequenzen seines Wesens nach zu bedeuten hatte. Und da ergibt sich denn, daß das neue Zeitalter zu fast gänzlicher Zerstörung der alten politischen Ziele und zu einer vollen Neubildung anderer staatlicher Ideale führte und führen mußte. Wie konnte vor allem jetzt noch von der hergebrachten Staatsbevormundung und der Omnipotenz der Fürsten, wie von dem Staatszweck einer allgemeinen Beglückung der einzelnen Staatsbürger die Rede sein? Diese neuen Staatsbürger wollten gar nicht in erster Linie ein ihnen objektiv zugemessenes Glücksquantum von obenher erhalten und genießen: sie wollten vor allen Dingen nichts sein als politische Subjekte, und deshalb suchten sie ihr Glück darin, ihre staatliche Welt zu formen als ein ihnen untergebenes Objekt, in ihrer Weise. Freiheit in diesem Sinne: Freiheit der Eigenbewegung, das war ihr erster Ruf, und nach dieser Devise waren sie bestrebt, das öffentliche Wesen umzugestalten. Und da ergab sich denn logischerweise sehr bald eine Doppelheit von Idealen für die engere und weitere Umwelt, in der sie standen, für die Gemeinde und den Staat: Freiheit der Selbstverwaltung im engeren, und im weiteren Teilnahme an der herkömmlichen Leitung der Staatsgewalt derart, daß deren Durchbildung im Sinne größter Bewegungsfreiheit der Einzelpersonen gewährleistet ward: Konstitutionalismus. Konstitutionelle Monarchie und Selbstverwaltung wurden damit die großen Ziele der neuen Zeit, soweit diese an das Gewordene anknüpfte und sich in den Grenzen des Erreichbaren hielt; und nur da, wo sie dessen Grenzen überschritt, formte sich auch

[1] Einiges in dieser Hinsicht wird in den einleitenden Teilen des dritten Bandes zu erzählen sein.

ihr staatliches Ideal, ohne Rücksicht auf die bestehenden Verfassungen, nach den weitgehendsten Zielen der Selbstverwaltung und lautete auf Republikanismus.

Freiheit des Subjektivismus: so kann man jetzt wohl allgemein und zusammenfassend das politische Ideal der neuen Zeit bezeichnen: jenes Ideal, das zu erfüllen das ganze 19. Jahrhundert beflissen gewesen ist, unter dessen mildem, wenn auch abgewandeltem Schutze auch wir noch schaffen. In der besonderen Sprache der Politik aber wird man dies Ideal wohl am besten das demokratische nennen, freilich in einem Sinne dieses vielgebrauchten und mißbrauchten Wortes, der vornehmlich in der Welt der romanischen und englisch sprechenden Völker zu Hause ist; und man wird dann als Gegensatz zu einem so gemeinten Demokratismus das Wort und den Begriff des Autoritarismus zu prägen haben. Dabei wird sich freilich im folgenden nicht immer vermeiden lassen, das Wort Demokratie auch in dem engeren spezifisch der deutschen Sprache eigenen Sinne von Herrschaft der unteren Klassen anzuwenden. Doch wird dies zu keinen Mißverständnissen führen.

Wenn nun aber die politische Entwicklung seit 1750 bis zur Gegenwart immer stärker und entschiedener zwischen den Gegensätzen des Demokratismus und des Autoritarismus verlief, so darf nicht vergessen werden, daß die ersten Erscheinungen dieser großen Bewegung schwächlich genug waren und das politische Denken der Zeit noch keineswegs beherrschten. Zudem hatten sie, wie alle ersten Erscheinungen einer neuen geistigen Welt, einen enthusiastischen und leidenschaftlichen und darum zunächst logisch wenig abgeklärten Charakter. Denn auch beim politischen Werden ist im Anfang das Gefühl und nicht Verstand und Verständnis.

Die ältesten Formen der neuen politischen Haltung fanden sich natürlich in den Kreisen, in denen Empfindsamkeit und Sturm und Drang sich auslebten. Und hier waren es namentlich zwei Punkte, die unterscheidend hervortraten gegenüber den im allgemeinen noch herrschenden politischen

Grundsätzen der Aufklärung: die rege Pflege des nationalen Gefühls und ein primitiver historisch-politischer Sinn, ein hochgemuter Stolz vornehmlich auf die nationale Vergangenheit. Beides Erscheinungen, die ohne weiteres den Grundtendenzen des Subjektivismus entsprangen. Ein Zeitalter, in dem die Einzelpersonen sich nicht mehr als vereinzelte Individuen fühlten, sondern sich ihres inneren seelischen Zusammenhanges bewußt wurden, bedurfte alsbald eines objektiven Untergrundes für die Abgrenzung dieses Zusammenhanges und lernte diesen Untergrund sehr früh schon gefühlsmäßig als gemeinsame Lebensbasis schätzen. Dieser Untergrund aber konnte in nichts anderem als in der Nationalität gegeben sein und vornehmlich in ihrer alleroffenbarsten Erscheinung, der Sprache. Nicht minder aber wie der Zusammenhang der gleichzeitig lebenden Personen im Raume drängte sich der subjektivistischen Anschauung alsbald auch der Zusammenhang der Personen in der Zeit, der Zeitgenossen und der Ahnen auf: darum hieß subjektivistisches Denken ohne weiteres historisches Denken, und darum wenden sich die Gedanken schon Klopstocks geschichtlich rückwärts und, von den Erinnerungen an nationale Größe getragen sowie noch von enthusiastischen Regungen erfüllt, vornehmlich den dunkeln frühesten und darum scheinbar erhabensten Zeiten der deutschen Geschichte zu. Zugleich aber erklärt sich aus diesem Zusammenhang das lebhafte und so tief innerliche Interesse, das diese Frühzeit des Subjektivismus an der Antike nahm: ein Interesse, das dann bekanntlich zu einer letzten hellenischen Renaissance geführt und die Zeiten des dichterischen Klassizismus aufs stärkste befruchtet hat. Politisch gelangte diese geschichtliche Wendung des frühen Subjektivismus vor allem in der Schwärmerei für die altrepublikanischen Staatswesen, in der harten Erziehung zu den sogenannten republikanischen Tugenden des Römers sowie in dem gellenden Ruf in tyrannos zum Ausdruck, wie ihn die Männer des Sturmes und Dranges, die Hainbündler, schließlich auch Schiller

wunderlich genug mitten hinein in friedliche Zeiten erschallen ließen.

Eine weitere Periode der Durchbildung subjektiven Seelenlebens wird durch die Romantik bezeichnet. Die Romantik ist in manchen Gegenden Deutschlands in voller Wucht der Strömung unmittelbar auf Sturm und Drang gefolgt, so z. B. in Schwaben; anderswo bestand sie anfangs als Unterströmung unter dem Klassizismus, von dem bald die Rede sein wird; offen zutage trat sie allenthalben im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts. Sie läßt im ganzen zunächst nur die schon von der subjektivistischen Frühzeit angeschlagenen Töne verstärkt und in reinerem Ausdruck verlauten: der enthusiastische Rückblick auf die Vergangenheit wird zu liebevoller historischer Versenkung in die Zeiten namentlich des Mittelalters, wenn freilich auch sie gewisser poetischer Momente noch keineswegs entbehrt; und der nationale Sinn erblüht, vornehmlich in den Jahren napoleonischer Fremdherrschaft, zu opferbereitem und tateneifrigem Patriotismus.

Aber neben diese abgewandelten alten Elemente treten doch auch neue Erscheinungen. Sie erklären sich aus dem mittlerweile fortgeschrittenen seelischen Prozesse des Subjektivismus. Die Betonung des Subjektes im Menschen war in den führenden Schichten schon während der Jahre des Sturmes und Dranges bis zum Kultus des Genies fortgeschritten; jetzt, in der Frühromantik, entwickelte sich aus ihr eine völlige Selbstüberhebung des einzelnen, ein ironisches Schweben über den Dingen, schließlich eine blutleere Verherrlichung des eigenen Ichs. Da konnte es denn nicht ausbleiben, daß diese Ausschreitungen starke Gegenwirkungen hervorriefen[1]. Gerade diejenigen der Romantiker, die einem so übertriebenen Subjektivismus am meisten gehuldigt hatten, verfielen der Regel nach aufs tiefste einer

[1] S. oben S. 47 ff. über die Formen des subjektivistischen Idealismus.

neuen Gebundenheit ihres inneren Seins: sie flüchteten in den Schoß der katholischen Kirche als der treuesten Depositarin mittelalterlichen Seelenlebens; und sie gelangten auch für die weltlichen Dinge zu Anschauungen, die nur durch Wiederbelebung vergangener oder vergehender Staatsideale hätten zur Wirklichkeit werden können.

Es sind für den ferneren Verlauf des 19. Jahrhunderts überaus wichtige Zusammenhänge: denn nicht zum geringsten geisteskräftige Führer der Nation betraf dies Geschick. In der Wandlung der Romantik zu einer Verehrerin der alten Kirche lag der erste starke Anlaß zur Renaissance des Katholizismus; es wird davon später die Rede sein[1]. Und aus der entsprechenden Wandlung auf staatlichem Gebiete gingen die Strömungen des modernen Feudalismus und Legitimismus hervor; es sind die Anfänge besonderer konservativer Parteibildung. Aber in dem unmittelbaren und stracken Verlauf der frühen subjektivistischen Strömungen hatte sich vor deren reaktionärem Zusammenbruch in der Romantik eine Periode eingeschoben, der man den Namen des Klassizismus gegeben hat, indem man sie zunächst nur auf dem literarischen Gebiete erkannte und kennzeichnete. Sie ist indes viel allgemeinerer Art, wie sich schon daraus ergibt, daß ihre konsequente Ableitung allein aus den literarischen Voraussetzungen der vorhergehenden Periode des Sturmes und Dranges bisher nicht hat gelingen wollen. Was sie charakterisiert, ist ganz allgemein eine erste gesunde Verschmelzung noch lebenskräftiger Prinzipien der Aufklärung mit einem nicht übertriebenen Maß von Subjektivismus: und insofern, als eine der gegenüber neuen seelischen Strömungen stets nötigen Synthesen des Werdenden mit dem Gewordenen, ist sie die entwicklungsgeschichtlich nächste und legitimste Fortsetzerin der Empfindsamkeit und des Sturmes und Dranges gewesen: darum hat sie auch außerordentlichen Einfluß gewonnen: Goethe und Schiller, Kant

[1] S. unten S. 81 f.

und Wilhelm von Humboldt gehörten ihr an, und Goethe war ihr größter und entschiedenster Vertreter. Sie war nun auch auf staatlichem Gebiete von großer Bedeutung; denn in ihr stellte sich neben den literarischen ein politischer Klassizismus. Dieser Klassizismus nahm zunächst die neuen Lebensformen des Subjektivismus völlig auf und prägte sie in gemäßigtem Sinne politisch aus: seine Ideale waren Selbstverwaltung und konstitutionelle Monarchie. Aber er hielt dabei als Ziel für die praktische und inhaltliche Betätigung dieser neuen Formen vielfach die Ideale der Aufklärung fest, nur daß er sie prinzipieller faßte und möglichst stark ausweitete: Freiheit der wirtschaftlichen und geistigen Bewegung der Persönlichkeit war deshalb sein Ideal und Freiheit darum des Eigentumserwerbs, der landwirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Berufe, Freiheit des Gewissens und der Meinungsäußerung sowie Liquidation des alten Staates, soweit er dieser Freiheit entgegenstand.

Waren dies die grundsätzlichen Zusammenhänge und Forderungen, so traten ihnen in dem konkreten Bilde der mannigfachen, auf dem Boden des politischen Klassizismus verlaufenden Strömungen doch sehr verschiedenartige Zusätze hinzu. Die Anfänge waren auch hier noch verhältnismäßig radikal; während die Entwicklung einer kräftigen Selbstverwaltung und eines auf ihr aufgebauten konstitutionellen Staatswesens notwendig zu starken staatlichen Eigenpersönlichkeiten und damit zu Staaten mit dem Bedürfnis der Machtentfaltung auch nach außen hin führen muß, wollte Wilhelm von Humboldt, einer der frühesten Vertreter des politischen Klassizismus, in seinem Versuche, die Grenzen der staatlichen Wirksamkeit zu bestimmen, den Staat noch auf Funktionen beschränken, die kaum etwas anderes als das innere Staatsleben ins Auge faßten und auch auf diesem Gebiete wiederum dem Staate keine andere Rolle zuwiesen als die der ordnungstiftenden, segensreichen Himmelstochter, um die Umschreibung Schillers oder die des Ruhe kündenden Nachtwächters, um die Charakteristik späterer

Zeiten anzuwenden. Freilich: bald erhoben sich ganz andere Ideale, vorbereitet durch die Schriften Mösers, klar erkannt besonders von den Männern, denen die Wiedergeburt Preußens im ersten und zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts verdankt ward, vor allem vom Freiherrn vom Stein. Es waren Ideale, die zum großen Teile im Anschluß an die geschichtliche Vergangenheit der Nation vor den Zeiten der Aufklärung entwickelt worden waren, so wie diese in tausend genossenschaftlichen Überlieferungen und Traditionen gemeindlicher Selbstmacht noch in der Staats- und namentlich in der Kommunalverwaltung aus den Zeiten des Mittelalters bis in die Gegenwart hineinragte; Ideale, die zeitig durch das Eindringen fremder Lehren, des Physiokratismus, des Industriesystems Adam Smiths, der Erfahrungen und Errungenschaften der französischen Revolution an Klarheit und Zusammenhalt gewonnen hatten. Es war die Richtung des Klassizismus, die besonders fruchtbar wurde; aus ihr vor allem ist das Preußen der Jahre 1806 bis 1848 hervorgegangen, jenes Preußen neuer Freiheiten und ziemlich entfalteter Selbstverwaltung, auf das dann das Preußen der konstitutionellen Monarchie, das Preußen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts folgen konnte.

Waren nun aber mit all diesen neuen Strömungen, mit der eines enthusiastischen Subjektivismus nationalen und teilweise republikanischen Charakters, mit der einer Romantik, die zu feudalen, legitimistischen, konservativen und klerikalen Neigungen führte, mit der endlich eines Klassizismus, dem die Ideen der Selbstverwaltung und der konstitutionellen Monarchie unter den Freiheiten der Aufklärung entsprangen: waren mit all diesen Strömungen schon politische Parteien oder auch nur ausgesprochene literarische Parteiungen gegeben? Keineswegs! Nur Gärungswerte für die Bildung künftiger Parteien lagen in ihnen vor. Aber freilich Gärungswerte von der allergrößten Bedeutung, die zur Parteibildung notwendig führen mußten, sobald für diese das entsprechende Gefäß vorhanden war: der moderne Staat. Dann mußte

sich der radikale Subjektivismus politisch in eine Demokratie im engeren deutschen Sinne des Wortes, die Romantik in die Prinzipien der konservativen und klerikalen Parteien, der Klassizismus in den Liberalismus umsetzen.

* * *

Woher und wie erhielten nun die Deutschen den modernen Staat?

Zwei Momente des staatlichen Lebens sind in der deutschen Geschichte besonders tief fundamentiert: das Heerwesen und die Monarchie. Solange man die Nation kennt, war sie kriegerisch; stets, und am allermeisten in den frühesten Zeiten, machte die Heeresverfassung einen durchaus wesentlichen Teil ihrer Verfassung aus: nil agunt nisi armati (Tac. Germ. c. 13). Kriegswesen aber heißt Geschlossenheit und heißt Autorität: unmittelbar kam der kriegerische Sinn der inneren Stärkung der Monarchie zugute. So steht denn neben dem militärischen das monarchische Prinzip; und man kann behaupten, daß von den Zeiten an, über die Cäsar und Tacitus berichten, bis auf den heutigen Tag sich mit geringen Wandlungen gewisse Grundtendenzen der Art erhalten haben, in der der Deutsche die Monarchie betrachtet. Stets hat sie als oberste Autorität gegolten, stets aber ist sie auch in ihrer Auswirkung beschränkt gedacht gewesen durch die sei es stillschweigende, sei es laute Zustimmung des Volkes.

Es versteht sich unter diesen Umständen, wie nahe dem Deutschen der Begriff der konstitutionellen Monarchie liegen mußte, sobald er einmal irgendwo entwickelt wurde, und wie fern der Nation in ihrer stärksten Mehrheit eine andere Lösung stand, die sich an sich gleichzeitig darzubieten schien, die republikanische. Nur von konstitutioneller Monarchie konnte unter Deutschen in modernen Zeiten ernstlich die Rede sein.

Im übrigen aber war der Übergang zu der modernen Staatsform des Konstitutionalismus Sache der Durchbildung der Individuen zu voller subjektiver Persönlichkeit:

denn der moderne Staat ist ein unmittelbarer Ausfluß dieser modernen Persönlichkeit. Sind aber die konstitutionellen Monarchien in Deutschland auf diesem Wege, auf dem Wege der Durchbildung sozialpsychischer Voraussetzungen von unten her zu staatlichen Einrichtungen entstanden? Keineswegs! Im Grunde und vollkommen hat nur ein Staat diese organische Entwicklung durchgemacht: Preußen. Es ist schon angedeutet, wie die Stein-Hardenbergsche Periode hier vom Standpunkte des politischen Klassizismus aus die tiefsten Grundlagen eines neuen Staatslebens legte; wie hier früh — und gewiß ein wenig revolutionär — die jungen Freiheiten des modernen Staates begründet, wie ein Leben der Selbstverwaltung entfaltet ward. Erst später folgte dann — manchem zu spät — die Begründung der oberen, der eigentlichen Staatsverfassung im Sinne des Konstitutionalismus. Wie man nun aber auch über das Zeitmaß denken mag, in welchem diese Entwicklung verlief: sicher ist, daß die Aufeinanderfolge der einzelnen Ereignisse in der Richtung von der Selbstverwaltung zum Konstitutionalismus den Charakter organischer Entwicklung trug: und daher die unverwüstliche Gesundheit dieses Staatswesens und seine vorbildliche Wirkung in der ganzen zweiten Hälfte des Jahrhunderts, trotz gelegentlicher Versäumnisse der Fortbildung.

Die anderen deutschen Staaten dagegen — von Österreich braucht in diesem Zusammenhange nicht geredet zu werden — erfuhren zumeist keine so gesunde, von unten emporquellende Durchbildung. Sie waren ihrer Zeit — mit ganz wenigen Ausnahmen — alle Rheinbundstaaten: und sie sind darum alle mehr oder weniger durch die französische Entwicklung beeinflußt worden, mag nun ihre Verfassung aufs stärkste nach französischem Muster ausgestaltet worden sein, wie in dem größten dieser Staaten, in Bayern, oder mag der fremde Einfluß nur mittelbar und teilweise nicht bloß während der napoleonischen Ära, sondern auch später und namentlich wieder zu den Zeiten der Julirevolution

gewirkt haben, wie bei fast allen anderen Kleinstaaten, die sich vor 1848 einer modernen Verfassung erfreuten.

Indem nun dies die Lage war, erhielten diese Staaten alle etwas von dem, was wir als unorganisch empfinden, wenn wir uns die Übertragung einer europäischen konstitutionellen Verfassung, etwa der berühmten belgischen Charte, auf andere Verhältnisse, z. B. die der Balkanstaaten, vorstellen: wenn auch nicht entfernt in dem Maße wie bei den herangezogenen Vergleichsländern, so doch immerhin in merklicher Weise erschien das, was geschaffen wurde, als etwas Künstliches, wurden Zustände von oben herab eingerichtet, statt von unten herauf zu wachsen: entstanden Verfassungen ohne den sorglichen Unterbau jener Selbstverwaltung, die für ein volles Ausleben der seelischen Haltung des Zeitalters unerläßlich ist.

Die Folge war ein gewisser Formalismus des oberen staatlichen Lebens, eine starke, wesentlich lehrhaft-juristische Begrenzung seiner Verhältnisse und Wirkungen, eine Begrenzung, welche die Sicherheit ersetzen sollte, die in organisch erwachsenen Staatsbildungen, wie z. B. im höchsten Grade in der englischen, durch den ruhigen Atemzug lebendiger unterer Institutionen gewährleistet wird. Es war die Art, in der auf deutschem Boden wesentlich mit sich das Ideal des Rechtstaates entfaltete. Wohl murden alle die sittlichen Pflichten, welche die Aufklärung dem Fürsten als dem wohlwollenden Träger der Autorität ans Herz gelegt hatte, systematisiert und in die kanonische Form von Rechtsforderungen gegen den Staat gegossen; und da, wo im 18. Jahrhundert die freie Erwartung des Untertanen und die gütige Willkür des Fürsten hatten schalten und walten können, zeigte sich nun die Regel juristischen Zwanges. Es ist eine Wandlung, die bis zu einem gewissen Grade sicherlich auch bei jedem anderen Übergange zur konstitutionellen Monarchie hätte eintreten müssen, denn ein geschriebenes Recht, ein Blatt Papier, um mit Friedrich Wilhelm IV. zu reden, hatte jetzt unter allen Umständen das bisher virtuelle Ver-

hältnis zwischen Souverän und Staatsbürger innerhalb gewisser Grenzen zu regeln: daß sie aber so stark eintrat, war doch in vieler Hinsicht besonders durch die unorganische Entstehung der konstitutionellen Monarchie in den kleinen Staaten veranlaßt.

Man muß sich das vergegenwärtigen, wenn man unter anderm dreierlei verstehen will: den Charakter der deutschen Parteien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, den Verlauf der Einheitsbewegung in den Jahren 1848 und 1849 und die Entstehung der deutschen Sozialdemokratie.

Daß in den konstitutionellen Mittel- und Kleinstaaten nach 1815 Anfänge wirklicher Parteibildung auftauchten, war selbstverständlich. Denn wie wäre ein konstitutioneller Staat ohne Parteien denkbar? Diese Parteien sind ebenso Ausdruck eines subjektivistischen Seelenlebens wie dieser Staat; denn eben dadurch entstehen sie, daß jetzt jedermann, oder mindestens jedermann aus den führenden Volksschichten, die innere Möglichkeit und Neigang zur selbständigen politischen Meinungsbildung besitzt und aus ihr heraus freien Anschluß sucht an Männer, die in ähnlicher Weise denken. Freilich: wird nicht, indem dies geschieht, die Freiheit der Meinungsäußerung doch wieder beschränkt? Nivelliert nicht jedes Parteiwesen die an sich subjektiven Erfahrungen? Gewiß hat die Geschichte des 19. Jahrhunderts mittlerweile gelehrt, daß politisches Parteileben nicht bloß die Übereinstimmung zwischen gewissen Gruppen von Staatsbürgern in gewissen politischen Fragen bedeutet. Sehr bald tritt vielmehr neben die von Allen selbsttätig gewonnene Übereinstimmung die Einwirkung der Parteigrundsätze auf einen jeden, der einer Partei lebendig angehört, sowie auch der Parteigenossen untereinander, und die Folge ist eine gewisse Abschleifung des Persönlichen bei jedermann: denn unmöglich können die Parteihandlungen allen innerhalb der Partei vertretenen Schattierungen der Ansichten gerecht werden. So ist denn die einebnende Wirkung des Parteilebens nicht zu bestreiten, und daher scheint es fast undenkbar, daß die geistige Haltung alteingelebter Parteien eine andere sei als

die kollektiver Mittelmäßigkeit. Ist dem aber so, so erhält freilich der Subjektivismus in der zu seiner Blüte notwendigen Parteibildung wiederum ein beschränkendes Element, ein Element, das auf eine schärfere Formulierung der Parteiforderungen und damit der staatlichen Ideale hindrängen muß.

Man sieht, wie sich hier allgemeine Entwicklungerscheinungen des Parteilebens mit den in der Entfaltung des Konstitutionalismus liegenden Bedingungen einer Rechtsformulierung staatlicher Ziele begegnen, und es ist schon darauf aufmerksam gemacht worden, wie dieser Zusammenhang in den deutschen Verfassungsstaaten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts um so mehr an Stärke und Zähigkeit gewann, als das Leben dieser Staaten etwas an sich Künstliches und das will sagen Formales aufwies. Die Folge war eine Ausbildung der Rechtsstaatsideen, welche den Parteien — zumal innerhalb der verhältnismäßig sehr kleinen räumlichen Rahmen ihrer praktischen Betätigung — wenig Möglichkeiten zur Erwerbung eines weiteren Horizontes übrig ließ. Man baute allerdings Luftschlösser und sah manch glänzende Fata Morgana konstitutioneller Entwicklung, so wie etwa die deutschen Architekten dieser Zeit sich, bei den ärmlichen Mitteln der Nation, vielfach mehr in phantastischen Bauprojekten auf dem Papier als in realen Schöpfungen ergingen; allein zu einer praktischen Durchbildung höherer und moderner staatlicher Forderungen, die sich elastisch erst zu entwickelnden größeren Verhältnissen angepaßt hätte, kam man nicht. Ja, nicht einmal zu einem wirklich warmen Gefühl des Patriotismus gelangten wenigstens die radikalen Parteien in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts; noch die Demokratie der dreißiger Jahre war im wesentlichen kosmopolitisch. Aber auch der gemäßigte Demokratismus, den man etwa von nun ab als Liberalismus bezeichnen mag, war weit davon entfernt, in dem großen Zuge jenes politischen Klassizismus weiter zu denken, der sein Ahne gewesen war. Die Interessen schrumpften zusammen; man verkapselte sich in enge Formu-

lierungen und glitt aus diesem Zustand hinein in die stürmischen Zeiten der vierziger Jahre.

Denn so wenig auch der neue Staat der subjektiven Persönlichkeit glänzend oder auch nur ausreichend auf deutschem Boden ausgebaut worden war, und so sehr man sich lange Zeit hindurch mit einer mehr doktrinären Verkündigung der Lehren der konstitutionellen Monarchie und eines freiheitlichen Lebens in dieser nach den etwas erweiterten Idealen der Aufklärung begnügte: immerhin ward doch der aufs tiefste begründete Drang des Subjektivismus zur nationalen Einheit wirksam und nahm an Gewalt und Ungestüm zu, je mehr ihn die Bundesverfassung des Jahres 1815 zu unterdrücken suchte. Unitarische und konstitutionelle Forderungen verbanden sich, und neben den nationalen Liberalismus trat seit 1840 immer sichtbarer eine Demokratie, die sogar republikanischen Endzielen zusteuerte. Der Ausgang, den die Bewegung dann Ende der vierziger Jahre nahm, ist bekannt. Der kurzen Entfaltung eines deutschen Parteiwesens von ungewöhnlichem Glanze folgte jäh die größte Enttäuschung. Und nicht durch die einzelnen parlamentarischen Führer ward sie verschuldet. Das unentwickelte Wesen vielmehr der politischen Parteibildung an sich in den Zeiten vor der Revolution rächte sich jetzt bitterlich. Fest eingeschrieben auf die in sorglich engen Grenzen gehaltenen Lehren des Rechtsstaates und darum einem fast abstrakt gehaltenen Programm des Liberalismus huldigend, waren die führenden Parteien der Frankfurter Nationalversammlung nicht imstande, sich auf einen in festgewurzelten Beständen der Selbstverwaltung verankerten Liberalismus im Reiche zu stützen, und entbehrten darum von dem Augenblicke an, da ihnen die Einzelstaaten, vornweg die beiden Großstaaten Österreich und Preußen, in entschiedenem Wollen entgegentraten, nicht bloß der nötigen Macht, um erhaltene Schläge zu parieren und wiederzugeben, — nein, sogar des entscheidenden Machtgefühls. Erst das Rumpfparlament in Stuttgart hat deutlicher etwas von diesem

Mangel empfunden, natürlich ohne ihn beseitigen zu können. Die Einzelstaaten triumphierten daher, sobald sie sich, namentlich soweit Wien und Berlin in Betracht kamen, von den heimischen revolutionären Vorgängen allmählich erholt hatten; und nachdem Versuche Preußens, eine nationale Einheit auf dem Wege von Fürstenverhandlungen herzustellen, in den Tagen von Olmütz kläglich gescheitert waren, blieb der Gedanke der Einheit lange Zeit, was er früher gewesen war: ein Gedanke. Die große nationale Bewegung hatte somit für die künftige Begründung einer Einheit nur schätzbares Material geliefert, — freilich, soweit es sich dabei um das gründliche Durchdenken der einzelnen Verfassungsmomente sowie um die Möglichkeit eines engeren und um die Unmöglichkeit eines republikanischen Deutschlands handelte, wirklich schätzbares Material und nicht bloß Aktenmassen gleich jener Dresdener Diplomatenversammlung, mit der die diplomatische Einheitspolitik Preußens nach Olmütz abschloß.

Unleugbar aber blieb: in dem Einheitsdrang der vierziger Jahre waren die liberalen Parteien, welche ihm folgten, vornehmlich an der Abstraktheit ihrer Programme und dem Doktrinarismus ihres Wesens gescheitert. Und diese Abstraktheit und dieser Doktrinarismus gingen auch nach den bewegten Zeiten der vierziger Jahre noch keineswegs rasch verloren, vielmehr haben sie, sieht man von zahlreichen Einzelvorgängen ab, noch einmal — in den sechziger und siebziger Jahren — eine besonders verhängnisvolle Folge gezeitigt.

Leise seit den vierziger Jahren, ganz augenscheinlich um einige Jahrzehnte später war auf dem Untergrunde der wirtschaftlichen Umwälzungen der Zeit ein neuer, der vierte Stand ins Leben getreten. Natürlich, daß auch er an den Segnungen des Staatslebens Anteil haben wollte. Und doppelt natürlich, daß er, eben erst in frühen Versuchen der Bildung einer eigenen Weltanschauung begriffen und auf lange Zeit in besonderer Weise wirtschaftlich abhängig,

seine politischen Wünsche zunächst auf wirtschaftliche und soziale Erleichterungen richtete, während ihm die eigentlich staatsrechtlichen Probleme noch ferner lagen und von seinem Denken kaum anders als in utopistischen Formen, sei es in denen des Anarchismus, sei es in denen des künftigen allgemeinen Krachs der bestehenden Welt mit kommunistischen oder sozialistischen Folgeerscheinungen, gestreift wurden[1]. Hier wäre es nun Aufgabe einer umfassenden politischen Bildung der älteren Schichten gewesen, die Einordnung der neuen sozialen Schicht in den Bereich der konstitutionellen Monarchie denkend und helfend anzubahnen.

Allein da zeigte sich, daß das politische Vermögen der Nation dieser Aufgabe nicht gewachsen war. Und klar trat der tiefste Grund dieser Unfruchtbarkeit zutage. Dies politische Vermögen hatte sich im Ausbau des Rechtsstaates festgelegt, und so gelang es ihm nicht mehr, die Pfade zu einem sozialen Ausbau der Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu finden. Erst die achtziger Jahre haben hier alte Unterlassungssünden zu tilgen begonnen; aber die Initiative dieser Jahre ist nicht mehr von den politischen Parteien der Zeit vor 1870, sondern von einem Staatssozialismus ganz anderen Ursprungs ausgegangen.

So hatten denn der Verlauf der politischen Einzelentwicklung vor 1848, die Einheitsbewegung von 1848 und die Entfaltung der politisch-sozialen Kräfte nach 1848 in gleicher Weise gezeigt, was dem deutschen Parteileben noch fehlte: es war die engste, von unten her geschlossen aufsteigende Verbindung mit dem Staatsleben und dementsprechend die Virtuosität der politischen Praxis und jener Wille zur Macht, der von einem wahrhaft politischen Leben des aufstrebenden subjektivistischen Zeitalters unzertrennlich ist. Und es leuchtet ein, daß diese Momente und Eigenschaften nach dem Gange der Entwicklung in der ersten Hälfte

[1] Vgl. hierüber Band I S. 452 ff.

des 19. Jahrhunderts jetzt nur noch durch eine stärkere Sozialisierung des Parteilebens und durch eine mit Hilfe der Parteien durchgeführten Ausbau der Selbstverwaltung in den deutschen Territorien entwickelt werden konnten, — natürlich auf Kosten der alten, abgeschlossenen und noch mit tausend Aufklärungselementen durchschossenen Systeme politischen Denkens aus der ersten Hälfte des Jahrhunderts. Die Zeit nach 1848, die diesen Mangel erkannte, hat ihn denn auch abzustellen begonnen, und andere, hier noch nicht genauer darzulegende Vorgänge haben späterhin in gleichem Sinne gewirkt: eine volle Umbildung der Parteien ist seitdem eingetreten: eine Umbildung, die heute das systematische Durchdenken des Kulturgehaltes auf seine politischen Bedürfnisse hin allzusehr hat zurücktreten lassen zugunsten der bloßen Beachtung übermächtig andrängender partikularer, insbesondere sozialer und wirtschaftlicher Interessen.

Von dieser Umbildung wird später gesprochen werden: mit ihr beginnt der jüngste Abschnitt in der Geschichte unserer Parteien. Ehe indes an diese Aufgabe herangetreten werden kann, sind zwei Fragen zu beantworten. Weder die kirchlichen Parteiungen noch auch, wie wir soeben sahen, die Sozialdemokratie haben sich auf einer engeren Grundlage ausgebildet, die ihnen mit den Parteien des Demokratismus und des Autoritarismus gemeinsam wäre. Und doch sind beide von größter Bedeutung geworden; katholisches Zentrum und Sozialdemokratie haben unter der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts immer gewaltigere Summen von Wahlstimmen zu gewinnen gewußt; und der Zahl der Wähler nach sind sie jetzt die ausschlaggebenden Parteien im Reiche. Ihre Entstehung muß daher, in der Aufdeckung ihrer tieferen seelischen Keime und Wurzeln, je einer besonderen Betrachtung vorbehalten werden.

Schließlich aber: welchem Leser wird es nicht aufgefallen sein, daß im Verlaufe der bisher gepflogenen Betrachtungen, so sehr diese auch von dem Gegensatz zwischen Demokratie und Autoritarismus ausgingen und von dessen Ausprägung

in den Parteibildungen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts berichteten, doch schließlich fast nur von den Parteien des Demokratismus, den liberalen Parteien und der Demokratie im engeren Sinne, gesprochen worden ist? Wo ist demgegenüber die Betrachtung des Autoritarismus, der konservativen Parteien geblieben?

Der Konservatismus des 19. Jahrhunderts ist nicht eigentlich entwicklungsgeschichtlich bedeutend und nicht eigentlich programmbildend gewesen. Er war der Hauptsache nach in seinen einzelnen Entwicklungsstufen Reaktionserscheinung zu vorwärtstreibenden Anschauungen, die wesentlich durch den Liberalismus gebildet oder wenigstens ausgelöst wurden. So ist er feudal und legitimistisch gewesen, solange der Liberalismus die konstitutionelle Monarchie noch anstrebte oder eben erst gewonnen hatte. Es waren die Zeiten der Restauration der Staatswissenschaften Hallers und in Preußen noch die Zeiten der Lehren Stahls. Als dann, seit Ende der fünfziger Jahre, die konstitutionelle Monarchie unwiderruflich erreicht war und liberal-demokratische Strömungen auf ihrer Grundlage, aber über das Bett der Einrichtungen, wie sie zunächst getroffen worden waren, hinausstrebten, da suchte der Konservatismus seine Plattform auf der Grundlage der konstitutionellen Monarchie, aber in ihrer älteren Bildung: er nahm sozusagen die Position der bisherigen liberalen Parteien ein und versuchte sie zu halten in eben dem Augenblick, da sie von diesen nun weiter stürmenden Gruppen verlassen ward. Und so wiederum nach der Gründung des Reiches: da begann der Konservatismus eine gewisse, ein wenig partikularistische Reichstreue von dem Zeitpunkt an zu pflegen, da der Demokratismus zu stärkerer unitarischer Auffassung fortschritt. Im Verlaufe dieser Entwicklung konnte es dann schließlich geschehen, daß der Konservatismus den Liberalismus gleichsam einholte: in dem Augenblicke nämlich, als dessen wesentlichste Ideale verwirklicht waren, so daß die bisher stetige Fortbewegung von einem Zustand der Ruhe abgelöst schien.

Es war der psychologische Moment, in dem, während des Verlaufes der achtziger Jahre, wie auch später, z. B. in den Jahren 1906/07, Kartellbildungen zwischen den konservativen und liberalen Parteien möglich wurden.

Für den Konservatismus war aber diese ständige Nachfolge in Stellungen, die der Liberalismus zu verlassen im Begriffe war, kein Zufall, sondern offenbar ein wesenhafter Zug der Entwicklung. Denn es liegt in seinem Begriffe, für das Bestehende und damit auch für das jüngst gewordene Bestehende grundsätzlich einzutreten.

Im übrigen braucht wohl kaum noch angeführt zu werden, daß mit einer solchen entwicklungsgeschichtlichen Einordnung des Konservatismus über dessen Bedeutung und Kraft im einzelnen noch nicht das geringste ausgesagt ist. Gewiß hat dem Konservatismus des 19. Jahrhunderts jene Kraft des Ideals gefehlt, die den liberalen Parteien aus phantasievoller Ausmalung einer immer wieder neuen Zukunft stetig zufloß; aber dafür gebot er fast stets über viel stärkere Kräfte gereifter Erfahrung. Und selbst entwicklungsgeschichtlich betrachtet: ist nicht die Entfaltung neuer Ideale wertlos ohne deren engste Verquickung mit den bestehenden Kräften? Und ist nicht darum jeder Fortschritt, wenn gesund, immer liberal-konservativ gewesen?

2. Die moderne Kirchenpolitik kann noch weniger als irgendeine der Vergangenheit verstanden werden ohne Kenntnis der fortschreitenden Entwicklung des kirchlichen Lebens und der Frömmigkeit. Dabei ist das eigentlich vorwärtsdrängende Element des kirchlichen Lebens wiederum in der Frömmigkeit begriffen; diese aber bedarf, um auch nur für ihre eigenen Ideale völlig wirksam zu werden, der Gemeinschaft, sei es des Kirchleins, der religiösen Kongregation oder Denomination, sei es der Kirche; eine kirchliche Gemeinschaft aber ist nicht denkbar ohne ein Programm gemeinsamer Überzeugungen, ohne Dogma.

Dogma, Kirche, kirchliches Leben und Frömmigkeit sind

somit bei normalem religiösen Dasein eng untereinander verknüpft, so verschieden sie an sich in verschiedenen Kulturzeitaltern ausgestaltet sein können: und keine dieser Lebensseiten der Religion kann entbehrt werden ohne schweren Schaden der anderen. Die Untersuchung der Art, wie sie zueinander stehen, wird jeweils mit die lehrreichsten Einblicke eröffnen in Verlauf und Charakter des religiösen Lebens überhaupt.

Dabei sind denn Frömmigkeit und Dogma die eigentlichen Exponenten der Entwicklung: neue Regungen der Frömmigkeit rufen die Bildung neuer religiöser Gemeinschaften, neue religiöse Gemeinschaften neue Dogmen hervor. Und auf christlichem Boden, als auf dem Grunde einer Religion der Offenbarung, ist der Ablauf dieses Prozesses gebunden und zugleich ausgedrückt in dem jeweiligen Verhältnis der Frömmigkeit wie des Dogmas zum Evangelium als der Botschaft der Offenbarung.

Das Evangelium wurde nun von unseren frühesten christlichen Altvordern, den Deutschen vornehmlich des 7. bis 9. Jahrhunderts, nur sehr äußerlich aufgenommen. Es war ein episches Zeitalter, in das seine Verkündigung fiel; episch war darum auch sein Verständnis. Man glaubte die Heilstatsachen wie das ins Erstaunliche ausgebildete, in den Epen niedergelegte Gedächtnis der Vorfahren; Wunder fielen nicht auf: wären sie nicht gepredigt worden, man würde sie vermißt haben. Demgemäß fehlte auch jede Reflexion über die Geheimnisse des gleichzeitig mit dem praktischen Christentum aufgenommenen, hellenistisch formulierten, römisch im Sinne eines Gesetzes paragraphierten Dogmas, — freilich auch jedes tiefere Verständnis an und jedes innigere Verhältnis zu ihm.

Volkstümlich deutsche Frömmigkeitsregungen hat nach dem Berichte unserer Quellen mindestens schon das 9. Jahrhundert gesehen: wer würde sie den ältesten Überlieferungen z. B. über die Liudolfinger des 9. Jahrhunderts abstreiten, deren Enkel und Urenkel im 10. Jahrhundert Königs- und

Kaiserkrone getragen haben? Aber eine wirklich allgemeine nationale Frömmigkeitsbewegung erstand doch erst, wie unter den Franzosen und Italienern der ersten Hälfte des 10. Jahrhunderts, so unter den Deutschen der zweiten Hälfte dieser Zeit: und erst die letzten Liudolfinger auf dem Throne, ein Otto III. und Heinrich II., nahmen an ihr persönlich-innigen Anteil. Die besonderen Formen aber dieser Frömmigkeit — und auf sie vor allem kommt es geschichtlich an — waren nach unseren Begriffen noch unendlich roh und ungeschlacht: eine sich selbst zerfleischende Askese war ihr vornehmlicher Ausdruck, — die heilige Sisu ließ sich in frommer Wollust von Würmern zerfressen. Dem entsprach denn ein noch völliger Wunderglaube, der die Welt voller Engel und noch mehr voller Teufel sah: und das Dogma der urkirchlichen Tradition erschien dieser geistigen Haltung gegenüber nicht als Fessel, sondern vielmehr noch als ordnende Regel des gewöhnlichen Denkens. Die Kirche aber, die dieser geistigen Grundlage entsprang, war die Kirche Gregors VII.: und sie ist, eine notwendige Frucht primitiver christlicher Frömmigkeit der mitteleuropäischen Nationen, aus dieser Frömmigkeit heraus zu einer Art von Machtvorstellungen erwachsen, die auch die Lenkung der äußeren Schicksale der Christenheit beanspruchte.

Inzwischen, bei den romanischen Nationen bis zum 12. und 13. Jahrhundert, bei den Deutschen bis zum 13. und 14., unterlag die Frömmigkeit wesentlichen Wandlungen unter dem Einwirken der allgemeinen seelischen Entwicklung. Die Askese, in der früheren Periode rein äußerlich, das Fleisch und den Willen ertötend, ward in ihren höheren Formen langsam zur Kontemplation, zur Selbstnarkose in der erbaulichen Betrachtung der Heilstatsachen, wie sie schon der heilige Bernhard übte, und schließlich zur Mystik, zum urinnerlichsten Raptus der Seele hinein in das Unausdenkliche, in Gott. Und gleichzeitig verinnerlichte sich der Wunderglaube; während eine erweiterte Erfahrung für die äußere Welt die Geltung der Vorstellung von Ursache und

Wirkung zwar noch keineswegs unbedingt zuließ, wurden die Unbegreiflichkeiten des inneren Lebens betont und aus ihnen heraus noch mystische Wirkungen auf die Außenwelt unbedenklich erzählt und erfahren. Konnte nun eine solche Zeit die bestehende dogmatische Überlieferung schon sprengen? Wie hätte das geschehen sollen! Im Gegenteil: sie erst lebte und webte recht in ihr, denn sie war ihr kongenial; nicht mehr als eine überlegene, niedrigerer Kultur sich aufdrängende und sie beherrschende Macht wurde das Dogma jetzt empfunden, sondern als der zutreffende Ausdruck der bestehenden geistigen Tatsachenwelt: und so wurde der Versuch unternommen, es aus den Voraussetzungen des vorhandenen geistigen Lebens her fortzubilden und zu beweisen.

Aber schon ordnete sich eine fortgeschrittenere Mystik diesem Bestreben und dem seelischen Urgrund, aus dem es erwuchs, nicht mehr völlig unter, — und im 15. Jahrhundert wurden die Anzeichen immer deutlicher, daß eine neue, noch mehr gereinigte Frömmigkeit das alte Dogma und mit ihm die alte Kirche sprengen werde.

Die Frömmigkeit der Reformation ist die Frömmigkeit der Gotteskindschaft; sie ist an sich subjektiv und ordnet das Verhältnis des Einzelnen zu Gott im Sinne eines in seliger Beruhigung verlaufenden Vertrauens des Individuums in Gott. Objektiv wird dieses Verhältnis erst dadurch, daß es an die biblische Offenbarung geknüpft wird, und daß von der Annahme ausgegangen wird, es könne für diese Offenbarung nur eine einzige richtige Interpretation geben: nämlich diejenige, die mit den fortgeschrittensten philologischen Hilfsmitteln des reformatorischen Zeitalters eben noch erreichbar war. Eine solche Interpretation sprengte nun allerdings das alte Dogma und damit die alte Kirche: aber sie schuf anderseits, wenn auch erst unter gewaltigen Schwierigkeiten und unter dem Ringen von mehr als zwei Generationen, ein neues Dogma und damit den genügenden Unterbau auch neuer, teilweise zu großem Wachstum über die Welt hin berufener Kirchen.

Schloß aber deshalb die weitere seelische Entwicklung ab und mit ihr die Bildung neuer Formen der Frömmigkeit? Während die alte Kirche in ihrem äußeren Aufbau scheinbar unberührt blieb, ja sich in diesem sogar noch festigte, wurde sie doch innerlich toleranter gegenüber einzelnen, wenn auch zugleich meistens vereinzelten frommen Strömungen in ihrem Bereiche, soweit diese sich ihrem System äußerlich unterordneten, — wurden ferner die protestantischen Kirchen recht eigentlich Schauplätze neuer Bewegungen der Frömmigkeit, die offen und geradeaus ans Licht traten.

Von diesen Bewegungen, soweit sie schon der Hauptsache nach abgelaufen sind, wurden auf deutschem Boden vornehmlich zwei von Wichtigkeit: die des Pietismus und die, welche von den ethischen und religiös-spekulativen Elementen in den Lehren Kants und der großen Dichterphilosophen um die Wende des 18. und in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ausging. Wie unendlich weit standen diese neuen Regungen doch ab von der groben Frömmigkeitsaskese des 10. Jahrhunderts; wie weit auch von dem unbedingten Wunderglauben des früheren Mittelalters! Was sie erstrebten, war eine Heiligung des Individuums in Gott, schließlich sogar ohne Mittler oder wenigstens nur in grundsätzlich metaphorischer Anlehnung an die Heilstatsachen der Offenbarung; und was sie glaubten, bezog sich am Ende nur noch auf die tiefsten Wunder der Persönlichkeit, nicht mehr auf irgendwelche Möglichkeiten einer äußeren Durchbrechung des nunmehr als Ordner der Tatsachenreihen feststehenden Gesetzes von Ursache und Wirkung.

War da mit diesen Grundlagen einer neuen Frömmigkeit das Dogma auch nur der jungen Kirchen des 16. Jahrhunderts noch vereinbar? Keineswegs zufällig war mit dem Pietismus der Rationalismus, mit den mystischen Neigungen Kants und der romantischen Philosophen ein immer feiner gegliederter Dialektizismus nicht bloß zeitlich, sondern auch tatsächlich aufs engste verbunden. Nicht daß

man deshalb mit dem Christentum als Offenbarungsreligion äußerlich gebrochen hätte. Im Gegenteil: man pflegte es, — aber man deutete es innerlich um und damit heraus aus dem in den Dogmen des 16. Jahrhunderts festgelegten Verständnis.

Am einleuchtendsten trat dieser Umschwung zutage in der Behandlung des Evangeliums als der Tradition der Offenbarung. Für dies Evangelium als eine wunderbare Überlieferung hatte man früher noch den Grundsatz transzendenter Inspiration seiner Geschichtschreiber, der Evangelisten, gelten lassen: und unbedenklich hatten auch noch die Kirchen des 16. Jahrhunderts an dem Dogma der Inspiration festgehalten. Jetzt begann wenigstens die protestantisch-theologische Wissenschaft allenthalben von ihm abzubröckeln; das Recht der philologischen und historischen Kritik des Textes der biblischen Urkunden wurde betont und schließlich durchgesetzt, — und schon „am Ausgange des 18. Jahrhunderts konnten J. A. Ernesti in seiner Institutio interpretis Novi Testamenti und J. S. Semler in zahlreichen Schriften, die von ‚freier Untersuchung des Kanons' handeln, die Summe ziehen: die Theologie bedürfe einer dogmatisch nicht gebundenen Kritik" [1].

Freilich: „kirchlich" sollte diese Kritik gleichwohl noch bleiben; über den Rahmen des allgemeinst Christlichen sollte sie nicht hinausführen; in diesem Sinne hat vor allem noch Schleiermacher den Begriff der Theologie als einen kirchlichen dem Begriffe einer allgemeinen Religionswissenschaft entgegengesetzt. Aber ließ sich dieser letzte Damm freier Forschung im Verlaufe des 19. Jahrhunderts noch halten gegenüber dem Wogendrang erst der allgemeinen naturwissenschaftlichen Aufklärung, dann eines immer radikaleren absoluten Historismus? Heute ist kein Zweifel mehr: starke Strömungen drängen dahin, die christliche Theologie in eine allgemeine Religionswissenschaft umzuwandeln. Religions-

[1] Heinrici: Dürfen wir noch Christen bleiben? S. 9.

wissenschaftliche Behandlung des Christentums aber heißt: Aufgabe des Dogmas der Inspiration und damit der auf Grund besonderer transzendenter Vorgänge durchaus singulär gedachten Stellung des Christentums, heißt grundsätzliche Unterordnung der großen Religionen hoher Kultur, des Buddhismus vornehmlich und des Christentums, unter die Methoden wissenschaftlicher Betrachtung, heißt endlich genetische Erkenntnis des Wesens dieser Religionen aus gewissen minder entwickelten Vorstufen heraus, hinab bis zum Animismus niederster Kulturen.

Kann nun, das sei jetzt die Frage gegenüber dieser zwar noch vielfach umstrittenen, aber unausbleiblichen Entwicklung, das Christentum der neuen Stellung, die ihm damit angewiesen wird, in Ruhe entgegensehen? Auf theologischer Seite wird das vielfach, ja zumeist verneint. Der Historiker wird vielleicht anders urteilen. Was die Theologen beklagen und als die Wurzel alles modernen Übels ansehen, das ist der sogenannte historische Relativismus: keine Erscheinung der Vergangenheit werde in ihrem Besondersein in Ruhe gelassen, alle würden miteinander verglichen; nicht einmal vor der erhabenen Person Christi mache die Forschung halt. Mit diesen Einreden ist in der Tat die eine Seite des heutigen geschichtlichen Evolutionismus richtig gekennzeichnet. Die moderne Geschichtsforschung geht von dem Grundsatz absolut geltender Kausalität aus; ihre Tendenz ist Vergleichung aller Erscheinungen und Nachweis identischer Reihen von Ursachen und Wirkungen bei allen solchen Erscheinungen, die sich dem immanenten Kerne ihres Wesens nach wiederholen. Damit wird eine Menge von Auffassungen zerstört, die auf den Glauben an die Singularität gewisser Vorgänge, insofern er auf zu engem historischen Horizont beruht, gegründet sind; und dabei fällt gewiß auch auf die historischen Vorgänge, die die neutestamentliche Offenbarung erzählt, mannigfach neues Licht: oder sollte nicht wirklich manches in diesen Vorgängen, keineswegs einzigartig, sondern typisch sein, — sich nicht unter ver-

wandten Umständen von Religionsstiftung, z. B. im Buddhismus, wiederholt haben?

So „relativiert" denn die moderne geschichtliche Forschung, genau so, wie die Naturforschung relativiert hat: der Blitz ist uns so wenig noch statt der elektrischen Entladung der Keil Donars wie die makellose Geburt Christi statt einer bei Religionsstiftungen sich häufiger wiederholenden Erscheinung ein der Überlieferung nach einzigartiger und transzendenter Vorgang. Aber das ist nur die eine Seite der Sache. Wer empfindet nicht, eben weil die Astronomie die Entfernungen und die Natur der Sterne als relative, in sich vergleichbare Werte eingeführt, und eben weil die Physik die einfachen Gesetze ihres gegenseitigen Zusammenhaltes aufgedeckt hat, nur um so mehr die Erhabenheit des gestirnten Himmels! Wem bleibt nicht das Ganze der Natur trotz aller Gesetze, die ihr Sein für uns durchleuchten, dennoch, ja wem wird sie nicht gerade erst recht infolge moderner Erkenntnis zu einem in einzigartiger Größe verlaufenden Vorgang! Sind denn dem Naturforscher der Gegenwart die Gefühle des Psalmisten versagt, der da betet: „Was ist der Mensch, daß du seiner gedenkest"? Im Gegenteil: mit dem Verständnis wächst die Ehrfurcht gegenüber der Erhabenheit des einzigartigen, uns nur in einer kurzen Spanne seines Werdens erkennbaren Verlaufes. Ganz das gleiche gilt für die Geschichte. Die moderne Geschichtsforschung wird eine relative Chronologie aller Völker dieser Erde, deren Schicksal noch erkennbar ist, herstellen, daran ist kein Zweifel. Sie wird allgemeine Kulturstufen aufstellen als Schema für den Ablauf der seelischen Entwicklung aller nationalen Schicksale; und in dem Lichte dieser Kulturstufen werden die Geschicke der einzelnen Menschen, auch der größten unter ihnen, als etwas sehr Verhältnismäßiges erscheinen, werden viele Sitten nicht bloß, sondern auch sittliche Empfindungen als an gewisse Zeiten geknüpft und demnach als relativ erwiesen werden, und so weiter. Vergebene Mühe, den methodisch sicheren

Gang dieser Forschungen aufhalten zu wollen! Aber ist damit das Entwicklungsgesetz dieser Menschenwelt selbst als ein singuläres in Gefahr, geleugnet zu werden? Welche Kürze des Blickes, dies zu behaupten! Eben die Einzigartigkeit der geschichlichen Universalentwicklung wird auf dem Wege der Zusammenfügung des Einzelnen in übersichtliche Reihen erst klar hervortreten: recht eigentlich veranschaulicht erscheinen wird damit erst der Gang Gottes in der Geschichte.

Und da will man meinen, daß das Christentum die Entwicklung dieses Prozesses nicht vertragen könne? Wem fallen da nicht die Worte des Herrn über die Kleingläubigen ein! Für ein modernes Denken kann die Singularität des Christentums als Gesamterscheinung gerade nur auf diesem Wege bewiesen werden: es ist die Religion der größten geschichtlichen Erfahrung, es ist die stärkste Inkarnation des den geschichtlichen Dingen immanenten höheren Prinzips: und darum wird es siegen.

— Freilich: an einer transzendenten Inspiration kann die moderne Forschung nicht festhalten: sie sucht Gott in der Geschichte und findet ihn da: sie lehrt die unvergleichliche Immanenz der christlichen Überlieferung. —

Es ist der Gedanke, der uns in den engeren Kreis unserer Erzählung zurückführt. Wenn die Religionswissenschaft als moderne Theologie die christliche Offenbarung so verändert auffaßt, kann sie sich da bei dem Dogma und der Kirche des fortgebildeten Mittelalters, kann sie sich auch nur bei dem Dogma und den Kirchen des 16. Jahrhunders beruhigen?

Die Frage erheischt die glatte Antwort: nein. Man spreche aus, was Tausende und aber Tausende, und nicht die Schlechten und nicht die Ungebildeten, schon längst empfinden: der dogmatische Bestand und damit das Kirchentum des Katholizismus und des Potestantismus sind gleich antiquiert, — wir harren des Neuen, das da kommen soll.

Ja, wir harren. Denn mit nichten ist diese Zeit unfromm und göttlicher Ideale bar. Fromm sind schon ihre Zweifel:

O, wenn ich wüßte, daß die Nacht
Nur dieses kurze Leben bliebe,
Daß über uns ein Auge schwebt
Mit ew'ger, grenzenloser Liebe!

(Paula Dahm, Gedichte, 1902.)

Und fromm sind erst recht ihre stillen mystischen Gewißheiten: die Sehnsucht ins Unendliche, der Drang nach Erlösung, die innige Erhebung über Lust und Wehe dieses Seins, der gläubige Optimismus, das Gebet hin zu neuen Höhen, von denen die Hilfe kommen soll.

Freilich: diese Frömmigkeit, wie sie heute lebt, ist nicht kirchlich im Sinne der bestehenden Kirchen. Sie steht zu den Kirchen wie etwa Nietzsche, wie noch besser Fechner und andere als Philosophen zu Schopenhauer und Kant und Leibniz: sie ist ihre Fortsetzung im Sinne einer Intensivierung und Steigerung. Was sich dabei aus ihr für die Kirchen ergeben wird, wer weiß es? Das aber scheint gewiß: fruchtbar werden Christentum und neue Frömmigkeit erst dann völlig werden zum Heile der Völker, wenn sie sich finden und innig vermählen zu einer höheren Form religiösen Daseins.

Einstweilen aber haben wir die disjecta membra: hier ganz zweifellos eine neue Frömmigkeit, dort Kirche und Dogma. So namentlich auf protestantischem Boden; es muß ausgesprochen werden, ohne den frommen Seelen wehe tun zu wollen, die noch im Schatten der Kirche Genüge finden. So aber nicht minder auch auf dem Boden der katholischen Kirche, soweit hier die mehr ins Äußere gewandte Tätigkeit des kirchlichen Organismus den An- und Ausbau stiller Winkel einer persönlichen Frömmigkeit gestattet. Das sind die Tatsachen[1]: sie sind schon seit mehr als einem Menschenalter wirksam, zuerst weniger hervortretend, schließlich augenscheinlich bis zum Grellen: mit ihnen muß, ob sie will oder nicht, die Gegenwart rechnen.

* *
*

[1] Das Einzelne dieser Entwicklung wird in Band IV beleuchtet werden.

Welchem Historiker, der die geschichtliche Überlieferung als mehr ansieht denn als einen Trümmerhaufen zufälliger Geschehnisse, wird nicht das Herz auf die Zunge treten, wenn er von religiösen Dingen redet? Denn wahrlich: nichts bewegt Menschenherzen tiefer als das Verhältnis des einzelnen zu Gott, phantasiereich und gemütstief ergriffen. Aber die geschichtliche Betrachtungsweise soll sich auch der erhabensten aller von außen her eindringenden Bewertungen fernhalten: soll nichts sein als sie selber. Wir müssen die Grundtatsachen der religiösen Bewegung der jüngsten Zeiten ohne alles andere als das in der Sache selbst liegende Pathos ins Auge fassen.

Da besteht denn zunächst, wie schon angedeutet, kein Zweifel darüber, daß die Entwicklung der Frömmigkeit das eigentlich bewegende Moment der Geschichte wie aller Religionen so auch des okzidentalen Christentums ist. Denn die Frömmigkeit ist das explosive, der Kirchenbildung vorauseilende, ihr den Weg bahnende Element; weder die Askese des 10., noch die Kontemplation des 12., noch die Mystik des 14., noch die Gotteskindschaft des 16., noch auch der Pietismus des 18. Jahrhunderts sind in dem Augenblick ihres ersten Auftretens kirchlich gewesen: alle haben sie vielmehr als etwas Neues die Kirche mit sich fortgerissen. Was aber charakteristisch ist: jedesmal hat ihnen die bestehende Kirche unter gewissen Wandlungen ihres Wesens ohne Bruch mit der Vergangenheit folgen können: mit Ausnahme eines einzigen Males: mit Ausnahme der reformatorischen Zeiten.

Was war nun das Besondere dieses Falles? Kann es in etwas anderem gefunden werden als in dem Umstand, daß nur eben diesmal die Spannung zwischen bestehender Kirche und fortschreitender Frömmigkeit zu groß war, um durch einfache Fortbildung des Bestehenden überbrückt zu werden? Und ist dies die richtige Erklärung: was hatte dann die allzu große Spannung verschuldet? Man wird dafür halten müssen, daß es neben dem sittlichen und wirt-

schaftlichen Verfall der alten Kirche, gegen den sich die Vorbewegung schon der großen Konzilien wandte, vornehmlich doch die zu weit gehende Rationalisierung des Wesens der älteren Frömmigkeit gewesen ist, wie sie sich in der Scholastik und in dem von ihr durchgebildeten Dogma vollzogen hatte: gegen diese wandte sich eine neue, reinere Form der Frömmigkeit, ohne zu ihr noch ein inneres Verhältnis finden zu können.

Diese Zusammenhänge sind wichtig für das Verständnis auch der Frömmigkeitsbewegung seit etwa 1750. Was man da zunächst vor sich sieht bis auf den heutigen Tag, das sind Strömungen, die ihrem Ursprung nach schon sehr frei und unabhängig von den Kirchen verlaufen, und die auch bisher innerlich kein Verhältnis zu diesen Kirchen gewonnen haben, derart, daß sie in diesen aufgegangen wären. Oder sollte man einer solchen Auffassung widersprechen können, wenn man die philosophische Mystik der klassischen und romantischen Philosophie nach Ursprung und Verlauf betrachtet oder die auf sie folgenden freien Frömmigkeitsbewegungen hinab bis zu den religiösen Strömungen der Gegenwart, die zwar teilweise noch ein Christentum wollen, aber ohne Wunder und ohne einen im alten Sinne des Wortes persönlichen Gott? Nein: so sicher, wie diese moderneren Strömungen an die Mystik der Identitätsphilosophie anknüpfen, nur unter Ausnutzung und Einordnung der inzwischen gewonnenen naturwissenschaftlichen Erfahrungen, so wenig haben die Kirchen zu ihnen wie zu ihren Vorläufern eine auf Verquickung hindrängende Beziehung: die katholische Kirche hat den Hermesianismus schroff zurückgewiesen, der sich auf Kant gründete, und die evangelische Kirche wollte von einem Ernst Franz im Grunde ebensowenig wissen wie von den Gebrüdern Hart und verwandten Männern[1], — wie sie denn

[1] So läßt sich der Stand um das Jahr 1900 kennzeichnen. Auf spätere Erscheinungen kommt die Erzählung auch an späterer Stelle zu sprechen.

auch die Lehren Kants und Hegels, allen einschmeichelnden Verquickungsbestrebungen zum Trotze, schließlich von sich abgestoßen hat.

Dementsprechend ist kaum ein Zweifel möglich: die Frömmigkeitsbewegungen des 19. Jahrhunderts verlaufen neben den bestehenden Kirchen anscheinend so frei wie etwa die des 15. Jahrhunderts; und es scheint nicht, daß sie in ruhiger Verquickung mit ihnen ein organisch Neues zeugen würden. Und sollte dabei nicht auch diesmal die allzu starke Rationalisierung früherer Frömmigkeitsformen im 18. Jahrhundert, wenigstens im Bereiche der protestantischen Kirchen, die Spannung schmerzlich verschärft haben?

Ein neues Moment von großer Tragweite kommt hinzu, um die religiöse Lage der Gegenwart noch mehr zu erschweren und undurchsichtiger zu machen. Es ist gegeben in der Entwicklung der Romantik. Die Romantik bedeutet die äußerste Durchbildung jenes Subjektivismus, der in Empfindsamkeit und Sturm und Drang die ersten Phasen seiner weltgeschichtlich so bedeutsamen, weil der ganzen europäischen Völkerfamilie in verwandten Formen eigenen Entfaltung durchlebt hat. Diese äußerste Durchbildung, in der die subjektive Persönlichkeit schließlich zur ironischen Weltbetrachtung und damit zur Selbstauflösung fortschritt, konnte, wie sich früher schon in anderem Zusammenhange zeigte, nicht anders als mit einer ungeheuren Reaktion enden: der Selbstironie, dem Weltschmerz, dem Pessimismus, der Philosophie des blinden Triebes und der unbewußten Vorstellung folgte die selbstgewollte und selbstgesuchte Versenkung in alle noch erreichbaren Gebundenheiten früheren Seelenlebens, die Flucht vornehmlich in den Schoß der katholischen Kirche, die Wollust der Kontemplation, ja der Askese, das Ausruhen in quietistischen Gefühlen nach mystischer Narkose — und alledem Wunderglaube hin bis zu den Vorstellungen eines ursprünglichen Animismus. Und es waren keineswegs die Armen im Geiste, die zunächst solchen, dem Wesen dieser an sich näher liegenden Richtungen verfielen, sondern die, die

recht eigentlich anf Geistesreichtum Anspruch gemacht hatten und machten: die philosophischen und schriftstellerischen Renegaten des Katholizismus. Aber auch der evangelischen Kirche war eine solche Reaktion der religiösen Gefühle nicht fremd; sie entwickelte sie in dem Sakramentalismus und in dem Teufelsglauben eines Vilmar und verwandter Seelen: ganz allgemein war der Umschlag aus äußerstem Subjektivismus zu äußerster mittelalterlicher Gebundenheit; eine Erscheinung zeigte sich, die auch sonst auf den wichtigeren Gebieten der modernen Kultur zu verfolgen ist: neben den reinen und vielleicht auflösenden Subjektivismus einer hohen Kultur traten bindende Elemente, die an die Frühzeiten aller Kulturentwicklung erinnern. Und so muß man mit einer doppelten religiösen Entfaltung, einer doppelten Frömmigkeitsentwicklung des 19. Jahrhunderts rechnen, will man das Schicksal der Kirchen in dieser Zeit verstehen: mit dem Fortschritte zu immer subjektivistischeren Frömmigkeitsformen und mit der Rückbildung zu einer immer primitiveren, animistischen Haltung. Dabei charakterisiert sich der allgemeine Verlauf, im gröbsten gefaßt und auf einfachste Linien zurückgeführt, dahin, daß die subjektivistischen Formen den kirchlichen Protestantismus immer mehr untergraben, ohne daß die animistischen einen Ersatz bieten, während die animistischen den Katholizismus so stark zu erfüllen beginnen, daß für subjektivistische Frömmigkeit in dessen kirchlichem Leben nur schwer noch Raum bleibt.

In die evangelischen Kirchen Deutschlands drangen gegenüber dem Rationalismus, der in ihnen besonders das 18. Jahrhundert, aber auch noch etwa die zwei ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts, wenn auch durch Kantische Lehren gemildert, beherrscht hatte, in diesen Jahrzehnten die Lehren Schleiermachers ein: Lehren einer Gefühlsreligion, deren Grundton einem romantischen Subjektivismus verdankt wurde. Nun galt die Religion als inneres Erlebnis: die Frommen versenkten sich in die Persönlichkeit Christi, um in und durch sie noch einmal gleichsam die Heilstatsachen

der Offenbarung an sich zu erfahren; und der Glaube der Kirche, das Dogma, ward als weit unter diesem Erlebnis stehend gewertet. Es ist eine Richtung, die sich wesentlich in Nord- und Mitteldeutschland verbreitete und in Neander und Tholuck später reinste Vertreter fand. Daneben aber entwickelte sich, vornehmlich in Süddeutschland und im äußersten Norden, ziemlich unberührt von den oberen literarischen und philosophischen Strömungen, etwa gleichzeitig auch eine christliche Frömmigkeit des Herzens, die sich in einfachem Vertrauen an das reine Bibelwort anlehnte. Die erste Aufsehen erregende Äußerung dieser Strömung kam vom Norden: von Kiel her ließ der warmherzige Prediger Claus Harms im Jahre 1817, aus Anlaß des Reformationsjubiläums, 95 neue Thesen ausgehen mit der Kernanschauung: „Wenn in Religionssachen die Vernunft mehr als ein Laie sein will, wird sie eine Ketzerin. Die meide! Tit. 3, 10." Ihre reinste Durchbildung aber fand diese einfältige Frömmigkeit doch im Süden, vor allem in Schwaben, dem uralten Lande der Konventikel, sowie auch in Bayern. Dabei überwog anfangs ganz das Laienelement: die Unterschiede der Bekenntnisse wurden zunächst kaum beachtet; auch Katholiken nahmen teil: man traf sich in einem rein persönlichen Glauben an Christus als den göttlichen Heiland. In einer späteren Zeit, als man zu reflektieren begann, trat dann das mehr Lutherische der Bewegung hervor, und die theologischen Fakultäten in Tübingen und Erlangen — dort vornehmlich durch Beck, hier durch Thomasius und Hofmann bestimmt —, daneben auch die Fakultäten in Leipzig und Greifswald mit Luthardt und Cremer wurden Vertreterinnen dieser besonderen Art des Protestantismus.

Inzwischen aber war in Preußen und bald noch mehr in einigen nord- und mitteldeutschen Kleinstaaten eine Orthodoxie auf den Plan getreten, die den von der Romantik aus erreichbaren animistischen Anschauungen nicht fern blieb. Ihr Organisator war in Preußen der Hierarch Hengstenberg (seit 1827); ihre guten Tage kamen unter der Regierung

Friedrich Wilhelms IV. Die charakteristischste Blüte aber fand diese Richtung doch in Mecklenburg und im Kurfürstentum Hessen. Denn hier begnügten sich Kliefoth und Vilmar keineswegs mit der Wiederaufrichtung der wörtlichen Geltung des alten Bekenntnisstandes: war dieser doch nicht unmittelbar Gottes Wort, stellte er doch nicht direkt eine sinnlich-übernatürliche Verbindung der Gläubigen mit Gott her. Dessen waren allein die Sakramente fähig: nur sie galten als drastischen Charakters, von ihnen allein konnte behauptet werden, sie seien der „ins Menschenleben hineingreifende Arm Gottes selbst". So wurde den neuen Eiferern die evangelische Kirche vor allem wieder zur Sakramentsanstalt und der Prediger zum Priester. Und mit der Sakramentsverehrung alten Stiles hielt ein nicht minder alter Wunderglaube seinen Einzug: man sah „des Teufels Zähnefletschen aus der Tiefe" wieder „mit leiblichem Auge", man empfand „seine Kraft an einer armen Seele, hörte sein Lästern, insbesondere sein Hohnlachen aus dem Abgrund" (Vilmar, Theologie der Tatsachen, 1856).

Nach diesem Ausschwingen des Pendels in der Richtung auf eine animistische Orthodoxie erfolgte dann seit den sechziger Jahren eine freilich keineswegs geschlossene und unwidersprochene Gegenbewegung in der sogenannten Vermittlungstheologie, die nunmehr die subjektivistischen Ideale einer auf christlichem Boden eben noch möglichen Frömmigkeit mit den sozial-kirchlichen Bedürfnissen auszusöhnen bestrebt war, indem die mannigfachsten Vermittlungsprojekte zwischen dem „innergeistigen sittlich-religiösen Erleben des Einzelnen und den geschichtlichen Ergebnissen des Heilslebens in der von Christus ausgegangenen Gemeinschaft" [1] namentlich in immer neuen Wendungen der christlichen Heilslehre versucht wurden. Bezeichnend ist, daß von diesen Versuchen so ziemlich der radikalste, der von Ritschl in seiner „Christlichen Lehre von der Rechtfertigung und Versöhnung" (1870—74), am

[1] Pfleiderer, Protestantische Theologie, S. 277.

meisten Lebenskraft bewiesen hat; Ritschl fast allein unter den Vermittlungstheologen hat es in größerem Maße zur Bildung einer Schule gebracht. Wie weit und inwiefern aber war nun die Lehre Ritschls und seiner Schule noch mit dem Christentum verknüpft? Der Mensch, so forderte Ritschl, trete vor die Offenbarung Gottes und erwarte, daß Gott mit ihm handle; er verstehe durch Erleben. Dies Erleben ist die beste, die unverlierbare Art, zum Glauben zu gelangen: denn was vermag die Realität einer Erscheinung für den Sterblichen besser zu beglaubigen als die Tatsache, daß sie erfreut und tröstet, hilft und rettet? Der Weg aber zu diesem Erleben des Göttlichen wird durch Christus als den Offenbarer Gottes gewiesen; ohne ihn weiß der Christ nichts von Gott. Gewiß ist dies eine Lehre von dem absoluten religiösen Erlebnis im Ursprung des Christentums; eine Lehre, wie sie, in rohere Gedanken und gröbere Worte gekleidet, dem innersten Sinne nach schon die Wiedertäufer vorgetragen hatten. Läßt sie sich aber an sich nicht auch ohne geschichtliche Offenbarung erleben? Und ist in ihr schließlich nicht der konkrete historische Gehalt des Offenbarungsglaubens in Formen hineinsymbolisiert, die ihren wesentlichen Denkwert wenigstens teilweise anderen als spezifisch christlichen Regungen verdanken? Freilich: auch Rom und Hellas haben auf diesem Wege die Hülsen ihrer Mythologeme fortgefristet, und die Inder gar haben mit gleicher Methode eine ganze Anzahl der zeitlichen Stufen ihres Denkens symbolisiert und damit dem Prozesse dieses Denkens erhalten, als er zu feineren und höheren Integrationen fortschritt; so sind Ritualanschauungen von ihnen zu philosophischen Begriffen umgedeutet und sinnlich-sittliche Ideale in intellektualistisch-sittliche sublimiert worden. Hat aber etwa schon das Zeitalter der Reformation ein „Das ist“ in ein „Das bedeutet“ umgießen lassen? Und wird nicht jedes Symbol eines Tages eine als abstreifbar gedachte Mode sein und ein Gewissen dieser Mode dann zunächst nur noch sozial-ethische und nicht mehr religiöse

Maßstäbe kennen und anerkennen, — bis ein neuer, von Grund aus gewandelter religiöser Glaube hereinbricht? Nicht eben klar und verheißend erscheint die Bewegung des religiösen Gedankens auf dem Gebiete der protestantischen Kirchen, selbst wenn man von den schon völlig außerkirchlichen wie den archaisch streng kirchlichen Richtungen absieht: zieht man diese aber hinzu, so tritt dem Beobachter ein Gewirr einander vielfach widersprechender Auffassungen entgegen, das an sich schon den Wunsch so vieler protestantischer Zeitgenossen nach religiöser Erneuerung begreiflich macht.

Anders verlief die Entwicklung innerhalb der katholischen Kirche.

Der Katholizismus ist dem Subjektivismus entschieden aus dem Wege gegangen; seit den Zeiten der Hermesianer war dieser für ihn gerichtet, trotz mancher kleiner subjektivistischer Explosionen noch hinein bis in die Gegenwart. Um so stärker zogen ihn längst vorhandene Entwicklungstendenzen in den Kreis jener animistischen Anschauungen, die, uralter Zusammenhänge gewiß, in den Tiefen des Volkslebens fortleben und für die Höhen der Gesellschaft durch plötzlichen Verfall aus romantischen Exzessen in geistige Gebundenheit von neuem belebt wurden.

Der Prozeß, indem sich diese Entwicklung vollzog, ist hier nicht näher darzustellen; er gehört der universalen Geschichte des Katholizismus an. Wohl aber ist es wichtig, das Ergebnis, soweit es in den letzten Jahrzehnten auf deutschem Boden zutage getreten ist, durch Mitteilung einiger konkreten Züge zu veranschaulichen.

Betritt man heute eine größere katholische Kirche Deutschlands, so wird man in ihr wohl stets einen „privilegierten Altar" finden: einen Altar, mit welchem der Papst die Gnade verbunden hat, daß, wenn ein Priester an ihm für die Seele eines in der Liebe Gottes verstorbenen Gläubigen die heilige Messe liest, die Seele einen vollkommenen Ablaß erhält und damit von den Qualen des Fegfeuers erlöst

wird. Es ist eine außerordentliche Verstärkung der Ablaßpraxis, — jener Praxis, deren wie auch immer im einzelnen zu ermessende Wichtigkeit für die Begründung und Entwicklung des Protestantismus bekannt ist. Dabei darf man nicht denken, daß den animistischen oder wenigstens sehr massiv sinnlichen Vorstellungen, die sich bei den Laien mit dem Ablaßbriefe so leicht verbinden, seitens der Kirche dadurch begegnet sei, daß das Wesen des Ablasses begrifflich scharf und authentisch bestimmt worden wäre. Vielmehr hat die Kirche, seit sich das Tridentiner Konzil über die Frage nicht einigen konnte, der traditionellen Übung und auch Weiterentwicklung des Ablasses durch Definitionen keine Schranken gezogen. Festgehalten wird nur, daß beim unvollkommenen und selbst beim vollkommenen Ablaß, der dem sofort nach seinem Empfange Sterbenden alsbald und ohne Fegfeuer zum Eingang in den Himmel verhelfen würde, dennoch ein Wenn und Aber bleibt, das die absolut gewisse Wirksamkeit aufhebt[1].

Ähnlich wie im Ablaßwesen fällt im Heiligenkult des modernen Katholizismus eine starke Steigerung der Praxis, vor allem aber eine Weiterbildung in rückwärts verlaufender Richtung auf. Es kann geschehen, daß jemand „dem erbarmungsvollen Herzen Jesu, unserer lieben Frau vom heiligsten Herzen, dem gnadenreichen Prager Jesukindlein, dem heiligen Johann von Nepomuk und dem hochseligen Bischof von Limburg für Hilfe in einer hartnäckigen Kinderkrankheit dankt". Es ist nicht ausgeschlossen, daß zu den armen „gebenedeiten" Seelen im Fegfeuer gebetet wird[2]. Und es kommt vor, daß der verstorbene Papst Pius IX. schon jetzt angerufen und unter die offiziellen Seligen versetzt wird.

Ist es da noch zu verwundern, wenn das 19. Jahr-

[1] Vgl. Kolde, Kirchliche Bruderschaften S. 17 f. Koldes Buch ist auch sonst auf diesen Seiten herangezogen.

[2] In Italien redet man schon von den „seligen" Seelen im Fegfeuer. Mitteilung von G. R. Hauck, 13. Mai 1895.

hundert die Verkündigung des Dogmas von der unbefleckten Empfängnis gebracht hat? In dem in Aachen 1869 erschienenen Büchlein des Redemptoristen Bonvy: „Der Stern des 19. Jahrhunderts, der heilige Joseph“ wird schon für die unbefleckte Empfängnis, glorreiche Auferstehung und Himmelfahrt des heiligen Joseph eingetreten.

Das ist eine geistige Atmosphäre, die begreiflich macht, wie die längst schon vorhandene Idee, daß der oberste Leiter der katholischen Kirche sich als solcher göttlicher Inkarnation erfreue, im 19. Jahrhundert zum Dogma werden konnte: ein, wenn auch gewissen Kautelen unterworfener Ausbau des Animismus in fast grenzenlose Weiten. Und das ist die Luft, die verstehen läßt, wie auch das kleinste Moment kirchlichen Wesens unter einen animistischen Gesichtswinkel gerückt werden kann. „Der gesegnete Weihrauch ist ein Sakramentale; als solches bedeutet er nicht bloß etwas Höheres und Geheimnisvolles, sondern hat auch (in seiner Weise) geistliche übernatürliche Wirkungen“: er wirkt „eine geheiligte Atmosphäre“. Und „die benedizierten resp. konsekrierten Kultgegenstände sind gleichsam aus dem Gebiete der Natur in das Reich der Gnade versetzt und das spezielle Eigentum Gottes; insofern tragen sie etwas Göttliches an sich, auf Grund dessen ihnen eine gewisse religiöse Verehrung gebührt und erwiesen werden muß[1]“.

Daß sich unter einem solchen Glauben auch die Formen der Verehrung ändern, daß sie sich rückbilden hinein in die seelische Atmosphäre längst vergangener Jahrhunderte, braucht kaum noch ausgesprochen zu werden: was jetzt in neuen Arten der Verehrung gesucht wird, ist starke nervöse Erregung, ist die Narkose geistig gebundener Zeiten. Nichts ist in dieser Hinsicht vielleicht charakteristischer als der so überaus sinnliche Kult des heiligen Herzens Jesu, der ausdrücklich dem wirklichen körperlichen Herzen gilt. Gewiß

[1] Gihr, Das heilige Meßopfer, 4. Aufl. 1887, S. 360, 220; zit. nach Harnack, Dogmengesch. 3[3], S. 633 Anm. 2.

reicht dieser Kult schon bis in jenes 17. Jahrhundert zurück, in welchem, als in der Zeit barocken Pompes, überhaupt manche Anfänge moderner neurologischer Kultformen zu suchen sind, soweit sie nicht schon auf das 16. Jahrhundert und damit zumeist auf die Dressur der religiösen Phantasie durch Loyola. Durchgebildet und aufs weiteste verbreitet worden ist er aber doch erst im 19. Jahrhundert. Denn erst Pius IX. hat am 23. August 1856 ein eigenes Fest zur Feier des heiligsten Herzens Jesu für die ganze Kirche eingesetzt, und erst er hat später die ganze Welt dem heiligsten Herzen Jesu geweiht. Im Jahre 1889 aber diente dem Kulte schon mehr als ein Viertelhundert periodischer Blätter.

Bedürfte es aber überhaupt noch eines Beweises für die außerordentlich rasche und in alle Tiefen und Höhen der Nation eindringende Verbreitung der modernen Formen des katholischen Kultes und des katholischen Glaubens, so wäre er in der Geschichte der kirchlichen Bruderschaften ausreichend gegeben. Was war aus dem reichen Genossenschaftsleben der alten Kirche im Verlaufe des 16. bis 18. Jahrhunderts geworden! Zurückgegangen war es trotz aller Anstrengungen zu seiner Belebung schon im 17. Jahrhundert, und im 18. Jahrhundert waren unter einem Joseph II. katholische Bruderschaften gelegentlich wohl gar zu „Vereinen tätiger Menschenliebe“ verwandelt worden. Im 19. Jahrhundert dagegen sproßte ein neues Bruderschaftsleben teils in Verjüngung alter, teils in Schöpfung neuer Genossenschaften empor; ein Leben, das dem des 15. Jahrhunderts an Ausdehnung und Wirkung des korporativen Gedankens wenig nachstehen, wenn nicht gleichkommen mag. Da sind die marianischen Kongregationen, da die Bruderschaften der Serviten, die Herz-Mariä-Bruderschaften, die Erzbruderschaft der sieben Schmerzen Mariä, der große marianische Verein zur Sühnung alles der heiligen Maria angetanen Unrechts; da ist der Gebetsverein Unserer lieben Frau vom heiligsten Herzen, das Bündnis vom Gürtel des heiligen Josef, da die Bruderschaften des Herz-Jesu-

Kultes in langer Reihe, da endlich die von Leo XIII. besonders geförderten Tertiarier: keine katholische Pfarrkirche, bei der nicht wenigstens eine Bruderschaft bestünde; kein zu seiner Kirche haltender Katholik, der nicht, oft von Jugend an, mindestens einer Bruderschaft angehörte; und einzelne Vereine, die ihre Mitglieder allein schon in deutscher Zunge nach Millionen zählen. Und all diese Vereine und die ihnen Angehörigen sind im Banne des kultischen Neukatholizismus: sie alle leben der besonderen Verehrung der Bruderschaftsheiligen und der Erfüllung ihrer bürgerlichen Pflichten in dessen Meinung, sie alle ziehen mit daher in den vielen Prozessionen, bald als Fahnenführer geehrt und bald als Träger des Himmels, unter dem der Priester mit dem Allerheiligsten schreitet; sie alle fühlen die frommen Schauer kultischer Andacht in der Gemeinde wie am Sonderaltare der Bruderschaft, sie alle freuen sich der starken Hoffnung auf die Ablaßsegnungen, mit denen sie, namentlich seit Pius IX., aufs reichste bedacht sind.

Das ist die katholische Kirche von heute, wie sie eingreift in das Leben des Diesseits und Jenseits, die Kirche, wie sie gleich der auf ähnlichen seelischen Grundlagen beruhenden Kirche des Mittelalters massiv weltlich und somit politisch geworden ist, wie sie ihren mächtigen Ausdruck findet auch in dem Parteileben der Nation. Und ein Verlauf von kaum drei Menschenaltern hat sie in diese Stellung gebracht und in ihr aufs stärkste befestigt.

* * *

Die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts haben in Deutschland noch die Nachblüte jenes wesentlich aufklärerischen, zum Teil auch schon subjektivistischen Katholizismus gesehen, der die Kirche des 18. Jahrhunderts beherrscht hatte. Zwar die Zeiten der Kirchenpolitik Friedrichs des Großen, Josephs II. und der Emser Punktationen waren vorüber: aber doch hatte Preußen mit der Kurie noch kein Konkordat im Sinne des 19. Jahrhunderts geschlossen, dauerten Reste des Josephinismus in Österreich noch lange fort, und

verfochten die deutschen Bischöfe, obwohl sie nicht mehr die selbständigen Landesherren von ehedem waren, noch vielfach das Ideal einer künftigen deutschen Nationalkirche.

Hauptsitze der alten Aufklärung, der antikurialen und episkopalistischen Ideen waren namentlich Konstanz, Köln und Breslau. Das Bistum Konstanz stand bis 1827 unter dem Generalvikariat des Freiherrn von Wessenberg; wie beliebt er war und wie weit verbreitet sein Einfluß[1], zeigt die Tatsache, daß die süddeutsche Bevölkerung ihn wiederholt für andere Bischofssitze, für Rottenburg, für Freiburg, in Aussicht genommen hat. Unter ihm wirkte ein gutgebildeter Klerus; und unter seinem Einflusse vornehmlich schoß eine reiche liturgische und katechetische Literatur empor: christkatholisch — so bezeichnete sie sich gern —, wandte sie sich gegen die Formen der neukatholischen Frömmigkeit, die in den romanischen Ländern schon üblich geworden waren, gegen übertriebene Prozessionen, gegen visionäre Zustände, gegen die Narkose des Kultes. In Breslau war es der Fürstbischof Christian von Hohenlohe-Waldenburg (1795 bis 1817), der nach ähnlichen Grundsätzen wie Wessenberg verfuhr; auch unter ihm erwuchs ein gelehrter Klerus; und was den Kult betraf, so faßte man in Breslau neben anderen Reinigungsbestrebungen sogar den kühnen Gedanken der deutschen Messe. In Köln endlich regierte der Erzbischof Ferdinand August Graf von Spiegel (1825—1835) in christkatholischem Sinne. Er verwarf die neujesuitischen sinnlichen Lieblingskulte, er mißbilligte Prozessionen, die sich über einen Tag hinzögen, er widersprach gewissenloser Propaganda und sorgte für den Frieden unter den Bekenntnissen; er begünstigte weiterhin eine gelehrte Theologie und erzog eine musterhafte Geistlichkeit.

Aber auch über die drei genannten Bistümer hinaus waren verwandte Anschauungen in Klerus und Laienwelt weithin verbreitet, namentlich auch in Österreich, wo sie Bischöfe wie die Frint, Gruber und Milde von St. Pölten, Salzburg und Wien freundlich förderten.

Zusammenfassend kann man als Ideale der ganzen Richtung bezeichnen einen bis zu einem gewissen Grade nationalen Katholizismus — wie denn in der Zeit der großen deutschen Neuordnung um 1815 in zahlreichen Flugschriften eine mehr oder minder selbständige Nationalkirche gefordert worden war — und eine katholische Theologie, die sich unter Abweisung primitiver Kultusformen tief auf das deutsche Geistesleben — und das hieß in dieser Zeit auf die glänzend hervortretenden Fortschritte des Subjektivismus — gründen sollte. Dabei erwies sich denn freilich zunächst das Kirchenideal der ganzen Richtung bald als nicht zu verwirklichen. Um so mehr begann wenigstens das theologische Ideal im Hermesianismus und in verwandten Auffassungen Leben zu gewinnen. Während sich an den katholisch-theologischen Fakultäten überall eine rege Forschung entwickelte, Zeitschrift auf Zeitschrift begründet ward und namentlich die biblischen Wissenschaften mit großem Eifer gefördert wurden, versuchte Professor Hermes in Bonn, das Lehrgebäude des Katholizismus auf Kantsche Grundlagen zu stellen, und bildete in diesem Sinne ein System aus, das an den Fakultäten und Seminarien von Trier, Köln, Münster, Breslau und Braunsberg sowie sonst bald von begeisterten Schülern gelehrt ward.

Allein inzwischen hatten sich aus der mittlerweile immer schärfer zutage tretenden Rückfallstendenz der Romantik in die Zustände eines gebundenen Geisteslebens hinein für das Kirchentum und das allgemeine Schicksal des Katholizismus in Deutschland ganz andere Aussichten ergeben; und sie waren gestärkt worden durch das Wiederaufleben alter papalistischer Lehren.

In den romantischen Kreisen hatte sich eine Konvertitengesellschaft von großer geistiger Regsamkeit entwickelt. Karl Ludwig von Haller schuf das System einer der staatlichen Restauration wie der papalen Selbstherrschaft günstigen Staatswissenschaft, deren Lehren neben den Anschauungen De Maistres durch Walter in den Bereich des kanonischen Rechts eingeführt wurden. Die Stolberg und Schlegel

führten das katholisch-absclutistische Prinzip in die Literatur ein wie in die Kreise des ihnen zugänglichen gesellschaftlichen Lebens: ihnen vor allem verdankt die katholische Kirche die zahlreichen Übertritte aus dem hohen und niederen Adel, deren sie sich in den zwanziger und dreißiger Jahren rühmen konnte.

Und mit den Konvertiten gingen die von Geburt katholischen Romantiker zusammen, welche von einer absoluten Freiheit der Kirche träumten, allen voran in den Rheinlanden Joseph Görres.

Und all diese Schwärmer fanden wiederum Halt und Richtung an einer leisen papalen Unterströmung, die in der deutschen Kirche niemals ausgestorben war, und die sich jetzt, von jüngeren Geistlichen, namentlich den Doctores Romani, unterstützt, wieder mehr hervorwagte. In Süddeutschland wie am Rhein tauchten kleine Zentren klerikalen Charakters auf, die ersten schon unmittelbar nach den Freiheitskriegen, in Frankfurt unter dem Schutze von Schlegels „Concordia", in Würzburg und Eichstätt unter Führung des Weihbischofs Zirkel, aber auch in Mainz, in Luzern wie hier und da in Österreich, am Niederrhein endlich unter der Ägide des Altertumsforschers Binterim: es sind die Anfänge des modernen deutschen Klerikalismus. In den zwanziger Jahren waren diese Kreise dann schon ungemein rührig; den episkopalistischen Zeitschriften setzten sie seit 1821 den Mainzer „Katholik", seit 1829 die „Aschaffenburger Kirchenzeitung" entgegen; zugleich führten sie klerikale Literatur aus den schon weiter fortgeschrittenen Bewegungen Belgiens und Frankreichs in massenhaften Übersetzungen ein.

Freilich: zunächst handelte es sich bei alledem noch um nur tastende Versuche. Und einstweilen fand die neue Strömung weder in den kleineren und mittleren deutschen katholischen Staaten recht Halt und auch keinen Anklang bei der führenden katholischen Macht in Deutschland, bei Österreich. Indes konnte doch darüber kaum ein Zweifel bestehen, daß die österreichische Politik mit ihrer restaurativen Richtung im Grunde der klerikalen Romantik verwandter

war als dem alten Josephinismus, wenn auch die heilige Allianz den Papst nicht in ihren Kreis aufgenommen hatte, und tatsächlich war Österreich auch schon dem Papsttum in einem äußerst wichtigen Punkte entgegengekommen: in der Verwerfung einer gemeinsamen Regelung der Beziehungen der katholischen Kirche und des Papsttums zu Deutschland, wie sie in einem allgemeinen germanischen Konkordat hätte eintreten können.

Der Papst war im Jahre 1814 wieder in das Patrimonium Petri eingesetzt worden: Katholiken und Protestanten hatten den liebenswerten Pius VII. nach langer Gefangenschaft gleich freudig in der ewigen Stadt begrüßt. Und darauf war Rom, vor allem für die Deutschen, fast noch mehr als bisher zum erlesensten Orte klassischer und romantischer Pilgerfahrten geworden: hier wuchs jetzt die Nation mit ihren philologischen und archäologischen Interessen erst recht fest; hier folgten den konvertierten Nazarenern Overbeck, Schadow, Veit und Riepenhausen wie dem großen Cornelius zahlreiche neue Wandergeschlechter deutscher Maler; hierhin zogen deutsche Fürsten und Fürstensöhne zur Feier romantischer Nächte und Tage, Wochen und Monate: ein deutsch-römisches Leben von lebendiger Eigenart entfaltete sich. Dabei glaubte man eben hier nur historischen und idealen Interessen zu dienen; Rom erschien wie die geschichtliche Rüstkammer gleichsam Europas: altes politisches Gewaffen, künstlerische Reliquien, veraltete geistliche Ansprüche, die man durch die Zeiten der Aufklärung praktisch für immer erledigt glaubte, bildeten seinen anziehenden Hausrat.

Es war die Umwelt des restaurierten Papsttums; und es erschien gleichsam nur angemessen, wenn dieses sich ihr einordnete. So fand man es ganz in der Ordnung und bei der Ohnmacht der Kurie auch gefahrlos, wenn Index und Inquisition wieder lebendig wurden, wenn durch ein einziges Edikt 1824 Mönchs- und 622 Nonnenklöster wieder erstanden, wenn die Kurie überhaupt ihre mittelalterlichen Ideale der Weltherrschaft schrankenlos erneuerte. Und auch

dagegen, daß das Papsttum die Waffen der Gegenreformation wieder hervorholte, hatte man nur wenig einzuwenden; vollkommen gelang vornehmlich die Erneuerung der Gesellschaft Jesu. Ja selbst als die Päpste ihre alten Ziele gegenüber der neuen Welt, die sich inzwischen gebildet hatte, abmaßen und verdammten, was als Stolz des fortschreitenden Jahrhunderts galt, glaubte man nichts zu hören als ehrwürdige und dem papalen Stil nun einmal eigene Floskeln. Und doch bildete die Enzyklika vom 25. August 1832, mit welcher Gregor XVI. seine Thronbesteigung anzeigte, schon das deutliche Vorspiel zum Syllabus und zur Unfehlbarkeitsbulle Pastor aeternus: „Die Ursache des weitverbreiteten Unglaubens und der Auflehnung gegen das allein berechtigte kirchliche Dogma ist die falsche Wissenschaft . . . Durch den Unterricht und das Beispiel der Lehrer ist das Gemüt der Jünglinge verderbt, ist die ungeheure Niederlage der Religion und der entsetzliche Verfall der Sitten bewirkt. Es muß deshalb, um alle solche Neuerungen von der Kirche abzuhalten, entschieden daran festgehalten werden, daß dem Papste allein das Urteil über die Lehre und die Regierung der Kirche zusteht; die Bischöfe müssen daher an dem römischen Stuhle festhalten, die Priester aber den Bischöfen gehorsam sein. Die von der Kirche gebilligte Disziplin darf nicht mißbilligt oder gar der Staatsgewalt unterworfen werden. Es ist absurd, von einer Regeneration der Kirche zu sprechen, abscheulich, das Zölibatsgesetz anzugreifen und die Unauflöslichkeit des Ehebundes zu bezweifeln. Vor allem aber ist der Indifferentismus zu bekämpfen oder der Wahn, daß man in jedem Glauben selig werden könne; aus ihm fließt der Wahnsinn, daß jedem Menschen Gewissensfreiheit gebühre."

Eine unbedingte Verneinung der vorwärtsweisenden Entwicklung des Subjektivismus tritt hier zutage; mit ihr hat das Papsttum des 19. Jahrhunderts von vornherein seinen Kampfes- und seinen Siegeszug eröffnet. Klar bis zum entschiedensten Widerspruch trat es damit sofort auch

dem christkatholischen und episkopalistischen Wesen in Deutschland entgegen; und Unterstützung mußte es dabei finden durch die deutsch-romantischen Anfänge des Klerikalismus.

Freilich: nach den grundstürzenden Vorgängen der napoleonischen Zeit war auch das äußere Verhältnis der Kurie zu Deutschland erst neu zu ordnen. Und da trat an erster Stelle die Frage auf, ob dies in einem Gesamtkonkordat oder in Sonderkonkordaten mit den einzelnen Bundesstaaten geschehen solle. Die Kurie konnte für ihre Stellungnahme zu dieser Frage die Erfahrungen eines alten Präzedenzfalles hervorholen: wie gut war es ihr nicht um die Mitte des 15. Jahrhunderts gelungen, das ungestüme Verlangen der Deutschen nach einer Reform der Kirche an Haupt und Gliedern durch das kluge Divide et impera von Konkordaten mit den Einzelfürsten zu besänftigen, ja fast zu beseitigen! So trat sie von Anbeginn mit Entschiedenheit für das System der Einzelkonkordate ein.

Und wie einst, so kamen ihr jetzt gegenüber mannigfachen, anders gerichteten nationalen Strömungen die deutschen Fürsten und im Grunde auch Österreich entgegen. Vergebens ließen die Episkopalisten eine ganze Literatur von Flug- und Denkschriften zugunsten einer Nationalkirche aufflattern, vergebens verwandte sich auch Preußen, vom Erzbischof Spiegel beraten, wenn auch etwas schämig, wenigstens für irgendeine gemeinsame kirchliche Ordnung: der Gedanke einheitlichen Vorgehens scheiterte im Juni 1815 an dem Widerspruch Bayerns, dem Württemberg wohlwollend zur Seite stand. Und die Auffassung dieser Staaten, die einen kirchlichen Abschluß nach Territorien zur Konsolidation ihrer neugebildeten Gebiete in der Tat für nützlich halten mußten, siegte nach dem Wiener Kongresse nochmals in Frankfurt; im Juni 1817 beschloß die Bundesversammlung, ihren Machtbereich nicht auf die kirchlichen Angelegenheiten auszudehnen.

So hatten denn die Territorien einzeln mit der Kurie zu verhandeln.

Am frühesten gelangte dabei Bayern zum Abschluß.

Nach dem ersten Paragraphen des Konkordates vom 22. Oktober 1817 soll die katholische Kirche in Bayern durchweg alle die Rechte und Privilegien genießen, auf welche sie nach Gottes Ordnung und den kanonischen Satzungen Anspruch habe: sie wird mithin die einzige berechtigte Kirche sein und als solche auch über dem Staate stehen. Nach Festlegung dieser grundsätzlichen Stellung war es denn nur folgerichtig, wenn im weiteren Verlaufe des Konkordates die Bischöfe u. a. das Recht der Zensur gegen jeden Laien erhielten, der die kirchlichen Gesetze und die päpstlichen Kanones übertritt, und wenn alle den Grundsätzen des Konkordates widersprechenden Staatsgesetze für aufgehoben erklärt wurden, ja die Regierung die Verpflichtung übernahm, dem Konkordat ohne Erlaubnis der Kurie niemals Änderungen oder Erklärungen hinzuzufügen.

Was konnte es danach helfen, wenn dies später dennoch geschah? Vollständig hatte die Kurie gesiegt: und wesentlich schon mit Hilfe jener deutsch-romantischen Kräfte, die einen Sammelpunkt in München zu finden begonnen hatten.

Bald nach den bayrischen Verhandlungen trat auch eine Anzahl kleinerer süd- und westdeutscher Bundesstaaten zu Frankfurt in Beratung, um die Verhältnisse der katholischen Kirche in den südwestdeutschen Gebieten zu regeln. Wessenberg hatte dazu eine Denkschrift im episkopalistischen Sinne vorgelegt, und die Meinung der Staaten ging dahin, mit dem Papste kein Konkordat abzuschließen — das hatte Württemberg 1815 vergebens versucht —, sondern vielmehr auf gut aufklärerisch nur eine Deklaration zu vereinbaren, in die man das Recht landesherrlicher Ernennung der Bischöfe, die Wahrung des Placets und Verwandtes aufnehmen wollte, — und diese Deklaration dem Papste zur Zustimmung vorzulegen. In der Tat verfuhr man so; aber mit welchem Erfolge! Die Kurie lehnte die Erklärung der Kleinen ab und erließ schließlich ohne deren Wissen die Bulle Provida sollersque vom 16. August 1821, in der sie von sich aus die Grenzen der Diözesen und die Rechte der

Bischöfe in den südwestdeutschen Gebieten festsetzte: ein noch einfacherer Schritt zum Siege als auf dem Wege des bayrischen Konkordates. Die Kleinen aber wagten dagegen nicht einmal Verwahrung einzulegen: denn inzwischen hatte Preußen der Kurie Zugeständnisse gemacht, die selbst aus päpstlichem Munde das Prädikat mirifica erhielten.

Preußen war der erste große protestantische Staat, der mit der Kurie allein abzuschließen hatte. Seine Staatsmänner gingen mit der vornehmlich auf Unkenntnis beruhenden Überhebung des Protestanten an die Verhandlungen; Niebuhr vor allem, der große Historiker, der im alten Rom so gut Bescheid wußte und so schlecht im neuen, hat sie, aber nicht minder auch Hardenberg, in diesem Sinne geführt. Das Ergebnis war auch hier kein Konkordat, sondern eine bloße, für Rom viel vorteilhaftere Zirkumskriptionsbulle (De salute animarum vom 23. März 1821), die fast alle Wünsche für die finanzielle und administrative Sicherstellung der katholischen Kirche befriedigte und die Bischöfe in hohem Grade der kurialen Einwirkung unterwarf, ohne daß über das Verhältnis des Katholizismus zur evangelischen Kirche im Sinne einer wahrhaften Parität auch nur das geringste verfängliche Wort verlautet hätte.

Mit all diesen für Rom unerwartet günstigen Abschlüssen, die ebensosehr der Sorglosigkeit des Protestantismus wie der stillen Arbeit des jungen Klerikalismus verdankt wurden, war nun das Schicksal der älteren deutschen katholischen Kirche, der episkopalistischen und christkatholischen, der aufklärerischen und der klassisch-subjektivistischen Strömung besiegelt. Mit raschem Eingriff hat die Kurie ihr, unter eifriger Unterstützung durch den romantischen Klerikalismus, den Garaus gemacht.

Was zunächst die praktischen Ideale dieser Strömung anging, so waren sie in ihrer höchsten Ausgestaltung, in dem Wunsche nach einer Nationalkirche, schon durch den Verlauf der Konkordatsverhandlungen beseitigt. Im übrigen aber, in ihrer Richtung auf die kirchliche Praxis, den Kult

und die Ausbildung der Geistlichen, konnten sie als untergraben gelten, sobald es gelang, das wissenschaftliche Leben der deutsch-katholischen Theologie zu unterbinden. Diesem Ziele galten daher vor allem die Bemühungen der Kurie und der papalistischen Kreise in Deutschland.

Nun ergab sich aber bald, daß dieser Theologie durch positive Gegenmittel wenig beizukommen war. Gewiß begann man alsbald mit der Einführung jesuitischer Wissenschaft; und immer zahlreicher wurden die jungen Deutschen, die im Collegium Germanicum den römischen Doktorhut erwarben. Des weiteren versuchte man von Freiburg im Üchtland aus, wohin die Jesuiten schon 1818 gekommen waren, immer mehr große Jesuitenpensionate auf deutschem Boden vorzuschieben. Es gelang indes wenig; vielfach hatte man mit einem starken Mißtrauen der Regierungen zu kämpfen; in Österreich wurden die Jesuiten anfangs gar nur in Galizien zugelassen. Doch erreichte man immerhin schließlich mit einzelnen Einflußstellen das nördliche Mitteldeutschland; in Sachsen hatten schon die Könige Friedrich August und Anton jesuitische Beichtväter, und von Sachsen aus wurde der Herzog von Anhalt-Köthen bekehrt; Beichtvater der ebenfalls konvertierten anhaltischen Herzogin war der spätere Jesuitengeneral Pater Beckx.

Indes alle diese Leistungen wollten im Grunde wenig besagen, und noch weniger wußte man der deutschen Theologie unmittelbar wissenschaftlich entgegenzutreten; eine jesuitische Wissenschaft von größerer Bedeutung ist erst später entwickelt worden.

So blieb nichts übrig, als dieser Theologie mit Gewalt entgegenzutreten und im übrigen das Aussterben ihrer gelehrten Vertreter und bischöflichen Gönner abzuwarten. Dabei mußte der erste Streich der Lehre und Schule des Professors Hermes, als der Gipfelerscheinung der Bewegung, gelten: und mit ihr der Amtsführung des Kölner Erzbischofs Spiegel.

Eine römische Verdammungsbulle wurde, übrigens unter

mancherlei Mißverständnissen der Hermesianischen Lehren, zusammengestellt; sie führte aus, Hermes habe, „kühn abweichend von der Heerstraße der heiligen Väter, zur Erklärung der Verteidigung der Glaubenswahrheiten einen dunklen, zu allen Irrtümern führenden Weg eingeschlagen". Aber erst nach dem Tode von Hermes, ja nach dem des Erzbischofs Spiegel (1835) wurde die Bulle von Belgien her, ohne königliches Placet, in den Rheinlanden verbreitet.

Jetzt freilich konnte man die Bekanntmachung wagen; denn unter dem Einflusse, ja auf den Betrieb des romantischen Einwirkungen so zugänglichen preußischen Kronprinzen, des späteren Königs Friedrich Wilhelm IV., war, unter Beschränkung des freien Wahlrechtes des Domkapitels, in Köln der Freiherr Clemens August von Droste Erzbischof und Nachfolger Spiegels geworden, ein unbeugsamer Klerikaler, zudem ein Charakter, den nichts besser kennzeichnet als die Tatsache, daß der päpstliche Staatssekretär Lambruschini seine Präsentation durch den preußischen Gesandten mit den Worten aufnahm: „Ist Ihre Regierung toll?"

Aber noch ehe der neue Erzbischof, wie zu erwarten, ernstlich gegen die Hermesianer einschritt, war ihm die preußische Regierung insofern zuvorgekommen, als sie die katholisch-theologische Fakultät in Bonn veranlaßt hatte, Hermes in den Vorlesungen stillschweigend fallen zu lassen. Natürlich lud ein solches Verhalten den Erzbischof erst recht zu weiteren Schritten ein; und so verbot er schließlich, am 12. Januar 1837, in einem Rundschreiben an die Bonner Beichtväter geradezu die Lektüre der Hermesschen Bücher und ließ dann die Verpflichtung für alle von ihm anzustellenden Geistlichen folgen, vor ihrer Anstellung den Hermesianismus zu verdammen. Zugleich kam er mit der Bonner Universität wegen der katholisch-theologischen Vorlesungen in Schwierigkeiten, und bei dieser Gelegenheit hat er lehrreich ausgeführt, wie er sich das Verhältnis des katholischen Studiums zum Kirchenregiment denke: Bildung, Anstellung und Absetzung der Geistlichen sei allein Sache des Bischofs,

der Staat habe da nicht dreinzureden; und auch die Professoren an den Seminarien und Fakultäten seien von den Bischöfen anzustellen und abzusetzen; gegen den Bischof stehe ihnen nur ein Rekursrecht nach Rom offen, und der Staat habe auch hier kein Recht des Eingriffs.

Die alte deutsche Theologie aber war mit der gewaltsamen Beseitigung des Hermesianismus ins Herz getroffen. Ist trotzdem ihr Todeskampf auch nach den dreißiger Jahren noch zäh und langwierig gewesen, bedurfte es noch der entschiedensten Bekämpfung so tapferer Männer wie Möhlers, des genialen Polemikers, wie Hirschers und Staudenmaiers, hat schließlich ein Philosoph von der Tiefe Günthers noch die Bitternis eines halb erzwungenen, halb nicht anerkannten Widerrufes schmecken müssen: schließlich sank dies Geistesleben dennoch dahin, und nicht die Lauheit der Gegner hat es verschuldet, daß es noch bis tief in die sechziger Jahre hinein in stillen Winkeln der katholischen Kirche in geistiger Verbannung gleichsam dahinfuhr und selbst dann noch einige Erfolge zeitigte.

* * *

Die Abmachungen zwischen der Kurie und Preußen, wie sie Niebuhr getroffen hatte, hatten ein Gebiet gar nicht berührt, auf dem die Gleichberechtigung der Bekenntnisse praktisch vor allem zum Ausdruck gelangen mußte: das Gebiet der gemischten Ehen.

Nun wurden aber gerade die mit den gemischten Ehen verknüpften Fragen bei der zunehmenden tatsächlichen Freizügigkeit und der ihr folgenden stärkeren räumlichen Mischung der Bekenntnisse in Preußen von Jahr zu Jahr wichtiger. Und gleichzeitig trug die erstarkende katholische Kirche immer mehr Bedenken, auf diesem Gebiete die Parität in dem herkömmlichen Sinne zu wahren, daß die Kinder dem Bekenntnis des Vaters folgten, da sich herausstellte, daß dieser Brauch dem Protestantismus günstiger war. Vielmehr nahmen die Fälle zu, in denen katholische Geistliche sich

weigerten, gemischte Paare zu trauen, wenn sie nicht vorher das Versprechen katholischer Kindererziehung gegeben hatten.

Diesen üblen Zuständen hatte eine königliche Kabinettsorder vom Jahre 1825 ein Ende zu machen gesucht, indem sie die Abnahme des Versprechens der Kindererziehung den Geistlichen beider Bekenntnisse verbot. Allein der katholische Klerus beachtete diese Order nicht.

Was nun tun? Man begann mit Rom zu verhandeln. Und als von Rom aus nach langem Hin und Her schließlich im Jahre 1830 ein Breve erging, das der mannigfachsten Deutungen fähig blieb, ohne daß die Kurie zu einer authentischen Erklärung veranlaßt werden konnte, wandte man sich an die Bischöfe des Landes, um von ihnen die Zugeständnisse zu erhalten, zu denen der Papst nicht bereit schien. Und hier gelang es in der Tat, wenigstens mit dem Kölner Erzbischof Spiegel, eine befriedigende, übrigens der Kurie nicht vorgelegte Abmachung zu treffen (1834). Aber Graf Spiegel starb schon im Jahre 1835: und wir kennen bereits die Art seines Nachfolgers.

Der Freiherr von Droste war natürlich weit davon entfernt, die Abmachung seines Vorgängers als bindend anzuerkennen; er richtete sich nach der ganz anderen Auslegung, die er dem päpstlichen Breve von 1830 gab. Darauf versuchte die Regierung, mit ihm zu verhandeln. Und als diese Verhandlungen ergebnislos verliefen und der Erzbischof auf den ihm nahegelegten Verzicht auf seine Würde nicht einging, — ließ ihn die Regierung verhaften und nach der Festung Minden abführen (20. November 1837).

Es war eine unbedachte Gewalttat, der bald eine zweite, freilich minder willkürliche folgte. In den ehemals polnischen Gebietsteilen Preußens war durch den Friedensvertrag von 1768 die Gleichberechtigung der Bekenntnisse bei Mischehen festgestellt und auch Brauch geworden. Jetzt, unter der Einwirkung der Kölner Ereignisse, begann der Erzbischof Dunin von Posen diesen Brauch zu verlassen. Es kam darüber zu einem Rechtsverfahren gegen ihn; und im April

1839 wurde er zu halbjähriger Festungsstrafe und zum Verlust seiner Würde verurteilt.

Die Kölner und Posener Vorgänge erregten die Katholiken allgemein auf das heftigste. Dieser Preußenkönig und Protestant: wollte er den Katholizismus in seinem Lande vernichten? Laut schrien so allen voran die Anhänger des jungen Klerikalismus, von französischen und belgischen Gesinnungsgenossen unterstützt; Görres schrieb die flammende Verwahrung seines Athanasius; die Kurie unterband in den verwaisten Bistümern die Befriedigung auch der dringendsten Heilsbedürfnisse und erregte dadurch auch die friedliche Laienwelt; zum ersten Male gewann der Klerikalismus, wichtige namentlich auch liberale Bruchteile der öffentlichen Meinung für sich und Anhänger im Volke nach Tausenden.

Und nicht bloß, daß der Sieg der Kirche über den Staat in den nächsten Jahren offen zutage trat: nach gewissen Zugeständnissen Friedrich Wilhelms III. gab dessen Nachfolger in fast allen Punkten nach, führte Dunin nach Posen zurück, schrieb Droste ein Entschuldigungsschreiben und übergab das Kölner Erzbistum nach dessen ehrenvollem Rücktritt seinem nur in den Formen gewandteren Gesinnungsgenossen, dem Speierer Bischof Johannes Geißel. Was wichtiger war: der ganze Verlauf dieses Handels brachte in Preußen zum ersten Male einen wirklich dauernden Aufschwung des Katholizismus hervor, indem jetzt zu dem Klerikalismus der gebildeten Kreise die elementare, auf ein sinnliches Kirchentum gerichtete und eben darum den bestehenden Zusammenhängen nach klerikale Begeisterung der Massen hinzutrat. Die neuere Geschichte des deutschen Klerikalismus begann damit; vom 14. August bis 6. Oktober 1844 zog die Ausstellung des heiligen Rockes in Trier über eine Million Pilger an; Landstraßen und Ströme waren bedeckt von ihren frommen Zügen. Und weit davon entfernt, daß diese populäre Bewegung durch das ihr folgende deutsch-katholische Zwischenspiel der Ronge

und Czerski auch nur gestört worden wäre, trat diesem volkstümlichen Aufschwung vielmehr nun langsam auch eine Gesinnungsänderung des Klerus ins Klerikale und Papale zur Seite: und weit hinaus über die Grenzen Preußens, vor allem auch in Bayern, machte sich ein Umschwung zum streitbaren Katholizismus fühlbar.

Dies war die Stimmung, mit der die klerikale Bewegung, nun schon halbwegs die Kirche beherrschend und namentlich bereits von den jüngeren Bischöfen gefördert, der Revolutionszeit gegen Ende der vierziger Jahre entgegenging. Bald sollte sich zeigen, wie überaus günstig ihr diese Zeit war.

Im Oktober und November 1848 versammelten sich die sechsundzwanzig deutschen Bischöfe in Würzburg und erklärten: wie entschieden und streng auch die Kirche anarchische Bestrebungen jeder Art verwerfe, so habe sie doch ein lebendiges Interesse an der Sicherung alles dessen, was der allgemeine Ruf nach Freiheit von administrativer Bevormundung und Aufsicht Wahres enthalte. Darum sei es an ihnen, unbeschränkte Freiheit der Lehre und des Unterrichts zu fordern, sowie das Recht der alleinigen Prüfung und Überwachung der Geistlichen, des Kultus und der Kongregationen, nicht minder auch freien Verkehr mit dem Papste und die Aufhebung des staatlichen Placets. Und der Papst stimmte diesen Forderungen zu.

Was war dagegen zu tun? Zunächst war Preußen in übler Lage. In der Frankfurter Nationalversammlung hatte man beschlossen, daß jede anerkannte Kirche die selbständige Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten sowie freien Besitz und Genuß aller ihrer Anstalten, Stiftungen und Fonds haben sollte. Diese Anschauung war dann in den Artikel 12 der preußischen Verfassung vom 5. Dezember 1848 übergegangen: man konnte nicht umhin, auch ferner ihre notwendigen Folgen zuzulassen. Und so gewährte denn die revidierte Verfassung vom 31. Januar 1850 den preußischen Bischöfen einen großen Teil der im Jahre 1848 aufgestellten Forderungen. Was aber die

Verfassung nicht gab, das fügte die Kultusverwaltung, die seit den Tagen Friedrich Wilhelms IV. mit einer besonderen katholischen Abteilung ausgestattet war, im Sinne des Königs reichlich spendend hinzu.

Fast noch glücklicher für den Klerikalismus verliefen die Dinge in Österreich, das sich unter dem jahrzehntelangen Drucke des Metternichschen Regimentes schon merklich dem Josephinismus entfremdet hatte. Zunächst erließen hier die Bischöfe, entsprechend den in das österreichische Verfassungspatent am 4. März 1849 aufgenommenen kirchlichen Grundrechten des Frankfurter Parlamentes, eine den Würzburger Forderungen ähnliche Erklärung: und die Regierung gab ihr durch zwei kaiserliche Dekrete vom Jahre 1851 gesetzliche Kraft. Damit aber nicht genug. Die nunmehr emporkommende, ganz ins klerikale Fahrwasser einlenkende politische Reaktion hielt es für richtig, noch über die Erklärung hinaus ein staatliches Konkordat mit der Kurie abzuschließen. Es kam im Herbst 1855 zustande. Es stellte fest, das die katholische Religion mit allen Befugnissen und Vorrechten, deren sie nach Anordnung Gottes und nach den Bestimmungen der Kirchengesetze genieße, im ganzen Kaiserstaat aufrechtzuerhalten sei. Es übergab die Schule der Kirche, bot ihr volle Freiheit für die Einführung geistlicher Orden und für die Verwaltung des Kirchengutes und regelte die geistliche Jurisdiktion in einer Weise, durch die die weltliche Rechtsprechung schwer geschädigt ward. Von da ab bis in die Zeiten nach dem Kriege von 1866 ist Österreich noch in ganz besonderem Sinne der katholische Staat auf deutschem Boden gewesen.

Wenn aber so die beiden deutschen Großstaaten seit 1848 kurialem Einflusse verfielen, hätten sich da die Mittel- und Kleinstaaten verwandten Einwirkungen entziehen können? In Bayern freilich hatte schon das Konkordat von 1818 das Ziel aller Wünsche gebracht. Wie aber stand es in der oberrheinischen Kirchenprovinz, in den Bistümern Fulda, Limburg, Mainz, Rottenburg, und dem Erzbistum Frei-

burg? Hier währte es den Bischöfen zu lange, ehe die an sich übrigens abgeneigten Regierungen die Forderungen von Würzburg bewilligten: vor allem die Bischöfe von Freiburg und Limburg drängten vorwärts. Still hielt sich nur der streitbare Bischof Ketteler von Mainz: bis man viel später erfuhr, daß er im August 1854 mit der hessischen Regierung eine geheime Abmachung getroffen hatte, die den kurialen Forderungen weithin gerecht ward. Im übrigen trieb das standhafte Drängen der Bischöfe einen Teil der Regierungen zu neuen Konkordatsverhandlungen mit der Kurie: noch glaubte man die Bischöfe durch den Papst im Zaum halten zu können. Und in der Tat: Württemberg erhielt 1857, Baden 1859 ein Konkordat. Aber mit welchem Inhalt! Im badischen, dem weitestgehenden, wurde der Erzbischof von Freiburg fast als ein dem Untertanenverhältnis entzogener geistlicher Herrscher behandelt; die Freiburger Universität wurde in allen ihren Lehrern seiner Zensur unterstellt und die Bildung des Klerus fast völlig in seine Hände gelegt.

So sahen denn die fünfziger Jahre allenthalben auf deutschem Boden Erfolge des Klerikalismus und Papalismus: Erfolge, deren Höhe, soweit es sich um formale Abmachungen mit den Regierungen handelt, in Deutschland niemals überschritten worden ist.

Was war der Grund dieser Erfolge?

Wir stoßen hier auf einen der wichtigsten Zusammenhänge zum Verständnis der politischen Entwicklung des 19. Jahrhunderts überhaupt. Wem verdankten denn die Bischöfe schließlich die siegesgewisse, moralische Grundlage, die hochragende Bühne, von der aus sie in Würzburg sprachen? Keiner anderen Macht als dem Subjektivismus und seiner spezifisch politischen Daseinsform, dem Liberalismus! In einem dem Liberalismus formell eng verwandten Sinne wandten sie dessen subjektivistische Freiheitsforderungen an, um sie im tiefsten Grunde nicht so sehr gegen die Regierungen wie gegen ihn selbst zu kehren.

Und der Liberalismus? Hätte er nicht diesen Mißbrauch seines Freiheitsbegriffes und seiner Grundprinzipien abwehren und die auf ihn gebauten Folgerungen unschädlich machen sollen? Es geschah nicht. Zum Teil deshalb nicht, weil der Liberalismus in dem Klerikalismus noch auf lange hin nicht zur Genüge einen seiner gefährlichsten Feinde erkannte; zum Teil auch deshalb nicht, weil am Ende jede Begrenzung der Denkfreiheit und der Selbständigkeit in der Bildung der Weltanschauung in der Tat gegen die innersten Prinzipien des Liberalismus zu streiten schien.

Der deutsche Klerikalismus aber war bei alledem in seinen Erfolgen keineswegs bloß auf den Liberalismus gestellt. Seiner frühesten Herkunft nach war er romantisch, politisch ausgedrückt also restaurativ, legitimistisch, feudal, konservativ: und so galt er auch den Regierungen als Stütze. War es seine Schuld oder sein Verdienst, wenn schon Ende der dreißiger Jahre der radikale Liberalismus den bischöflichen Märtyrern von Köln und Posen zugejubelt hatte; wenn dann 1848 die Festlegung der deutschen Grundrechte vornehmlich durch die liberalen Parteien des Frankfurter Parlamentes nicht an letzter Stelle eben ihm zugute kam?

Erst die Doppelstellung zu Liberalismus und Konservatismus, zu Demokratie und Autorität zugleich erklärt die Erfolge des deutschen Klerikalismus im 19. Jahrhundert, erklärt auch noch weiterhin — da diese Stellung sich überall in Europa wiederholte — die universalen Erfolge des Papsttums. Gleichmäßig von Feind und Freund gefördert, erreichte die Kurie in den zwei Jahrzehnten von 1850 bis 1870 und darüber hinaus die Erfüllung ihrer kühnsten Wünsche.

Pius IX. war im Jahre 1846 auf den päpstlichen Stuhl erhoben worden; unter dem Jubel des Volkes: denn er galt als liberal, und man erwartete von ihm, und er von sich selbst, nicht bloß die Reform des Kirchenstaates, nein,

auch die Einigung Italiens. In der Tat begann der verhältnismäßig noch sehr junge Papst seine Regierung in diesem Sinne; allgemein war der Beifall, und am ersten Jahrestage seiner Erhebung schwamm Rom im Glanze frohlockender Lichter.

Aber bald wurde dem Papst die bittere Erkenntnis, daß er in seiner Person nicht, wie der Klerikalismus als Partei, republikanisch und monarchisch, autoritär und liberal zugleich sein könne; in jäher Flucht vor einer Revolution mußte er Rom verlassen, und erst im April 1850 kehrte er, unter dem Schutze französischer Bajonette, in die ewige Stadt zurück.

Es waren für den leutseligen und liebenswürdigen Fürsten Zeiten unvergeßlicher Prüfung. Von nun an lebte er nur den cäsaropapalen Anforderungen seines Berufes. Und von Jugend auf fromm, ja mystischen Neigungen zugewandt, die durch epileptische Anfälle vielleicht ebenso erklärt wie verstärkt wurden, ergab er sich völlig dem besonderen Schutze der heiligen Jungfrau und ergriff unter diesem Zeichen, an das er innig glaubte, theologisch nur leidlich bewandert, staatsmännisch oft unüberlegt, in naivem Selbstbewußtsein die Zügel der geistlichen — und nach seiner Meinung auch der weltlichen — Regierung der Welt.

Es geschah mit unleugbarem Glücke. Es waren die Jahre der letzten abziehenden Gewitter eines Zeitalters des Umsturzes: wie in einer Theaterszene traten aus den letzten fallenden Nebelschleiern der Revolutionen von 1789 bis 1848 die glänzenden Umrisse der restaurativen Ära der fünfziger Jahre hervor, — welch bessere Schaubühne hätte der Papst für seine Bestrebungen wünschen können? Er begann mit einer Reihe von Seligsprechungen namentlich jesuitischer Frommer und verzückter Frauen: zum ersten Male wiegte er sich in dem berauschenden Gefühle geistlicher Allmacht. Dann schritt er zu dem Werke, das ihm als teuerstes am Herzen lag: zu einer neuen Ehrung der allerheiligsten Jungfrau, deren Fürbitte er nach innerster Überzeugung seine Rückkehr nach Rom verdankte. Am 8. Dezember 1854, an

seinem Marientage, legte er nach einem feierlichen Hochamte in der Peterskirche dem Marienbilde einen diamantenen Reif um das Haupt und erließ die Bulle Ineffabilis Deus, in der er „kraft der Autorität Jesu Christi, der Apostel Petrus und Paulus und seiner eigenen" der Welt das Dogma der unbefleckten Empfängnis verkündete. Und wie ein Lohn dieser Großtat an der heiligen Jungfrau erschien es ihm, als das nächste Jahrfünft jenen ungewöhnlichen Aufschwung der klerikalen Bewegung und des papalen Ansehens brachte, dessen deutscher Anteil uns bekannt ist.

Dann freilich, mit Ausgang der fünfziger Jahre, erfolgte ein Rückschlag. In Italien, nachher auch in Deutschland, geriet die nationale und liberale Einheitsbewegung in Fluß: was konnte sie anders bringen als hier das protestantische Kaisertum, dort den Verlust des Patrimoniums Petri? Schon im Jahre 1859 entzog sich die Romagna der päpstlichen Herrschaft. Verzweifelt erhob sich diesen und anderen Abtrennungsbestrebungen gegenüber der Papst zur Abwehr; eine Enzyklika vom 19. Januar 1860 enthielt zuerst das berühmte Non possumus. Aber die Ereignisse gingen ihren Weg; unter der Führung des „piemontesischen Raubtiers" vollzog sich die Einigung Italiens, und bald begrüßte ein italienisches Parlament Viktor Emanuel als König und Vater des Vaterlands.

Vergebens versuchte die Kurie zu untergraben, zu hindern; schließlich, nach dem Versagen aller anderen Mittel, beantwortete der Papst die Schläge mit einer ganz besonderen Gegenwehr. Am 8. Dezember 1864, am Festtage der unbefleckten Empfängnis, erschien eine Enzyklika mit der feierlichen Kriegserklärung der Kurie gegen alle Prinzipien der modernen Kultur und des modernen Staates: verworfen wurden in ihr die verdammenswerten, verderblichen Irrtümer der Glaubens- und Kultusfreiheit, die Lehre von der Unabhängigkeit der weltlichen Gewalt von der geistlichen, die Lehre von der Volkssouveränetät und die Lehren des Sozialismus und Kommunismus. Diese Lehren sind es, die die

menschliche Gesellschaft an den Rand des Verderbens gebracht haben: nur die katholische Kirche, nur der Papst kann sie noch retten. Und angehängt war dieser Enzyklika eine Zusammenstellung, ein Syllabus von achtzig einzeln angeführten besonderen Irrlehren; er ist in zehn Kapitel geteilt und handelt vom Naturalismus, vom absoluten und vom gemäßigten Rationalismus, vom Indifferentismus, vom Sozialismus, von den geheimen Verbindungen und den Bibelgesellschaften, von den Irrlehren über die Kirche, über die bürgerliche Gesellschaft, die Moral, die Ehe, die weltliche Gewalt des Papstes, sowie von den Irrlehren des modernen Liberalismus.

Aber die Aufnahme der Enzyklika und des Syllabus war nicht die gewünschte. Die Liberalen lachten, — sie fühlten die Stärke ihres Feindes noch immer nicht. Der Klerus erkannte die Bedeutsamkeit der päpstlichen Aussprüche wohl an, suchte sich aber mit ihnen vielfach durch besänftigende Erklärungsversuche abzufinden. Im ganzen blieb man lau in Zustimmung und Widerspruch: denn die Zeiten waren politisch zu bewegt für Mußestunden feinerer Erörterung; die drohende Auseinandersetzung zwischen Österreich und Preußen beherrschte die Welt. Freilich, in welch einem dem Papsttum höchst ungünstigen Sinne erfolgte sie dann 1866! Der päpstliche Staatssekretär Antonelli hat die Nachricht von der Schlacht von Königgrätz mit den Worten Casca il mondo aufgenommen. Denn jetzt war eine protestantische Führung der deutschen Geschicke nur noch eine Frage der Zeit. Und nach dem Kriege betrübte auch Österreich das Herz des Pontifex durch eine antikuriale Gesetzgebung.

Um so mehr galt es, zumal man verhältnismäßiger Nichtbeachtung auch für die folgenden, politisch noch so gewitterschwangeren Jahre nach 1866 noch sicher war, das System des neukatholischen Kirchentums abzuschließen. Und völlige Klarheit herrschte darüber, was hierzu noch fehle: es bedurfte der absoluten Begründung einer obersten

päpstlichen, kurialen, klerikalen Autorität. In der alten Kirche war nur die Bibel Autorität gewesen, höchstens daneben noch die Tradition. Und so war es im Grunde bis zum Schlusse des Mittelalters geblieben. Dann, seit dem Tridentinum, waren sich Bibel und Tradition etwa gleichgestellt worden, doch so, daß die Bibel immer mehr zurücktrat. Wenn aber die Tradition an Autorität wuchs: was war sie denn selber? Man war immer mehr geneigt, alles das als traditio ecclesiastica anzusehen, was die Kirche als Glaubenssatz formuliert habe. Wer aber, so ließ sich nun weiter fragen, war die Kirche? Tatsächlich ward sie immer mehr verkörpert im Papste: freilich in einem an die Traditionen seines Stuhles und der kurialen Verfassung gebundenen Pontifex. Und erschien dem Papste nicht tatsächlich schon seit dem 13. Jahrhundert von einzelnen Autoren eine Unfehlbarkeit des Lehrens und der Auslegung von Bibel und Überlieferung zugesprochen?

Am 29. Juni 1868 berief die Bulle Aeterni patris ein allgemeines Konzilium nach Rom, auf den 8. Dezember 1869, den Lieblingsfesttag des Papstes: zur Rettung der Kirche und der Gesellschaft von den Übeln, die sie bedrohten. Am 18. Juli 1870 verlas der Papst auf diesem Konzilium, nach Besiegung des Widerspruchs der Bischöfe der größten und zivilisiertesten Diözesen seiner Kirche, in der Peterskirche die Bulle Pastor aeternus, die seine Unfehlbarkeit ex cathedra verkündete: mit schwacher Stimme, im Dunkel schwerer Gewitterwolken und unter dem Rollen von Donnern, die die Kuppel von St. Peter erbeben ließen.

Tags darauf erklärte Frankreich den Deutschen den Krieg, in dessen Verlaufe dem Papste der letzte Rest weltlicher Herrschaft, das Patrimonium des heiligen Petrus, verloren ging und den Hohenzollern die Krone des Deutschen Reiches zufiel.

* * *

Mit der Erklärung der Unfehlbarkeit war das Papsttum zur fast einzigen Autorität der katholischen Kirche empor-

gewachsen; die Konzilien, noch im 15. Jahrhundert Vertreter der aristokratischen Verfassungstendenzen der Kirche, hatten abgedankt. Mußte dadurch nicht zugleich die spezifisch aristokratische Verfassungsinstanz der Kirche, der Episkopat, aufs schwerste geschädigt werden? Und mußten nicht gegenüber der einen Autorität zu Rom nun die breiten unteren Massen, die demokratischen Elemente der Verfassungsbildung, die Angehörigen des niederen Klerus mehr hervortreten? Und vor allem: wenn dem autoritären Pole der Kirchenverfassung jetzt naturnotwendig nur noch ein demokratischer Pol stärker gegenübertrat: hieß das nicht eine gewisse Mobilisierung vor allem des Laienelementes? Und diese Mobilisierung wiederum, mußte sie nicht über kurz oder lang einen staatlich-politischen und damit einen Parteicharakter im politischen Sinne des Wortes annehmen?

Schon durch die Ereignisse seit etwa 1848, ja bereits vorher, seit mindestens 1844, war eine starke Demokratisierung des ehemals mehr aristokratischen deutschen Klerikalismus eingetreten. Die romantischen Motive der guten Gesellschaft, die ihm anfangs die Färbung gegeben hatten, verblaßten; maßgebend für die Weiterentwicklung wurden die religiösen Instinkte der Menge: der gleichsam künstlich in das Gegenteil gebundenen Seelenlebens verwandelte Subjektivismus wurde als Bildungsmotiv abgelöst von dem noch naiv gebundenen Geistesleben jener Volksschichten, deren Psyche im 19. Jahrhundert noch am deutlichsten niemals geschwundene Resterscheinungen des Mittelalters aufweist.

Diese überaus wichtige innere Wandlung macht es verständlich, wenn sich nunmehr der deutsch-klerikalen Bewegung vornehmlich diejenigen Elemente der katholischen Kirche bemächtigten, die, sei es in der Lehre, sei es in der Lebensweise, der neuen Art, gleichsam der umgewandelten seelischen Besaitung des Klerikalismus am nächsten standen: Jesuitismus und niederer Klerus; und wie es zu gehen pflegt, förderten sich diese Mächte und der Klerikalismus der Massen alsbald in eifriger Wechselwirkung. Vor allem auf

dem Gebiete der Vereinsbildung kam der neue Zusammenhang, dem auch die gebildeten Klerikalen schließlich nicht widerstehen konnten, früh zum Ausdruck; der „Verein" wurde recht eigentlich zum Symbol des demokratischen Klerikalismus. Da hatte der Kaplan Kolping schon 1846 die Gesellenvereine geschaffen. Dem folgte 1848, im allgemeinsten Sinne der Herstellung klerikaler Freiheit der Kirche gewidmet, die Gründung des Piusvereins zu Mainz. Im Mai 1849 erstand weiter in Breslau der Vinzenzverein zur Propaganda in den evangelischen Gegenden und im Herbst 1849 zu Regensburg der Bonifatiusverein zur Unterstützung der Katholiken in der deutschen Diaspora. Später kam noch eine ganze Fülle allgemeiner Vereine hinzu: so der Borromäusverein zur Verbreitung katholischer Literatur, der Severinusverein, der Hubertusverein, der Verein der Kindheit Jesu, lokaler Vereine nicht weiter zu gedenken. Und neben all diesen Vereinen schossen üppiger als zuvor jene Tausende von geistlichen Korporationen und Bruderschaften empor, von denen schon die Rede war [1]. Den Mittelpunkt aber dieses neuen Lebens bildeten die alljährlich abgehaltenen allgemeinen Katholikenversammlungen, die seit etwa 1856 einen besonderen Aufschwung nahmen. Und schon von ihren Anfängen hat 1865 eine begeisterte Stimme rühmen können, daß sie von vielen begrüßt worden seien wie „ein neuer Pfingsttag, ein großes Sprachenfest, in welchem der Geist, die Kraft und die Liebe des Katholizismus sich offenbarten".

Indem der Klerikalismus auf diese Weise durch Vereinswesen und bald auch Presse — wenn diese auch erst seit den siebziger Jahren voll ausgebildet wurde — zu einer demokratischen Macht ersten Ranges emporwuchs, traten ihm gegenüber die Bischöfe in den Hintergrund, wuchsen dagegen die direkten Beziehungen zu der obersten Autorität der Kirche und dem sie leitenden Jesuitismus, nicht ohne

[1] S. oben S. 89.

daß die Bischöfe gegen diese Entwicklung angekämpft hätten. Sie haben den niederen Klerus durch immer stärkere Fesselung an sich zu binden gesucht; im Jahre 1867 erklärten sie auf einer ihrer Versammlungen an dem Grabe des heiligen Bonifatius, die Besetzung aller Pfarreien nur mit absetzbaren Verwesern sei das für Deutschland anzustrebende Ideal; und ein bayrischer Bischof hatte schon vorher in diesem Sinne, durchaus gegen das kanonische Recht, gehandelt.

Allein dies Ringen der Bischöfe war vergebens. Papsttum und Jesuitismus, getragen von jenem thaumaturgischen Klerikalismus, der den Massen so leicht eingeht, bemächtigten sich vor allem der Laien weit leichter, als die Bischöfe dies vermochten; und der niedere Klerus, amtlich in der Gewalt der Bischöfe, erblickte im Steigen des papalen und jesuitischen Klerikalismus die Auslösung eines ersehnten Gegengewichts. So wurde die öffentliche Meinung in Beichtstuhl und Presse schließlich doch im Sinne des Klerikalismus gemacht; und wie das Bruderschaftswesen, so geriet das Vereinswesen unter die Leitung des päpstlichen Stuhles. Und erst dann, als diese Beziehungen völlig klargestellt waren, wurde den Bischöfen als bloßen Zwischenmächten gestattet, an ihrer Leitung und ferneren Entwicklung teilzunehmen.

War dies der Szenenwechsel, der sich in den fünfziger und sechziger Jahren vollzog, so begreift es sich, daß die Behandlung der kirchlich-katholischen Fragen schon während dieser Jahrzehnte in all den konstitutionellen Einzelstaaten, wo sich Anlaß dazu ergab, nicht mehr so sehr in Verhandlungen allein zwischen den Bischöfen, den Regierungen und der Kurie gipfelte, wie vielmehr in die Erörterung der Parlamente zu gleiten begann. Indem aber die Volksvertretungen sich als Instanzen für die Behandlung der kirchenpolitischen Verhältnisse des Katholizismus einschoben, erwuchsen naturgemäß an nicht wenigen Stellen die Anfänge eines besonderen klerikal-politischen Parteiwesens. So

vor allem in Süddeutschland, in Bayern, in Württemberg und in besonders eingehender Organisation in Baden; aber auch an anderen Stellen waren Neigungen und Anfänge zur Parteibildung wahrnehmbar. Und als, nach den Ereignissen von 1866, im Zollparlament zum ersten Male seit 1848 eine einheitliche deutsche Volksvertretung zusammentrat, da ergab sich, daß sich in ihr zahlreiche Abgeordnete aus Süddeutschland befanden, die trotz des rein wirtschaftlichen Arbeitsgebietes dieses Parlamentes auf den Namen des Klerikalismus gewählt worden waren.

Die Erklärung dieses auf den ersten Anblick rätselhaft erscheinenden Zusammenhanges ergibt sich leicht aus den allgemeinen politischen Verbindungen des Klerikalismus. Die Kurie, nunmehr durchaus der Hort der klerikalen Bewegung Europas, hatte als solcher in den letzten Jahrzehnten an geistiger Bedeutung ungemein gewonnen: Zeugnis hierfür legte namentlich die rasche und beinahe unbestrittene Entwicklung der dogmatischen Bedürfnisse des Klerikalismus ab: Dogma der unbefleckten Empfängnis, Syllabus, Vatikanum vom Jahre 1870. Aber in gleicher Weise, wie sich die geistliche Macht entwickelt hatte, war die weltliche Macht der Kurie verfallen. Zwar war der Kirchenstaat vor der Einnahme durch die Italiener so verschuldet gewesen — die Schuld betrug schon 1865 angeblich 90 Mill. Scudi —, daß sein Verlust für die Kurie in gewissem Sinne eine Erlösung war: was würde ein Staatsbankerott für die Erschütterung der geistlichen Grundlagen des Papsttums bedeutet haben! Allein begreiflicherweise sah man bei der Kurie nicht an erster Stelle diese Seite der Dinge: mit Wehmut und Entrüstung wurde vielmehr der Untergang einer weltlichen Selbständigkeit betrauert, für die man das Zeugnis eines mehr als tausendjährigen Bestehens aufweisen konnte.

Welcher Macht aber war diese Selbständigkeit schließlich zum Opfer gefallen? Jenem mit dem Nationalismus eng verquickten Liberalismus, der in den Einheitsbewegungen

Italiens und nicht minder Deutschlands zum vollsten und vornehmsten Ausdruck zu gelangen drohte! Ihn zu hassen lag also aller Grund vor. Und dieser Haß war in den sechziger Jahren, unter der sicher drohenden Gefahr der Einheitsbewegungen, vielleicht noch heißer als nach 1870, in der Zeit denn schließlich trotz allem vollendeter Tatsachen.

Deutschland gegenüber ergab sich aber außerdem noch ein besonderer Grund des Mißbehagens. Hier war der Klerikalismus in seinen Anfängen einer künftigen nationalen Einheit nicht abgeneigt gewesen. Aber er hatte sie als unter der Führung Österreichs möglich gedacht. Ein Siebzigmillionenreich mit stark überwiegender katholischer Mehrheit, die Habsburger Träger einer in neuem Glanze erstrahlenden Kaiserkrone: das war der Traum der klerikalen Katholiken der Frankfurter Nationalversammlung gewesen. Wie hatten sich seitdem die Dinge anders entwickelt! Aus den harten politischen Kämpfen gerade der Revolutionszeit und der nächstfolgenden Jahre war die Idee eines engeren Deutschlands als verwirklichungsfähig hervorgegangen: und diese Idee führte auch für solche Politiker, die Preußen an sich abgeneigt waren, zu der Erwartung eines künftigen Kaisertums der Hohenzollern — eines Kaisertumes protestantischen Charakters. Es war eine Wendung, die den deutschen Klerikalismus auf lange Zeit hin partikularisierte und die Kurie zu einer Gegnerin der deutschen Einheit machte.

Nach alledem war die Entstehung größerer klerikaler Parteibildungen schon gelegentlich des Zollparlamentes wohl begreiflich. Denn dies Parlament bedeutete Wirtschaftssorge im Sinne des Liberalismus, und es bedeutete, man mochte seinen ökonomischen Charakter noch so sehr betonen, doch eben wegen dieses Charakters zugleich einen Schritt weiter zur deutschen Einheit — unter nicht mehr zu vermeidender preußischer Führung.

Und dann, nach den Ereignissen von 1870 und nach der Proklamation von Versailles, hätten sich diese Gefühle

der Klerikalen verflüchtigen sollen? Sie verschärften sich vielmehr durch die Erklärung der päpstlichen Unfehlbarkeit. Auf beiden Seiten. Denn die weltlichen Regierungen sahen in diesem Dogma, das die Unfehlbarkeit nicht bloß auf Glaubenssachen, sondern auch auf Fragen der Sitten (mores) erstreckt, einen erneuten Versuch des Papsttums, die kirchliche Gewalt über die weltliche zu stellen; schon vor der Verkündigung des Dogmas hatte die Regierung Napoleons III., eine unverfängliche Zeugin, ausgeführt: „Je mehr man diese Lehre prüft, um so weniger ist zu verkennen, daß sie im Grunde so viel bedeutet wie die gänzliche Unterordnung der bürgerlichen unter die religiöse Gesellschaft." Der Klerikalismus aber, der dieser Interpretation im Grunde nicht minder anhing als seine Gegner, sollte sich dadurch in seinen alten Ansprüchen nicht ermutigt gefühlt haben? Unter dem Schutze des neuen Dogmas hat man es erlebt, daß sogar die Lehre von dem weltlichen Besitze des Papstes von einzelnen Seiten her zum Glaubensartikel gestempelt wurde; und weit über diesen einzelnen Punkt hinaus galt es, die Suprematie der Kirche über den Staat und vor allem über das protestantische Kaiserreich zu gewinnen.

Es ist der Anfang des Kulturkampfes. Er begann unmittelbar nach der Begründung, ja noch während der Begründung des Reiches.

Schon im November 1870, mitten im Kriege, wurden bei den damals stattfindenden Wahlen für das preußische Abgeordnetenhaus die katholischen Interessen als so gefährdet hingestellt, daß etwa sechzig Abgeordnete gewählt wurden, die gegen die Bedrohung der Kirche und gegen die Beraubung des Papstes aufzutreten bereit waren. Freilich: eine besondere Partei zu bilden, widerstrebte noch gerade den Tüchtigsten unter ihnen; Peter Reichensperger hat diesen Weg noch Ende 1870 als ein Unglück für die Katholiken bezeichnet.

Inzwischen aber waren schon gewisse Grundlagen für die Verbindung von Klerikalismus und Partikularismus

im künftigen Reiche entwickelt worden. Im Herbst 1870 hatte der welfische Partikularist Windthorst auf einem oberbayrischen Schlosse eine geheime Zusammenkunft mit bayrischen, vornehmlich adligen Partikularisten gehabt; und auf ihr war beschlossen worden, bei den ersten Wahlen im neuen Reiche eine klerikale Partei zu gründen sowie zur Festigung der neuen Parteiinteressen schon vom 1. Januar 1871 ab in Berlin eine besondere Zeitung, die „Germania", herauszugeben. Die Wahlen vom März 1871 brachten dann in der Tat die erstrebte Partei; der populäre Klerikalismus begann zu herrschen, die gemäßigten Laien verschwanden, die Bischöfe traten zurück, und den Vordergrund nahm die Agitation niederer Geistlicher von der Kanzel ein und vom Beichstuhl sowie eine bald zu breiten Wirkungen ausholende Presse des unteren Klerus. Dabei bestand die klerikale Partei, wie sie im Reichstage alsbald auftrat, vom rein politischen Standpunkte aus betrachtet, aus sehr verschiedenartigen, ja entgegengesetzten Elementen; neben hochkonservativen Adligen aus Bayern und preußischen Junkern wie polnischen Magnaten saßen extrem-liberale Bürgerliche vom Rhein, ja so radikale Mitglieder wie der Dr. Krebs aus Köln, der mit Johann Jakoby im preußischen Abgeordnetenhause das Budget zu verweigern pflegte, — der geistlichen Bestandteile der Partei nicht zu gedenken. Allein verschlug diese bunte Zusammensetzung etwas für die Einheit? Keineswegs: denn das war ja eben das Entwicklungsmerkmal des Klerikalismus, daß er aristokratische wie populare Elemente in gleicher Weise in seine Kreise zu ziehen gewußt hatte. Und so ist denn auch in der späteren Geschichte der Partei diese Mischung aus politisch sehr verschieden gearteten Elementen niemals ein entscheidendes Hindernis der Entwicklung gewesen.

Immerhin aber entsprachen der aristokratisch-demokratischen Doppelstellung der neuen Partei einigermaßen die beiden fundamentalen Forderungen, mit denen sie sich im neuen Reichstage einführte. Dem aristokratischen Flügel

war es aus der Seele gesprochen, wenn gegenüber dem Grundsatze der Nichteinmischung in fremde Angelegenheiten, den die Thronrede des Kaisers bei der feierlichen Eröffnung ausgesprochen hatte, die Forderung erhoben wurde, das Reich möge seine jungen Kräfte für einen Kreuzzug zur Wiederherstellung des Kirchenstaates in Dienst stellen. Und ihren popularen Bestandteilen wurde die Partei gerecht, indem sie bei der Beratung der Reichsverfassung einen Antrag auf Einschaltung der seinerzeit im Frankfurter Parlament so eifrig erörterten Grundrechte einbrachte: obgleich sie wußte, daß der Entwurf der Reichsverfassung, als ein Instrument völkerrechtlichen Vertrages zwischen den einzelnen Bundesstaaten, größere Änderungen schwerlich zulasse.

Freilich, und dies war das Wesentliche: hinter beiden Forderungen blickte das ganze System papal-klerikaler Wünsche überhaupt durch; trat dies in dem Antrag, betreffend das Patrimonium Petri, ohne weiteres zutage, so waren auch die Grundrechte eben jene Rechte, deren Brauchbarkeit für die Entwicklung des Klerikalismus man seit 1848 erprobt hatte.

Der Reichstag verwarf beide Anträge. Die Partei aber organisierte sich jetzt um so fester vermittelst eines fast völlig farblosen Programmes, das den Führern große Freiheit des Handelns ließ; und farblos nannte sie sich auch nach den im Reichstagssaale gewählten Sitzen das Zentrum.

Es liegt außerhalb der für unsere Erzählung wichtigen Zusammenhänge, die einzelnen Phasen des Kulturkampfes, der nun anbrach, zu verfolgen. Wohl aber ist die Art, in der dieser Kampf geführt wurde, wie sein Ausgang für das weitere Schicksal das Klerikalismus und seine Parteibildung innerhalb des Reiches und somit auch für die Weiterentwicklung der inneren Politik des Reiches im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts überhaupt von großer Bedeutung gewesen.

Fürst Bismarck, dessen Verantwortlichkeit für den all-

gemeinen Gang auch der kirchlichen Ereignisse schwerlich bestritten werden kann, war sich schon früh darüber klar, daß Staat und Reich mit einer Macht, die sich seit dem Vatikanum mit offenster Grundsätzlichkeit über beide, Reich und Staat, stellte, nicht in der Lage seien, noch ein Konkordat abzuschließen. Zudem: hatte etwa die Konkordatspolitik der letzten siebzig Jahre den deutschen Staaten Segen gebracht? Auch vom Standpunkte der geschichtlichen Erfahrung empfahl es sich, auf die Praxis des absoluten Staats und der Aufklärung, in Preußen auf das Verfahren Friedrichs des Großen zurückzugreifen und die staatskirchlichen Verhältnisse von Staats wegen selbständig zu ordnen.

Freilich bedingte das in dem mittlerweile ins Leben getretenen liberalen Rechtsstaate eine völlig gleichmäßige Behandlung beider Kirchen, der katholischen wie der evangelischen. Hieß das aber unter den bestehenden Umständen nicht die evangelische Kirche gleichsam unschuldig leiden lassen? Es war die Auffassung in weiten Kreisen der Evangelischen, obwohl der Staat sich in den Grenzen seiner Lebensbestimmung zu halten suchte: eine Auffassung, deren Wirkungen uns später noch beschäftigen werden. Würde aber eine ungleiche Behandlung nicht weit Schlimmeres als ein gewisses Mißbehagen, würde sie nicht konfessionelle Leidenschaften schwerster Art entfesselt haben?

Natürlich aber schloß eine selbständige Behandlung der staatskirchlichen Fragen auf dem Wege staatlicher — und das wollte sagen parlamentarischer — Gesetzgebung nicht die ständige diplomatische Fühlungnahme mit dem Papste aus, dem nun einmal vorhandenen auswärtigen Oberhaupte der katholischen Kirche. Im Gegenteil: auf sie war im Geiste des Friedens von vornherein hinzuwirken, und Bismarck hat sie auch von vornherein vorgesehen; eben in diesem Zusammenhange ist das so oft mißverstandene Wort gefallen: „Nach Canossa gehen wir nicht."

Dieser Behandlung der Probleme vom Staate und Reiche her stand nun auf klerikaler Seite ein ganz anders

geartetes Verfahren gegenüber. Anfangs nur in Anfängen und Umrissen, später immer deutlicher zeigte sich hier ein System von neben- und übergeordneten Kräften etwa folgender Art. Der einheimische Klerikalismus, im Zentrum geeint, führte im allgemeinen den Kampf mit besonders starken Mitteln und offensichtlich radikal: das entsprach seiner demokratischen Gesamtart; er bildete gleichsam die Artillerie im gegnerischen Heerwesen. Der Papst trat demgegenüber in den Hintergrund, namentlich seitdem dem temperamentvollen Pius IX. der diplomatisch feine Leo XIII. gefolgt war; er handelte im allgemeinen erst dann, wenn das Zentrum die feindliche Stellung schon erschüttert zu haben schien. Indes mit diesen beiden Instanzen ist die klerikale Gefechtsstellung noch nicht erschöpfend beschrieben. Vielmehr erschien in kritischen Augenblicken noch hinter Zentrum und Papst eine dritte, höhere Macht, die beide lenkte und gelegentlich zurechtwies; sie läßt sich kaum anders als mit den Worten: jesuitische Diplomatie der Kirche bezeichnen. Und sie ist es gewesen, die vielfach über den guten Willen namentlich Leos XIII. hinaus den Abschluß des Kampfes erschwert hat.

Gegenüber diesen Verhältnissen von bedenklich tiefer und verwickelter Perspektive verfuhr nun Fürst Bismarck so, daß er zunächst die für den Staat unbedingt notwendigen Schutzrechte gesetzgeberisch durchsetzte: der Abschluß ihres Systems wurde im allgemeinen seit der Zivilstandsgesetzgebung des Reiches gewonnen. Dann begann er sich der Kurie diplomatisch zu nähern, sobald dies schicklich geschehen konnte, und suchte nun in wechselnden Phasen direkter Verhandlung und weitergehender Kampfesgesetzgebung gegen die Kirche, gelegentlich auch durch Versuche, das Zentrum zu erschüttern oder zu trennen oder die Bischöfe zu gewinnen, alle jene Stücke der organischen Gesetzgebung der Kirche genehm zu machen, von denen er glaubte, daß Staat und Kirche ihrer zu würdigem und sicherem Dasein bedürften.

Diese Behandlung, die sich von den siebziger Jahren bis

tief in die achtziger hineinzog, ist vom Fürsten Bismarck mit Meisterschaft durchgeführt worden: doppelt meisterhaft, wenn in Rechnung gezogen wird, daß es zugleich die vielfachen Versuche abzuwehren galt, in denen die Kurie die allgemeinen Geleise der auswärtigen deutschen Politik immer und immer wieder störte. Und alles in allem genommen läßt sich wohl auch sagen, daß diese Art des Vorgehens mit Rücksicht auf die Erreichung der nächsten Ziele auch erfolgreich war: trotz manchen Verzichts auf ursprünglich Gewolltes befinden sich jetzt Reich und Einzelstaaten in einer Stellung gegenüber den Kirchen, die ihrem Wesen entspricht und darum als ihrer würdig erachtet werden kann.

Ganz anders stellt sich dagegen das Ergebnis des Kulturkampfes, wenn man von der Behandlung der äußeren Institutionen der katholischen Kirche zurückgeht auf den sie belebenden Geist, den Klerikalismus. Dieser Geist ist durch den Kulturkampf mit nichten zerstört und ertötet worden. Im Gegenteil: erstarkt ist er zu berechtigtem Stolze und emporgeblüht zu einer Kultur, deren gleichen der Katholizismus in Deutschland früher wohl niemals besessen hatte, seitdem auf deutschem Boden verschiedene Bekenntnisse nebeneinander hausen und trausen.

Gewiß ist trotz alledem, nach dem Zeugnisse einsichtiger Katholiken selbst wie nach dem klaren historischen Befunde, der Katholizismus dem Protestantismus auf geistigem Gebiete noch nicht völlig ebenbürtig geworden: denn groß ist der geschichtliche Vorsprung der jüngeren Bekenntnisse gegenüber einer in ihren sieghaften Tendenzen wesentlich mittelalterlichen Kirche und sicherlich nicht in kurzen Jahren zu beseitigen. Daß aber das Bestreben, wenigstens einzuholen, seit langem an vielen Stellen deutlich vorhanden ist, kann nicht bestritten werden, so wenig wie der gelegentliche Eindruck, daß ein wahres neues Geistesleben dem Klerikalismus vieles von dem Charakter jener tiefen seelischen Gebundenheit zu nehmen beginnen könnte, der ihn bisher kennzeichnete. Entwicklungen scheinen sich hier vorzubereiten, die im ein-

zelnen zu schildern noch nicht Beruf des Geschichtschreibers sein kann, und von denen noch viel weniger feststeht, ob sie irgendwelchen Erfolg haben werden [1].

Unter diesen allgemeinen Wandlungen ist denn aber auch die Partei des Klerikalismus, das Zentrum, nicht die alte geblieben. Seit dem Ausgang der achtziger Jahre als eine wichtige Partei im Reiche anerkannt, hat sie sich mit dem Gedanken des Daseins des Reiches innerlich abzufinden begonnen: ein Entwicklungsprozeß, der ihr, bei der nun einmal bestehenden Gebundenheit des deutschen Katholizismus an ein auswärtiges Oberhaupt, schwer genug fallen mußte, der aber anderseits begünstigt wurde durch das Bewußtsein wachsender Verantwortlichkeit gegenüber dem Reiche, sobald einmal der Weg positiven Mitschaffens eingeschlagen war. Ist es dann dieser Zusammenhang gewesen, in den die bei den allgemeinen Bestrebungen der Kurie naturgemäß universalistische Neigung des Katholizismus eingestellt wurde, wie sie einstmals schon das Reich Karls des Großen im 9. Jahrhundert hatte zusammenhalten helfen, — oder war es vielmehr der seit Ende der achtziger Jahre erfolgende Übergang zur sogenannten Weltpolitik, der dem Katholizismus manche Vorteile der neuen Reichsgründung besonders eindringlich zum Bewußtsein brachte: genug, das Zentrum begann schließlich seine partikularistischen Neigungen zurückzustellen und gelegentlich einem Unitarismus zu huldigen, den kurzsichtige Beobachter der siebziger und achtziger Jahre schwerlich für möglich gehalten haben würden.

Nicht freilich Fürst Bismarck. Schon im Beginne des Kulturkampfes hat der Fürst einmal dem Zentrum im Reichstage zugerufen, es möge der Führung Windthorsts entsagen: „es werde leichter mit dem Staate zum Frieden gelangen, wenn es sich der welfischen Führung entzöge“. Und in der Tat: besteht bei Anerkennung des Reiches für

[1] Der im Juni 1902 so abgefaßte Text mag als Zeugnis für eine damals mögliche Auffassung stehenbleiben.

den Klerikalismus irgendein Grund, partikular zu sein? Und war diese Anerkennung des Reiches nicht im Grunde schon während der siebziger und achtziger Jahre doch ein tiefstes Fühlen der meisten Mitglieder des Zentrums?

Wir mögen es nicht gern anders annehmen. Aber Parteien denken sich nicht um von heute auf morgen. Und während eines demokratischen Zeitalters liegt im allgemeinen immerhin eine der stärksten Hoffnungen auf eine frohe staatliche Zukunft in dem Gedanken, daß gerade radikale Parteien in ihrer Unfähigkeit rascher geistiger Entwicklung die stärksten Elemente eines allgemeinen Konservatismus in sich tragen.

II.

Die sozialistische Bewegung kennzeichnet sich von vornherein dadurch als gesellschaftlich, als sozial, daß sie auf einen besonderen Stand, den der Arbeiter, gegründet ist. Zwar weisen ihre Anfänge noch gelegentlich fremde Züge auf: so hat Georg Büchner im Jahre 1834 den hessischen Bauern um Gießen sozialistische und kommunistische Lehren schmackhaft machen wollen, — und anfangs schälte sich die spezifische Arbeiterbewegung nur sehr langsam aus der Bewegung jener Handwerkerkreise heraus, die der Proletarisierung entgegengingen, ohne doch schon zu den Arbeitern im modernen Sinne gerechnet werden zu können: namentlich im Jahre 1848 ist die Scheidung noch keineswegs rein vollzogen, und die konkreten sozialistischen Forderungen, die in den stürmischen Vorgängen dieses Jahres hier und da auftauchen, gehören ihren sozialen Voraussetzungen nach fast durchweg dem Boden des Handwerks noch ebenso an, wie sie Wünsche vortragen, deren Erfüllung sich nur im Rahmen eines irgendwie reformierten Handwerks denken ließ[1]. Allein abgesehen von diesen noch unklaren ersten Regungen kann darüber kein Zweifel sein, daß der deutsche Sozialismus des 19. Jahrhunderts ein Sozialismus des vierten Standes ist; und nicht ohne Grund hat die sozialdemokratische Partei in einem wichtigen Zeitraum ihrer Entwicklung geradezu den Namen einer sozialistischen Arbeiterpartei getragen. Damit tritt nun aber etwas völlig Neues in die Entfaltung des deutschen Parteiwesens ein: noch nie war eine Partei bis dahin in ihrem Entwicklungsverlaufe, geschweige denn in der

---

[1] Vgl. Band I S. 333 ff.

Zeit ihrer Entstehung in gleich hohem Maße als von vornherein sozialisiert, als auf einem besonderen Stande errichtet erschienen.

Es versteht sich, daß eine solche Erscheinung, wenn zu voller und konsequenter Auswirkung gediehen, auch besondere Folgen aufweisen mußte. Sie bestehen vornehmlich darin, daß die entschiedensten Forderungen des bürgerlichen Radikalismus, die Forderungen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, von dem politischen Gebiete — und demgemäß von der Anwendung im Bereiche der Rechtsordnung — auf das soziale — und damit in den Bereich der wirtschaftlichen Anwendung — übertragen wurden. Es war, einen vierten Stand einmal vorausgesetzt, ein bis zu einem gewissen Grade unvermeidlicher, der Logik der Entwicklung inbegriffener Vorgang; er hat sich darum auch in den einzelnen nationalen Entwicklungen Europas überall wiederholt. Am frühesten vollzog er sich dabei in Frankreich: schon in den Tagen, denen die Losung der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit überhaupt verdankt wird. Denn wenn auch die Cahiers von 1789 noch keine Spur von Sozialismus aufweisen, so brachten doch schon die nächsten Jahre die Theorien Maréchals an die Oberfläche und sahen die praktischen sozialistischen Versuche Babeufs.

Nun ist freilich klar, daß die Forderung der Gleichheit unter den einmal wirkenden Bedingungen des menschlichen Lebens nur die Bedeutung eines gleichen Rechtsschutzes haben kann. Denn darüber hinaus könnte eine absolute Gleichheit der Rechte auch in anderer Hinsicht nur in einer Gemeinschaft bestehen, in der jedermann imstande wäre, auch das gleiche Maß von Pflichten auf sich zu nehmen. Eine solche Gemeinschaft aber gibt es und gab es so wenig, wie es sie jemals geben wird.

Hierin liegt es begründet, daß eine durchaus folgerichtige Übertragung des Gleichheitsgedankens auf das soziale und damit vornehmlich auch auf das wirtschaftliche Gebiet von vornherein zum Utopismus, zu phantastischem und ver-

wirklichungsunfähigen politischem Denken führen mußte; und dabei mußte dieser Utopismus, entsprechend den beiden dem 19. Jahrhundert bekannten Polen der menschlichen Entwicklung, dem subjektivistischen und dem der Gemeinschaft, bis zu deren Grenzen er gehen konnte, entweder in den subjektivistischen Absolutismus der anarchistischen Lehren oder in den assoziativen Absolutismus eines die Einzelpersonen völlig bindenden Kommunismus ausmünden.

In der Entwicklung der zweiten Möglichkeit hat sich bekanntlich im allgemeinen und zunächst das Denken des vierten Standes bewegt, — nicht ohne die Teilnahme, ja der Hauptsache nach unter der Führung durch gebildete, wirtschaftlich und sozial interessierte Kopfarbeiter: wie es denn für die Zeiten der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, nach einer letzten Belebung des aufklärerischen Naturrechts durch Rotteck und Welcker und ihre Schule, überhaupt charakteristisch ist, daß die Förderung der Staats- und Gesellschaftslehre, im 18. Jahrhundert eine der wichtigsten Beschäftigungen der Philosophen, Historiker und Juristen, wesentlich den Nationalökonomen und den Erforschern der Grenzgebiete der Wirtschaft und der Gesellschaft zugefallen ist.

Ist nun eine solche utopistische Auffassung[1] an sich für das politische Denken des vierten Standes und von den Interessenzusammenhängen dieses Standes aus notwendig? Gewiß hatte sie den großen Vorteil, den lenksamen Massen der Arbeiter, die nach Herkunft und Beruf wenig in der Lage waren, ihr Schicksal und dessen Besserung systematisch zu überdenken, zunächst das glänzende, ja faszinierende Bild einer großen Zukunft vorzuspiegeln, die erreichbar sei, wenn man nur wolle: Leidenschaft und Einbildungskraft wurden im tiefsten aufgerüttelt und zum höchsten in Bewegung gesetzt, — und wann wäre, zumal von Massen, ohne sie etwas Großes zur Welt geboren worden? Ganz unent-

[1] Über deren Entwicklung und wirtschaftlich-soziale Fundamentierung im einzelnen s. Band I S. 452 ff.

behrlich also erscheinen diese Utopismen für die Kindeszeit und das Jünglingsalter des neuen Standes. Darüber darf aber nicht verkannt werden, daß sie — als Theorien — der Hauptsache nach einer mechanischen Anwendung des rechtlichen Gleichheitsideals auf anders geartete Verhältnisse verdankt wurden. Es war, bis zu einem gewissen Grade und von den politischen Zusammenhängen her betrachtet, die Projektion einer bürgerlich-radikalen Ideenwelt auf eine neue soziale Schicht, gewiß aber nicht die Geburt einer neuen sozialen und politischen Weltanschauung aus den tiefsten Kreisen des vierten Standes. Und so war im Verlaufe dieses Ideenzusammenhanges die sozialistische Partei nicht eigentlich auf das reine Fundament des vierten Standes hin sozialisiert worden, sondern hatte vielmehr diesem Stande nur den ins Soziale abgewandelten doktrinären Liberalismus der bürgerlichen Kreise zugebracht.

Aber das ist doch nur die eine Seite der Entwicklung. Denn gleichzeitig erfüllte sich das Gefäß der utopistischen wirtschaftlichen Gleichheitslehre, wie sie sich die Massen bald in den Formen einfachster Vorstellungen vermittelten, mit einem Inhalt, der immer mehr der besonderen Lage des vierten Standes entnommen war. Es handelte sich da, neben der Frage der Güterverteilung, die unmittelbar an das Gleichheitsideal anschloß und in dieses einmündete, namentlich um die Regelung der Produktion und das Eigentum an den Produktionsmitteln: wie war es möglich, dem neuen Stande an der Produktion der freien Unternehmung, der er zunächst angehörte, einen würdigen und wirtschaftlich voll lohnenden, mit einem Worte einen gerechten Anteil zu verschaffen? Das ward sehr bald das eigentliche soziale Problem des neuen Standes, und da es nur auf dem Wege der Gesetzgebung gelöst werden konnte, so ergab sich aus ihm in einem Zeitalter, das den Angehörigen auch des vierten Standes das Wahlrecht brachte, zugleich ein neuer und innerster Anlaß zu politischer Parteibildung.

Nun ist es der Gang der Entwicklung der sozialdemokratischen Partei gewesen, daß dies tiefere und spezielle Problem, den Utopismen der frühesten und früheren Zeit einverleibt, aber sie anfangs nicht beherrschend, später in seiner Reinheit immer mehr hervorgetreten ist, wenn freilich auch heute noch die Eierschalen des Utopismus nicht abgestreift sind. In diesem Verlaufe ist also die Frage der Güterverteilung immer stärker vor der Frage der Regelung der Produktion zurückgetreten oder richtiger von dieser gleichsam aufgesogen und verschluckt worden, derart, daß heute das Problem der Regelung der Produktion, vornehmlich auch mittelst richtiger Verteilung der Produktionsmittel, als das Kernproblem des politischen Sozialismus bezeichnet werden kann. Und nun ist klar, daß der vierte Stand eigentlich erst auf diese Weise recht in den Besitz eines eigenen politischen Programms gelangt ist: der Zusammenhang mit dem liberalen Doktrinarismus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist immer mehr abgestreift, die politische Lehre immer mehr den eigenen Standesbedürfnissen angepaßt und von diesen her ins Prinzipielle vertieft worden. Gewiß weist darum das heutige sozialdemokratische Programm immer noch eine Reihe von Forderungen auf, die einfach dem Ideal des bürgerlich-liberalen Radikalismus entnommen sind und sich fast völlig mit ihm decken: es ist die ziemlich breite Linie der Wünsche, die den bürgerlichen Radikalismus und die Partei des vierten Standes zu dem Ganzen einer, wenn sie einig wäre, überaus mächtigen Demokratie zusammenfassen würde. Aber daneben sind in dem sozialistischen Parteiprogramm die Gruppen von Forderungen immer zahlreicher und bedeutender geworden, in denen sich spezifische, der praktischen Erfahrung abgerungene Ideale gerade des vierten Standes aussprechen, und eben sie haben die Partei wachsen lassen und machen ihre besondere Bedeutung aus: siegreich und feurig ist der Stand als solcher hervorgetreten und hat sich seine Partei geschaffen, während die doktrinären Forderungen des Libera-

lismus als Schlacken zurückgeblieben sind. Es ist das erste und bis heute noch radikalste Beispiel der Sozialisierung einer politischen Partei auf deutschem Boden. —

Kehren wir jetzt zu den Anfängen der Partei zurück, so ist an erster Stelle charakteristisch, daß die älteren utopistischen Forderungen nicht eigentlich auf deutschem Boden gewachsen sind [1]. Sie sind vielmehr Anwendungen, Nachahmungen, Fortbildungen französischer und später auch englischer Vorbilder. Dies hängt damit zusammen, daß der vierte Stand sich in England wie Frankreich viel früher gebildet hat als in Deutschland. In England hat er seine erste politische Periode bereits in den dreißiger Jahren erlebt, in Frankreich setzte er sich schon 1848, wenn auch nur vorübergehend, in den Besitz der öffentlichen Gewalt. In Deutschland kann man von einem durchgebildeten Standesbewußtsein der Arbeiter auch nur in seinen gröbsten Zügen kaum vor den sechziger Jahren reden; in dieser Zeit beginnt denn auch erst die volle eigenständige Entwicklung. Vorher war wohl bereits, namentlich seit den vierziger Jahren, eine gewisse Masse von Fabrikarbeitern vorhanden, allein sie waren kaum schon zum sozialen Bewußtsein ihrer selbst gelangt, und soweit sie 1848 politisch eine Rolle spielten, geschah es noch verquickt mit einem Handwerk, das dem Proletariat verfiel, und, wie schon oben bemerkt, in den Grenzen des sozialen Denkens dieses Handwerks.

Gleichwohl sind die Vorstufen der Parteientwicklung vor den sechziger Jahren nicht ohne Bedeutung. Denn in ihnen wurden Fäden angeknüpft, die später weitergesponnen worden sind: und vor allem ist das Werden des für die spätere deutsche Sozialdemokratie charakteristischen Marxismus und sein Eindringen in Deutschland ohne die Kenntnis dieser Vorstufen kaum zu verstehen.

In Frankreich sind die zwanziger und noch mehr die dreißiger sowie auch noch die vierziger Jahre erfüllt von

---

[1] S. dazu schon Band I S. 461 ff.

fast unzähligen Versuchen einer theoretischen wie praktischen Lösung der Arbeiterfrage im sozialistischen Sinne; in einem wahren Chaos von Einzelaktionen geheimer Gesellschaften wie offener Lehren von Einzelpersonen, in niedergeschlagenen Putschen größerer Gesellschaften wie kleinerer Gruppen verkörpert sich wieder einmal die alte Erfahrung, daß das keltische Element im Franzosen bei aller ständigen und sprudelnden Aktivität, ja gerade derentwegen größere und dauerndere Parteibildungen kaum zuläßt. Aus diesen Bränden und Explosionen der Zeit Louis Philipps, mit deren tieferem Sinne und geheimer Geschichte Lorenz Stein seine deutschen Landsleute 1842 in einem glänzend geschriebenen Buche bekannt machte, sind nun manche Funken auch nach Deutschland herübergeflogen, doch meist nur in die Kreise der Gebildeten, innerhalb deren namentlich das junge Deutschland und sein Anhang eine gewisse Hinneigung zu sozialistischen Theorien — wie gleichzeitig schon ein gewisses Verständnis für die literarische Behandlung gesellschaftlicher Probleme — bewies. Indes von alsbald einschlagender Bedeutung sind diese Zusammenhänge ebensowenig geworden wie ein sehr idealistischer Sozialismus, der sich in den Kreisen Feuerbachs und seiner Schule selbständig zu entfalten begann. Wichtiger waren praktische Beziehungen zu dem westeuropäischen Sozialismus, die durch nationale Elemente angeknüpft wurden, welche außerhalb Deutschlands lebten. Dieser Elemente gab es der Hauptsache nach zwei, ein populäres und ein literarisch-doktrinäres. Das zweite war durch die Auswanderung der vielen Deutschen entstanden, die in den dreißiger und vierziger Jahren aus politischen Gründen die Heimat hatten zeitweilig meiden oder für immer verlassen müssen; es spielte, durch die Vermittlung von Börne und Heine in Paris, die dieser Auswanderung angehörten, auch in die Kreise des jungen Deutschlands hinein. Das populäre Element dagegen war in den vielen Tausenden deutscher Handwerksgesellen gegeben, die nach altem, schon mit dem 14. Jahrhundert eintretenden

Brauche ihre Wanderschaft noch über die deutschen Grenzen hinaustrieb, vornehmlich in die romanischen Länder. So gelangten diese Gesellen zunächst vielfach auf französischen Boden und hier wieder gern nach Paris und nach der Schweiz, wo sie indes auch von den deutschen Landesteilen angezogen wurden; manche gingen wohl auch nach London: und in dieser Fremde wurden ihnen dann, namentlich wiederum in Paris, durch Parteiangehörige des fremden Sozialismus die neuen Lehren der wirtschaftlichen Gleichheit vermittelt.

Es war eine Bewegung, die etwa mit den dreißiger Jahren begann und bis tief in die vierziger Jahre hineinführte. In diesen Jahren gewann sie dann, wenn auch nicht innerhalb der Grenzen des Deutschen Bundes, so doch auf deutschem Boden, in der Schweiz, ein einheimisches Gegenstück. Wilhelm Weitling, ein deutscher Schneidergesell, der auf der Wanderschaft Mitglied des „Bundes der Gerechten", der radikalsten Gruppe der deutschen Sozialisten von Paris, geworden war, verpflanzte dessen Agitation vor allem nach Zürich, der Stadt uralten Handwerks und früher industrieller Entwicklung schon seit dem 17. Jahrhundert, und er fand hier so viel Anklang, daß die Staatsgewalt 1843 einschreiten mußte. Weitling wurde verhaftet, alle nichtschweizerischen Sozialisten ausgewiesen.

Was Weitlings Auftreten, das für die deutsche Parteientwicklung unmittelbar so gut wie folgenlos geblieben ist, vom geschichtlichen Standpunkte aus lehrreich macht, das ist die Erscheinung, daß dieser Schneidergesell zur Ausbildung einer besonderen Lehre kam, die reiner wohl als irgendeine andere widerspiegelt, in welcher Richtung etwa sich die sozialistische Doktrin in Deutschland entwickelt haben würde, wenn sie nicht von gebildeten Kopfarbeitern, sondern allein von den wahren Söhnen des vierten Standes, den Arbeitern der schwieligen Faust, durchgebildet worden wäre. Weitling versuchte seine sozialistischen Ideen auf die religiös-sittliche Grundlage eines populären Christentums zu stellen:

mehr als hundert Bibelsprüche mußten ihm zum Beweis dafür dienen, daß die kühnsten Forderungen seines Kommunismus in Einklang ständen mit der Lehre Christi. In der Tat: an welch anderer Weltanschauung hätte sich das dumpfe Fühlen des neuen Standes zunächst orientieren sollen als an der christlichen, der einzigen, die ihm bekannt war? Dieses Weges waren schon die Bauern des 16. Jahrhunderts gezogen und ihre täuferischen Vertreter, ein Hubmaier, ein Münzer; den gleichen Pfad wanderte im 19. Jahrhundert Tolstoj, nicht zum wenigsten ein Vertreter des russischen Bauerntums. Und hat nicht jede Religion wirklich eine unermeßlich sozialisierende Wirkung, indem sie für ihre Frommen alle Strebungen, Kenntnisse, Wünsche, Ideale unter ein und denselben erhabensten Blickpunkt bringt?

Aber dem vierten Stande war es nicht gegeben, nach seiner Fasson selig zu werden. Gewiß wurde an ihm das Wort wahr, das Gottfried Keller 1847 politischen Flüchtlingen zugerufen hatte:

> Denn in der Heimat sollt ihr sterben
> Und euren Kindern die Freiheit vererben! —

aber das Panier der neuen Freiheit trugen auf lange verlorene Söhne der Bourgeoisie.

In diesem Zusammenhang wurden, wie schon angedeutet, andere nationale Kreise in der Fremde, nämlich die Vereinigungen deutscher politischer Flüchtlinge in Paris und London, von ausschlaggebender Bedeutung. In Paris war ein radikaler „Bund der Gerechten", der aus dem minder radikalen „Bunde der Geächteten", wie dieser wiederum aus dem 1832 gegründeten „Deutschen Volksverein" hervorgegangen war, keineswegs bloß eine Vereinigung sozialistisch denkender Handarbeiter: im Gegenteil, die führende Rolle hatten in ihm die gebildeten Sozialisten, und unter diesen wurde mit einschneidendem Denken verarbeitet, was in Frankreich bis zum Ende der dreißiger Jahre an sozialistischen Ideen nach und nach emporgequollen war.

Die Zentralleitung des Bundes aber mußte im Jahre

1840 infolge von Eingriffen der französischen Regierung nach London verlegt werden: und damit war ihr die Möglichkeit gegeben, ihr Denken und Anschauen mit den Gedanken des englischen Sozialismus zu durchdringen, was — entsprechend einem Grundzuge des englischen Sozialismus wie des englischen Wesens überhaupt — eine stärkere Wendung der Gesamtauffassung zum Praktischen zur Folge hatte.

Indem aber diese Wendung im Laufe der vierziger Jahre eintrat, indem sich die Kreise des „Bundes der Gerechten" jetzt mit dem Gesamtgehalt der Ideale des westeuropäischen Sozialismus und Kommunismus überhaupt erfüllten unter gleichzeitig zunehmender Rücksicht auf die Lösung konkreter Fragen, wurden sie in hohem Grade geeignet, die Lehren neuer deutscher Zuwanderer auf- und anzunehmen, die auf dem Wege einer eigenen, zunächst der deutschen Philosophie und dem deutschen Leben entstammenden Betrachtung ihre besondere sozialistische Anschauung ausgebildet hatten, ohne doch dem Wirtschaftsleben und den Wirtschaftslehren Westeuropas fernzustehen. Im Jahre 1847 wurde Marx, der aus dem westlichen Deutschland stammte, mit seinem Freunde Engels in den Bund aufgenommen, und bald begann er ihn geistig zu beherrschen. Der Bund wurde jetzt umgewandelt in einen Verein revolutionärer proletarischer Propaganda, und als sein Programm erschien mehr und mehr die sich immer weiter ausgestaltende Lehre des Marxismus. Zusammengefaßt wurde dies Programm zum ersten Male in dem kommunistischen Manifest; es verlangte Expropriation des Grundeigens und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben; Abschaffung des Erbrechts; Konfiskation des Eigentums aller Auswanderer und Hochverräter; gleichen Arbeitszwang für alle und allgemeine Organisation der Arbeit; und es rief die unteren Stände aller Nationen auf, zur Verwirklichung dieses Programms als einer Vorbedingung für die Durchführung des Kommunismus zusammenzutreten: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Marx hat versucht, diesen Auffassungen schon 1848, gelegentlich der deutschen revolutionären Bewegung, in seinem Vaterlande Bahn zu brechen. Er ging nach Köln und vertrat mit einer Reihe von Gesinnungsgenossen seine Ansichten in der „Neuen Rheinischen Zeitung“, in äußerlicher politischer Anlehnung an den republikanischen Liberalismus. Natürlich vergebens. Nicht bloß, daß sein Vorhaben das Schicksal des republikanischen Liberalismus überhaupt teilte: auch Versuche, es selbständig, durch Begründung eines geheimen Kommunistenbundes, zu betreiben, wurden unterdrückt; verschiedene in Deutschland weilende Mitglieder dieses Bundes wurden in einem Prozesse des Jahres 1852 verurteilt, und der Bund selbst ist bald nachher eingegangen.

Es war das Ende der entschiedenen sozialistischen Bestrebungen auf deutschem Boden für längere Zeit. Die Jahre der Reaktion schnitten alle Beeinflussung der deutschen Verhältnisse von außen her ab; und der deutsche Arbeiter erwies sich noch nicht stark genug, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, geschweige denn, selbständig systembildend zu wirken. In dem Marxschen Programm aber lag ein erster großer Beitrag deutschen Denkens zur Emanzipation des vierten Standes vor, der wirksam werden mußte, sobald in Deutschland ein fruchtbarer Nährboden bereitet war und Wind und Wetter sich günstig gestalteten.

* * *

Die Anfänge der deutschen sozialistischen Parteibildung, welche bis zur Gegenwart führt, haben in ihren ersten Zeiten, im Beginn der sechziger Jahre, mit den bisher erzählten Vorgängen nur sehr mittelbaren Zusammenhang. Sie verlaufen von ihnen durch die Jahre der Reaktion getrennt, und sie knüpfen im übrigen vornehmlich an zwei neue Momente an: an die mittlerweile eingetretene größere soziale Reife des vierten Standes und an den neuen liberalen Hauch, der mit dem Ende der fünfziger Jahre wiederum über Deutschland wehte und wie ein frisches Streben nach

nationaler Einheit so ein junges Verlangen nach dem geheimen, direkten, dem demokratischen Wahlrechte als einer der stärksten Klammern dieser künftigen Einheit hervorrief. Dazu kam, daß sich jetzt auf heimischem Boden eine überaus begabte Persönlichkeit in den Dienst des vierten Standes stellte, freilich mit der Absicht, ihn zu beherrschen: Ferdinand Lassalle.

Lassalle, 1825 geboren, war ein Schlesier: zu wirken begann er in Berlin; hier trat er seit 1862 als Redner in verschiedenen Arbeitervereinen auf und befeindete die liberalen Bestrebungen Schulze-Delitzschs, wie sie auf Begründung von Arbeitergenossenschaften hinausliefen. Und alsbald zeigte sich, wie sehr er seinen Gegnern in jenen Eigenschaften überlegen war, die den Erfolg bei den Massen sichern: mit dem Ehrgeiz und auch der Eitelkeit eines St. Simon, die ihn keinen Augenblick ruhen ließen, verband er die Gabe Proudhons, in der Luft liegende und politisch wie wissenschaftlich vorbereitete Ideen in klaren und wirksamen Schlagwörtern auszuprägen: und beide Franzosen übertraf er an kritischem Verstand, tiefer Bildung, Rednergabe und unersättlichem Feuer des Fanatismus.

Wie mit einem Schlage trat Lassalle an die Spitze der Bewegung des vierten Standes, als er eine Aufforderung durch ein Komitee von Leipziger Arbeitern erhielt, seine Ansichten über die soziale Lage des vierten Standes und dessen Hebung zu äußern. Er tat das in dem „Offenen Antwortschreiben" vom 1. März 1863; und aus der Verbindung mit den Leipziger Arbeitern ging der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein" als ein erster Anfang künftiger sozialdemokratischer Parteibildung hervor.

Das Programm dieses Arbeitervereins in Verbindung mit dem Inhalte des „Offenen Antwortschreibens" gibt einen beinahe vollständigen Einblick in die ersten Ziele des deutschen Sozialismus. Das Programm erstrebte nichts als das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, und zwar auf friedlichem und gesetzlichem Wege: es war das politische Programm des liberalen Radikalismus; mit ihm und seiner

Hauptforderung allein, auf einem Wege, der sich durchaus in die Grenzen der inneren deutschen Politik einschloß, nicht international und nicht vaterlandslos, mit den Mitteln einer innerlich freien deutschen Verfassung hoffte man die sozialen Schäden beseitigen zu können. Diese Schäden aber sah der „Offene Brief" in der Wirksamkeit des „ehernen Lohngesetzes". Nach ihm, so führt hier Lassalle auf einem Gebiete, auf dem er noch am ehesten original ist, aus, erhält der Arbeiter vom Schweiße seiner Arbeit nur gerade so viel Lohn, daß er notdürftig leben kann, nicht mehr; alle anderen Vorteile steckt der Unternehmer ein. „Für Sie stets das Nagen am Hungertuch, für den Arbeitsherrn die Vorteile des Schweißes", in diesen Worten ungefähr pflegte der Agitator den Arbeitern die Quintessenz des Lohngesetzes darzubieten. Dies „Gesetz" hat nun freilich nur da, und auch da nur zum größten Teile Geltung, wo es sich um die Stellung ungelernter Arbeiter handelt, insofern deren Vermehrung so stark ist, daß ihr Arbeitsangebot die Nachfrage der Unternehmer bei weitem übertrifft: und so mochte es in der Zeit, da es aufgestellt wurde, wohl mit manchen dem vierten Stande geläufigen Erscheinungen weit mehr übereinstimmen, als nach der heutigen Lage auf den ersten Blick denkbar erscheint. Jedenfalls wurde es mit außerordentlicher und gläubiger Begeisterung aufgenommen. Wie aber der Wirkung dieses Gesetzes entgegentreten? Offenbar war das denkbar nur unter tiefen gesetzgeberischen Änderungen des Wirtschaftslebens der freien Unternehmung. Lassalle hielt nun solche Änderungen für möglich durch allgemeine Einführung der Produktivassoziationen nach englischem und französischem Muster: und so vervollständigte er sein sonst negatives Programm durch deren Forderung. Demokratisches Wahlrecht und Beseitigung des ehernen Lohngesetzes durch Produktivassoziationen, all dies im nationalen, im vaterländischen Rahmen: dies war das einfache und eben darum so wirksame Ideal seines agitatorischen Systems als eines Ganzen.

Und die von ihm hervorgerufene Bewegung war eben im Begriffe, die stärksten Fortschritte zu machen, als Lassalle, eines törichten Liebeshandels wegen im Duelle verwundet, am 31. August 1864 vorzeitig endete.

Nach Lassalles Tode trat bald ein herber Rückgang ein, zumal die politisch so bewegten Jahre 1865 und 1866 drohten. In dem Vorsitze des Arbeitervereins folgten Lassalle mehrere nur agitatorisch, nicht aber schöpferisch begabte Männer, bis in v. Schweitzer ein immerhin bedeutenderer Kopf die Führung erhielt.

Inzwischen aber hatten, ebenfalls von Leipzig aus, auch die Marxschen Ideen in den Anfängen einer Parteivertretung Eingang auf deutschem Boden gefunden.

Schon unmittelbar nach dem Tode Lassalles, im Herbst 1864, war zur Verbreitung Marxscher Ideen die „Internationale Arbeiterassoziation" gegründet worden. Weiterhin Fuß faßte aber das Programm Marxens doch erst, als es durch Liebknecht, den eifrigsten und begabtesten Schüler von Marx, und dessen begeisterten Anhänger, Bebel, Aufnahme in dem ursprünglich fortschrittlichen „Verbande deutscher Arbeitervereine" fand, dessen Vorsitzender Bebel war. Im Jahre 1868 erklärte sich dieser Verband in der Mehrheit der ihm angehörigen Vereine, namentlich Norddeutschlands, offen für das Marxsche internationale und revolutionäre Programm: und so besaß der vierte Stand in Deutschland nunmehr die Anfänge einer doppelten politischen Vertretung.

Aber schon im Jahre darauf fiel im Grunde der Entscheid dahin, daß die Marxsche Richtung siegen werde. Auf einem Kongresse zu Eisenach, im August dieses Jahres, traten zahlreiche Mitglieder des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" zu dem Verbande über, und dieser konstituierte sich nunmehr als „Sozialdemokratische Arbeiterpartei". Zugleich wurde, auf einem Basler Kongreß desselben Jahres, die Fühlung mit der Internationale gewonnen. Trotzdem blieben die Marxschen Endziele und tiefsten theoretischen Weltanschauungsgrundlagen in dem

Programm der neuen Partei noch ziemlich im Hintergrunde; und die noch immer zahlreichen Anhänger Lassalles wurden durch die Aufnahme von dessen Lehre vom ehernen Lohngesetz wie durch die Beibehaltung der alten Forderung der Produktivassoziationen befriedigt. Im ganzen aber wurde ein Programm aufgestellt, das neben den Idealen des liberalen Radikalismus vor allem greifbar sozial-wirtschaftliche Wünsche enthielt: Normalarbeitstag, Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit, Abschaffung der indirekten Steuern, weil auf dem vierten Stande vornehmlich lastend, statt dessen eine einzige progressive Erbschafts- und Einkommensteuer und anderes. Zur Durchführung dieser Punkte aber enthielt der politische Teil des Programms vor allem das Verlangen nach dem allgemeinen Wahlrecht und nach einer direkten Gesetzgebung durch das Volk.

Es waren Leitsätze, die gerade in dem positiv wirtschaftlichen Teile wohl geeignet schienen, die Wünsche und, nachdem das Jahr 1867 das allgemeine Wahlrecht wenigstens für den Norddeutschen Bund gebracht hatte, auch die Stimmen der Angehörigen des vierten Standes auf sich zu vereinen. In der Tat: bald klopften jetzt Vertreter des Standes an die Tore der Parlamente. Im konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes (Frühjahr 1867) stand Bebel noch allein; dem ersten gesetzgebenden Reichstage (Herbst 1867) gehörten schon sieben Sozialdemokraten an; und bei den Wahlen des Jahres 1870 wurden im Norddeutschen Bunde bereits 3,3 % aller Stimmen sozialdemokratisch abgegeben. Damit war denn schon vor dem Kriege von 1870/71 jenes starke Vertretungselement des vierten Standes, wenn auch vornehmlich und zunächst nur in Norddeutschland, vorgebildet, das nachher die Entwicklung im Deutschen Reiche immer entscheidender beeinflußt hat. Außerordentlich gehoben aber wurde dies Element in seiner Bedeutung unmittelbar nach 1870 durch Vorgänge, die sich in den Kreisen der Unternehmer abspielten.

Nach dem großen Kriege drängten in dem neuen Reiche

die Folgen der allgemeinen Entwicklung der freien Unternehmung in einer Reinheit und Plötzlichkeit, sowie unter besonderer Hervorkehrung ihrer schlimmen Entwicklungsseiten in einer Stärke zutage, wie dies bei den anderen europäischen Völkern selten oder niemals der Fall gewesen ist. Vornehmlich aus zwei Gründen. Einmal hatte die deutsche Volkswirtschaft schon längere Zeit einen inneren Reifezustand erreicht, dem politisch die Einheit der Natian hätte entsprechen müssen. Aber diese Einheit war bisher noch nicht errungen gewesen. Auch nicht im Zollverein. Denn hatte dieser auch die inneren Zollgrenzen aufgehoben, so hatte ihm doch jene Gewähr der Dauer gefehlt, die nur ein einheitliches Staatswesen geben kann; deutlich war das im Jahre 1866 hervorgetreten. Nun auf einmal war dies größte aller Hindernisse, und mit ihm tausend kleine, gehoben: ein unendliches Feld wirtschaftlicher Tätigkeit schien sich seit der Gründung des Reiches zu eröffnen; und nichts erschien dem Wagemute der Unternehmer mehr unerreichbar. Dieser Stimmung, dieser Entbindung aller kühnen, ja teilweise frevelhaft unternehmungslustigen Kräfte der Nation wurde nun aber noch eine bis dahin unerhörte, gegenüber den bestehenden Verhältnissen sich fast ins Märchenhafte ausdehnende Kapitalgrundlage gegeben in der französischen Kriegsentschädigung. Denn diese Entschädigung betrug mehr als das Dreifache des Jahresbudgets aller deutschen Staaten und mehr als die Schulden aller dieser Staaten, ja mehr als der Vorrat an allem baren Gelde und an allen Banknoten, die damals in Deutschland und England zusammen zirkulierten. Außerdem aber wurde diese ungeheure Summe auch noch besonders rasch gezahlt, rascher, als man erwartet hatte: binnen drei Jahren.

Die Wirkungen der Milliarden und des durch sie noch einmal besonders angefachten Unternehmungsgeistes waren außerordentlich. Gewiß wurde die Kriegsentschädigung zunächst zu staatlichen Zwecken verwandt. Aber schließlich gelangten ihre Summen doch durch unzählige Kanäle hin-

durch an die Nation und in deren Wirtschaft. Die Folge war einerseits ein starkes Sinken des Geldwertes: alles wurde teurer, so vor allem auch der Lohn der einfachen, unqualifizierten Arbeit: ein Moment, das die Lebenshaltung und Selbstachtung des Arbeiters erhöhte. Anderseits aber führte der Kapitalüberfluß zu den umfassendsten Versuchen der Kapitalanlage: mit außerordentlicher Schnelligkeit entstanden überall neue Fabriken, Bergwerke, Hütten, Eisenbahnen. In Preußen waren, um zunächst von den wichtigsten aller Unternehmungen, den Eisenbahnen, zu reden, 1872 neben 1800 Meilen in Betrieb befindlicher Eisenbahnen 700 Meilen im Bau, 1200 Meilen geplant. Und es wurden von 1871 bis 1874 etwa so viel Hochöfen, Eisenhütten, Maschinenfabriken gegründet, wie von 1800 bis 1870 entstanden waren.

Diese Bewegung in den Kreisen der Kapitalisten und Unternehmer geriet nun aber bald, durch eine Hochkonjunktur des Weltverkehrs noch mehr angestachelt, in einen beklagenswert überstürzten Lauf. Die Gründung neuer Unternehmen wurde bald Selbstzweck; man sah nicht mehr danach, ob sie auch ertragreich sein würden; und um die Kapitalien auch für zweifelhafte Zwecke anzuziehen, verwandte man die Form der Aktiengesellschaft, welche die Beteiligung kleiner Summen auch minder Unterrichteter gestattete. Dabei schritt man bald nicht bloß zu Neugründungen, sondern auch zu Umgründungen bestehender Unternehmungen und wandte die Form der Aktiengesellschaft auch auf solche Geschäfte an, für die sie nicht paßte. Ja, schließlich wurde das Gründen selbst ein Geschäft, und sogar besondere Gründerbanken entstanden. Sie lebten, wie so viele „Gründer" auch, davon, den Wert und die Aussichten irgendeines zu beginnenden oder aufzukaufenden Unternehmens zu übertreiben; war das gelungen, so wurde das Unternehmen irgendeinem anderen, zumeist wiederum einer Aktiengesellschaft, zu übertriebenem Preise überlassen. Und oft saßen in dieser Aktiengesellschaft wieder die Gründer

der Gründerbank als Direktoren oder Aufsichtsräte! Mochte dies aber der Fall sein oder nicht, immer versuchte man den Kurs der Aktien solcher an sich schon schwindelhafter Gesellschaften noch maßlos zu steigern und zahlte höchst unwahrscheinliche Dividenden: um schließlich, wenn die Blase zu platzen drohte, die Aktien an harmlose Toren zu verkaufen, die dann, nach dem Falle des Unternehmes, auf den wertlos gewordenen Papieren festsaßen.

Und welche Geschäfte wurden nicht auf diese Art gemacht! In Preußen stieg die Zahl der Aktiengesellschaften vom 1. Juli 1870 bis zum 1. Januar 1875 von 410 mit 3 Milliarden Mark auf 2267 mit 7⅛ Milliarden; im Jahre 1872 allein kam es zu 499 Neugründungen mit einem Kapital von über anderthalb Milliarden. Dabei war sozusagen fast jedermann vom Gründungsfieber besessen, teils als ausbeutender Gründer — da war außer dem berufsmäßigen Unternehmertum auch hoher Adel und Beamtenschaft vertreten —, teils als ausgebeuteter Aktionär: hier kamen vornehmlich auch die kleineren Kapitalisten in Betracht.

Allein schon im Beginn des Jahres 1873 hatten diese Verhältnisse eine Wendung genommen, die, zumal unter dem Einfluß einer drohenden allgemeinen Krise des Weltverkehrs, den Zusammenbruch befürchten ließ: denn es war klar, daß dieser Schwindelbau imaginärer Werte eines Tages unter Mitführung auch zahlreicher solider Bestandteile in Trümmer fallen mußte.

Nun erfolgte in Preußen, in dem sich diese ganze Bewegung innerhalb des Reiches vornehmlich konzentriert hatte, allerdings schon vor der Katastrophe eine Klärung. Am 14. Januar 1873 brachte der Abgeordnete Lasker, ein zäher und uneigennütziger Jude, die Angelegenheit vor das Abgeordnetenhaus; und es begann sich seitdem langsam ein sittlicher Reinigungsprozeß zu vollziehen, aus dem übrigens die staatliche Verwaltung mit gutem Leumund hervorging. Aber natürlich konnte dadurch der drohende Ruin, der

„Krach“, doch nicht verhindert werden, um so weniger, als schon die internationalen Beziehungen und Verbindlichkeiten der Beteiligten dies unmöglich machten.

Nachdem in Wien schon Anfang Mai 1873, noch während des Verlaufes der Weltausstellung, ein Krach ausgebrochen war, begann der deutsche Krach in Berlin Anfang Oktober 1873 mit dem Zusammenbruch der Quistorpschen Vereinsbank und der 27 von ihr abhängigen Banken; und von Berlin zog sich das Verhängnis hin über wohl alle Industrie- und Handelsstädte Deutschlands.

Konnten nun diese Vorgänge den vierten Stand unberührt lassen? Gewiß hatten seine Angehörigen von den ersten Zeiten der Gründerperiode Vorteil gehabt; die Löhne waren stark gestiegen. Aber jetzt zeigte sich noch viel deutlicher die Kehrseite der Entwicklung: überall hörte man vom Bankerott großer Unternehmungen, von Zahlungseinstellung und Entlassung von Arbeitern. Und beide Seiten der Entwicklung wirkten politisch dahin, den Arbeiter zum Parteigenossen des Sozialismus zu machen; war anfangs sein Selbständigkeitsgefühl bis zu einem politischen Denken erhöht worden, das nach Lage der Dinge kaum anders als sozialistisch sein konnte, so trieb ihn jetzt die Not erst recht zum Allheilmittel sozialistischer Ideale.

So kamen für das sozialistische Parteiwesen Zeiten des Aufschwungs. Freilich war inzwischen die internationale Richtung des Sozialismus viel mehr in Schaden geraten, als sich 1869, im Jahre ihres Sieges in Eisenach, hätte voraussehen lassen. Denn nicht nur hatte sich in Deutschland der mächtige Patriotismus der Kriegsjahre gegen sie gewandt, auch auf internationalem Boden war sie 1872, durch den Haager Kongreß, auf eine Zeitlang von den Anarchisten fast verdrängt worden. In Deutschland wurden zudem ihre Führer, Bebel und Liebknecht, wegen Vorbereitung des Hochverrats verurteilt und wanderten auf zwei Jahre ins Gefängnis. Aber gleichzeitig begannen auch die Lassalleaner zu leiden: auch sie unterlagen mehr als

bisher der Verfolgung durch Polizei und Staatsanwälte. Es war das eine Wendung, die freilich für die internationale Richtung wieder ein Moment des Aufschwungs bedeutete: denn es war klar, daß staatliche Verfolgung die Lassalleaner allmählich in eine gegenstaatliche, ja antinationale Richtung hinüberdrängen würde: eine Richtung, die sie bald widerstandslos machen mußte gegenüber den Resten der noch vorhandenen Anhänger des Marxismus.

Während sich nun auf diese Weise eine neue Tendenz zur Einheit, und zwar im Sinne der Internationale, ergab und gleichzeitig die sozialen und moralischen Wirkungen des Krachs eintraten, fanden die Reichstagswahlen vom 10. Januar 1874 statt. Sie offenbarten ein Wachstum des Sozialismus, das selbst den Parteiführern unerwartet kam; fast 340000 Stimmen wurden für Internationale und Lassalleaner abgegeben, und neun Reichstagssitze fielen ihnen zu. Zugleich aber stellte sich heraus, daß der Sinn der Massen unzufriedener und radikaler geworden war als je; und zweifelsohne hatte sich die öffentliche Meinung des vierten Standes mehr im Sinne des Marxismus entwickelt. Da hatten denn Bebel und Liebknecht ziemlich leichtes Spiel, als sie, im Frühjahr 1874 ihrer Haft entlassen, von neuem im Sinne von Marx zu wirken begannen. Der Kongreß von Gotha, Mai 1875, brachte ihnen den vollen Sieg ihrer Lehre; die Lassalleaner traten gegen einige Zugeständnisse, so namentlich die Aufnahme der Lehre vom ehernen Lohngesetze in das Parteiprogramm, zu den Marxisten über: und so bestand von nun ab eine einheitliche „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands": die Partei der Sozialdemokratie war begründet.

War aber dieser Ausgang nicht auch das Ergebnis einer innerlich folgerichtigen Entwicklung? Von jeher waren es die Produktionsvorgänge, die den eindringenden Verstand von Marx besonders gefesselt hatten; und gewiß bedeutete ihr Verständnis für eine Sozialpolitik des vierten Standes mehr als leere Spekulationen über Güterverteilung. Lassalle

aber hatte den Produktionsvorgang in seinem ehernen Lohngesetz nur sehr einseitig und von ungefähr erfaßt, und die Produktivassoziationen waren alles andere als sein eigener Gedanke, — ganz abgesehen davon, daß sie sich in der Praxis nur ausnahmsweise bewährten. War es unter diesen Umständen nicht die einfachste Konsequenz der Entwicklung, daß das bei weitem tiefere, umfassendere, originellere System obsiegte?

Selbst die Annahme des Internationalismus der Marxschen Lehre erscheint begreiflich, sieht man, um sie zu verstehen, wie billig, mit den Augen des vierten Standes. Denn warum sollen Stände innerhalb der europäischen Entwicklung, die in verwandter Weise in verschiedenen Nationen entstehen, nicht eine gewisse Gemeinschaft ihrer Interessen pflegen? Sie haben es von jeher getan, mochte es sich dabei um die Ritter des 12. und 13. oder die Humanisten des 15. und 16. oder die Galanthommes des 17. und 18. Jahrhunderts handeln: in allen diesen Fällen ist der nationalen Kristallisation eine internationale Durchdringung zur Seite gegangen. Oder sollte etwa deshalb bei der Betrachtung der sozialistischen Diosmose ein Ausnahmeurteil gefällt werden, weil diese sich nicht auf aristokratischer, sondern auf demokratischer Grundlage vollzog, und weil diesmal die Heimat desjenigen Teiles des internationalen Berufes, der für die Fortentwicklung der allgemeinen Tendenzen besonders wichtig wurde, Deutschland war und nicht das Ausland? Freilich haben die alten Zeiten gefordert und wird unsere Zeit nicht minder zu fordern haben, daß unter den internationalen Interessen eines bestimmten Standes dessen nationaler Sinn nicht leide. Im übrigen ließ es sich das neue Programm der geeinigten deutschen Partei neben der Verkündigung der Marxschen Lehren angelegen sein, auch für die konkreten Bedürfnisse des deutschen vierten Standes zu sorgen; es verlangte allgemeines Stimmrecht (also auch der Frauen) vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen in Staat und Gemeinde; direkte

Gesetzgebung durch das Volk; Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk; Volkswehr an Stelle der stehenden Heere; Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze; Rechtsprechung durch das Volk; unentgeltliche Rechtspflege; allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat bei unentgeltlichem Unterricht in allen Bildungsanstalten; Erklärung der Religion zur Privatsache; eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde; unbeschränktes Koalitionsrecht; den Normalarbeitstag; das Verbot der Sonntags- und Kinderarbeit; Arbeiterschutzgesetze; Regelung der Gefängnisarbeit und volle Selbstverwaltung aller Arbeiterkassen. Und alsbald versuchte die junge Partei im Sinne ihres Programms auch praktisch vorzugehen, indem sie im Reichstage während des Frühjahrs 1877 den Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes nach dem Muster der englischen und schweizerischen Gesetzgebung einbrachte; freilich scheiterte dessen Annahme an dem Widerstreben der anderen Parteien.

Vor allem aber widmete sich die organisierte Partei einer immer weitergreifenden Agitation, um den vierten Stand in ihrem Sinne politisch vollends zu mobilisieren. Und hier leistete nun eben dem Programm der besonderen Forderungen vor allem die allgemeine Lehre Marxens ihre Dienste; ihre utopistischen Ideale, aufgebaut auf einer rasch einleuchtenden Lehre von der geschichtlichen Entwicklung der Produktion, jedes Zusammenhanges mit den sittlichen Mächten der bestehenden Weltanschauungen, namentlich der christlichen, bar, mit wissenschaftlicher Kühle vorgetragen und dennoch berauschend, wurden jetzt unter die Menge geschleudert: und der Erfolg war außerordentlich. Auf dem Gothaer Kongreß von 1876 ergab sich, daß die Parteipresse in 14 Monaten um 12 politische Zeitungen und ein belletristisches Blatt hatte erweitert werden können; und schon verfügte man über 24 Zeitungen mit fast 100 000 Abnehmern. Ein Jahr darauf aber war die Zahl der Zeitungen auf 41 gewachsen; und der ältere „Vorwärts" hatte allein

12000, das Unterhaltungsblatt „Die neue Welt" 35000 Abonnenten.

Es war ein Aufschwung, der die Agitation bald übermütig machte: nahe schien die Erfüllung der sozialistischen Ideale: schon glaubte man sich über die veralteten Ziele der Bourgeoisie hinwegsetzen zu können, und die Propaganda erhielt vielfach den Charakter wüster und leichtfertiger Kundgebung. Die größten Werte der vaterländischen Geschichte wurden jetzt nur zu häufig verhöhnt und in den Staub getreten; der Ausblick in die sozialistische, ja kommunistische Zukunft gestaltete sich immer lüsterner, und nicht selten verstieg man sich bis zur Forderung und Androhung offener Gewalt. In den führenden sozialen Schichten aber schwand unter den Eindrücken dieser Agitation zum Teil schon das Zutrauen zur Haltbarkeit des Bestehenden: wie ein Vorzittern vor der Revolution, wie ein Bewußtsein des Verblassens hoher Ziele, wie ein Zustand feiner moralischer Zerrüttung ging es durch diese Reihen; und verhaltenen Atems horchte man bereits auf das erste ferne Murmeln, dessen verworrene Laute das kommende Neue ankündigen sollten, auf das noch vielfach zusammenhangslose, sehnende Stammeln der Sprache des Proletariates.

Da wurde die Spannung gelöst durch Vorgänge, die von der größten Nachwirkung waren, weil sie das teuerste und verehrteste Haupt der Nation trafen, den Kaiser. Am 11. Mai 1878 schoß ein Klempnergeselle auf Kaiser Wilhelm. Und fehlte er, so hatte ein zweiter Mörder, ein junger Doktor der Philosophie, am 2. Juni 1878 leider besseren Erfolg. Der einundachtzigjährige kaiserliche Greis ward verwundet, und nur der Zähigkeit seines Körpers ward es verdankt, wenn er mit dem Leben davonkam.

Die Anschläge standen schwerlich in unmittelbarem Zusammenhang mit der Sozialdemokratie. Im zweiten Fall handelte es sich um die perverse Ruhmsucht eines verlorenen Daseins, im ersteren um einen der wenigen deutschen Anarchisten. Aber nur zu leicht ergab es sich, daß die

Attentate gegen eine Partei ausgenutzt wurden, deren Agitation in den letzten Jahren als skrupellos hatte empfunden werden müssen. Als der Reichstag der Regierung besondere Vollmachten zur Unterdrückung der sozialdemokratischen Partei verweigerte, wurde er aufgelöst: und aus den Neuwahlen ging eine neue Versammlung hervor, mit der jenes Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vereinbart werden konnte, das mit verschiedenen Modifikationen bis zum Jahre 1890 gegolten hat. Danach wurden alle Vereine verboten, die durch sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezweckten; nicht minder wurden verboten alle Versammlungen, Festlichkeiten, Umzüge, Druckschriften, die demselben Zwecke dienten. Ferner konnte gewerbsmäßigen Agitatoren im Fall der Verurteilung der Aufenthalt im Reiche eingeschränkt werden; und Geschäftssozialisten (Gastwirten, Buchhändlern, Kolporteuren usw.) gegenüber wurde die Verweigerung der Erlaubnis zum Gewerbebetrieb möglich. Endlich konnte in besonders bedrohten Bezirken und Ortschaften der kleine Belagerungszustand verhängt werden, der das Verbot des Waffentragens und der Verbreitung von Druckschriften an öffentlicher Stelle und das Recht der Ausweisung verdächtiger Personen zur Folge hatte.

* * *

Mit den Mitteln des Sozialistengesetzes gelang es, die öffentlich ersichtliche Organisation der sozialdemokratischen Partei zu unterdrücken. Noch im Jahre 1878 wurden 175 Vereine, 35 Zeitungen und 100 nicht periodische Druckschriften verboten. Allein traf das Gesetz auch die Seele der Partei?

Die Zahl der in den Reichstagswahlen abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen betrug 1877: 493 258 und 1878: 437 158; sie sank 1881 auf 311 961, stieg aber schon

1884 wieder auf 549990 und 1887 auf 763128, um dann im Jahre 1890 auf 1427298 emporzuschnellen [1]. Im Jahre 1898 stand die Sozialdemokratie mit über zwei Millionen Stimmen der Zahl dieser nach an der Spitze aller Parteien. Ja, bereits 1890 hatte sie diese Stelle erreicht, indem sie schon damals die bislang stärkste Partei, das Zentrum, mit 85000 Stimmen überholte. Im Jahre 1898 ist dann dieser Abstand auf 662000 Stimmen, im Jahre 1912 auf 992500 Stimmen gewachsen.

Hiernach darf geurteilt werden, daß das Sozialistengesetz zwar eine kurze Zeit lang auf das eigentliche seelische Leben der Partei drückend gewirkt hat, — aber nur wenige Jahre. Schon während der Herrschaft des Gesetzes, seit spätestens 1884, begann ein neuer Aufschwung, der dann freilich erst 1890 voll zutage trat. Dem entspricht es, daß in der Zeit unmittelbar nach dem Erlaß des Gesetzes in der Tat auch das innere Gefüge der Partei etwas litt: mit zerstreuten Gesangvereinen, Kegelkränzchen und Rauchklubs, die zunächst an die Stelle der Parteiorganisation traten, ließ sich doch auf die Dauer nicht auskommen: — bis die „Fachvereine" der Arbeiter, wie sie die Polizei schließlich zulassen mußte, aushilfsweise für die politische Organisation eintraten. So wurde das Jahrzehnt des Ausnahmegesetzes von 1880 bis 1890 vor allem eine Zeit der Sammlung innerer Kräfte; und voll brachen diese hervor, als die Schranken der Verbote fielen. Wie dies in der Gesamthöhe der sozialdemokratischen Stimmen zum Ausdruck kam, ist schon gezeigt worden. Noch fast lehrreicher aber sind einige Einzelheiten aus den Wahlergebnissen des Schlusses des 19. Jahrhunderts. Im Jahre 1898 war die Stimmenzahl der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Parteien bei der Reichstagswahl in dem industriellen Königreich Sachsen fast gleich; 49,5 % aller abgegebenen Stimmen waren sozialdemokratisch. In Hamburg waren dies gar 62,5 %. Gleichzeitig waren

[1] 1893: 1786700; 1898: 2107100; 1912: 4250500.

die Vertreter des vierten Standes auch in die deutschen Landtage eingedrungen; in Bayern gab es 5, in Sachsen 8, in Württemberg 1, in Baden 3, in Hessen 4, in Weimar 1, in Gotha 7, in Meiningen 4, in Reuß j. L. 3, in Schwarzburg-Rudolstadt 1, in Altenburg 4 sozialdemokratische Abgeordnete. Und nicht minder als in den Städten begann sich der Sozialismus auch auf dem platten Lande zu verbreiten; auffällig war die Zunahme ihm günstiger Stimmen zum Beispiel in Ostpreußen und Mecklenburg[1].

Aber bedeuteten dabei Erscheinungen wie die zuletzt geschilderten nicht zugleich auch eine Wandlung der Partei? War hier nicht der alte soziale Untergrund der Parteibildung, wenn nicht verlassen, so doch erweitert? Vollzog sich nicht ein Übergang zu einem zwar sehr entschiedenen, aber doch nicht mehr bloß industriell-internationalen, sondern staatsbürgerlich-nationalen Radikalismus? Wo aber blieben in diesem Falle die revolutionären Ziele, die eben in der Zeit des Sozialistengesetzes, auf dem Kongresse in Wyden in der Schweiz zum Beispiel, noch besonders betont worden waren?

In der früheren Zeit der Sozialdemokratie hatte Karl Henckell sein Gedicht „Die kranke Proletarierin" mit den drohenden Versen geschlossen:

Sein blaues Auge glänzt voll Kraft
Ins Lichtmeer einer fernen Zeit,
Die Eisenhand umspannt den Schaft
Der purpurnen Gerechtigkeit.

In diesen Zeiten änderte der Dichter die Zeilen in die dichterisch gewiß mattere Form:

Sein blaues Auge glänzt voll Mut
Ins Lichtfeld einer schönern Zeit,
Frei schwingt sein Arm, der Wunder tut,
Den Sonnenschild der Menschlichkeit.

Gab der Dichter damit einer allgemeinen Wandlung der

[1] Zur späteren Entwicklung s. Band V.

sozialistischen Stimmungen Ausdruck, war er auch nur ihr Prophet?

Es ist keine Frage, daß sich in dem sozialen Körper der Partei Wandlungen vollzogen haben, die geeignet sind, die enthusiastische und sozialrevolutionäre Seite des Parteiprogramms zurücktreten zu lassen. Vor allem die Ausbildung einer Arbeiteraristokratie, eines vierten Standes neben einem tieferen fünften, wenn nicht sechsten, kommt hier in Betracht. Diese Aristokratie gehört schon mehr oder minder zu den besitzenden Schichten; sie vermittelt hinüber in den bürgerlichen Radikalismus; sie ist ihrer Natur nach doch wohl mehr national als international demokratisch.

Und wie der soziale Körper, so haben sich die Persönlichkeiten der Parteivertreter gewandelt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß kaum ein Beruf die Personen mehr verbraucht als die parteipolitische und vor allem die sozialdemokratische Agitation. Indem aber die Personen rasch wechselten, verlor sich in dieser Wandlung ein gutes Teil des alten, nun einmal nicht auf lange Zeit haltbaren phantastischen und utopischen Enthusiasmus. Gewiß ist er noch heute vertreten. Aber im ganzen ist die Stimmung der Parteimänner eine ruhigere, stärker an den Dingen haftende geworden. Dies um so mehr, als auch die jüngeren Vertreter vielfach nicht mehr aus dem vierten Stande selbst herkommen. In den Anfängen der Partei mochten neben den gebildeten Systematikern der Parteilehre wohl noch wirkliche Volkshelden emporkommen, wie der Drechslermeister Bebel und der Sattlergeselle Auer; jetzt hatte die Partei schon eine Geschichte und ein volles System der Weltanschauung; man mußte sie kennen, um mitsprechen zu können; und das vermochte völlig doch wohl nur noch ein akademisch gebildeter Nachwuchs. Dieser Nachwuchs aber, allgemein geschichtlich und philosophisch unterrichtet, fand zum überwiegenden Teile an der unwissenschaftlichen parteipolitischen Zuspitzung der Marxschen Lehren wenig Gefallen.

So drängten wesentliche Momente der Entwicklung, zu

denen noch eine Fülle besonderer Ursachen kam — darunter so gewichtige wie die von Anbeginn mehr radikale als revolutionäre Neigung der süddeutschen, insbesondere bayrischen Genossen —, darauf hin, der Partei mit dem alten Schwung auch die alte politische Unerfahrenheit, mit der einstigen engsten Geschlossenheit auch den halb geheimbündlerischen revolutionären Sinn zu nehmen. Gewiß war auf dem Kongresse zu Erfurt im Oktober 1891, als man das Bedürfnis empfand, nach den langen Jahren der Unterdrückung das Programm von neuem zu ordnen, die Marxsche Theorie, so, wie sie die Partei verstand, noch einmal angenommen worden, — ja sie hatte scheinbar erst recht gesiegt, denn erst jetzt wurden letzte Reste Lassallescher Anschauungen aus dem Programm gestrichen. Allein es war ein Pyrrhussieg. Eine Gruppe junger Leute, die eine besonders starke Prinzipientreue gegenüber den verwegensten Aufstellungen des alten Parteiprogramms forderte, wurde noch auf dem Kongresse zum Austritt aus der Partei gezwungen. Und ein Veteran der Partei, der bayrische Genosse von Vollmar, hatte schon vor dem Kongresse eine Rede gehalten, die ganz andere Ziele als die des offiziellen Programms eröffnete. Anknüpfend an die kaiserlichen Februarerlasse vom Jahre 1890 hatte er ausgeführt, die Zeit zu positiver Tätigkeit, zum Aufgeben einer grundsätzlichen Verneinung alles Bestehenden — wenn auch unter Wahrung der prinzipiellen Endziele — sei gekommen. Unter diesen Umständen könnten gewisse, zugleich genauer bezeichnete Punkte eines praktisch-sozialen Programms formuliert werden: und diese seien durchzuführen vom Standpunkte einer alle Interessen der Allgemeinheit in gleicher Weise ins Auge fassenden Politik. „Je friedlicher, geordneter, organischer diese Entwicklung vor sich geht, desto besser für uns und das Gemeinwohl."

Nun drang von Vollmar allerdings mit seinen Ansichten einstweilen noch nicht durch. Aber auch die Pläne einer konkreteren Fassung aller Parteiziele und mit ihnen zugleich die Kritiken der Marxschen Theorie kamen nicht zur Ruhe.

Und maßgebend für diese fortgesetzten Versuche einer Umbildung des Parteiprogrammes wurden Beobachtungen, die sich auf die sozialökonomischen Fortschritte des vierten Standes bezogen[1].

Die Marxsche sogenannte Verelendungstheorie hatte in dieser Hinsicht ausgeführt, der natürliche Gang der Entwicklung innerhalb einer Gesellschaft kapitalistischer Unternehmung führe notwendig zu einer ungeheuren Anhäufung der Produktionsmittel in den Händen weniger Reichen und zu einer zunehmenden Proletarisierung der Masse. Und diese Behauptung hatte in seiner Theorie eine zentrale Stellung eingenommen: denn dieser Zustand, einmal bis zu unerträglicher Durchbildung entwickelt, sollte zur Enteignung der Produktionsmittel durch die Massen und damit zur Errichtung des sozialistischen Staates führen.

Nun zeigte sich aber im Verlaufe der neunziger Jahre, daß diese Verelendungstheorie vor den Tatsachen nicht standhielt. Während in der bürgerlichen Gesellschaft vielfach noch längere Zeit die Erscheinungen, welche ihr widersprachen, darunter namentlich das rasche Wachsen und die innerliche Festigung des Mittelstandes, im allgemeinen unbekannt blieben und dementsprechend die sozial-pessimistische Stimmung der siebziger und achtziger Jahre weiterwährte, wurde in der nationalökonomischen Wissenschaft schon anfangs der neunziger Jahre auf den Umschwung, der sich zu vollziehen im Begriffe war, hingewiesen; und auch eine Erklärung der neuen Erscheinung wurde bereits vereinzelt, namentlich von Julius Wolf, versucht. Und als dann in der Mitte des Jahrzehnts Schlüsse auf den zunehmenden Wohlstand der Mittelklassen, welche einzelne Statistiken, z. B. die sächsische Einkommensteuerstatistik, schon längere Zeit nahegelegt hatten, durch so umfangreiche Untersuchungen wie die Einvernehmen der englischen Labour Commission und die Veröffentlichungen der preußischen und deutschen

[1] S. über diese Band I S. 452 ff.

Reichsstatistik, insbesondere auch die Ergebnisse der preußischen Gewerbestatistik vom Jahre 1895, bestätigt wurden, und vollends ein nicht mehr zu widerlegender unmittelbarer Augenschein die Erbreiterung und Lebenserhöhung der Mittelklassen bewies: da konnten sich auch einsichtige Führer der Sozialdemokratie nicht mehr verhehlen, daß die Grundlagen der Marxschen Theorie, soweit aus ihr politische Schlüsse auf eine revolutionäre Umgestaltung der Produktionsmittel gezogen wurden, durch die Tatsachen widerlegt waren.

Einer der ersten, wenn nicht der erste, der dies offen aussprach, war der sozialdemokratische Historiker und Publizist Schönlank. Er äußerte im Frühjahr 1897 offen: „Die lange durch unsere Partei gelaufene, auch im ersten Teile des Erfurter Programms noch aufbewahrte Ansicht von der sich stetig verschärfenden Verelendung ist nicht mehr zu halten." Zum besonderen Verkünder dieser Ansicht aber und damit, sowenig er dies selbst voll eingestehen mochte, zum eigentlichen Zerstörer des utopischen Teiles des sozialdemokratischen Programms wurde Eduard Bernstein. Bernstein trat mit seinen Ansichten seit 1898 in die breite Öffentlichkeit. Und schon in diesem Jahre stellte er fest, daß „dem reinen Zahlenverhältnis nach die Großindustrie weit mehr die ganz kleinen als die Mittelbetriebe (d. h. die sich bildenden Kleinunternehmen) verschlinge, die vielmehr als eine schier unerschütterliche Phalanx erscheinen", und zog daraus den Schluß: „Die Sozialdemokratie hat den baldigen Zusammenbruch des bestehenden Wirtschaftssystems weder zu gewärtigen noch zu wünschen. Was sie zu tun und auf lange hinaus noch zu tun hat, ist, die Arbeiterklasse politisch zu organisieren und zur Demokratie auszubilden und für alle Reformen im Staate zu kämpfen, welche geeignet sind, die Arbeiterklasse zu heben und das Staatswesen im Sinne der Demokratie umzugestalten." Und des weiteren erklärte Bernstein gar, er wolle sich sehr wohl mit einer Monarchie im Stile der englischen abfinden.

Was aber entscheidender war als all diese im Grunde völlig umgestaltende und neu bauende Kritik eines einzelnen, das war die Tatsache, daß dieser einzelne bald die Stimmen tausend anderer hinter sich hatte. Eine starke Strömung in der Partei stellte sich auf Bernsteins Seite; und von der Gegenseite her wurde es schon im Jahre 1898 als drückend empfunden, daß man bei Diskussionen innerhalb der Partei nicht mehr in der Lage war, die Argumente Bernsteins zu widerlegen.

Trotzdem war nicht zu erwarten, daß eine rapide Umbildung der Partei zu einer politisch-demokratischen eintreten werde. Die Geschichte des Klerikalismus zeigt, wie zäh politische Meinungen festgehalten werden, wenn sie mit Glaubenssätzen verknüpft sind: denn nichts ist konservativer als religiöses Empfinden. Nun fehlt aber der Sozialdemokratie ein Glaubenshalt außer den utopischen Hoffnungen des Marxismus, während sie doch zugleich als eine extreme Demokratie ganz besonders auf irgendeine höhere Autorität, wenn nicht die der Religion, so wenigstens die einer Weltanschauung, angewiesen ist: denn da sie sich selbst nur Herr ist und sein will, so muß sie, um nicht in Willkür zu enden, erst recht eine allgemein geglaubte Autorität außer sich aufstellen und festhalten. Es liegt hier wiederum einer jener wunderbaren Zusammenhänge vor, welche die extreme Demokratie höchstentwickelter Kulturen äußerlich mit dem gesellschaftlichen Dasein niedrigster Kulturen verbinden: wie diese in den Anfängen ihres Staatslebens nur durch den Formalismus ihrer Rechtseinrichtung als einer allgemeiner Überzeugung nach von den Göttern direkt gesetzten und unmittelbar von ihnen stammenden Autorität zusammengehalten werden, so bedarf die höchstzivilisierte Demokratie einer verwandten höchsten Autorität, einer Deisidämonie irgendwelcher Art zu dauerndem Dasein. Freilich besteht dabei für beide Kulturzeitalter der bei den unzähligen verwandten Ähnlichkeiten immer wiederkehrende Unterschied, daß, was in früheren Zeiten unbewußt herangewachsen ist,

von den späten klar erkannt und bewußt gefördert werden muß. Als eine solche Deisidämonie nun wirkte und wirkt wohl auch noch heute innerhalb der sozialdemokratischen Partei die Weltanschauung des Marxismus.

Unter diesen Umständen begreift man, was der sogenannte Bernsteinsche Streit für die Sozialdemokratie bedeuten konnte: einen völligen Bruch mit der Vergangenheit und eine prinzipielle Umgestaltung für die Zukunft. War es da so unnatürlich, daß die konservative Strömung in der Partei sich dieser neuen Wissenschaft genau mit den Mitteln zu erwehren suchte, die alternde Religionen gegen verwegene Neuerer anzuwenden pflegen? Mit 166 gegen 71 Stimmen wurde auf dem Lübecker Parteitag vom Jahre 1901 der Satz abgelehnt: „Die Partei hält die Freiheit wissenschaftlicher Selbstkritik für eine Voraussetzung der geistigen Weiterentwicklung der Partei.“ [1]

Aber wird der Marxsche Glaube siegen? Die Entscheidung kann nur fallen im Zusammenhang mit der weiteren sozialen Entwicklung des vierten Standes. Steigen auch ferner die Besten des Standes in wirtschaftlich und gesellschaftlich befriedigendere Lage empor, so wird alles Predigen des alten Glaubens sie nicht abhalten, an dem Bestehenden ein wenn auch zunächst in radikalem Reformeifer sich betätigendes Interesse zu gewinnen. Ja mehr noch: je entschiedener die Partei, auf der Grundlage des Marxismus, die Hoffnung nähren wird, daß dem Arbeiter nur durch eine grundstürzende Änderung der Verhältnisse in Staat und Gesellschaft geholfen werden könne, um so stärker werden diese sich materiell beträchtlich hebenden Kreise, zumal wenn sie durch die fortschreitende Entwicklung von

[1] Es ist hier noch nicht zu erzählen, wie spätere Parteitage, namentlich der Dresdner, eingegriffen haben. Es wird vielmehr im Folgenden der Text der früheren Darstellung beibehalten, um die Perioden scharf zu trennen, indem zum Ausdrucke gebracht wird, was vor etwa einem Jahrzehnt Hoffnungen und Erwartungen sein mochten.

unten her noch weiter aufgefüllt werden sollten, auf nichts als die bloße Besserung ihrer Lage durch Erzielung günstigerer Arbeitsbedingungen und auf eine diesen Absichten vorteilhafte Beteiligung am Staatsleben ausgehen. So werden Parteipolitik und Arbeiterpolitik in Gegensatz zueinander geraten, — und es besteht kein Zweifel darüber, wer dann auf die Dauer siegen wird.

III.

Mustert man, rückwärts blickend, die Geschichte der deutschen Parteien, soweit wir sie bisher verfolgt haben, und sucht ihr ursprünglich Gemeinsames, so ergibt sich bald: es besteht in einem auch heute noch starken, vor nicht allzu langer Zeit aber noch durchaus überwiegenden ideologischen und darum bis zu einem gewissen Grade doktrinären Wesen. Nicht sozusagen aus dem bloßen Drange des Augenblickes heraus und seinen vorübergehenden Anforderungen, ja auch noch nicht einmal aus programmatisch zugespitzten allgemeineren Forderungen nur jüngerer Zeiten her sind diese Parteien geboren, sondern sie sind vielmehr fast durchaus, wenn auch in sehr verschiedener Weise, in Menschenalter und Jahrhunderte alten geistigen Strömungen verankert.

Am meisten gilt das vom Zentrum. Zentrum heißt parteiprogrammatisch und nach Lage der Dinge, so wie sie nun einmal bestehen, an erster Stelle Katholizismus überhaupt. Katholizismus aber ist ein Wort, das auf einen beinahe um zwei Jahrtausende zurückreichenden Ursprung hinweist. In der Tat: wer würde an dem starken einfach katholischen Einschlag in dem Charaktergewebe des Zentrums zweifeln? Dieser Einschlag bedeutet parteipolitisch einen Zug ins Kosmopolitische, Übernationale und, hoffen wir es, doch niemals Nationalfeindliche, bedeutet eine gewisse Abgeschliffenheit der Begriffe, soweit es sich um gegenseitiges Vertragen innerhalb der Partei handelt, und eine haarscharf ergriffene Norm praktischen Handelns, wenn die Regelung der Parteitätigkeit nach außen in Frage steht. Außer dem allgemeinen Typ des Katholizismus überhaupt aber zeigt das Zentrum auch noch den geistigen Charakter

der gesamten Geschichte des Katholizismus in seiner spezifisch deutschen Entwicklung. In der Formulierung der kirchlichen Bedürfnisse während des Kulturkampfes wie in der Führung dieses Kampfes durch Aufwühlung der Laienwelt wiederholten sich Züge des Investiturstreits zwischen Heinrich IV. und Gregor VII. und dessen Nachfolgern: — bis in diese Zeit zurück lassen sich einige Grundlinien dessen verfolgen, was man Klerikalismus nennen mag. Daß dann weiterhin Momente der Frömmigkeitsbewegungen, die in der Gegenreformation der katholischen Kirche zuerst auftauchen, von dem Grundtyp narkotischer Marienmystik an bis zu anderen, noch sinnlicheren Formen des Kultes, die ersten Voraussetzungen auch für die heutige seelische Komplexion des Klerikalismus bilden, wer will es leugnen?

Aber auch der Liberalismus ist durchaus noch in ideologischen Motiven der Vergangenheit, und zwar vielfach völlig doktrinär, verankert. Dabei geht diese Grundlage noch vielfach über die Ursprungszeiten des Liberalismus an sich zurück. Sie entstammt zunächst dem Intellektualismus der Aufklärung, soweit dieser wiederum auf der Durchbildung und den Anfängen des Naturrechts beruht: von Rotteck und Welcker reichen die Fäden hier rückwärts bis Grotius und Althus und von diesen wiederum noch über so hohe, aber ferne Verwandte wie den Verfasser des Defensor pacis hinauf bis zu den ersten Spuren naturrechtlicher Lehren etwa bei einem Manegold von Lautenbach: einem Zeitgenossen jener Staatskirchenkämpfe des 11. Jahrhunderts, in denen auch erste Wurzeln des Klerikalismus zu suchen sind. So alte Feinde sind in einiger Hinsicht nationalliberale Partei und Zentrum.

Gewiß hat die Aufklärung im späteren Liberalismus manche Abwandlung erfahren: das Ideal des Glückes und der Bewegungsfreiheit der einzelnen Staatsbürger wird nicht mehr individualistisch-uniform gesucht, sondern subjektiv-organisch, und darum wird dem staatlichen Souverän das Mitbestimmungsrecht der Untertanen zur Seite gestellt:

— allein der alte aufklärerische Zug hat sich, vor allem in der Durchbildung der Einzelforderungen des Liberalismus, trotzdem erhalten und ist auch heute selbst in seiner besonderen Neigung zu doktrinärer Durchbildung noch keineswegs erloschen.

Und sind etwa die konservativen Parteien der ideologischen Grundlage völlig bar? Man lasse sich nicht durch den Lärm der Agrarier täuschen. Wo das alte Junkertum haust und seine bescheidenen Schlösser aus dem Grün der Gärten und dem Rot der Wirtschaftsgebäude des Rittergutes zum Himmel aufschauen auf den weitgestreckten Ebenen des Ostens, und nicht minder, wo in hochragenden Burgen des Westens noch alter Adel und Reichsritterschaft horsten, da gilt im entscheidenden Augenblick noch immer die einfache und zusatzlose Devise: Mit Gott für König und Vaterland. Die Anlehnung an die Kirche, nicht selten auf protestantischem Boden auch ihre Beherrschung geht dabei bis ins 16. Jahrhundert zurück; und fromme Wünsche eines patriarchalischen Absolutismus, wie ihn die Reformatoren systematisch lehrten, bilden noch heute den untersten Grund konservativ-politischer Gesinnung.

Was aber für die Konservativen gilt, besteht auch für ihren polaren Gegensatz, die Sozialdemokratie, zu Recht. Ja gerade diese Partei krankt fast noch mehr an einem Übermaß völlig ideologischen und vielfach ebenfalls rein doktrinär durchgebildeten Einschusses. Innerlich Erbin aller sozialistischen Utopien der deutschen Frühzeit, von der Stellinga des 9. Jahrhunderts hin bis zu den Lehren des Bauernkrieges und den letzten sozialistischen Ausbildungen der mittelalterlichen Kaisersage, äußerlich angeschlossen an den Verlauf aller jener Träume von Freiheit und Gleichheit, die von der französischen Revolution ausgingen und vom St.-Simonismus zuerst ins Gesellschaftliche übertragen wurden, in der offiziellen Form ihres Denkens noch immer in den Bahnen von Marx wandelnd, der seinerseits den Hegelschen Dialektizismus, verbunden mit Owenschem Idea-

lismus, als eine letzte und späte Form der Scholastik fortsetzte, ist sie recht eigentlich ein Beweis dafür, daß Parteien selbst dann abstrakt ausgestattet sein können, wenn sie im wesentlichen junge Erzeugnisse eines einzigen, bestimmten Standes sind.

Was aber diese ideologischen Bestandteile aller Parteien wiederum unter sich als ein Gemeinsames verbindet, das ist die Erscheinung, daß sie, so verschiedenen Ursprungs sie auch sein mögen, doch alle den Typ und Ton der subjektivistischen Seelenstimmung des 19. Jahrhunderts angenommen haben. So hat der alte Klerikalismus die Romantik passiert und die liberalistischen Einwirkungen des Jahres 1848, so unterscheidet sich der moderne Liberalismus trotz allem durch seine subjektivistischen Ideale der Staatsverfassungsform im Sinne einer konstitutionellen Monarchie oder einer repräsentativen Republik deutlich von der Aufklärung des 18. Jahrhunderts, so haben die konservativen Parteien den Feudalismus aufgegeben und wurzeln in dem auch von ihnen kaum noch bestrittenen Gedanken der konstitutionellen Monarchie; und so ist erst recht die Sozialdemokratie mit ihrem höchsten Ideal, das jedem das volle Ausleben seiner Persönlichkeit auf Grund einer neuen Verteilung der Produktionsmittel ermöglichen soll, ein Kind des 19. Jahrhunderts.

Trotzdem kann kein Zweifel darüber obwalten, daß alle diese Parteien, vom Standpunkte der Strömungen jüngster Gegenwart aus betrachtet, veraltet erscheinen: in ihrer Art von Ideologie, ihrem hergebrachten Doktrinarismus haftet ihnen ein Element an, das einer modernen politischen Haltung vielfach nicht kongenial erscheinen will.

Oder hätte der Utopismus der Sozialdemokraten, der Klerikalismus des Zentrums, der Legitimismus der Konservativen, der Rechtsstaatsgedanke der Liberalen nicht in der Tat in mancher Hinsicht einen etwas verlebten Charakter? Und könnte man nicht in besonders modernen Kreisen mit einiger Übertreibung wirklich von ihnen sagen, sie seien im

Grunde vielleicht einmal modern gewesen im 19. und 18. Jahrhundert, im 17. bis 14. Jahrhundert, im 13. bis 11. Jahrhundert und, soweit die Sozialdemokratie in Betracht kommt, — vielleicht! — in der Urzeit?

Moderne Parteien also und alte Programme! Wir stoßen hier auf eine Antinomie der Entwicklung, die doch, auch ganz allgemein genommen, eigentlich nichts Verwunderliches hat. Denn was heißt am Ende innere Politik? Hinaustreten ins öffentliche Leben mit einem klaren Bewußtsein der bestehenden Kulturhöhe und der Anforderungen, die aus dieser für die Zukunft abzuleiten sind, — und Umschaffen dieser Anforderungen zu Wirklichkeiten in der Behandlung der gesellschaftlichen Fortbildung: das ist innere Politik. Kann nun eine solche Aufgabe durch eine Partei an sich überhaupt gelöst werden? Niemals. Nur ein Individuum vermag es, eine in sich geschlossene Persönlichkeit, der sich die Forderungen der Zeit jeden Morgen zu einem neuen, künstlerisch abgerundeten Bilde zusammensetzen, — ein Staatsmann großen Stiles: eine Partei, eine Mehrheit von Personen, ist viel zu schwerfällig für solche Aufgaben. Darum bedürfen Parteien, falls sie regieren, großer politischer Personen und werden ohne diese am Staatsruder nichtig. Gewiß können Parteien ganz im allgemeinen den Kurs als glücklich gesetzte Seezeichen begrenzen, können warnen und mahnen, können verschiedene Direktiven geben, deren Komponente der Staatsmann zu suchen hat: aber das gemeinsame Ziel in der Ferne zu erspähen, festzuhalten, zu wechseln je nach der Gunst des zurückgelegten und den Aussichten des kommenden Tages vermögen sie nicht. So sind sie wohl die Hälfte gleichsam der inneren Entwicklung, ja mehr, insofern sie die allgemeinen Schranken des Zukünftigen ziehen; aber die Sorge für die andere Hälfte der Entwicklung bleibt dem Staatsmann, mag er nun beherrschend innerhalb einer Partei stehen oder über ihr.

Freilich: bestimmt nun etwa der Staatsmann von sich aus den Rest? Verwegene Auffassung, Empörung gegen

den Geist der Geschichte, es anzunehmen. Nicht die Willkür, sondern der Instinkt des Kommenden, die Witterung der Zukunft, das unbewußte Erfassen der großen Entwicklungsmotive und Entfaltungsgesetze menschlicher Gemeinschaften bildet den Staatsmann. Das ist es, was Bismarck veranlaßte, für eine der wichtigsten Perioden seiner Lebensgeschichte die Worte: unda fert nec regitur als Maxime des Handelns und Motto zugleich des Rückblicks zu prägen.

Mit der geschilderten Rolle der Parteien aber hängt es zusammen, daß sie nur selten und ausnahmsweise, dann, wenn sie in den leitenden Staatsmännern aufgehen, jene Kulturideale vertreten, die jeden Tag mit uns neu geboren werden: in wesentlichen Teilen ihrer Funktion dagegen beharrende Mächte sind und, eine sehr notwendige Tätigkeit zur Aufrechterhaltung des geschichtlichen Zusammenhanges, die Ideale der Vergangenheit der Gegenwart weitervermitteln.

Trifft nun diese Charakteristik im allgemeinen für bestimmte Seiten eines jeden Parteilebens zu, so läßt sich doch nicht verkennen, daß der beharrende Zug in den deutschen Parteien der vierziger bis sechziger und auch noch siebziger und achtziger Jahre trotz alles scheinbar fortschrittlichen Drängens in besonders hohem Grade ausgebildet war: sie standen fast durchweg mit mehr als einem Fuße in gewissen Ideologien und damit in einem gewissen Doktrinarismus der Vergangenheit; die politischen Ereignisse schon von 1830 und 1848 und dann vornehmlich von 1866 und 1870 mit ihren dauernden und vielfach alsbald durchaus offenkundigen Folgen überraschten sie: und keineswegs alsbald wußten sie sich in neue Lagen zu finden.

Später indes eröffnete sich ihnen, nach weit zurückreichenden zögernden Anfängen, doch, abgesehen von verhältnismäßig unbedeutenden und kleinen Parteisekten, der notwendige Weg zu einem gewissen Umdenken: sie paßten sich schließlich den neuen Tatsachen und Entwicklungen an, und sie wurden dadurch konkreter, realistischer: an Stelle

der alten Ideologien traten praktischere, gesellschaftliche, soziologische, schließlich rein wirtschaftliche Ideale: das Zeitalter der alten Weise der Parteibildung wurde in langsamem und oft zunächst recht verborgenem Umschwung abgelöst durch ein Zeitalter neuer Bildungsart, dessen Ziele den Zeitgenossen schließlich oft nur zu konkret, zu sehr von partikularer Interessenpolitik beherrscht zu sein schienen. Es ist die Wendung, die vor allem geschildert sein will, soll das deutsche Parteileben des ausgehenden 19. Jahrhunderts verstanden werden.

Die alten Parteien wurzelten, am deutlichsten in dem wichtigsten aller Gegensätze, in dem zwischen Demokratismus und Autoritarismus (Liberalismus und Konservatismus) in einer Zeit, welche ein bewußt soziales Dasein im Sinne der letzten drei bis vier Jahrzehnte überhaupt noch nicht geführt hatte. Dazu beruhten die Anfänge dieser Parteien viel zu sehr auf einer teilweise uralten und darum unbewußt gewordenen sozialen Schichtenbildung, dem Aufbau der Nation in den Ständen von Bauer, Bürger und Edelmann. Zudem: wer weiß nicht, wie der Absolutismus namentlich auch des 18. Jahrhunderts noch alles aufzulösen gesucht hatte, was sich von altem assoziativen, korporativen Leben des Mittelalters etwa erhalten hatte? Man kannte in dieser Zeit grundsätzlich nur noch das Individuum als konstituierendes Element der Staatsbildung.

Wenn nun aus diesem Zustande heraus die ersten Erscheinungen eines anders gearteten, bewußt assoziativen Lebens seit Mitte des 18. Jahrhunderts in der seelischen Entwicklung der subjektivistischen Zeiten emportauchten, so war es klar, daß sie für ihr anders, nämlich sozialer charakterisiertes staatliches Denken zunächst in den Ansichten der Vergangenheit wie in der allgemeinen sozialen Lage und Betrachtungsweise der Gegenwart kaum einen Anhalt fanden. Ganz augenscheinlich tritt das z. B. hervor in dem Bereiche des Einflusses von Rousseau in Deutschland: man wollte in diesen Kreisen gewiß eine gesellschaftliche,

eine organische Staatslehre; aber da man keine Gesellschaftsformen unterhalb der staatlichen Gesellschaft vorfand, aus deren Kombination ein organischer Aufbau des Staates hätte entwickelt werden können, so blieb man gleichwohl auf die mechanische Zusammenfügung isolierter Individuen angewiesen. Indem dies nun der Fall war, suchte man eine organische Staatsverfassung entweder in der Vergangenheit, wo man dann den wunderlichen Gedanken eines Wiederauflebenlassens der Staatsformen dieser Vergangenheit faßte: romantische Restauration, Feudalismus und teilweise Legitimismus; oder aber man nahm das individualistisch-politische System der Aufklärung mit seinen rein intellektuellen Lösungen der Staatsprobleme denn doch mit hinüber in das 19. Jahrhundert, verquickte es jetzt aber mit einer organischeren Auffassung der Staatsform: Demokratismus im engeren Sinne und konstitutioneller Liberalismus entstanden.

Aus diesen nebelhaften Anfängen, denen praktisch dämmerige und nicht klar umschriebene kosmopolitische Liebhabereien an Stelle einer naiven und starken Vaterlandsliebe zur Seite gingen, konnte man nur dadurch langsam herauskommen, daß statt parteipolitischer Strömungen wirkliche Parteien gebildet und diese Parteien dann vor allem zu wirklich praktischer Arbeit in konkreten Staatswesen berufen wurden.

Hierzu boten nun die kleinen konstitutionellen Staaten der Zeit von 1815 bis 1848 den ersten Anlaß. Und nicht ohne Erfolg schritt man vorwärts. Nicht bloß die äußeren Formen des Parteiwesens wurden jetzt entwickelt; darüber hinaus tauchten auch allenthalben die primitiven Gegensätze von Fortschritt und Beharren, an praktischen Zielen gemessen, auf, und im allgemeinen begannen die Ideale des Fortschrittes sich zu verwirklichen, wenn auch noch zum guten Teile in dem intellektualistischen Sinne der Aufklärung: es ist die Zeit der Entwicklung des Rechtsstaats.

Eine Sozialisierung der Parteien im großen dagegen,

ein Eintritt der Parteien in die ständige und ausführliche Behandlung sozialer Probleme von den praktischen Gesichtspunkten eines bestimmten Standes aus konnte doch erst mit deren voller Nationalisierung in Frage kommen: — denn welche Form der Gesellschaft ist größer und vor allem stärker politisch-praktisch bildend als die des nationalen Staates?

Nun darf man nicht denken, daß der Gedanke der nationalen Einheit in dem Geschlechte der zwanziger und dreißiger Jahre, soweit es politisch interessiert war, besonders stark gewaltet hätte. Gewiß: die Freiheitskriege hatten wenigstens einen Teil des Volkes zu hohem praktischen Patriotismus aufgerüttelt; nach 1813 hatte man neben der politischen Volkseinheit sogar das Elsaß gefordert, und Dichter wie Max von Schenkendorf, denen sich Ideal und Wirklichkeit vermischten, hatten schon damals versinken wollen in des Vaterlandes Herrlichkeit. Allein diese Stimmungen waren praktisch ergebnislos geblieben; zudem hatte man die Einheit im Deutschen Bund; und die bösen Erfahrungen mit diesem waren für die Mehrheit der Nation erst noch zu machen. So blieb denn bis zu Goethes Tode und darüber hinaus die kosmopolitische Tendenz bestehen, und die politische Publizistik erschien zum großen Teile befruchtet von Franzosen und Juden. Auch das junge Deutschland der dreißiger Jahre, das den politischen und vor allem den sozialen Schäden schon ernster auf den Leib zu rücken begann als der kleinstaatliche Liberalismus, zeigte gleichwohl zumeist nur verstreute Spuren nationalen Sinnes. Voller ertönten nationale Akkorde und damit Forderungen einer wahrhaften nationalen Einheit im Gegensatze zu dem Bundesjammer erst seit den vierziger Jahren: und hier zunächst am lautesten in den radikalen Kreisen in Verbindung mit sehr nebelhaften Träumen einer künftigen nationalen Republik. Das ist der Zusammenhang, aus dem heraus Herman Grimm hat schreiben können[1]: „Es gab keine

[1] Deutchse Rundschau 22, 4, S. 112 und 106—7.

Geschichtschreiber in meinen Jugendzeiten, an denen man sich hätte begeistern oder nur trösten können. Dies einer der Gründe, weshalb die Geschichte des Altertums allein als Geschichte galt." Und weiter: „Die Auffassung des Geschehenen ging früher nicht voll aus dem nationalen Bewußtsein hervor. Wenige große Männer nur sind hier ausgenommen, die deshalb auch genugsam von ihren sogenannten Fachgenossen verketzert wurden. Jakob Grimm und Gervinus seien hier allein genannt."

Man vergegenwärtige sich diese Lage, um die Bedeutung des Jahres 1848 zu ermessen. Jetzt erst kam die Idee einer mächtigen zukünftigen Einheit über die Nation, um von nun ab Bestandteil jedes glühenden Empfindens zu werden und nie wieder zu verschwinden: der Bewegung des Jahres 1848 folgte der lebendige nationale Anteil an der schleswig-holsteinschen Frage, folgten kleindeutscher National- und großdeutscher Reformverein und die kräftigen Ausbrüche des Einheitsstrebens in der Feier des hundertjährigen Geburtstages Schillers sowie des fünfzigjährigen Gedenktages der Schlacht bei Leipzig: bis die Jahre der Kriege hereinbrachen und das neue Reich entstehen sahen aus Waffengeklirr und Bruderblut.

Das ist der Gang der Ereignisse gewesen, der die Parteien sozusagen erst zu konkretisieren begonnen hat, der die Fassung der Parteiprogramme in den nationalen Gedanken einschloß und jedem kosmopolitischen Intellektualismus enthob, der den Parteibestrebungen die unverlierbare Begrenzung gab auf die nationale Gesellschaft.

In dieser nationalen Bewegung erwuchs aber zugleich ein zweites Element, das die Parteien konkretisierte: das allgemeine Wahlrecht. Es ist bekannt, wie es, im Jahre 1848 als klares politisches Ziel aufgestellt, einen Teil bildete auch der kriegerisch-diplomatischen Einheitsbewegung, die Preußen nach dem Fehlschlage im Beginn der fünfziger Jahre seit etwa 1863 wieder aufnahm, während es im Jahre 1848 ein Ideal zunächst der Demokratie gewesen

war; von beiden Seiten, der demokratischen wie der autoritären, wurde es also schließlich der Nation zugeführt. Verkannt aber kann nicht werden, daß es seinem Wesen nach zunächst demokratisch ist und so auch wirkte. Staatlich anerkannt und eingeführt, zwang es alle Parteien nunmehr, mit „jedermann aus dem Volke" zu rechnen, sich aufs allseitigste und zugleich auch intensivste einzuordnen in die Bedürfnisse jedes Teiles der nationalen Gesellschaft.

In der Tat gibt es seit 1866 und 1870 keine Partei, die nicht starke demokratische Züge angenommen hätte, wenigstens soweit diese eine Einordnung in das Ganze der Nation bedeuten: von den Sozialdemokraten an, für die sich dieser Charakter von selbst versteht, bis zu den Konservativ-Feudalen, die im Wahlgang dem Bruder Bauer die Hand drücken, und zu den Zentrumsleuten, deren Frömmigkeit den Charakter klerikaler Massenerscheinung aufweist.

Und so war denn dies das Ergebnis der Entwicklung, wie sie sich seit 1848 klar abzeichnete: auf dem Wege, aus intellektualistischen und doktrinären Höhen heraus sozialisiert zu werden, sind die Parteien zunächst, unter Aufgabe ihres Kosmopolitismus und ihres mehr aristokratisch zurückhaltenden Wesens, nationalisiert und demokratisiert worden.

Und hingen denn am Ende Nation und Demokratie nicht aufs engste zusammen? Eine geeinte Nation kann in einem Zeitalter subjektivistischen Seelenlebens nicht anders leben als demokratisch: denn ihr Grundstreben in einer solchen Zeit muß sein, ein jegliches Individuum jenes höchste, ihm noch eben zugängliche Kraftmaß erreichen zu lassen, dessen es zu vollem Leben als Subjekt, als Herrscher in seinem Kreise und in seiner Umwelt bedarf.

* * *

Hatte die Zeit vor und nach 1848 ihren Idealen wie ihren schließlich eintretenden Ergebnissen nach die Nationalisierung und Demokratisierung der Parteien gebracht, so

ist die Folgezeit dadurch wichtig geworden, daß sie die Parteien im engeren Sinne des Wortes sozialisierte: d. h. immer enger an den Verlauf der gewaltigen, seit den fünfziger Jahren einsetzenden wirtschaftlichen und sozialen Umbildungen und nicht zum geringsten unmittelbar an die Interessen und das Schicksal gewisser Stände anschloß. Vor allem gilt dies für die Liberalen und die Konservativen, in gewissem Sinne auch, wie wir sehen werden, für das Zentrum; als eine soziale Partei an sich ist von vornherein die Sozialdemokratie — trotz aller Utopien — emporgekommen.

Die ersten Schritte zur Sozialisierung der liberalen und konservativen Partei führen in die fünfziger Jahre.

Gewiß war konservative Gesinnung schon in der ganzen ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts im allgemeinen Kennzeichen gewisser Stände, vor allem des niederen und hohen Adels. Waren doch dem hohen Adel, insofern man hierunter die Mediatisierten begreift, in einem besonderen Artikel der Deutschen Bundesakte sogar noch starke geburtsrechtliche Privilegien gewahrt geblieben: so daß hier noch ein Geburtsstand und mit ihm natürlich in der Regel auch eine bestimmte anererbte Gesinnung aus sozialer Vorzeit in ein Jahrhundert der Berufsstände hineinragte. Und diese Privilegien sind dem hohen Adel, nach vorübergehenden Schwankungen in den Revolutionsjahren, im allgemeinen noch bis in die Gegenwart gewahrt geblieben, wenn er auch durch eine Verengerung des Begriffs der Ebenbürtigkeit innerhalb der noch regierenden Fürstengeschlechter an Bedeutung verloren hat und verliert. So begreift es sich, wenn er mit wenigen Ausnahmen heute noch ständig konservative Gesinnung hegt. Aber auch der niedere Adel war und ist im allgemeinen konservativ gesinnt. Waren hierfür weniger Geburtsgründe ausschlaggebend, so um so mehr Motive eines mit der Geburt vielfach verknüpften Berufsstandes: fast in ganz Deutschland lieferte der Adel die Offiziere und die leitenden Beamten der allgemeinen Landesverwaltung.

Es sind Zusammenhänge, die ebenfalls noch bis auf den heutigen Tag kräftig fortwirken. Wohl ist der niedere Adel neuerdings mit Angehörigen des wohlhabenden Bürgertums stärker als früher vermischt worden. Aber das hat ihm seine auf begrenzter Berufsstellung beruhende konservative Lebenshaltung nur wenig geraubt. Während die Bürgerlichen in die Fachverwaltungen wie im Heere in die Artillerie stark eingedrungen sind, steht der Adel noch immer an der Spitze der alten Waffen und der allgemeinen Verwaltung; und in Preußen sucht er demgemäß vor allem die Ministerstellen des Krieges und des Innern mit Zähigkeit für seine Angehörigen festzuhalten. Dazu kommen seine lebhaften Beziehungen zu den Höfen, — Beziehungen, die zumeist stärker sind als die des hohen Adels. Und so hat weder Verfassung noch langjährige liberale Gesetzgebung, noch auch die für die Verwaltung eingeführte Rechtskontrolle bisher Übergewichtsstellung und konservative Gesinnung des niederen Adels zu erschüttern vermocht.

Hat man es daher für den hohen wie den niederen Adel mit einem sozial fundierten Konservatismus zu tun, der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts längst vorhanden war, so fehlte dieser Gesinnung doch, um sozial scharf charakterisiert zu sein, in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts noch das Gegengewicht, nämlich die Erscheinung, daß auch die liberale Gesinnung schärfer sozial begrenzt gewesen wäre. Für sie galt vielmehr, daß sie Angehörigen sehr verschiedener Schichten, darunter auch nicht wenigen Adeligen, gemeinsam war, wenn sie auch schon gewisse bürgerliche Züge aufwies: noch immer klebte ihr etwas von dem Wesen der Aufklärung und des Klassizismus an, die im 18. Jahrhundert Gemeingut aller „Gebildeten" gewesen oder später wenigstens geworden waren.

Diese besondere Stellung des Liberalismus begann sich nun seit den fünfziger Jahren zu ändern. Grund hierfür war der Verlauf der deutschen Revolutionen und der deutschen Einheitsbewegung.

Die territorialen Revolutionen scheiterten bekanntlich insofern, als es nirgends zur Verwirklichung ihrer extremen, republikanischen Ziele kam. Doch brachten sie immerhin eine erweiterte Verwirklichung der demokratischen Ideale selbst in den deutschen Großstaaten, in Preußen die Verfassung, in Österreich die Verfassungsexperimente der fünfziger und sechziger Jahre. Es war im ganzen und großen eine gewichtige Verstärkung des gemäßigten Liberalismus — trotz aller Reaktion der fünfziger Jahre.

Weniger günstig verlief die deutsche Einheitsbewegung. Gewiß hat sie die wertvollsten Bausteine zur Verfassung des heutigen Reiches geliefert; wir werden davon später hören [1]. Aber zunächst war sie kurzweg gescheitert; und dieser Ausgang trat um so entschiedener hervor, als auch die von Preußen eingeleitete diplomatische Einheitsbewegung mit den Tagen von Olmütz aufs trübste abschloß. Erst gegen Ende der fünfziger Jahre, etwa mit der Gründung des Nationalvereins im Jahre 1859, kam wieder Leben und Hoffnung in die Patrioten der deutschen Bewegung. Vorläufig aber herrschte Verzicht und pessimistische Stimmung.

Unter diesen Umständen zog sich das öffentliche Leben vornehmlich in die Einzelstaaten zurück: und hier entwickelte sich nun der Gegensatz des Liberalismus und Konservatismus zu einer Schärfe, die man früher so auffallend und so allgemein kaum erlebt hatte: der Konservatismus nahm noch einmal fast feudale Formen an und verband sich aufs engste mit der kirchlichen Orthodoxie; der Liberalismus artete ins Radikale ab und geriet in Fühlung mit dem Materialismus und Pessimismus der Jahrzehnte zwischen 1850 und 1870. Indem dies aber geschah, trat in der Enge der Einzelstaaten, in denen kein großes gemeinsames Ziel, wie es die nationale Einheit gewesen war, die Parteien zusammenhielt, mit der festeren Abgrenzung der Parteirahmen zugleich eine stärkere

[1] S. unten S. 178.

Sozialisierung der Parteien ein: die Konservativen waren jetzt wirklich fast ausschließlich die Adeligen, die Geistlichkeit, der befestigte Grundbesitz; der Liberalismus wurde immer mehr zum ständigen Ausdruck der politischen Gesinnungen des Bürgertums. Und es stellte sich eine Reihe von Ereignissen ein, in denen diese leise und unvermerkt erfolgende Wendung schließlich ihre offenen Exponenten fand. Dahin gehört der Verlauf vor allem der inneren Politik in dem Preußen Friedrich Wilhelms IV., innerhalb dessen die Konservativen als geistlicher und adeliger Stand das Königtum zu bevormunden begannen, während die Reaktion in Österreich vielmehr zur Stärkung der Krone und selbst zu einem letzten Versuch des Absolutismus unter Schwächung des Adels geführt hat; dahin gewisse innere Streitigkeiten vornehmlich in Mecklenburg-Schwerin, Hannover und auch Kurhessen, die schließlich an den Bundestag zur Entscheidung gelangten, und in denen der Gegensatz zwischen Adel und Bourgeoisie parteipolitisch klar verkörpert zutage trat.

Im ganzen läßt sich sagen, daß etwa seit den sechziger Jahren der Liberalismus als vornehmlich bürgerlich gelten konnte. Und indem diese Sozialisierung des Liberalismus einzutreten begann, wurde dessen Schicksal natürlich mehr oder weniger — wenngleich nicht aufs allerengste: denn immer noch verblieben liberale Elemente außerhalb der bürgerlichen Kreise — mit dem Schicksal des Bürgertums verknüpft.

Nun ging aber gerade das Bürgertum seit den fünfziger und sechziger Jahren den schwersten inneren Wandlungen entgegen und gestaltete sich in dem letzten Menschenalter des 19. Jahrhunderts, in den außerordentlichen sozialen Wandlungen der Nation innerhalb des neuen Reiches, vollständig um. Gewisse Schichten, die bisher voll zu ihm gerechnet worden waren, insbesondere die der Handwerker, sanken; andere — alles das, was der freien Unternehmung des neuen Wirtschaftslebens erfolgreich huldigte, stieg; ein

gewisser Rest hielt sich, nicht ohne zu verknöchern, im ganzen auf dem alten Stand: und indem dabei für die positiven Veränderungen vor allem Motive des Wirtschaftslebens in Betracht kamen und darum die soziale Bühne in voller Breite einnahmen, traten die alten kopfarbeitenden Kreise des Bürgertums sozialgeschichtlich in den Hintergrund.

Diesen Vorgängen und Strömungen folgte nun der Liberalismus. Die systematischen, rein politischen, ideologischen Seiten seines Programms traten immer mehr zurück; wesentlich nach wirtschaftlich-sozialen Motiven begann er als politischer Körper zu handeln. Und dabei bildeten sich denn im ganzen schließlich drei Strömungen aus. Die eine umfaßte die Handwerksparteien: der Hauptsache nach ohnmächtig gegenüber den reißenden Fortschritten des modernen Wirtschaftslebens in der Richtung der ihnen feindlichen freien Unternehmung, gaben sie die Fühlung mit dem Liberalismus als einem Vertreter des Prinzips freien Wettbewerbes schließlich vielfach auf und sahen sich in ihrer veraltenden Stellung allmählich immer mehr an die Seite der konservativen Parteien gedrängt. Eine zweite Strömung umfaßte der Hauptmasse nach die innerlich am wenigsten veränderten Reste des alten Bürgertums mit ihrem Festhalten an politischen Ideologien: aus ihnen heraus entfalteten sich die modernen linksliberalen Parteien. Dabei war denn freilich im einzelnen eine sehr verschiedenartige Fortbildung möglich, je nachdem das demokratische Prinzip der alten Doktrin in den Vordergrund gestellt wurde, von wo aus der Übergang zu staatssozialistischen Anschauungen leicht war, oder vielmehr die wirtschaftliche Konsequenz des politischen Liberalismus in der Richtung des freien Wettbewerbes betont wurde: was zu freihändlerischen Doktrinen und zur Auffüllung des Parteikörpers durch Vertreter vornehmlich des Handels führen konnte.

Eine dritte Strömung endlich, die sich auf lange hin als die eigentlich entscheidende erwies, brachte dem Liberalismus das Element des Unternehmertums nahe. Es war die

natürlichste von der Welt: indem eben mit die lebendigsten Vertreter der großen liberalen Ideale, der Einheit und der Freiheit der Nation, zugleich dem modernen Wirtschaftsleben angehörten, es durchbildeten und beherrschten, zog das Gros des Liberalismus den von ihnen eingeschlagenen Weg schließlich auch parteipolitisch nach: auf diesen Zusammenhängen beruht zum großen Teile Verdienst und Schicksal des Nationalliberalismus.

Beleben wir dies Bild der allgemeinen Entwicklung durch Mitteilung der wichtigsten Einzelvorgänge, soweit Linksliberalismus und Nationalliberalismus in Betracht kommen, so ergibt sich etwa das folgende.

Die norddeutschen Linksliberalen, die sich namentlich zu Anfang der achtziger Jahre noch einmal zu größerer Bedeutung erhoben, blieben im allgemeinen ihrem alten, rein politischen Programm des Liberalismus getreu. Wie sie sich zwar fast durchweg aus dem Bürgertum, aber im einzelnen oft noch aus relativ verschiedenen Schichten desselben rekrutieren, so haben sie sich von den sozialen Strömungen am wenigsten beeinflussen lassen: die freisinnige Volkspartei hat erst auf ihrem Tage zu Eisenach (September 1894) sozialpolitische Forderungen aufgenommen, das Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren zum Beispiel, dann den neunstündigen Maximalarbeitstag, eine Revision der Arbeiterversicherungsgesetze und anderes mehr. Im allgemeinen bildeten sie bis etwa zum Jahre 1907 mehr als irgendeine andere Partei noch „rein politische" Parteien im alten Sinne und lebten noch vielfach des Glaubens, daß das Schwergewicht der parlamentarischen Kämpfe jetzt wie einst — etwa in der preußischen Konfliktszeit — in den rein politischen Machtfragen liege. Diese Auffassung führte sie dann schon seit 1870 vielfach auf den Boden der bloßen Verneinung und hat sie damit zur Untätigkeit verurteilt.

Vielfach anders entwickelte sich der Linksliberalismus der süddeutschen Demokratie. Diese Demokratie trieb vor allem in Württemberg ihre Wurzeln; Schwaben hat schon

in den Zeiten der Aufklärung und nicht minder später eine besondere, von der allgemeinen deutschen Parteigeschichte abweichende Entwicklung gehabt, die der Fortdauer demokratischer Tendenzen günstig war. Dabei handelte es sich denn aber nach 1850 je länger je mehr nicht so sehr um einen ziemlich verblasenen Republikanismus, wie er anfangs nicht selten war, als um einen besonders ausgesprochenen Liberalismus. Einen Aufschwung nahm diese Parteirichtung zunächst in den sechziger Jahren, wo sie sich in vieler Hinsicht mit partikularistischen und preußenfeindlichen Strömungen verquickte; den Höhepunkt bezeichnete damals wohl der Stuttgarter Kongreß vom September 1868, auf dem, zugleich unter Einbeziehung der norddeutschen Reste verwandter Auffassung, eine neue Konstituierung unter Führung von Johann Jakoby, Sonnemann und Haußmann stattfand. Bei dieser Haltung begreift es sich denn, wenn die Partei durch die Ereignisse der Jahre 1870—71 zunächst fast vernichtet wurde. Aber seit Mitte der siebziger Jahre begann sie sich, zunächst in Württemberg, zu erholen, um schließlich auf diesem engeren Boden im Jahre 1895 zur stärksten Partei anzuschwellen. Und zugleich drang sie nun auch in den Reichstag ein und faßte an den verschiedensten Stellen Süddeutschlands, so auch in Bayern, wieder stärkeren Fuß. Publizistisch wird sie namentlich durch die „Frankfurter Zeitung", den „Stuttgarter Beobachter", die „Neue Badische Landeszeitung", den „Fränkischen Kurier", neuerdings auch das „Würzburger Journal" und die „Straßburger Neue Zeitung" vertreten: Blätter, deren Titel im ganzen zugleich die Hauptstellen ihres allgemeinen Einflusses in der Gegenwart bezeichnen.

Das Besondere dieser Partei war, daß sie sich, entgegen dem norddeutschen Linksliberalismus, von dem alten Programm eines allgemeinen Liberalismus her den sozialen Forderungen der jüngsten Vergangenheit mit offenem Ohre näherte: eine Abweichung, in der sich der stärkere und ältere demokratische Zug des süddeutschen und vor allem des

württembergischen Parteiwesens widerspiegelt. Freilich ist die Partei dadurch mit ihrem Programme den Zielen der Sozialdemokratie bedenklich nahegerückt, soweit diese Forderungen aufstellt, die zu verwirklichen sind. Sollte sich die Sozialdemokratie auf dem Wege solcher gemäßigter Forderungen weiterentwickeln, so wird eines Tages schwer zu sagen sein, worin sie sich von der süddeutschen Demokratie unterscheidet. Aber auch die von dem norddeutschen Linksliberalismus trennenden Elemente werden schwach sein, sobald dieser in starke positive Arbeit eintritt. Man hat in den losen Möglichkeiten solcher Zusammenhänge die Umrisse einer großen demokratischen Partei der Zukunft sehen wollen; hier wird der ganzen Konstellation und der Vermutung ihres künftigen Eintritts nur gedacht, um die Vergangenheit zu beleuchten: sie zeigt, daß Parteien, die sich nicht mehr auf sehr konkrete soziale Bildungen stützen — und die soziale Grundlage des Linksliberalismus ist nicht mehr klar und im Weichen begriffen —, schwereren Stand haben im Kampfe der Meinungen: es fehlt ihnen die Stützkraft auf das, was man heutzutage soziale Interessen zu nennen pflegt.

Darüber aber, ob jetzt schon ein fester sozialer Untergrund für eine große demokratische Partei vorhanden sei — etwa in gewissen Klassen eines neuen Bürgertums und gewissen aufsteigenden Teilen des vierten Standes[1] —, hat noch nicht der Historiker nachzudenken oder gar zu entscheiden, sondern der Politiker. Politik und Historie aber sind einander nicht, wie man so oft gepredigt hat, Schwestern, sondern Feindinnen und nur sehr entfernte Verwandte. —

Für die Darlegung der Entwicklung der nationalliberalen Partei muß noch einmal bis zum Jahre 1848 zurückgegriffen werden. Das Frankfurter Parlament dieses Jahres kannte zwar die Dreiteilung des Liberalismus, von der wir ausgegangen sind, noch keineswegs; aber doch fanden sich

[1] Vgl. dazu Band I S. 452 ff.

in der Entwicklung der Parteien innerhalb seines Bereiches schon Elemente ein, deren Kenntnis zum Verstehen des Nationalliberalismus wichtig ist. Sieht man von der republikanischen Linken ab, die nach 1850 eigentlich kaum noch Nachfolge gefunden hat, es sei denn in einigen schon längst ausgetrockneten Strömungen vornehmlich der süddeutschen Demokratie, so hatte in diesem Parlament der Liberalismus als größte und wichtigste Parteibildung das Zentrum der Sitze inne und wurde auch hiernach genannt. Allein bald machten sich in diesem Zentrum zwei Schattierungen bemerkbar: ein grundsätzlicher Liberalismus und ein Liberalismus der Kompromisse, und so zerfiel es schließlich, unter tausend Übergängen von dem einen Ton zum anderen, in eine Rechte und eine Linke. Dabei war die Rechte, der Kompromißliberalismus, die Verfechterin des engeren Deutschlands unter preußischer Führung und damit diejenige Parteibildung, deren Ideale seit Mitte der sechziger Jahre der Verwirklichung entgegengingen.

Die nationalliberale Partei des neuen Reiches ist nun nicht etwa in einem direkten Zusammenhange aus dem rechten Zentrum der Nationalversammlung hervorgegangen. Sie war vielmehr anfangs eine preußische Bildung. In Preußen hatte 1859, mit der Entwicklung der neuen Ära, ein gemäßigter Liberalismus, die sogenannte altliberale Partei unter Vincke, die Mehrheit im Abgeordnetenhause. Neben sie trat, mit der Zuspitzung des Verfassungskonfliktes im Verlaufe der ersten Regierungszeit König Wilhelms, eine radikalere, die Fortschrittspartei unter Waldeck, um bald die Mehrheit zu erhalten. Und je stärker der Konflikt wurde, um so mehr sammelten sich in dieser Partei alle liberalen Elemente, radikale wie gemäßigte: so herrschte sie bis 1866. Nach dem Kriege dagegen hörte, vornehmlich infolge der klugen Indemnitätspolitik Bismarcks, der für deutsche Verhältnisse außerordentliche Zug ins Radikale auf; der gemäßigte Liberalismus begann wieder zu überwiegen; und aus dieser Wendung entstand neben der alten

Fortschrittspartei und zum großen Teile auf ihre Kosten nunmehr im Jahre 1867 die nationalliberale Partei.

Indem aber diese Partei sich schon im Norddeutschen Bunde wie später noch mehr im Reiche durch die Anhänger des gemäßigten Liberalismus in den Bundesstaaten erweiterte und die Traditionen der Einheitsbewegung auf ein engeres Deutschland in sich aufnahm, wurde sie ideell doch die Nachfolgerin des rechten Zentrums der Nationalversammlung: und im Wesen ihrer gemäßigten Anschauungen lag es, auch den Kompromißcharakter des rechten Zentrums zu erneuern. Unter diesen Umständen war es natürlich, daß sie, im Verein mit der Regierung, die Entstehungsjahre des jungen Reiches von 1867 bis 1870 und auch noch dessen innere Durchbildung etwa ein Jahrzehnt lang, von 1870 bis 1880, beherrscht hat.

Dann aber, seit etwa 1879, trat eine Zersetzung der Partei ein. Ende August 1880 trennte sich die sogenannte Sezession von ihr ab und verstärkte die bis dahin schwachen linksliberalen Elemente, — die Elemente der Fortschrittspartei, die von Preußen ebenfalls auf das Reich übergegangen, in den Wahlen des Jahres 1878 aber auf 26 Mitglieder gesunken war. Die Folge war jener Aufschwung des Linksliberalismus, von dem schon die Rede gewesen ist. In den Wahlen des Jahres 1881 erhielt die Fortschrittspartei 54 Sitze; die Sezession gewann 46 Mandate; und beide Parteien vereinigten sich nun im März 1884 zur deutsch-freisinnigen Partei. Es waren damals 99 Mitglieder (nach den Neuwahlen von 1884: 65, 1887: 32, 1890: 68). Später wurde der Linksliberalismus dann wieder vornehmlich dadurch geschwächt, daß er sich im Mai 1893 in die zwei Gruppen der freisinnigen Volkspartei unter der Leitung von Richter und der freisinnigen Vereinigung unter der Führung von Rickert trennte. Zudem trat neben den norddeutschen Linksliberalismus immer stärker eine dritte, uns schon genauer bekannte Denomination, die süddeutsche, demokratische.

Was waren nun die inneren Gründe für den Verfall des gemäßigten Liberalismus gegen Ende der siebziger Jahre? Man kann da die besondere Entwicklung des Kulturkampfes anführen oder die Tatsache, daß dieser Liberalimus die wichtigsten Punkte seines Programms in der Reichsgesetzgebung verwirklicht sah, oder tausend andere Dinge: am tiefsten führt gleichwohl die Beobachtung, daß er durch seine stärkere, wenn auch noch nicht vollendete Sozialisierung auf der Grundlage des großbürgerlichen Unternehmertums gegenüber den Problemen der Reichsfinanzreform und Reichszollgesetzgebung in eine widerspruchsvolle Lage gebracht worden war, indem eine Anzahl seiner Parteimitglieder in der Bildung ihrer Meinung noch älteren Idealen der Partei folgten, während andere so stimmten, wie der Partei als einer Partei des großbürgerlichen Unternehmertums zu stimmen gebührt hätte.

Wir erhalten damit in den parlamentarischen Ereignissen des Jahres 1879 einen Einblick in die fortschreitende Sozialisierung der wichtigsten aller liberalen Strömungen auf der Basis der Gesellschaftsentwicklung eines Teiles des Bürgertums zum Großunternehmen, und wir werden gut tun, diesen Sozialisierungsprozeß noch ein wenig näher zu betrachten.

* * *

Die Beeinflussung des parlamentarischen Lebens durch das Unternehmertum beschränkt sich gewiß nicht auf die nationalliberale Partei. Vielmehr wird zu sagen sein, daß es keine Partei gibt, auf die nicht dieser wichtigste Faktor des modernen Wirtschaftslebens aufs tiefste eingewirkt habe, schon dadurch, daß der Geist der Unternehmung das ganze Wirtschaftsleben, auch das agrarische, durchdrang; und selbst die Sozialdemokratie ist hier nicht ausgeschlossen, da sie und ein vierter Stand ohne Unternehmertum überhaupt nicht vorhanden sein würden. Wohlbekannt ist zudem das besondere Ansehen, in dem gewisse Unternehmer im spezifischen

Sinne des Wortes, hervorragende Vertreter industriell-kommerzieller Interessen, in der freikonservativen und der freisinnigen Partei stehen und gestanden haben.

Gleichwohl ist ein besonders enger Zusammenhang zwischen Nationalliberalismus und freier Unternehmung als einem hervorragend ständebildenden Elemente unverkennbar. Im Sommer 1902 brachte ein sächsisches Blatt den folgenden Vorschlag eines Großindustriellen zur Vorbereitung von Reichstagswahlen: „Es möchte ernsthaft erwogen werden, ob nicht die gesamten Arbeitgeber der sächsischen Industrie zu einer gemeinsamen Tagung einzuberufen und zu einer öffentlichen Kundgebung und Stellungnahme zu den Reichstagswahlen zu veranlassen seien". Begründet wurde dieser Vorschlag damit, daß die Unternehmer zumeist durchaus imstande seien, Wahlen nach ihrem Sinne durchzusetzen; und als maßgebend für diesen Sinn erschien dem Verfasser der Standpunkt der nationalliberalen Partei in den gerade aktuellen Fragen. Kann eine stärkere praktische Gleichstellung von Nationalliberalismus und Unternehmertum gedacht werden? Und diese Gleichstellung ist in dem industriellsten Lande des Reiches vorgenommen worden. Die nationalliberale Partei ist auch heutzutage, trotz mancher Beziehungen namentlich auch zu den agrarischen Interessen, doch immer noch im besonderen Sinne eine parteipolitische Vertreterin des Unternehmertums.

Aber lang ist der Weg, auf dem sie diese besondere Art der Sozialisierung erlebt hat.

Von vornherein war der Liberalismus verquickt mit jenem Grundsatz des freien Wettbewerbs, der das A und O der freien Unternehmung bildet: denn dieser Grundsatz ist nur eins der vielen freiheitlichen Prinzipien, deren Aufstellung das Erwachen des politischen Subjektivismus im Beginne des 19. Jahrhunderts begleitet. Da aber dieser Subjektivismus einstweilen siegte — er lag der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung ebenso zugrunde wie dem preußischen Zolltarif von 1818 —, so bedurfte es auch einst-

weilen keiner Einrichtungen, um seine Durchführbarkeit noch besonders nachzuweisen und seine Anwendung zu schützen. Zudem waren die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts noch weit davon entfernt, volkswirtschaftliche Probleme, wohl gar noch in ihren praktischen Beziehungen zur Gegenwart, zum Gegenstande allgemeiner Erörterung zu machen: erst die fünfziger Jahre haben im allgemeinen eine stärkere nationalökonomische Publizistik gezeitigt.

Für die der modernen Wirtschaft näher stehenden Kreise aber, und das heißt vor allem für die Unternehmer, begann sich diese Lage mit etwa Ausgang der dreißiger Jahre zu verschieben. Sie glaubten damals im allgemeinen ihr Gedeihen an das freieste Auswirken aller wirtschaftlichen Kräfte gebunden: das Prinzip vollster Harmonie aller wirtschaftlichen Interessen bei freiestem Wettbewerb, wie es besonders klar der Franzose Bastiat entwickelte, hat noch bis in die siebziger Jahre hinein den Hauptinhalt ihres volkswirtschaftlichen Glaubensbekenntnisses gebildet. Nun trat dem aber seit den vierziger Jahren zum ersten Male in den Lehren Lists von einem System der nationalen Wirtschaft, die ein Programm des Schutzzolls einschlossen, wie in tatsächlichen Bestrebungen auf Erhöhung des Zollvereinstarifes ein gewisser Widerstand entgegen. Das ward zunächst Veranlassung zur förmlichen Durchbildung einer Freihandelslehre, ja noch mehr: eines nationalökonomischen Systems auf der Grundlage absolut freien Wettbewerbs, dessen Prinzip dann die deutsche Wissenschaft bis tief in die sechziger, die deutsche Politik bis gegen Schluß der siebziger Jahre geleitet hat. Kleinen Anfängen in den norddeutschen Freihandelsvereinen der größeren Städte, wie Berlins, Hamburgs, Stettins, folgte in den fünfziger Jahren die Tätigkeit von Volkswirten wie Schulze-Delitzsch und Prince-Smith; besondere Zeitschriften zunächst zur Vertretung der praktischen kommerziellen und industriellen Interessen im Sinne des Freihandels wurden begründet; und im Jahre 1858 gab sich die ganze Richtung in dem volkswirtschaft-

lichen Kongresse, der sich damals zum ersten Male in Gotha vereinigte, eine zentrale Einrichtung, die auf etwa drei Jahrfünfte hin von ausschlaggebender Bedeutung auch für die staatliche Wirtschaftspolitik gewesen ist.

Nun war aber schon diese ganze Richtung aufs engste mit dem Liberalismus und den liberalen Parteien, soweit diese praktische und gemäßigte Politik trieben, verquickt: erschien ihre Theorie zunächst nur als eine besonders entschiedene wirtschaftliche Teillehre der allgemeinen liberalen Doktrin, so waren ihre Vertreter zugleich, soweit sie politisch tätig waren, Mitglieder deutscher Landtage und, soweit sie im praktischen Wirtschaftsleben standen, Unternehmer.

Besonders eng gestaltete sich dieser Zusammenhang seit 1867 für die nationalliberale Partei des norddeutschen und später des deutschen Reichstages. Erinnert man sich, daß um diese Zeit die Nationalliberalen die ausschlaggebende Partei waren und immer mehr wurden, mithin auch maßgebend wurden für den Gang der Gesetzgebung, so braucht man nur die Gesetzesverabschiedungen dieser Jahre zu mustern, um den lebendigsten Eindruck von der Auswirkung der freihändlerischen Richtung der Unternehmer in den Kreisen der nationalliberalen Partei zu empfangen: 1867 Zollvereinigungsgesetz, Freizügigkeit, Konsulatsgesetz, Gesetz über die Nationalität der Kauffahrteischiffe; 1868 einheitliches Maß und Gewicht, Notgewerbegesetz; 1869 Zollgesetz, Gewerbeordnung, Handelsgesetzbuch und Wechselordnung; 1870 Gesetz über Urheberrecht am geistigen Eigentum; 1871 Postgesetz; 1872 Seemannsordnung; 1873 einheitliche Münze, Zolltarifgesetz; 1874 Markenschutz, Strandungsordnung; 1875 Reichsbank, Eisenbahnpostgesetz; 1877 Patentgesetz. Gewiß: diese Gesetze waren alle notwendig; charakteristisch aber ist, daß ihre Notwendigkeit von der herrschenden Partei mehr empfunden wurde als die Notwendigkeit der Verwirklichung solcher liberalen Forderungen, die früher, in den mehr ideologischen und doktrinären und rein politischen Zielen zugewandten Zeiten des Liberalismus,

ganz anders im Vordergrunde gestanden haben würden; weder ein freies Vereinsgesetz z. B. noch ein freies Preßgesetz sind verabschiedet worden. Der Liberalismus, und zwar vornehmlich in seiner gemäßigten Form, war den Anforderungen einer wesentlich wirtschaftlichen Doktrin unterlegen; und diese Doktrin wurde sozial der Hauptsache nach von den Großunternehmern vertreten, wie denn erst sie die Durchbildung der freien Unternehmung ermöglichte. Nicht so ganz mit Unrecht hat man deshalb bei der Bedeutung der nationalliberalen Partei in den sechziger Jahren sagen können, St. Manchester habe als einer der Hauptpaten der Taufe des jungen Reiches beigewohnt.

Während aber die nationalliberale Partei bis in die siebziger Jahre hinein zwar von bestimmten sozialen Strömungen und deren Wirtschaftslehren getragen worden war, diese Lehren aber zugleich auch als die nationalen Wirtschaftslehren schlechthin hatten gelten können, nahte ihr seit Ende der siebziger Jahre, zunächst katastrophisch umstürzend, dann chronisch umwandelnd, noch ein ganz anderes Schicksal.

Die Fortentwicklung der deutschen Wirtschaft lehrte klardenkende Köpfe schon in den sechziger Jahren, daß die vielgerühmte Harmonie der wirtschaftlichen Interessen bei freiem Wettbewerb nicht ohne weiteres eintrete. Friedrich Albert Lange und Lassalle zeigten das Unzulängliche dieser Lehre damals vom Standpunkte des neuentstandenen vierten Standes aus, der Gegenerscheinung zur Entwicklung des Unternehmertums; Rodbertus übte, zunächst von agrarischen Interessen ausgehend, schon länger eine nicht minder einschneidende Kritik. Eine neue deutsche Nationalökonomie erstand auf dem breiten Boden einer umfassenden geschichtlichen Erfahrung, und auch sie nahm gegen die alte Strömung Stellung und begann seit 1872, mit der Begründung des Vereins für Sozialpolitik, praktisch in die Tagesfragen einzugreifen.

Was aber für die nationalliberale Partei bezeichnenderweise verhängnisvoller wurde als diese Wandlungen zunächst

der Lehrmeinung, wie sie auf einer freilich instinktiven, aber klar ausgeprägten Überzeugung von der Unzulänglichkeit eines Wirtschaftslebens rein und ausschließlich der freien Unternehmung beruhten: die Erfahrungen der siebziger Jahre bekehrten wichtige Gruppen der Unternehmer vom Freihandel zum Schutzzoll und machten sie der alten Theorie, die nunmehr als Theorie des Liberalismus schlechthin zu gelten begann, abspenstig. So stand die Partei denn vor einem argen Entweder Oder: hielt sie an der schon ziemlich ausgeprägten sozialen Grundlage ihres Daseins fest, so mußte sie ihre Theorie aufgeben; hielt sie an der Theorie fest, so verlor sie soziale Beziehungen, ohne die sie schon kaum mehr gedacht werden konnte. Die Entscheidung, die bei der Beratung der Gesetze der neuen Schutzzollperiode seit 1879 notwendig wurde, fiel zwiespältig aus: und so schied derjenige kleinere Teil der Partei, der an der alten Lehre festhielt, im allgemeinen aus der Partei aus, um sich den freihändlerischen Linksliberalen zuzuwenden; die Mehrheit aber blieb parteipolitisch innerhalb der gegebenen sozialen Zusammenhänge.

Konnten diese nun aber auch ferner in der hergebrachten Weise, unter noch starkem Überwiegen des alten politischen Liberalismus, aufrechterhalten werden? Sehr bald ergab sich, wer jetzt von den beiden, der Partei und dem sozialen Hintergrunde, der stärkere geworden war; eine Sozialisierung der Partei auf das Unternehmertum hin vollzog sich, wie sie bis dahin in dieser Strenge nicht bestanden hatte. Und schon standen dem Unternehmertum für eine solche Wendung der Dinge die notwendigen Beeinflussungs- und Umklammerungsorgane zur Verfügung.

Seit den sechziger und siebziger Jahren hatten auf deutschem Boden freie Verbände der Unternehmer immer zahlreicher emporzuschießen begonnen. Sie hatten anfangs der Regel nach nur die Beeinflussung gewisser wirtschaftlicher Erscheinungen erstrebt, sowie solcher sozialen Zustände, die unmittelbar mit der einzelnen Unternehmung verknüpft

waren: sie waren Vereine zur Wahrung und Förderung der nächsten eigenen Interessen gewesen, mochten sie nun berufsmäßig oder lokal gegliedert sein. Derartige Verbände waren, um einige der bekanntesten, größten und ältesten zu nennen, im Berg- und Hüttenwesen der Verein für den Oberbergamtsbezirk Dortmund (1858 gegründet), der Verein zu Kattowitz vom Jahre 1861, der Aachener Verein (1870), der Waldenburger (1876), der Siegener Verein (1883). In der Eisengroßindustrie kamen vor allem der „Verein deutscher Eisengießereien“ (1869), der „Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ (1874) und der „Verein deutscher Eisenhüttenleute“ (1880) in Betracht; in der chemischen Industrie der „Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands“ (1877). Außer den genannten entstanden aber bald noch Hunderte von ähnlichen, wenn auch vielfach weniger bedeutenden Vereinen für die verschiedensten Industrien. Und daneben wiesen die Vereine für gewisse Handelsinteressen eine nicht minder stattliche Entwicklung auf; ja deren Geschichte reicht teilweise sogar noch weiter zurück; der älteste große Handelsverein, der „Börsenverein deutscher Buchhändler“, ist schon im Jahre 1825 gegründet worden.

Was nun aber von besonderer Bedeutung war: diese Verbände ließen sich vielfach, und gerade die kräftigsten unter ihnen, bald nicht mehr an einer internen Wirksamkeit genügen. Vielmehr suchten sie die Unternehmerstellung ihrer Mitglieder auf dem Wege der Gesetzgebung zu verbessern, entwickelten also eine Tätigkeit unmittelbar hinein ins Politische. Und dies Moment erhielt um so größere Wichtigkeit, als sie bald nicht mehr vereinzelt nebeneinander standen, sondern zum großen Teil in Zentralvereinen zusammengefaßt wurden, deren Werbkraft natürlich eine verstärkte Wucht hatte derart, daß dem ferner Stehenden heutzutage fast der — falsche — Eindruck erwachsen möchte, als wären diese Unternehmerverbände von vornherein und grundsätzlich dahin organisiert worden, ihren Forderungen

durch zentrale Vereinigungen politischen Nachdruck zu verleihen.

Die älteste dieser zentralen Vereinigungen von fortdauerndem und großem Einfluß war der deutsche Handelstag, der auf Anregung des badischen Handelstages im Mai 1861 gegründet worden ist. Er setzte sich zum Zwecke, „die gemeinsamen Interessen des deutschen Handels- und Industriestandes zur Geltung zu bringen", und er umfaßte schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts wohl so ziemlich alle bedeutenden speziellen Unternehmerverbände sowie die Mehrzahl der deutschen Handelskammern und größeren kaufmännischen Körperschaften. Seine Wirksamkeit war aber schon in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts groß; sie griff weit über das bloß wirtschaftliche Gebiet hinaus in das politische; so ist sie für die Durchführung der Idee des Zollparlamentes von Wichtigkeit gewesen: soweit Bedürfnisse des Handels auf die Einheit Deutschlands hinwiesen, hat er sie in jedem Sinne gefördert.

Neben dieser kommerziellen Interessenvertretung, die man wohl die „Reichshandelskammer" genannt hat, entwickelten sich dann im ersten Jahrzehnt des neuen Reiches auch industrielle Gesamtverbände, die speziell die Interessen der Großproduktion wahrnahmen. In Betracht kommt hier der „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen", der 1871 gegründet wurde, und vor allem der „Zentralverband deutscher Industrieller". Dieser Verband, im Februar 1876 entstanden, hatte von vornherein den Zweck, die „nationale Arbeit zu befördern", und das hieß: gegenüber der liberal-„doktrinären" Behandlung dieser Arbeit im Sinne einer unverbrüchlichen Freihandelstheorie hinzudrängen auf einen stärkeren Schutz dieser „nationalen Arbeit". Und unter der Einwirkung dieses Programms dehnte sich gerade der „Zentralverband deutscher Industrieller" aufs kräftigste aus. Im Jahre 1900 zählte er unter seinen 553 Mitgliedern 62 industrielle Vereine, 24 Handelskammern, 7 Berufsgenossenschaften, 460

Einzelmitglieder. Dabei ging sein Haushalt für das Jahr 1901 mit etwas über 100 000 Mark in Einnahme und Ausgabe auf. Begreiflich daher, daß er eine außerordentliche Wirksamkeit entfaltet hat, wie er sie noch heute entfaltet: durch den Inhalt einer besonderen Zeitschrift, der „Deutschen Industriezeitung", durch Eingaben an die Regierung, durch Initiativanträge und tausend persönliche Verbindungen, vor allem auch durch parteipolitischen Einfluß.

Was nun aber die Wirkung all dieser Zentralstellen nochmals vergrößerte, das war die Erscheinung, daß auch sie in der Regel wiederum noch einmal nach gemeinsamer Beratung und nach vereinbarten Absichten handelten; sehr gern tagten darum ihre Vorstände zu gleicher Zeit und am gleichen Orte, und mit Vorliebe war dieser Ort die Stadt des Reichstages, Berlin: hier fanden sich z. B. gelegentlich wohl die Vorstände des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen von Handel und Gewerbe, des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen und des Vereins für die bergbaulichen Interessen gleichzeitig zusammen.

Die Einwirkung dieser „Vereine mit den langen Namen" auf die Parteien, und an erster Stelle auf die nationalliberale Partei, war lange Zeit hindurch so groß und ist auch heute noch so bedeutend, daß man wohl von einer Sozialisierung vor allem der Nationalliberalen durch das Unternehmertum zu sprechen vermag.

Freilich: der Höhepunkt dieser Entwicklung ist wohl schon überschritten. Entgegen der Annahme des Chemnitzer Industriellen, von dem wir oben hörten[1], daß die Arbeitgeber der Industrie die Wahlstimmen ihrer Arbeiter in Händen hätten, hat sich herausgestellt: diese Heere gehorchen wahlpolitisch keineswegs den Unternehmern; sehr im Gegen-

[1] S. S. 180.

satze zu dem durchschnittlichen herkömmlichen Verhalten der ländlichen Bevölkerung gegenüber den Großgrundbesitzern gehen sie vielmehr ihren eigenen Weg, und dieser Weg ist der Sozialismus. Vermöchte aber eine Partei, wie die der Nationalliberalen, in dauernder Abhängigkeit gehalten zu werden von Mächten, die nicht über zahlreiche Wahlstimmen verfügen?

Die politische Bedeutung des Standes der Großunternehmer, der sich immer mehr zu einer mächtigen Aristokratie ausbildet, ist schon heutzutage schwerlich noch in besonderem Maße in der Herrschaft über eine bestimmte Partei zu suchen und wird auch anscheinend von ihm selbst, seitdem er angefangen hat, politisch zu denken, nicht mehr oder wenigstens nicht mehr ausschließlich in dieser Richtung gesucht. Vielmehr eröffnen sich dem neuen Stande in steigendem Maße ganz andere Wege der Beeinflussung: Wege, die, im Wettbewerb freilich mit dem alten agrarischen Adel, unmittelbar zur Regierung führen und zum Hofe, ja zu der Zentralperson, zum Kaiser selbst[1].

* * *

Der Historiker wird Sätze wie die zuletzt verlauteten nicht ohne Zagen niederschreiben. Sie führen unmittelbar in die Gegenwart, in ein unaufgeklärtes, noch im Hin und Wider der Ereignisse wogendes Gebiet, für das jedes Urteil, wie sorgsam es auch gefaßt und wie vielfältig es begrenzt werden mag, immer als doch noch zu absoluten Charakters befunden werden wird. Dennoch, auf die unvermeidliche Gefahr von Mißverständnissen hin, sind solche Urteile zu wagen. Denn auf sie fallen die Reflexe der Vergangenheit: und auch diese also wird, wie schon öfter hervorgehoben ist,

[1] Die Worte dieses letzten Absatzes sind ohne jede Änderung der Darstellung des Jahres 1903 entnommen worden. Die Entwicklung in dem seitdem verflossenen Jahrzehnt hat ihnen recht gegeben, wie später in Band V einzeln zu zeigen sein wird.

klarer, indem wir sie in der Betrachtung der Gegenwart auf das Bestehende und Künftige projizieren [1].

Ist es erlaubt, von diesem Standpunkte aus noch einige Betrachtungen anzustellen, die sich denen des letzten Abschnittes anschließen, so ist zunächst kaum ein Zweifel, daß die starke Sozialisierung des Parteiwesens eine Erscheinung ist, die sich bei allen Parteien, bei einigen sogar wohl noch in entschiedenerer Ausprägung als beim gemäßigten Liberalismus, wiederholt.

An erster Stelle wäre hier, in Wiederholung einer schon gemachten Beobachtung, die sozialdemokratische Partei zu nennen. Gewiß hat sie sich, zunächst auf der rein sozialen Grundlage des vierten Standes entwickelt, in ihren Idealen zu einer allgemeinsten Auffassung der Welt und der Politik erhoben; zugleich ist sie aber, eben wegen der in großer Reinheit ausgeprägten sozialen Grundlage ihres Daseins, in besonders klare Beziehung und auch Abhängigkeit zu den großen, selbständigen Genossenschaftsbildungen des vierten Standes, den Gewerkvereinen, getreten. Und diese Abhängigkeit hat im Verlaufe des letzten Jahrzehnts etwa eine noch genauere Durchbildung erfahren.

Aber auch die konservative Partei, vor allem in ihrer zentralen Gruppe, die man etwa als die des Legitimismus unter Anerkennung der konstitutionellen Bestandteile der heutigen Staatsordnung bezeichnen könnte, hat eine solche Wandlung durchgemacht. Gewiß ist der Konservatismus etwa der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht eigentlich in bestimmte Doktrinen aufgegangen; er hat stets ein besonderes praktisches und auch sozial bedingtes Wesen gehabt und aus den Geistesrichtungen, die seiner politischen Auffassung wesensverwandt waren, aus Romantik und Historismus, aus Rechtswissenschaft im Sinne Savignys und Eichhorns und Volkswirtschaftslehre im Sinne Lists nur

[1] Auch für diesen wie die folgenden Absätze bleibt absichtlich der Text des Jahres 1902 wortgetreu erhalten.

nebenher Nahrung gesogen, ohne daß diese Richtungen ihn beherrschten. Allein zur Zeit seines vollen Sieges, in den fünfziger Jahren, erlebte auch er, und zwar im Zusammenhang mit der akademischen Entwicklung der Staatswissenschaften, seine doktrinäre Durchbildung: es ist vor allem die Lehre Stahls, die hier in Betracht kommt, die Lehre von dem sittlichen Inhalt des öffentlichen Lebens im Sinne vorwiegend gesunder Erhaltung der nationalen Kräfte, die Theorie von der Legitimität und der auf den göttlichen Willen gegründeten Rechtsordnung: Lehren, die noch heute, soweit eine doktrinäre Grundlage festgehalten ist, unter geringer Abwandlung die konservativen Köpfe beherrschen. Und waren nicht die sechziger Jahre recht geeignet, zu ihrer Befestigung beizutragen? Wenigstens der preußische Verfassungskonflikt wirkte, auch über die Grenzen Preußens hinaus, in dieser Weise. Freilich: die diplomatische und kriegerische Einheitsbewegung mit ihren schweren Vorstößen gegen den Legitimismus und vollends der innere Ausbau des Norddeutschen Bundes und des jungen Reiches nach den Grundsätzen des Liberalismus waren der ideologischen Durchbildung, geschweige denn der Förderung einer konservativen Weltanschauung wenig günstig. Eine allgemeine Wendung aller deutschen konservativen Parteien zum Partikularismus trat ein; ihr entsprang die Entwicklung der hessischen und welfischen Rechtsparteien nicht minder als die grollende Stellung der preußischen Konservativen zur Regierung Bismarcks von der preußischen Indemnitätsvorlage an bis hinein in die Höhezeit des Kulturkampfes und darüber hinaus bis ans Ende der siebziger Jahre.

Was aber schließlich den Konservatismus aus der Sackgasse, in die er mit dieser Entwicklung geraten war, erlöste, war nicht bloß die gesunde Einsicht, daß man mit den neu geschaffenen Verhältnissen und dem Gedanken der Einheit, dem „Nationalitätenschwindel", doch einmal Frieden machen müsse, wolle man nicht allen Einfluß verlieren. Es war vielmehr, und schließlich überwiegend, wohl noch ein anderer

Zusammenhang. Die siebziger Jahre hatten zum ersten Male den scharfen agrarischen Wettbewerb des Auslandes gesehen[1]; und in der großen Wandlung der Finanz- und Zollpolitik des Reiches gegen Ende dieser Zeit wurde auf diese Wendung Rücksicht genommen. Schutzzollideen, wirtschaftliche Ideen auf agrarisch-ständischer Grundlage gewannen die Überhand: mehr als je erhielt die konservative Partei, in ihren großgrundbesitzenden Vertretern schon seit den fünfziger Jahren immer mehr in die Kreise des modernen Wirtschaftslebens hineingerissen und zu wirtschaftlichen Gedanken angeregt, dadurch an sich sozialen, ja sozialökonomischen Charakter.

Konnte das nun geschehen, ohne daß sich auch agrarisch-soziale Interessen geltend machten, die außer der Partei groß geworden waren? Längst vor den Schwierigkeiten, die mit der Zunahme des auswärtigen Wettbewerbs eingetreten sind, hatten die deutschen Landwirte bereits ein umfangreiches Vereinswesen entwickelt: kein Stand ist heute noch verhältnismäßig geistig gebundeneren Wesens als der landwirtschaftliche und darum inniger genossenschaftlicher Verbindung geneigter. So hatte man zahlreicher schon seit den vierziger Jahren Vereine zur Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen und früh auch schon zur Vertretung derjenigen des Standes gebildet. Und ebenso zeitig waren diese Einzelvereine auch schon zu Verbänden zusammengefaßt worden: bis sich über diesen Verbänden wiederum eine ganze Anzahl von Landeszentralstellen und schließlich als Spitze seit dem Jahre 1872 der Deutsche Landwirtschaftsrat aufbaute. Was aber diese Organisation, namentlich auch in ihren höheren Stockwerken, kennzeichnete, war die Tatsache, daß sie ziemlich eng an die staatlichen Verwaltungen der einzelnen Länder angeschlossen und mithin parteipolitischer Einwirkungen weniger fähig war.

Und auch eine andere, freiere Entwicklungsrichtung, die

[1] S. Band I S. 366 ff.

inzwischen eingesetzt hatte, eignete sich in dieser Hinsicht wenig. Denn sie galt wesentlich und grundsätzlich nur der landwirtschaftlichen Technik, für deren Förderung sie von vornherein die Zusammenfassung aller landwirtschaftlichen Interessen in einen Zentralverband anstrebte; in dieser Hinsicht hatte sie schließlich außerordentliche Verdienste aufzuweisen und ist von der im Jahre 1863 begründeten „Versammlung deutscher Landwirte" zu der „Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft" emporgestiegen, die im Jahre 1886 ins Leben trat.

Was also nach alledem noch immer fehlte, das war eine starke, stelbständige, den sozialen und politischen Interessen in freier Weise Rechnung tragende Vertretung der Landwirte. Sie ist, sieht man von den zahlreichen Bauernvereinen ab, die mehr im räumlich Begrenzten wirkten, erst im Jahre 1893 durch den „Bund der Landwirte" geschaffen worden. Und sofort fand sie, zumal unter den bedrängten Verhältnissen fast jeder Art und Betriebsweise der Landwirtschaft, außerordentlichen Anklang. Im Jahre 1900 hatte der Bund etwa 250000 Mitglieder und etwa 3000 Vertrauensmänner; er verfügte über eine wohlentwickelte Presse, unter der sich auch ein Korrespondenzblatt zur Beeinflussung der allgemeinen Presse befand, er sandte, wenn dies nötig erschien, ein ganzes Heer von Wanderrednern und Agitatoren ins Land, und er nahm sich auch in vieler Hinsicht unmittelbar der wirtschaftlichen Lage seiner Mitglieder an. Vor allem aber: er hatte ein ganzes politisches Programm von dem rein sozialen Gesichtspunkte der Hebung des landwirtschaftlichen Standes her aufgestellt: und er griff auf Grund dieses Programms mit all der Rücksichtslosigkeit gesunder ländlicher Naturen in die innere Politik und vor allem in die politischen Wahlen ein[1].

[1] Über die verwandte Gründung des Hansabundes für die kommerziell-industriellen Kreise wird erst in Band V zu sprechen sein. Der Bund der Landwirte hatte im Jahre 1910 etwa 310000 Mitglieder.

Konnte sich nun eine Partei wie die konservative der Einwirkung dieser neuen Bildung entziehen, eine Partei, die von jeher doch wesentlich auf ländlichen Interessen und dem politischen Annex dieser Interessen, Junkertum, fromm-orthodoxe Lebensrichtung, Legitimismus, beruht hatte? Es war unmöglich. Indem aber die Partei immer mehr unter den Einfluß des Bundes der Landwirte gelangte, kam sie selbst in Gefahr, mehr und mehr sozusagen eine rein agrarische Organisation zu werden; ihr bürgerlicher und städtischer Anhang, das kleine Beamten- und das Kleinbürgertum, der Handwerkerstand, geriet ins Hintertreffen; fast völlig wurde die Partei mindestens zeitweilig auf die agrarischen Interessen hin sozialisiert. Es war ein Prozeß, der sich reißend schnell zu vollziehen begann; schon während der Erörterungen über den deutsch-russischen Handelsvertrag im Winter 1893 auf 1894 veranlaßte er den Austritt wenigstens einer führenden Persönlichkeit aus der Partei; bald konnte er als bis zu einem gewissen Grade abgeschlossen, wenn auch keineswegs als unwiderruflich vollzogen gelten.

Indes nicht allein die konservative Partei wurde durch den großen landwirtschaftlichen Interessenverband gleichsam innerlich zum Teil aufgelöst und ihrer Struktur nach verwandelt: ein gleiches galt bis auf einen gewissen Grad auch für die gemäßigt liberale.

Die 250 000 Mitglieder des Bundes der Landwirte bestanden im Jahre 1900 zu etwa 86 % aus Kleingrundbesitzern, zu etwa 13 % aus mittleren und zu noch nicht ganz 1 % aus Großgrundbesitzern (die absoluten Zahlen waren: 177 000, 27 500, 1506). Also zunächst: eine dem Zahlenverhältnis der Mitglieder nach demokratische Bildung. Dabei waren aber die großen Massen der Kleingrundbesitzer natürlich nicht etwa in Ostelbien, sondern vornehmlich im Westen, in den alten Aushebebezirken des gemäßigten Liberalismus, zu Hause! Mit anderen Worten: die nationalliberale Partei, der allmählich die Großunternehmer insoweit fernerzutreten begannen, als sie den Bereich ihres

Einflusses anderswo, in den Kreisen der vollziehenden Gewalt, suchten und fanden, und der zugleich die wirtschaftlich-soziale Grundlage der freien Unternehmung dadurch entzogen zu werden begann, daß diese sich in eine gebundene verwandelte: sie kehrte deshalb nicht zu der alten, sozusagen rein politischen Freiheit ihres Handelns zurück: ihr drohte vielmehr, vornehmlich seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, teilweise nur eine andere Form des Sozialisiertwerdens, die agrarische!

Es war ein Vorgang, der vielleicht mehr als mancher andere zeigte, wie überaus tief der Sozialisierungsprozeß der Parteien in der allgemeinen Entwicklung begründet war. Und so war es nicht zu verwundern, wenn selbst das Zentrum, das seinem innersten Wesen nach einem solchen Prozeß gegenüber gefeit erscheinen konnte, ihm einen gewissen Zoll entrichten mußte. Freilich mehr in mittelbarer Weise. Gewiß waren allmählich auch innerhalb des Zentrums die ständischen Elemente zu schärferer Betonung gelangt als früher; man konnte z. B. von einem agrarischen Gruppierungskern reden, und man konnte wenigstens nach der negativen Seite hin behaupten, daß ein überwiegender Einfluß des Großunternehmertums in der Partei fehle. Denn, wie Uhlhorn einmal gesagt hat, die Maschine hat etwas Protestantisches an sich; auch da, wo der moderne Großbetrieb in überwiegend katholischen Ländern des Reiches blüht, pflegen seine Unternehmer vornehmlich dem evangelischen Bekenntnis anzugehören. Sehr natürlich: der Gedanke des freien Wettbewerbs erschließt sich rascher der frischeren und moderneren Initiative des Protestanten als dem mittelalterlichen, archaischer gebundenen Gewissen des Katholiken.

Eben aus diesem Zusammenhange blickt aber zugleich die Richtung hervor, von der aus das Zentrum auch die sozialen und wirtschaftlichen Dinge immer an erster Stelle betrachtet hat: die sittlich-religiöse. Und in diesem Zusammenhange, indirekt, hat denn freilich der Klerikalismus

schon früh auf den Wirtschaftsgeist der modernen Zeiten geachtet. Die Versuche des Mainzer Bischofs v. Ketteler zur Lösung der Arbeiterfrage gehen bis in die sechziger Jahre zurück, und fast noch früher liegen die Anfänge der katholischen Charitas in modernem Sinne und die Bestrebungen einer katholisch-sozialen Beeinflussung des vierten Standes.

Bringen wir diese und verwandte Bestrebungen auf einen allgemeinen sozialgeschichtlichen Ausdruck, so werden wir sagen können: das Zentrum hat schon früh, instinktiv, weil seiner eigensten und innersten Natur nach, die leisen Ansätze zur Ausbildung eines Zeitalters der gebundenen Unternehmung, namentlich soweit sie auf genossenschaftlichem Wege erreichbar erschienen, begünstigt. Und von dieser Seite vor allem, insofern jene Ansätze auf eine Wirtschaftskultur weit sozialistischeren Charakters hinweisen, als sie das individualistisch vorwärtsdrängende Zeitalter der freien Unternehmung und des freien Wettbewerbs zu entwickeln vermocht hat, erschien das Zentrum schon um das Jahr 1900 nicht durch einen besonderen Stand, sondern durch die ganze geistige Strömung auf ein Wirtschaftsleben mehr gebundener Art zu sozialisiert.

Freilich zeigte dabei die konkrete sozialpolitische Stellung der Partei während der letzten zwanzig Jahre des 19. Jahrhunderts zugleich, daß von diesem Standpunkte aus ein wirklich befriedigendes wirtschaftliches Parteiprogramm nicht zu gewinnen war, ja nicht einmal ein soziales; und ganz vergebens würde es auch heute noch sein, klare Bestandteile eines solchen aus den Kundgebungen der Partei wie aus der klerikalen Literatur abzuleiten. Das, was immer und immer wieder ausgesprochen wird, was schon die Lehrsätze des Syllabus, die diese Themata streifen, deutlich zum Ausdrucke gebracht haben, ist der absolute Gegensatz zu dem Geiste der freien Unternehmung, der dem Katholizismus schlechthin widerstreitet: in diesem Punkte ist man klar. Was dagegen an die Stelle zu setzen sein möchte, wird

nicht entfernt mit gleicher Sicherheit ausgesprochen. Auch dies sehr natürlich: erst noch viel weiter fortgeschrittene Formen der gebundenen Unternehmung würden dem Klerikalismus die Bildung einer wirklich geschlossenen und zugleich modernen Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung gestatten. Sicher aber ist, daß schon die Tatsache einer Richtung unseres jüngsten Wirtschaftslebens hin auf gebundenere Formen dem Zentrum wie stärkere soziale Färbung, so wachsende sozialpolitische Bedeutung verliehen hat.

* * *

Man muß sich die Zusammenhänge, von denen in den letzten Kapiteln gesprochen worden ist, gegenwärtig halten, wenn man die Gesamtentwicklung des deutschen Parteiwesens seit seiner Entstehung, und das heißt das ganze 19. Jahrhundert hindurch, verstehen will. Gewiß verläuft diese Entwicklung derart, daß sie vom abstrakten und doktrinären Parteileben ausgeht und dieses immer mehr konkretisiert: die Parteien werden zunächst vom kosmopolitischen Standpunkt zum nationalen geführt und darauf von diesem zu einer speziell demokratischen Form nationalen Lebens; sie werden dann auf gewisse Gesellschaftsschichten hin sozialisiert, und insofern diese Gesellschaftsschichten sich vornehmlich auf wirtschaftlichen Grundlagen aufbauen, fehlt nicht viel, daß sie sogar gänzlich ökonomisiert werden. Es ist ein Prozeß, der in dieser Form mit seinen abschließenden Stufen deutlich seit etwa Ende der siebziger Jahre hervortritt und sich dann in den nächsten Jahrzehnten auch blöderen Augen klar erkenntlich auswirkt. In seinem Verlauf ist das Reich gegründet worden; darum trägt es in seinen Grundeinrichtungen etwas von dem Großunternehmen des damals herrschenden gemäßigten Liberalismus; vor allem die Durchbildung aller Voraussetzungen glänzender Entfaltung der freien Unternehmung hat es ins Auge gefaßt; und Ritter[1] hat recht, wenn er mit dieser starken Kon-

---

[1] Die deutsche Nation und das deutsche Kaiserreich S. 23.

zentration der nationalen Kräfte gerade der blühendsten Zeit nur auf speziell materielle Interessen die merkwürdige Tatsache in Verbindung bringt, daß das Reich die Pflege der idealen Kulturgüter im wesentlichen den Einzelstaaten überlassen hat. Oder sollte wirklich die Sorge für diese Güter, wie man so oft noch hören kann, an sich der Kompetenz eines Reichsstaates widersprechen? Eine Sorge, die allem Großen zugute kommt, was die Nation als solche kräftig und einheitlich verbindet, der Sprache, der Kunst, der Literatur, der Wissenschaft?

Indes diese Linie der Konkretisierung des Parteiwesens — kosmopolitische Abstraktion, Nationalismus, Demokratie; Sozialisierung, Ökonomisierung — galt, so wichtig sie für das ganze Verständnis der nationalen Geschicke im 19. Jahrhundert ist, doch weder ausnahmslos, noch ist sie völlig zu Ende geführt worden. Eine Ausnahme im großen bildete doch der Hauptsache nach schon das Zentrum; aber tausend kleinere Ausnahmefälle im einzelnen würden auch leicht in der Geschichte der anderen Parteien nachzuweisen sein, wenn diese hier in mehr als allgemeinen, notwendigerweise etwas groben Strichen gegeben werden könnte. Vor allem ist keineswegs, und zwar bis zum heutigen Tage, als Schluß der Entwicklung die vielfach befürchtete und prophezeite absolute Interessenvertretung eingetreten, die, beim heutigen Stande der Dinge, im allgemeinen den Sieg der Ökonomisierung des Parteiwesens bedeuten würde. Vielmehr regen sich gerade schon in den letzten Jahrzehnten ganz andere Kräfte, Kräfte, deren wirksamer Durchbruch freilich durch den sogenannten Verfall des Parlamentarismus sehr erschwert wird.

Worauf beruht nun zunächst dieser Verfall, der Untergang der äußeren Zucht und Ordnung, der geringe Besuch der Parlamente seitens der gewählten Vertreter, solange diese noch keine Diäten bezogen, das Sinken der geistigen Bedeutung der Gewählten, der schwindende politische Einfluß der Volksvertretung überhaupt?

Wer rückwärtsblätternd die Parlamentsberichte etwa der sechziger Jahre liest, oder wer gar die Verhandlungen der Frankfurter Nationalversammlung oder des vereinigten preußischen Landtags aufschlägt, der wird bei der Lektüre der Reden erstaunt sein über die Fülle von Geist und Kenntnis wie über die edle Gesinnung und die vornehme Art des Vortrages bei später nie wieder erreichtem Glanz der Redekunst, die aus ihnen hervorstrahlen. Es waren die Zeiten der schon nationalisierten und teilweise demokratisierten, im allgemeinen aber noch nicht sozialisierten oder gar ökonomisierten Parteien. Es waren die Jahrzehnte, in denen die Parteidoktrinen noch Fühlung hielten mit einem überaus regen akademischen Geistesleben, da die Rekrutierungsmassen der Parteien sich noch anlehnten an die alten Gruppierungen der Gebildeten des 18. Jahrhunderts. Es war eine geistige Aristokratie, die sprach, und eine aristokratische Masse, die hörte und wählte. Und diesem Körper war ein edles Gewand parlamentarischer Sitten und Einrichtungen angepaßt.

Mittlerweile haben die Parteien den Weg zum äußersten Konkreten, zu jenem politischen Naturalismus gleichsam durchgemacht, den wir kennen gelernt haben. Die Massen wählen, und das allgemeine Wahlrecht hat im Norddeutschen Bunde schon, noch mehr im Reiche immer demokratischere Wahlkörper, im geistigen und sozialen Sinne des Wortes, hervorgebracht. Dadurch sind alle Modalitäten der Vertretung vergröbert worden. Der Abgeordnete wird mehr von dem großen Gefühl als von der klaren Einsicht ins Parlament geschickt; er marschiert darum gebundener; und Schwarzseher glauben schon die Zeit der imperativen Mandate und Referenden herbeigekommen. Dann aber redet der Abgeordnete aus dem Parlament nur zu gern zum Volke, statt zu den Anwesenden; und eine ins ungeheuerliche ausgewachsene Presse, deren geistige Regsamkeit zur Massenhaftigkeit und Schnelligkeit der Produktion im umgekehrten Verhältnisse zu stehen pflegt, verbreitet seine Worte in handwerklicher Geschäftigkeit.

Ward nun all diesen Veränderungen der alte Parlamentarismus, wurden ihnen Sitte, Recht und Zucht der nationalen Vertretungen von 1840 bis etwa 1870 noch gerecht? Wie sollte man es auch nur annehmen wollen! Dieser alte Parlamentarismus hatte einen anderen politischen Stil als der, dessen man nun bedurfte; er war aristokratisch, und er währte jetzt nur noch deshalb in ständigen Verfallserscheinungen fort, weil ein anderer demokratischer Stil und Stil einer erwarteten Interessenvertretung noch nicht gefunden war. Es waren Übergangszustände; es waren weiterhin, unter der ständigen Reibung zwischen Form und Inhalt des parlamentarischen Lebens, Schwächezustände: oder hatte etwa der Reichstag im Reiche diejenige Kraft und Stärke entwickelt, deren man sich von ihm als dem einen vollen Faktor der Gesetzgebung versehen durfte? Nicht das Genie des ersten Kanzlers hat diese Entwicklung verhindert, denn sie stellte sich auch unter den folgenden Kanzlern nicht ein.

Indem so Verhältnisse bestanden, die nur als Übergangszustände verständlich sind, konnte erst recht von neuem die Frage aufgeworfen werden, ob denn eine noch um vieles weitergreifende Sozialisierung und Ökonomisierung der Parteien wirklich zu einer Interessenvertretung führen würde.

Aus der geschichtlichen Entwicklung heraus ließen sich da etwa folgende Erwägungen anstellen.

Die Konkretisierung der Parteien und der Beginn dieses Prozesses von einem verhältnismäßig noch sehr lange fortdauernden doktrinären Rationalismus aus wie heraus aus dessen ebenfalls doktrinär gefaßtem Gegenteil, der Romantik, erklären sich an erster und einschneidender Stelle aus der Entwicklung der modernen Wirtschaft. Ein Zeitalter des freien wirtschaftlichen Wettbewerbes mußte die Zeitgenossen zunächst atomisieren: jeder stand für sich. So erhielt sich gerade in den wirtschaftlich schaffenden Teilen der Nation noch lange, stark namentlich noch bis in die vierziger und fünfziger Jahre hinein, ein vulgärer Rationalismus, wie

er vornehmlich in den liberalen Parteiprogrammen zum Ausdruck kam. Die Fortschritte des Wirtschaftslebens unter dem Einflusse des freien Wettbewerbes aber brachten dann nicht bloß eine gründliche soziale Umschichtung der Nation, wie sie vor allem in der Entstehung des Unternehmer- und Arbeiterstandes zutage trat, sondern auch eine Ökonomisierung gleichsam der Stände: während die alten sozialen Stände, wenn auch ursprünglich vielleicht ebenfalls aus vornehmlich wirtschaftlichen Motiven hervorgegangen, doch inzwischen, im Verlauf von Jahrhunderten, manchen Edelrost ideologischer Entwicklung angesetzt hatten und durch dessen Einwirkung umgestaltet worden waren, gingen nunmehr alle Stände, die neuen wie die alten, infolge der überaus starken Einwirkung des neuen Wirtschaftslebens gleichsam wie soziale Neulinge aus der Retorte hervor, blank und frisch und den Ursprung aus vornehmlich materiellen Entwicklungsmotiven her an der Stirne. Dieser Umstand, wie das gleichzeitig erfolgende große politische Ereignis der Reichsgründung, das jederlei Neugestaltung begünstigte, „konkretisierte“ das Parteiwesen: schuf jene Entwicklung hin bis zu den neunziger Jahren, die wir kennen gelernt haben.

Ist nun aber seitdem die Wirtschaftsentwicklung stetig in dem alten Sinne weiterverlaufen?

Keineswegs, wie wir später noch eingehender erfahren werden[1]. Sie hat vielmehr einen freilich auch jetzt noch nicht abgeschlossenen inneren Umschwung erfahren. Dem Zeitalter der freien Unternehmung ist ein Zeitalter gebundener Unternehmung zu folgen im Begriffe; seit den achtziger Jahren schon hat es sich immer deutlicher angekündigt: in der schier unendlichen Entwicklung des Vereinswesens bis hin zu den großen staatlichen Zwangsgenossenschaften, in den freien Bestrebungen zum Ausschlusse des völlig ungehinderten Wettbewerbs, in der seit mehr als

[1] Vgl. die Darstellung in Band V.

zwei Jahrzehnten offenbaren Zunahme aristokratischer Gesinnung.

Steht man nun hier vor einer Wendung von größter Wichtigkeit, so ist es wohl erlaubt, schon an dieser Stelle zu fragen, welches denn ihre innerpolitischen, und das heißt zunächst ihre parlamentarischen Folgen hätten sein können. Und da ist denn klar: diese Wendung konnte sehr wohl zu einer Umbildung der Volksvertretung nach sozialen Motiven führen: denn würde ein Zeitalter gebundener Unternehmung zweifelsohne sehr große Verbände sozialpolitischen Charakters schaffen, so träte, vom Standpunkte einer rein wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Betrachtung aus, ihrer Ausnutzung zur Begründung einer neuen Art der politischen Vertretung anscheinend nichts in den Weg. Fraglich könnte dabei nur bleiben, ob die allgemeinen politischen Anliegen und Zustände der Nation den damit angedeuteten Weg der Entwicklung als nützlich und wohl zu gehen würden erscheinen lassen.

Und hier schiebt sich nun eine Betrachtungsweise von ganz anderer Wucht und Bedeutung ein; die Betrachtungsweise von Dingen, die um das Jahr 1900 schon im Marsche waren, und die sich später unaufhaltsam weiter unter starker Einwirkung auf das allgemeine nationale Wesen vollendeten. Die tiefe Wandlung im Wirtschaftsleben hat bald im Geistesleben ihren Reflex gefunden. Man konnte ihn, wie oben schon geschehen, in seiner nächsten politischen Wirkung am einfachsten als das Einsetzen einer aristokratischen Stimmung kennzeichnen. Aber diese Stimmung hatte sich bald in mannigfache Ausstrahlungen einer neuen Kultur zerlegt, in die Versuche, eine höhere und vor allem wahrhaftigere Sittlichkeit zu erringen, in die tausend Wege, die einer höheren und freieren Form religiösen Lebens entgegengebahnt wurden, in einen Wechsel auch der Staatsanschauung, von dem später, gelegentlich der inneren wie der Weltpolitik der letzten Jahrzehnte, genauer die Rede sein wird. In Summa: ein neues geistiges Diapason war im Begriff,

heraufzuziehen. Und kein Zweifel, daß sich unter den damit emporgärenden neuen politischen Idealen auch eine neue Vorstellung vom Wesen des Parlamentarismus und der Volksvertretung befinden mußte. Welche freilich? — wer vermag das wohl schon zu sagen! Nur eins wird man wohl nach Lage der Dinge aussprechen dürfen. Das Zeitalter der vollen Konkretisierung des alten Parteiwesens hat sich dadurch gekennzeichnet, daß die spezifisch geistigen Berufsklassen, die Kopfarbeiter, wie sie gerade in den Zeiten des rationalistischen und nationalistischen Parteiwesens tief in die politische Diskussion eingegriffen hatten, mehr oder minder verstummten. Wie hätten sie auch reden sollen über Dinge, die der fortschreitenden Zeit veraltet vorkamen, und vor Massen, deren breite Ausdehnung ihre Art, zu sprechen, nicht beherrschte? Nicht zum geringsten durch Ausscheidung dieser Elemente wurden unsere Parlamente verödet. Diese Elemente nun werden wieder reden, wenn es sich um die politische Ausprägung einer neuen Kultur handelt; und man wird ihnen folgen, weil sie dann tun werden, was ihres Amtes ist. Denn mit nichten ist ihr politischer Einfluß an sich zerstört; er besteht einstweilen nur im Verborgenen fort, weil er sich öffentlich mit Grund nur in den jetzt noch immer seltenen Fällen äußert und äußern darf, in denen er kompetent ist[1].

[1] Die letzten zwei Sätze haben gegenüber dem Manuskript vom Jahre 1903 nur formelle und stilistische Veränderungen erfahren. Was damals im Futurum gesagt wurde, kann heute, als in der Gegenwart gültig, restlos im Präsens wiederholt werden.

IV.

1. Die Geschichte der politischen Parteien, von der wir so ausführlich berichten mußten, ist noch nicht geschrieben. Erst eine spätere Zeit, die den großen Zügen der Entwicklung während des 19. Jahrhunderts von höherer Warte nachgehen mag, wird ihre Bedeutung in jeder Hinsicht würdigen können. Was, wenn man sehen will, schon jetzt deutlich zu beobachten ist, das ist die Tatsache, daß vornehmlich durch die Vermittlung der Parteien die grundstürzenden sozialen Wandlungen, welche die letzten Menschenalter sahen, auf die Verfassung eingewirkt haben bis zu deren stärkster Umbildung und noch stetig umwandelnd fortwirken.

Volk, Gesellschaft und Staat sind wichtigste Formen der großen bindenden, organisierenden und durch die Organisation zivilisierenden Seelenmächte des menschlichen Daseins. Und wer wollte verkennen, daß die jüngste und strengste dieser Bildungen, der Staat, der ihm innewohnenden Mission in hochkultivierten Zeiten am meisten gerecht wird? Aber unter ihm und zu ihm hinauf wirkt die Gesellschaft als ein ihn innerlichst bestimmendes Element, und nicht bloß die Gesellschaft in den Ständen, in der Abstufung der sozialen Schichten, nicht minder auch die Gesellschaft, insofern die autoritären Mächte, Monarchie und vollstreckende Gewalt in Heer und Beamtentum, als Bildungen von ihrer Grundlage aus, als Ausdruck ihrer Entwicklung erscheinen. Doch sollte über diesen Zusammenhängen die noch tiefere, noch mehr elementare und darum auch noch gewaltigere Wirkung des Volkes als eines Ganzen nicht vergessen werden. So wenig von einer gemeinsamen Abstammung der Glieder irgendeiner großen Nation auf irgendeinem Punkte der

Erde in der Gegenwart noch die Rede sein kann, so sehr wirkt doch auch heute noch die Annahme der gleichen Abstammung als eines der wichtigsten Beispiele dafür, was Fiktionen im geschichtlichen Leben bedeuten können; und so stark binden noch gemeinsame Sprache, gemeinsame Erinnerungen und die Aussicht gemeinsamen Schicksals. Noch heute bildet darum das Volk auch in den verwickeltsten politischen Verhältnissen Europas und der übrigen Weltteile die beste und klarste Grundlage aller Organisation, den Mutterboden gleichsam aller menschlichen Vereinigung: und wo es in dieser Hinsicht nicht anerkannt oder ausgenutzt ist, da scheinen elementare Mächte auf eine Änderung des Bestehenden hinzudrängen, auf einen Zusammenschluß in eben dieser natürlichsten aller menschlichen Einheiten.

Man muß sich dies Grundmotiv gegenwärtig halten, wenn man die deutschen Einheitsbewegungen nicht bloß des 19. Jahrhunderts, nein, erst recht auch früherer Zeiten, des 9. und 10. Jahrhunderts zum Beispiel oder des 15. Jahrhunderts, verstehen will. Es ist wie ein tiefster Orgelton, über den die geschichtlichen Melodien der einzelnen Zeitalter dahinbrausen, ohne daß er sich in rascherem Wechsel ändert. Und deutlich hat dies Motiv die schwierige nationale Entwicklung der Deutschen im 19. Jahrhundert begleitet, ohne bisher im geringsten erstorben zu sein: und immer wieder muß im Anbeginn aller politischen deutschen Geschichte der Gegenwart von diesem Standpunkte aus betont werden, daß das Deutsche Reich, ein Teil der Ergebnisse der Einheitsbewegung bis zum Jahre 1870, noch nicht Deutschland ist, und daß Staat und Vaterland auch für den Reichsdeutschen noch keineswegs zusammenfallen.

Welch unendlich frohe und lockende Aufgabe würde es nun sein, vom rein nationalen, nicht bloß vom Reichsstandpunkte aus zunächst die Geschichte der letzten Zeiten der Einheitsbewegung bis zu den großen Jahren 1870 und 1871 in dem bunten und reichen Gewande der einzelnen Geschehnisse und Taten zu erzählen! Hineinzutauchen in

die Poesie des politischen Kampfes: mit Schenkendorf zu rufen:

> Wollt ihr keinen Kaiser küren?
> Kommt kein Ritter, heimzuführen
> Deutschland, die verlaß'ne Braut?

und mit Geibel jauchzend zu antworten:

> Drum wirf hinweg den Witwenschleier,
> Drum schmücke dich zur Hochzeitsfeier,
> O Deutschland, mit dem grünsten Kranz!
> Flicht Myrten in die Lorbeerreiser,
> Dein Bräut'gam naht, dein Held und Kaiser,
> Und führt dich heim im Siegesglanz.

Wahrlich: diese Zeiten ganz zu schildern, nicht mit der Rhetorik der modernen politischen Geschichtschreibung, sondern in dem verhaltenen Pathos der Kommentarien eines Cäsar, bang und bebend, frohlockend und stolz unter dem Stahlpanzer einer Sprache, die gezügelt werden müßte wie das wildeste aller Rosse, es wäre eine gewaltige, fast überwältigende Aufgabe für einen Geschichtschreiber unseres Volkes.

Aber so sehr wir uns mit der inneren Seele dieser Zeiten erfüllen wollen: hier kann von ihnen nur kurz und einleitungsweise die Rede sein, und nur darum kann es sich handeln, das Skelett der Bewegung zu zeichnen, und auch dies nur mit Rücksicht auf die Richtungen, in denen sie bisher Erfolg hatte. Wird dieser Gesichtspunkt festgehalten, so schrumpft die Geschichte der jüngeren Einheitsbewegung des 19. Jahrhunderts der Hauptsache nach auf zwei Momente von freilich größter Wichtigkeit zusammen: auf die Vorgeschichte der Verfassung des Deutschen Reiches und auf die Entwicklung des engen Verhältnisses des Reiches zu Österreich und die Entstehung des Dreibundes: denn es ist, wie wir sehen werden, schon seit den dreißiger und vierziger Jahren, seit den Kinderzeiten der jüngeren Einheitsbewegung, ein Staatenbund mit Österreich als notwendige Ergänzung eines künftigen engeren Deutschlands unter Preußens Führung begriffen worden: und das mit Recht.

Zunächst soll von der Vorgeschichte der heutigen Reichsverfassung die Rede sein. Zu ihrem geschichtlichen Verständnis ist bis zu den Ereignissen zurückzugreifen, welche die Jahrfünfte etwa vor und nach dem Jahre 1850 füllen. Damals hat es zwei Momente der Einheitsbewegung gegeben: ein volkstümlich-nationales, das in den Verhandlungen des Frankfurter Parlamentes gipfelte, und ein diplomatisch-fürstliches, das von Preußen entwickelt wurde, dessen staatsgeschichtlichen Höhepunkt man etwa in den Diskussionen des Erfurter Parlamentes erblicken kann, und das in den Tagen von Olmütz vor dem Widerstand vornehmlich Österreichs verblaßte. Dabei war das Unglück, daß beide Momente nicht zusammenfielen; das nationale hat vornehmlich darum versagt, weil sich Preußen ihm entzog, das diplomatische darum, weil ihm eine durchschlagend wirksame nationale Begeisterung nicht mehr zur Verfügung stand.

Beide Momente der Bewegung aber haben Verfassungsentwürfe gezeitigt. Von diesen war der für die Zukunft weitaus bedeutendere der Frankfurter, nicht bloß deshalb, weil er der zeitlich frühere gewesen ist. Was dem Frankfurter, in unendlichen Mühen mit lebendigstem Enthusiasmus durchgearbeiteten Entwurfe vor allem zugute kam, das war die Tatsache, daß in ihn all jene großen nationalen Empfindungen und Interessen einmündeten und einen — auch der juristischen Fassung nach — fast vollendeten Ausdruck fanden, die damals deutsche Herzen bewegten.

Diese Interessen waren zunächst und zu unterst schon damals auch ernstlich sozialer und wirtschaftlicher Natur. Wenn in den frühesten Zeiten unserer Staatsbildung, im 5. und 6. Jahrhundert schon, und dann wieder im 9. und 10., die Kirche mit ihren universalen Bestrebungen und Gesichtskreisen vornehmlich eine staatlich einigende Kraft gewesen war, so war sie in dieser Beziehung seit dem 12. und 13. Jahrhundert von einer ganz anderen Macht, von der Volkswirtschaft, abgelöst worden. Damals, als das Reich zerfiel, schufen deutsche Bauern in unbewußt einheit-

lichem Tätigkeitsdrang ein neues Deutschland kolonialer Art, knüpften Bürger von Stadt zu Stadt engere Beziehungen, die den gelockerten Reichsverband in mancher Hinsicht ersetzten: und erschienen da, wo sich Kolonisationsdrang und deutsch-bürgerliches Wesen in reichster und geschichtlich voraussetzungslosester Entfaltung innig begegneten, die letzten großen staatlichen Schöpfungen eines zusammenfassenden gemeindeutschen Geistes, Hanse und Deutscher Orden. Später ist dann das Bauerntum geknechtet worden und festgehalten an mittelalterlich-lokaler Bindung, und so blieben nunmehr die Bürger, als Vertreter des landumspannenden Handels, die beinah einzigen wirklich ernsten Interessenten an einer deutschen Einheit.

Aber auch bei ihnen trat mit dem Verfall des Standes seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts der nationale Gedanke zurück, um frische Kraft erst wieder zu gewinnen mit den ersten Anfängen neuen wirtschaftlichen Aufschwungs, mit den ersten Blütezeiten eines Wirtschaftslebens der Unternehmung. Es ist eine Erscheinung, die man schon bis in die zweite Hälfte des 18., ja, wenn man will, des 17. Jahrhunderts zurückdatieren kann: damals freilich noch dürftig keimend, aber im 18. Jahrhundert doch gelegentlich schon fortschreitend bis zu dem kühnen Wunsche, die Fürsten möchten eine neue, eine territoriale Hanse errichten und so Sorge tragen für die Entwicklung Deutschlands wenigstens zu einem freien Verkehrsgebiet.

Was damals ersehnt ward, ist dann, nach der starken Reduktion der Zahl der deutschen Territorien in den Zeiten des Reichsdeputationshauptschlusses und des Wiener Kongresses, im Verlaufe des 19. Jahrhunderts bekanntlich unter Führung Preußens, wenn auch zunächst vornehmlich von politischen Motiven her, im Zollverein verwirklicht worden: nun konnte ein guter Sechzehnender, wie man noch im 18. Jahrhundert gespottet hatte, in einem Tage ebensowenig mehr über die Länder von siebzehn Herren laufen, wie sein Fleisch an ihren Grenzen noch jedesmal anders verzollt

wurde. Aber war der Zollverein wirklich das Ideal aller Verkehrsfreiheit für ein Bürgertum des nunmehr langsam emporblühenden Wirtschaftslebens der freien Unternehmung? Gewiß haben die Jahre 1848 und 1866 bewiesen, daß er unentbehrlich war: weder während der Revolution noch während des Bruderkrieges hat irgend jemand an ihm gerüttelt, und nach 1848 dehnte er sich sogar, trotz alles Widerwillens gegen Preußen, aufs beträchtlichste aus, verleibte sich Hannover und Oldenburg ein und faßte festen Fuß an der Nordsee. Und dabei wußte man auch das in ihm liegende Element der Stetigkeit sehr wohl zu schätzen; wenn die jeweils auf zwölf Jahre abgeschlossenen und dann wieder zu erneuernden Verträge nur unter Zustimmung aller beteiligten Regierungen abgeändert werden konnten, so war dies politisch für Preußen ebenso hindernd wie kommerziell im allgemeinen von Vorteil; von keinem schroffen Zollwechsel, keiner plötzlichen Erschwerung der Zufuhr und Ausfuhr — keiner Majorisierung irgendeiner Industrie durch unerwartete Beschlüsse konnte so leicht die Rede sein. Dennoch genügte ein bloßer Zollverein den Bedürfnissen der freien Unternehmung, wie sie sich seit den dreißiger und vierziger Jahren leise als führende Macht des Bürgertums einzustellen begann, bald nicht mehr. Bis zu welchem Grade Klagen, die in dieser Hinsicht erschollen, recht hatten, hat der außerordentliche Aufschwung nach 1870 gelehrt. Die moderne Wirtschaft mit ihren ungeheuren Kapitalanlagen bedarf eines großen Staatsgebietes und völlig gesicherter, auf mehr als ein Jahrzehnt oder ein Dutzend Jahre berechneter allgemeinpolitischer Zustände, um ganz zu gedeihen: beide Momente sind notwendig, wie heute das Schicksal der verhältnismäßig immer industrieloser werdenden Niederlande und die Schwierigkeiten der unter dem schwankenden Zollverhältnis zu Ungarn leidenden österreichischen Industrie dartun. Vor und kurz nach 1848 aber zeigte schon ein anderes, zumeist deutsches Land, was bei stärkerer politischer Einheitsentwicklung für das Bürgertum als

nächsten Träger der modernen Wirtschaftsformen selbst unter bescheidenen Verhältnissen zu gewinnen war. In der Schweiz hatte bereits die Zeit der Helvetik (1798—1803) für das ganze Land unbedingte Handels- und Gewerbefreiheit gebracht: und ein gewisser Aufschwung war die Folge gewesen, ohne daß freilich Klagen über das verlorene gute Alte fehlten; neben dem Rückgang des alten Handwerks hatten sich schon in vielen Kantonen die Anfänge der modernen Großindustrie eingestellt, so namentlich auf deutschem Gebiete, in Zürich, Basel, St. Gallen, aber auch im französischen Genf. Aber zur wirklich modernen Entwicklung gelangte das Land doch erst, nachdem die Bundesverfassung von 1848, in so mancher Hinsicht ein kleiner Vorläufer der Reichsverfassung von 1867 und 1870, Post und Münze vereinheitlicht, eine volle Entwicklung des modernen Transportwesens im Eisenbahnbau ermöglicht, das Zollwesen an die Grenze verlegt und eine einheitliche Vertretung des Äußeren gebracht hatte: mit Staunen verfolgte man seitdem im bundestäglichen Deutschland die Schöpfungen einheitlicher industrieller Kraft im Nachbarland; und an die Stelle der Industrien der zweiundzwanzig Kantone fand man bald eine einheitliche Schweizer Industrie getreten. Schon vor 1848 erschien diese schweizerische Entwicklung in Aussicht; und bereits vor dieser Zeit begriff man, vornehmlich durch die Agitation Lists zum Nachdenken gebracht, auch in Deutschland, was eine neue Reichseinheit für Industrie und Handel bedeuten würde.

Dennoch ist in der Reichsverfassung des Jahres 1848 keineswegs die einigende Macht der wirtschaftlich-bürgerlichen Entwicklung schon vornehmlich zum Ausdruck gelangt. Im Gegenteil: eine Unsumme rein idealer Kräfte hielt ihr mehr als das Gegengewicht. Die Durchschnittsauffassung der öffentlichen Meinung dieser Tage konnte in dem Satze zum Ausdruck gebracht werden, daß „nur das Gute und das Rechte die unsichtbaren Träger aller Herrschaft seien“[1];

[1] Roth und Merck I, S. 30 ff., zit. Binding S. 10.

und unter den dreißig Mitgliedern des ständigen Verfassungsausschusses der Versammlung der Paulskirche saß eine ganze Anzahl von Professoren, so die Juristen Beseler, Mohl und Welcker und die Historiker Waitz, Droysen und Dahlmann: und eben sie sind für die Durchbildung des Verfassungsentwurfes von größtem Einfluß gewesen.

Es ist das ideologische Element, das wir in der Geschichte der Parteien vor deren Konkretisierung als maßgebend kennen gelernt haben, das in der Reichsverfassung des Jahres 1849 noch triumphierte: wie denn die sozialen Schichten der Gebildeten, ein Erzeugnis des Überganges der Nation zu Ständen der Kopfarbeiter seit dem 15. und 16. Jahrhundert und in ihrer Bedeutung im 18. und 19. Jahrhundert ein Ergebnis des gleichzeitigen Verfalls des werktätigen Bürgertums, um diese Zeit noch unbestritten die politische Führung der Nation hatten, soweit nicht die autoritären Elemente der Fürsten und der Geistlichkeit in Betracht kamen. Aber neben diesem ideologischen Element kündigte sich doch auch schon das materielle des eben in Entfaltung begriffenen Fortschrittes zu einem Zeitalter der freien Unternehmung an: die Verfassung enthält nichts, was den Grundbedingungen eines solchen Zeitalters widersprochen hätte, wohl aber vieles, was ihnen zusagte; und eben dieser Umstand hat die Lebensdauer ihrer fundamentalen Lösung des Verfassungsproplems über mehr als zwei Jahrzehnte hin gesichert und dieser Lösung zum guten Teile Eingang verschafft in die Verfassungen des Norddeutschen Bundes und des heutigen Reiches.

Dem formell noch überwiegenden Doktrinarismus der Zeit entsprach es dabei, wenn fast kein Teil der Verfassung gründlicher ausgearbeitet und keiner eingehender erörtert worden war als jener große, 59 Paragraphen umfassende von den „Grundrechten des deutschen Volkes". Er kehrt in den späteren Verfassungen nicht wieder. Aber es würde ungerecht sein, ihn deshalb für geschichtlich wirkungslos zu erachten. Diese Grundrechte, den Zeitgenossen, die sich noch

der Karlsbader Beschlüsse und der ihnen folgenden Vergewaltigungen entsannen, ein überaus wertvoller Besitz, haben doch auch den Wurzelboden abgegeben für eine Fülle freiheitlicher Gesetze späterer Zeit; ihnen wird die Kodifikation so wichtiger Grundsätze wie jener des freien Zuges, der Gewerbefreiheit und der Schwurgerichte verdankt, eine Kodifikation, deren Feierlichkeit späterer Verleugnung wirksam vorbeugte; und nicht wenige der in ihnen enthaltenen Maximen, darunter vor allem auch solche von Wichtigkeit für die freie Unternehmung, haben bald entschiedene Ausgestaltung in Spezialgesetzen gefunden.

Neben den Grundrechten war das große Thema der Verfassung der Paulskirche die Entwicklung und Ausgestaltung der Reichsgewalt. Sieht man hier von den für jene Zeit unendlich wichtigen und verwirrenden Motiven ab, die für die spezielle Durchbildung des Charakters des Reichsoberhauptes in Betracht kamen — eben an ihnen, an der Frage der monarchischen Spitze, der Kaiserwahl und der Erblichkeit der Kaiserkrone ist ja die Einheitsbewegung von 1848 gescheitert —, so wurde volle Einigkeit dahin erzielt, daß die Reichsgewalt aufs stärkste mit Rechten ausgestattet werden müsse. Das Reich sollte allein die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands wie der Einzelstaaten erhalten, und es hatte demgemäß das Konsulatswesen zu regeln, wie ihm das Recht der Entscheidung über Krieg und Frieden zustand. Nicht minder war der Kaiser im Kriege als oberster Befehlshaber gedacht; aber auch im Frieden wurde ihm der Fahneneid aller Truppen an erster Stelle geleistet und war ihm das Ernennungsrecht aller gemeinschaftlichen Befehlshaber interterritorialer Kontingente übertragen. Es sind Rechte, die von dieser ersten Verfassung auf die weiteren des Norddeutschen Bundes und des Reiches fast unverändert übergegangen sind. Und neben die starke auswärtige und Kriegsgewalt des Reiches traten weitgehende Befugnisse für das Innere. Vor allem die einheitliche Regelung des Wirtschaftslebens, soweit es deren bedurfte, war dem

Reiche zugedacht: so die Gesetzgebung über Münze, Maß und Gewicht, über Handel und Gewerbe, über Erfinderrechte und Patente; und nicht minder wurde das Reich zur einheitlichen Ausgestaltung des bürgerlichen Rechtes, des Gerichtsverfahrens und des Strafrechtes verpflichtet.

Man sieht: auch in diesen Punkten hat die Frankfurter Verfassung den späteren Verfassungen wirksam den Weg gewiesen. Und man erkennt zugleich, wie sie hier in zentralistischer Richtung noch weiter ging, als das später geschehen ist. Zutage tritt schon auf diesen Gebieten ihr spezifisch liberaler Charakter. Erst recht aber ist dies der Fall auf all den Gebieten, wo es sich um das Verhältnis der Reichsgewalt zu den Einzelstaaten handelt. Wie gern hätte man im Jahre 1848 in gewissen Kreisen die Fürstengewalten, die altbefestigten nicht minder als die der Rheinbundkronen, gänzlich beseitigt! Es waren Neigungen, die in den Frankfurter Tagen vornehmlich als republikanisch bezeichnet wurden, und deren Unterdrückung nur der im Grunde konservativen, antirevolutionären Haltung der großen Mehrheit des ideologischen Liberalismus zu danken war. Aber auch dieser hatte nach den Knechtungen der dreißiger und vierziger Jahre für das Fürstentum eigentlich kein Herz. Er ließ es bestehen aus Achtung vor der nationalen Vergangenheit und aus angeborenem Adel der Gesinnung, zugleich auch mit Rücksicht auf die praktischen Aussichten der Einheitsverwirklichung, aber er beschnitt seine Gewalten aufs äußerste. Im Grunde wurden auch ihm und der von ihm beeinflußten Verfassung die Fürsten zu Untertanen, wenn sie auch besondere Rechte der Vertretung in einem Staatenhause erhielten und in ihren Territorien Träger einer verstümmelten, durch Reichsgericht und Reichsgewalt gewährleisteten Souveränität blieben: über ihnen stand eine Reichsverwaltung mit eigenen Ministerien und eine Volksvertretung, deren Unterhaus auf der breitesten Grundlage eines demokratischen Wahlrechts, des allgemeinen direkten Stimmrechts aller über 25 Jahre alten und unbescholtenen Deutschen, organisiert wurde.

Nun ist bekannt, wie das Werk der Frankfurter Verfassung zum Teil an der zunehmenden Uneinigkeit der Parteien der Paulskirche, noch mehr aber an der Unschlüssigkeit Friedrich Wilhelms IV. scheiterte. Nicht minder aber scheiterte auch der an sie anschließende diplomatische Einheitsfeldzug Preußens. Die gewaltigen geistigen Anstrengungen der Revolutionsjahre und ihrer nächsten Folgezeit schienen vergebens gemacht. Und jedenfalls erschien das Einigungswerk, als es in den sechziger Jahren von neuem aufgenommen wurde, von ganz anderen Seiten her begonnen und gefördert. Schon 1849 hatte Friedrich Wilhelm IV. in einem jener geistreichen Momente politischen Verständnisses, die er nicht in Taten umzusetzen verstand, einmal geäußert, Kaiserkronen würden nur auf dem Schlachtfelde gewonnen. In der Tat würde sich die Annahme der Frankfurter Krone durch den preußischen König gewiß nicht anders als in schwerem kriegerischen Ringen gegen Österreich, vielleicht auch gegen Rußland und Frankreich haben behaupten lassen. War aber Preußen um diese Zeit auch nur einem dieser Waffengänge gewachsen? Die Tage von Olmütz gaben beredte Antwort. Jetzt, seit den sechziger Jahren, vollzogen sich die deutschen Geschicke auf dem umgekehrten Wege: vor der neuen Krone, nicht nach ihr lagen die Kämpfe. Diese Wandlung aber bedeutete eine unvergleichliche Stärkung aller autoritären Momente einer künftigen Einheit, und zwar ganz allgemein, nirgends aber mehr als im Bereiche des nunmehr führenden preußischen Staates, trotz Indemnitätsvorlage und Verfassungskonflikt der sechziger Jahre, ja gerade wegen ihres Ausgangs.

So war nach den Kriegsgängen schon des Jahres 1866 klar, was von der Reichsverfassung der Paulskirche noch verwendbar war: nur jene Seiten konnten für die Zukunft noch in Betracht kommen, die der allgemeinen Kulturhöhe der Nation und ihrer energischen Weiterentwicklung festen Ausdruck gaben und die Zentralgewalt zu stärken geeignet waren, ohne die Territorialgewalten allzusehr zu schwächen.

Innerhalb dieses Umfanges aber lagen die Verhältnisse einer Anknüpfung an die alte Verfassung ungemein günstig. Zunächst kam eine Bundesverfassung allein für den Norden in Betracht: hier aber waren nach den preußischen Einverleibungen vom Jahre 1866 nur noch kleine Territorien vorhanden und ein eingeschüchtertes größeres, Sachsen; ganz unbedingt fiel einem einzigen Staate schon an sich die Vorherrschaft zu, Preußen. So konnten denn die Rechte der Reichsgewalt, insofern sie im Präsidium des Bundes gipfelten, bei aller Schonung der Formen aufs entschiedenste betont werden. Des weiteren aber war Norddeutschland um diese Zeit schon ein Schauplatz stark entwickelter Wirtschaft der freien Unternehmung: überaus rasch waren seit 1848 gerade hier die Tendenzen dieser Wirtschaftsform gewachsen, die auf Vereinheitlichung der autonomen Entwicklung der gesamten materiellen wie ideellen Kultur der Nation hinausliefen. Das hatte zur Folge, daß auch von dem Standpunkte allgemeiner Machtauswirkung her der zentralistische Gesichtspunkt besonders hervorgehoben werden konnte. Zum Ausdruck gelangte er vor allem in der Annahme des allgemeinen, direkten Wahlrechts.

Gewiß hat dies Wahlrecht an sich etwas Mechanisches, Atomistisches; man merkt ihm an, daß es die Forderung einer staatsrechtlichen Periode ist, in der für die Behandlung konkreter politischer Probleme noch immer die individualistische, privatrechtlich konstruierende Methode der naturrechtlichen Zeiten im Schwange war. Insofern, seiner Konstruktion nach, ist das allgemeine Wahlrecht eine der altertümlichsten Erscheinungen unserer Verfassung; es reicht in seinen gedanklichen Ursprüngen ebensoweit zurück wie die konstitutionelle Monarchie, ja, insofern es auf der Idee der vollen Volkssouveränetät beruht, noch weiter. Aber nicht von diesem Gesichtspunkte her, der sich ja freilich später in mannigfachen Schwierigkeiten geltend gemacht hat, ist das allgemeine Wahlrecht in die Verfassung des neuen Reiches gelangt. Vielmehr war die Absicht des Grafen Bismarck

im Jahre 1866, als er es in der Schlußsitzung des Deutschen Bundestages als Bestandteil einer künftigen, von Preußen in Aussicht genommenen Verfassung nennen ließ und es im Jahre 1867 in eine solche Verfassung einführte, nachweislich eine ganz andere. Für die künftige Zentralgewalt in preußischen Händen mit ihm und durch seine Anwendung die breiten Massen der Einheitsenthusiasten zu gewinnen, das war die Absicht. Und Graf Bismarck vermochte es zu diesem Ziele anzuwenden, da er schon vorher wie auch später davon überzeugt war, daß es im Grunde das konservativste aller Wahlrechte sei, indem es an den tiefsten politischen Sinn des Deutschen heranreiche, wie er namentlich noch in den unteren Schichten ungetrübt fortlebe, an den monarchischen.

Erschienen so die Rechte einer künftigen Zentralgewalt und die Funktionen einer neuen Präsidialmacht für die Bundesstaatsbildung des Jahres 1867 von vornherein gesicherter, als dies 1848 der Fall gewesen war, so konnte um so mehr neben dem liberalen und zentralistischen Element das autoritäre und legitimistische in der Verfassung zu einem Leben gelangen, das seiner noch immer bestehenden geschichtlichen Bedeutung entsprach. Und der Verlauf der deutschen Verfassungsentwicklung seit 1870 hat gezeigt, daß der große Steuermann der deutschen Geschicke schon in dieser Zeit kaum jemals die „Imponderabilien" richtiger einschätzte, als indem er, bereits in Denkschriften weit vor 1866, den Einfluß der partikularen Staatsgewalten für eine künftige Einheitsverfassung ganz anders bewertete, als dies in der Paulskirche geschehen war.

Der Gegensatz, in dem sich Bismarck in dieser Hinsicht zu den politischen Durchschnittsanschauungen auch noch des Jahres 1866 befand, kam bei der Abfassung des Entwurfes für die norddeutsche Bundesverfassung zu drastischem Ausdruck. Als Bismarck aus den ihm nachgeordneten Stellen ein Entwurf vorgelegt wurde, der sich im wesentlichen an die Gedanken des Jahres 1848 hielt, ward er von dem

leitenden Staatsmann beiseite geschoben, weil er so wenig den Gegebenheiten der politischen Lage wie namentlich dem Vertrauen entspreche, das Preußen bei seinen Bundesgenossen erwerben müsse. Statt dessen diktierte Bismarck einen neuen Entwurf, der längst von ihm befürwortete Gedanken einer neuen Einheitsverfassung formulierte. Da war nicht mehr von einem Oberhause der Fürsten die Rede, sondern von einem Bundesrat, zu dem die einzelnen Staaten nach Maßgabe ihrer Bedeutung Bevollmächtigte senden sollten: einem Bundesrat von 43 Ministern, von dem Bismarck nicht für ausgeschlossen hielt, daß er sich zu einer Art von Bundesministerium entwickeln könne. Und so erschienen denn die Fürsten nicht mehr auf der Seite der Untertanen, wie in der Verfassung von 1848, und in Verbindung mit einem demokratischen, aus allgemeinem Stimmrecht hervorgegangenen Unterhause, sondern sie nahmen ihre legitime Stellung auf seiten der Autorität ein, der Bundesgewalt, der Präsidialmacht. Diese aber konnte nunmehr zunächst fast ohne Exekutive gelassen werden — fern stand Bismarck dem Gedanken eines von den Liberalen heiß ersehnten zentralistischen Reichsministeriums —: und sie vermochte das Interesse der partikularen Gewalten dem Ganzen nun eben dadurch zu gewinnen, daß diese sich an der Leitung des Ganzen auch in den Sachen fortlaufender Verwaltung vielfach und eingehend beteiligten.

Es war eine Annäherung an die Verfassung des alten Deutschen Bundes, die auch sonst manche Änderungen des liberal-zentralistischen Programms nötig machte, dessen wenn auch abgeschwächten Geist der Bismarck vorgelegte Entwurf noch geatmet hatte. Es war die Wendung der Verfassungsangelegenheit, die dem künftigen Bunde und Reiche die Herzen der Fürsten gewann. Vor allem auch in der Form erschien danach der Übergang von dem alten Deutschen Bunde zu der neuen norddeutschen Einung als ein verhältnismäßig kleiner Schritt: und es wurde alles getan, um den Fürsten den Eindruck geringster Veränderungen zu

machen. Nicht ohne Bedeutung in dieser Hinsicht war es auch, daß die Neuordnung der militärischen Gewalten, die sich unmöglich ohne Kürzung der Kriegshoheit der Einzelstaaten vollziehen konnte, schon vor Abschluß der Verfassung in die Vereinbarung besonderer Militärverträge gelegt worden war.

Als eine Resultante schließlich aus alt und neu, aus den legitimistischen Ansprüchen und Gepflogenheiten der deutschen Territorialentwicklung und dem liberalen Drang der Nation nach Einheit, aus der Verfassung des Deutschen Bundes und den Idealen der Reichsverfassung von 1849 ist die Verfassung des Norddeutschen Bundes von den Regierungen vertragsmäßig festgesetzt und mit dem ersten Reichstag des neuen Bundes vereinbart worden. Und nach kurzer Zeit ihres Bestehens ward sie erweitert zur Reichsverfassung. Es ist ohne starke Änderungen, aber, wie man weiß, auch nicht ohne große Schwierigkeiten geschehen. So sehr die von Frankreich drohende Gefahr die süddeutschen Staaten, denen durch den Prager Frieden des Jahres 1866 an sich die Möglichkeit eines besonderen bundesstaatlichen Zusammenschlusses gewährleistet worden war, zum Anschluß an den Norden trieb, und so bereitwillig und, soweit die Bevölkerungen in Betracht kamen, so begeistert sie sich zum Kampfe um die gemeine Sache gegen Frankreich stellten: eben die ununterbrochene Kette der Siege erhöhte ihre Ansprüche. Als — ein Ergebnis ebensosehr populärer und unausweichlicher Wünsche wie strategischer Erwägungen — feststand, daß wenigstens das Elsaß deutsch werden würde, da meldeten sich allerlei Begehrlichkeiten: gern hätte Bayern die alten pfälzischen Länder des Wittelsbacher Hauses wiedererworben und deren Besitzer, Baden, durch das Elsaß entschädigt gesehen. Und als dieser drohenden Gefahr einer Umklammerung Süddeutschlands durch Bayern und einer Abwendung damit der süddeutschen Interessen vom Norden durch die Bestimmung der neuen Eroberungen zum Reichsland vorgebeugt worden war, da bedurfte es noch schwerer

diplomatischer Arbeit von Wochen und Monaten, ehe vor allem Bayern der deutschen Sache dauernd gewonnen wurde. Gewonnen gewiß unter Feststellung mancher Sonderrechte, die, wie fast auch schon die Sonderrechte Württembergs, den liberalen Patrioten zu weit zu gehen schienen: gewonnen doch aber auch für die Proklamation eines neuen Kaisertums.

Es ist bekannt, daß der kaiserliche Titel am wenigsten fast dem behagte, der ihn dann zuerst mit so viel Ruhm und stiller Größe getragen hat, dem alten Könige Wilhelm: sein ganzes preußisches Herz, sein ganzes konservatives Gefühl empörte sich gegen die neue Würde. Und eines wenigstens wird auch der Gegenwart noch an dieser Haltung nicht bloß begreiflich, sondern tiefer als bloß aus der damals vorhandenen geschichtlichen Lage von Personen und Umständen heraus verständlich erscheinen. Klarer und eindringlicher als wohl die meisten Zeitgenossen erkannte der künftige Kaiser bei seinen feinen aristokratischen und legitimistischen Gefühlen für den Wert der Symbole, daß der neue Titel — und nur von einem besonderen Titel für das Bundesoberhaupt wurde in der amtlichen Behandlung gesprochen — denn doch unendlich viel mehr sei als ein bloßer Name und eine nackte amtliche Bezeichnung. Was klebte nicht an diesem einen Worte von Erinnerungen, von Haß und Liebe, von Hochgefühl und Verachtung; welche Pflichten legte es nicht auf; wie war es natürlich, daß sein wundersam historischer Glanz den Glanz der altererbten Preußenkrone überstrahlen mußte, die im Vergleich zu ihm denn trotz allem doch als recht jung erscheinen mußte! Man hatte wohl gut anführen, daß das neue Kaisertum nicht verwandt sei mit dem alten, daß ein protestantisches Imperium nichts zu tun habe mit jenem alten heiligen römischen Reich, dessen Herrscher die Alba getragen hatten und den Diakonen zugerechnet worden waren der katholischen Kirche. Das Gefühl der Nation stellte den Zusammenhang dennoch her; der Titel bedeutete ihm bald weit mehr als ein Prädikat, war ihm mehr oder weniger und ward ihm immer ent-

schiedener ein Zeichen wiederhergestellter auch monarchischer Einheit. Und so ist die Einführung des Kaisertitels wohl die folgenreichste Änderung gewesen, die mit der Erweiterung der Verfassung des Deutschen Bundes zur Reichsverfassung eintrat.

Im übrigen versteht sich, daß beide Verfassungen die Spuren ihrer Entstehung deutlich an sich tragen. Sie sind alles andere als systematisch angelegte und allseitig durchredigierte Charten im Sinne der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, und sie weisen auch nicht einmal entfernt die feine juristische Ausarbeitung der Reichsverfassung des Jahres 1849 auf. Auch die Reichsverfassung, zu deren Durchbildung schließlich eher Zeit und Gelegenheit vorhanden gewesen wäre, trägt diesen Charakter: aus dem einfachen Grunde, weil sie zuerst zwischen den Regierungen diplomatisch vereinbart ward, und weil es sich für diese Verhandlungen rätlich erwies, den Text der Verfassung des Norddeutschen Bundes zugrunde zu legen. In der Tat hat man in beiden Urkunden mindestens ebensosehr diplomatische Aktenstücke wie parlamentarisch verabschiedete Gesetze vor sich.

Es ist der zunächst rein äußerliche Umstand, der es Fremden so schwer macht, die deutsche Verfassung zu verstehen. Sie sehen nichts vor sich als ein Chaos, eine gewisse Anzahl von Vereinbarungen über scheinbar wenig zusammenhängende Dinge, disjecta membra einer Verfassung, nicht diese selbst. Und ist nicht von vielen Deutschen im Reiche selbst lange Zeit ähnlich geurteilt worden? Heutzutage liegt eine genügende Anzahl von Erfahrungen vor, um zu dem Urteil zu berechtigen, daß die Verfassung des Reiches wohl äußerer Schönheit entbehren mag, wohl Lücken und Widersprüche aufweisen, wohl jeder Unterbringung in den Fächern eines staatsrechtlichen Systems spotten mag, daß sie sich aber bewährt hat und bewähren wird. Sie ist wie ein gut passendes, individuell gearbeitetes Kleidungsstück: sie sitzt der Nation, und noch lange ist diese

nicht aus ihr herausgewachsen. Denn darin vor allem hat diese Verfassung eine erstaunliche Lebenskraft bewiesen, daß sie als Programm gewirkt hat: als Programm für den Ausbau des Reiches in zentralistischer Richtung: einer Richtung, die trotz aller bundestreuen Loyalität doch in den Wünschen ihres Urhebers gelegen hat, denn er hatte die Vollnatur des Herrschers.

2. Die Richtung, welche die innere Entwicklung Deutschlands im Sinne eines engeren Reiches unter preußischer Führung genommen hat, hat sich nicht plötzlich eingestellt und als ein Spiel des Zufalls; wie die Verfassung des neuen Reiches alle wichtigen Tendenzen des inneren politischen Lebens seit 1815 in sich aufgenommen hat in kunstvoller Verarbeitung zu einem lebenspendenden Ganzen, so lag auch die Konstellation des engeren Deutschlands an sich schon in den dreißiger Jahren so in der Luft, daß sie von historisch gebildeten und darum prophetisch einsichtigen Männern wie Pfizer bereits als einzig mögliche Lösung vorausgesagt wurde: und trotz des alten an Ehren und Siegen reichen Österreichs, von dem man noch in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts sagte und sang, reicht sie in ihren Anfängen bis in die Zeiten Friedrichs des Großen zurück und war mindestens nach 1848 fast allen politisch denkenden Köpfen durchaus geläufig: darunter auch solchen, die aller Schwärmerei für Preußen abhold und unverdächtig waren.

Gleichwohl haben sich höchstens die ersten Jahre der Begeisterung nach 1870 verhehlt, daß das engere nicht das ganze Deutschland ist: und nicht den Namen Deutschlands, sooft er auch in diesem Sinne heute gebraucht und, vielleicht darf man sagen, mißbraucht wird, sondern nur den eines neuen Deutschen Reiches nahm der junge Bundesstaat an. Und ebensoweit fast, wie Lösungen der deutschen Frage in der Richtung auf das heute bestehende Reich, gehen die Sorgen zurück, wie wohl im Falle einer solchen

Lösung das Verhältnis der ausgeschlossenen Deutschen, und vor allem derjenigen Österreichs, zum Reiche zu gestalten sei. Und da war es denn schon für die Großdeutschen von 1848, wenn sie an einen notgedrungenen Verzicht auf ihr Ideal des Siebzigmillionenreiches dachten, keine Frage, daß in diesem Falle wenigstens ein bindendes politisch-internationales Verhältnis zwischen dem engeren Bunde und Österreich hergestellt werden müsse. Aber auch die österreichischen Staatsmänner dieser Jahre sahen eine österreichische und kleindeutsche Zukunft in keinem anderen Lichte. Auf dem Kremsierer Reichstage hat der leitende Minister Fürst Schwarzenberg erklärt[1], der Fortbestand Österreichs sei ein deutsches und europäisches Bedürfnis, und dann fortgefahren: „Erst wenn das verjüngte Österreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen."

Es waren Strömungen und Gedanken, an die Graf Bismarck noch während des Krieges von 1866 wiederum anknüpfte; in den Verhandlungen von Nikolsburg und im Prager Frieden ist Österreich, sehr gegen den Willen König Wilhelms, geschont worden, um die Anbahnung eines intimen Verhältnisses zu ihm nach Ordnung der inneren deutschen Fragen zu erleichtern. Und wiederum bis in die Kriegstage der Jahre 1870/71 reichen die Wurzeln des heutigen Bundesverhältnisses zurück.

Bald aber zeigte es sich, daß eine Koalition der nunmehr bestehenden beiden Zentralmächte Mitteleuropas einer Ergänzung bedürfe durch die zentral gelegene stärkste Macht des europäischen Südens, durch Italien. Man weiß, wie dann der Zweibund schon nach wenigen Jahren des Bestehens zu dem Dreibund der Gegenwart erweitert worden ist.

Der Historiker und Geograph wird in der damit erwachsenen Kombination, über deren Entstehung im einzelnen

---

[1] Roth und Merck II, S. 67 ff., zit. Binding S. 36.

bald noch zu sprechen sein wird, mit Genugtuung das Wiederaufleben uralter Tendenzen der europäischen Politik begrüßen: von Tendenzen so elementarer Natur, daß sie immer wieder emporgetaucht sind, sobald dies irgend möglich war, trotz aller Verschiedenheit der begleitenden Umstände und trotz alles abweichenden Charakters der handelnden Staaten in den verschiedenen Zeitaltern der europäischen Geschichte.

Schon in dem Staate Karls des Großen, ja seiner fränkischen Vorgänger an der Krone wird man eine ähnliche Kombination zentraleuropäischer Kräfte angedeutet sehen, sobald man sich erinnert, daß im ersten Jahrtausend der christlichen Ära und sogar noch ein wenig darüber hinaus bei der mangelnden Zivilisation des Ostens nicht Deutschland, sondern Frankreich das Reich der historischen europäischen Mitte war. Und der Vergleich wird um so augenfälliger, wenn man die Tatsache hinzuzieht, daß dies Reich der Mitte, wie heute der europäische Dreibund, von zwei allerdings unter sich ebenso gegnerischen wie dem Frankenreiche gleich feindlichen Mächten, dem spanischen Islam und dem byzantinischen Kaiserreich, flankiert ward, ja daß in einer noch etwas früheren Epoche, unter Karl Martell, zu einer Zeit, da Byzanz vom Islam fast bewältigt war, sogar östlich und westlich derselbe mohammedanische Feind drohte: denn das ist die Bedeutung des Sieges von Tours und Poitiers, daß durch ihn die abendländische Christenheit zunächst des fränkischen Zentralreiches von der drohenden Invasion der Andersgläubigen, wie sie in Ost und West zugleich und ihrem ganzen Wesen nach innerlich verbunden saßen, befreit ward; schon die Chronisten der Zeit haben das Ereignis in diesem Sinne verstanden.

Noch weit mehr aber erinnert an den Dreibund jene Staatenbildung des heiligen römischen Reiches deutscher Nation, die im 10. Jahrhundert begründet und im 11. und 12. vollendet ward. Denn jetzt begann Deutschland in der Tat nicht bloß geographisch, sondern auch historisch das

Herz Europas zu werden, und jetzt gliederten sich diesem starken Herzstück Italien an und Burgund: noch heute reden die Fischer auf der Rhone von ihrem linken Ufer als der Côte de l'Empire. Es war eine Kombination von unvergleichlicher Festigkeit, denn sie umfaßte wie das Land im Norden und Süden der Alpen so vor allem den Ost- und Westflügel des europäischen Zentralgebirges: schloß also Frankreich und den ganzen Westen zu Lande von Italien ab und verhinderte zugleich das Einströmen fremder politischer Elemente nach Zentraleuropa von Südosten her, die Adria entlang und die Uferländer der Donau aufwärts. Was hatten demgegenüber vereinzelte Flankenangriffe zu sagen? Im Osten wurden Ungarn und Slawen und Mongolen zurückgewiesen, im Westen wurde die Offensivgewalt Frankreichs schon im 10. Jahrhundert so gut wie beseitigt, um dann im späteren Mittelalter, als sie bedrohlich heranwuchs, zunächst wenigstens noch durch England und wiederholte Koalitionen des Kaisertums mit dem Inselreich im Schach gehalten zu werden. So hat das Imperium deutscher Zunge den ihm angehörigen Ländern eine ungewöhnlich lange Zahl von Jahrhunderten hindurch treulich den Frieden bewahrt, — und auch dann noch, als es längst morsch geworden war, als seine strategischen Grenzen im Westen von der Maas auf die Mosel und den Rhein zurückgezogen worden waren und im Osten der Türke drohte, galt es als schwer überwindlich.

Freilich: als sich dann die modernen Staaten in Europa ausbildeten mit ihrer weit konzentrierteren Macht, als reichere Verkehrsmöglichkeiten stärkere Offensivstöße bis ins Herz des Nachbarn ermöglichten und zugleich eine verbesserte militärische Organisation bisher unerhörte Truppenmächte zeitigte, da war es um das alte Reich geschehen, und nur noch seine Auffrischung durch die Weltherrschaft der Habsburger hielt es über Wasser.

Wiederholte aber nicht schon das Reich Karls V. noch während der Greisenjahre des alten Reiches in gewissem

Sinne dessen vorteilhafte zentrale Kombination? Sicherlich hatte es ihr gegenüber einen Überschuß in Spanien und eine, politisch übrigens geringfügige Lücke im deutschen Nordosten; auch fehlte ihm die Flügelstellung des alten Reiches im Rhonetal. Aber immerhin erinnerte es wenigstens an die alte, einst so feste Bildung. Freilich: der Mangel des alten westlichen Riegels machte es von vornherein unvollkommen. Denn schon hatte sich Frankreich durch das offene Land der Rhone und die Provence wie durch ein großes Défilé nach Italien gedrängt; und als es sich in der neugewonnenen Stellung bedroht sah, verband es sich schließlich mit einer neuen großen Flankenmacht im Osten, mit der Türkei. Es ist eine Kombination wie der Zweibund unserer Tage: Franz I. und Soliman der Prächtige sind die Vorgänger der heutigen Machthaber Rußlands und Frankreichs. Und seit den Tagen des französischen Aufschwungs im 17. Jahrhundert erwies sich diese west-östliche Kombination, in die statt der verschuldeten Türkei später Schweden oder auch Polen und schließlich Rußland eintraten, als der zentralen, habsburgischen Kombination immer mehr überlegen. Es kam schließlich dahin, daß Frankreich, teilweise von ihr aus und jedenfalls durch ihre säkulare Wirkung gestärkt, in der nächsten großen Machterhebung nach Ludwig XIV., in den Zeiten der Revolution und Napoleons I. das natürliche zentrale Gegengewicht überhaupt aus den Angeln zu heben — und damit schließlich auch die alten östlichen Bundesgenossen zu verschlingen drohte. England allein oder doch vornehmlich war es, das, wie es einst in den Verfallstagen des alten Reiches, im 14. und 15. Jahrhundert, Frankreich von diesem abgelenkt hatte, so auch diesmal durch entschiedenes Eingreifen die Selbständigkeit des Zentrums und damit die Freiheit Europas rettete.

Aber gelang es nach den Umsturzjahren der napoleonischen Ära sogleich wieder, die alte Kombination mit ihren Ausgleichstendenzen zentraler und flankierender Machtelemente

herzustellen? Keineswegs. Das Zentrum südlich wie nördlich der Alpen blieb einstweilen noch ein Chaos, ein Tummelplatz kleiner Mächte unter gelegentlicher Einwirkung wie auch systematischer Einflußnahme der flankierenden Mächte. Diese aber traten, anfangs noch gegen die Wiederkehr korsischer Tage geeinigt, allmählich in zwei Gruppen auseinander, eine westliche, liberale Frankreichs und Englands und eine östliche, die aus Österreich und Rußland mit Preußen im Schlepptau bestand, die Gruppe der heiligen Allianz. Und dieses Gegeneinander, an dem das Gewirr der kleinen Mächte im europäischen Zentrum und auch Preußen nur sehr passiv beteiligt waren, hat sich im ganzen und großen bis in die fünfziger Jahre gehalten: und zum starken Ausdrucke gelangte es wenigstens teilweise noch einmal im Krimkriege.

Inzwischen aber begannen sich im Zentrum, im Norden wie im Süden neue Mächte zu erheben. Es sind die nationalen Einheitsbewegungen, die hier unerwartete Gärungen hervorriefen, im ganzen wunderbar parallele Bewegungen, in Italien gleichwie in Deutschland von den nördlichen Landesteilen getragen. Auf deutschem Boden speziell hatte freilich Preußen schon im 18. Jahrhundert unter dem großen Friedrich den Weg zu seinem nationalen Berufe einzuschlagen begonnen, genau in dem Momente, da, zwischen den Zeitaltern des Sonnenkönigs und des Soldatenkaisers, der Zusammenhalt der westöstlich flankierenden Mächte erschöpft schien; und Siebenjähriger Krieg wie Fürstenbund hatten auf eine künftige Größe nicht bloß Preußens unter der Führung der Hohenzollern hingewiesen.

Nun, im 19. Jahrhundert, und vornehmlich seit 1848, erfüllte sich die Zeit. Wie in Italien Piemont unter dem Hause Savoyen seinen Beruf mit glücklicher Ausdauer pflegte, so ermannte sich Preußen nach den schweren Depressionen unter dem dritten und vierten Friedrich Wilhelm; und das große Zeitalter diplomatisch-kriegerischer Einigung brach herein. Innere Kämpfe und Kämpfe gegen die west-

liche europäische Flankenmacht, Frankreich, unter wohlwollender Konnivenz der russischen östlichen brachten die Einheit des neuen Reiches, und wie diese schließlich nicht gewonnen ward, ohne daß Rom fast kampflos als heißersehnte Hauptstadt an Italien fiel, so erleichterte Italien zuvor die Auseinandersetzung mit Österreich durch sein preußisches Bündnis.

Es waren, unter gleichzeitiger Berücksichtigung des alten legitimen Verhältnisses Österreichs zu den deutschen Dingen, die Vorgänge und Voraussetzungen, denen die jüngste zentrale Kombination, der Dreibund, entsprungen ist: und der neue Staatenbund der Mitte hat dann zunächst eine neue Kombination der flankierenden Mächte, Frankreichs und Rußlands, nach sich gezogen.

War man nicht berechtigt, in diesen Zusammenhängen, die mehr fast als ein Jahrtausend umfangen, Elemente von dauerndem Bestande für die deutsche Politik zu sehen? Und entsprach nicht der geschichtlichen Erfahrung die geographische Beobachtung, daß in diesen großen Kombinationen räumliche Zusammenhänge sehr elementarer Natur zum Ausdruck gelangten? Jedenfalls hat der größte Staatsmann des 19. Jahrhunderts verwandte Betrachtungen gepflogen. Zu den Steiermärkern, die ihm im April 1895 in Friedrichsruh huldigten, äußerte Fürst Bismarck: „Das Bündnis, welches wir vor sechzehn Jahren in Wien abgeschlossen haben, der Dreibund, reicht in seinen Ursprüngen fast auf die Sagenzeit zurück. Die alte deutsche Kaiserherrschaft des heiligen römischen Reiches erstreckte sich ja von der Nordsee bis Apulien, und theoretisch gehörte ganz Italien dazu. Es ist eine eigentümliche Fügung des Schicksals und der göttlichen Vorsehung, daß dieses große, gewaltige Gebiet von Zentraleuropa, nachdem es durch Schicksalsfügungen und viele Kämpfe getrennt und zerrissen war, sich heute wieder zusammengefunden hat. Ich glaube, wir werden dauernd zusammengehören und zusammenbleiben, mit mehr Dauer, als wir früher im Frieden miteinander

gelebt haben." Und in der Tat empfanden die Zeitgenossen den Dreibund oder wenigstens den Bund des Deutschen Reiches mit Österreich wirklich als das, wozu ihn großdeutsche Wünsche schon seit den fünfziger Jahren machen wollten, als eine Art beinah verfassungsmäßiger Ergänzung des Deutschen Reiches.

Aber der Fürst hat auch gemeint, daß der Dreibund ebensowenig für alle Zukunft ein für jeden Wechsel haltbares, ewiges Fundament bilde wie viele frühere Tripel- und Quadrupelallianzen der letzten Jahrhunderte und insbesondere die heilige Allianz und der Deutsche Bund: „er dispensiert nicht von dem toujours en vedette."

Und ist er denn etwa der Generation der großen Kriege von 1866 und 1870/71 ohne weiteres, als reife Frucht, in den Schoß gefallen? Keineswegs erschien er als eine solche einfache Selbstverständlichkeit; es hat Kämpfe und Umwege genug gekostet, ehe er — erst in den Jahren 1879 bis 1883 — zustande kam.

3. Nach dem deutsch-französischen Kriege erwartete alle Welt in Europa einen Fortschritt der deutschen Einheitsbewegung auf dem bisher betretenen gewaltsamen Wege. Man wußte oder ahnte wenigstens überall, was nachher von den Ränken der Jahre 1867 bis 1870 zwischen den Höfen von Wien, Florenz und Paris ans Licht gekommen ist, man war sich vor allem darüber klar, wie wenig in deutschem Sinne Herr von Beust in dieser Zeit die österreichische Politik geleitet hatte: würde jetzt nicht das neue Reich dem alten Doppelstaat diese Haltung heimzahlen?

Die kleinen Staaten aber an den Grenzen des Reiches, die Schweiz, Belgien, Holland, sie alle einst Teile des alten Reiches und alle germanischer Bevölkerung voll, sie lebten erst recht in der Furcht kommenden Unheils. Vor allem die Schweiz. Hier war die neue deutsche Einheit den Massen, die bisher spöttisch auf die nachbarliche Zersplitterung herabgesehen hatten, im höchsten Grade verhaßt, trotz der

gewaltigen Stellung der deutschen Schweiz im germanischen Geistes- und Kunstleben und trotz aller Zuneigung weitschauender Männer, wie etwa Conrad Ferdinand Meyers oder des wackeren Militärpfarrers Albert Bitzius, eines Sohnes von Jeremias Gotthelf; Reichsdeutsche, die 1871 in der Züricher Tonhalle den Sedantag begingen, sind Gefahr ihres Lebens gelaufen.

Von den großen Mächten außerhalb Zentraleuropas wäre dem neuen Reiche besonders die Freundschaft der beiden gewaltigen damaligen Gegner England und Rußland, oder eines von ihnen, von Bedeutung gewesen. Aber England hatte sich von jeher der deutschen Einheitsbewegung feindlich gezeigt; schon in den Anfängen der schleswig-holsteinschen Frage hatte es für den Fall einer für Deutschland günstigen Lösung mit der feinen Witterung des Kaufmanns die Möglichkeit künftiger Größe Deutschlands zur See in Rechnung gestellt, und von da ab war seine Haltung in fester Konsequenz die gleiche geblieben; mit Erbitterung mußte man in Deutschland während des Krieges von 1870 und 1871 erleben, daß die englische Neutralität sich in einem völkerrechtswidrigen Wohlwollen für Frankreich bekundete. Jetzt galt es nun für England, vollendete Tatsachen unliebsamen Charakters anzuerkennen; damit ging es schwer und langsam vorwärts, denn tausend festgerostete Vorurteile gegenüber dem festländischen Vetter waren zu überwinden; und die innere Entwicklung Deutschlands war bald dazu angetan, die Furcht künftigen Wettbewerbs zur See, kommerziellen wie politischen, eher zu steigern als zu mindern. Was aber Rußland betraf, so lebten hier alle die, welche den alten moskowitischen Idealen eines Feldzugs zur Eroberung der Hagia Sophia anhingen, und alle Panslawisten des Glaubens, daß der Zar mit dem Festhalten an strikter Neutralität während des Krieges einen großen Fehler begangen habe: obschon Rußland den Gang der Ereignisse benutzt hatte, um sich von drückenden Fesseln des Pariser Vertrages zu lösen. Aber auch in den Deutschland wohl-

wollenden Kreisen Rußlands ward die Stimmung sehr bald lau. Gewiß: es gab gegenüber dem neuen Reiche im Grunde keine Reibungsflächen. Aber es gab auch keine großen gemeinsamen Ziele, kein freies und beiden Partnern gleich wichtiges Feld, in dessen Bereich sich eine Politik des Do ut des hätte entfalten können. Denn die deutschen Ziele lauteten auf Frieden; Rußland aber war im Begriff, noch einmal den Lehren des Testamentes Peters des Großen zu folgen: den alten Kriegspfad zum Balkan hin zu beschreiten, auf dem ihm Deutschland weder mittelbar noch unmittelbar folgen konnte. So war denn die russische Freundschaft, die einstweilen noch immer bestand, im Grunde platonisch, und das heißt politisch wenig wert, so sehr sie auch durch das intime Verhältnis der Herrscher und Höfe getragen schien.

Unter diesen Umständen mußte das junge Reich, dessen Fürsten und Völker jeden Gedanken weiterer kriegerischer Machtbestrebungen von sich abwiesen, das „saturiert" war, und dessen innere Verdauungs- und Kräftigungszustände auf lange Zeit hin Frieden dringend erforderten, seinerseits vor allem darauf sehen, daß Frankreich nicht die Gelegenheit gegeben werde, die beinah allgemeine Abneigung auszunutzen. Denn in Frankreich schrie männiglich nach Rache; und jener Zustand eines noch heute andauernden Waffenstillstandes begann, der sich nur hätte vermeiden lassen, wenn die deutsche strategische Grenze unter Verzicht auf Elsaß-Lothringen am Rhein geblieben wäre, statt an die obere Maas und Mosel verlegt zu werden. Und mit dem Ziele, Frankreich diplomatisch zu vereinzeln, mußte sich das andere verbinden, das eigene Pulver trocken zu halten.

In dieser Hinsicht war es von größtem Interesse, die neue Verteidigungslinie des Reiches im Südwesten, der die Franzosen behaupteten und behaupten eine wirksame Defensive erst an der Loire entgegensetzen zu können, derart auszubauen, daß sie wirklich undurchdringlich wurde. Und da gab es nun trotz Straßburg und Metz noch eine Lücke,

die gefährlich werden konnte: Luxemburg. Sie vor allem mußte verstopft werden. In dieser Absicht hatte Bismarck schon seit März 1872 im Verfolg der Übernahme der französischen Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen über den Ankauf der luxemburgischen Wilhelmsbahn verhandelt, da deren Verwaltung durch die französische Ostbahn, wie sie bis dahin bestand, einer stetigen Bedrohung des Moselabschnittes um Trier gleichkam. In dieser Sache kam es im Juni 1872 zu einem Vertrag, wonach die Wilhelmsbahn gegen Zahlung von 54 Millionen Mark wenigstens bis zum Jahre 1912 in die Verwaltung der Reichseisenbahnen überging; und gleichzeitig begab sich Luxemburg des Rechts, bis zu diesem Termin den deutschen Zollverein zu kündigen, wogegen das Reich versprach, im Kriegsfalle die Neutralität des Landes zu achten. War damit die unmittelbare Grenze gegen Frankreich befriedigend gedeckt, so galt es daheim vor allem das Kriegsmaterial wiederherzustellen und das Land in jeder Hinsicht gegenüber kriegerischer Bedrohung stärker zu sichern. Da konnte man denn reichlich ausführen, was als nötig erschien; die Mittel lagen in den Milliarden der französischen Kriegszahlung bereit. So wurde eine große Summe baren Geldes in dem Juliusturm der Festung Spandau als Notbehelf für die ersten Tage einer Mobilmachung bereitgelegt; die wichtigsten Festungen wurden zum großen Teile umgebaut und erweitert; eine Fülle strategischer Bahnen wurde geplant und ausgeführt; vor allem aber wurden die Truppen den Drohungen neuer Gefahren angepaßt.

Daneben galt es, eine überaus schwierige Aufgabe, die innere Lage in Frankreich möglichst dahin zu beeinflussen, daß sie den Ausbruch der kriegerischen Leidenschaften ausschloß. Fürst Bismarck hielt hierzu bei dem Charakter des französischen Volkes vor allem für nötig, daß das Auftauchen eines blendenden, alles mit sich fortreißenden, ehrgeizigen Führers ausgeschlossen werde. Von diesem Gesichtspunkte her galt ihm das Aufkommen jeder Monarchie

als eine Gefahr, während die Republik eher Garantien des Friedens zu bieten schien: und so war er — wie sich das auch im übrigen gegenüber Frankreich als loyal erwies — bestrebt, der Republik, und besonders wieder der konservativbürgerlichen des Herrn Thiers, in jeder Hinsicht das Dasein zu erleichtern. Um sie zu festigen, willigte er zunächst in starke Abkürzungen der Zahltermine der Kriegsschuld: was einem Zinsgewinn der Republik gleichkam und das finanzielle Vertrauen in ihren Bestand wesentlich festigte. Aber auch sonst trat er, gegen die Meinung des Botschafters von Arnim und im Gegensatz zu den legitimistischen Neigungen einer Berliner Hofpartei, die der Kaiserin Augusta nahestand, nach Kräften für die liberal-bourgeoise Republik als die für das Reich ungefährlichste aller in Frankreich möglichen Staatsformen ein und suchte ihr auch bald auswärtige Erfolge zu verschaffen, soweit diese deutsche Interessen nicht schädigten, ja wohl eher noch zu fördern geeignet waren.

Nun geriet aber die Republik gleichwohl aus der inneren französischen Entwicklung selbst heraus in nicht leichte Gefahren. Auf deutschem Boden schien der Klerikalismus durch die Entstehung des engeren Deutschlands mit seinem protestantischen Kaisertum um seine besten Hoffnungen gekommen: nicht einmal zu einem diplomatischen Feldzug zur Wiedererlangung des Patrimoniums Petri für den heiligen Vater hatten sich die neuen Machthaber bereit gezeigt. Dagegen sah sich der Klerikalismus seit dem Vatikanum in Deutschland sogar in einen hartnäckigen Kampf mit den widerstrebenden Mächten des Reiches und der einzelnen Staaten wie des wesentlich protestantischen Liberalismus verwickelt: und noch schien dessen Ausgang zweifelhaft. Unter diesen Umständen versteht es sich von selbst, daß Kurie und Klerikalismus ihr bestes Werkzeug für den künftigen Fortschritt der papalen Kirche wieder einmal in Frankreich, dem alten Staate der allerchristlichsten Könige, erblickten. So schlossen sie sich denn zu einem besonders

engen Bunde zusammen, als dessen Programm sich zunächst für Frankreich der Sturz der bourgeoisen Republik und die Begründung eines klerikal-feudalen Königtums der Bourbonen ergab. Im Mai 1873 beseitigte die klerikale Partei im französischen Parlament den Präsidenten Thiers; an seine Stelle trat dem Titel nach als Präsident der Republik, dem Ziele nach als Platzhalter für den ersehnten legitimistisch-klerikalen König der Marschall Mac Mahon. Und immer reger und offenkundiger wurden nun die Verhandlungen der Klerikal-Feudalen mit dem Grafen Chambord; sie setzten es in der Nationalversammlung durch, daß diese einen Neunerausschuß mit dem förmlichen Auftrage berief, die Thronbesteigung Heinrichs V. vorzubereiten. Dabei zeigte sich schon, welche Folgen nach außen hin der sich vorbereitende Umschwung haben werde. Während man von einem deutsch-französischen Kriege noch mit gedämpfter Stimme sprach — denn der Schrecken der Jahre 1870/71 war noch nicht überwunden —, verkündete man gleichzeitig um so lauter echt katholische Ziele einer künftigen auswärtigen Politik: da würden sich die Zeiten der Gesta Dei per Francos erneuern; einen heiligen, einen echt französischen Krieg gelte es gegen den Antichrist, gegen den Räuber Roms, gegen den König von Italien.

Eine Wendung in den französischen Geschicken, die für das Deutsche Reich von besonderem Interesse war. Denn der französische Klerikalismus mußte das monarchische Italien ohne weiteres, selbst wenn andere Motive nicht mit eingriffen, zum Anschluß an das Reich treiben, an das Land des Kulturkampfs.

Nun hatte Italien im Jahre 1870 mit Frankreich gemeinsam zum Streit gegen die Deutschen ziehen wollen: die Parteien der Rechten waren damals mit Viktor Emanuel II. einig gewesen in ihren französischen Sympathien, während freilich die Linke in dauerndem Verkehr mit Berlin stand und im Verlaufe des Krieges sogar im deutschen Hauptquartier durch einen besonderen Abgesandten, den Ab-

geordneten Cucchi, vertreten war. Dann allerdings, nach dem raschen und unerwarteten Siegeslauf der deutschen Heere durch Nordfrankreich, hatte Italien diesen Siegen den Abzug der französischen Truppen aus Rom und, vielleicht nicht eben zur Freude Bismarcks, die Einnahme Roms durch die eigenen Truppen verdankt. Es war eine Errungenschaft, die das berühmte Italia farà da se eigenartig beleuchtete, die aber, bei dem besonderen Charakter der italienischen Politik, gleichwohl an sich nicht weiter geeignet schien, das Verhältnis Italiens zu dem neuen Reiche zu bessern.

Tatsächlich zusammengeführt wurden die beiden Nationen dagegen sehr bald nach dem Kriege, nach der Mobilmachung des Klerikalismus in Deutschland, durch ihren gemeinsamen Gegensatz gegen diesen, die Kurie, den Papst. Und so fand denn Prinz Friedrich Karl, der Sieger von Metz, schon im Februar 1872 in Rom eine begeisterte Aufnahme.

Wie aber mußten nun diese Sympathien wachsen, als die Ziele des französischen Klerikalismus ein starkes italienisches Interesse für den Anschluß an das mächtige neue Reich ergaben, und als auch in Deutschland mit der steigenden Hitze des Kulturkampfes die Stellung Italiens gegenüber dem Papsttum immer mehr gewürdigt ward! Im Spätfrühling des Jahres 1873 erschien das italienische Kronprinzenpaar, der spätere König Humbert mit seiner Gemahlin Margarethe, einer Enkelin König Johanns von Sachsen, in Berlin; und die Stadt feierte ihre Anwesenheit mit einer Herzlichkeit, deren warmen Ton man auch in Frankreich nicht verkannte. In den Tagen dann, in denen man in Frankreich den Abschluß der Restaurationsverhandlungen erwarten durfte, im September 1873, reiste König Viktor Emanuel selbst nach Wien und Berlin. Mit Kaiser Wilhelm war es ein eigenartiges Zusammentreffen. Die ersten Worte, die Viktor Emanuel zu ihm sprach, lauteten: „Ich muß Eurer Majestät gestehen, daß ich im Jahre 1870 im Begriffe stand, die Waffen gegen Sie zu ergreifen."

Der Kaiser antwortete mild: „Ich weiß es.“ Viktor Emanuel war vom Minister des Auswärtigen begleitet, so daß es schon jetzt zu wichtigeren Verabredungen kommen konnte.

Freilich: die akute Gefahr von Frankreich her verschwand inzwischen wieder. Im letzten Augenblicke versagte sich der Graf von Chambord dem Throne, und die enttäuschte klerikal-royalistische Mehrheit der Kammer verlängerte im November 1873 die Befugnisse des Marschalls Mac Mahon auf sieben Jahre. Indes begriff man wohl, daß damit die Krise nur einen chronischen Verlauf gewonnen hatte; die Gefahr eines klerikalen französischen Königtums schien sich in drohender Nähe zu halten, und Italien hatte auf lange hin mit ihr zu rechnen. Und so blieb die Anlehnung Italiens an das Deutsche Reich, wenn auch mit einiger Unterbrechung, bestehen; im Oktober 1875 hat Kaiser Wilhelm den Besuch Viktor Emanuels in dem besonders französisch und freilich auch besonders republikanisch gesinnten Mailand unter gewaltigem Enthusiasmus der Menge erwidert.

Inzwischen war aber auch das Verhältnis des Reiches zu den beiden kaiserlichen Nachbarmächten im Osten längst erfreulich geworden: wie gelegentlich der deutsch-italienischen Annäherung später vielfach die Erinnerung an das preußisch-italienische Bündnis von 1866 auftauchte, so war hier schon zeitig an den alten Gedanken der heiligen Allianz angeknüpft worden. Bismarck hatte früher einmal ausgeführt: Die kontinentale Politik habe bis in die sechziger Jahre hinein seit langer Zeit auf der Verbindung der drei östlichen Mächte, Österreich, Rußland und Preußen, beruht: eine Verbindung, die sich in der Nachwirkung der heiligen Allianz als eine Koalition gegen Frankreich dargestellt habe. Dabei sei die Stellung des Deutschen Bundes in demselben Sinne aufgefaßt worden und habe mehr der Befestigung dieser Koalition als der lebendigen inneren Entwicklung Deutschlands dienen müssen. Was aber Preußen angehe,

so hätten die innere Entwicklung der letzten fünfzig Jahre und die realen Interessen das Land zwar in vielen Beziehungen Frankreich angenähert, indes habe es gleichwohl all die Zeit hindurch an dem Bunde mit den Österreichern festgehalten in der Annahme, die vielleicht eine Fiktion gewesen sei, daß es seine hauptsächlichsten Gefahren von Frankreich zu befürchten habe. „Diese Auffassung", fährt Bismarck fort, „hat mehr oder weniger die Politik Preußens seit 1815 bestimmt und es genötigt, der groß- und süddeutschen, durch die konservativen Interessen Rußlands verstärkten Politik Österreichs zu folgen." Eine herbe Kritik der preußischen Politik in der vorbismarckischen Ära, die zeigt, in welchem Sinne dem Fürsten eine Annäherung an Österreich und Rußland zugleich nicht genehm sein konnte. Inzwischen hatten sich freilich seit dieser Betrachtung, die dem Jahre 1865 angehört, die Dinge sehr verändert. Von Österreich war ein Eingreifen in die inneren Verhältnisse des Deutschen Reiches nicht mehr zu befürchten, vorausgesetzt, daß die Diplomatie des Reiches sich der Deutschen in Österreich nicht besonders annahm; Hoffnungen auf ein großdeutsches Kaisertum, die das Haus Habsburg auch noch nach 1866 gehegt hat, waren mit den Ereignissen der Jahre 1870/71 doch wohl endgültig zu Grabe getragen worden, wie die innere, gegendeutsch-slawische Politik seit dieser Zeit zu beweisen schien.

Nun hatte sich Fürst Bismarck, wie wir schon wissen[1], bereits im Jahre 1866 von der Notwendigkeit eines künftigen guten Verhältnisses des Nordbundes zu Österreich durchaus überzeugt gehalten. Und dieser Meinung ist er ständig geblieben. In der großen Rede des Februars 1888, die man wohl sein politisches Testament genannt hat, hat er folgendes ausgeführt: „Denken Sie sich Österreich von der Bildfläche Europas weg, so sind wir zwischen Rußland und Frankreich auf dem Kontinent mit Italien isoliert,

[1] S. oben S. 221.

zwischen den beiden stärksten Militärmächten neben Deutschland; wir ununterbrochen zu jeder Zeit einer gegen zwei mit großer Wahrscheinlichkeit oder abhängig abwechselnd von einem oder vom andern. So kommt es aber nicht. Man kann sich Österreich nicht wegdenken; ein Staat wie Österreich verschwindet nicht ... Wenn wir die Isolierung, die gerade in unserer angreifbaren Lage für Deutschland besonders gefährlich ist, verhüten wollen, so müssen wir einen sicheren Freund haben."

Aus all diesen Auffassungen, aus den Erinnerungen an nächstzurückreichende Bundes- und Freundschaftsverhältnisse ergab sich für Bismarck schon wenige Wochen nach Sedan, in den Zeiten, da Thiers die Mächte für eine Intervention zu gewinnen suchte, der Gedanke eines künftigen Bundes mit Österreich und Rußland unter möglichster Heranziehung Italiens; schon von Meaux aus, erzählt er, habe er in dieser Richtung sondiert. Den sicheren Freund aber suchte er, um so mehr, als das Verhältnis zu Rußland einstweilen noch ungetrübt erschien, vor allem in Österreich. Mitte Dezember 1870 unterrichtete er das Wiener Kabinett vom Abschluß der Verträge mit den süddeutschen Staaten und endete seine Mitteilung mit dem Satze: „Deutschland und Österreich-Ungarn, wir dürfen es zuversichtlich hoffen, werden mit den Gefühlen gegenseitigen Wohlwollens aufeinander blicken und sich zur Förderung der Wohlfahrt und des Gedeihens beider Länder die Hand reichen." Und als dann daraufhin der österreichische Kanzler Beust gegen Ende des Jahres entgegenkommend geantwortet hatte, da konnte die Tatsache eines künftigen guten Einverständnisses des Reiches und Österreichs schon in den bayrischen Kammerverhandlungen über den Bündnisvertrag zwischen Bayern und dem Reich im Januar 1871 erwähnt werden und dort beruhigend auf alte Großdeutsche und junge Klerikale wirken.

Dieser allgemeinen Haltung der Geister im Reiche wie in Österreich entsprechend kamen dann Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph im August 1871 in Ischl zusammen,

während Beust und Bismarck sich in Gastein trafen. Freilich: den Grafen Beust, den Herrn von Beust sechsundsechziger und sächsischen Angedenkens, wies seine Vergangenheit jetzt vom Platze; im November 1871 ward er in der Leitung der auswärtigen Politik des Kaiserreichs durch den Grafen Andrassy ersetzt, einen Ungarn, der wohl wußte, welche Vorteile sein engeres Vaterland in seinem Verhältnisse zu Österreich den Ereignissen von 1866 und 1870 verdankte. Von diesem Augenblicke an konnte das Verhältnis des neuen Reiches und Österreich-Ungarns als ein dauerndes und dauernd auf den Friedensschutz Europas gestelltes betrachtet werden.

Und in der Natur der Sache fast lag es, daß sich das freundschaftliche Verhältnis auch auf Rußland ausdehnte. Schon Mitte 1871 hatte Graf Beust in dieser Hinsicht in den österreichisch-ungarischen Delegationen erklärt, es sei wenig wahrscheinlich, daß jemand gegen den Freund seines Freundes zum Feinde werde. Gewiß: in Rußland gedachte man noch immer mit Unwillen der Haltung Österreichs während des polnischen Aufstandes des Jahres 1863, aber anderseits mußte man sich doch sagen, daß eben durch ein herzliches Einverständnis mit Österreich die dort vorhandenen polnischen Sympathien in ihrer Ausbreitung gestört werden würden. Und verband die drei Ostreiche nicht das natürliche Bedürfnis einer starken monarchischen Stellungnahme gegenüber den mannigfachen Zerstörungstendenzen der Zeit? Es war ein Motiv gegenseitigen Zusammenhaltens, das an die Herzen der Herrscher griff, und das Bismarck auszuspielen nicht müde wurde.

Im September 1872 kam es zu der ersten Dreikaiserzusammenkunft in Berlin. Bei dieser Gelegenheit erledigten die Minister Gortschakoff, Andrassy und Bismarck in gemeinsamer Aussprache die zwischen den drei Reichen bestehenden Anstöße; und es kam zu einem allgemeinen Einverständnis, das geeignet war, im Falle stärkerer europäischer Friedensstörung rasch zu festerem Bunde zu führen. Die

drei Kaiser gewährleisteten sich ihre Besitzungen, so, wie diese durch die letzten Verträge festgelegt worden waren; sie versprachen sich, für die Schwierigkeiten, die im Bereich der orientalischen Frage auftauchen könnten, den Versuch gemeinsamer Lösung zu machen; und sie erschienen bereit, Maßregeln zur Unterdrückung des neuen, sozialistischen Umsturzes zu treffen.

Es war ein Jahr etwa vor dem Versuche einer klerikal-monarchischen Restauration in Frankreich. Als dieser schon in der Zeit seiner Vorbereitungen auch Italien zu näherem Anschluß an das Deutsche Reich trieb, war, mit dem Beginn etwa des Jahres 1874, auf diplomatischem Wege eine Stellung des Deutschen Reiches in Europa errungen, die man, ohne Widerspruch fürchten zu müssen, als führend bezeichnen konnte, und die, zu keinerlei Kriegsabenteuern mißbraucht, auch der öffentlichen Meinung allmählich Vertrauen einzuflößen begann zu jenen feierlichen Versicherungen künftigen Friedens, unter denen drei Jahre zuvor Reich und Kaisertum erstanden waren.

4. Getrübt wurde diese günstige Lage im Grunde durch die in Rußland auftauchenden Begehrlichkeiten, die sich, wohl nicht, ohne daß die deutschen Erfolge von 1870 Anlaß zu ihrer Entstehung gegeben hätten, auf einen neuen Feldzug gegen die Türkei und auf die Erwerbung Konstantinopels richteten. Ersten Anlaß zu wirklichen Verstimmungen gaben dabei Vorgänge von an sich ganz untergeordneter Bedeutung, die jetzt wohl der Hauptsache nach als aufgeklärt gelten dürfen. Sie werden hier nur wegen der von mißwollender Seite an sie geknüpften, noch immer wieder von Zeit zu Zeit aufgewärmten Folgerungen erwähnt.

In Frankreich war gegen Ende 1872 die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht beschlossen worden; in den folgenden Jahren machten sich ihre Wirkungen in ständig und stark zunehmender Kriegstüchtigkeit geltend. Dazu waren mit etwa dem Jahre 1874 die klerikal-monarchischen

Wirren überstanden, die Zeit einer ausgedehnten Verfassungsgesetzgebung im republikanischen Sinne brach herein, und im Februar 1875 war man mit dieser im ganzen zu Ende gelangt: das Ergebnis war die noch heute geltende Verfassung und damit zugleich eine starke Beruhigung in den inneren Parteiungen. Frankreich schien somit um diese Zeit auf eine neue Stufe seiner Entwicklung, und zweifelohne eine aufsteigende, zu gelangen.

Im Reiche anderseits waren um diese Zeit, abgesehen von sonstigen Anzeichen einer kräftigen Entfaltung, auf militärischem Gebiete alle die Lücken, die der Krieg gerissen hatte, geschlossen: in jeder Hinsicht fühlte man sich einem großen Kriege gewachsen. Und da machte sich nun im Großen Generalstabe, nicht ohne Teilnahme Moltkes, die Meinung geltend: einem neuen Kampfe mit Frankreich werde man schwerlich entgehen; es sei besser, selbst den Zeitpunkt hierfür zu wählen, als ihn durch Frankreich wählen zu lassen: man müsse losschlagen. Diese Anschauungen oder wenigstens Anschauungen, die an sie anknüpften, brachte ein Artikel der „Post" vom 8. April 1875 unter dem alarmierenden Titel: „Ist der Krieg in Sicht?" in die Öffentlichkeit. War das schon ärgerlich genug, so wurde die Lage noch verwickelter dadurch, daß ein deutscher Diplomat dem französischen Botschafter in Berlin inter pocula ganz gegen die Anschauungen seines Chefs verwandte Ansichten vorgetragen hatte, von denen dann der Botschafter alsbald pflichtgemäß nach Paris Kenntnis gab. Von hier aber gelangten sie an alle europäischen Höfe, insbesondere auch nach Petersburg, und verursachten dort kaum minder starke Erregung als in Paris.

Da half es denn bei den an sich schon etwas kälter gewordenen russisch-deutschen Beziehungen wenig, daß Fürst Bismarck den Artikel der „Post" in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" inzwischen dahin hatte beantworten lassen, daß „eine sorgenvolle Ansicht der Gegenwart und eine fast melancholische Auffassung von der Zukunft in

unseren jetzigen internationalen Beziehungen keineswegs begründet sei". Und auch der Umstand verschlug nicht, daß sich die halbamtliche „Provinzialkorrespondenz" am 14. April ähnlich gegen die Kriegsbesorgnis aussprach. Am 10. Mai erschien der Zar Alexander II. in Berlin und besuchte alsbald den Fürsten Bismarck. Er überzeugte sich anscheinend leicht, daß dieser nicht an Krieg denke, scheint aber den Anschauungen des Fürsten in anderen Kreisen doch erst während seines Aufenthaltes bis zum 13. Mai vollständig zum Siege verholfen zu haben.

Wie dem auch sei: jedenfalls bezeichnete der russische Kanzler Fürst Gortschakoff das Ergebnis der russischen Einwirkung in einem Rundschreiben an die russische Diplomatie mit Worten, die der Legende Vorschub geleistet haben, als wenn damals Frankreich nur durch den rasch herbeigeeilten Zaren und vor allem auch durch Gortschakoff den schon fletschenden Zähnen eines beutegierigen Angreifers entrissen worden sei.

Es war der erste Anstoß in den deutsch-russischen Beziehungen. Und diesem sind dann weitere gefolgt. Der Grund zu ihnen lag bis zu einem gewissen Grade sicherlich in der Eifersucht Gortschakoffs auf Bismarck, seinem „Schüler", als nunmehr leitenden Diplomaten des europäischen Konzerts. Aber wichtiger war, daß sich die leisen Empfindlichkeiten über die deutschen Erfolge von 1870 und die ersten stillen, bei der deutschen Friedensliebe der Erfüllung anscheinend noch sehr fernen Absichten eines neuen Angriffes auf die Türkei in Rußland allmählich in offenes Mißbehagen umzusetzen begannen. Und schließlich kamen noch Motive hinzu, die weit tiefer lagen und darum auch weit dauernder und stärker zu wirken bestimmt waren. Die Deutschen sind fast zwei Jahrhunderte hindurch die Lehrmeister der Russen in der Aufnahme der europäischen Kultur gewesen, ein Vorgang von außerordentlicher Bedeutung, dessen Geschichte noch zu schreiben ist, und an dem namentlich die Deutschen der heutigen baltischen Provinzen großen

Anteil genommen haben. Natürlich aber hatte diese Rolle den Deutschen, und vor allem wieder dem baltischen Adel, in Rußland eine in fast jeder Richtung bevorzugte Stellung geschaffen: Deutsche hatten sich fast wie eine Reihe hochgestellter und hochbesoldeter geistiger Kolonisten über alle Teile des Reiches ergossen. Jetzt aber schien die Zeit gekommen, da Rußland die europäische Kultur selbständig aufzunehmen imstande und jedenfalls im Begriffe war. Und damit wandte es sich naturgemäß gegen das fremde Element in seinem Innern. Die Deutschen, früher Wohltat, erschienen nun als Plage; man begann ihre Einwirkung allenthalben abzustreifen und ihre vornehmste Heimat innerhalb des Reichs, die baltischen Länder, mit strengen Mitteln der Russifizierung entgegenzuführen. Dieser zerstörenden Wirksamkeit aber lief eine aufbauende zur Seite: immer mehr erblühte eine eigenständige slawische Kultur und mit ihr ein russisches, ja ein allslawisches Gemeingefühl. Und da diese Entwicklung mit dem geistigen Aufschwung auch anderer slawischer Völker, der Polen, Tschechen, Slowenen zusammenfiel, so entkeimte ihr schließlich schon ein konkretes System politischen Denkens und politischer Absichten, eine panslawistische Solidarität. Wie hätte diese aber Fühlung suchen können mit den Deutschen, den Beherrschern und früher Unterdrückern so manchen Slawenstammes? Soweit sie noch geistiger Anlehnung in Europa bedurfte — und eines Stützpunktes zugleich gegen die Deutschen —, fand sie diese vielmehr in der französischen Kultur, die zudem, auf Grund mancher inneren Verwandtschaft, von jeher gute Beziehungen zu den slawischen Ländern unterhalten hat. Und damit begann, schon längst kulturell, nun, seit den siebziger Jahren, langsam auch politisch, jenes leise Zusammengehen russischer und französischer Interessen, das von erlauchten Geistern schon einmal um 1800, dann wieder, in schwächeren Versuchen, während des Polenaufstandes von 1863 in Aussicht genommen worden war: nunmehr im Sinne eines engen zu verwirklichenden Bundes.

Während sich aber diese Zusammenhänge, weit zurückreichend, nur langsam in Empfindung und Wirklichkeit umzusetzen begannen, war Rußland längst im Begriff, mehr politischen Neigungen des Tages entsprechend noch einmal den alten Kreuzzug gegen die Türken zu eröffnen.

Der Zustand der Türkei forderte dazu in hohem Grade heraus. In den Jahren 1875 und 1876 fanden, freilich schwerlich ohne schon starke russische Einwirkung, Aufstände in Bulgarien und der Herzegowina statt; in Konstantinopel kam es Juni bis Ende August 1876 zur gewaltsamen Entthronung zweier Sultane. So glaubte Rußland im folgenden Jahre mit Erfolg gegen den alten Feind ziehen zu können; und um sich die Flanke zu decken, begann es im Jahre 1876 Verhandlungen mit seinen westlichen Nachbarn, mit dem Deutschen Reiche und Österreich. Soweit das Deutsche Reich in Betracht kam, gipfelten diese in der Anfrage, ob es neutral bleiben würde, falls Rußland mit Österreich in Krieg geriete, und in Anerbietungen, deren Annahme einen Krieg zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche einerseits und Österreich anderseits mindestens nicht ausgeschlossen haben würden. Die deutsche Antwort, deren endgültige Form wohl im Spätherbst 1876 erging, lautete ihrem Kerne nach dahin, man werde jeden Kampf zwischen Österreich und Rußland bedauern; käme es trotzdem zu einem solchen, so könne man ihn freilich nicht hindern; doch läge es im deutschen Interesse, daß dabei keiner der Kriegführenden so geschädigt werde, daß er seine Stellung als europäische Großmacht verliere. Es war eine der Form nach beiden Mächten durchaus gleich gerecht werdende Antwort; nach Lage der Dinge aber lautete sie doch Österreich günstig: denn nur Rußland wollte Österreich, nicht umgekehrt Österreich Rußland angreifen. Und so bedeutete sie denn, daß Rußland, anstatt durch einen Kampf gegen Österreich die südslawische Welt und die Übermacht über die Türkei und die Ostslawen der Donauländer zugleich zu gewinnen, sich vielmehr gezwungen sah, die

Türkei direkt anzugreifen. Und dazu bedurfte man nun gar noch der wohlwollenden Neutralität Österreichs! In der Tat blieb nichts übrig, als diese durch besondere Verhandlungen zu erkaufen, in denen sich Österreich die Besetzung Bosniens und der Herzegowina seinerseits ausbedang. Hieß aber eine solche Besetzung nicht die Zulassung eines nun wesentlich österreichischen Einflusses auf die Adria und deren Slawenwelt? Befestigte sie nicht Österreich dadurch ganz in der Gewalt über die Slawen seines Herrschaftsbereiches und auch seiner Grenzgebiete? Ehe Rußland noch einen Schwertstreich getan hatte, hatte es den westlichen Teil seines Befreiungsprogramms aufgeben müssen. Österreich aber sah sich, nach altem Bismarckischen Programm, zur Erleichterung der Lösung künftiger deutscher Fragen mehr dem Osten und vornehmlich dem Südosten zugedrängt.

Bismarck ging auch noch nach einer anderen Seite hin vor. Wesentlich sein Werk ist es doch wohl gewesen, wenn zwar vor Beginn des Krieges alle europäischen Mächte, einschließlich Englands, strenge Neutralität versprachen, zugleich aber auch der Zar unter Verpfändung seines Ehrenwortes feierlich versicherte, daß er nicht zum Schwerte greife, um Eroberungen zu machen, insbesondere nicht, um Konstantinopel einzunehmen, und daß, wenn irgendeine der künftigen Friedensbedingungen europäische Fragen berühren sollte — und wie hätte dies nicht fast jede gemußt! — ein europäischer Kongreß darüber mitberaten und entscheiden solle.

Unter diesen Umständen, ja fast Bedingungen, Bedingungen, die freilich allein geeignet waren, den europäischen Frieden zu sichern, ging Rußland nunmehr in den Krieg; und es ist begreiflich, daß die Stimmung aus alledem heraus speziell gegen die deutsche Politik gereizt war. Noch mehr aber verbitterte sie sich, als der Krieg nicht übermäßig glänzend verlief, trotz aller Tapferkeit der Truppen und trotz schließlichen Vordringens bis in die Nähe von

16*

Konstantinopel, und als es sich angesichts der drohenden Haltung Englands und auch Österreichs nun tatsächlich nicht umgehen ließ, den vorher in Aussicht genommenen Kongreß zuzulassen. Allerdings bediente sich Rußland dabei zur Regelung der Einberufung der nicht wohl zu umgehenden Hilfe des Deutschen Reiches und Bismarcks; und wie es selber England vermocht hat, so hat Bismarck Österreich dazu gebracht, den im Januar 1878 zu Berlin eröffneten Kongreß zu besuchen. Auf dem Kongresse selbst hat dann Bismarck freilich alles getan, um durch eingehende und treue Dienstleistungen den Groll Rußlands zu beschwichtigen; wohl mit Recht hat er später sagen können, er habe seine Rolle bei den Verhandlungen, soweit er es irgend konnte, ungefähr so aufgefaßt, als wenn er der vierte Bevollmächtigte Rußlands gewesen wäre.

Indes der Stachel blieb; wie Rußland seine Zwecke am Bosporus nur sehr mit Einschränkung erreicht hatte, so sah es sich von einem Einfluß auf die westlichen Slawen weit gegen seine Wünsche abgedrängt. Und die Erbitterung kam zunächst in einem heftigen Preßfeldzug gegen deutsche Politik und deutsches Wesen zum Ausdruck.

Für das Deutsche Reich schwieriger wurde diese Lage aber doch erst durch die Entwicklung, die inzwischen Frankreich genommen hatte. Wir haben die französische Geschichte in dem Augenblick verlassen, da alles einer stärkeren inneren Festigung zudrängte: Anfang 1875 wurde die Verfassung abgeschlossen, und das Heer erhielt eine weitere Durchbildung. Noch günstiger, und doch zugleich auch für Deutschland ansprechend, entwickelten sich die französischen Zustände, als die ersten Wahlen unter der neuen Verfassung, Anfang 1876, für beide Kammern eine republikanische Mehrheit ergaben, die auch gegen den Klerikalismus anzugehen drohte. Damit rückten Frankreich und das Deutsche Reich, das damals noch immer im Kulturkampfe stand, in gleiche Linie des Verhaltens gegenüber Rom; zugleich aber war damit für Frankreich, solange der durch

und durch klerikale Mac Mahon Präsident blieb, eine Zeit innerer Zwiste eröffnet, die das Land nach außen hin wenig handlungsfähig ließen. Diese für die deutsche Politik günstigen Verhältnisse haben sich dann zunächst bis zum November 1877 erhalten, ja so weit zugespitzt, daß man Mitte Dezember 1877 unmittelbar vor einem klerikalen Staatsstreich zu stehen schien, der am Ende nur infolge von Gewissensbedenken Mac Mahons vermieden ward. Indes war nun durch diese Politik hochverräterischer Absichten und mangelnden Vollbringens die Person Mac Mahons derart bloßgestellt, daß er im Januar 1878 seine Entlassung einzureichen gezwungen war. Und nun wurde in Grévy ein Republikaner ohne Falsch gewählt. Damit erschien denn erst die republikanische Staatsform befestigt und eine widerspruchslosere Entwicklung der endlich zum Siege gelangten staatserhaltenden Mächte der Republik im französischen Leben gewährleistet.

Nun war das aber zu derselben Zeit, da sich der russische Groll gegen das Deutsche Reich und auch gegen Österreich in vollen und prasselnden Schauern entlud: und alsbald begannen die Fäden zwischen Petersburg und Paris hin und her zu schießen.

Begünstigt wurde diese Wendung noch durch ein zunächst nur innerdeutsches Ereignis. Im Juni 1878 starb zu Paris der alte König Georg V. von Hannover; und sein Sohn Ernst August zeigte darauf dem Kaiser an, daß er alle seine Ansprüche auf das Königreich aufrechterhalte, einstweilen aber, für die Dauer seiner Behinderung, den Titel eines Herzogs von Cumberland annehmen werde. Es war eine offene Absage an das Reich. Nun vermählte sich aber der Herzog von Cumberland im Dezember 1878 mit der Prinzessin Thyra von Dänemark, einer Tochter König Christians, des Protokollprinzen der fünfziger Jahre und dänischen Königs schon in den Zeiten der deutsch-dänischen Kämpfe: deutlich traten die Umrisse einer welfisch-dänischen Verbindung gegen das Reich zutage.

Freilich hatte das Reich schon einen Gegenschlag vorbereitet: im Oktober 1878 war der Artikel V des Prager Friedens, der die Abstimmung der Bevölkerung der nördlichen Distrikte Schleswigs über ihre Zugehörigkeit zu Schleswig-Holstein oder zu Dänemark vorbehielt, durch Einverständnis der beiden Vertragschließenden dieses Friedens, des Kaisers von Österreich und des Königs von Preußen, aufgehoben worden. Die Aufhebung wurde im Februar 1879 im Reichsanzeiger bekannt gemacht, und sie traf Dänemark ebenso, wie sie die Welt über das besonders herzliche Verhältnis zwischen Österreich und dem Deutschen Reiche unterrichtete.

Die dänische Herrscherfamilie aber stand wiederum in engstem Verhältnis zur russischen, denn eine sehr unternehmungslustige Schwester der Prinzessin Thyra war die Gemahlin des russischen Thronfolgers Alexander. Darum wurde der deutsche Schlag gegen Dänen und Welfen auch in Rußland herb empfunden, wie denn nicht minder die nach dem Tode des letzten deutschen Welfen, des Herzogs Wilhelm von Braunschweig (Oktober 1884), erfolgende Regelung der Thronfolgefrage in Braunschweig durch eine Regentschaft des Prinzen Albrecht von Preußen später den Gegensatz zwischen dem Berliner und dem Petersburger Hofe beträchtlich verstärkt hat.

All diese Bedenken und Verstimmungen wurden zum ersten Male durchaus akut gelegentlich der Ausführung der Bestimmungen des Berliner Kongresses. Wie es zu gehen pflegt, schließlich aus geringfügigem Anlaß. Die Russen glaubten zu bemerken, daß in einer von den Großmächten und den beteiligten Staaten beschickten Kommission zur genaueren Feststellung der Grenzen in Novibazar sich die deutschen Bevollmächtigten der russischen Anschauungen weniger annähmen als billig. Darauf beklagte sich der Zar Alexander II. im August 1879 bei Kaiser Wilhelm persönlich, während Bismarck in Gastein die Kur gebrauchte, heftig über die Parteilichkeit der deutschen Kommissare; und seine

Klagen endeten in fast unverhüllte Androhungen eines Krieges. Kaiser Wilhelm ließ nun die persönliche Korrespondenz mit dem Zaren ruhen zugunsten amtlicher Auseinandersetzung, sandte aber zugleich ohne Vorwissen Bismarcks und aus eigenster Willensmeinung den ihm besonders vertrauten, schon in manchem politischen Auftrage bewährten General von Manteuffel zum Zaren nach Alexandrowo, um ihn zu beruhigen; ja er scheute schließlich selbst trotz seines hohen Alters den Weg dorthin nicht, um die Gegensätze in persönlicher Aussprache zu begleichen. Konnte das aber bei dem prinzipiellen Widerstreit der beiderseits verfolgten politischen Ziele gelingen? Nur das Wiederaufleben eines besseren persönlichen Verhältnisses beider Herrscher zueinander scheint Kaiser Wilhelm erreicht zu haben.

Fürst Bismarck aber sah wohl, daß sich der deutsche und der russische Weg nunmehr endgültig schieden. Und er handelte danach. Gezwungen, zwischen Rußlands und Österreichs Freundschaft zu wählen, entschied er sich endgültig für diejenige Österreichs. Vorverhandlungen zu Gastein mit dem Grafen Andrassy klärten die Lage so weit, daß Bismarck im September, unter dem endlosen Jubel der Bevölkerung, nach Wien gehen konnte, um den Bündnisvertrag mit dem alten Gegner zum Abschluß zu bringen. Die Zustimmung des alten Kaisers Wilhelm aber zu dieser auf lange Zeit hin entscheidenden diplomatischen Schwenkung war nur unter den größten Schwierigkeiten zu erlangen. Wie sich der Kaiser schon der Einleitung der Vorverhandlungen widersetzt hatte, so erfaßten ihn jetzt, vor der Unterschrift, neue Zweifel: Gewissensbedenken vornehmlich im Hinblick auf das früher günstige Verhältnis zu Rußland, das ihn von Kindesbeinen an bis in sein hohes Alter begleitet hatte, und das er als eines der wertvollsten Vermächtnisse seines Vaters ansah. Erst am 7. Oktober 1879 kam es zur Ratifikation des Bündnisses, nachdem eine Intrige Rußlands, das zunächst Frankreich und Italien zu einem Bunde gegen das Reich aufgefordert hatte, ge-

scheitert war: Frankreich hatte sich einem Kriege gegen das Reich im Bunde mit Rußland allein versagt.

Ein Jahrzehnt etwa später, in Zeiten, da von einer russisch-französischen Koalition her der Krieg ernstlich zu drohen schien, am 3. Februar 1888, ist der Inhalt des deutsch-österreichischen Bündnisses veröffentlicht worden. Der erste Artikel bestimmt, daß beide vertragschließenden Teile verpflichtet sind, mit der gesamten Heeresmacht ihrer Reiche einander beizustehen und demgemäß Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen, falls wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch beider Kontrahenten eines der beiden Reiche von seiten Rußlands angegriffen werden sollte. Artikel II besagt: Würde einer der Vertragschließenden von einer anderen Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich der andere, dem Angreifer gegen seinen Verbündeten nicht nur nicht beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den Vertragsgenossen zu beobachten. Wenn jedoch in solchem Falle die angreifende Macht von seiten Rußlands, sei es in Form aktiver Mitwirkung, sei es durch militärische Maßnahmen, die den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden sollte, so trete die im ersten Artikel des Vertrages festgesetzte Verpflichtung des Beistandes mit voller Heeresgewalt auch in diesem Falle sofort in Kraft, und die Kriegsführung der Vertragsgenossen werde auch dann eine gemeinsame bis zu gemeinsamem Friedensschluß.

Der Vertrag richtet sich also in erster Linie gegen Rußland und erst in zweiter gegen Frankreich: denn auf Frankreich vornehmlich geht sein zweiter Artikel. Diesem Charakter entsprach die Lage des Jahres 1879. Österreich war es an erster Stelle, das seit 1876 einen russischen Angriff zu fürchten hatte, daneben seit etwa 1879 auch das Deutsche Reich. Frankreich stand von dieser Zeit an zweiter Stelle. Indem aber der Vertrag im ganzen unruhigen Wünschen ebensosehr im Osten wie im Westen Europas entgegentrat, war er recht eigentlich ein Friedensvertrag. Und er

gewann diesen Charakter noch mehr durch den Beitritt Italiens.

Wie wir wissen, war Italien seit 1873 vornehmlich durch die wachsende Bedeutung der klerikalen Interessen in Frankreich an die Seite des Deutschen Reiches geführt worden. Diese Stellung hatte dann einmal, im Jahre 1875, in der Zeit republikanischen Aufschwungs nach der Ablehnung der Krone durch den Grafen von Chambord, eine Unterbrechung erfahren. Es war eine Episode, in der gewisse Pläne einer französisch-italienisch-österreichischen Liga aufgetaucht sind. Beseitigt waren sie indes schon, als Kaiser Wilhelm, im Oktober 1875, in Mailand erschien: und wiederum wurden die klerikal-feudalen Regungen in Frankreich für eine deutschfreundliche Haltung Italiens maßgebend.

Als dann der französische Klerikalismus mit dem Sturze Mac Mahons an Bedeutung verlor, zeigte sich, daß trotzdem ein innigeres Verhältnis des monarchischen Italiens mit Frankreich schwer denkbar war; mächtig waren, in Oberitalien namentlich, und an erster Stelle in Mailand, republikanische Neigungen emporgewachsen; sie suchten und fanden moralische Stütze in Frankreich: und so hatte die Monarchie vor ihnen und dem Nachbarlande zugleich auf der Hut zu sein. Diese Haltung aber wurde der Monarchie um so leichter, als sich die Franzosen, nun kräftiger als bisher und doch noch nicht stark genug zum Angriffe auf das Deutsche Reich, in zunehmenden Übergriffen innerhalb des Bereiches der Mittelmeerküsten ergingen, und zwar auch an Stellen, an denen Italien alte und legitime Rechte zu haben glaubte. Wie aber sollte jetzt Italien noch eine feste Position gegenüber Frankreich einnehmen, außer im Anschluß an den zentraleuropäischen Zweibund?

Nachdem das Land in den Neuwahlen des Oktober 1882 sich von den radikalen, republikanischen und irredentistischen Abgeordneten fast ganz losgesagt hatte, trat es bald darauf, im Jahre 1883, dem Zweibunde bei. Und der Dreibund

ist seitdem immer wieder erneuert worden; einig ist jetzt die Welt darüber, daß er Europa durch drei Jahrzehnte den Frieden gesichert hat; als ein unentbehrliches Inventarstück gleichsam der europäischen Politik kann er betrachtet werden, von dem eben dieser Anschauung halber wenig mehr geredet wird, es sei denn etwa in Zeiten, da er wieder einmal der Erneuerung entgegengeht.

Aber auch die dem Dreibund entgegenstehenden Mächte, Frankreich und Rußland, haben sich inzwischen gefunden. Zwar hat sich Rußland in den Jahren 1884 bis 1887 noch einmal den großen monarchischen Nachbarreichen genähert, um von der sogenannten Rückversicherungspolitik hier noch nicht weiter zu reden. Fast schien es, als wenn sich die alten Zeiten des Dreikaiserverhältnisses erneuern sollten: da stellte eine Krise im Orient den Frieden in Europa auf schwere Probe. Es nahte das Jahr 1887, das gefährlichste wohl, das die äußere Politik des neuen Reiches im 19. Jahrhundert durchgemacht hat: man schien, aus dem Einverständnis hier der Panslawisten, dort der Chauvinisten vom Schlage eines Boulanger her, einen gemeinsamen Angriff Frankreichs und Rußlands auf den Gegner zwischen ihnen kaum noch zu bezweifeln. Doch beschwor die Staatskunst des Fürsten Bismarck noch einmal die Gefahr. Der Abschluß des Zweibundes freilich war nach der Verabschiedung des Fürsten nicht mehr zu hindern. Im Jahre 1891 wurde der förmliche Bundesvertrag unterzeichnet, doch so im geheimen, daß amtlich erst im Jahre 1897 von „verbündeten Nationen" gesprochen worden ist.

An dieser Stelle ist von den inneren Schicksalen des Dreibundes im einzelnen noch nicht weiter zu reden. Sie traten bald zurück vor ganz neuen Erscheinungen der auswärtigen Politik: vor den Aufgaben, die ein zum Welthorizont erweiterter Schauplatz seit etwa Mitte der achtziger Jahre der diplomatischen Kunst zu stellen begann. Es genügt, zu betonen, daß die Bedeutung des Dreibundes auch heute noch von den gegnerischen Staaten Europas

anerkannt ist. So von Frankreich, das sich seit dem Abschluß des Zweibundes zunächst mehr beruhigte, und in dessen diplomatischen Kreisen man von dem Frankfurter Frieden, der anfangs ganz offen als bloßer Waffenstillstand bezeichnet wurde, als von einer paix voulue zu sprechen lernte, die an Stelle der vor dem Zweibund vorhandenen paix subie getreten sei. So auch in Rußland, mit dem das Deutsche Reich seit dem Frieden von Shimonoseki immer wieder in Einvernehmen getreten ist, die sich bis tief in das neue Jahrhundert hinein gegenüber mannigfachen Streitfragen als widerstandsfähig erwiesen haben: man betrachtete das System des Zwei- und Dreibundes auch nach dem Eintritt einer engen Entente zwischen England und Frankreich als ein sich in seinen Teilen ergänzendes und damit den Frieden sicherndes Ganze: eine Auffassungsweise, die auf seiten des Dreibundes wohl zuerst Caprivi offenkundig vertreten hat.

Aber auch innerhalb der Vertragsstaaten des Dreibundes selbst herrscht Zufriedenheit mit den Wirkungen des nun schon so lange festgehaltenen gegenseitigen Verhältnisses. Am meisten Grund, zufrieden zu sein, hat dabei vielleicht Österreich: denn ihm hat der Dreibund die Möglichkeit gewährt, die schwierigen Verhältnisse des europäischen Orients im friedlichen Einverständnis mit Rußland, soweit diese den Adria- und Donaustaat stärker berühren, zu ordnen. In Italien hat Prinetti einmal gelegentlich der Erneuerung des Dreibundes im Jahre 1902 die Vorteile des Bundes für diese Zeit in eingehender Rede auseinandergesetzt. Naturgemäß traten dabei die Mittelmeerverhältnisse in den Vordergrund: eine Richtung, in der der Dreibund durch ein freundschaftliches Verhältnis Italiens zu England ergänzt worden ist, — nicht, ohne daß dieses Verhältnis England unter anderem den ruhigen Besitz Ägyptens einzutragen begonnen hätte. Prinetti konnte da ausführen, daß „Italien, wenn jemals die Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes im Mittelmeere gegen seinen Willen und trotz seines Wirkens

gestört werden sollte, in gleicher Weise sicher sein würde, niemand zu finden, der ihm den Weg in seinen rechtmäßigen Bestrebungen versperrte". Und was die orientalische Frage betrifft, die in Italien neuerdings stärkeres Interesse finde, so fügte er hinzu, daß sich in den Balkanstaaten selbst außerhalb des Italien besonders naheliegenden Albaniens keine Kombination ohne sein Wissen und zu seinem Nachteile werde verwirklichen können. Es war die allgemeine und gemeinsame Festlegung der Ziele der europäischen Politik um das Jahr 1902 durch Dreibund und Zweibund zugleich, die in dieser Rede ihren vielleicht entschiedensten Ausdruck fand. Immer wieder betonte der italienische Minister, daß es damals das gemeinsame Programm der Mächte war, auf friedlichem Wege die Fragen zu lösen, deren Austrag man sonst den Wechselfällen eines Krieges überlassen habe; mit Emphase führte er aus, daß sich die Geschicke der Völker in Zukunft wesentlich in Friedenskombinationen vorbereiten und entscheiden würden. Denn ganz im allgemeinen nötige heute die Vielseitigkeit und der verwickelte Zusammenhang der die Welt bewegenden Fragen zu gemeinsamer Verständigung, ohne welche Überraschungen für niemand ausgeschlossen seien. Den gleichen Ton ließ um die gleiche Zeit der deutsche Kanzler von Bülow vielleicht noch etwas deutlicher erklingen. Zur Zeit der Gründung des Dreibundes „trieben wir nur europäische Politik; die Kombinationen gingen nicht über das Mittelmeerbecken hinaus. Heute umspannt die Politik aller Großmächte den ganzen Erdball. Ich glaube, daß es, seit es Geschichte gibt, wohl nie eine Zeit gegeben hat, wo gleichzeitig so viele mächtige Reiche existierten. Daraus entwickelt sich, wenn ich mich so ausdrücken darf, ein System der Gegengewichte, was naturgemäß auch ohne besondere Verabredung auf die Erhaltung des Weltfriedens wirkt".

Auf diese Anschauung wird an viel späterer Stelle[1],

[1] In Band V.

bei Erzählung der Entwicklung einer deutschen Weltpolitik, zurückzukommen sein. Hier mag nur betont werden, daß trotz aller weltpolitischen Fragen doch die Sorgen einer speziell europäischen Politik nicht aufgehört haben: für das Deutsche Reich schon deshalb nicht, weil einer seiner Nachbarn, Frankreich, keineswegs gesonnen ist, auf eine spezifisch europäische Politik, und das heißt auf einen Vergeltungskrieg gegen das Reich, zugunsten einer überwiegenden Weltpolitik zu verzichten. Und da darf man vielleicht daran erinnern, daß das System der Gleichgewichte doch zunächst in Europa ausgebildet worden ist, und daß hier der Anfang dieser großen neuen Erscheinung eben in der Begründung des Dreibundes gegeben war. Denn der Zweibund ist nach Absicht wie Entstehung nichts als dessen Gegenstück im Sinne einer internationalen Ergänzung.

Von diesem Gesichtspunkte aus wird man auch erst völlig die Bedeutung der ganzen Kombination für das Deutsche Reich einschätzen können. Gewiß liegt sie auch heute noch zunächst auf dem Gebiete der äußeren Politik; und sie ist da augenscheinlich genug, — auch wenn die Erfahrung gelehrt hat, daß bei der heutigen Konsistenz des Reiches selbst Rußland und Frankreich gemeinsam Bedenken tragen würden, einen Angriff auf seine Grenzen zu wagen. Nicht minder groß aber sind und waren bisher die Vorteile auch für die innere deutsche Entwicklung, wenn sie hier auch verborgener liegen. Gewiß ist eine zentrale Lage, wie die Deutschlands, für ein kräftiges Volk an sich ein Vorteil: die von allen Seiten herandrängenden Kultureinflüsse werden es zusammenschweißen, ohne es einseitig werden zu lassen; es ist die Gunst der Lage, die Frankreich während vieler Jahrhunderte des Mittelalters, damals Mittelpunkt der europäischen Kultur, genossen hat. Und sie würden den Deutschen, nachdem sie einmal die große Zeit einer wenn auch nicht vollkommenen politischen Einigung erlebt hatten, auch an sich zugute gekommen sein. Allein bei dem zu ständigem Divergieren neigenden Charakter gerade unseres

Volkes war es doch gut, wenn den zur Einigung drängenden Momenten der Kultur auch noch solche der äußeren Politik zur Seite traten. Und wie hätten diese bei der geographischen Lage Deutschlands in irgend etwas besser gegeben sein können als in dem System des Zwei- und Dreibundes? Der Dreibund veranlaßte zum Zusammenhalten gegenüber den Freunden, der Zweibund zwang zu ihm angesichts gewaltiger Gegner. Es sind Wirkungen, die der Historiker, der in den querelles allemandes der Vergangenheit erfahren ist, nicht leicht zu hoch wird einschätzen können. Und mit ihnen verband sich eine weitere. War es ausgeschlossen, daß nach 1870 die Deutschen Österreichs wie auch ihr Herrscher neue Einflüsse unter den Völkern und Fürsten des Reiches suchten? Und war es undenkbar, daß sich die Reichsdeutschen der deutsch-österreichischen Verhältnisse in einer Weise annahmen, die zu heillosen Wirren im Bereiche des gesamten deutschen Namens hätten führen können? Das sozusagen engste und intimste Moment des Dreibundes, das Verhältnis speziell zwischen dem Reiche und Österreich, schloß selbst den Gedanken an solche Möglichkeiten aus: und schuf damit der inneren Entwicklung der Nation die Ruhe, die ihr nach der strudelnden Bewegung der sechziger und siebziger Jahre unerläßlich war.

Man sieht, wie sich hier am Ende innere und äußere Politik miteinander verquicken. Und wie konnte es anders sein auf einem Gebiete, auf dem sich Deutsche, wenn auch verschiedener Staaten, in ihren noch immer gemeinsamen nationalen Interessen trafen? Was man in den vierziger und fünfziger Jahren ahnte, wünschte, wollte, wenn man die Lösung der deutschen Frage im Sinne eines engeren Reiches ins Auge faßte: es ward zur Wirklichkeit nach der Begründung dieses Reiches. Jenes besonders enge Verhältnis zu Österreich war gewonnen, das der nationale Historiker immer im Sinne eines mehr als nur völkerrechtlichen Bundes betrachten wird.

5. Die vorhergehenden Abschnitte, wie sie der Entwicklung des Deutschen Reiches vornehmlich in seinem ersten und zweiten Jahrzehnt gewidmet waren, soweit die Entstehung der Verfassung und die Anbahnung neuer auswärtiger und völkerrechtlicher Verhältnisse in Betracht kamen, haben gezeigt, wie sehr diese beiden Momente innerlich zusammenhängen. Die innere Entwicklung bedurfte des Friedens, und dieser wurde durch äußere Bündnisse erreicht und gesichert.

Allein nicht bloß in diesen Verhältnissen, in der Festlegung der äußeren Verfassungseinrichtungen wie ihres völkerrechtlichen Komplements in einer glänzenden äußeren Politik, war das Reich verankert. Wir haben früher gesehen, daß die Verfassungsbildung im Grunde vor allem von der Entwicklung der sozialen Schichtung wie der politischen Bedeutung der Einzelstaaten, dessen, was man im Reiche jetzt Bundesstaat nennt, ausging und abhängig war. Aber ein völliges Verständnis konnte auf diesem Gebiete bisher noch nicht erreicht werden. Denn die Wurzeln, aus welchen in dieser Hinsicht der weitverzweigte Baum des Reiches erwachsen ist, auf daß er den deutschen Stämmen Schatten gebe im Schweiße ihrer geschichtlichen Arbeit, sie greifen tief und weit zurück über die zunächst der Betrachtung unterzogene Vergangenheit der letzten Geschlechter. Und so würde das geschichtliche Verständnis der inneren Grundlagen des deutschen Verfassungslebens der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart nur mangelhaft erreicht werden, würde nicht in längeren Schlußausführungen noch zurückgegriffen auf die Zusammenhänge dieses Verfassungslebens mit den älteren Bildungselementen der inneren Politik und der Verfassungseinrichtungen unseres Volkes. Dabei ist zu diesem Zwecke rückwärts zu gehen mindestens bis auf die Entstehungszeit der Bundesstaaten, der Territorien selbst, und das heißt bis in die Kaiserzeit des 10. bis 13. Jahrhunderts — bis in jene Periode, in der schon einmal ein Imperium Teutonicorum, eine große deutsche

Zentralgewalt vorhanden war: aber unter ihr auch schon, als sie — wesentlich mit durch eine mißleitete auswärtige Politik geschwächt — dem Verfalle entgegenging, selbständige Bildungen partikularen Charakters hervortraten.

Diese Bildungen, die künftigen Territorien, aber können in ihrer Entwicklung wiederum nicht verstanden werden, wenn man sich nicht einen ganz allgemeinen Grundzug der deutschen Verfassungsentwicklung der ersten anderthalb Jahrtausende vergegenwärtigt, der unserer heutigen Auffassung zunächst sehr fern steht. Die älteste deutsche Verfassung war noch nicht auf einen bestimmten Boden projiziert, haftete noch nicht an einem geographisch genau abgegrenzten räumlichen Gebiete: war reine Personalverfassung. Dementsprechend gehörte dem Staate an, wer aus der Staatsgenossenschaft heraus geboren war, gleichgültig, wo er sich befand. Es ist ein Zustand, der etwa an die Exterritorialität solcher Angehörigen eines zivilisierten Staatswesens erinnert, die in — nach europäischen Begriffen — weniger zivilisierten Staaten leben: in der Türkei etwa oder bis vor kurzem in Japan.

In der deutschen Verfassung war nun dieser Personalcharakter, der den Staat als eine große, rein persönliche Genossenschaft erscheinen ließ, die sich allenfalls ohne Schwierigkeit auch noch von einer Heimat zur anderen bewegen konnte, noch völlig ausgesprochen in den Zeiten des Cäsar und Tacitus. Aber auch noch bis über das erste Jahrtausend der christlichen Ära hinaus wurde an dieser Auffassung vielfach grundsätzlich festgehalten: auf ihr beruht es, wenn die einzelnen Angehörigen der deutschen Stämme vor Gericht nach ihrem unter sich wohlunterschiedenen Volksrechte behandelt wurden, gleichgültig, wo sie saßen, und dies Volksrecht galt noch hinein bis in die Zeiten der Salier, ja Staufer; sie gelangte zur Geltung noch in der rein persönlichen Konstruktion der neuen sozialen Bildungen des 7. bis 12. Jahrhunderts, derart, daß z. B. die Grundherrschaft eines Adligen keineswegs ein abgeschlossenes

Territorium bildete, sondern in den grundherrlichen Rechten über eine größere Anzahl völlig zerstreut in verschiedenen Dörfern wohnender Grundholder bestand; sie fand auch noch Anwendung in der modernsten Verfassungsbildung der hohen Kaiserzeit, in der Entwicklung des selbständigen mittelalterlichen Stadttypus: denn auch die Stadtbevölkerung bildete noch eine Genossenschaft, und Bürger war, wer zu dieser gehörte, auch wenn er in einer anderen Stadt, ja selbst wenn er auf plattem Lande gesessen war.

Freilich hatte sich, mit der endgültigen Seßhaftmachung der Nation und dem Ausbau der Heimat in immer stärkerer Besiedlung, schon seit den Merowingerzeiten, wenn nicht früher, der personalen Konzeption der Verfassung eine andere entgegenzustellen begonnen: die territoriale. Nach ihr gehörte zum Staat, wer im Staatsgebiete saß; sie ging vom Boden aus, und sie stellte der Durchbildung der persönlichen Rechte eine andere Rechtsentwicklung entgegen, die des Landrechts: und während der schönen Kaiserzeit, von den Ottonen bis zu den Staufern, haben Personal- und Landrecht miteinander gestritten, — bis endlich das Landrecht im allgemeinen siegte. In den niederen Verfassungsbildungen aber, z. B. in der Geschichte der Landgemeinde, haben Personal- und Territorialprinzip noch weit über das Mittelalter hinaus miteinander in Streit gelegen, und der Unterschied zwischen der Realgemeinde, welche der alten Personalgemeinde entspricht, und der Personalgemeinde, in der sich das alte territoriale Prinzip auswirkt, gehört zu den auch den modernen Juristen noch beschäftigenden Gegensätzen im Verfassungsleben der Gegenwart.

In dem Ringen nun zwischen personaler und territorialer Konzeption der Verfassung ist die mittelalterliche Landesherrschaft, die älteste Form der modernen Bundesfürstengewalt, groß geworden. Sie erstreckte sich anfangs über eine Anzahl von Pertinenzen, die teils der personalen, teils der territorialen Verfassungsbildung angehörten. Dabei kamen die territorialen Teile im allgemeinen von dem jüngsten

Erzeugnis der Verfassungsbildung, vom Reiche, her. Naturgemäß war dies von vornherein ein speziell räumlich charakterisiertes Gebiet mit festen, wenn auch nach unseren Begriffen noch sehr schwankenden Grenzen gewesen, ein in sich zusammenhängender Landkomplex politischen Charakters. Und dementsprechend trug auch seine Verwaltungseinteilung, die Organisation in Herzogtümer und Grafschaften, geschlossen territorialen Charakter. Als aber das Reich zu zerfallen begann, wurden diese Unterabteilungen mehr oder minder selbständig und, mit den ursprünglichen Hoheitsrechten des Reiches, der Gerichtsbarkeit, der Steuer- und Militärhoheit mehr oder minder ausgestattet, waren sie geeignet, geschlossene Grundlagen künftiger Fürstentümer, Länder, Territorien im verfassungsgeschichtlichen Sinne dieses Wortes zu bilden. Sie blieben zu diesem Zwecke entweder vereinzelt, wobei dann völlige Zwergbildungen entstehen konnten, oder sie schossen auch, häufig noch lange unter Wahrung einer gewissen partikularen Selbständigkeit, zu größeren Bildungen zusammen. Es war wie ein Eistreiben auf mächtigem Strome zur Frühlingszeit; Scholle bewegte sich neben Scholle nach Sprengung der einheitlichen Decke, und von tausend Einzelheiten hing es ab, ob kleinere Schollen zu größeren zusammenwuchsen, vereinzelt blieben oder wohl gar zerrieben der Vernichtung anheimfielen.

Aber neben den territorialen Elementen gingen starke personale in die sich bildende Landesgewalt ein. Da besaß der Landesherr eine mehr oder minder ausgedehnte Grundherrschaft, deren Bauern weit zerstreut saßen in hundert Dörfern, oft unter fremder Gerichtsbarkeit, soweit die höhere Rechtspflege in Frage kam. Da standen ihm Leute zu, die sich ihm oder seinen Vorfahren in persönlichen Schutz und Vogtei ergeben hatten; an tausend Orten konnten sie weilen, wechselnd und wandernd, in Städten wie Dörfern, oft fern dem Sitze des Schutzherrn. Da verfügte der Landesherr endlich über einen Lehnshof ritterlicher Mannen, die von ihm Land und Burg, festes Haus und grundholde

Abgaben zu Lehn trugen unter der Verpflichtung, ihm mit Rat und Tat in Friedens- und Kriegszeiten zu helfen: auch sie horsteten zerstreut im Lande, zumeist auf den Höhen und in den Taleinschnitten des Mittelgebirges oder an sumpfigen Defileen des Flachlandes.

Dies alles waren nun personale Gebilde. Und es versteht sich, wie es die erste Aufgabe des künftigen Fürsten sein mußte, diese luftigen Maschen seiner Herrschaft den Anfängen fester Bestände territorialen Charakters enger zu verknüpfen und die zwischen ihnen klaffenden Lücken womöglich auszufüllen durch räumlich-territorialen Erwerb. Es ist eine der Notwendigkeiten, die im Reiche überall zutage traten, und die das 13. bis 16. Jahrhundert zu Zeiten überaus großer Unruhe und ständiger kriegerischer Bewegungen gemacht haben, zumal neben die landesherrlichen Bestrebungen noch die anders geartete und doch vielfach auch das platte Land berücksichtigende Politik der großen republikanischen Städte trat und Koalitionen bald der Landesherren gegen die Städte, bald dieser gegen die Landesherren in den täglichen Kleinkrieg die Abwechslung größerer Friedensstörungen brachten: keine einzige wirklich große Macht hat sich zunächst aus diesem Greuel der Verwirrung erhoben, es sei denn am Meere, unter dem fördernden Einflusse anders gearteter Tendenzen, die Macht der Hanse und des Deutschordens oder im äußersten Südosten, ebenfalls aus besonderen Bedingungen her erwachsend, die habsburgische Hausmacht.

Während aber so der Zug der äußeren Ereignisse ein überaus verwickeltes Bild darbot, wuchsen die einzelnen Länder doch innerlich schon zu einem Ganzen zusammen, wenn man auch noch überall die Nähte der Gußvorgänge sah, in denen sie zusammengefügt worden waren. Die Gewalten aber, mittelst deren sie in eins zusammengefaßt wurden, waren die eines neuen Beamtentums und eines neuen Militarismus. Und diese beide beruhten wieder auf einem Gemeinsamen: auf der Hereinziehung vornehmlich

des niederen Adels in die vollziehende Gewalt durch den Landesherrn. Wo der Fürst größere Interessenkomplexe besaß, sei es in ausgedehnterem Landbesitz, sei es in persönlichen Herrschaftsrechten, da legte er eine Burg an und besetzte sie mit reisigem Gesinde unter Führung eines Ritters zu Schutz und Trutz; und diesem Ritter fiel dann als Amtmann zugleich auch die Verwaltung des neuen Bereiches zu. In dieser Verbindung von kriegerischer und verwaltender Tätigkeit ist der niedere Adel der Territorien groß geworden; von ihr aus vielfach ist er hineingewachsen auch in die Zentralverwaltung des Landesherrn: hier liegen die Wurzeln der Erscheinung, daß die fürstliche Vollstreckungsgewalt Jahrhunderte hindurch vornehmlich durch den Adel ausgeübt worden ist, und daß noch heute der Adel als der edelste Stand der Nation bezeichnet werden konnte und Stütze der Throne geblieben ist allenthalben.

Indem aber das einzelne Land so, nicht zum geringsten vermöge der Durchbildung seiner Verwaltungs- und Polizeikräfte, um einen bestimmten Kern herum immer mehr zusammenschoß gleich einem Kristall oder einem sich bildenden Himmelskörper, der aus Gasnebeln her zu fester Form gelangt, blieben doch innerhalb des Interessenkreises des Landesherrn zumeist kleine Kristallisationspunkte übrig, die in die zentrale Bewegung hineinzuziehen nicht gelang, Trabanten gleichsam des künftigen Systems: kleine Städte, kleinere Gerichts- und Grundherren: ein minder mächtiger Adel. Das sind die Kreise, die schließlich nur unter Beibehaltung von Resten eigener Selbständigkeit in dem neuen Staat aufgingen, denen die Überlassung einer leidlichen Summe von Mitregierungsrechten den Eintritt unter die landesherrliche Gewalt erleichtern mußte: die Stände. Sie beraten darum, einmal dem Territorium eingegliedert, den Landesherrn nicht im Sinne einer repräsentativen Körperschaft, die nach strengen Regeln die Vertretung irgendwelcher durchgehends gemeinsamer Interessen im Lande ausübt, sondern als kleine, in das Ganze des Territoriums

hineingezogene Mächte zu eignem Recht, nicht selten derart, daß sie sogar innerhalb des landesherrlichen Gebietes eine eigene Verwaltung, vor allem auch eigene Finanzen entwickeln: so daß an Stelle eines Regierungszentrums vielmehr zwei treten und von einer gleichsam elliptischen Bildung der Staatsgewalt, von ihrem tatsächlichen Auseinandertreten in zwei Exekutiven gesprochen werden kann.

Nun ist ersichtlich, daß es sich auf dieser Stufe der Bildung landesherrlicher Gewalt, die im wesentlichen das spätere Mittelalter ausfüllt, noch keineswegs um einen abgeschlossenen Prozeß handelt. Es sind Bildungsvorgänge, die mit der Herausarbeitung eines einzigen Kernes, sei es des ständischen, sei es des herrschaftlichen, abschließen mußten. Und dabei wirkten auf ständischer Seite die Kräfte der alten sozialen Bildungen, der alten Gemeinfreiheit und des Rittertums, denen der Adel verdankt ward, sowie auch der Kirche, soweit diese herrschaftliche Mächte niederen Grades entwickelt hatte: im ganzen die Kräfte der Grundherrschaft, daneben noch soziale Gewalten neuerer sekundärer Bildung, wie sie in den Landstädten als Abklatsch zumeist der großstädtischen Entwicklung zutage traten; — während auf der Seite des Landesherrn die frisch emportreibenden sozialen Elemente standen: ein modernem Kriegs- und Verwaltungsdienst zustrebender Adel und bald auch, wenigstens innerhalb der Zentralverwaltung, ein erster weiter verbreiteter Stand der Kopfarbeiter, der Stand der Juristen.

Unter diesen Umständen war schon vom Standpunkte sozialgeschichtlichen Werdens aus klar, welche der beiden Parteien siegen würde. Was aber den Landesherren in ihrem Bestreben, Alleinherrscher der Territorien zu werden, noch weiter zugute kam, das war die Tatsache, daß sie schließlich Einherren waren gegenüber der Vielköpfigkeit der Stände, und daß die zunehmende Kultur der Nation, namentlich ihr wirtschaftlicher Aufschwung im 15. und 16. Jahrhundert, doch bei weitem größere Horizonte, stärkere Einheitlichkeit des Verkehrs, weitere Uniformierung der

Zustände und als notwendige Grundlage hierfür größere Räume politisch einheitlichen Charakters verlangte. Und so war denn das 16. bis 18. Jahrhundert, ja schon teilweise das 15. Jahrhundert ein Zeitalter starker Umbildung der Territorien zu Staaten, der Landesgewalt zur Monarchie, des primitiven und naiven Staatsrechts des Mittelalters zu den Staatslehren des Rationalismus.

All diese Änderungen gingen aber nicht vor sich, ohne daß sich zugleich die soziale Struktur der Herrschenden wie der Beherrschten in den Territorien gewaltig verschob.

Niederer Adel und Kopfarbeiter, die ursprünglichen Gehilfen der Landesherren in der ersten Bildung einheitlicher Territorien, gewannen außerordentlich nicht bloß durch das immer mehr erweiterte Arbeitsfeld, das ihnen zufiel, sondern ebenso durch die Zerstörung der ständischen Gewalten, wie sie in fast allen Territorien eintrat. Denn indem zahlreiche kräftige Geschlechter ihrer ständischen Selbständigkeit mehr oder minder verlustig gingen, fühlten sich deren Mitglieder angeregt zur Teilnahme an dem neuen öffentlichen, fürstlichen Wesen; sie traten dem zur Bureaukratie umgebildeten Beamtentum näher und nahe namentlich dem landesherrlichen Kriegswesen, das sich unter der Einwirkung der allmählich geldwirtschaftlich durchgebildeten Steuerkraft des Landes zum stehenden Heere erhob. Indem aber diese Kreise sich der Verwaltung wie dem Kriegsdienst widmeten, zogen sie auch die sozialen Veteranen dieses Dienstes ein wenig mit zu sich empor: ein, wenn auch nie ganz vollendeter, so doch selbst in seiner Unvollkommenheit wohltuender Verschmelzungsprozeß trat ein ähnlich dem, in dessen Verlaufe im 12. und 13. Jahrhundert aus Unfreien und Freien zugleich das glänzende Rittertum der Stauferzeit hervorgegangen war.

Während so in engster fördernder Verbindung mit der Landesgewalt jene Schichten erwuchsen, die im 17. und 18. Jahrhundert den Charakter des Galanthomme ausbildeten, war es nur die Gegenseite dieser Bewegung, wenn

die älteren mittelalterlichen Schichten nicht in gleicher Weise auf die Gunst der Staatsgewalt rechnen konnten. Denn diese erhob sich nach mehr oder minder gelungener Beseitigung der Stände mit ihrer Exekutive absolut über den Stand der Beherrschten, und wenig konnte ihr gedient sein mit dem Fortbestehen von sozialen Bildungen, die bald mehr, bald weniger von der allen niedrigeren Kulturen und somit auch dem Mittelalter eigenen Bildungsautonomie sehr begrenzter menschlicher Gemeinschaften aufwiesen. Und so kehrte sich die neue Staatsgewalt denn vor allem gegen die alten Genossenschaftsverbände des Mittelalters: gegen die Zünfte und gegen die Markgemeinden, die mindestens eingehender Aufsicht unterworfen wurden; gegen die Städte und die Gerichtsgemeinden, soweit sie korporativen Charakter zeigten, gegen große und kleine partikulare Verbände; und selbst solche korporative Erscheinungen des Mittelalters, die, wie die Hanse, auf eine große Vergangenheit politischer Natur zurückblicken konnten, verfielen in diesen Zeiten oder gingen zugrunde. Nicht minder aber war die immer absolutistischer werdende Staatsgewalt bestrebt, die lokalen kleinen Herrschaftsverbände zu unterdrücken; und namentlich das 18. Jahrhundert zeitigte starke Neigungen zur Zerstörung oder wenigstens eingehendsten Reglementierung der alten Gerichtsherrlichkeiten, Grundherrschaften und Vogteien. Es waren Bestrebungen, die mit dem absolutistischen Staate des 18. Jahrhunderts noch keineswegs ausstarben; als ein Erbe des Rationalismus haben sie vielmehr fortgedauert und die größten Ergebnisse der Zerstörung erst in den der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung nach auch noch absolutistischen Staaten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gezeitigt.

Aber schon im 17. und 18. Jahrhundert war ein Erfolg auf diesem Gebiete nicht zu leugnen: immer mehr zerfiel die Masse der Regierten, so, wie es die naturrechtliche Lehre der Zeit schon längst verlangte, in Untertanen schlechthin, in eine in sich nicht mehr gegliederte Masse von Einzel-

individuen, die mit dem Staat nicht mehr durch Zwischengewalten und nicht mehr durch mittelbare Gefühle, sondern nur noch durch ein allgemeines Staatsbewußtsein verknüpft waren.

Indem der Staat so aufsog und zerstörte, was von Motiven alter sozialer Schichtung in den Tiefen vorhanden war, und es in der Tat allmählich zu einer völligen Liquidation der mittelalterlichen Gesellschaft brachte, wurden um so mehr seine eigenen Tendenzen für die soziale Schichtung, wenn nicht direkt, so doch mittelbar von Bedeutung. Und von diesen Tendenzen kamen vornehmlich zwei in Betracht, die der Förderung geistiger Bildung und die der Wirtschaft. Wirtschaftlich entwickelte der Staat dieser Zeit den Merkantilismus: Abschluß des Staates nach außen unter möglichstem Gewinn aus den auswärtigen Beziehungen, vollste Entfaltung des Wirtschaftslebens im Innern unter dem Lebensodem der einmal erreichten Höhe der Geldwirtschaft, unter dem Zeichen mithin der Verkehrsfreiheit —, das wurde seine Devise. Es ist klar, daß dies alles unter den Untertanen vornehmlich dem Bürgertum zugute kam: leise, aber kräftig begann es nach dem unerhörten Ruin der zweiten Hälfte des 16. und der ersten des 17. Jahrhunderts seit etwa 1650 emporzublühen. Auf geistigem Gebiete aber war das Bestreben des Staates vor allem auf die Durchbildung des Verstandes mit seinen in die Breite strebenden Kulturtendenzen gerichtet; so wollte es das Zeitalter der beginnenden selbständigen Wissenschaftlichkeit der europäischen Nationen, das Zeitalter des Rationalismus. Das Ergebnis war, daß ein immer weitere Kreise ergreifender Stand der Gebildeten emporkam: schon um 1700 ist er offensichtlich da; und an unzähligen Zeitschriften und anderen Mitteln der Popularisierung entfaltet er sich weiter zu der allgemeinen Aufklärung der Zeiten Lessings und Kants, Mendelssohns und Nicolais.

Ein neues Bürgertum und eine neue Bildung, beide vielfach zusammenfallend, waren mithin die hervorstechendsten

Erscheinungen und Erfolge der sozialen und geistigen Erziehung, welche die Territorialherrschaften, nun zu absolutistischen Staatsgewalten herangewachsen, der Nation durch mehr als zwei Jahrhunderte gegeben hatten.

Nun begannen aber diese neuen Bildungen seit etwa Mitte des 18. Jahrhunderts deutlich auch eigne Entwicklungstendenzen zu verraten. Und bald sollte sich zeigen, daß der Schüler auch in diesem Falle größer war als der Meister.

Gewiß blieben auch in den folgenden Zeiten, und abgeschwächt noch bis zur Gegenwart, die sozialen Bildungen, welche die absolute Monarchie unmittelbar zur vollsten Entfaltung gebracht hatte, der Adel des Beamtentums und des Heeres bestehen, um so mehr, als sie an vielen Stellen noch lange Zeit hindurch sorgfältig und unter Ausschluß anderer Stände in ihrer privilegierten Lage geschützt wurden; und neben sie trat etwa im 19. Jahrhundert noch einmal ein besonderer hoher Adel in einem wenigstens sozial etwas beschränkten Untertanenverhältnis, ein Erzeugnis der Mediatisierungen der französischen Revolutionszeit und der napoleonischen Epoche. Gewiß fehlte es damit nicht an aristokratischen Tendenzen, die noch auf ein Recht der Geburt oder wenigstens des privilegierten Standes zurückwiesen; und diese Tendenzen beherrschten das Leben sogar noch recht stark bis etwa in die fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts.

Aber daneben nahmen das breite Bett der sozialen Entwicklung doch schon durchaus die Strömungen der Berufsstände ein, der Schichten der besitzenden und der besitzlosen Arbeit. Und während in ihrem Bereiche auf ein Jahrhundert hin, bis um etwa 1850, die Stände besitzloser Arbeit, das geistige Proletariat wie das Proletariat der Handarbeit, noch wenig bedeutet hatten und namentlich politisch nicht rechneten, weil sie noch nicht zu eindrucksvollen Massen entwickelt erschienen, und zugleich der Bauer nicht minder im Hintergrunde blieb, weil er seit der blutigen Revolution von 1525 eine eindrucksvolle Masse nicht mehr

war, — beherrschten die mittleren Stände der geistige wie materielle Werte schaffenden Arbeit recht eigentlich das Feld. Das aber waren die Bürger und die Gebildeten zugleich, — denn die Gebildeten hatten sich inzwischen rasch in bürgerlichem Sinne und bourgeoiser Richtung vermehrt, sei es als reine Geistesarbeiter, Gelehrte, Professoren usw., sei es als Angehörige der angewandten Wissenschaften. Und diese Kreise nun waren es, die sich zunächst eine eigene Lebenshaltung schufen und dann, auf diese gestützt, ein besonderes politisches Denken.

Schon um etwa 1740 bis 1750 ist die ungefähre Verquickung dessen, was sich bürgerlich und was sich gebildet nennt, unter geringen überschießenden Bruchteilen der Bildung in den höheren Klassen, in primitiver Weise zum ersten Male vollendet. Und aus dieser Verbindung geht das Zeitalter der Empfindsamkeit hervor und des Sturmes und Dranges und später, in wunderbar reicher Vermischung jüngster und älterer mehr rationaler Neigungen wie in reinster Ausprägung vor allem der jüngsten Ideale, das Zeitalter des Klassizismus und der Romantik. Kann hier geschildert werden, was diese Bewegungen in der Geschichte der deutschen Kultur bedeuteten? Es muß genügen, nur von ferne her und einseitig zu betonen[1], daß mit dem geistigen Aufschwung dieser Zeiten eine völlig neue seelische Haltung der führenden Kreise der Nation, ein neues Lebensideal nicht bloß der Kunst und des Denkens, sondern des Daseins überhaupt in die Erscheinung trat: und daß dieses Lebensideal auf sozialem Gebiete nicht auf die Vereinzelung der Individuen, sondern auf ihre Zusammenfassung, ihre organische Verbindung zu gemeinsamen, zu öffentlichen Leistungen hinwies.

Wie konnte sich unter diesen Umständen die alte rationale Vorstellung vom Staate halten, die im Grunde nur Untertanen, wie sie nicht organisiert, sondern in bloßer mathe-

[1] Genaueres in den ersten Teilen von Band III.

matischer Summation nebeneinander leben sollten, und über dieser losen Masse den Herrscher gekannt hatte! Ein anderes Ideal trat an die Stelle, das die Untertanen in ihren engeren Kreisen in organischer Selbstverwaltung eingreifend und tätig vorstellte, und das eine Vertretung dieser tieferen Bildungen oder wenigstens der irgendwie gegliederten Masse der Untertanen auch in der allgemeinen Leitung des Staates als neben dem Herrscher notwendig forderte: das Ideal der modernen konstitutionellen Monarchie!

Nun bedarf es hier nicht mehr der eingehenden Erzählung, wie dies neue Ideal, eine Forderung der Bildung und des Bürgertums, in den deutschen Staaten bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts Wirklichkeit geworden ist; wie unbeholfenen Anfängen politischer Meinungsbildung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Tatenzeit der Freiheitskriege, die heroische Periode des Bürgertums, und dieser der politische Liberalismus der dreißiger und vierziger Jahre folgte: die deutsche Geschichte ist voll von den Ereignissen dieser Entwicklung, und ihre parteihistorisch wichtigen Momente sind schon früher beleuchtet worden [1]. Klar aber ist, daß diese Periode jetzt abgelaufen ist.

Die neue Monarchie der geschriebenen Verfassung mit der Unsumme ihrer formalen Freiheiten hat den modernen politischen Subjektivismus erst recht entbunden; und keineswegs mehr von der Monarchie gelenkt, oft in gegensätzlicher Bewegung zu ihr, ist die soziale Entwicklung früherer Fesseln ledig geworden und ihre eigenen Wege gegangen. Und da führte die rasche Zunahme der Bevölkerung und die nicht minder schnelle Vermehrung des Kapitals, wie sie den Verbesserungen der heimischen Landwirtschaft und den industriellen Erfindungen, der verhältnismäßig langen Friedenszeit nach 1815 und tausend anderen großen und kleinen Ursachen verdankt wurden, sehr bald zu einer völlig revolutionierenden Umschichtung der bestehenden sozialen

[1] S. oben S. 43 ff.

Zustände und zur Entwicklung ganz neuer Klassen: zur Bildung der Klassen der Unternehmer vornehmlich und des vierten Standes[1]. Ins ganze betrachtet begannen dabei, seit etwa 1850 und völlig deutlich seit 1870, die Stände der materielle Werte schaffenden Arbeit auf agrarischem Gebiete in fast zu Industriellen entwickelte Großgrundbesitzer, mittlere Besitzer und ein steigendes Kleinbauerntum, auf industriellem in Fabrikanten, Handwerker und Arbeiter, auf kommerziellem in Großkaufleute, Krämer und Handlungsgehilfen zu zerfallen, oder mindestens wurde diese bisher schon bestehende Differenzierung deutlicher, indem die Pole in jedem Stande zu besonderer Stärke entwickelt wurden. Ein ganz ähnlicher Vorgang spielte sich aber auch in den Kreisen der geistige Werte erzeugenden Arbeiter ab; hier entwickelte sich ebenfalls stärker als je der mit tausend Mitteln und untergeordneten Arbeitskräften arbeitende Akademiker auf der einen, ein sogenanntes wissenschaftliches Proletariat auf der anderen Seite, während die Angehörigen der Mitte, die höheren Beamten der Kirche, des Erziehungswesens, der Rechtspflege, die Geistesarbeiter der Industrie und des Handels, verhältnismäßig mehr als bisher in den Hintergrund traten.

Man sieht, das für die politische Seite der Verhältnisse Bezeichnende dieser Entwicklung waren die Ausscheidungen nach unten und oben: nach oben die enorme Steigerung der Unternehmungsform und des Arbeitskapitals bei Großgrundbesitzern, Fabrikanten, Großkaufleuten und den „Großunternehmern der Wissenschaft", nach unten der Abfluß großer Teile der Renten dieses Arbeitskapitals und des Gewinnes aus der mit ihm verbundenen Arbeit in niederste Bevölkerungskreise, die ohne diese ganze Entwicklung sich niemals überhaupt hätten bilden können. Und so ist es denn der Begriff des freien Unternehmens, in den schließlich

[1] Genaueres darüber in Band I, vornehmlich S. 228 ff. und 452 ff.

die ungeheuer breite und ebenso gewaltige soziale Geschichte dieser Zeit einmündet: das freie Unternehmen tritt für die leitenden Schichten der Nation als wegweisend an Stelle der früheren Führung der Bildung.

Wohl wird diese Umgestaltung einigermaßen aufgehalten durch den Fortbestand der alten autoritären Schichten des Adels und das Auftauchen eines nunmehr stärker entwickelten bürgerlichen und doch autoritären Offizierstandes und Beamtentums. Aber man weiß, daß diese Kräfte das soziale Zeitalter der freien Unternehmung gleichwohl im Grunde nur wenig modifiziert haben: vor allem ist der Adel seit den fünfziger Jahren weit mehr als früher selbst Berufsstand geworden: führte er früher, soweit er außerhalb des monarchischen Dienstes selbständige Lebensideale verwirklichte, noch mehr das Dasein eines ländlichen Grundherrn, so ist er seitdem agrarischer Industrieller, wenn nicht gar Industrieller überhaupt, geworden, der beruflich strenger Fachkenntnisse nicht mehr entraten darf.

Was sind nun die politischen Folgen dieser letzten der bisher schon voll überschaubaren sozialen Umwälzungen gewesen? Gewiß wirkten der Adel und die ihm angeschlossenen Kreise, die autoritären sozialen Bildungen überhaupt, noch stark fort in ihren alten Beziehungen zu den Kronen und damit zu den Staatsleitungen der Gegenwart. Allein den Ausschlag für die eigentlich neuen Züge der politischen Entwicklung haben sie nicht gegeben und geben sie neuerdings erst recht nicht mehr: diese Rolle ist vielmehr übergegangen an jene neugebildeten Stände, deren Typ auch auf die alten Schichten abgefärbt hat: auf Unternehmer und Arbeiter. Und klar zutage liegen die Ziele, die diese beiden großen Ständegruppen, wie wir gesehen haben, immer deutlicher durch die alten politischen Parteien hindurch verfolgen: es sind Züge eines zunächst wirtschaftlichen Demokratismus, soweit die Arbeiter, und Züge eines zunächst sozialen Autoritarismus, soweit die Unternehmer in Betracht kommen. Schon aber haben diese Züge, ins

rein Politische erweitert, sich des Staatslebens überhaupt zu bemächtigen begonnen. Demokratie und Imperialismus, Volkswohlfahrt, politisch gewandt, und Volksbeglückung, autoritativ durchgeführt, wurden die Pole, zwischen denen sich das innere Staatsleben zu bewegen begann.

Da erhob sich denn die große, ja die für unseren Zusammenhang entscheidende Frage: Was haben die einzelnen deutschen Staaten, einst ziemlich selbständige Träger des deutschen monarchischen Absolutismus, jetzt Bundesstaaten des neuen Reiches, in und bei dieser Entwicklung gewonnen? Sind sie in dem hohen Grade, in dem sie es in einigen ihrer früheren Phasen waren, mit Leiter oder wenigstens einflußreiche Begleiter und Zuschauer der sozialen Entwicklung geblieben, — oder hat sie die soziale Entwicklung überwältigt?

Die Antwort wird nach den zwei Stufen der jüngsten Entwicklung, der der konstitutionellen Monarchie und der des Imperialismus, zu scheiden sein. Man wird sagen können, daß schon in der Zeit der konstitutionellen Monarchie die Landesgewalten mit wenigen Ausnahmen mehr als Geführte erschienen denn als Führer. Gleichwohl bewahrten sie sich doch in dieser Periode noch eine große Selbständigkeit. Ganz anders dagegen auf der zweiten Stufe. Diese geht in der Entwicklung ihrer Tendenzen geradezu über sie hinweg: charakteristisch ist, daß die Gegensätze von Demokratie und Imperialismus in der öffentlichen Diskussion überhaupt wohl kaum noch auf sie, der Regel nach jedenfalls auf das Reich bezogen werden. In der Tat: in der wichtigsten Aufgabe mit der inneren Politik, in der Pflege und Beeinflussung der sozialen Schichtung und in der Ausprägung der neuen, aus den Wandlungen dieser Schichtung sich ergebenden politischen Werte hat das Reich die Bundesstaaten so gut wie ersetzt und, im Vergleich mit früheren Zuständen, eigentlich abgelöst.

Man muß sich das vergegenwärtigen, will man die Stellung verstehen, die Fürst Bismarck den Bundesstaaten

in der Verfassung noch eben anweisen konnte. Die Bundesstaaten, mit Ausnahme etwa von Preußen, haben an sich, ihrem bloßen Dasein nach, bereits einen wesentlich konservativen Charakter und sind an den größten Zügen der inneren Entwicklung, soweit sie fortschreitet, noch kaum eingehend beteiligt: eben darum konnte ihnen so manches Recht der äußeren formalen Selbständigkeit nicht bloß belassen, ja sogar hier und da neu erteilt werden. Für das Wesen einer geschichtlichen Betrachtung aber, die den inneren Kräften der Fortbildung nachspürt, ergibt sich aus dem Inhalte dieses Abschnittes, daß sie sich fast ausschließlich dem Reiche zuzuwenden haben wird, und daß ihre erste und wichtigste Aufgabe in der Erzählung der Art und Weise bestehen muß, in der das innere politische Leben dieses Reiches unter der Einwirkung der neuen sozialen Kräfte Keime, Schosse und erste Blüten getrieben hat.

V.

1. Die neue soziale Schichtung, Unternehmertum und vierter Stand, und die gemäß dem Aufkommen dieser neuen Bildungen abgewandelten alten Stände mit ihren Lebensinteressen und ihrem Lebensfortschritt sind die maßgebendsten Kräfte für die innere und auch die äußere Geschichte des Reiches seit 1871 gewesen. Und sie haben einmal an sich, durch das reine Recht und die bloße Tatsache ihres Daseins und ihrer Tätigkeit, dann aber auch mittelbar, durch die nationale Vertretung und ihre Parteien hindurch gewirkt. Über ihnen aber stand in all den Jahren, die seitdem verflossen sind, eine Monarchie, die sich stark von der Zeit tragen ließ, ohne doch von ihrem eigenen Rechte auch nur einen Deut aufzugeben: ja die eben durch die Art ihrer Führung der Nation einen Einfluß zu erlangen wußte ohnegleichen.

Es waren glückliche Zeiten.

Es waren aber auch, so konnte der Historiker trotz des betäubenden Lärms und des scheinbar unentwirrbaren Durcheinanderlaufens der Interessen für die Zeit um das Jahr 1900 urteilen, besonders klare Zeiten. Und diese Klarheit wurde nicht zum geringsten einer Eigentümlichkeit verdankt, welche die Verfassung des Reiches im allgemeinen mit den Verfassungen anderer Bundesstaaten teilt; einer Eigenart, welche wohl gerade diese Form der Verfassung als für hohe Kulturen besonders geeignet erscheinen läßt. Das Reich hat keine Verwaltung, die es mit tausend Interessen rein lokaler Art derart verknüpfte, daß diese auf die Entschließungen der vollstreckenden Gewalt und die Anschauungen der Volksvertretung ohne weiteres verwirrend einwirken

könnten. Seine großen Verwaltungen, Post, Telegraph, Finanzen, sind in erster Linie technisch, nicht politisch. Demgemäß geht die politische Lebenstätigkeit im Reiche der Hauptsache nach rein in der Gesetzgebung und der Beaufsichtigung der gesetzgeberischen Erfolge auf. Es ist eine Lage, die ebenso zu energischer und ständiger Ausübung der Gesetzgebung drängt, wie sie die vollstreckende Gewalt auf diesem Gebiete den Parteien klar, ohne irgendwelche Behinderung durch Schlacken und Restbestände einer ins einzelnste gehenden Exekutive gegenüberstellt. Aus diesen Zusammenhängen her erhielten denn die Leistungen des Reichstages im allgemeinen und von vornherein etwas gleichsam Grundsätzliches, Tiefergehendes: glänzend ist das in dem ersten Jahrzehnt des neuen Reiches hervorgetreten, als die großen Organisationsgesetze zu geben waren; aber auch später bestand dieses Moment noch und war geeignet, dem Reichstage bei allem Verfall des europäischen Parlamentarismus gegenüber anderen Parlamenten doch noch einen Zug des Gründlichen zu sichern. Indem nun aber die gesetzgeberischen Mächte im Reiche, Bundesrat und Reichstag, sich in diesem Sinne gegenüberstanden, gelangte die Einwirkung der autonomen Kräfte, und das hieß vornehmlich der sozialen Bewegung, und der autoritären Gewalten, des Kaisers und der Fürsten, in ihrer Tätigkeit zu einem so reinen Ausdruck, daß sich durch die Maßnahmen dieser Einwirkung hindurch gleichsam wie durch ein durchsichtiges Medium die Kräfte verfolgen lassen, die hinter ihnen spielten.

Und da sehen wir nun, wie die beiden ersten Jahrzehnte der Reichsentwicklung der Hauptsache nach von dem Bestreben der jüngsten sozialen Bildungen beherrscht waren, sich zur Geltung zu bringen, und von dem Eifer der Reichsgewalt, sie dem bestehenden sozialen Zuge der Entwicklung einzuordnen. Dabei waren, wie leicht verständlich, die Unternehmer die ersten am Platze: die ganze Gründung des Reiches und seine ersten, größten, entscheidenden gesetz-

geberischen Lebensäußerungen haben sie in ihrem Sinne zu beeinflussen gesucht. Dann aber meldete sich, gewaltsam genug, noch in dumpfem vulkanischen Gären und im Ausstoßen vielfach unklarer Forderungen begriffen, auch der vierte Stand; und eine großartig durchgeführte Gesetzgebung unternahm es, dem ungebärdigen zukommen zu lassen, was ihm nach Auffassung der älteren Parteien und Stände wie der regierenden Gewalten recht war.

Nicht ganz so einfach blieb der Verlauf der Dinge im dritten Jahrzehnt des Reiches. Nun erschienen auch die übrigen Stände von der sozialen Umwälzung in solchem Maße ergriffen, daß sie, nach Anfängen schon seit den siebziger, ja teilweise sechziger Jahren, jetzt mit ganz bestimmten Programmen auftraten: so die Landwirte, die Handwerker, auch gewisse Berufe der Kopfarbeiter: sie alle verlangten jetzt die Anwendung des Suum cuique auf ihre Lage, verlangten nicht selten mehr. Und dabei war die volle Einordnung der Unternehmer und der handarbeitenden Klasse in den allgemeinen sozialen Verlauf noch keineswegs völlig gelungen. So hatten die gesetzgebenden Gewalten alle Hände voll zu tun; es war eine überstürzte Entwicklung: das Ergebnis der gewaltigen Entfesselung der Volkskräfte, die die neue wirtschaftlich-soziale Entwicklung und die Gründung des Reiches herbeigeführt hatte.

Gemodelt wurde dieser einfache Gang der Entwicklung im ganzen noch durch zwei starke Elemente, die im Anfang und am Ende der Periode dazwischengriffen: Elemente der Vergangenheit und der Zukunft. Der Vergangenheit gehörte es an, wenn in den Parteien, welche das Unternehmertum zunächst und vornehmlich vertraten, bis tief in die siebziger Jahre hinein und auch darüber hinaus noch so viel von dem alten Liberalismus und seinen politischen und ökonomischen Doktrinen erhalten blieb, daß die wichtigste von ihnen, die nationalliberale, sich nicht als fähig erwies, im rechten Augenblicke, gelegentlich der Schwenkung in der Zollgesetzgebung, den neuen wirtschaftlichen Forderungen

des Unternehmertums gerecht zu werden, und darum einen Zerfall ihrer Geschlossenheit, eine Sezession in ihren Reihen erlebte. In die Zukunft wies es, wenn sich seit den neunziger Jahren neben der rein sozialen und sozialwirtschaftlichen Betrachtungsweise immer mehr höhere sittliche Motive in die politische Diskussion mischten, wenn die Überzeugung durchzudringen begann, daß es mit einer Ausgleichung bloß der rein wirtschaftlichen Interessen nicht getan sei und, soweit man diese Anschauung gehegt habe, nicht mehr weitergehe: wenn eine auch schon mit religiösen Motiven verknüpfte Betrachtungsweise und Haltung, für die eine bestimmtere Bezeichnung noch nicht geprägt war, die aber vielfach als sozialaristokratisch bezeichnet wurde, sich immer weiter, wenn auch selbst in ihren ersten Zielen noch vielfach unklar, verbreitete.

Diese beiden Erscheinungen: Fortdauer des doktrinären politischen Liberalismus bis tief in die siebziger Jahre hinein, Auftauchen des Sozialaristokratismus seit den neunziger Jahren, waren bezeichnend genug; sie begrenzten die Zeit, in der das freie Unternehmertum und sein Korrelat, die Sozialdemokratie des vierten Standes mit ihren Utopien, am unbedingtesten galten. Vor dieser nicht allzu langen Periode von etwa drei Jahrfünften lag die Periode, in der die freie Unternehmung noch nicht bis zu voller Beherrschung der Zeit gesiegt hatte; nach ihr folgten die Jahre, in denen sich die Einwirkungen der gebundenen Unternehmung[1] und damit eines neuen Zeitabschnittes schon deutlich ankündigten.

Die volle Blütezeit der freien Unternehmung und der utopistischen Sozialdemokratie aber war zugleich die Höhezeit des sogenannten Naturalismus in Kunst und auch Wissenschaft: die Periode der Kultur eines Seelenlebens, das zunächst noch fast krankhaft in die Nervenseite hinein gesteigert war, die Anfangszeit der Periode der Reizsam-

[1] Zum Charakter der gebundenen Unternehmung s. einstweilen Band I, S. 452 ff.

keit[1]. Aber wie die Periode der freien Unternehmung jetzt abgelöst zu werden begann durch ein neues Leben der zunächst aus wirtschaftlichen Interessen, bald aber auch aus sittlichen Erwägungen und religiösen Gefühlen her gebundenen Unternehmung, so vollzog sich fast noch rascher auch auf rein geistigem Gebiete ein Übergang von einer naturalistischen zu einer mehr idealistischen Reizsamkeit und zugleich zur Vermischung der naturalistisch reizsamen Motive mit Motiven einer aus früheren, weniger nervösen Zeiten hervorgegangenen Seelenhaltung: und diesem Übergang wurden die jüngsten Erscheinungen einer idealistischen Dichtung und bildenden Kunst, wurden die zahlreichen, noch so sehr voneinander abweichenden und doch einheitlichen Zuges vorwärts dringenden Tendenzen hin auf einen neuen Glauben, wurden eine neue Sittlichkeit, ein höheres Reich erstrebter menschlicher Freiheit und menschlichen Glückes verdankt[2]. Es waren Bestrebungen und Strömungen wie diejenigen, die nach Ablauf der Zeiten der Empfindsamkeit und des Sturmes und Dranges begonnen hatten, um ein neues, fortgeschrittenstes Seelenleben mit den Erscheinungen früherer Zeit, mit noch lebenskräftiger Aufklärung und dauerhaftem Rationalismus in einer neuen Synthese zu vermählen: dieselben Erscheinungen, nur auf einer höheren Entwicklungsstufe: würden sie da, so konnte man fragen, aus sich, wie dereinst die Zeiten nach Empfindsamkeit und Sturm und Drang, den vollen Blütenkranz eines neuen Klassizismus zeitigen? —

Am 18. Januar 1871 war das neue Kaisertum in der Spiegelgalerie des Versailler Schlosses verkündet worden; dem folgten der Abschluß des Kampfes mit Frankreich, die Heimkehr der Sieger unter dem Jubel des Volkes und, zum vollendeten Symbol der wiederhergestellten Einheit des größten Teiles der Nation, die Eröffnung des ersten deut-

---

[1] Genaueres darüber wird der dritte Band erzählen.

[2] Darüber wird eingehend in Band IV zu sprechen sein.

schen Reichstags. Die Wahlen, die Anfang März 1871 stattfanden, hatten noch ganz das Gepräge der großen Zeit getragen. Die nationalliberale Partei, die vornehmste parlamentarische Trägerin des Einheits- und des Reichsgedankens seit 1867, erfuhr eine außerordentliche Verstärkung ihrer Mitglieder: 120 Mann stark, die Volksvertretung von vornherein fast beherrschend, erschien sie im Reichstag; und an ihrem Zuwachs hatten die Mittelstaaten, die Staaten, wo man wirtschaftlich und sozial kräftig genug und doch zugleich auch bedürftig war, die Vorteile der Einheit zu fühlen, hatten Bayern, Sachsen, Württemberg den vornehmsten Anteil.

Am 21. März 1871 eröffnete Wilhelm der Alte, der Held und Kaiser, persönlich den Reichstag. „Wir haben erreicht, was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erstrebt wurde: die Einheit und deren organische Gestaltung, die Sicherung unserer Grenzen, die Unabhängigkeit unserer nationalen Rechtsentwicklung . . . Möge dem deutschen Reichskriege, den wir so ruhmreich geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfriede folgen; und möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampf um die Güter des Friedens zu erweisen. Das walte Gott!"

Rasch kam der Reichstag über seine Konstituierung hinweg; erster Präsident wurde Simson, die geschichtliche Verkörperung gleichsam der parlamentarischen Einheitsbewegung der Nation, der erprobte Leiter der Reichstage von Frankfurt und Erfurt und des Berliner Zollparlaments. Freilich traten im übrigen schon bei der Konstituierung die liberalen und klerikalen Gegensätze hervor; und schon zeigte sich in den darauffolgenden Debatten über die Reichsverfassung, daß vermutlich viele Jahre der Jugendentwicklung des Reiches noch von Kämpfen mehr doktrinärer Art, Auseinandersetzungen namentlich zwischen ausgesprochen liberaler und ausgesprochen klerikaler Welt- und Staatsanschauung erfüllt sein würden. Doch wurde die Reichs-

verfassung im ganzen so, wie sie zwischen den verbündeten Regierungen vereinbart und von ihnen der Volksvertretung zur Beschlußfassung vorgelegt worden war, angenommen und darauf am 20. April verkündet.

Der Hauptsache nach hatte man sich damit glücklich in die neue Lage gefunden; wenigstens für den Augenblick erschienen die extremen Elemente der alten Parteien, Feudale wie Radikale, zurückgedrängt; und während auch die gemäßigt Konservativen dem neuen Reiche zwar noch fremd, aber doch nicht feindlich gegenüberstanden und die Klerikalen noch nicht in alle partikularistischen Gegensätze hineingewachsen waren, konnte der gesetzgeberische Ausbau der Verfassung erfolgen. Und bei diesem Versuche konnte mit Sicherheit auf den großen einheitlichen Zug der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, wie er vornehmlich schon in den Interessen der Unternehmer zum Ausdruck gelangte, sowie auch noch auf die alten politisch-zentralistischen Neigungen der liberalen Parteien gerechnet werden; ja, soziale Entwicklungstriebe und alte Lehren des politischen Liberalismus zogen mindestens das erste Jahrfünft des neuen Reiches genau des gleichen Weges und wurden dadurch für die grundlegende Gesetzgebung gerade dieser Zeit von einer Bedeutung, die den führenden Staatsmann veranlaßte, wenn nicht unmittelbar zwang, sich, mancher persönlichen Neigung und mancher Erfahrung der Vergangenheit entgegen, fast ausschließlich auf den Liberalismus zu stützen.

Beim Eintritt in den gesetzgeberischen Ausbau des Reiches aber ergab sich bald, daß die Verfassung längst nicht alle diejenigen Gebiete auch nur grundsätzlich aufzählte, geschweige denn unter einer bestimmten Andeutung der Art, wie sie künftig zu regeln seien, nannte, auf denen sich große Lebensrichtungen der Nation gemeinsam zu entfalten begannen. Da war es denn ein Glück, daß man sich unter dem Einfluß der unitarischen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strömungen nicht ängstlich an Wortlaut und bestehende Schranken hielt. Während die

Verfassung des Norddeutschen Bundes, jetzt des Reiches, aus den unmittelbaren politischen Voraussetzungen der Jahre 1865 bis 1870 nur im Sinne einer Führung Preußens entwickelt worden war, die keinerlei nationalen Lebensgebieten als den damals für unbedingt notwendig gehaltenen nähertrat, wurden jetzt alle Keime gemeindeutscher Lebensanfänge weiterentwickelt, soweit deren Dasein sich den wirtschaftlichen Richtungen der sozialen Entwicklung und bis zu einem gewissen Grade auch noch der alten liberalen Staatslehre als vorhanden erwies.

In diesem Zusammenhange kamen nun vor allem die Verkehrsbedürfnisse in Betracht: und für sie hatte auch die Verfassung in einigen allgemeinen Rubriken eine unitarische Regelung vorgesehen. An erster Stelle handelte es sich da um Post und Telegraph, die, abgesehen von Württemberg und Bayern, denen auf diesem Gebiete Sonderrechte bewilligt worden waren, der Staatssekretär Stephan von Reichs wegen aufs trefflichste regelte: auch nach der Seite der äußeren Repräsentanz hin, indem er das Reichsgebiet, und nicht bloß in seinen größeren Städten, in wenigen Jahrzehnten mit einer außerordentlichen Zahl stattlicher und nicht selten der hohen Kunst angehöriger Postgebäude bedeckte.

Nicht minder wichtig aber waren neben Post und Telegraph Eisenbahnen, Münze, Bankwesen und Schutz des gewerblichen Eigentums. Daß das Münzwesen einheitlich zu gestalten sei an Stelle der noch immer geltenden sieben verschiedenen Münzfüße, hatte schon, kurz vor Ausbruch des Krieges, das letzte deutsche Zollparlament beschlossen. Nunmehr, nach dem Kriege, kamen die starken Geldzahlungen Frankreichs einer Regelung der gesetzlichen Umlaufswerte jeglicher Art noch besonders zugute; und es verstand sich fast von selbst, daß sie dafür in Anspruch genommen wurden. Der Reichstag forderte daher im November 1871 den Reichskanzler auf, möglichst bald ein Münzgesetz, ein Bankgesetz und ein Gesetz über die Ausgabe und Einziehung

des Papiergeldes der Einzelstaaten vorzulegen, und gab für die Art der künftigen Regelung zugleich einen entscheidenden Hinweis, in dem er sich für den Übergang zur Goldwährung aussprach. Im Juli 1873 trat dann das Münzgesetz in Kraft, das noch heute die Grundlage unseres Münzwesens ist. Es wurden goldene Zehn- und Zwanzigmarkstücke geprägt, und die Höhe der Silberausprägung wurde auf zehn Mark für den Kopf der Bevölkerung, also vorläufig auf 410 Millionen Mark festgesetzt. Neben dem Hartgeld aber bestand einstweilen noch die starke Übersättigung des Reichsgebietes mit staatlichem wie Bankpapiergeld aus den Zeiten des Deutschen Bundes her fort; etwa für 61 Millionen Taler Staatspapiergeld und für 480 Millionen Taler Zettelbanknoten liefen um, von denen ein großer Teil schlecht, ja teilweise gar nicht gedeckt war. Helfen konnte gegen einen solchen Zustand nur ein starker Eingriff: eine Vereinbarung auf Reduktion des staatlichen Papiergeldes und ein Reichsbankgesetz. In ersterer Hinsicht einigte man sich unter Inanspruchnahme der Reichsgesetzgebung dahin, daß vom 1. Januar 1876 ab für 120 Millionen Mark Reichskassenscheine ausgegeben werden sollten, also auf den Kopf der Bevölkerung etwa für 3 Mark. Diese Scheine sollten an die einzelnen Bundesstaaten nach deren Bevölkerungszahl zur Einziehung des alten Papiergeldes verteilt werden. Dabei machten natürlich solche Bundesstaaten, die wenig oder gar kein Papiergeld ausgegeben hatten, ein gutes Geschäft. Andere dagegen, die bei weitem mehr ausgegeben hatten, als das neue Verhältnis zuließ, wie Sachsen oder Bayern, waren schlimm daran. Sie erhielten noch 55 Millionen Mark Papiergeld hinaus über die 120 Millionen, hatten diese aber binnen fünfzehn Jahren wieder einzulösen. Weniger glimpflich ging man mit den Privatbanken um, deren in den Zeiten des Bundes eine verhältnismäßig große Zahl, namentlich auch in den kleineren Staaten, entstanden war. Sie waren vielfach von vornherein mit der Ausgabe von Noten sehr freigebig gewesen;

dann hatten sie in den Jahren von 1868 bis 1873 ihren Notenbestand nochmals von 208 auf 480 Millionen Taler, also um mehr als 230 vom Hundert, vermehrt. Jetzt wurden sie auf 135 steuerfreie Millionen beschränkt; ein höherer Betrag sollte nur gegen die hohe Steuer von 5 vom Hundert ausgegeben werden dürfen. Gleichzeitig aber wurde, durch ein Gesetz von Ende Januar 1875, die Preußische Bank in eine Nationalbank umgewandelt und damit dem deutschen Geldverkehr ein heute um vieles weiter entwickeltes und bewährtes Zentrum geschaffen. Die Reichsbank begann mit einem Betriebsfonds von 120 Millionen Mark, der von Aktionären aufgebracht wurde, während die Ernennung des Bankdirektoriums auf Vorschlag des Bundesrates dem Kaiser zufiel.

Das Ergebnis dieser Gesetzgebung war die Einheit des Geld- und Kreditverkehrs in Deutschland unter Aufsicht und Eingreifen allein des Reiches: die Bundesstaaten waren auf diesem Gebiete fast völlig lahmgelegt. Nicht minder geschah das auf einem verwandten, für das moderne Wirtschaftsleben fast ebenso wichtigen Felde, auf dem des Schutzes des gewerblichen Eigentums. Die hierher gehörigen Materien wurden innerhalb der bisherigen Entwicklung des Reiches zum ersten Male eingehend bereits ebenfalls während der ersten Ausbauperiode der Reichsinstitutionen geordnet: die Gesetze, die von Reichs wegen die Handels- und Fabrikzeichen, die Muster und Modelle sowie das Urheberrecht an Werken der bildenden Kunst und an Photographien schützen, datieren aus den Jahren 1874 und 1876; und 1877 hat sich ihnen das wichtigste der hierher gehörigen Gesetze, das Reichspatentgesetz, angeschlossen. Es ist aber für die außerordentliche Entwicklung der modernen Wirtschaftsformen innerhalb des Reiches bezeichnend, daß diese Gesetzgebung, die zu ihrer Zeit als eine den Zuständen wohl angepaßte galt, schon seit den neunziger Jahren einer völligen Umgestaltung hat unterzogen werden müssen. Das neue Patentgesetz wurde im Jahre 1891 erlassen. Ihm folgten

dann Gesetze, die den Marken- und Musterschutz neu gestalteten, und mit den in den Jahren 1902 und 1903 in Kraft getretenen Gesetzen über das Urheberrecht an Werken der Literatur und Kunst sowie an Werken der Photographie und dem Verlagsgesetze wurde die Reform weiter fortgesetzt. Zugleich aber sind im Laufe dieser Gesetzgebung alle Verrichtungen, die zu deren Durchführung nötig sind, weit mehr als früher im Reichspatentamte zentralisiert worden; ein durchaus einheitlicher Zug geht damit durch alle Maßnahmen zum Schutze des gewerblichen Eigentums: die Bundesstaaten haben auch auf diesem Gebiete abgedankt.

So hätte es nach Lage der Dinge fast nur noch eines Überganges der Eisenbahnen an das Reich oder wenigstens einer durchgreifenden Herrschaft des Reiches über die Eisenbahntarife bedurft, um die Verkehrshoheit der Einzelstaaten völlig aufzusaugen.

Um 1870 war die Lage des Eisenbahnwesens alles andere als klar. Fürst Bismarck hat einmal den Zustand, noch im Jahre 1876, im preußischen Landtage, drastisch genug geschildert. „Wir haben im Reiche 63 Eisenbahnterritorien, in Preußen 40. Jede dieser territorialen Herrschaften ist nun mit den mittelalterlichen Gerechtsamen des Stapelrechts, des Zoll- und Geleitswesens und der Auflagen auf den Verkehr nach Willkür vollständig ausgerüstet, selbst mit dem Fehderecht." In der Tat war die Lage anfangs der siebziger Jahre etwa der Art; neben den noch sehr kleinen Staatseisenbahnsystemen bestand eine große Menge von selbständigen, großen und kleinen Privatbahngesellschaften. Dieser Zustand hatte sich aus einer ziemlich verworrenen Verkehrspolitik der einzelnen Bundesstaaten im Zeitalter der Entstehung der Eisenbahnen und auch noch, ja vornehmlich in den Jahren etwa 1850 bis 1870 entwickelt. In dieser Zeit hatte man in den meisten Ländern, wenn auch aus sehr verschiedenen Gründen, eine dem Privatbahnsystem günstige Meinung gehabt; so auch in Preußen, wo der Staat anfangs nicht in der Lage war, für eigenen

Bahnbau größere Anleihen aufzunehmen, und wo bis zum Jahre 1866 wenigstens sich auch noch andere, politische Bedenken gegen ein Staatsbahnsystem entscheidend geltend machten. Die Folge war, daß man es jetzt mit einer Fülle verschiedener Verwaltungen zu tun hatte. Da aber, wo, wie zumeist, das Privatbahnsystem herrschte, kam nun noch eine nach den einzelnen Ländern sehr abweichende staatliche Behandlung der Bahnen hinzu; es gab eine preußische, bayrische, hessische Eisenbahnpolitik; ja, die thüringischen Staaten behandelten die wenigen sie damals schon berührenden Linien nach abweichenden Grundsätzen.

Nun hatte sich spätestens schon nach 1866 und 1870 gezeigt, daß diese Verhältnisse unter keinen Umständen zu halten waren; immer stärker und zahlreicher erschollen Beschwerden der wirtschaftlichen Kreise, der Unternehmer wie auch der Landwirte, insbesondere über Unübersichtlichkeit, Härten und unbegreifliche Differenzierungen der Tarife; immer grimmiger erörterte die öffentliche Meinung Mißbräuche, die angeblich bei der Verleihung von Baurechten vorgekommen seien: und der lange auf die Probe gestellte Geduldsfaden der Nation riß endlich angesichts der Eindrücke der Gründerzeit (1871 bis 1873). Darauf wurde, vornehmlich gegen die Willkür der Verwaltungen im Tarifwesen, im Jahre 1873 als eine oberste Aufsichts- und Beschwerdestelle das Reichseisenbahnamt begründet: schon begann sich die unitarische Behandlung der wichtigsten Verkehrswege in einer Institution niederzuschlagen. Aber dies Amt sollte auch ein allgemeines deutsches Eisenbahngesetz und einen allgemeinen deutschen Gütertarif — letzteren zunächst als wichtigste Forderung des aufstrebenden Wirtschaftslebens — ausarbeiten! Allein bald zeigte sich: das Amt kam nicht vorwärts; seine Wirksamkeit blieb zum großen Teil auf dem Papiere, und namentlich die Staatsbahnsysteme, welche einzelne Bundesstaaten schon besaßen, leisteten ihm passiven Widerstand.

Diese Lage brachte den Fürsten Bismarck schon im

Jahre 1875 auf den Gedanken, den unwürdigen Zuständen durch Erwerbung aller Eisenbahnen für das Reich mit einem Schlage ein Ende zu machen. Und um die Durchführung dieses Planes zu ermöglichen, beschloß er, zunächst den Übergang der preußischen Bahnen an das Reich vorzubereiten. Die preußische Regierung ließ sich durch ein Gesetz vom Juni 1876 ermächtigen, ihren freilich damals nicht besonders großen Staatsbahnbesitz dem Reiche zum Kaufe anzubieten. Es war eine ungeheure, ins gewaltigste gedachte Maßregel; sie regte die Nation in ihren Tiefen auf, — auch die Unternehmerkreise, die hier dem großen Staatsmann zumeist nicht folgten: denn wie viele ihrer eigensten Interessen wurden nicht durch die drohende Aufhebung der Privatbahnen berührt! Wenn aber der Fürst seinen Plan schließlich, trotz des günstigen Votums des preußischen Landtags, nicht weiter verfolgte, so waren hierfür nicht die Widerstände in gewissen wirtschaftlichen Kreisen, sondern politische Eindrücke maßgebend. In den mittleren und kleinen Bundesstaaten hatte der Reichseisenbahngedanke die Regierten wie namentlich die Regierungen aufs heftigste erregt: sie fürchteten für ihre Selbständigkeit. So hatte der Minister von Friesen in Dresden erklärt, Sachsen werde seine Stimme sogar gegen den Übergang der preußischen Bahnen an das Reich abgeben; in Bayern hatte man die Reservatrechte als durch den Reichseisenbahnplan verletzt betrachtet; und in Stuttgart hatte der Minister von Mittnacht das Ganze offen sogar als Absicht einer Änderung der Reichsverfassung bezeichnet, der Württemberg niemals zustimmen werde und könne.

Gegenüber diesem einmütigen Widerstand blieb Bismarck nichts übrig, als auf das Reichseisenbahnprojekt zu verzichten. Die Einzelstaaten gingen aber noch weiter. Um sich vor der Wiederkehr des Planes ein für allemal, wie sie meinten, zu sichern, nahmen sie die Verstaatlichung der Bahnen in ihren Territorien vor. Bayern hatte schon 1875 die 770 Kilometer der Ostbahnen in seinen rechtsrheinischen Landen gekauft, während die Pfälzer Bahnen noch im

Privatbesitze blieben; Sachsen kaufte 1876 die Leipzig-Dresdner Linie; in Württemberg galt schon das Prinzip der Staatsbahnen.

Wie aber, wenn nun dieser Gedanke der bundesstaatlichen Bahnnetze auch in Preußen aufgenommen wurde? Mußte dann nicht das preußische Staatsbahnnetz sich so ausweiten, daß es den ganzen norddeutschen Verkehr und in Verbindung mit den Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen auch noch einen guten Teil des mittel- und süddeutschen in seine Herrschaft bekam? Dem Reichskanzler entging diese eigenartige Wendung der Dinge nicht: und er ergriff jetzt alsbald den Gedanken der Entwicklung eines abgeschlossenen preußischen Staatsbahnsystems, dessen Herrschaft dazu benutzt werden sollte, die anderen Staatsbahnsysteme, wie sie sich nun abzurunden begannen, wenigstens zu einer vernünftigen Finanz- und Tarifpolitik zu zwingen.

Allein ehe er dieses in seinen nächsten Zielen partikularen Weges völlig zog, suchte er noch ein letztes Mal, vom Februar bis zum Mai 1879, die Sympathien des Bundesrates für ein Reichsgesetz zur Regelung des Gütertarifwesens, einen Reichseisenbahnrat und ein Eisenbahnverwaltungsgericht des Reiches zu gewinnen. Vergebens.

Darauf ging er rücksichtslos von preußischer Seite aus vor. Schon hatten Minister, die sich seinen neuen Anschauungen nicht ganz anzubequemen vermochten, Camphausen, Achenbach, weichen müssen; und bereits im März 1878 hatte der Eisenbahnminister Maybach, bald der tatkräftige Meister der preußischen Verstaatlichung, sein Amt übernommen. Jetzt wurde nicht mehr gesäumt. Im Jahre 1875 waren 44½ vom Hundert der Kilometerlänge der damaligen preußischen Eisenbahnen in Privatverwaltung gewesen; und anfangs April 1879 gehörte mehr als die Hälfte des preußischen Eisenbahnnetzes dem Privatbahnsystem an. Schon 1883 auf 1884 aber war Preußen im staatlichen Besitze der wichtigsten Linien in allen seinen Provinzen; und bis Ende Februar 1885 waren zwanzig Vollbahnen

mit 7859 Kilometern Schienenlänge durch Ankauf für etwas über achthundert Millionen Mark verstaatlicht. Schon griffen nunmehr die preußischen Staatsbahnen allenthalben über die politischen Grenzen des Staates hinaus: in Wahrheit war Preußen auf dem Wege, sich mindestens alle großen Linien und damit die verkehrspolitische Beherrschung zunächst Norddeutschlands zu sichern.

War aber vorauszusehen, daß die nunmehr zunächst bundesstaatliche Bewegung bei diesem Ergebnis stillstehen würde? Nach einiger Zeit der Ruhe und des inneren Auswachsens hat das preußische Staatsbahnsystem in den neunziger Jahren von neuem um sich zu greifen und namentlich die verkehrspolitische Beherrschung Mitteldeutschlands und des Südwestens zu erlangen begonnen. Und schon tauchte in den politischen Erwägungen auch solcher Staatsmänner, die vornehmlich der Gegenwart und dem Tage dienen wollen, das Bild einer unitarischen Behandlung des Eisenbahnwesens im Reiche auf, — freilich in Zügen, die sich von den Idealen Bismarcks in den siebziger Jahren wesentlich unterschieden: unterschieden nicht eben zum Vorteil der damals so widerstrebenden Bundesstaaten.

Urteilt man nun aber, soweit die gesamte Verkehrshoheit in deutschen Landen heutzutage in Betracht kommt, ins ganze und große, so wird man behaupten dürfen, daß diese Verkehrshoheit schon in den siebziger Jahren in ihrer praktischen Ausgestaltung vornehmlich dem Reiche gewonnen war: und daß auf dem einzigen Gebiete, wo ihre Verwirklichung in tatsächlichen Einrichtungen noch ausstand, im Eisenbahnwesen, die Einzelstaaten wahrscheinlich gut getan hätten, sich ihr zu fügen, ehe eine andere Lösung, eben von den Mittelstaaten durch Ausbildung ihres Staatsbahnsystems zuerst eingeleitet, sich aufdrängte. Diese rasche und bis zu allen denkbaren Folgerungen unbeirrt und energisch vordringende Durchbildung aber der unitarischen Verkehrshoheit, fast das charakteristischste Zeichen der Jugendjahre des Reiches: wem anders wurde sie im tiefsten Grunde

verdankt als dem Drängen, dem unaufhaltsamen Vorwärtsfluten der wirtschaftlichen Entwicklung und der aus ihr hervorgehenden sozialen Strömungen des freien Unternehmertums, — des neuen Großbürgertums des Reiches? Offen und einfach traten die sozialen und politischen Zusammenhänge auf diesem Gebiete zutage.

2. Ebenso durchgreifend und gründlich wie im Bereiche der Wirtschaftshoheit vollzog sich der Vorgang der Zentralisierung auf dem Gebiete der rechtlichen Interessen. Ja, die Aussichten, daß dies geschah, waren hier von vornherein noch günstiger. Denn da drängte nicht bloß die wirtschaftliche Entwicklungsrichtung auf entschiedenste Einheit; nicht minder bei der Sache war hier auch die ältere politisch-doktrinäre Richtung. Freilich: charakteristisch ist, daß sie an den Stellen, wo ihr wirtschaftlich-soziale, und das hieß zunächst Unternehmerinteressen entgegenstanden, ihr altes Programm gleichsam zu vergessen schien: von einem entschiedenen Vereinsgesetze, das etwa die Koalitionsfreiheit der vierten Klasse gewährleistet haben würde, oder auch nur von der gesetzlichen Festlegung einer weitgehenden Preßfreiheit war nicht mehr die Rede.

Einig und erfolgreich dagegen ging man vor auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung und auf denjenigen Gebieten des materiellen Rechtes, die die Kultur der vorwärtsdrängenden und führenden sozialen Schichten wie die sozial indifferente Gesamtkultur der Nation zu fördern oder in ihren letzten Fortschritten zu rechtlichem Ausdruck zu bringen geeignet schienen. Da hatte nun zunächst die Gerichtsbarkeit nach der Verfassung des Norddeutschen Bundes noch durchaus als ein Recht der Einzelstaaten gegolten: sie hatten darum auch die Ausübung der Gerichtsgewalt; der Bund war nur befugt gewesen, die allgemeinen Regeln ihrer Anwendung aufzustellen und sie zu beaufsichtigen. Und so stand und steht die Sache auch heute noch von Rechts wegen und von wegen der Reichsverfassung.

Allein das Leben ist längst über diesen Zustand hinweggegangen.

Und wiederum war es zunächst das Interesse der Unternehmerklasse, das Bresche in die Mauer dieser grundsätzlichen Auffassungen legte. Schon die Zeiten des Zollvereins hatten ein gemeinsames Handelsgesetzbuch gebracht. Dann aber hatte man nicht umhin gekonnt, zur Auslegung und Anwendung dieses gemeinsamen Rechtes einen obersten Gerichtshof zu errichten; im Juni 1869 war das Oberhandelsgericht in Leipzig begründet worden. Natürlich sprach es von vornherein Recht im Namen des Bundes: die Gerichtshoheit der Einzelstaaten war, zunächst für Handelssachen, durchbrochen. Allein im Laufe der folgenden Jahre wurden der Kompetenz dieses Gerichtes bald neue Reichsgesetze und darunter auch solche von etwas abweichendem Inhalte unterstellt: langsam war das Gericht im Zuge, sich zum Reichsgericht zu erweitern und damit die Gerichtsbarkeit der Bundesstaaten allgemein zu durchlöchern.

Dieser Bewegung kam nach 1870 bald eine zweite zu Hilfe. Im Reichstag ging schon im November 1871 ein Antrag durch, in dem, unter Aufhebung aller partikularen Gesetze, die Rechtseinheit im Reiche für Strafrecht, Strafverfahren und Gerichtsorganisation, kurz für das ganze gerichtliche Verfahren, und ferner ein einheitliches bürgerliches Gesetzbuch verlangt wurde. Und der Bundesrat war nicht in der Lage, sich diesen Wünschen erfolgreich entgegenzusetzen: denn es war kein Zweifel, sie waren Ausdruck einer allgemeinen nationalen Empfindung. Daher stimmte er, mit Ausnahme der beiden Mecklenburg und — natürlich! — des wunderlichen Reuß älterer Linie, zu und ließ dem die Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung des Bürgerlichen Gesetzbuches sowie die Vorbereitungen zu Gesetzen über das gerichtliche Verfahren folgen. Zuerst, seit 1874, kamen dann die Entwürfe zu den letzteren Gesetzen vor den Reichstag: in einer Form, die die Gerichtsbarkeit der Einzelstaaten noch außerordentlich schonte. Indes im Reichstag

wurden sie im Herbst 1874 gerade von diesem Gesichtspunkte aus, und vornehmlich von den liberalen Parteien, einer gründlichen Beurteilung unterzogen; und der gewünschten Änderungen waren so viele, daß man bei der Schwierigkeit des Stoffes deren Einarbeitung in die Bundesratsentwürfe einer außerordentlichen ständigen Justizkommission übertragen mußte, die Ende Januar 1875, mit Miquel als Vorsitzendem, gewählt ward. Diese Kommission beendete ihre Arbeiten im Herbst 1876, und Anfang November nahm der Reichstag die von ihm aufs tiefste umgestaltete Zivilprozeßordnung, Strafprozeßordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz, wozu im Laufe der Verhandlungen noch eine Konkursordnung gekommen war, mit großer Mehrheit an.

Nun galt es, die Zustimmung des Bundesrats zu erreichen. Hier aber stieß man auf den entschiedenen Widerstand der Partikularstaaten; nicht weniger als sechsundachtzig der Reichstagsbeschlüsse wurden als unannehmbar erklärt; das ganze Gesetzeswerk stand auf dem Spiele. Da eilte Bismarck aus Varzin herbei, übernahm seit Jahren zum ersten Male wieder den persönlichen Vorsitz im Bundesrat, verhandelte mit den Parteiführern im Reichstage und erreichte so viele gegenseitige Zugeständnisse, daß schließlich Fassungen herauskamen, welche die Zustimmung sowohl des Reichstags als des Bundesrates fanden. Gegen Ausgang des Jahres war damit die Annahme der Gesetze gesichert; im nächsten Jahre bedurfte es zu ihrer Ergänzung, in Konsequenz des Gerichtsverfassungsgesetzes, nur noch einer Beschlußfassung über die Errichtung eines Reichsgerichts und seine Verlegung nach Leipzig (März 1877). In Kraft traten die neuen Gesetze am 1. Oktober 1879; am gleichen Tage ward zu Leipzig das Reichsgericht mit einer feierlichen Ansprache seines ehrwürdigen ersten Präsidenten Simson eröffnet. Neun Jahre darauf hat dann Kaiser Wilhelm II. den Grundstein des Reichsgerichtspalastes gelegt, und im Jahre 1895 war dessen Bau vollendet.

Seit Einführung dieser Gruppe von Gesetzen bildet das

Gebiet des Reiches insofern den Bereich einer Gerichtsbarkeit, als jeder Einzelstaat durch seine Landesgerichte eine gerichtliche Herrschaft über das ganze Reich hin ausübt: die Gebote und Verbote jedes Gerichtes werden überall befolgt: — aber er übt diese Herrschaft nicht aus eigener Gewalt aus, sondern der Quell seiner Gerichtsbarkeit ist das Reich und seine Hoheit.

Zu den Justizgesetzen des Jahres 1879 aber ist, abgesehen von kleineren Gesetzen, noch das Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich gekommen. Freilich viel später, denn hier handelte es sich nicht bloß um die Bearbeitung eines überaus großen, sondern auch eines überaus schwierigen Stoffes. Schon die Tatsache einer ungeheuren Zersplitterung der Rechtsbildung über den ganzen deutschen Boden hin — es gab bei weitem mehr Gebiete verschiedenen Rechtes als Territorien — machte sich jedem Vereinfachungsbestreben gegenüber erschwerend geltend. Dazu kam, daß die Gebiete einzelner partikularer Rechtsbildungen wiederum besonders groß waren, also auch besondere Schonung erwarten durften: dem preußischen Landrechte gehörte ein Gebiet von 21 Millionen, dem des Code Napoléon eines von 8½, dem sächsischen bürgerlichen Gesetzbuche von 1863 ein solches von 3½ Millionen Seelen an. Wie nun schon dieser bloß gleichsam geographischen, räumlichen Abweichung der Rechtsbildung gerecht werden? Es ergab sich, daß am Ende doch einige Rechtsstoffe gänzlich ausgeschieden oder verschiedener Art der Behandlung zugängig erhalten werden mußten. Aber auch der weitaus überwiegende Teil der Materie, der einheitlicher Regelung schließlich fähig erschien, erwies sich dieser gegenüber sehr spröde. Es hing das wesentlich mit zwei Umständen zusammen, einmal mit dem Stand der deutschen Rechtswissenschaft in den siebziger Jahren und dann mit der reißenden Entwicklung der sozialen und damit auch der bürgerlich-rechtlichen Verhältnisse der Nation in diesen Jahren und auch in der Folgezeit. Die Rechtswissenschaft dachte auch da, wo sie sich des deutschen Rechtes

annahm und es, sei es geschichtlich, sei es systematisch, bearbeitete, fast ausschließlich in jenen römisch-rechtlichen Kategorien, die ihr, wenn auch seitdem vielfach umgebildet, vornehmlich im 15. und 16. Jahrhundert, seit der Rezeptionszeit des römischen Rechtes, zugeführt worden waren. Nun hätte man meinen können, daß diese Kategorien, dem wirtschaftlichen und juristischen Denken eines römischen Zeitalters freier Unternehmung entnommen, für die Entwicklung des Rechts eines Zeitalters moderner Unternehmung ebenso brauchbar hätten sein müssen, wie sie sich zur Systematisierung des Rechtes des 15. bis 18. Jahrhunderts als im Grunde völlig unbrauchbar erwiesen hatten. Aber bald zeigte sich, daß es doch nicht an dem war. Das Unternehmerzeitalter der römischen Volkswirtschaft war in sehr wesentlichen Stücken durchaus anders geartet gewesen als das der modernen Volkswirtschaften, schon weil es auf Sklavenarbeit rechnen konnte; die Anwendung vieler Kategorien seines Rechts mußte darum, vornehmlich auch nach deren anderweitiger Umbildung im Verlaufe des 15. bis 19. Jahrhunderts, versagen. Außerdem aber war die deutsche Rechtswissenschaft der siebziger und achtziger Jahre keineswegs fähig, diese Kategorien in freiem Sinne und mit offenem Auge für die wirtschaftlichen und sozialen Vorgänge der Zeit anzuwenden. Nichts war in dieser Richtung bezeichnender, als daß die im Jahre 1874 eingesetzte Kommission unter streng festgehaltenem Ausschluß jeglicher Öffentlichkeit tagte: bis zur Fertigstellung des Werkes im Jahre 1887, während des ganzen Verlaufes ihrer 13 Jahre und 4 Monate umfassenden Tätigkeit hat man von ihren Arbeiten und Beschlüssen nur durch Indiskretionen erfahren. Konnte da der Entwurf, den sie schließlich vorlegte, vom frischen Hauche des Tages und der Gegenwart durchweht sein? Die deutsche Jurisprudenz, zu großen gesetzgeberischen Arbeiten, die der Nation als einem Ganzen gegolten hätten, seit lange nicht berufen, hatte sich im Verlaufe des 19. Jahrhunderts daran gewöhnt, als ihre Aufgabe nicht so sehr die Erörterung de lege

ferenda als die historische und dogmatische Durcharbeitung der geltenden Rechtssätze zu betrachten; scharfe Bestimmung der einzelnen Begriffe und Aufbau eines möglichst tadellosen und „begrifflich schönen" Systems aus ihnen erschien ihr als höchstes Ziel. Es ist die Richtung, die Ihering schon früh, noch einsam stehend, als Begriffsjurisprudenz verspottet hat. Diese Richtung hatte nun in dem ersten, 1887 abgeschlossenen Entwurfe des Bürgerlichen Gesetzbuches ihr Meisterstück liefern wollen und auch wirklich geliefert. Wie aber wurde dieses Erzeugnis eines Bienenfleißes — in 734 Protokollen zu 12309 Folioseiten hatte man allein die gemeinsamen Beratungen aufgenommen — und eines außerordentlichen Scharfsinnes von der Nation aufgenommen? Nicht einmal kalt, sondern unter deutlichen Zeichen einer sich steigernden Entrüstung! Das sollte das klassische Zivilrecht sein, das man jedem Bürger in die Hände geben könne? Dies Buch mit seinen tausend Definitionen, die das Leben schließlich doch nicht umfaßten, und seiner Systematik, die jedem Zeitalter gerecht zu werden schien, nur nicht dem schaffenden, genießenden, vorwärtsdrängenden von heute? Die Beurteilung, die sich bis auf die Sprache hinab erstreckte, war so scharf, daß nichts übrig blieb, als den Entwurf zurückzuziehen und einer der Zusammensetzung nach veränderten Kommission zur Umarbeitung zu übergeben. Diese Kommission ist dann im April 1891 zusammengetreten und hat ihre Beratungen, diesmal unter Berücksichtigung wenigstens der dringendsten Forderungen der Zeit, so namentlich der sozialen, im Dezember 1895 vollendet. Und ihr Entwurf ist schließlich Gesetz geworden, wenn man auch weit davon entfernt war, ihn, im Grunde doch nur eine, wenn auch einschneidend gemeinte Abänderung des ersten, mit der vollen Befriedigung nationaler Begeisterung aufzunehmen. Im Jahre 1896 wurde er im Reichstag eingebracht, in diesem, abgesehen von einigen Materien, wie denen des Vereins- und des Eherechts, sehr lahm und wenig eingehend erörtert, schließlich angenommen

und im August vom Kaiser als Gesetz vollzogen. In Geltung ist dann das neue Recht mit dem 1. Januar 1900 getreten.

Man darf sich durch diesen Verlauf der Geschichte des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht den Blick trüben lassen, wenn man die Summe dessen erwägt, was seit 1871 auf dem Gebiete der Gerichtsbarkeit und des Rechtes für die unitarische Entwicklung der Nation geleistet worden ist. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man schätzt, daß heute Rechtsbewußtsein wie Rechtsgenuß der Hauptsache nach etwas — innerhalb des Reiches — Gemeindeutsches geworden sind. Nicht bloß in den großen Lebensrichtungen der Wirtschaft, wie sie sich heutzutage vornehmlich im Verkehr ausdrücken, nein, auch in den unendlich wichtigen Lebensbahnen einer Regelung dieser Richtungen durch das Recht ist, gegen die Partikularstaaten, die Einheit erreicht worden. Und als führend haben sich dabei schließlich doch, trotz aller Versuche, sie wenigstens im Zivilrecht abzuweisen, die vornehmsten sozialen Tendenzen der Zeit erwiesen: die sozialen Tendenzen sowohl des Unternehmertums wie der abhängigen Klassen, vor allem des vierten Standes: und dies um so mehr, als es zu den alten Erfahrungen aller Rechtsgeschichte gehört, daß gerade die Rechtsbildung kaum durch andere Bewegungen mehr als durch solche des Verkehrs gefördert wird: hatte sich doch der deutsche Kaufmannstand bereits vor Gründung des Reiches, schon im Jahre 1860, sein besonderes Handelsgesetzbuch errungen.

Weit merkwürdiger indes als die beiden berührten unitarischen Strömungen, die freilich an sich schon genügen, um die gesamte innere Entwicklung des Reiches seit 1870 und vornehmlich in den ersten Jahrzehnten zu kennzeichnen, sind Vorgänge mit völlig entsprechender Wirkung, die sich innerhalb der eigentlichen Bundesfunktionen des Reiches, innerhalb der Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten und des Heerwesens, sowie in dem, was man etwa innere Verwaltung des Reiches nennen kann, und im Finanzwesen abgespielt haben. Auch hier hat durchaus ein zentralistischer

Zug gesiegt, hervorgerufen einmal durch die Haltung der unitarisch denkenden politischen Parteien, noch viel mehr aber durch den immanenten Drang der Dinge selbst. Und nirgends mehr als auf diesen Gebieten zeigte sich schon früh, wie sehr der anfangs gemeinte Staatenbund unter Preußens Führung sich gegen die ursprüngliche Erwartung immer mehr zu einem Bundesstaate über allen Partikularstaaten, auch Preußen, erhoben hat.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten gab es ursprünglich und gibt es auch heute grundsätzlich noch zwei große getrennte Kreise der Behandlung: die auswärtigen Angelegenheiten der Einzelstaaten unter sich und die auswärtigen Angelegenheiten des geeinten Bundes als eines Ganzen gegenüber dem Ausland.

Da läßt sich nun aus der Tatsache eines Bestandes innerer auswärtiger Angelegenheiten, wenn man sich so ausdrücken darf, bei gutem Willen grundsätzlich sehr wohl zu dem Schlusse kommen, daß eigentlich jeder Einzelstaat in seiner inneren Politik ganz selbständig und vom Reiche unabhängig sein müsse. Allein ist eine solche Selbständigkeit je zutage getreten? Nach Lage der Dinge ergab es sich von vornherein als eine praktische Notwendigkeit, daß die gesamte innere Politik der Einzelstaaten im ganzen und großen auf die Richtung eingestellt wurde, die die Reichspolitik verfolgte, obwohl darüber in der Verfassung auch nicht ein Wort zu finden ist. Und schon die ersten Jahre des jungen Reiches brachten hier die notwendigen Konsequenzen. In Hessen trat der Minister Dalwigk, einer der geschicktesten und hartnäckigsten Gegner der neuen Zustände, schon im April 1871 zurück, nachdem er in den „Grenzboten" von berufener Seite zu hören bekommen hatte, ein Minister im neuen Reiche müsse noch andere Eigenschaften haben als diejenigen der Katze, aus jeder Höhe gesund auf die vier Pfoten zu fallen. In Sachsen kam es ebenfalls mit Rücksicht auf die neuen Verhältnisse sehr bald zu einem Ministerwechsel. Und auch in Bayern konnte man nach gewissen

Schwankungen nicht umhin, sich auf den Reichskurs einzustellen; nachdem der Tod des Ministerpräsidenten Hegnenberg-Dux 1872 eine Stockung im bayrischen Kulturkampfe gebracht hatte, erhielt das Land unter von Pfretzschner von neuem eine antiklerikale Leitung. Seitdem aber stand im Reiche der Grundsatz einer Konformität der verschiedenen Landespolitiken mit der Reichspolitik fest; und gewährleistet wurde er unter stetiger höherer Einflußnahme des Fürsten Bismarck als Reichskanzer durch eine rege und immer umfassendere Tätigkeit des Bundesrates als eines regulierenden Organes zwischen der allgemeinen öffentlichen Meinung, wie sie im Reichstag zum Ausdruck kommen sollte, dem allgemeinen deutschen Nutzen, wie er eben dieser Körperschaft als Reichsregierung vorschwebte, und den partikularen Wünschen und Interessen der Einzelstaaten.

Von den eigentlichen auswärtigen Angelegenheiten, denen des Reiches gegenüber dem Ausland, stand natürlich von vornherein fest, daß sie einheitlich geleitet werden mußten. Und auch dies erschien schon im Norddeutschen Bunde als selbstverständlich, daß die preußische Diplomatie die Leitung übernahm; Preußen zahlte hier auch die Kosten. Freilich bestand daneben noch das Gesandtschaftsrecht der Einzelstaaten. So blieb die Lage auch zunächst im Reich, wennschon jetzt eine eigene Reichsdiplomatie entwickelt wurde. Aber zugleich wurde jetzt auch im Bundesrat ein Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten eingerichtet, der die allgemeine Politik kontrollieren und bei wesentlichen Fragen eingreifen sollte. Es gab mithin jetzt zwei Konkurrenzen einer einheitlichen Leitung: die Gesandtschaften der Sonderstaaten und den bundesrätlichen Ausschuß. Allein keine dieser Einrichtungen hat rechtes Leben gewinnen können. Der Ausschuß blieb gegenüber der unvergleichlichen Leitung der auswärtigen Angelegenheiten durch den Fürsten Bismarck und gegenüber dessen Gewohnheit, in wichtigen Angelegenheiten an die Bundesfürsten vielfach direkte Mitteilungen zu machen, so gut wie auf dem Papier und hat auch seit-

dem wohl nur, wenn die Anregung vom Auswärtigen Amte ausging, und das heißt selten, eingegriffen. Von den Gesandtschaften aber wurden die bayrischen in London, Paris, Brüssel, Karlsruhe und Darmstadt noch 1871, die sächsischen in Paris, Petersburg, Rom und Weimar 1872 eingezogen; Baden hatte schon im Juli 1871 auf ein „Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten" gänzlich verzichtet. Seitdem sind allerdings einige dieser Gesandtschaften, teils wohl aus höfischen und Verwandtschaftsrücksichten, weiterhin zum Verkehr zwischen einzelnen Bundesstaaten oder auch etwa zur Regelung des partikularen bayrischen Heimatwesens wiedererstanden. Aber der einheitlichen Leitung der auswärtigen Angelegenheiten hat das schwerlich Eintrag getan.

Ähnlich unitarisch wie die Diplomatie hat sich deren Ergänzung, das Heerwesen, entwickelt. Vor allem nach außen hin, also für den Kriegsfall: für diesen Fall ist der Kaiser schon nach der Reichsverfassung unbezweifelt alleiniger oberster Kriegsherr. Indes etwas anderes als die einheitliche Zusammenfassung der deutschen Kontingente nach einer Mobilmachung ist die Durchführung eines möglichst einheitlichen Heerwesens schon im Frieden. Auch sie ist indes gelungen, indem neben den Bestimmungen der Reichsverfassung zwei Reihen ergänzender Vorgänge eingegriffen haben: Militärkonventionen Preußens mit den kleineren Staaten und Abstimmungen des Reichstags.

In den Militärkonventionen begab sich eine Anzahl kleinerer Staaten aller wichtigeren militärhoheitlichen Rechte, so daß die Kontingente dieser Staaten einfach in den Bestand des preußischen Heeres aufgingen. Es waren das die freien Städte, Oldenburg, Waldeck, Lippe, Schwarzburg-Sondershausen, endlich auch Baden, doch dies mit der Bedingung, daß seine Truppen einen besonderen Heeresverband (das XIV. Korps) bilden sollten. Daneben standen Staaten, die sich kriegsherrliche Rechte beschränkten Umfanges und vielfach nur repräsentativen Charakters vorbehielten: die beiden Mecklenburg, Hessen, Weimar und die anderen wettinischen

Staaten Thüringens, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt und beide Reuß; in den Kontingenten aller dieser Staaten erhielt der König von Preußen vornehmlich das Ernennungsrecht der Offiziere. Einsam unter den kleinen Fürsten blieb nur der letzte braunschweigische Welfe Herzog Wilhelm auf älterem Rechte bestehen; er ging nicht über die vor 1870 gewährten Zugeständnisse hinaus und war auch im Frieden noch oberster Kriegsherr seiner Truppen, deren schwarze Uniform immer noch an die Taten der Freiheitskriege erinnerte; erst nach dem Tode des Herzogs ist dann Braunschweig in die Reihe der anderen Kleinstaaten eingetreten. Bei diesen Staaten ist also mehr oder weniger eine volle Heeresgemeinschaft mit Preußen erreicht worden; gemeinsame Verwaltung und gemeinsames Kommando wurden durchgeführt. Daneben standen nur noch die Kontingente von Sachsen, Württemberg und Bayern. Ihr Verhältnis zu dem sonstigen Heereskörper ist durch besondere Konventionen geregelt, die am meisten Freiheit noch Bayern gelassen haben. Doch ist bei allen für eine gleichmäßige Ausbildung der Truppen gesorgt und in Bayern deren Durchführung seitens des Kaisers durch eine besondere Inspektion gesichert worden, die anfangs der spätere Kaiser Friedrich, seit Wörth und Weißenburg der in Bayern volkstümlichste Heerführer, in Händen hatte.

War durch all diese Konventionen zunächst die innere Gleichartigkeit des deutschen Heeres gewährleistet, so fiel die Garantie für seine allgemeine Fortbildung naturgemäß den einheitlichen Organen des Reiches, also dem Bundesrat und dem Reichstage, zu und gestaltete sich hier wesentlich zu einem Finanzproblem, ja zunächst zu dem durchaus ersten und wichtigsten Finanzprobleme des Reiches überhaupt, bei dem vor allem die Frage nach der Notwendigkeit eines großen Heeres zu stellen war und immer wieder gestellt wurde.

Nun kann als zeitgenössisches Ergebnis der europäischen Entwicklung des 19. Jahrhunderts in dieser Hinsicht wohl festgestellt werden, daß eigentliche Kabinettskriege, wie sie

das 16. bis 18. Jahrhundert so zahlreich erlebten, heutzutage und noch für längere Zeit wenig wahrscheinlich sind. Wir erwarten heute einen Krieg nur unter solchen Staaten, deren Interessenentwicklung sie unvermeidlich zum Waffengange zwingt. Ist aber das Motiv ein in dieser Richtung zwingendes, so versteht es sich von selbst, daß Kriege nur bis zur Beseitigung schwerer Interessenkollisionen, bis dahin aber nicht in der Art der Condotteria, sondern mit vollster Energie und unter Anspannung aller Kräfte werden geführt werden. Zu erreichen ist das natürlich nur bei der ausgiebigsten Kriegsrüstung schon im Frieden und unter Rücksicht auf den demokratischen Charakter des Zeitalters mit Massenheeren, deren Heranbildung bereits im Frieden nicht ohne große Kosten denkbar ist. So haben nach zuverlässigen Berechnungen schon im Deutsch-Französischen Kriege 1 147 000 Deutsche die Grenze überschritten, während die Franzosen etwa 2 700 000 Mann aufstellten; und in künftigen Kriegen werden noch ganz andere Massen in Frage kommen. Die Militärlasten aber sind mit der Entwicklung des bewaffneten Friedens, der heute immer noch trotz der Friedenskonferenzen und Schiedsgerichtsverträge die einzige Friedensgarantie bietet, natürlich in nicht minder gewaltiger Weise gewachsen.

Militärausgaben europäischer Großstaaten in Millionen Mark:

	1880	1890	1900
Deutsches Reich	405	596	756
Österreich-Ungarn	180	215	272
Italien	200	390	348
Frankreich	600	625	766
Rußland	678	767	720
England	570	656	885

Verhältnisse wie die eben angedeuteten konnten von den Zentralinstanzen des Reiches, Bundesrat und Reichstag, nicht übersehen werden, sollte nicht die neue Einheit des Reiches von vornherein aufs schwerste gefährdet werden.

Nun bestand für die Heeresfinanzen aus den Zeiten des

Norddeutschen Bundes her noch eine gewisse Regelung. Damals war, im Jahre 1867, ein Gesetz durchgegangen, wonach Preußen die Erhaltung des bestehenden Heeres ganz allgemein gegen Zahlung einer Pauschsumme von 225 Taler für den Kopf übernommen hatte. Es war eine Abmachung, die jetzt, in der Herbstsitzung des Reichstages im Jahre 1871, mit zunächst dreijähriger Gültigkeit, bis Ende 1874, auf das Reich übernommen wurde. Mit dieser vorläufigen Regelung wollte man Zeit gewinnen, um die organische Entwicklung des Heerwesens vorzubereiten, wie sie Artikel 60 und 61 der Reichsverfassung forderten. Nach diesen Artikeln sollte „für die spätere Zeit die Friedenspräsenzstärke des Heeres im Wege der Reichsgesetzgebung festgestellt werden"; zugleich sollte „nach gleichmäßiger Durchführung der Kriegsorganisation des deutschen Heeres ein umfassendes Reichsmilitärgesetz dem Reichstage und dem Bundesrate zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorgelegt werden".

Dieser Zeitpunkt war spätestens auf das Jahr 1874 festgesetzt. Eine der größten Entscheidungen für die innere und äußere Entwicklung des Reiches stand damit bevor; und die Reichstagswahlen vom Januar 1874 standen unter dem Eindruck dieses Zusammenhangs. Sie verliefen der Einheit des Reiches günstig; man berechnete eine den zu erwartenden Forderungen der Reichsregierung geneigte Mehrheit von 240 Stimmen gegen 135 Stimmen der Opposition. Und so brachten die verbündeten Regierungen eine Vorlage, die sie schon im Jahre 1873 dargeboten hatten, ohne daß sie zur Beratung gelangt war, im Jahre 1874 mit um so sichrerem Vertrauen vor den neuen Reichstag. Es war der von der Verfassung vorgeschriebene Entwurf einer Heeresverfassung. Er schloß sich der Hauptsache nach an die bestehenden Verhältnisse an, enthielt aber außerdem die zur dauernden und klaren Entwicklung des Heerwesens für notwendig erachtete Bestimmung, daß die Friedenspräsenzstärke des Heeres bis zum Erlaß einer anderweitigen gesetz-

lichen Regelung ständig eins vom Hundert der Bevölkerung — zur Zeit der Einbringung der Vorlage also 401 659 Mann — betragen solle.

Hatte man aber auf eine glatte Annahme dieser Vorlage im Reichstage gerechnet, so sah man sich darin sehr bald getäuscht. Der linke Flügel der Nationalliberalen erblickte in der Festlegung der Präsenzziffer nicht von Jahr zu Jahr, sondern auf unbestimmte Zeit die Abschaffung des Steuerbewilligungsrechtes und damit den Zusammenbruch der Bedeutung des Reichstages überhaupt: denn für das Heer vornehmlich steuere man; seien nun die Heeresausgaben durch die Präsenzziffer so gut wie festgelegt, so werde das Recht der Steuerbewilligung illusorisch. Es bleibe nichts übrig: die Präsenzziffer müsse von Jahr zu Jahr festgestellt werden.

Darauf erwiderte die Regierung: unmöglich könne sie diese Ziffer einer jährlichen Bewilligung aussetzen, denn sie sei die Grundlage aller Heeresverfassung; werde diese Ziffer durch den Modus jährlicher Bewilligung unsicher, so sei das Prinzip aller militärischen Berechnungen und jede Stetigkeit der Heereseinrichtungen verloren: dabei bilde aber die Stetigkeit der Heeresentwicklung nach Lage der Dinge die unbedingt notwendige Voraussetzung für jede festere und einflußreichere auswärtige Politik.

Unausgleichbar erschienen zunächst die damit gegebenen Gegensätze; Moltke brachte in der längsten und bewegtesten Rede, die er wohl jemals im Reichstage gehalten hat, die Opposition nicht von ihrer Haltung ab; Bismarck war krank. Da endlich wurde durch den Führer der Nationalliberalen, von Bennigsen, ein Vorschlag gemacht, auf den Bundesrat und Reichstag sich einigten. Danach sollte die vorgeschlagene Präsenzziffer zunächst auf sieben Jahre gelten. Unter dieser Begrenzung wurde die Vorlage im April 1874 Gesetz: und die Grundlagen der Heeresverfassung als einer Reichsheeresverfassung waren gesichert.

Der weitere Ausbau der Heeresverfassung verlief dann

ganz auf dem einmal gelegten Grunde: vor allem kam das Landsturmgesetz vom Februar 1875 hinzu, das alle weder dem Heere noch der Flotte angehörigen Männer vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 42. Jahre für den Notfall unter die Waffen rief, anderer späterer Änderungen und Ergänzungen hier noch nicht zu gedenken. Und auch die Erneuerung des Septennats, die 1880 erfolgte, brachte keine weitere wesentliche Wandlung der Einrichtungen des Jahres 1874. Erst die Vorlage der dritten Septennatsreihe, die mit 1887 begann, in Zeiten, da mit den inzwischen gewaltig und bedrohlich gestiegenen Rüstungen Frankreichs und Rußlands gerechnet werden mußte, zeigte wesentliche Abweichungen: so daß sie harte parlamentarische Kämpfe heraufbeschwor, die freilich mit einem glänzenden Siege der Regierung im Jahre 1888, noch vor dem Tode Kaiser Wilhelms des Alten, endeten. Seitdem ist noch eine Anzahl weiterer Organisationsgesetze erlassen worden. Wie sie aber auch im einzelnen die alten Grundlagen ausgebaut und veränderte Bestimmungen getroffen haben: immer sind sie auf der Basis einheitlicher Beschlüsse für das ganze Reichsheer erfolgt. Und auf diesem Wege war denn, wie von Anbeginn fast die Führung der auswärtigen Angelegenheiten, so seit 1874 auch die Entwicklung der Heereseinrichtungen so gut wie ausschließlich Reichssache geworden: siegreich hatte sich der Reichsgedanke auf diesen beiden wichtigen Gebieten der Exekutive und der Verwaltung über alle Einzelstaaten, auch Preußen, erhoben. Was aber für das Heer galt, das galt erst recht für die Flotte; sie ist von jeher, lange Zeit eine im Volksbewußtsein besonders innig gepflegte Erbschaft bereits der nationalen Bewegung von 1848, als Reichsinstitut behandelt worden.

Indes die Wirkungsweise des auswärtigen Dienstes wie des Heeres und der Flotte sind doch schließlich speziell und technisch, und bei aller ihrer Bedeutung griffen sie darum, ihrem Charakter als dem zentraler Institute nach betrachtet, in das Leben des Volkes nicht alldurchdringend ein: und

eben daher waren sie, dem äußeren Schutze zunächst und der hauptsächlichsten ihrer Bestimmungen nach zugewandt, nicht in der Lage, die Oberherrlichkeit des Reiches über alle Einzelstaaten, auch Preußen, in allseitiger Tatsächlichkeit zu entwickeln. Das geschah vielmehr noch viel stärker, wenn auch fast unbewußt und unbemerkt, durch die Entfaltung einer inneren Verwaltung des Reiches und der Reichsfinanzen: denn hier traten die Reichsinstanzen in ihrer naturgemäß zentralisierenden Tendenz mit höchsten Lebenskräften der Nation in die innigste Berührung.

Der Norddeutsche Bund war ursprünglich ohne jede eigene Verwaltung gedacht gewesen; nach Bismarcks Absichten sollten die wenigen Geschäfte des Bundes von den preußischen Behörden mitgeführt werden. Bismarck selbst wollte gar nicht Bundesbeamter werden, sondern preußischer Ministerpräsident bleiben. Dabei war der Vorsitz im Bundesrat nach Art des alten österreichischen Präsidiums im Frankfurter Bundestag vorgestellt; ihn sollte, von Bismarck instruiert, Herr von Savigny übernehmen. Und dem Präsidium fiel nach dem Entwurfe der Bundesverfassung nichts zu als die Ausfertigung und Verkündung der Bundesgesetze sowie die Überwachung ihrer Ausführung.

Aber nun trat, ebenfalls nach dem Verfassungsentwurf, dem so aufgestellten Bundesrate der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Reichstag gegenüber. Kaum war dieser zur Vereinbarung der neuen Verfassung mit den Regierungen zusammengetreten, so fand er, daß er in Übereinstimmung mit dem Bundesrate wohl Gesetze beschließen könne, daß ihm aber, anders als der Exekutive, jedes Mittel zur Kontrolle der Durchführung dieser Gesetze fehle. Dabei erschien es ihm als selbstverständlich, daß ein solches Mittel nur geschaffen werden könne durch eine verantwortliche Bundesverwaltung. Mithin forderte der Reichstag Bundesminister. Konnten aber die verbündeten Regierungen auf diese Forderung eingehen? Es wäre in mancher Hinsicht ihre unmittelbare Mediatisierung gewesen. Sie lehnten

daher im Einverständnis mit dem leitenden Minister ein Vorgehen in dieser Richtung ab. Als aber darauf im Reichstage die Verantwortlichkeit wenigstens eines Ministers, nämlich des preußischen Präsidialgesandten im Bundesrat, gefordert wurde, da gab Bismarck und auch der Bundesrat diesem Wunsche nach. Und Artikel 17 der Verfassung, der vom Bundespräsidium handelt, erhielt dementsprechend den Satz: „Die Anordnungen und Verfügungen des Bundespräsidiums werden im Namen des Bundes erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt." Was war nun mit Formulierung und Einfügung dieses einen Satzes geschehen? Aus dem einfachen Präsidialgesandten war ein verantwortlicher Bundeskanzler geworden. Und nun übernahm alsbald Bismarck selbst das neue Amt, das er dann unter den gleichen Bedingungen als Reichskanzler weitergeführt hat. Mit wenigen Worten und Tatsachen war auf diese Weise der Keim in die Verfassung gesenkt, aus dem in bunter Fülle erst Reichsbeamte, dann Reichsämter, schließlich eine ganze große Reichsverwaltung hervorgegangen sind: und dies alles nicht neben, sondern über den Landesverwaltungen.

Zunächst richtete sich Bismarck ein Bundeskanzleramt ein, eine bescheidene Schöpfung mit drei Abteilungen recht wenig organischen Charakters: der sogenannten Zentralabteilung, ursprünglich nichts als einer Expedition des Kanzlers, dem Generalpostamt und der Generaldirektion der Telegraphen. Dann kamen nach 1870 neue Abteilungen zu diesem Kanzleramt hinzu, je nachdem dem Reiche durch die tatsächliche Entwicklung und Gesetzgebung neue Verwaltungsbereiche zufielen: von vornherein die Abteilung für Elsaß-Lothringen, solange das Land noch in oberster Instanz von Berlin aus verwaltet wurde, dann seit dem 1. Januar 1875 das Reichsjustizamt, später das Reichseisenbahnamt, das Reichsschatzamt usw. Und so schwoll das Reichskanzleramt ins unförmliche an; es ergab sich bald als

unmöglich, daß ein Mann die gesamte Verantwortlichkeit für all die Verwaltungsakte, die aus den verschiedenen Abteilungen hervorgingen, noch tragen konnte. Und doch war der Reichskanzler nach der Verfassung allein verantwortlich!

Von neuem tauchte mit der Zunahme dieser Schwierigkeiten die Frage eines Reichsministeriums auf; aber auch diesmal wurde ihre Bejahung formell vermieden. Ein Reichsgesetz vom März 1878 schuf vielmehr einen anderen Ausweg. Die einzelnen Abteilungen des Reichskanzleramtes wurden jetzt diesem tatsächlich entzogen und traten als selbständige Ämter unter die Leitung besonderer Vorstände, der Staatssekretäre. Allein formell wurden diese Vorstände nicht selbständig gemacht; formell zeichneten sie vielmehr als fakultativ ernannte, verantwortliche Stellvertreter des Reichskanzlers, dem die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit nach wie vor allein verblieb. Freilich ist eine Ernennung zum Staatssekretär niemals zurückgezogen worden; in Wahrheit bildete sich also etwas wie ein Reichsministerium unter dem Kanzler als allein verantwortlichem Oberminister aus: eine Form der Ministerialverfassung, die Bismarck zur einfacheren und strafferen Führung der Geschäfte als besonders geeignet und als Ideal auch für die konstitutionellen Monarchien der Einzelstaaten ansah. Und diese neue Ordnung fand unter anderem auch darin ihren Ausdruck, daß der neue Oberminister, der Reichskanzler, sich jetzt in der Reichskanzlei ein neues Zentralbureau, wesentlich zum Verkehr mit den ihm untergeordneten Ämtern, den Unterministerien, schuf.

Mit alledem war eine Reichsregierung geschaffen, deren Wirkungsfähigkeit und Bildsamkeit sich seitdem als fast unbegrenzt erwiesen hat. Und alsbald griff sie energisch in die Entwicklung auch der Reichsgesetzgebung ein. Denn wer sollte jetzt noch den Reichshaushalt vorbereiten, wer Konsulatsgesetzentwürfe und dergleichen oder auch Marinevorlagen, wer Postgesetze und Verwandtes bearbeiten, wenn

nicht die entsprechenden, unter dem Kanzler stehenden Reichsressorts? Andere Behörden, auch preußische, hätten das nicht mehr gekonnt. So wurden Vorlagen dieser Art auf dem angegebenen Wege fertiggestellt und dann als kaiserliche Anträge beim Bundesrat eingebracht.

Hatte aber der Kaiser von Anbeginn ein Recht zu solchen Anträgen? Keineswegs! Im Bundesrat gab es von Verfassungswegen nur Anträge der Bundesmitglieder, also z. B. des Königs von Sachsen oder des Großherzogs von Baden — und so auch des Königs von Preußen, nicht aber des Kaisers. Indem jetzt kaiserliche Anträge gleichwohl kamen, und bald zahlreich genug, wuchs dem Kaiser eine neue Gewalt zu im Bereiche des Bundesrates, erschien er gleichsam neben dem König von Preußen und überhöhte diesen. Es war ein Moment, dessen Auftreten gegenüber der staatenbundlichen Verfassung des Norddeutschen Bundes, wie sie ursprünglich geplant gewesen war, die bundesstaatliche Entwicklung in einer Weise betonte, daß es sie gleichsam abschloß: jetzt stand das Reich in seiner Mitwirkung an der Gesetzgebung selbständig da, als ein für sich lebendes Staatswesen; nichts fehlte ihm gleichsam mehr zu einer vollen staatlichen Persönlichkeit. Und als solche steht jetzt das Reich den älteren wie erst recht den jüngeren Söhnen der Nation unzweifelhaft vor Augen. Verdankt wird diese Tatsache zu einem großen Teile gewiß dem stillen, aber machtvollen Wirken grundlegender und tiefster Tatsachen der Entwicklung, vor allem dem Verlauf sowohl der ideologisch-politisch-doktrinären Bestrebungen des alten Liberalismus wie namentlich der sozialen und ökonomischen Kräfte des jüngsten Wirtschaftslebens. Aber auch die Verdienste der Verfassung an sich seien nicht vergessen. Trotz alles partikularen und föderativen Anscheines trug sie doch in der Konstruktion des Reichstages und seines Wahlrechtes ein gewaltiges unitarisches Element in sich, das, soweit es sich frisches Leben erhält,

immerdar im Sinne der zentralistischen Fortbildung der Reichsverfassung wirken muß.

Ist nun aber die unitarische Entwicklung, deren Anbahnung und rasches Anschwellen in den ersten Jahrzehnten des neuen Reiches wir kennen gelernt haben, mit diesen Zeiten schon abgeschlossen gewesen? Keineswegs: ungeschwächt dauert sie fort, und wir werden ihre jüngeren Entwicklungsstufen noch kennen lernen zu ihrer Zeit. Vor allem aber blieb ihr eine große Gelegenheit der Aus- und Durchbildung noch offen auf einem Gebiete, das die Erzählung bisher kaum gestreift hat, auf dem Gebiete der Finanzen.

3. Der Norddeutsche Bund würde, so, wie seine Verfassung zunächst geplant war, eines eigenen ausgebildeten Finanzwesens gar nicht bedurft haben. Gewiß hatte der Bund von vornherein bestimmte Einnahmen: aus Zöllen, Verbrauchssteuern, Postüberschüssen. Aber diese sollten nach dem Verfassungsentwurf nur für ganz bestimmte Zwecke in Anspruch genommen werden: für das Kriegs-, See- und Konsulatwesen. Von den Kosten eines auswärtigen Dienstes dagegen, von Kosten ferner einer inneren Verwaltung, etwa auch nur eines Bundeskanzleramtes, war nicht die Rede; soweit in dieser Hinsicht finanzielle Verpflichtungen aufliefen, war in Aussicht genommen, daß Preußen als führende Macht sie allein trüge. Ergab sich dabei in den Bundeseinnahmen gegenüber den Ausgaben ein Mehr, so sollte das unter die Einzelstaaten zur Verteilung gelangen; war ein Minder da, so hatten die Einzelstaaten nach Verhältnis zuzuschießen. Dies war das ursprünglich beabsichtigte System, — ganz entsprechend dem staatenbundlichen Charakter der Verfassung unter preußischer Vorherrschaft: an Bundesschulden dachte der Entwurf nicht; von einem eigentlichen Bundesbudgetrecht, von einer Bundesfinanzverwaltung war nicht die Rede; ja in dem Verfassungsentwurf war überhaupt kein Abschnitt über die Finanzen vorhanden.

Aber nun trat diesem Entwurf die Volksvertretung zur Vereinbarung einer definitiven Form der Verfassung gegenüber. Aus dem elementaren Bestreben jedes Parlamentes heraus, zu wissen, „war daz gelt komen si“, wie man sich schon im Mittelalter ausdrückte, wünschte sie klare Einsicht in Einnahme und Verbrauch und setzte durch, daß ein Jahreshaushalt mit allen Einnahmen und Ausgaben aufgestellt werde, denen sie gesetzlich zuzustimmen habe. Sie wollte auch nichts von der Verteilung etwaiger Überschüsse wissen: die seien vielmehr zur Deckung künftiger Ausgaben zu verwenden. Nicht minder erblickte sie in Matrikularbeiträgen, die bei Fehlabschlüssen etwa zu erheben wären, nur einen Notbehelf; statt dessen müsse ein Bundessteuersystem eingerichtet werden; auch müsse der Bund befugt sein, Anleihen aufzunehmen. Endlich wollte sie jährliche Abrechnung vor dem Bundesrat und Entlastung durch diesen. Mit einem Worte: sie führte, ohne daß sich der Bundesrat dem widersetzen konnte, eine volle Finanzverwaltung ein und stellte in Aussicht, daß der Bund statt der Matrikularbeiträge ausreichende eigene Einnahmen erhalten sollte. Ein verlockendes Programm! Wurde es in genügender Weise verwirklicht, ja wurden im Bunde gar Überschüsse aus eigenen Steuern erzielt, so stand der Bund offenbar finanziell über den Einzelstaaten, und diese waren bei ihm „Kostgänger“, er selbst ihr „freigebiger Versorger“.

Und war nicht, nach allen Erfahrungen der deutschen Geschichte, das Reich wirklich erst dann völlig in seinem Dasein und seiner Selbständigkeit gesichert, wenn es sich auf eine eigene und reichliche finanzielle Ausstattung stützen konnte? Nur zu deutlich sprachen gerade hier die Lehren der Vergangenheit. Das blühende Gemeinwesen der deutschen Kaiserzeit ist wesentlich an jenem Verfall seiner anfangs glänzenden Ausstattung mit naturalwirtschaftlichen Finanzen zugrunde gegangen, der unter den letzten Staufern in so beschämender Weise zutage trat. Die Reichsreformen, die seit der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts über die Dauer

fast eines Jahrhunderts hinweg angestrebt wurden, sind vornehmlich daran gescheitert, daß es nicht gelang, das Reich finanziell selbständig zu machen. Und auch später hat sich die Wichtigkeit der finanziellen Fragen immer wieder aufgedrängt; und im 19. Jahrhundert hat es schon die Verfassung des Frankfurter Parlamentes vermieden, die Finanzbedürfnisse des Reiches auf bloße Matrikularumlagen anzuweisen: das heiße das Reich den Gliedstaaten auf Gnade und Ungnade ausliefern. Wie Bismarck später einmal diese schon früh gewonnenen Erfahrungen formuliert hat: aus einem Reiche, das in der Hauptsache auf Matrikularbeiträge begründet sei, werde den Einzelstaaten „die Freizügigkeit außerordentlich erleichtert. Man würde seine Sachen beim Auszuge sehr bald mitnehmen können".

So war es, nachdem einmal erst der Gedanke eines vollen Finanzwesens des Norddeutschen Bundes gefaßt war und sich dann in der zunehmenden Entwicklung der Jahre 1867 bis 1870 immer mehr von selbst aufgedrängt hatte, des leitenden Ministers steigende Sorge, dem Bunde ein eigenes Einkommen zu sichern: und niemals hat er, bis zum Ende seiner Laufbahn, die außerordentliche Wichtigkeit der hier vorliegenden Probleme verkannt und außer acht gelassen.

Aber wie schwer waren sie doch lösbar, machte man nun wirklich mit ihnen Ernst gegenüber der Volksvertretung! Vor allem bedurfte es da der eigenen Klarheit, wollte man vorwärtskommen. Nun war es auch in dieser Hinsicht eine Erfahrung, die sich bereits in den Zeiten primitiver Ausbildung selbständiger Territorien im alten Reiche herausgebildet hatte, daß dem Reiche im allgemeinen die indirekten, den Territorien dagegen mehr die direkten Steuern zu überlassen sein würden; von diesem Gesichtspunkte her hat schon Nikolaus von Kues in seiner Concordantia catholica um 1430 die Ausbildung von Reichszöllen gefordert. Und diese Erfahrung war eigentlich nie verloren gegangen; so wurde z. B. 1848 das Reich sofort als einheitliches Zoll- und Handelsgebiet gedacht und ihm die Gesetzgebung über das

gesamte Zollwesen sowie über die gemeinschaftlichen Produktions- und Verbrauchssteuern zugewiesen, während die Erhebung der Zölle und dieser Steuern den Einzelstaaten verblieb.

Nach der Gründung des Norddeutschen Bundes und in einem Augenblick, in dem, gegen Ende der siebziger Jahre, der preußische Staatshaushalt stark litt und darum die Matrikularbeiträge für den Bund nur mit Schwierigkeiten aufbringen konnte, verquickten sich nun diese allgemeinen Erfahrungen mit den Anschauungen des leitenden Ministers. Bismarck war damals, wie die gesamte konservative Partei, noch freihändlerisch gesinnt; noch waren die Zeiten übermächtigen agrarischen Wettbewerbs des Auslandes nicht völlig hereingebrochen[1]. Und so vermochte er sich denn damals noch eine steuerliche Beihilfe aus den Zöllen nur in der Form reiner Finanzzölle, die nicht zugleich Schutzzölle seien, zu denken. Diese aber wünschte er ganz allgemein entwickelt, doch nicht unter Heranziehung der ersten Lebensbedürfnisse, wie des Brotes, Fleisches usw., sondern vielmehr und vornehmlich der volkstümlichen Genußmittel, des Branntweins, Bieres, Weines, Tabaks u. dgl. In derselben Richtung seien dann die Zölle zugleich durch innere Verbrauchssteuern zu ergänzen. Der direkten Besteuerung war Bismarck dabei durchaus abgünstig: sie sei nur ein plumper Notbehelf; sie müsse auf eine bloße Anstands- und Ehrensteuer reduziert werden; sie solle nur die „reichen" Leute mit einem Einkommen von etwa über 2000 Taler treffen. Waren dies die allgemeinen finanzpolitischen Anschauungen Bismarcks, so begreift man, wie schwer es ihm wurde, klar zu jenen alten Erfahrungen Stellung zu nehmen, wonach dem Reiche mehr die indirekten, den Einzelstaaten die direkten Steuern zufallen sollten. Doch wurde diese Schwierigkeit dadurch einigermaßen ausgeglichen, daß der Fürst sich einstweilen vornehmlich der Bundesfinanzen annahm: auf

[1] Vgl. dazu Band I S. 369 ff.

welchem Gebiete er sich denn mit seinem allgemeinen Ideal fast nur indirekter Besteuerung doch auf der Linie früherer allgemeiner Lösungsversuche bewegte.

Freilich: mit seinen ersten positiven Anregungen hatte er wenig Glück. Eine Finanzvorlage des Frühjahrs 1869, die vor allem Erhöhungen des Zolles auf Petroleum und der Branntwein- und Biersteuer, sowie eine Börsensteuer vorschlug, blieb so gut wie ohne Erfolg; nicht minder galt das von erneuten Versuchen der Jahre 1872 und 1875: fast nichts als eine sehr mäßige Erhöhung der Brausteuer und die Einführung des Wechselstempels war das Ergebnis. Es zeigte sich, wie schwer es war, einem Reichstage des allgemeinen Stimmrechts gerade die Besteuerung von Massenartikeln abzuringen; die konservative Partei wäre in dieser Richtung noch am ehesten zu gewinnen gewesen, aber nicht sie war damals parteipolitische Trägerin der Reichspolitik; und die Liberalen, in dieser Zeit des Kulturkampfes und der großen wirtschaftlichen Gesetzgebung durchaus am Ruder, erkannten wohl die Notwendigkeit der finanziellen Sicherstellung des Reiches, versagten sich aber der Bismarckschen Lösung — zum nicht geringen Teile aus Furcht vor den Wählern. Die Finanzpolitik des Reiches erschien somit festgefahren, sie schien im Begriffe, zu scheitern.

Da kam Hilfe von einer Seite her, die sich schon mit dem bisherigen Programm des Kanzlers eng verquickt gezeigt hatte: von der Handelspolitik. Die freihändlerische Anschauung der sechziger und frühen siebziger Jahre hatte nur reine Finanzzölle zugelassen: wie, wenn jetzt der Wind umschlug und schutzzöllnerische Neigungen auftraten? Ergab sich da nicht die Möglichkeit einer Verquickung von Schutz- und Finanzzöllen, und konnte nicht eine schutzzöllnerische Reichstagsmehrheit zugleich für Finanzzölle eingespannt werden, ja der Erreichung der von ihr begehrten Schutzzölle unter Bedingungen zugeführt werden, durch deren Annahme zugleich das Problem einer genügenden finanziellen Ausstattung des Reiches gelöst wurde?

Die zweite Hälfte der siebziger Jahre brachte diese Wendung. Die Tatsache steht fest, während freilich die Einzelheiten, in denen sie sich vollzog, noch vielfacher Klärung bedürfen. Namentlich der Anteil, den der Fürst damals selbst an der Entwicklung schutzzöllnerischer Gedanken genommen hat, ist noch keineswegs sicher abgegrenzt.

Die Jahre 1867 bis 1876 waren die Zeiten der großen liberalen Gesetzgebung in wirtschaftlichen Dingen gewesen: die Zeiten einer vollen Emanzipation der freien Unternehmung. Und ihrem innersten Prinzipe, dem Grundsatze freien Wettbewerbes, schien zugleich eine immer stärker herausgekehrte Bewegung im Sinne des Freihandels zu entsprechen: Schutzzoll auf Schutzzoll fiel aus dem alten, gemäßigten System des Zollvereinstarifes; im Jahre 1873 wurde eine Tarifnovelle angenommen, die sogar die Aufhebung der alten Eisenschutzzölle zum 1. Januar 1877 verkündete.

Allein inzwischen änderte sich die Lage der deutschen Volkswirtschaft. Über die Industrie zog nach dem Gründerkarneval der Jahre 1871 und 1872 der Krach des Jahres 1873 hin; und ganz im allgemeinen zeigte sich, daß die jüngst so überaus lebendig entfesselten Kräfte des deutschen Unternehmertums dem Auslande ohne staatlichen Schutz noch nicht gewachsen waren. Die Landwirte aber, die bis dahin mit Nutzen exportiert hatten und darum dem Freihandel geneigt gewesen waren, lernten jetzt eben die ersten Einwirkungen eines überlegenen auswärtigen Wettbewerbes kennen, gegen den andere Mittel als die des Schutzzolles kaum zur Verfügung zu stehen schienen. So zogen denn bei den erwerbstätigen Klassen schutzzöllnerische Neigungen ein, die sich schließlich zu der Forderung eines vollen Systemwechsels in der Zollpolitik verdichteten.

Noch ehe diese Bewegung recht in Gang kam, nahm im April 1876 Delbrück, der Präsident des Bundeskanzleramtes, seit mehr als einem Jahrzehnt der Leiter der preußisch-deutschen Handelspolitik, seinen Abschied. Maßvoll und

zurückhaltend, galt er doch den politischen Kreisen als mit dem bisher verfolgten System des Freihandels identisch; sein Rücktritt wurde daher als der Vorbote einer Systemänderung behandelt. War aber diese damals vom Fürsten Bismarck wirklich schon beabsichtigt? Die Regierungsmaßregeln der Jahre 1876 und 1877 geben darauf keine durchaus sichere Antwort.

Was der Fürst zunächst und unbedingt zu fördern suchte, das waren die Reichsfinanzen. Aber anfangs mit gleichem Mißerfolge wie bisher. Im März 1877 war er darum in seinen Erwartungen einer besseren Zukunft so enttäuscht, daß er den Kampf einstweilen aufgab: möge, so erklärte er bitter, man den Mehrbedarf des Reiches zunächst durch Erhöhung der Matrikularbeiträge decken; ja, wenn nichts anderes übrig bleibe, so könne man ja die Reichseisenbahnen unter den Hammer bringen und die Domänen der Partikularstaaten versilbern, kurz, „das ganze Nationalvermögen aufbrauchen, wie ein Verschwender, der vom Kapital lebt". Aber konnte er trotzdem von seinen Plänen lassen? Ende 1877 verhandelte er schon wieder mit dem Führer der Nationalliberalen, von Bennigsen, wegen seines Eintritts in das preußische Ministerium als Minister des Innern oder Finanzminister: durch engere Verkettung mit den liberalen Parteien hoffte er schließlich dennoch vorwärtszukommen. Als aber v. Bennigsen diese Verbindung im Sinne der Berufung fast eines vollen liberalen Parteiministeriums auffaßte und den gleichzeitigen Eintritt v. Stauffenbergs und v. Forckenbecks von der mehr linksliberalen Seite forderte, da fand der Fürst den Preis denn doch zu hoch; und niemals wohl würde sich Kaiser Wilhelm auf eine solche Wendung eingelassen haben. Daher versuchte der Kanzler es nochmals mit einem neuen Steuerbukett alten Typs, einem Bukett von Verbrauchs- und Erwerbssteuern, das dann der Minister Camphausen dem Reichstage in den ersten Monaten des Jahres 1878 zu präsentieren hatte. Wiederum vergebens! Nur der Stempel auf Spielkarten

wurde angenommen. Camphausen aber, vom nervösen Fürsten vor offenem Reichstage wenig glimpflich behandelt, nahm seinen Abschied. Und kaum daß es seinem Nachfolger Hobrecht gelang, wenigstens die Bundesstaaten für einen Teil der Finanzpläne des Kanzlers zu gewinnen, — nicht aber für das Tabakmonopol, das unter diesen fast eine zentrale Stellung einnahm.

In dieser halb verzweifelten Lage half endlich der Umschwung der Parteien in ihrer Stellung zum Schutzzoll vorwärts, wie er durch hervorstechende, freilich traurige Ereignisse, die Attentate auf Kaiser Wilhelm, besonders rasch auch verfassungsmäßig zum Ausdruck kam. Das zweite dieser Attentate, vom 2. Mai 1878, hatte eine Reichstagsauflösung zur Folge, nachdem der sitzende Reichstag nach dem ersten Mordanschlag die Vorlage eines Sozialistengesetzes abgelehnt hatte. Blitzschnell, so erzählt v. Tiedemann, kombinierte der Fürst, der sich in Friedrichsruh befand, die Folgen, die dieses zweite Attentat für den Gang der inneren Politik haben müsse, nachdem er die erste Nachricht von ihm mit den Worten „jetzt lösen wir den Reichstag auf" aufgenommen hatte. Und erst nach diesem Kalkül fand er teilnehmende Worte für den Kaiser und Zeit, sich nach den Einzelheiten des traurigen Ereignisses zu erkundigen. Schon einen Tag nach dem Attentate wurde der Reichstag dann in der Tat aufgelöst.

Die Wahlprogramme, die nunmehr erschienen, bezeichneten einen für die ganze Reichspolitik denkwürdigen Umschwung. Zentrum und Konservative forderten in ihnen, daß das bisher geltende System einseitiger Freihandelspolitik aufgegeben werde; der Zolltarif sei neuzugestalten und, wie sich das Zentrum ausdrückte, zu regeln „nach dem Maße der zunehmenden Kräftigung der deutschen Gewerbstätigkeit und des vertragsmäßigen Entgegenkommens der Nachbarstaaten". Es war der Übergang zum Schutzzollsystem. Und nachdem man sich im Sommer so geäußert hatte, traten nach der Reichstagswahl, die im Juli stattfand, Mitte Oktober

204 Mitglieder des neuen Reichstages in Berlin zu einer freien „Volkswirtschaftlichen Vereinigung" zusammen. Das Programm dieser Vereinigung war allgemein genug gehalten; da hieß es, „die schwierigen Fragen der deutschen Handelspolitik könnten nicht lediglich nach den Schlagwörtern von Freihandel und Schutzzoll gelöst werden; es komme vielmehr entscheidend darauf an, die wirklichen und vermeintlichen Gegensätze der Interessen mit Sachkenntnis, Umsicht und Vaterlandsliebe auszugleichen". Aber trotz dieser vage gewählten Worte war klar, daß die Vereinigung zu einem schutzzöllnerischen Programm überzugehen bereit sein würde, sobald es ihr vorgelegt werde. Und sie umschloß die Mehrheit der Mitglieder des Reichstages! In ihr befanden sich 87 Mitglieder des Zentrums, 36 Alt- und 37 Freikonservative, — dagegen nur 27 Nationalliberale und Angehörige kleiner Fraktionen! Hatten schon die Reichstagswahlen unter dem Einflusse der Attentate einen starken Umschwung zu konservativen Neigungen gebracht; hatte das Abflauen des Kulturkampfes in den Zeiten der Thronbesteigung des neuen Papstes Leo XIII. eine Verstärkung des Klerikalismus zur Folge gehabt; waren demgemäß die konservativen Abgeordneten von 78 auf 116 gewachsen und das Zentrum mindestens in gleicher Anzahl der Abgeordneten wie früher zurückgekehrt, während die Liberalen von 176 auf 135 herabsanken: jetzt, in der Zusammensetzung der Volkswirtschaftlichen Vereinigung, zeigte sich unverhüllt zum ersten Male, daß eine erfolgreiche Reichspolitik nicht mehr unter dem maßgebenden Einfluß der liberalen, sondern der klerikalen und konservativen Parteien stehen werde.

Wie war es nun aber eigentlich und innerlich zu diesem Umschwung gekommen? Er ist zunächst der Ausdruck eines raschen Zeitverständnisses beim Zentrum und einer weniger geschmeidigen Erfassung des Augenblickes bei den Liberalen. Der Klerikalismus hat an und für sich zu den wirtschaftlichen Zuständen, um deren Beurteilung es sich hier an erster Stelle handelte, nur das Verhältnis christlicher

Charitas. Im übrigen berühren sie sein eigentliches Programm nicht. Um so eher ist er in der Lage, zu wirtschaftlichen Fragen rasch Stellung zu nehmen; in nur geringem Maße und an der Peripherie seiner Empfindungen hat er sich in solchen Fällen unter Umständen umzudenken. Anders, wenigstens im vorliegenden Momente, die Liberalen. Für sie war der Freihandel nach der Art des Doktrinarismus, der sich in den fünfziger und sechziger Jahren unter ihnen entwickelt hatte, ein Hauptbestandteil des eigentlichen Programms. Freilich: diejenigen ihrer Vertreter, die unmittelbar dem praktischen Leben angehörten, und zwar zumeist an entscheidender moderner Stelle, als Großunternehmer, hatten das wirtschaftliche Umdenken, durch die Macht der Umstände gezwungen, gleichwohl schon vollzogen: sie traten daher jetzt zumeist schon für den Schutzzoll ein. Und sie zogen auch einen Teil der Partei mit zu sich herüber; eben in diesem Vorgang vollzog sich jene Sozialisierung des Liberalismus, von der früher gesprochen wurde[1]. Ein anderer Teil der Partei aber machte diesen Schritt nicht mit: er verharrte auf den alten parteidoktrinären Grundlagen. Und so kam es nicht bloß zu einer Verringerung der Geltung der gesamten Partei, sondern zugleich auch zu einem inneren Bruch, aus dem bald die neue Parteibildung der Sezession mit ihren Folgeerscheinungen hervorging. Dabei haben in allen diesen Vorgängen gewiß auch noch andere als die bisher erwähnten Motive mitgewirkt, aber doch nur sekundär: das wirtschaftlich-soziale war das Hauptmotiv und darum das geschichtliche. Denn wann und unter welchen Umständen wäre es dem Historiker je vergönnt, die Motive selbst der einfachsten Handlung auch nur in ihren vornehmsten Zusammenhängen und Formen erschöpfend klarzulegen? Wie in anderen Fällen so muß er sich auch hier mit der Hervorhebung dessen begnügen, was wichtig war und folgenreich geworden ist.

[1] S. oben S. 178 ff.

Am eigenartigsten aber war die Wandlung in der Stellung der konservativen Partei. Die Konservativen verband mit dem Fürsten Bismarck derselbe Ursprung, die gleiche Lebenshaltung, die Gemeinschaft aller Grundanschauungen und eine politische Kameradschaft, die mehr als zwei Jahrzehnte ungetrübten Zusammenseins umfaßt hatte. Dann, nach den Erinnerungen des Fürsten schon während des Krieges von 1866, war eine Trübung der gegenseitigen Beziehungen eingetreten, für die neben manchem persönlichen Moment doch sehr allgemeine Wandlungen von Ansichten und Schicksalen den Ausschlag gaben. Der Fürst hatte die Bundes- und Reichspolitik zu führen: sie konnte nicht anders als deutsch und, nach Lage der sozialen wie politischen Entwicklung, liberal sein. Die Konservativen verabscheuten das Reich noch auf lange Zeit; sie waren Preußen und Partikularisten. Und die gegenseitige Entfremdung wuchs zum Haß, als das konservative Junkertum nach der Reichsgründung seinen Abneigungen den praktischen Ausdruck gab, den es für seine Antipathien stets in stärkster Form zu finden weiß: als die Jahre der Begünstigung des Grafen Arnim, in dem man den für Bismarck notwendigen Ersatzmann gefunden wähnte, als gar die Zeiten der Reichsglocke und der Kreuzzeitungsdeklaranten herankamen. Und wieder einmal zeigte es sich, daß Freundesfeindschaft und Verwandtenhaß schlimmste Feindschaft und ärgster Haß sind: wie weit waren doch die Feindseligkeiten der Fortschrittspartei in der Konfliktszeit hinter den Gemeinheiten zurückgeblieben, die der Fürst jetzt von seinen alten Freunden zu erdulden hatte! Gleichwohl sind die Jahre ärgsten Zwistes auch schon die Zeiten wieder beginnender Annäherung gewesen. Durch beiderseitige Frontänderung. Der Fürst ward es um die Mitte der siebziger Jahre müde, den doktrinären Reden eines Lasker zuzuhören. Er wünschte sich überhaupt des Joches der Liberalen, die ihm im innersten Herzen doch widerstanden, ledig. Und ging nicht die Bundesgenossenschaft mit ihnen um so eher

ihrer Auflösung entgegen, je mehr das liberale Programm verwirklicht wurde? War es aber durchgeführt — und gewiß hatte der Ausbau des Reiches mit ihm beginnen müssen —, so bedurfte es zu seiner Verbesserung der Tätigkeit der Konservativen. Die konservative Partei anderseits sah mit dem praktischen Blicke, der sie zumeist ausgezeichnet hat, daß das Reich nun einmal bestand: und sie war klug genug, sich dem zu fügen. So wuchs sie langsam ins Reich hinein; ihr „naturwissenschaftliches Vorkommen" ergab sich denn doch nicht allein als auf den preußischen Nordosten begrenzt; auch in einigen anderen Bundesländern, in Sachsen z. B., begann sie Fuß zu fassen; sie begann eine deutsche Partei zu werden und mußte als solche, wenn nicht Frieden, so doch ein Verhältnis suchen zum Kanzler. Und wie, wenn dieser jetzt ihre neuen, schutzzöllnerischen Neigungen teilte? Wenn der konservative Zug im Lande, dem er in den Reichstagswahlen nach den Attentaten Luft gemacht hatte, anhielt? Wenn im Verein mit dem Zentrum eine Mehrheit im Reichstage zu bilden war? Zeiten einer großen positiv-konservativen Tätigkeit schienen sich zu eröffnen: und naturgemäß führten sie konservative Partei und Kanzler zusammen.

Im ganzen aber eröffneten diese Umwälzungen den lehrreichsten Einblick in das Leben und Wesen der deutschen Parteien.

Gewiß liegt es im Wesen jeder Partei, daß sie ihren Einfluß auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens möglichst zu steigern sucht, und daß sie deshalb gegenüber einer neu auftauchenden Frage nicht bloß untersucht, was sie an sich bedeute, auch nicht bloß, wie sie sich etwa zu den bestehenden Parteiüberzeugungen und Weltanschauungsmomenten verhalte, sondern auch — und oft noch viel mehr —, wie sie sich ausnützen lasse zur Steigerung der Parteimacht. Dennoch darf man es aussprechen, daß auf deutschem Boden diese Art zu verfahren, abgesehen vom Zentrum, besonders den Konservativen eignet. Und glänzend haben sie sie in dem

Verhältnis zum Fürsten Bismarck und im weiteren Sinne im Verhältnis zum Reiche bewährt. Selbst so unsympathische Dinge, wie ihnen ein reines Reichsdeutschtum war, haben sie in eine Formel zu bringen gewußt, die ihnen nützte und nützt; und die Finanzpolitik des Fürsten hat ihnen dazu dienen müssen, ein neues und nun dauerndes Verhältnis zu ihm anzubahnen, trotz aller widerwärtigen Erinnerungen an den Hader einer wenig zurückliegenden Vergangenheit.

Aber nicht minder liegt es im Wesen jeder Partei, daß sie nur in Ausnahmefällen längere Zeit auf großer geistiger und moralischer Höhe zu halten sein wird. Schließlich werden sich in ihr, zumal wenn sie herrscht und dementsprechend bei großer Mitgliederzahl Masse ist, Durchschnittsauffassungen und Durchschnittsinstinkte festsetzen. Dabei wird sich leicht ein Stich ins Volkstümlich-Radikale einstellen; denn in einfachen Gedankenprägungen finden sich schließlich Volksvertreter verschiedener Herkunft und verschiedener Berufe noch am ehesten zusammen. Es war das Schicksal der liberalen Parteien im neuen Reiche. Ihr Programm wurde selbstverständlich. Aber das Selbstverständliche fördert nicht mehr. Es bedurfte zum Bestehen und weiteren Erblühen des Reiches neuer Anregungen, deren sich die Liberalen, nach Stimmungs- wie Gedankenkreis fest gefahren, nicht mehr fähig erweisen sollten.

Die merkwürdigste Stellung nahm bei alledem das Zentrum ein. Seinem Programme nach teilweis nicht von dieser Welt, ließ es sich um so eher in dieser Welt nicht nach Prinzipien, sondern nach Machtinstinkten leiten: war es gleichsam prädestiniert für eine diplomatische Führung. Mußte ihm aber eine solche Führung, wenn sie geschickt war, nicht in den Wirtschafts- und das heißt materiellen Machtkämpfen, die nunmehr elementar genug ausbrachen, binnen kurzem die Hegemonie sichern? Parlamentarische Hegemonie aber heißt in einem Reiche allgemeinen Stimmrechts bis zu einem gewissen Grade innere Herrschaft.

Innere Herrschaft aber mußte am Ende Interesse am Reiche, mußte unitarische Haltung hervorrufen.

4. Fürst Bismarck hatte sich durch die wiederholten Mißerfolge in der Regelung der Finanzen, durch eine gewisse allgemeine Verdrossenheit infolge Mißgeschicks in der Leitung der Liberalen und in der Durchführung des Kulturkampfes, und nicht minder wohl auch durch die immer hitzigere Opposition der Konservativen und die Zunahme höfischer Intrigen im Frühjahr 1877 veranlaßt gesehen, seinen Abschied einzureichen. Und als der Kaiser diesen nicht annahm, hatte er einen zehnmonatigen Urlaub erhalten und, April 1877 bis Mitte Februar 1878, zu Varzin verbracht. Es war eine Zeit nicht so sehr der Erholung wie des systematischen Durchdenkens der dem Blicke etwas fernertretenden Zustände des Reiches, die Zeit wohl auch eines gewissen Abschlusses sozialpolitischer und volkswirtschaftlicher Anschauungen.

Mag nun diese Auffassung richtig sein oder nicht: jedenfalls kam jetzt der Augenblick, da der Kanzler fand, daß die entschiedenere Freihandelspolitik seit 1861 und 1865 die deutsche Volkswirtschaft, und zwar den Ackerbau ebenso wie die Industrie, zu einer Schwindsucht verurteilt habe, deren Fortschritt nur durch den Milliardensegen verdeckt worden sei. Dagegen sehe man die östlichen Nachbarn, Rußland und Österreich, unter einem Schutze von starken Zöllen trefflich gedeihen. Richtete aber der Kanzler seinen Blick nach Westen, so sah er da an erster Stelle ein Land, das seit Februar 1877 seine Schutzzölle ebenfalls erhöht hatte, und dem ein wohlausgebautes System von indirekten Steuern mit einem fetten Tabaksmonopol ungeheure Mittel fast beschwerdelos zur Verfügung zu stellen schien. Und schaute er über Frankreich hinweg nach England, so ward ihm hier als vollendeter volkswirtschaftlicher Eindruck die Überzeugung, daß die deutsche Industrie dem englischen Wettbewerb ohne starke Schutzzollhilfe mindestens einstweilen nicht gewachsen

sei. Und so meinte er denn im ganzen, dem Reiche und der Nation allein mit einem System, in dem sich indirekte Steuern, vor allem das Tabaksmonopol, und Schutzzölle mit Finanzzöllen verbänden, genügend nützen zu können.

Völlige Klarheit über diese Dinge hatte der Fürst jedenfalls zu der Zeit der Gründung der freien „Volkswirtschaftlichen Vereinigung“ erreicht, wie seine Denkschrift über die berührten Fragen vom 25. Dezember 1878 beweist. Denn stellte er in ihr durchaus das finanzielle Bedürfnis in den Vordergrund, was nicht minder seinem ursprünglichen Ausgangspunkte entsprach wie dem Bedürfnis, die verbündeten Regierungen, die unter den Matrikularbeiträgen litten, für seine Anschauungen zu gewinnen, so reichte doch das Ganze der vorgetragenen Gedanken viel weiter. Die Absicht ging jetzt dahin, vor allem der nationalen Wirtschaft den nationalen Markt zu wahren. Ausgeschlossen sollte also mindestens werden, daß innerhalb des Reiches ausländische Ware billiger gekauft werden könnte als heimische gleicher Güte. Um dies zu erreichen, hielt der Fürst Maßregeln sowohl der Eisenbahnpolitik wie der Zollpolitik für notwendig. Den Bahnen als den großen Zufuhrlinien des internationalen Verkehrs sollte es nicht gestattet sein, ausländischen Gütern durch Gewährung von Vorzugstarifen billigere Transportpreise zuzusichern als deutschen. Und die Zollpolitik sollte grundsätzlich von der Zollpflichtigkeit jeder über die Grenze gelangenden Ware ausgehen, und von dieser nur diejenigen Rohprodukte ausnehmen, die innerhalb der Grenzen nicht erzeugungsfähig, doch aber der Industrie notwendig wären, — im übrigen aber auf alle anderen Eingänge Zölle mindestens in solcher Höhe legen, daß die inländische Ware mit der ausländischen in Wettbewerb treten könne. Waren dies die Gesichtspunkte einer neuen Handelspolitik, so waren sie doch für den Fürsten wohl von vornherein und sicher später unumstößlich mit solchen der Finanzpolitik verknüpft. Auf diesem Gebiete mußte zunächst mit Bedauern festgestellt werden, daß die Matrikularumlagen der Bundesstaaten

immer mehr und fast ins unerträgliche gestiegen waren: von 1873 bis 1877 von 59, 51, 57,1, 55,8 auf 64,2 und 1878 gar auf 70 Millionen. Und abgesehen von ihrer Höhe bewirkte schon das Schwanken dieser Umlagen etwas wie finanzielle Anarchie in den Budgets der Einzelstaaten, und die Veranlagung nach der Kopfziffer, ohne Berücksichtigung des Durchschnittseinkommens, traf die einzelnen Staaten in hohem Grade ungleichmäßig, schuf also böse Härten. Das alles sollte nun anders werden: nicht nur sollte das Reich den Einzelstaaten nichts abfordern, vielmehr sollte es so ausgestattet werden, daß es ihnen noch eine gewisse Summe auszahlen könne. Hierfür seien 70 Millionen Mark neuer Steuern nötig; und diese seien aufzubringen durch Erweiterung des geplanten Schutzzollsystems zu einem Finanzzollsystem, das sich unter der neuen Schutzzollpolitik fast ohne weiteres ergeben werde, und durch Entwicklung weiterer indirekter innerer Steuern aus Stempeln, Belastung von Getränken (Wein, Bier, Alkohol) und Tabak, wobei sich für den Tabak das Monopol empfehle. Würde ein solches Reichsfinanzsystem durchgeführt, so wären dem Reiche damit zugleich die indirekten Steuern grundsätzlich überlassen, während den Einzelstaaten vornehmlich die Ausbildung der direkten Steuern zufallen werde.

Es war die Handels- und Zolltheorie einer neuen Ära, die der Fürst, wenn auch noch nicht in allen Teilen völlig ausgeführt, der Nation gegen Ende 1878 kundgab: ein System, das mit früheren Anschauungen des Fürsten zweifellos in vielfachem Widerspruch stand, vor allem da, wo sich der Gegensatz früher freihändlerischer, nunmehr schutzzöllnerischer Anschauungen geltend machte. Aber sind Schutzzoll und Freihandel nicht polare und noch dazu sehr labile Gegensätze, deren Ineinanderübergehen von allgemein volkswirtschaftlichen Umständen abhängt? Zudem — was den Fürsten wohl zumeist in Anspruch nahm —: nur der Übergang zum Schutzzoll schien dem Reiche endlich, endlich eine würdige finanzielle Ausstattung zu sichern.

Die Nation antwortete auf die Verkündigung des Programms mit einer Erregung, wie sie lange nicht erlebt worden war; und die Leidenschaften gingen um so höher, je mehr die vorgeschlagenen Maßregeln schon zu ihrem Verständnis angestrengten Denkens, zu ihrer Beurteilung aber gar eines ausgebildeten politischen Sinnes und großer Erfahrung bedurften, wie sie nicht jedermanns Sache sind. Und so hallte denn jede Bierbank wider von elementaren Lektionen in der Handelspolitik und in der Finanz; eifrig versuchte man sich bis zum Arbeiter und zum Kossaten hinunter wenigstens über die Begriffe Freihandel und Schutzzoll, direkte und indirekte Steuern zu verständigen. Es waren politische Lehrwochen für die Wähler des allgemeinen Stimmrechts ohnegleichen. Über all dies hinweg aber tobte ein wütender Preßkampf, innerhalb dessen Tausende und aber Tausende von aufgerührten wirtschaftlichen Interessen einen völligen Wirrwarr von Meinungsdifferenzen herbeiführten; und schließlich kam es zu einem wahren Hexensabbat von Petitionsstürmen, mit denen Warnende und Zustimmende alle entscheidenden Stellen überfielen, nicht zum letzten den Kanzler selbst.

Hierauf trat, in der ersten Hälfte Februar 1879, der Reichstag zusammen: er sollte wenigstens gewisse Teile des neuen Programms zu Gesetzen verdichten helfen.

Dabei scheiterte zunächst der eisenbahnpolitische Teil des Programmes. Wir haben schon im Verlaufe der zusammenhängenden Darstellung der Eisenbahnpolitik im Reiche[1] gesehen, wie der Fürst seine Pläne zur Regelung des Gütertarifwesens, für einen Reichseisenbahnrat und für ein Eisenbahnverwaltungsgericht des Reiches selbst schon dem Bundesrat vergebens vortrug. Es war vom Februar bis zum Mai 1879. Aber der Fürst konnte sich in diesem Punkte bald trösten. Im Herbste noch desselben Jahres gelang es ihm, im preußischen Landtage die ersten, ent-

[1] S. oben S. 282.

scheidenden Schritte zum preußischen Staatsbahnsystem zu tun; und er durfte hoffen, daß seine tarifpolitischen Anschauungen nunmehr dereinst, wenn nicht mehr vom Reiche, so doch durch sanften Zwang Preußens gegenüber den Einzelstaaten verwirklicht werden würden.

Weniger gekreuzt wurden die zollpolitischen Pläne des Fürsten, soweit zunächst und an erster Stelle die partikularen Bedenken der Bundesstaaten in Betracht kamen.

Der Weg zu einer neuen Zollgesetzgebung stand hier praktisch dadurch zur Verfügung, daß der Abschluß neuer Zollverhandlungen mit Österreich an Stelle des abgelaufenen Zollvertrags vom März 1868 von 1877 ab offengehalten worden war. Weiterhin hatte der Bundesrat im November 1878 auf Betreiben des Fürsten eine besondere Kommission für die Zollreform eingesetzt, der einstweilen freilich nur die Frage der Schutzzölle, nicht auch der Finanzzölle überwiesen worden war. Aber später, Ende Februar 1879, veranlaßte der Fürst, daß ihr auch die Vorberatung der reinen Finanzzollartikel (Petroleum, Kaffee, Tee, Südfrüchte usw.) zufiel: so daß nunmehr die erstrebte Verquickung von Schutz- und Finanzzollfrage möglich wurde. Die Kommission schloß ihre Arbeiten Ende März ab: das Ergebnis waren bedeutende Finanzzölle und ziemlich hohe Schutzzölle für die Industrie (Kohlen, Eisen, Kupfer); zugunsten der Landwirtschaft waren ganz neue Schutzzölle für Getreide, Vieh und Holz vorgesehen, für Roggen, Mais und Gerste mit 25 Pfennig, für Weizen, Hafer und Hülsenfrüchte mit 50 Pfennig vom Zentner. Und nun ergab es sich, daß der Bundesrat mit all diesen Forderungen durchaus einverstanden war; etwa Anfang April nahm er die Kommissionsvorschläge an und erweiterte sie auf Bismarcks Antrag noch dahin, daß Güter aus Staaten, die ihrerseits die deutsche Einfuhr ungünstig belasteten, mit den doppelten Zollsätzen zu belegen sein würden.

So kam nun die in eins zusammengefaßte Zoll- und Finanzreform vor den Reichstag. Und hier fand es sich,

daß zunächst die Konservativen infolge der agrarischen Zölle, so gering diese auch einstweilen waren, keine Bedenken hatten, für das Ganze zu stimmen: hatten sie doch auch in den Zeiten der Opposition den Finanzplänen des Fürsten noch immer am nächsten gestanden. Demnach bedurfte es nur noch der Zustimmung einer der anderen großen Parteien des Reichstages, und die Reform ward Gesetz.

Es war der letzte entscheidende Moment für die Zukunft des Liberalismus, vor allem des gemäßigten. Noch konnte er durch entschlossene und geschlossene Zustimmung seine bisher ausschlaggebende Stellung erhalten, trotz der früheren Ablehnung v. Bennigsens gegenüber verwandten Finanzplänen. Und ein solches Verhalten lag dem großen Teile der Nationalliberalen, der in sozialer Fühlung mit den schutzzöllnerisch gewordenen Kreisen der freien Unternehmung stand, nahe genug. Aber der radikale, doktrinäre Teil der Partei siegte. Lasker trat dem Fürsten Bismarck im Reichstage aufs schroffste entgegen, und innerhalb der Partei richteten seine Anhänger eine solche Verwirrung an, daß es dieser nicht mehr gelang, in der Öffentlichkeit des Reichstages einig aufzutreten. Wie konnten da erneute Verhandlungen v. Bennigsens mit Bismarck von Erfolg sein, in denen der nationalliberale Führer einen alten Wunsch der Partei, nämlich die Feststellung verfassungsmäßiger Garantien bei Annahme der Finanzreform, von neuem vortrug, da anderenfalls durch die dauernde Bewilligung einer so gewaltigen Menge neuer indirekter Reichseinnahmen, deren Einkommen der Regierung ein für allemal sicher sei, das verfassungsmäßige Budgetbewilligungsrecht des Reichstages tatsächlich beseitigt werde! Die Verhandlungen blieben ergebnislos.

Es war das Ende der großen Zeit liberaler Einflüsse. Bald folgte auch die äußerliche Zerklüftung der Nationalliberalen. Im August 1880 traten zwanzig Mitglieder aus der Partei aus. Anfangs in dem Glauben befangen, aus sich heraus eine große und einheitliche neue liberale Partei

bilden zu können, fielen sie schließlich dem radikalen Liberalismus Eugen Richters anheim, um aus ihm im Jahre 1893 unter dem Namen einer „Freisinnigen Vereinigung" von neuem auszuscheiden. Natürlich bedeutete die Zersplitterung auch einen Abfall der numerischen Höhe der Vertretung im Reichstag.

Die nächsten Wahlen freilich, Herbst 1881, brachten neben einer bedeutenden Zunahme der Konservativen zunächst noch eine Verstärkung der extremen Liberalen, des Deutschfreisinns, der Sezession und der Volkspartei. Aber da diese den Wirtschaftsplänen der Regierung alle ungünstig gesonnen waren und ihre Stimmen gleichwohl nicht zur Vereitelung der Regierungspläne genügten, so zeigte sich nun schon die ganze Einflußlosigkeit des Liberalismus. Zudem wurde jetzt jedermann klar, daß die Liberalen in den Finanzfragen die nationale Sache der doktrinär-liberalen zu opfern bereit gewesen waren; und unmutig legte v. Bennigsen, der sich für diesen Ausgang persönlich wohl wenig verantwortlich fühlte, im Juni 1883 seine Mandate für den Reichstag und das preußische Abgeordnetenhaus nieder.

Ganz anders hatte sich inzwischen, wenn wir zu den Zoll- und Finanzverhandlungen des Jahres 1879 zurückkehren, die dritte Partei gestellt, die neben Konservativen und Liberalen als ausschlaggebend in Betracht kam, das Zentrum. Gewiß gab es auch im Schoße des Zentrums Elemente, deren politisch radikaler Gesinnung jeder Schutzzoll im Grunde verhaßt oder wenigstens verdächtig war: aber sie waren in der Minderheit und wurden durch die Gemeinsamkeit klerikaler Ziele, die sie der andersdenkenden Mehrheit anschloß, im Zaume gehalten. Die Mehrheit aber, in rein politischer Hinsicht der Hauptsache nach konservativ und gemäßigt gesonnen, Vertreterin auch vielfach agrarischer Interessen, empfand gegenüber den Schutzzöllen ähnlich wie die Parteien der Konservativen.

Freilich die Verquickung der Schutzzölle mit den Finanzzöllen machte das Zentrum doch wiederum bedenklich. Sollte

man dem neuen Reiche wirklich zu einer festen, unitarischen Grundlage seiner Finanzen verhelfen? Indes gegenüber den Zweifeln, die hier auftauchten, ergab sich schließlich ein Ausweg. Bei fortschreitender Beratung stellte sich heraus, daß das Zentrum auch die Finanzzölle zu bewilligen geneigt sein würde, vorausgesetzt, daß durch das „viele Geld", durch die enormen, von ihnen aus dem Reiche neu erfließenden Einnahmen der föderative Charakter des Reiches nicht geändert würde. Und es fand sich am Ende, der Form nach wenigstens, ein Mittel, das diesen Effekt zu verbürgen schien. Man brauchte nur die neuen Einnahmen dem Reiche nicht alsbald völlig, sondern ausschließlich bis zu einer gewissen Höhe, etwa 130 Millionen, unmittelbar zuzuweisen, für den überschießenden Rest dagegen zu bestimmen, daß er den Bundesstaaten direkt zu übergeben sei: worauf diese dann aus ihrem Budget, das durch diese Überschüsse in hohem Grade aufgebessert zu werden versprach, diejenigen Mittel, die dem Reiche etwa noch nötig wären, in der Form — aber nur noch in der Form! — der alten Matrikularbeiträge zuschießen mochten. Ein Vorschlag, der in diesem Sinne auf Anregung des Zentrumsmitgliedes Freiherrn von Franckenstein vom Zentrum ausging, fand Ende Juni 1879 die Billigung der Konservativen. Schloß sich ihm auch die Reichsregierung an, so war die Zollreform gesichert. Bismarck hat natürlich nicht gezögert, diesen Schritt zu tun: denn er erblickte in der sogenannten Franckensteinschen Klausel kein Hindernis, sondern nur einen Umweg auf seiner Bahn zu dem nun nahe winkenden Ziele einer finanziellen Verselbständigung des Reiches. Und hatte das Zentrum nicht schon bei dem ersten Versuche, im Reiche in positivem Mitschaffen tätig zu sein, erfahren, daß sich der Partikularismus nicht oder nur noch der Form nach halten ließ, daß reichstätig sein doch grundsätzlich Reichstreue erfordere?

Das neue Zoll- und Zolltarifgesetz wurde am 12. Juli 1879 durch eine konservativ-klerikale Mehrheit von 217 gegen

107 Stimmen angenommen, schließlich unter Erhöhung der Eisenzölle und Steigerung der Getreidezölle auf 50 Pfennig für den Zentner Roggen; und wenn auch das von Bismarck heiß erstrebte Tabaksmonopol nicht erreicht wurde, so mußte doch gleichzeitig der Tabak in einem besonderen Gesetze mit einem Zoll von 85 Mark und mit einer Steuer von 45 Mark auf inländisches Erzeugnis „bluten".

Das Reich aber erhielt mit alledem, sieht man noch ganz von den Wirkungen der Gesetze auf die nationale Wirtschaft ab, die Aussicht, endlich ohne Zuschüsse der Einzelstaaten nur aus seinen eigenen Einnahmen, mochten sie ihm nun mittelbar oder unmittelbar zufließen, leben zu können, ja noch die Einzelstaaten für ihr eigenes Budget zu befruchten. Der zehnjährige heiße Wunsch des Fürsten, die finanzielle Stellung, welche der erste Reichstag des Norddeutschen Bundes dem Bunde auf dem Papier gegeben hatte, nun auch zur Wirklichkeit zu gestalten, die Finanzhoheit des Reiches tatsächlich zu etablieren über den Finanzhoheiten der Einzelstaaten, er schien erfüllt.

Es sanken die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten infolge der Zollreform:

1880/81 auf 25,9; 1881/82 auf 17,1; 1882/83 auf 1,4 Millionen.

Darauf begannen die Jahre der Überschüsse, die den Einzelstaaten nach vollendeter Gesamtabrechnung blieben; es waren:

1883/84: 11,5; 1884/85: 50; 1885/86: 13 Millionen.

In den siebziger Jahren hatte die Nettoeinnahme aus den Zöllen etwa 100 Millionen Mark jährlich betragen; Mitte der achtziger Jahre betrug sie 200, 1889/90, im letzten Jahre der Kanzlerschaft Bismarcks, 350 Millionen.

Aber schon drängten hinter den erfüllten neue, schwer zu erreichende Ideale her. Die günstigen Abschlüsse des Reiches, wie sie auf die Einzelstaaten zurückwirkten, forderten zu längst dringenden Steuerreformen in diesen auf. So vor allem in Preußen. Und wieder war hier der Fürst das treibende Element. Sein Ziel war zunächst, die unteren Klassen, die durch die Reichssteuern besonders getroffen

waren, zu entlasten: dazu sollten die Klassensteuer und die untersten Stufen der Einkommensteuer, sowie gewisse, die ländliche Bevölkerung bedrückende Stempelabgaben aufgehoben werden. Dann sollten die Gemeinden eine würdige finanzielle Ausstattung erhalten, einmal durch Entlastung — hier war die Übernahme der kommunalen Schulsteuern und Polizeilasten auf den Staat in Aussicht genommen —, dann durch bessere Dotierung, durch Zuweisung womöglich der ganzen Grund- und Gebäudesteuer. Was endlich den Staat anging, so war er nach des Fürsten Ansicht auf die großen direkten Steuern zu verweisen, und diese, Einkommensteuer und Kapitalrentensteuer, waren so auszubauen, daß das mobile Kapital in ihnen nicht minder getroffen erscheine als das immobile durch andere Arten der Belastung.

Sollten nun so gewaltige Pläne durchgeführt werden, so erschien freilich zweierlei vorher durchaus notwendig: es mußte für eine gänzlich vertrauensvolle Heerfolge des preußischen Landtages gesorgt und eine nochmalige außerordentliche Erhöhung der Reichseinnahmen durchgesetzt werden. Denn nur bei sehr starker Dotation vom Reiche her konnten die Einzelstaaten, konnte insbesondere auch Preußen den vorgezeichneten Weg einschlagen. Schon aber waren die neuen Millionen des Jahres 1879 wieder zum guten Teile vom Reiche selbst in Anspruch genommen: seine Bedürfnisse mehrten sich unaufhaltsam.

Nun zeigte sich aber selbst der überaus gefügige preußische Landtag, in dessen zweiter Kammer die neuen guten Freunde des Kanzlers, die agrarischen Konservativen, herrschten, nicht bereit, so weitausschauenden Plänen zu folgen; nur in einigen Nebenstücken kam die Reform zustande, und erst nach der Zeit Bismarcks ist sie, in vielen Punkten nach stark verändertem Plane, durch Miquel durchgeführt worden.

Noch viel weniger aber gelang es, durch Voten des Reichstages neue Einnahmequellen zu erschließen. Denn im Reiche führte die Umbildung der liberalen Parteien bald

zu einem Zustande, in dem sich in den Jahren von 1886 bis 1887 eine kompakte politische Mehrheit vom Regierungstische her nicht mehr bilden ließ. Statt dessen mußte mit einer Ausnutzung der Parteien zu Majoritätsbildungen von Fall zu Fall gerechnet werden. Aber keine der hier möglichen Kombinationen war so geartet, daß sie sich auf die Bewilligung der Finanzpläne des Fürsten eingelassen haben würde. Gewiß: da, wo Finanzzoll und Schutzzoll sich berührten, da konnte noch die alte Majorität der „Volkswirtschaftlichen Vereinigung" mobil gemacht werden. Allein die Verquickung von Finanz- und Schutzzöllen war schon im Jahre 1879 fast gänzlich ausgebeutet worden; jetzt konnte es sich der Hauptsache nach nur noch um den Ausbau der Erwerbssteuern und vor allem der inneren Verbrauchssteuern — Bier, Branntwein, Zucker, Tabak — handeln. Es war eine der Konstellation des Jahrzehntes von 1869 bis 1879 ähnliche Lage: wie damals so versagte auch jetzt der Reichstag, und der Hauptsache nach aus verwandten Gründen.

Unter diesen Umständen versteht man, wie jede neue Aktion des Fürsten geradezu an die letzten Versuche des Jahrzehnts vor den Erfolgen von 1879 anknüpfen konnte. Damals hatte Camphausen ein letztes Bukett indirekter Steuern überreicht; nur der Spielkartenstempel mit einer Jahreseinnahme von 1,2 bis 1,3 Millionen war bewilligt worden[1]. Dann war der Versuch, gleichzeitig mit der Zollreform das Tabaksmonopol durchzudrücken, ebenfalls gescheitert; der Bundesrat hatte sich im April 1879 dagegen erklärt, und der Reichstag hatte schließlich nur eine Erhöhung der Tabaksteuer und des Tabakzolles bewilligt, dagegen eine vom Bundesrat genehmigte Steuer auf die Erlaubnis zum Tabakverkauf (Lizenzsteuer) abgelehnt, weil er darin einen ersten Schritt zur Einführung des Monopols zu sehen glaubte.

Es waren starke Warnungszeichen für einen erneuten

[1] S. oben S. 312.

Feldzug zur Heranziehung der indirekten Steuern; der Monopolgedanke war auch von den Bundesstaaten abgelehnt worden, da ihnen die Ausbildung großer Monopolverwaltungen von Reichs wegen nicht genehm war. Trotzdem hat der Fürst gerade an den Monopolgedanken immer und immer wieder angeknüpft und ihn nicht bloß auf den Tabak, sondern auch auf den Branntwein auszudehnen versucht, aber ergebnislos. Namentlich beim Tabak sind ihm die schlimmsten Erfahrungen nicht erspart geblieben. Gewiß gelang es, den Bundesrat endlich, wenn auch gegen eine starke Minderheit, zur Annahme des Tabaksmonopols in einer Form zu bewegen, deren Verwirklichung dem Reiche eine jährliche Reineinnahme von mindestens 165 Millionen Mark gewährt haben würde. Aber der Frühjahrsreichstag des Jahres 1882 machte die schöne Hoffnung, die sich an diesen Erfolg knüpfen konnte, traurig zu Schanden; weder das Zentrum wollte von einer so unitarischen, noch Liberale und Demokraten von einer so unvolkstümlichen Maßregel etwas wissen; der Entwurf wurde mit 277 gegen 43 Stimmen verworfen. Der Fürst aber hatte während der Verhandlungen erklärt: „Wir brauchen Ihre Ablehnung, um unsere Verantwortlichkeit für die Zukunft zu decken, bevor wir zu minder guten Vorlagen schreiten.“ Diese minder guten Vorlagen bereitete er nunmehr vor, indem er noch weiter in die Erfahrungen der Zeit von 1869 bis 1879 zurückgriff.

Damals hatte er neben dem Tabaksmonopol noch zwei anderen Entwürfen, einem Brausteuer- und einem Stempelsteuerentwurf, zum Leben zu verhelfen gesucht. Freilich war davon, nachdem der Bundesrat seine Zustimmung erklärt hatte, der Entwurf der Brausteuer eigentlich schon im Juli 1879 gefallen; denn im Reichstage war bereits in den Kommissionsberatungen erklärt worden, die Brausteuer könne nur zugleich mit der Branntweinsteuer erhöht werden. So war allein der Stempelsteuerentwurf geblieben. Und in diesem Punkte hatte der Fürst endlich Erfolg, aber erst nach einem heißen Zwiste mit dem Bundesrate. Im Juli

1881 unterzeichnete der Kaiser das Gesetz, das eine Börsensteuer von fünf vom Tausend für in- und ausländische Aktien, zwei vom Tausend für in- und ausländische Renten- und Schuldverschreibungen, eins vom Tausend für Inhaberpapiere von inländischen Renten- und Schuldverschreibungen der Gemeindeverbände und anderen Körperschaften festsetzte, und ferner eine Lotteriesteuer von fünf vom Hundert, sowie einen Fixstempel für Schlußscheine und Börsenrechnungen einführte. Es war allerdings, wie sich bald herausstellte, finanziell eine zunächst recht magere Errungenschaft. Dennoch wird die Annahme dieses Gesetzes immer von großer geschichtlicher Bedeutung bleiben: denn in ihm zum ersten Male machte sich deutlich jener soziale, der Belastung der Wohlhabenden und vornehmlich der Kapitalisten und der Fürsorge für die unteren Stände günstige Geist in der Finanzgesetzgebung geltend, der zur Signatur der nun eintretenden Jahrzehnte geworden ist.

Im übrigen blieb dem Fürsten, nachdem sich jetzt erwiesen hatte, daß das Tabaksmonopol selbst unter dem Hochdrucke gewaltiger finanzieller Anforderungen der neuen Sozialpolitik nicht zu erreichen war, als großer Gedanke nur noch der des Branntweinmonopols übrig und, nachdem auch dieses im Jahre 1886 an der fast einmütigen Ablehnung des Reichstages gescheitert war, noch der einer möglichst einträglichen Branntweinsteuer. Diese wurde dann endlich, durch ein Gesetz vom Juni 1887, erreicht, wesentlich in der Form einer mit Verbrauchsabgaben verbundenen Materialsteuer. Ihr Ertrag wurde ausschließlich Süddeutschlands, das aber auch bald in das allgemeine Branntweinsteuergebiet eintrat, auf 114½ Millionen Mark berechnet. Und neben sie trat bald darauf die Zuckersteuer, die jährlich etwa 50 Millionen einbringen sollte.

Aus Zöllen und Verbrauchssteuern (einschließlich der Aversa) sind der Reichskasse zugeflossen im Jahre 1874: 246, 1889/90: 587 Millionen Mark; aus Stempelsteuern im Jahre 1874: 6, 1889/90 42½ Millionen Mark.

Es waren die letzten größeren Erfolge des Fürsten auf finanziellem Gebiete. Gewiß war mit ihnen noch nicht erreicht, was ihm vorgeschwebt hatte: ein ebenbürtiger Ausbau des indirekten Reichssteuersystems neben den Finanzzöllen. Aber immerhin war der Weg in dieser Richtung nicht bloß gewiesen, sondern auch eine gute Strecke hin betreten worden, und ein Gebiet erschien damit erschlossen, dessen weiterer Ausbau der Zukunft anheimgestellt werden konnte. Denn an sich und ins ganze betrachtet waren die Errungenschaften doch gewaltig. Noch nie ist ein großes Reich so rasch und in schließlich so wenig beschwerender Weise mit genügenden Mitteln ausgestattet worden. Nicht bloß die finanzielle Suprematie über die Einzelstaaten war dem Reiche damit gesichert, sondern ebenso der großartige Ausbau seiner Verwaltung und seiner Einrichtungen zu Schutz und Trutz. Ja mehr: es konnte auf dieser Grundlage auch sozialen und charitativen Pflichten gegenüber den unteren Schichten seiner Bevölkerung gerecht werden, deren Ausübung ihm einen neuen, fast unübersehbaren Einflußkreis eröffnete. Und es ist, eben in den Zeiten der Finanzreform, zugleich eine der wesentlichsten Absichten des Fürsten Bismarck gewesen, dem Reiche diese besondere und ganz moderne Stellung zu erringen und zu sichern.

5. Die Jahre 1860 bis 1877 waren auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete die Jahre einer liberalen Ära und einer gesetzlichen Ebnung der Bahn des freien Unternehmens gewesen. Vor allem die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes und des Reiches hatte in diesem Sinne gewirkt. Was hatten doch diese beiden Jahrzehnte nicht alles in diesem Sinne erlebt: Aufhebung des Paßzwanges und Verkündigung des freien Zuges, Gewerbefreiheit und Koalitionsfreiheit der gewerblichen Arbeiter, einheitliches deutsches Heimatsrecht und Freiheit der Verehelichung, Beseitigung der Schuldhaft und Aufhebung des Beschlagnahmerechtes auf Dienstlohn, um nur die Richtung der freiheitlichen

Gesetzgebung zu charakterisieren, insofern sie sich innerhalb des Rahmens der freien Unternehmung vornehmlich auf die arbeitende Klasse bezog.

Es waren wirtschaftliche und soziale Wandlungen, in denen die Unternehmung freigelegt und die liberale Wirtschaftsauffassung durchgeführt worden war hinweg über den Widerspruch der konservativen Partei- und Staatsanschauung und hinweg über manche schon damals auftauchenden Bedenken sozusagen rein technischer, möglichst objektiv denkender Geister. Ihre Entwicklung aber war nicht bloß die notwendige Folge jener Verquickung des Liberalismus und Nationalismus im 19. Jahrhundert, welche die Verwirklichung bloß nationaler Ziele ohne gleichzeitige Durchführung des liberalen Programms ausschloß; sie war zugleich und vornehmlich auch der Ausdruck tiefster Vorgänge, wie sie in dem Verlaufe der gesamten Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Nation seit Jahrhunderten beschlossen lagen. So verlief sie wie ein elementares Ereignis; ganz und grundsätzlich lebte sie sich aus; selbst wo sie zum Überschwang führte oder zu führen drohte, da vermochten erst andere Zeiten und andere Richtungen beschränkend einzugreifen.

Nun fügte es sich aber, nachdem die Unternehmer befriedigt waren, daß solche Beschränkungen und Änderungen namentlich im Interesse des sozialen Komplementes des Unternehmertums, im Interesse der Arbeiterklasse, des vierten Standes, notwendig waren. Und der Kern der Beschwerden, die hier fühlbar wurden, lag naturgemäß in den Zusammenhängen zwischen Unternehmer und Arbeiter oder, von der einen wie der anderen Seite aus angesehen, im Arbeitsverhältnis, im Arbeitsvertrag.

Die Zeiten vor der Entwicklung der freien Unternehmung waren von der Vorstellung beherrscht gewesen, daß der Arbeiter vom Arbeitgeber auch persönlich abhängig sei; darum sprachen sie vom Knecht und vom Brotherrn. Fern waren sie der moderneren Auffassung der Arbeit als einer Ware; brachten sie persönliche Dienstleistungen in Beziehung

mit objektiven Werten der Volkswirtschaft, so erschienen diese ihnen vielmehr als ein am Grund und Boden, dem fast einzigen Wirtschaftsreichtum früherer Zeiten, klebendes Zubehör, und dementsprechend wurden sie auf rechtlichem Gebiete verdinglicht, erschienen ihre Träger im entschiedensten Falle als glebae adscripti, als Grundholde. Indem aber so jedes Arbeitsverhältnis von der herrschaftlichen Seite aufgefaßt ward, fehlte der Trieb, es rein wirtschaftlich auszunutzen, — vielmehr bestand die Neigung, auf seine Leistungen hin weiter neue herrschaftliche Rechte zu erwerben und auszuüben: Rechte der Rechtsprechung, der militärischen Führung, der Umwandlung des ganzen Verhältnisses der Arbeitsuntergebenen in ein Verhältnis öffentlicher Untertanenschaft. Dies waren die Ziele aller Großgrundherrschaften früherer Zeit, vom 7. und 8. Jahrhundert bis ins späte Mittelalter und, wo mittelalterliche Verhältnisse sich erhielten, darüber hinaus bis tief ins 19. Jahrhundert. Und dem Herrschaftsrechte entsprach dann — noblesse oblige — eine herrschaftliche Schutzpflicht. Zum mindesten war es undenkbar, daß man seine Grundholden verhungern ließ: schon Karl der Große hat in den schweren Hungersnotzeiten seiner Regierung den Grundherren die Unterhaltungspflicht als officium nobile eingeschärft. Und immer und immer wieder ist diese Pflicht praktisch anerkannt und ausgeübt und auch auf den Schutz jeder Art, namentlich den öffentlichen der Vogtei, ausgedehnt worden: aber in Verfolg dieses Bestrebens gingen grundherrliche Rechte gern in landesherrliche über, und niemand hat sich in Schutz und Wohltun gegenüber den Grundholden mehr ausgezeichnet als die vornehmsten Gewalten deutscher naturalwirtschaftlicher Zeiten, Reich und Kirche.

Dann aber waren andere Zeiten und mit ihnen andere Auffassungen gekommen. Der Kaufmannschaft mußte schon der Gedanke, daß im Grunde alles feil sein müsse, wenn sie die Welt beherrschen solle, die Folgerung nahelegen, daß auch die Arbeit nichts sei als eine Ware. In der Tat

rüttelte das städtische Leben schon früh an dem alten Herrschaftsverhältnisse der Arbeit, an dem, was man nun patriarchalisches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu nennen begann: der Lohn wurde auf einen Geldausdruck gebracht, die Leistung der Arbeit aller persönlichen Beziehungen zum Lohnherrn entkleidet, der Geselle zum Beispiel nicht mehr als Gesinde des Meisters betrachtet usw. Allein die volle Kapitalisierung der Arbeit — wenn es erlaubt ist, dies Wort dem Begriffe Verdinglichung entgegenzustellen — hat doch erst das moderne Unternehmertum gebracht. Ganz natürlich. Die Herrschaftsbeziehungen persönlicher Art, die durch die Jahrhunderte der Entwicklung unseres Bürgertums bis hinein in unsere Zeiten noch immer festgehalten wurden: wie sollten sie sich noch gegenüber dem Arbeitspersonal eines modernen Unternehmers, dem Hunderte und Tausende von fluktuierenden Arbeitern gegenüberstehen, geltend machen lassen? Es wird sich wohl schon in naher Zukunft zu zeigen haben, ob eine gebundene Form der Unternehmung wiederum neue Formen der Verpersönlichung der Arbeit zu finden imstande sein kann: wichtige Tendenzen der jüngsten Zeit drängen in dieser Richtung, und einstweilen erscheint sie nicht ohne Aussicht. Vorläufig aber, in den klassischen und ersten Zeiten voller freier Unternehmung, war das Herrschaftsverhältnis an der Arbeit zerstört, und die Arbeit erschien als eine Ware wie andere Waren auch.

Schienen nun aber einer solchen Auffassung, deren sich teils unbewußt, teils bewußt auch die liberale Gesetzgebung bemächtigte, nicht schon die einfachsten Erwägungen über den Charakter der Arbeit selbst zu widersprechen? Denn es ist doch wohl offenbar, daß sie, ein spezifisch menschliches Gut, sich ebensowenig als bloßer Annex von Grund und Boden wie als absolutes Zubehör von Kapital, als schlechthin und in jeder Richtung nichts weiter als erkaufbar behandeln läßt. Hinter ihr steht ja in jedem Falle eine unsterbliche Seele und eine Persönlichkeit; und nur durch im Grunde barbarische und sicherlich ganz unchristliche

Rechtsfiktionen läßt sie sich von diesen trennen. Kann also dies Zubehör, ja mehr: diese Quelle und dieser Urgrund aller Arbeit etwa wie die äußere Umhüllung, wie die Aufmachung einer Ware zugleich mit der Arbeit in Kauf gegeben werden? Alles, was Menschlichkeit und Moral und Kultur heißt, antwortet: mit nichten! Und es versteht sich, daß vor allem der Arbeiter auch so antwortet, denkt und fühlt und als Mensch nicht anders antworten, denken und fühlen kann.

War nun diese menschliche Seite der Arbeit, das höchste Gut des sich bildenden vierten Standes, in dem Arbeitsvertrag des freien Unternehmertums irgendwie gewährleistet? Wie hätte dies der Fall sein sollen, da eben das persönliche, das patriarchalische Arbeitsverhältnis aufgelöst war! Völlig „frei" im Sinne der Gesetzgebung, eine Ware wie andere Ware, unterlag die Arbeit der „freien" Behandlung, und das hieß namentlich in früheren Zeiten der Unternehmung nicht selten der willkürlichen Ausbeutung des Unternehmers.

Gewiß, der Arbeiter war gesetzlich vollständig berechtigt, diese Ausbeutung abzulehnen. Er brauchte seine Arbeit nicht oder nicht unter ihm mißfallenden Bedingungen zu verkaufen. Aber konnte er wirklich so handeln? Traf die Auffassung der Gesetzgebung zu, daß bei Abschluß des Arbeitsvertrages beide Parteien völlig gleich starke Stellungen einnahmen?

Dem Arbeiter mußte zweierlei geboten werden, wollte er im Lohnkampfe gegenüber dem Arbeitgeber bestehen: eine Regelung der Arbeitsbedingungen bei Abschluß des Arbeitsvertrages derart, daß durch deren Bestehen sein Dasein als Persönlichkeit nicht gefährdet wurde, und ein Ersatz für jene Unterkunft und Aushilfe in schwierigen Lagen, die ihm das frühere Herrschaftsverhältnis der Arbeit, die sogenannte patriarchalische Zeit, zumeist reichlich gewährt hatte. Arbeitsschutz und Arbeiterversicherung wurden damit zu den eigentlichsten und tiefsten Programmpunkten einer Politik,

die den neuen vierten Stand unter menschlichen Bedingungen der allgemeinen sozialen Lage einzuordnen bestrebt war; und in allen Ländern freier Unternehmung und neuer arbeitender Klassen ist eine solche Politik als ein volles und notwendiges Korrelat der Emanzipation und gesetzgeberischen Sicherung und Durchbildung des freien Unternehmens etwa seit einem Menschenalter entwickelt worden.

Auch auf deutschem Boden ist man schon früh dieses Weges gezogen und gerade anfangs schon unter reger Beteiligung der Unternehmer selbst; so am Rhein bereits in den dreißiger Jahren, so auch in Berlin: hier ist im Jahre 1844 der „Verein für das Wohl der Hand- und Fabriksarbeiter" wesentlich durch hervorragende Industrielle begründet worden; es ist der Verein, aus dem der heute noch wirkende „Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen" hervorgegangen ist. Aber neben dem anregenden Eintreten einzelner und privater Vereinigungen fehlte es lange Zeit an stärkerer staatlicher und gesetzgeberischer Initiative, trotzdem, daß sich ziemlich früh herausstellte, daß nur von dieser in Deutschland eine eingehende Lösung der „sozialen Frage" erwartet werden konnte. Und mittlerweile wuchs die Masse der Fabrikarbeiter in die Hunderttausende und Millionen, und neben sie stellten sich die gewaltigen Mengen ländlicher Arbeiter, auf die seitens der Landwirte ebenfalls mehr oder minder das Unternehmer- und Arbeiterverhältnis übertragen wurde, meldeten sich anderseits jene Klassen, die in die moderne soziale Bewegung durch das Emporkommen des Unternehmertums nachteilig hereingezogen worden waren, vor allem die Handwerker!

Es blieb nichts übrig, als daß schon die liberale Periode an einige Modifikationen ihrer Gesetzgebung herantrat.

Am frühesten geschah das einigermaßen einschneidend durch das Gesetz über die Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnes vom Jahre 1869, das die Beschlagnahme des Lohnes eines verschuldeten Arbeiters durch den Gläubiger und damit den Anheimfall des Arbeiters an die öffentliche

Armenpflege zu verhüten suchte. Wichtiger war, daß im gleichen Jahre der Erlaß eines Haftpflichtgesetzes angeregt wurde, das dann freilich erst im neuen Reiche, im Juni 1871, zustande kam. Das Gesetz machte den Unternehmer haftbar für alle Unfälle, die einen in seinem Betriebe beschäftigten Arbeiter durch sein oder seiner Vertreter Verschulden träfen. Doch war die Haftpflicht noch sehr beschränkt, die Beweislast für die Verschuldung des Arbeitgebers fiel dem Beschädigten zu, und die Durchführung des Prozesses, der sich fast niemals vermeiden ließ, war schleppend und kostspielig. Dann hatte sich der Reichstag im Jahre 1874 mit der Frage der industriellen Kinder-, Frauen- und Sonntagsarbeit beschäftigt, und nicht minder, infolge eines Antrages der Konservativen, mit dem Problem strafrechtlicher Verfolgung des frivolen und dolosen Arbeitsvertragsbruches. Allein zu einem gesetzgeberischen Abschlusse war man nicht gelangt. Endlich war zwei Jahre darauf der erste Schritt auf dem Gebiete der Krankenfürsorge getan worden durch das Gesetz vom April 1876 über die Begründung und Neuregelung des gewerblichen Hilfskassenwesens. Indes dies alles waren doch nur zaghafte Anfänge einer wirklichen Lösung der sozialen Frage des vierten Standes; und es lag in der Natur der Dinge, daß die liberale Zeit auf sozialem Gebiete mehr der großen Unternehmergesetzgebung zum Einleben zu verhelfen suchte, als daß sie deren Lücken und Mängel, insofern sie den vierten Stand betrafen, aufgesucht und durch Maßregeln zu beseitigen gesucht hätte, die ihr als die von Flickgesetzen hätten erscheinen müssen.

Freilich, außerhalb des Kreises der Unternehmung und der liberalen Doktrin beschäftigte man sich um so eifriger damit, die Wirkung der Gesetze der liberalen Ära der freien Unternehmung zu beobachten. Und da ergaben sich an der Hand der praktischen Erfahrung und noch früher und umfassender unter schärferer Kontrolle durch sittliches Gefühl und wissenschaftliche Untersuchung bald allerlei Anstände.

Zunächst litt, das wurde sehr bald empfunden, unter der ersten Entwicklung der freien Unternehmung nicht bloß der Arbeiterstand, sondern auch das Handwerk; ja indem man hier deutlich die neuen Wirkungen an alten Zuständen abzumessen vermochte, erschien es fast, als würde wenigstens das Handwerk dem Rande eines schlechthin verderblichen Abgrundes zugedrängt. So klagte man bitter schon auf dem ersten Handwerkertage, September 1872, und forderte staatliche Schutzmaßregeln, und zahlreiche verwandte Tagungen haben seitdem nicht aufgehört, diese Melodie immer wieder aufzuspielen.

Vom sittlichen Standpunkte aber machten sich früh vor allem die Kirchen, und in erster Linie wiederum die katholische, durch Hinweis auf die Schäden der industriellen Entwicklung bemerklich; schon in den sechziger Jahren haben sie gewarnt und Heilungsvorschläge gemacht.

Noch früher hatte sich aber der wissenschaftliche Widerspruch gegen das Evangelium des freien Wettbewerbes erhoben, gegen die Lehren Smiths und der auf seinen Schultern stehenden, viel radikaleren Freihandelsschule der Manchestermänner. Man kann ihn bis in die vierziger Jahre zurückverfolgen. Allein lange Zeit blieben seine wenigen Vertreter Prediger in der Wüste; und zum Durchbruche gelangte er erst, als sich innerhalb der nationalökonomischen Wissenschaft ein neues, speziell von Deutschland ausgehendes Prinzip der Betrachtung, das geschichtliche, erhob. Denn die historische Auffassung führte die Beurteilung eines jeglichen wirtschaftlichen Zeitalters nach seinen eigenen Wertmaßstäben ein und erkannte dadurch das Smithsche System als den beschränkten Wertmaßstab der englischen Volkswirtschaft des 18. Jahrhunderts: womit es für das 19. Jahrhundert beseitigt schien. Indem aber nun die geschichtliche Betrachtung auf diesem Wege zunächst jeden wirtschaftlichen Wertmaßstab zu einem relativen umgestaltete, suchte sie doch für die Praxis der Gegenwart zugleich einen höchsten, untrüglichen, unwandelbaren Maß-

stab zu gewinnen und verkündete ihn in den Geboten der einfachsten Sittengesetze, vor allem in denen der ausgleichenden Gerechtigkeit. Von diesem Standpunkte aus forderte sie vielfach in Übereinstimmung mit den Kirchen die Beseitigung vieler, vornehmlich durch die Entwicklung der freien Unternehmung herbeigeführter und bisher geduldeter Mißstände. Dabei war sie sich klar, daß eine solche Beseitigung nur durch die energische Mitarbeit aller verwirklicht werden könne: Gesellschaft und Individuum, vor allem auch Kirche und Staat sollten hier zusammenwirken. Und so ging durch die Anhänger dieser Anschauung ein sozialistischer Zug, und je nachdem sie dabei Kirche oder Staat in den Vordergrund stellten, konnten sie mehr als Staatssozialisten oder als Christlichsoziale bezeichnet werden.

Die Umsetzung dieser neuen Anschauung in praktische Forderungen begann schon Ende der sechziger Jahre. Dann wurde das Programm im Jahre 1871 genauer formuliert durch Adolf Wagner in seiner „Rede über die soziale Frage“. Und nun erfolgte, ein Jahr darauf, meist von Professoren der Nationalökonomie ausgehend, die Gründung des Vereins für Sozialpolitik zur Untersuchung einzelner konkreter Fragen der deutschen Volkswirtschaft mit Rücksicht auf die soeben erörterten Maßstäbe und Probleme; als Häupter der damit in festere Bahnen gewiesenen Bewegung erschienen Brentano, Nasse, Schmoller und Schönberg. Darauf hat der Verein für Sozialpolitik in der inneren Politik als Vorkämpfer gesetzgeberischer Maßregeln eine überaus wichtige Rolle gespielt.

Von ausschlaggebender praktischer Bedeutung aber wurde die allgemeine Stimmung, die durch diese und verwandte Strömungen hervorgerufen zu werden begann, doch erst mit dem Ende der siebziger Jahre: in einer Zeit, da der Aufschwung der Sozialdemokratie seit 1873 und — auf die weitesten Kreise der Nation vornehmlich wirkend — die Mordanschläge vom Jahre 1878 dringend auf sozialpolitische Einkehr und systematische Behandlung der Schicksale des

vierten Standes hinwiesen. Und nun nahm sich der große Führer der Nation in diesen Zeiten, Fürst Bismarck, tatkräftig auch dieser Dinge an. Zunächst durch Erlaß des Sozialistengesetzes, das einstweilen ein Überschäumen der proletarischen Bewegung über die Grenzen der wichtigsten staatlichen Lebensinteressen verhindern sollte. Aber doch keinen Augenblick in dem Sinne, als ob damit nun die staatliche Aufgabe gegenüber dem vierten Stande erschöpft sei. Vielmehr sprach es der Fürst alsbald aus, daß neben der „Repressive" auch die „Präventive" eine Rolle zu spielen habe, daß es jetzt darauf ankomme, den jungen unteren Klassen das Leben in Nation und Staat annehmbar zu machen und sie dadurch für beide zu gewinnen.

6. Fürst Bismarck hat den Fragen der sozialen Fürsorge niemals ganz ferngestanden. Selbst in den Jahren, da er um der allgemeinen Reichspolitik willen zunächst die Sache der Unternehmer förderte, hat er nichtsdestoweniger auch das Werden des vierten Standes mit dem Anteil begleitet, den die Beschäftigung mit tausend anderen Fragen, die zunächst wichtiger erschienen, noch eben zuließ. Dabei suchte er sich ganz allseitig zu unterrichten: und in diesem Sinne stand er keiner der sozialpolitischen Richtungen der sechziger Jahre fern. Die Tatsache seines Verhältnisses zu Lassalle ist bekannt; mit dessen Anhängern hat er auch später noch lange Fühlung behalten; erst ihr Zurückweichen vor der Internationale lenkte ihn ab: denn mit „dem Evangelium der Mörder und Mordbrenner" der Pariser Kommune wollte er von vornherein nichts zu tun haben. Gleichzeitig aber und sogar noch länger stand er in Verbindung mit Wagner, dem Sozialpolitiker der Rechten, und knüpfte durch Bucher, den Freund Lassalles, den er ins Auswärtige Amt zog, mit dem extremen Staatssozialisten Rodbertus an; Rodbertus schrieb in seinem Auftrage schon im Jahre 1865 das Buch über die Kreditnot des Grundbesitzes. Nicht minder aber war Dühring im Jahre 1866

ersucht worden, eine Denkschrift über Maßregeln zugunsten der Arbeiter einzureichen, wie denn auch im Jahre 1872 der erste Eisenacher Kongreß des Vereins für Sozialpolitik von Regierungs wegen beschickt wurde.

Suchte so der Fürst überall Belehrung, so zeigt schon diese Tatsache, daß er noch nicht im Besitze eines festen, persönlichen Programms war. Nur der eine Zug geht durch seine Anschauungen schon dieser Zeit wohl völlig stetig hindurch, daß er von der Fähigkeit des deutschen Arbeiters zur Selbsthilfe gering dachte, zumal da diese von extrem liberalen Parteien an erster Stelle angepriesen und angestachelt wurde; schon im November 1862 hat er einmal den Gedanken einer Invalidenversicherung auf kommunaler Basis angeregt.

Jetzt, nach den Attentaten, war er unter den schwierigsten Umständen, angesichts einer noch keineswegs abgeklärten öffentlichen Meinung zu handeln berufen. Hatte er da von den Prinzipien des Arbeiterschutzes oder von denen der Arbeiterversicherung auszugehen? Gewiß verachtete er den Grundsatz der Selbsthilfe, der dem Arbeiterschutze noch immer hat zu Hilfe kommen müssen, sollte er wirksam werden, nicht ganz; noch in den siebziger Jahren hat er gelegentlich Neigung verraten, auch ihn zuzulassen. Aber war er nun in diesem Augenblicke anwendbar, in Zeiten der Unterdrückung aller politischen, und das heißt doch der vornehmsten selbständigen Regungen des in der Sozialdemokratie organisierten vierten Standes? Es wäre unlogisch und darum höchst gefährlich gewesen. Nur um die Arbeiterversicherung konnte es sich jetzt handeln, wenigstens bis zu dem Momente, da der deutsche Arbeiter Zeichen selbständiger königstreuer und vaterländischer Gesinnung gegeben haben werde. Und eben diese war ihm durch die Wohltaten der Versicherung seines Daseins gegen seine schwersten Feinde, gegen Unfall und Krankheit, gegen Invalidität und Altersschwäche, vielleicht noch am ehesten nahezulegen, wenn nicht anzuerziehen. Es war eine Aufgabe, die dem Fürsten als eine im höchsten

Grade öffentliche, staatliche erschien; hier habe der Staat, und das hieß ihm das Reich, einzugreifen, um eins seiner schönsten Ziele zu erreichen, jene Millionen des dienenden Standes der Unternehmung, ja, alle Unselbständigen und leicht Strauchelnden „zu schützen und zu stützen, damit sie mit ihren schwachen Kräften auf der großen Heerstraße des Lebens nicht übergerannt und niedergetreten werden". Und diese Aufgabe erschien ihm als Pflicht. „Wir wollen nach Möglichkeit Zufriedenheit schaffen" und damit unser Gewissen beruhigen für den Fall notwendiger blutiger Unterdrückung sozialdemokratischer Ansprüche: „für den Fall, daß wir fechten müssen".

Unterstützt wurden die Absichten des Fürsten auf eine arbeiterfreundliche Gesetzgebung, wie sie nun, schon 1878, deutlich zutage traten, wenigstens in ihren allgemeinsten Zügen durch die neue konservativ-klerikale Reichstagsmehrheit dieser Tage, dieselbe, die die Zoll- und Finanzreform ermöglichte. Die Konservativen standen dabei alsbald auf Seite des Fürsten: die liberale Politik, die Politik des freien Unternehmens, vor allem eine solche der großen Städte, der Industrie, des Handels, hatte schon längst ihre bittere Kritik gefunden. Und mit und unter ihnen gingen auch Großunternehmer, die von neuem ein patriarchalisches Verhältnis zu ihren Arbeitern erstrebten, Männer wie „König Stumm"; schon im Jahre 1879 befürwortete ein Antrag Stumms die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung. Neben den Konservativen aber kamen vornehmlich die Klerikalen in Betracht. Ihnen schrieb schon die Lehre der Kirche, durch so eifrige Prediger wie den Mainzer Bischof von Ketteler zeitgemäß ausgelegt, eine Politik der sozialen Reform vor; auch überwogen in der Partei um diese Zeit zumeist die konservativen Interessen; und war nicht klar, daß eine Gesetzgebung, die vielfach auf geistige Zusammenfassung der Arbeiter in Gemeinschaften und damit auf eine gewisse geistige Bindung der Massen hinauslaufen würde, mittelbar auch der Kirche,

diesem Horte aller geistigen Gebundenheit, zugute kommen müsse?

So schien denn die Bahn für eine große sozialpolitische Aktion frei, zumal der Reichstag schon im Jahre 1879 ein Wuchergesetz und ein Gesetz über den Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln angenommen hatte, die beide einen sozialpolitischen Geist atmeten.

Mitte Januar 1881 legte der Fürst dem Bundesrat den Entwurf eines Versicherungsgesetzes gegen Unfälle vor. Er wurde, obwohl noch nicht völlig klar und ausgereift, angenommen. Allein als der Kanzler diesen Entwurf im Reichstag einbrachte, entkleidete dieser ihn eines Gedankens, auf den der Kanzler bei seinen Anschauungen den höchsten Wert legte und legen mußte: des Gedankens eines Reichszuschusses zur Zahlung der Entschädigungssumme. Gewiß: den Enterbten des Volkes sollte nach Bismarck da, wo zur Sicherung des modernen Lebens gegen einen seiner schlimmsten Wechselfälle die Unterstützung eines kleinen Kapitals notwendig erschien, dieses gewährt werden als ein gutes Recht. Aber zugleich schien ihm, daß es auch eines der schönsten staatlichen, dem Reiche und dem nationalen Einheitsgedanken vorzubehaltenden Rechte sei, nun in dieser Hinsicht den minder vom Glücke begünstigten Söhnen der Nation beizuspringen mit einem ansehnlichen Zuschuß: unmittelbar mit der aktiven Versicherungspflicht des zu Versichernden verquickt sah er eine passive Versicherungspflicht des Reiches. Und nicht zum geringsten diesem Zusammenhang entsprang sein immer und immer wieder betätigtes, unablässiges Bestreben während der achtziger Jahre, dem Reiche neue Einnahmen zu gewinnen: dieser schönsten aller Reichspflichten sollten sie an erster Stelle dienstbar gemacht werden.

Aber dem traten nun Mächte, wie sich bald zeigte, unüberwindlichen Widerstandes entgegen. Zunächst und vor allem die Dummheit im Sinne des bekannten Schillerschen Verses: man begriff die Größe dieser Politik lange Zeit

nicht; und schließlich wollte man sie nicht begreifen. Dann aber, und nicht minder ertötend und beschwerend, der Widerstand des Zentrums. Denn noch war der Klerikalismus, der eben erst ablaufenden Kulturkampfzeit eingedenk, in fast allen Falten seines Herzens partikularistisch und stand noch unter partikularistischer Führung: und darum gönnte er dem „Einheitsgedanken" nicht die Wohltat eines großen sozialpolitischen Erfolges.

So mußte der Fürst, da das Zentrum ihm nach Lage der allgemeinen Wirtschaftspolitik seit spätestens 1879 nicht mehr entbehrlich war, den Wunsch einer Stärkung der Reichsgewalt vor dem ersten Ziele, der Entwicklung der Versicherung überhaupt, zurücktreten lassen. Freilich: leicht tat er es nicht. Als der Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes vom Januar 1881 im Reichstag ohne Reichszuschuß und ohne den diesem entsprechenden Plan einer allgemeinen Reichsversicherungsanstalt Annahme fand, vermochte er den Bundesrat, dem verstümmelten Werke seine Zustimmung zu versagen: ein neuer Reichstag, so hoffte er, werde dem Ganzen günstiger sein. Aber die Zusammensetzung des neugewählten Reichstages vom Oktober 1881 zeigte eine völlig entgegengesetzte Tendenz. Doch der Fürst verzweifelte auch jetzt noch nicht. Was die Wahlen nicht gebracht hatten, das glaubte er nun durch eine besondere Maßregel erreichen zu können, durch den moralischen Eindruck eines feierlichen Eintretens des ehrwürdigen, vierundachtzigjährigen Kaisers für das Werk seiner Wünsche. Dem zusammentretenden Reichstage verlas der Fürst in Stellvertretung des im letzten Augenblicke noch verhinderten Kaisers die berühmte Botschaft vom 17. November 1881: „Schon im Februar dieses Jahres haben wir unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich auf dem Wege der Niederhaltung sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für unsere kaiserliche Pflicht,

dem Reichstage diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und wir würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott unsre Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften eines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In unsern darauf gerichteten Bestrebungen sind wir der Zustimmung der verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstags ohne Unterschied der Parteirichtungen." Und nun folgte das Gesamtprogramm der großen Versicherungsgesetzgebung. „In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Tagung vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung gegen Betriebsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstage stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Beratung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Ordnung des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zuteil werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jeden Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Grundlagen des christlichen Volkslebens steht."

Zum Schlusse der Botschaft betonte der Kaiser, die Lösung aller dieser schwierigen Aufgaben sei in der kurzen Zeit einer Session nicht zu bewältigen; zur Anregung dieser Aufgaben und Lösung aber halte er sich vor Gott und Menschen, ohne Rücksicht auf den unmittelbaren Erfolg derselben, verpflichtet. Die Botschaft machte den tiefsten

Eindruck; aber nicht jubelnd, sondern stumm wurde sie vom Reichstage entgegengenommen.

Der Fürst legte darauf, im Mai 1882, dem Reichstage einen neuen, zweiten Entwurf der Unfallversicherung vor. Mit gleich schlechtem, ja, mit schlechterem Ausgange als das erste Mal. Der Entwurf kam nicht einmal über Kommissionsberatungen hinaus. Es blieb nun nichts mehr übrig, als auf den Reichszuschuß und das Reichsversicherungsamt zu verzichten, die Organisation, deren Verzwicktheit namentlich gegenüber dem frühern Entwurf bemängelt worden war, zu vereinfachen, sie, ebenfalls nach den Wünschen des Reichstages, möglichst selbständig und unbureaukratisch zu gestalten und endlich den Versuch der Durchführung nicht sogleich mit allen Arbeiterklassen zu machen, sondern nur mit denen der bisher schon haftpflichtigen Betriebe, der Bergwerke, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Steinbrüche, Gruben, Werften, Bauhöfe, Fabriken und Hüttenwerke.

Diesen Bedingungen entsprach ein dritter Entwurf vom März 1884. Er wurde nach manchen Änderungen vom Reichstage angenommen und Anfang Juli 1884 als Gesetz veröffentlicht. Und er ordnete die schwierige Materie nun endlich so gründlich und glücklich, daß seine Wohltaten schon früh auf viele weitere und schließlich fast auf alle Kategorien von Arbeitern und Beamten der Unternehmung, sowie auf die Beamten und Personen des Soldatenstandes ausgedehnt werden konnten. Vor allem beseitigte er die hauptsächlichsten Schwierigkeiten, mit denen bisher die Haftpflichtgesetzgebung zu kämpfen gehabt hatte, dadurch, daß er den Grundsatz durchführte, daß der Anspruch des Geschädigten nun nicht mehr zivilrechtlich gegen den Arbeitgeber ging, sondern öffentlich-rechtlich gegen das Versicherungsinstitut, dem er angehörte. Dadurch verlor dieser Anspruch die bisher oft hervortretende persönliche Schärfe, unterlag einer rein objektiven Beurteilung und wurde deshalb vom Arbeiter in ganz anderem Sinne als sein gutes objektives Recht betrachtet als bisher.

System des Gesetzes.

1. Es besteht öffentlich-rechtlich ein Versicherungszwang gegen Unfälle für beinahe alle Arbeiterkategorien, sofern ihr Jahresverdienst an Lohn oder Gehalt nicht 2000 Mark übersteigt. Er gilt für alle Unfälle, außer für vorsätzlich herbeigeführte.

2. Unfallentschädigung. Sie besteht

a) in den Kosten des Heilverfahrens von der 14. Woche ab. Bis dahin zahlen die Krankenkassen;

b) in einer Rente für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit. Sie beträgt zwei Drittel des Arbeitsverdienstes bei voller Erwerbsunfähigkeit, bei teilweiser einen verhältnismäßigen Bruchteil. Der Arbeitsverdienst wird dabei berechnet nach dem letzten Jahresverdienst des Verletzten, doch kommt ein 4 Mark übersteigender Verdienst nur mit einem Drittel zur Anrechnung. Ist der letzte Jahresverdienst des Verletzten geringer gewesen als der ortsübliche Tageslohn eines unqualifizierten Arbeiters, so wird nach diesem gerechnet;

c) bei Tod des Verletzten wird gezahlt: als Beerdigungskosten das Zwanzigfache des Tagesverdienstes, mindestens aber 30 Mark; für die Witwe 20 %, für jedes Kind bis zum 15. Jahr 15—20 % des Arbeitsverdienstes, höchstens aber im ganzen 60 %; für Aszendenten, die vom Verdienst des Verstorbenen leben, 20 %.

3. Die Kosten tragen die Unternehmer. Sie bilden zur Regelung der Versicherung Versicherungsgenossenschaften auf Gegenseitigkeit in der Form von Berufsgenossenschaften. Die Berufsgenossenschaft stellt den Schadenersatz auf Grund polizeilicher Untersuchung des Unfalls fest und leistet ihn durch Vermittlung der Postämter. Sie trifft Vorschriften zur Verhütung von Unfällen, die für ihre Genossen bindend sind.

4. Zur Kontrolle besteht ein Reichsversicherungsamt; daneben können einzelne Bundesstaaten auf ihre Kosten Landesversicherungsämter errichten.

5. Beruhigt sich ein Verletzter nicht bei den Festsetzungen seiner Berufsgenossenschaft, so kann er die Sache an ein Schiedsgericht bringen, bestehend zur Hälfte aus Arbeitgebern und zur Hälfte aus gewählten Vertretern der Arbeiter unter Vorsitz eines öffentlichen Beamten. Von hier ist nochmals Rekurs möglich an das Reichsversicherungsamt, wo ebenfalls Unternehmer und Arbeitervertreter urteilen.

Das Gesetz gelangte vom 1. Oktober 1885 ab zur Durchführung. Danach bestanden schon Ende 1885 57 Berufs-

genossenschaften für Unfallversicherung, nämlich 24 Berufsgenossenschaften, die durch das ganze Reich galten, mit etwa 1,4 Millionen Arbeitern, 22 Genossenschaften, die mehrere Bundesstaaten umfaßten, mit etwa einer Million, und 11 Landesberufsgenossenschaften mit etwa einer halben Million Arbeitern. Im ganzen waren 2,8 Millionen Arbeiter versichert. Sehr bald begann dann das Gesetz auch einen starken Einfluß auf die Veranstaltungen zur Verhütung von Unfällen zu äußern. Eine förmliche Technik, eine besondere Industrie entwickelte sich in dieser Richtung und wurde in hohem Grade von den Berufsgenossenschaften unterstützt. Die Folge war, daß Unfälle, die auf Mangel an Schutzvorrichtungen zurückzuführen waren, anfingen, immer seltener zu werden. Und zugleich nahmen die Unfälle, die den Tod oder dauernde Erwerbsunfähigkeit verursachten, in hohem Grade ab: dies wohl vornehmlich infolge besserer und rascher eintretender Hilfe des Arztes.

Man sieht, wie hier Unfalls- und Krankenversicherung in ihren Wirkungen zusammenfließen: die eine mußte unmittelbare Folge und Ergänzung der anderen sein. In der Tat war inzwischen als zweites der großen Versicherungsgesetze die Krankenversicherung sehr rasch und schließlich sogar noch vor dem Unfallversicherungsgesetz, Mitte Juni 1883, zustandegekommen.

Zum Verständnis dieses verwickelten Gesetzes muß noch einmal auf den Versuch einer teilweise wenigstens fakultativen Krankenversicherung der Arbeiter vom April 1876 zurückgegriffen werden. Nach dem Gesetze vom 7. April 1876 konnten die Arbeiter freie Krankenkassen mit freigestelltem Eintritt errichten; wollten sie für diese Kassen die juristische Persönlichkeit erwerben, so mußten sie dem Statut gewisse vorgeschriebene Normativbestimmungen zugrunde legen: solche Kassen hießen dann eingeschriebene Hilfskassen. Nach dem Gesetze vom 8. April 1876 konnten außerdem Gemeinden für alle Arbeiter ihres Bezirks eine Gemeindekrankenkasse begründen: diese war dann eine

Zwangskasse für alle Arbeiter, die nicht eingeschriebenen Hilfskassen angehörten. Indes die Bildung der Kassen beider Art, in das Belieben der Arbeiter und Gemeinden gestellt, war nur überaus langsam vor sich gegangen. Es zeigte sich also, daß man mit freigestellten Vorschriften nicht vorwärts kam; die Einführung des Versicherungszwanges schien unausweichlich. Indem sie nun aber ins Auge gefaßt wurde, galt es doch zugleich, die schon bestehenden freien Kassen und Gemeindekassen zu schonen: und das verwirrte den Aufbau des neuen Gesetzes.

Nachdem das Gesetz einmal erlassen war, waren die Erfolge dann allerdings bedeutend; schon Ende 1885 war mehr als der zehnte Teil der Nation im Reiche gegen die Folgen von Krankheit versichert; und die Ziffer hob sich bis Anfang 1890 auf 13,4 vom Hundert.

System des Gesetzes.

1. a) Jeder gegen Gehalt oder Lohn auf mindestens eine Woche beschäftigte Arbeiter muß von seinem Arbeitgeber versichert werden.

b) Die Versicherung muß erfolgen durch obligatorischen Beitritt des Arbeiters zu irgendeiner Arbeiterkrankenkasse.

2. Als Arbeiterkrankenkassen werden begründet:

a) die Ortskrankenkassen; Kassen, welche von der Gemeinde durch Zusammenfassung der Arbeiter meist gleichen Berufs eingerichtet werden. Die Mitgliederzahl soll mindestens 100 betragen. Diese Kassen sind als die normalen Kassen gedacht;

b) die Betriebskrankenkassen; besondere Kassen für je einen größeren Betrieb. Spielarten sind: die Fabrik- und Baukrankenkassen, die Knappschaftskassen (die aber auch weitere Aufgaben haben), in gewissem Sinne auch die Innungskrankenkassen;

c) aushilfsweise neben diesen Kassen treten ein die Gemeindekrankenkassen da, wo weder Orts- noch Betriebskrankenkassen zustande kommen. Sie gelten für alle Arbeiter einer Gemeinde, die in keiner anderen Kasse sind.

3. Leistungen der Krankenkassen.

a) Die Mindestleistungen gibt die Gemeindekrankenkasse: freie ärztliche Behandlung, freie Arznei und durch 13 Wochen

vom 3. Tage der Erkrankung ab ein Krankengeld in der Höhe der Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter. Nach den 13 Wochen tritt die Wirkung der Unfallversicherung ein.

b) Höhere Leistungen geben Orts- und Betriebskrankenkasse: höheren Krankenlohn nach Maßgabe der Lohnhöhen der in ihnen vertretenen Arbeiter, Unterstützungen an Wöchnerinnen auf 3 Wochen nach der Niederkunft, Sterbegelder beim Tode von Mitgliedern.

4. Aufbringung der Mittel.

Es zahlen ein Drittel die Arbeitgeber, zwei Drittel die Arbeiter; haftbar für die Zahlung sind durchaus die Arbeitgeber. Sie haben ihre Arbeiter anzumelden, und sie ziehen diesen ihre zwei Drittel sogleich bei der Lohnzahlung ab.

Die Beiträge dürfen bei den Gemeindekrankenkassen nicht mehr betragen als in der Regel 1½, höchstens 2 % des ortsüblichen Tagelohns; bei den anderen Kassen können sie für gewisse Leistungen bis zu 3 % des durchschnittlichen Lohnes der Mitglieder gesteigert werden.

Waren mit Unfall- und Krankheitsversicherung wichtige Erfolge zur Beseitigung unverschuldeten Unheils aller kapitallosen Volksgenossen erreicht, so fehlte doch noch die in der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 in Aussicht gestellte Krönung des Gebäudes, die Alters- und Invaliditätsversicherung. Und lange ließ eine Vorlage in dieser Richtung warten. Mehr als einmal versuchte der Fürst vergebens, dem Reiche zunächst die höheren Einnahmen zu verschaffen, deren Bestand er zur Durchführung der kühnen und gewaltigen Aufgabe für unerläßlich hielt. Schon begann sich im Reichstage der Spott zu regen: da erschien, am sechsten Jahrestage des Erlasses der kaiserlichen Botschaft von 1881 und wenige Monate nach der Bewilligung der Branntweinsteuer, nach tausend Umarbeitungen ursprünglicher Pläne und somit wenigstens ein Erzeugnis der weitesten bureaukratischen Erfahrung, der Entwurf zu der großen Versicherung in der Öffentlichkeit; und Kaiser Wilhelm der Alte hatte noch die Freude, damit den Abschluß der sozialen Gesetzgebung nach seinem und des Fürsten Sinne wenigstens aus der Ferne zu erblicken.

An den Bundesrat aber wurde der Entwurf, nachdem er längere Zeit die öffentliche Kritik erfahren hatte, erst unter Kaiser Friedrich verwiesen, Mai 1888; und dem Reichstage ging er erst mit einer Botschaft Wilhelms II. vom 22. November 1888 zu. Diese Botschaft aber sprach sich, entsprechend den mancherlei Bedenken des Fürsten namentlich zu dem organisatorischen Teile des Entwurfes, über das Schicksal der Vorlage sehr zurückhaltend aus: sie wurde nur, trotz „umfänglicher Vorarbeiten", als ein gangbarer Weg" zur Erreichung des vorschwebenden Zieles bezeichnet, — so heiß sich auch der Fürst die „700000 kleinen Rentner" wünschte, die ihre Pension vom Reiche beziehen und sich sagen sollten: „Wenn der Staat zugrunde geht, verliere ich meine Rechte." Um so merkwürdiger war es auf den ersten Augenblick, daß die allgemeinen Grundsätze der Vorlage im Reichstag kaum noch stärkerem Widerstande begegneten. Und doch ist dieser Verlauf im Grunde leicht zu erklären: durchaus schon hatte inzwischen der Gedanke einer Lösung wichtigster Seiten der sozialen Frage auf dem Wege der großen Versicherungen im Volke Fuß gefaßt. Freilich, im einzelnen ergaben sich trotzdem noch tausend Bedenken, und nur mit Mühe wurde schließlich das vielfach umgestaltete Ganze Ende Mai 1889 mit 185 gegen 165 Stimmen Gesetz. In den Jahren 1890 und 1891 ist es dann allmählich in Kraft getreten.

Vom politischen Standpunkte aus ist für dieses letzte große Gesetz charakteristisch, daß nun endlich der Fürst doch seine Lieblingsidee einer Beteiligung des Reiches durchsetzte: weil eine andere Art, die außerordentlichen finanziellen Schwierigkeiten zu bewältigen, unmöglich schien. Ist doch der Zuschuß des Reiches allein für die Invaliden nach Eintritt voller Wirksamkeit des Gesetzes bei 1250000 Beteiligten auf 62½ Millionen Mark jährlich berechnet worden. In anderen Fragen zentralistischer Behandlung dagegen siegte auch diesmal in der Hauptsache der Partikularismus des Zentrums. So kam namentlich, sehr gegen

den Willen des Fürsten, keine allgemeine Reichsversicherungsanstalt zustande, sondern statt dessen eine Fülle von Landesanstalten mit gegenseitiger Abrechnung: was die technische Ausgestaltung des Verwaltungsapparates gewaltig erschwert hat.

System des Gesetzes.

1. **Grundlagen:** Für alle Lohnarbeiter über 16 Jahre einschließlich der Dienstboten, ferner für niedere Betriebsbeamte und Handlungsgehilfen, welche gegen baren Lohn beschäftigt sind, tritt Versicherungszwang gegen Invalidität und Alter ein, so daß ihnen vom Zeitpunkt ihrer Invalidität oder vom 70. Jahre ab eine bestimmte Lebensrente zusteht. Der Bundesrat kann diesen Zwang auch ausdehnen auf kleine Betriebsunternehmer, besonders Hausindustrielle. Ferner können heute diese oder verwandte Klassen freiwillig eintreten.

2. Die **Altersrente** tritt ein, wenn ein Versicherter 30 Jahre seine Beiträge (über diese unten Genaueres) geleistet hat; die **Invaliditätsrente**, wenn er das 5 Jahre getan hat. Als Jahr im Sinne des Gesetzes gelten dabei stets 47 Beitragswochen, die nicht aufeinander zu folgen brauchen, die aber auch nicht durch eine längere beitragslose Frist als 4 Jahre unterbrochen sein dürfen.

Dies die Bestimmungen, wenn erst einmal das Gesetz völlig durchgeführt ist; für den Anfang gelten natürlich sehr abgekürzte Fristen.

3. Zur **Durchführung der Versicherung** wird folgende Organisation geschaffen:

Es werden Versicherungsanstalten begründet, die je ein Land oder eine Provinz umfassen; alle Arbeiter dieses Landes oder der Provinz gehören zwangsweise der betreffenden Versicherungskasse an.

An der Spitze jeder Anstalt steht ein Staats- oder Provinzialbeamter nebst einem Ausschuß der Arbeitgeber und Arbeiter, dazu ein Staatskommissar (im Sinne eines Staatsanwalts) und ein Schiedsgericht.

Über allen Versicherungsanstalten steht das Reichsversicherungsamt als oberste Instanz.

4. **Aufbringung der Mittel.**

a) Das Reich gibt einen besonderen Zuschuß, übernimmt die Rentenzahlungen, soweit sie für die Zeit militärischer Dienst-

leistung zu gewähren sind, stellt die Post zur Ein- und Auszahlung zur Verfügung.

b) Arbeitgeber und Versicherte tragen zu gleichen Teilen bei, und zwar nach vier Lohnklassen der Arbeiter, je nachdem der Jahresarbeitsverdienst bis zu 350 Mark geht (I. Klasse) oder sich zwischen 350–550, 550–850 und über 850 Mark hält (II., III., IV. Klasse). Die Höhe der Beiträge wird für mehrjährige Zeitperioden mit Rücksicht auf das eintretende Bedürfnis festgestellt. Für die ersten zehn Jahre ist die Höhe gesetzlich (sehr hoch, um kein Risiko zu haben) fixiert auf 14 Pf. für die Woche in der I. Klasse, 20, 24, 30 Pf. in der II., III. und IV. Klasse.

5. Erhebung der Beiträge der Arbeitgeber und Arbeiter.

Jeder Arbeitgeber ist für die Beiträge seiner Arbeiter verantwortlich; er kann sie durch Lohnabzüge einbehalten. Der Beitrag wird gezahlt, indem der Arbeitgeber auf einer Quittungskarte Marken einklebt. Diese Quittungskarten lauten auf die erste Versicherungsanstalt, in die ein Arbeiter eingetreten ist, werden, wenn sie vollgeklebt sind, an die Post abgegeben und von dieser alle dieser ersten Versicherungsanstalt zugeführt, auch wenn der Versicherte in den Bereich anderer Anstalten übertritt, so daß in deren Akten sich ein volles Bild der Beitragszahlungen des betreffenden Arbeiters findet. Der Arbeiter erhält seinerseits Quittungen über die der Post eingereichten Quittungskarten.

6. Zahlung und Höhe der Renten.

Die Renten stufen sich nach der Zahl der Quittungskarten, d. h. nach der Anzahl der Beitragswochen, ab. Sie werden von der Post gezahlt. Die Berechnung der Anteile der einzelnen Versicherungsanstalten an ihnen übernimmt ein besonderes Rechnungsbureau im Reichsversicherungsamt.

Die Renten belaufen sich:	Lohnklassen				
	I	II	III	IV	
Invalidenrente nach Ablauf von 5jährigen Beiträgen	114,70	124,00	131,15	140,55	Minim
Invalidenrente nach Ablauf von 50jährigen Beiträgen	157,00	251,00	321,50	415,50	Maxim.
Altersrente nach Erreichung des 70. Lebensjahres	106,40	134,60	162,80	191,00.	

Die Begründung der Versicherung gegen die Sorgen des Alters und vorzeitiger Gebrechlichkeit ist die letzte große sozialpolitische Tat des Fürsten Bismarck gewesen. Und er selbst betrachtete damit eine Politik, die der sozialen Frage vornehmlich auf dem Versicherungswege beikommen wollte, wohl als der Hauptsache nach erschöpft und vollendet. Freilich sind seitdem noch Pläne weiterer Versicherungen aufgetaucht und wurden auch schon zur Zeit der Kanzlerschaft des Fürsten erörtert: somit am frühesten die einer Witwen- und Waisenversicherung und einer Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit. Aber während sie vielleicht noch in weitem Felde standen, hatte sich inzwischen das große sozialpolitische Gesamtwerk der achtziger Jahre eingelebt und als Ganzes auch im wesentlichen bewährt. Gewiß hat es noch manches Nachbesserns an den einzelnen Gesetzen bedurft, ganz abgesehen von der allmählichen Ausdehnung auf weitere Bevölkerungsklassen, die sie fast alle erfahren haben: so ist die Krankenversicherung schon im Jahre 1892 einer Revision unterzogen worden, so beruht die Alters- und Invaliditätsversicherung heute auf einem Gesetz aus dem Juli 1899, und die geltende Form des Unfallversicherungsgesetzes datiert von Ende Juni 1900. Nicht minder hat man wohl auch gedacht, das gesamte Versicherungswesen dadurch vereinheitlichen zu können, daß man es auf ein und derselben Organisation, statt der zunächst für alle drei Gesetze sehr verschiedenen Grundlagen, aufbaut; schon der Fürst hatte bestimmte Absichten in diesen Sinne, und es war ein Lieblingsgedanke von ihm, sich die Unfallversicherungsgenossenschaften als Grundlage einer gemeinsamen Einrichtung dieser Art vorzustellen und ihnen in ihrem so erweiterten Dasein auch noch andere Funktionen, wohl gar entschieden politische, zuzumessen.

Sicherlich aber hatte sich die Wirkung der Gesetze schon bis zum Schlusse des Jahrhunderts in voller segensreicher Breite entfaltet. Schon zehn Jahre nach dem Eintritt der großen sozialpolitischen Gesetzgebung gab es 21 700 Kranken-

kassen mit über 7½ Millionen Versicherten; gegen Unfälle waren 18 Millionen Personen bei 112 Berufsgenossenschaften versichert; die Zahl der Rentner betrug über 230000 und die der Alters- und Invaliditätsversicherten erhob sich auf 11¼ Millionen. Nach Daten aus dem Jahre 1902 aber umfaßte die Krankenversicherung etwa 10 Millionen Personen, und zwischen 3 und 4 Millionen Kranke erhielten jährlich 140 bis 150 Millionen Mark an Unterstützungen Gegen Unfall waren mehr als 18 Millionen Personen versichert; etwa 600000 Verletzte im Jahresdurchschnitt bezogen 70 bis 75 Millionen Mark Entschädigungen. Die Invaliditäts- und Altersversicherung umfaßte etwa 13 Millionen Personen; die Rentner waren auf rund 650000 gestiegen und bezogen jährlich rund 70 Millionen Mark. Die Ausgaben für die Verwaltung eingerechnet, wurde täglich etwa eine Million Mark für die Arbeiterversicherung aufgewendet; und die bis dahin gebotenen Leistungen betrugen schon mehr als 3 Milliarden. Das angesammelte Vermögen aber der Versicherungsanstalten, etwa eine Milliarde, war so angelegt, daß seine Rente zugleich zum großen Teile weitere Gebiete der Sozialreform befruchtete. So diente es z. B. der Bekämpfung von Volksseuchen und sonstigen Aufgaben der Gesundheitspflege, dem Bau von Arbeiterhäusern und der Durchführung einer ganzen Fülle anderer Einrichtungen zur Wohlfahrt der Arbeiter. Und was noch wichtiger war: nicht bloß das materielle Dasein der unteren Schichten ergab sich durch die Versicherungsgesetze als beträchtlich gehoben und freier gestaltet, auch die sittlichen Wirkungen waren bedeutend: sie offenbarten sich in der besseren sozialen Erziehung der Massen, in den Anfängen eines wohlwollenderen Zusammenarbeitens von Unternehmern und Arbeitern, in der Milderung der Klassengegensätze, in der Anbahnung einer Versöhnung überhaupt der so lange widerstreitenden Interessen der beiden modernsten Stände und in der Kräftigung des sozialpolitischen Pflichtbewußtseins hin durch die verschiedensten Schichten des Volkes.

Äußere Politik.



I.

1. Nicht anders als die Schicksale des einzelnen Menschen sind auch die Geschicke der Nationen tief in deren innerer Entwicklung verankert und in ihren entscheidenden Hauptzügen gradezu Ausdruck nur dieser. Was aber wäre von einem solchen Gesichtspunkte her nicht alles zu sagen, wollte man von ihm aus die äußere Politik der jüngsten Vergangenheit zur vollen Genüge erklären! Fast alles, was in dem vorliegenden und in anderen Bänden dieses Werkes erzählt wird, müßte unter anderer Beleuchtung wiederholt werden; hinab wäre zu steigen in den Schacht der rassenmäßigen Genesis der Nation: zu zeigen etwa, wie sie, aus sehr verschiedenen Bestandteilen, keltischen, germanischen, slawischen. mongolischen und semitischen auch heute noch nicht zu vollem Gleichmaße gemischt, bei allen germanischen Obertönen doch das Moment des kosmopolitischen in sich trägt, und darzulegen, wie schon dies primitivste und natürlichste aller Elemente inneren Werdens deutschem Tun auch nach außen hin eine bestimmte Signatur gibt, tausend anderer, später hinzugekommener Einschläge nicht zu gedenken.

Aber auch dann, wenn wir von diesen tiefsten Bestimmtheiten unseres Wesens hinweg in den Bereich dessen treten, was man im weitesten Sinne des Wortes Umwelt der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart nennen kann, finden wir Elemente, die gerade für die äußere Politik von jeher in entscheidender Weise bestimmend gewesen sind und diesen Charakter vielleicht am allermeisten gerade für die neuesten Zeiten und die Gegenwart an sich tragen.

Welche Gegensätze schon rein klimatischer Art umfängt

da doch das ganze zusammenhängende Gebiet der deutschen Volkssitze gegenüber den weit geschlosseneren Bereichen der zunächst wetteifernden westeuropäischen Nationen, der Engländer, Franzosen, Italiener! Drängen doch diese Sitze zu drei an sich verschiedenen Meeren hinab, zu dem heroischen Nordmeer mit seinem ozeanischen Charakter, zur idyllischen Ostsee mit ihrem weiten Binnenverkehr und zu jener leuchtenden Adria, der Eingangspforte zu dem geschichtlichen Weltmeer der Antike! Und doch sind es auch diese großen Gegensätze noch nicht, die geographisch das äußere Schicksal der Nation an erster Stelle bestimmt haben. Für ein solches Schicksal wird ja immer die Peripherie der nationalen Sitze, der Umgang, in dem sich Volk und Volk berühren, der Grenzsaum von besonderer Bedeutung sein. Und hier ist es nun die fundamentale Tatsache unserer Geschichte, daß Deutschland von Natur aus nur zwei feste Grenzen aufweist: im Norden die See und im Süden die Alpen. Und selbst von diesen Grenzen steht die der Alpen nicht völlig fest: Pässe und Quertäler durchbrechen sie und haben früh den Weg zu gewaltigen Vorstößen nach Süden gewiesen. Wie aber steht es mit den anderen Grenzen? Die Ausdehnung nach Ost wie West zeigt hier die größte geographische Indifferenz; es fehlt ihr gleichsam das Grenzhafte; der strategischen Abschnitte zwischen dem Rheine und Paris gibt es etwa ein halbes Dutzend; die nordostdeutsche Tiefebene geht allmählich in das russische Tiefland über, und im Südosten weist gar das Donauland aus dem eigenen Gebiete hinaus, ohne daß der Fluß doch, im eigentlich deutschen Gebiete seinem überwiegenden Verlaufe nach noch kein Strom und späterhin lange durch gefährliche Schwellen gesperrt, aufs unmittelbarste zur Talwanderung einlüde.

Wie anders geschlossen erscheint da doch schon Frankreich mit nur einem variablen Grenzsaum, dem gegen Deutschland; und wie geographisch fest gegürtet haben gar Spanier und Italiener und noch viel mehr Engländer und

Nordgermanen von vornherein ihre Fahrt in die Unendlichkeit der Jahrhunderte angetreten! Geographisch unstet war ihnen gegenüber und halb nomadisch gleichsam das deutsche Volk und ist es zum Teil noch heute; und in gewaltigen Ausschlägen nach Ost und West ist seine äußere Geschichte verlaufen.

Der Beginn unserer geschichtlich bekannten Schicksale zeigt zunächst ein ungeheures Ausschlagen, ja mehr als das: eine geradezu mit dem Verluste der Heimatsitze verbundene Ausdehnung nach Westen. Von jenen prähistorischen Gegenden im Süden und Südwesten der Ostsee her — denn auch Mecklenburg beherbergte einmal die stolzesten Höhepunkte germanischer Kultur — ergossen sich die Germanenstämme, wie sie bis zur Weichsel saßen, nach dem Nieder- und Mittelrhein und bald auch dem Oberrhein zu: und im Verlaufe einer ersten, uns nur sehr bruchstückmäßig bekannten Völkerwanderung entstand im ersten halben Jahrtausend vor Christus jenes Völkerbild Germaniens, das uns Tacitus mit der Hand eines noch heute nicht übertroffenen Meisters der Völkerkunde beschrieben hat. Und damit nicht genug des Dranges nach Westen. Hatten Wanderungen aus dem Lande der Chatten — die Hessen sind der einzige deutsche Stamm, der in geschichtlich beglaubigten Zeiten so ziemlich vollkommen seine Heimat bewahrt hat — nach den Rheinmündungen schon vor Cäsars Zeiten die erste Grundlage jener großen Stammesbildung gelegt, die ein paar Jahrhunderte später im Rheindelta wie in den hessischen Bergen und dem Zwischenlande zugleich als die fränkische hervortritt, so sehen wir bald darauf auch am Oberrhein die Deutschen den Fluß und die Gebirge zu seiner Linken überschreiten: tief ergießen sich die Alamannen in die schweizerische Hochebene und in heute französische Lande; die Burgunden begründen ihre Königreiche an der Rhone, und auch die Franken dringen von Norden her gegen die weit in die belgische Tiefebene hinein blauenden Hügelreihen vor, in denen die Ardennen nach Calais hin ab-

fallen, nehmen sie ein, setzen sich bis zur Somme fest und erreichen in einzelnen Vorposten noch über die Seine hinaus die Loire.

Es war ein Ausschlag der nationalen Bewegung nach Westen, der bei seiner unvergleichlichen Wucht — keltische Stämme wurden dabei massenhaft über See nach England geworfen — nicht ohne Verluste im Osten vor sich gehen konnte. Dies um so mehr, als ja von hier, von den Ländern zwischen Elbe, Oder und Weichsel und durch sie hindurch von Skandinavien her edelste germanische Stämme nach Südosten abzogen, nördlich den Sudeten und Karpaten entlang, mit der Richtung auf die Donaumündungen und Byzanz: die Helden einer zweiten großen germanischen Völkerwanderung, der zumeist eigentlich so genannten: jene Streiter, die todesmutig die Rasse der Verjüngung alternder Nationen des Mittelmeeres opferten. Und so entstand zwischen Weichsel und Elbe, ja bis zum Harze und den welligen Vorlanden der Thüringer Berge gleichsam ein ethnisches Vakuum, die Maurunga, das Land wüstgelassener, nicht abgeweideter Grasnarbe, wie es anschaulich unsere Altvordern nannten; und der Vormarsch nach Westen wie der Abmarsch nach dem europäischen Osten bedeutete zugleich stärkste ethnische Verschiebung, volles Verlassen der alten Heimat. In die weiten Flächen der Maurunga aber zog leise und langsam, kaum daß eine Quelle meldet, wann und wie, eine andere Rasse ein, das Slawentum, ein neues Element und ein schwer zu bewältigendes Gärungsmittel der späteren deutsch-nationalen Bildungen.

Dem westlichen Ausschlagen aber folgte, nachdem dieses in den geographischen Höhepunkten der Bewegung zu einem ersten großen mitteleuropäisch-germanischen Reiche, dem Frankenreiche, geführt hatte, eben aus dem Kraftüberflusse dieses Reiches heraus ziemlich rasch ein ganz anderes, entgegengesetztes: nach Osten. Schon die Merowingerkönige haben nach Osten zu Erwerbungen gemacht; Karl

der Große hat dann in dieser Richtung dem neuen Imperium beigebracht, was deutsch-germanisch war, Sachsen und Bayern, und darüber hinaus Nordgermanen Schleswigs, Slawen der Elb- und Donaugebiete und die Awaren Ungarns. Und schon vorher hatten Sachsen und Bayern in harten Stammeskämpfen und Kriegsläuften von Tag zu Tag die germanischen Grenzen zuungunsten der Slawen verschoben. Als dann aber mit den Ottonen ein deutsches Reich kaiserlicher Krone entstand, dessen Könige eben in den kritischen Gegenden des neuen Vordringens Heimat hatten und Herrschersitz: da wurden erst recht die Slawenkämpfe aufgenommen; und nicht minder festigten hochgemute Grafengeschlechter und zähe Kirchenfürsten den deutschen Einfluß unter den Slawen des Donautals und der östlichen Alpen.

Die folgenden Jahrhunderte haben dann eine Verbreiterung dieses ganzen Zuges gen Osten gebracht. Anfangs in nicht geringem Maße Bestandteil der Königspolitik, ward er im Verlaufe des 11. und 12. Jahrhunderts Sache der Fürsten: bis in der hohen Stauferzeit die Nation selbst in all ihrer Breite und Tiefe das Werk als ein Herzenswerk übernahm und jene herrlichsten Zeiten hereinbrachen, in denen das ganze Ostelbien und nicht geringe Teile Österreichs, vielleicht mehr als die Hälfte der heutigen deutschen Sitze, erst der Nation gewonnen wurden. Es ist eine Bewegung gewesen, die noch lange über das 13. Jahrhundert fortbrandete, wenn ihr auch seit dem 14. Jahrhundert immer festere Staatsbildungen der östlichen Nachbarn, Russen, Litauer, Polen, Magyaren, entgegentraten; noch bis ins 15. Jahrhundert hinein ist gelegentlich tief im äußersten Polen kolonisiert worden, und die Siebenbürger Sachsen sind erst seit dem 14. Jahrhundert aus ihren stolzen Randbergen in das heutige Rumänien und die Bukowina hinabgestiegen und haben dort Dörfer mit deutschem Hufenschlag und Städte mit deutschem Gemeinderecht gegründet.

Im ganzen aber bedeutete doch das Ende der mittel-

alterlichen Jahrhunderte auch den Schluß dieser wunderbaren Bewegung: der größten Tat unseres Volkes als eines nationalen Körpers bis auf unsere Tage Ja es trat ein gewisser Rückschlag ein, eine Reaktion der im Anlauf von so vielen Generationen überrumpelten östlichen Völker. Und im Westen machte sich, wie einstens in der früheren Periode umgekehrten Ausladens, ein gewisses, wenn auch nur geringes Rückströmen der nationalen Kräfte bemerkbar. Nicht vergebens hatten gerade die Westkonturen des deutschen Volksbereiches, am dichtesten bevölkert, die meisten der Auswanderer nach dem Osten gestellt: Holländer waren an der Nordsee erschienen, Vlamen hatten ganz Nordostdeutschland mit ihrem Wesen durchsäuert, Luxemburger und Moselländer waren so zahlreich nach Siebenbürgen gegangen, daß der siebenbürgische Dialekt noch heute sich als reiner Tochterdialekt des Moselfränkischen erweist und tausend Dorf- und Flurnamen aus Eifel und Hunsrück in den Tälern Siebenbürgens widertönen; West- und Südtiroler waren das Pustertal hinabgezogen in die breiteren Flächen Steiermarks und der karantanischen Mark und in die kalkigen Höhen der Grafschaft Görz und des fernen Istriens. So versteht es sich, wenn an den westlichen Grenzen ein leises Nachlassen des Deutschtums eintrat; doch war es im heutigen Belgien gering, etwas stärker wohl in Lothringen — Metz scheint doch schon einmal, im früheren Mittelalter, deutsch gewesen zu sein —, nicht unbedeutend wohl auch, wenngleich anscheinend erst später eintretend, in den südwestlichen Tälern Tirols und in den üppigen Landen am Ausgang der Brennerstraße um Verona bis hin zu den Euganeischen Hügeln, zu jenem ager Vicentinus, ja Paduanus, der noch im 15. Jahrhundert deutscher Landpfarrer bedurft hat.

Ist nun dieser gewaltigen Ausladung nach Osten eine erneute Reaktion nach Westen zu gefolgt? Oder bilden die beiden großen Wellen des ersten Jahrtausends und der ersten Hälfte des zweiten eine spezifisch mittelalterliche Erscheinung?

Kein Zweifel, daß Bewegungen wie die erzählten ihrem Ursprunge nach von tiefsten wirtschaftlichen und sozialen Veranlassungen abhingen. Indes ihrem Verlaufe nach waren sie doch nicht wenig auch von den technischen Mitteln der Fortbewegung mitbedingt. Und in dieser letzteren Hinsicht sind nun — darüber besteht kein Zweifel — die beiden Ausbreitungen des früheren und späteren Mittelalters Ausdruck dort einer nomadisch-primitiv-naturalwirtschaftlichen, hier einer bäuerlich-durchgebildet-naturalwirtschaftlichen Zeit und stehen damit unter Bedingungen, die sich später in diesem Sinne nicht wiederholt haben. Gewiß haben ja auch später noch Fürsten der absoluten Monarchie im ganzen in der bäuerlichen Weise des 13. und 14. Jahrhunderts kolonisiert: so die Hohenzollern in Brandenburg und östlich der Mark, so die Habsburger in Ungarn und auch noch in Galizien und der Bukowina, die erst in den Jahren 1772 bis 1774 in ihren Besitz gelangten. Aber diese Erscheinungen waren, an sich bedeutend genug, dennoch klein im Verhältnis zu der volkstümlichen Besiedlung des 12. bis 14. Jahrhunderts. So wenig aber wie diese noch mit der raschen Verschiebungsfähigkeit ganzer Völkerschaften erfolgte, die uns in der Zeit der Völkerwanderung, eine Folge noch halb nomadischer Wirtschaft, entgegentritt, so wenig sind heute, nach den ungeheuren Wandlungen der Volkswirtschaft seit dem Aufkommen der freien Unternehmung, noch bäuerliche Kolonisationen im Stile des hohen Mittelalters möglich und möglich gewesen.

Vielmehr hatten die modernen Transportmittel dem sozialen und wirtschaftlichen Keim der früheren großen Ausschläge, dem Wandertrieb, eine völlig veränderte Erscheinungsweise und eine ganz andere Möglichkeit der Befriedigung gegeben. Gewiß, auch jetzt wurde noch im Innern kolonisiert; die kultivierte Fläche allein innerhalb des Reiches stieg von 25,8 Millionen Hektar im Jahre 1878 auf 32,5 Millionen im Jahre 1895, und das Problem weiterer Förderung dieser inneren Besiedlung, namentlich der Moorgegenden,

bildet auch heute noch einen wichtigen Gegenstand innerer Politik. Indes von einem Kolonisationszug großen Stiles in Nachbarlande, von einer Verschiebung gar ganzer großer Teile der Nation in nachbarlichen Bereich derart, daß sie Gegenstand der Sorgen äußerer Politik wäre, ist für unser Volk längst nicht mehr die Rede. Der Umfang des nationalen Besitzes in Mitteleuropa steht im wesentlichen fest: und wer aus ihm wegwandert, der setzt sich seit dem Zeitalter der Eisenbahnen und Dampfschiffe, ja vielfach schon seit dem Zeitalter größeren überseeischen Verkehrs überhaupt nicht so sehr an seinen Rändern fest, sie stetig erweiternd, wie er hinausfährt in alle Welt, ein freier Herr seines Schicksals unter Gottes Sonne, wo sie auch leuchte. So ist an die Stelle der Volksverschiebung und Gebietserweiterung die moderne Auswanderung im spezifischen Sinne getreten: und Probleme sind damit erstanden, die, weil höchst wichtiger Natur, später gesondert behandelt werden müssen.

Hier dagegen kommt es darauf an, zunächst einige politische Folgerungen aus den beiden großen mittelalterlichen Besiedlungsvorgängen zu ziehen: Folgerungen, deren Gewalt noch heute in elementaren politischen Wirkungen fortwährt. Da wäre vor allem zu betonen, daß sich innerhalb der ersten Ausbreitung, der nach Westen, überhaupt erst der Körper der heutigen deutschen Nation zu bilden begonnen hat: seine wesentlichsten und ursprünglichsten Bestandteile, die Stämme der Alamannen, Schwaben und Franken, indirekt auch die der Bayern und Sachsen sind erst aus den Verschmelzungen dieser Wanderungen hervorgegangen. Nicht minder aber hat der westliche Vormarsch erst die heute bestehende Amalgamierung mit keltischen Elementen zur Folge gehabt oder wenigstens vorbereitet. Als dann, nachdem im Ärmelkanal die äußerste Westgrenze erreicht worden war, die entgegengesetzte Bewegung nach Osten begann, da war es von großer Bedeutung, daß ihr das politische Übergewicht, das in der Zeit äußerster Westbewegung, unter den Merowingern, in Doesburg bei

Brüssel, in Soissons und in Paris gelegen hatte, allmählich nach Osten zu folgen anfing. Es ist ein höchst interessanter Vorgang, in dem, vom 8. Jahrhundert ab gerechnet, der Reihe nach Aachen, Mainz und Köln, die oberrheinischen Bischofsstädte, später Augsburg und Nürnberg, schließlich Kolonialstädte wie Lübeck und Wien noch im Mittelalter als jeweils wichtigste deutsche Städte auftauchen. Nun ist es gewiß richtig, daß jede mittelalterlich-naturalwirtschaftliche Kultur an sich einen stark zerstreuenden Charakter hat: wer wird es nicht schon empfunden haben, wenn er beim Durchwandern der deutschen Heimat an heute unwirtlichen Stellen der Ebenen auf die Ruinen so mancher Gotteshäuser, in den stillen Höhen der Berglande auf die Reste so vieler Burgen stößt! Gleichwohl ist nicht zu verkennen, daß das oszillatorische Element innerhalb der deutschen Seßhaftmachung doch zu einer noch viel stärkeren Verteilung wichtiger Zentralen hin über den deutschen Boden geführt hat, als sie in der Konsequenz mittelalterlicher Kultur an sich lag. Und auch die Entwicklung der Territorien ist keineswegs allein und an erster Stelle Anlaß der auch noch heute so besonders reichen örtlichen Verteilung der deutschen Kultur gewesen; nur die wenigen Residenzstädte größeren Umfanges, Hannover, Kassel, Karlsruhe, vor allem Berlin, werden ihr verdankt; die alten Stadtzentren mit ihren Domen und Rathäusern und dem ganzen architektonischen Prunkapparat früher städtischer Demokratien dagegen sind in ihrer reichen Verteilung nicht zum geringsten aus der Erscheinung des langsamen Drängens nach Osten hervorgegangen. Und die territoriale Zersplitterung, ist sie zum Teil nicht auch ein Erzeugnis dieses Schwankens?

Aber von noch ungleich größerer Bedeutung für die Gegenwart und auch ihre äußere Politik waren die Folgen des letzten und definitiven Ausschlages der östlichen Welle, der großen Besiedlung Ostelbiens und der Gebiete des Südostens. Zunächst: wie sich in der westlichen Ausladung die Verdichtung der westgermanischen Stämme zur deutschen

Nation und ihre Amalgamierung mit keltischen Elementen zu vollziehen begonnen hatte, so kam es jetzt zu einer gleichsam zweiten Schöpfung, mindestens zu einer Analogieschöpfung der Nation: ein neues, koloniales Deutschtum erwuchs, und die ihm angehörigen neuen nationalen Massen unterlagen ebenfalls einer Amalgamierung, diesmal mit slawischen und slawisch-mongolischen Elementen.

Und nun stelle man sich anschaulich vor, was dieser Prozeß bedeutete. Was unterscheidet die koloniale Abart einer Rasse von dieser selbst? Was den Engländer vom Yankee, den Japaner — wenn wir ihn hier anführen dürfen — vom Südchinesen, was den Inselmalaien von dem des Festlandes? Es sind immer wieder dieselben Züge: freierer Blick, größere Energie, entschiedeneres Zugreifen: die Eigenschaften, die heute den Berliner, den edelsten Typus vielleicht des Kolonialdeutschen, unbeliebt machen in den Städten des Mutterlandes, des Südens und Westens. Und wie leicht erklärt sich das Wachstum dieser Eigenschaften! Leiten wir sie speziell aus der deutschen Geschichte her, so ergibt sich: der Bauer, der aus dem intensiven Anbau seiner Heimat hineinwanderte in die Wüstenei des Ostens, bedurfte bei extensiverer Wirtschaft größerer Landflächen zu Erzielung des gewohnten Gewinns: so erhielt er eine Hufe von doppeltem Ausmaß; und das hieß Erweiterung seiner Raumvorstellungen auf das Doppelte. Ganz Ähnliches aber galt im Kolonialgebiete auch für die Anlage einer Stadt wie für die Gründung eines fürstlichen Territoriums: überall mußten die Ausmessungen weit größer genommen werden als in dem heimatlichen Mutterland; man braucht nur eine Karte der Territorien des Mutter- und Koloniallandes für das 14. Jahrhundert zur Hand zu nehmen, um sich davon zu überzeugen. Und dem wuchsen alle anderen Maß- und Raumvorstellungen nach: man halte die riesigen Dimensionen der Marienkirchen des Ostens, etwa der Lübecker Marienkirche, dieses Pantheons hansischer Größe, gegen die der Dome des Westens oder

die Ausdehnung der Marienburg des Deutschordens gegen jene irgendeiner fürstlichen Residenz des Mutterlandes. Großräumig lebte man, ins Große empfand und plante man. Dazu die Voraussetzungslosigkeit des Landes! Wie schöpferisch konnte man sein gleichsam auf einer Tabula rasa, ohne Störung durch den Widerstand des schon Gewordenen! Und wie gehorchte eine halb unterjochte Bevölkerung! Hier erstarkte der Herrensinn des ostelbischen Junkers, hier das weite Planen des norddeutschen Bürgertums: hier sind im Staatsleben Begriffe wie Subordination und verdammte Pflicht und Schuldigkeit, hier in der Verwaltung die Gewohnheiten exakter Tätigkeit von unten- und unablässiger Kontrolle von obenher erwachsen. Und schon die Hanse hat jenen kolonialen Geist rein und in entschiedenen Formen gezüchtet, den man heute den preußischen zu nennen pflegt.

Aber uns fesseln hier nur die politischen Folgen dieser Kolonisation. Mit wenigen inhaltschweren Worten können sie bezeichnet werden. Seit dieser Zeit haben wir einen politisch-nationalen Dualismus und als dessen fast unvergängliche Grundlagen Mutterland und Kolonialgebiet. Man weiß, was die Überwindung dieses Dualismus unserer inneren Politik noch heute kostet. Aber mehr. Da die kolonialen Territorien bald größer und darum schließlich auch leistungsfähiger wurden als die des Mutterlandes, so zog sich seit dem 13. Jahrhundert jegliche aufstrebende politische Gewalt in das Kolonialgebiet. Hierher sind darum alle Hausmachtbestrebungen der neuen Königsgeschlechter des späteren Mittelalters gegangen: die Habsburger haben Österreich erworben, die Luxemburger Böhmen, die Wittelsbacher wollten sich in Brandenburg festsetzen, die Nassauer in Meißen und Osterland. Und schon darum sind die schließlich großen Territorialgewalten im Reiche fast alle Kolonialgewalten gewesen und geworden: außer den Gebieten der Habsburger und Luxemburger gehören hierher noch die Länder der nördlichen Herrschergeschlechter,

der Wettiner und Hohenzollern. Und damit stand es denn seit dem 13. Jahrhundert in den Sternen geschrieben, daß, wenn es noch einmal annähernd oder ganz zu einer Einheit der Nation kommen sollte, diese Einheit nur noch unter der Krone einer Kolonialgewalt zu erringen sein werde, nicht unter einer Krone des Mutterlandes.

Doch waren das einstweilen ferne Aussichten. Was zunächst zutage trat, war ein Nachlassen, schließlich ein Versagen der politischen Gewalt an den abgewendeten Grenzen des Mutterlandes, im Westen. Die Übertragung der lebendigen politischen Kraft in den kolonialen Osten wurde gebüßt durch den politischen Verlust der Gegenden des heutigen Königreiches der Niederlande, Belgiens, Limburgs und Luxemburgs, Elsaß-Lothringens und der Schweiz: die militärische Verteidigungslinie der Nation, soweit sie noch politisch geeint war, ging von der Maas und Mosel an den Rhein zurück; und vor sie lagerten sich als abgesplitterte Trümmer kleine gleichsam halbdeutschstaatliche Trabanten.

Das war die Rückseite der Großtat der Kolonisation des Ostens: — wird nun eine erneute Bewegung der Nation dem Westen zu, wie sie jüngst eingesetzt hat, diese Scharte wiederum auswetzen, ja sie einstmals vielleicht wieder verschwinden lassen?

2. Wir haben bisher den Einfluß der geographischen Lage der Heimat auf unsere Geschicke, namentlich die Tatsache einer offenen West- und Ostgrenze, als durch den Lauf der Zeiten hin konstant angenommen. Im ganzen kann diese Annahme auch aufrechterhalten werden. Offene Grenzen werden wohl zu allen Zeiten ungefähr die gleichen Wirkungen haben. Sie werden Einflüssen fremden Geisteslebens und fremden Handels leicht Zugang verschaffen; und sie werden politisch und militärisch zu einem ewigen En vedette auffordern, wenn sie nicht zum Verluste der staatlichen Selbständigkeit führen sollen. Und wer wird diese Wirkung

auf Deutschland verkennen? Mehr als andere Nationen haben wir den Reizen fremder Völker offen gestanden, wie unser Land denn heute, zwischen den Naturalerzeugnissen des russischen Ostens und den Kunstprodukten der westeuropäischen Nationen vermittelnd, zum größten Transitgebiete Europas geworden ist, und mehr als einmal hat unsere äußere Geschichte uns, in der Verknechtung z. B. des Dreißigjährigen Krieges und der Napoleonischen Schreckenszeit wie in den Jahren der Verachtung im alten Reiche und während der Existenz des durchlauchtigsten Bundestages, gelehrt, daß wir frei nur sein können, wenn wir wehrhaft es sein wollen.

Aber gibt es daneben nicht geographische Bedingungen, die in verschiedenen Kulturzeitaltern sehr verschieden wirken können? Erst indem wir sie aufsuchen, wird die politische Entwicklung der Nation vornehmlich seit dem 15. und 16. Jahrhundert verständlich.

Seit dieser Zeit sind die Grenzen auch im Westen und Osten fester gelegt als früher. Gewiß hat es auch noch in neueren Zeiten an Schwankungen der nationalen Sprachgrenzen nicht gefehlt, und namentlich da, wo einer literarisch durchgebildeten fremden Sprache nur ein deutscher Dialekt von begrenzter Ausdrucksfähigkeit entgegentrat, wie nicht selten im Elsaß und in der Schweiz, sind Einbußen nicht vermieden worden; im ganzen aber ist doch die Sprachgrenze fest geblieben, wenn sie sich nicht gar hier und da zugunsten des Deutschtums erweitert hat; und auch die politischen Grenzen haben, im ganzen betrachtet, nur in geringerem Maße gewechselt. Der stärkste Beweis für diese allmähliche Konsolidation kann darin gesehen werden, daß sogar die schwankendste aller politischen Grenzen, die zwischen Frankreich und den deutschen Staatsgebilden, verkehrspolitisch im Ausgange etwa des 19. Jahrhunderts so gut wie festgelegt erschien: nur acht Eisenbahnlinien vermittelten damals den Verkehr über die Scheidelinie, die Frankreich und das Deutsche Reich trennt, und nur wenige

von ihnen waren von freilich um so größerer internationaler Bedeutung, während diesen acht Linien auf französischer Seite zehn, auf deutscher Seite sieben stumpf endende Eisenbahnlinien gegenüberstanden. Und selbst die Landstraßen Frankreichs und des Reiches endeten teilweise stumpf innerhalb des wichtigsten, des vogesischen Grenzsaums. Es sind Verhältnisse, die auch dann sich nicht rasch ändern werden, wenn es zum Durchbruch einer oder mehrerer großer Verkehrswege durch die Vogesen kommen sollte.

Während aber so die Grenzfragen zurücktraten und sich schließlich eine weitgehende Beruhigung der national-sprachlichen, eine nicht geringe auch der politischen Grenzen einstellte, wurde die Wirkung der inneren Raumbeziehungen für die äußeren Schicksale der Nation immer beträchtlicher. Und hier zeigte sich nun, daß diese sich je nach dem Wechsel der Kulturelemente veränderte, also vornehmlich je nach den Abwandlungen der inneren sozialpolitischen Vorgänge verschieden war.

Vergegenwärtigen wir uns zunächst, als Ausgangspunkt für ein Verständnis dieser Wendungen, die politische Lage, welche durch den Abschluß der großen mittelalterlichen Ausbreitungen nach West und Ost herbeigeführt worden war. Das politische Schwergewicht war auf den Osten, das Kolonialgebiet, übergegangen: deutlich begann dieser entscheidende Wechsel schon im 13. Jahrhundert hervorzutreten. Hier wäre nun eigentlich Böhmen zum Hauptgebiet einer zentralen Herrschaft bestimmt gewesen: schon Marobod hat die Lage des Landes in solchem Sinne zu nutzen gewußt; dann hören wir aus fränkischen Zeiten von einem großmährischen Reiche Samos; im 13. Jahrhundert endlich, dem günstigsten aller Momente, hatte König Ottokar wenigstens für ein Menschenalter ein ostzentraleuropäisches Großreich von Böhmen aus vornehmlich nach Süden zu bis zur Adria begründet; und nach ihm versuchten, nun mit einem Ausschlage nach Norden der Nord- und Ostsee zu, das gleiche die Luxemburger. Aber all diese

Bestrebungen scheiterten; die mittelalterlichen vornehmlich daran, daran, daß sie, soweit sie an sich aussichtsreicher waren, von deutscher Seite ausgingen, daß aber die Germanisierung der Tschechen nicht gelungen war und nicht mehr erwartet werden konnte. Und so trennten sich denn die deutschen politischen Kräfte im Kolonialgebiete alsbald in zwei Ströme, einen nördlichen und einen südlichen, und sie wurden in dieser Trennung durch den abweichenden geographischen Charakter des Nordens und Südens — hier das große Tiefland, dort die Donaustufenländer — erst recht noch bestimmt und gefestigt, so sehr auch von alters her vermittelnde Verkehrsstraßen von der Ostsee durch Schlesien nnd das Mährische Gesenke nach der Pomündung und der Adria überhaupt verlaufen sind.

In dieser Gruppierung sind Österreich und Preußen groß geworden. Dabei war der Süden zunächst durchaus im Vorteil. Hier wanderten die Kolonisten früh gebahnte Pfade des römischen Imperiums donauabwärts; wie ein Garten war das Land zu schauen, und der nahe Anschluß an die alten Kulturen des Mittelmeeres verbürgte mehr als ein kärglich gefristetes Dasein in Wald und Heide. Rasch formte sich daher hier ein einheitliches Staatsgebilde, als dessen Mittelpunkt an der Donau Wien, trotz zeitweiligen Schwankens zugunsten des erzreichen Tirols und Innsbrucks, bereits früh hervortrat; und schon im Ausgang des Mittelalters erweiterte sich der junge Kolonialstaat zu dem zunächst einzigen deutschen Großstaat. Was Wunder, wenn ihm, trotz tausend schweren Schicksalen namentlich im 15. Jahrhundert, dauernd die Krone des Reiches zufiel! Die Krone des heiligen Reiches aber bedeutete zugleich die universale Kirchenvogtei: eine Kombination, die das Verharren der Habsburger beim römischen Glauben im 16. Jahrhundert zu einer fast unvermeidlichen politischen Notwendigkeit zu machen schien. Dann aber, im 17. und auch noch im 18. Jahrhundert, kamen in gewissem Sinne erst die großen Zeiten dieses südlichen Ostreiches: damals lebte es

mit Erfolg der universalen Aufgabe einer Abwehr der Türkengefahr, war es das Österreich „an Siegen und an Ehren reich".

Wie ganz anders hat sich Brandenburg-Preußen entwickelt! Crescit occulto velut arbor aevo! Aber auch für diesen Entwicklungsgang sind geographische Momente von größerem Ausschlag gewesen, als man gewöhnlich annimmt. Um so mehr müssen sie neben der so häufig als providentiell geschilderten Rolle der Hohenzollern betont werden. Gewiß: die nördliche west-ostdeutsche Kultur des 13. bis 15. Jahrhunderts war zunächst, als Ganzes betrachtet, eine Seekultur, eine Kultur der Nord- und Ostsee, eine Kultur der Hanse; es wird davon sogleich noch genauer die Rede sein. Aber allmählich stellte sich ihr doch auch eine Landkultur von weitreichender Ebenmäßigkeit zur Seite: die Bestrebungen der Brandenburger Markgrafen, an die See vorzudringen, im 14. Jahrhundert nicht selten lebhaft, hören im 15. Jahrhundert auf: man fühlte sich selbständiger. Aber auch nach dieser Wandlung erschien lange Zeit hindurch nicht eben die Mark zum Zentrum der neuen norddeutschen Kolonialkultur binnenländischen Charakters bestimmt, sondern eine gleichsam elliptische Entwicklung mit zwei Brennpunkten schien sich anzubahnen: hie Deutschorden, dort Wettiner. Es war gleichwohl nur eine Episode. Der rasche Aufschwung der Wettiner war an den Metallreichtum des Erzgebirges und damit an ein untergeordnetes geographisches Moment geknüpft; mit nachlassendem Abbau der Erze ging er zurück: gleichwohl hat er ein Moment unschätzbaren Wertes ausgelöst, die Reformation Luthers. Aber wie im Süden Wien über das metallreiche Innsbruck mit seinem Golddachhäusel den Sieg davongetragen hatte durch die Gunst der Lage allein, so siegte Berlin über Dresden und Leipzig: ebenfalls durch seine glückliche Lage. Denn Berlin ist das natürliche Zentrum des Nordostens. Man gehe in die geologische Vorzeit der norddeutschen Tiefebene zurück, und man wird auf einen Zeit-

punkt stoßen, in dem alle wichtigen Wasserläufe des deutschen Nordostens, Elbe, Havel, Oder, Warthe, in einem einzigen großen märkischen Ästuarium zusammenflossen: es war die Zeit einer Bodenbildung, deren Vorteile zugunsten Berlins noch heute nachwirken. So war Brandenburg zum Zentrum des Nordostens bestimmt; die Hohenzollern des 15. Jahrhunderts haben diese geographische Anlage zu entwickeln begonnen, und die Reformation der Wettiner beseitigte für sie den einzigen gefährlichen Wettbewerb im äußersten Nordosten, den eines selbständigen Ordenslandes. So stiegen sie höher und höher; klar wurden ihre Absichten auf das norddeutsche Tiefland auch des Westens, und indem sie in das Mutterland hineinwuchsen, griffen sie schon an das Privilegium Österreichs, die sanfte Beherrschung und Ausnutzung dieses Mutterlandes vermöge des altererbten Besitzes der Kaiserkrone. Zu dem Dualismus zwischen Mutterland und Kolonialgebiet stellte sich, ihn kreuzend, nun ein Dualismus des Nordens und des Südens: und tausend Wirbel einer halb inneren, halb auswärtigen Politik der deutschen Territorialfürsten drehten sich in diesem Durcheinander; verwirrend und störend, in einer wechselvollen Politik nach eignen Interessen griff durch lange Zeiten hin auch das Ausland ein: wer sollte in diesem Kampfe der beiden deutschen Großmächte siegen?

Auch in diesem Ringen von Generationen haben Momente der inneren geographischen Abwandlungen weit entscheidender mitgewirkt, als die Schulweisheit älterer Historiker sich träumen läßt.

Im Bereiche des inneren Geschehens ist es vornehmlich die Entwicklung des Verkehrs, welche die geographischen Elemente in ihrer wechselnden Bedeutung ans Licht treten läßt. Im früheren Mittelalter, solange der Verkehr noch unbedeutend gewesen war, hatte sich auf deutschem Boden diese Bedeutung vor allem darin gezeigt, daß geographische Faktoren, besonders die großen Linien der Mittelgebirge, die einzelnen noch kleinen Verkehrsgebiete voneinander ge-

schieden hatten. Dann aber, alsbald mit den Anfängen stärkerer Verkehrswirtschaft seit dem 13. und 14. Jahrhundert, war der Augenblick gekommen, wo geographische Elemente selbst Vehikel steigender Volkswirtschaft und damit wesentliche Bedingungen eigenartig sich entwickelnder sozialer und politischer Bildungen wurden. Das erste Vehikel wachsender Geldwirtschaft war da, wie selbstverständlich, das Meer. Das Meer in doppelter Ausgestaltung und in zwiefachen Breiten. Im Norden umfaßten Ost- und Nordsee die deutschen Grenzen und sahen die gewaltige Schöpfung der von Englands Küsten bis in Rußlands Steppen verlaufenden Einheit des hansischen Verkehrsgebietes. Im Süden war es das Mittelmeer von Italien aus gerechnet westlichen wie namentlich östlichen Teiles, das, vornehmlich von Genua und Venedig aus, ein einheitliches deutsches Verkehrsgebiet von dem Momente an bedingte, da die besseren Alpenpässe sich ziemlich ununterbrochenem Verkehre öffneten. Es ist die Konstellation, die auf lange Zeit hin, ja im Grunde jetzt noch nachhallend — vielleicht in naher Zukunft sogar verstärkt anschlagend — die Unterscheidung des gesamtdeutschen Verkehrsgebietes in ein nördliches und ein südliches mitbedingt hat.

Allein ihr folgte entscheidend und vorzugsweise wirksam seit dem 16., 17. und 18. Jahrhundert eine andere Lage. In diesen Zeiten und noch mehr im 19. Jahrhundert wurde das Mittelmeer, so wichtig es blieb, doch zu einem interkontinentalen Binnensee der Alten Welt; und auf die großen ozeanischen Straßen führten weit eher die nördlichen Meere. Zugleich aber belebte sich die Flußschiffahrt immer stärker; neben das Salzwasser trat das Süßwasser als entscheidendes Mittel des Verkehrs, und es wies auf deutschem Boden aufs bestimmteste nach Norden. Denn wo, außer etwa in Sibirien, gibt es auf der Erde ein Flußsystem, daß in so einseitig bestimmter Richtung den nördlichen Meeren zustrebt wie in Deutschland? Nur zwei größere Wasseradern verlaufen west-östlich, der Main und

die Donau; von ihnen aber gehört der Main dem süd-nördlichen Systeme des Rheins an; und die Donau wird als deutsche Verkehrsstraße erst dann ganz nutzbar werden, wenn ihr ein Profil gegeben sein wird, das sie selbst bei niedrigen Wasserständen bis Donauwörth als sicheren Schiffsweg benutzen läßt.

Indem aber so die großen Verkehrswege der neueren Zeit auf deutschem Gebiete sämtlich nach Norden wiesen, in die Tiefebenen an Ost- und Nordsee, trat ganz von selbst der sich bildende Großstaat dieser Ebenen — und das war das koloniale und bald auch mutterländische Preußen — in den Blickpunkt der politischen deutschen Geschichte. Ihm ward jetzt die Verheißung der Führerschaft, und es hat sie erfüllt gesehen in einem neuen Deutschen Reich, dessen Charakter als thalassisch bezeichnet werden muß, mag immerhin seine äußerste Südmark etwa dreivierteltausend Kilometer von Ost- und Nordsee entfernt sein.

Wenn sich nun aber diese Konstellation herausbildete, wenn in ihrem Zeichen Preußen die Hegemonie der Nation antrat gegenüber dem alternden Österreich, das, an seiner spezifisch deutschen Mission irre geworden, seit den Tagen der Türkensiege nur zu gern in den europäischen Orient wie nach Italien ausgegriffen hatte: erschien dann nicht politisch die kleindeutsche Lösung der nationalen Einheitsfrage als eine selbstverständliche Sache? Das 19. Jahrhundert hat sie gebracht und damit die politische Zerschlagung des nationalen Einheitskörpers in einem Maße, das niemals zuvor erhört ward. Zugegeben, daß man dem entgegensetzen könne, das kleine Reich erfreue sich um so mehr zusammengefaßter und gefestigter Kraft: Tatsache bleibt gleichwohl die Zerschlagung, und die Nation sollte sie nicht durch allerlei pathetische Festreden und den üblen Brauch maskieren, dem Auslande folgend das Deutsche Reich als Deutschland zu bezeichnen. Nein: Deutschland ist allerwege, wo Deutsche Gott im Himmel Lieder singen, und

mindestens da, wo deutsche Lieder von tausend Zungen tönen: da ist des Deutschen Vaterland!

Zudem: glaubt man den dualistischen Wettbewerb der beiden großen deutschen Kolonialreiche, Preußens und Österreichs, wirklich erstorben? Welche Kurzsichtigkeit der Betrachtung! Gewiß: solange Österreich noch unter dem Drucke der Ereignisse steht, die es im 19. Jahrhundert aus leitender mitteleuropäischer Stellung hinausdrängten, und solange für ein großes Reich der Kitt einer einzigen durchaus majorisierenden Nationalität als ein Erbteil der politischen und sozialen Entwicklung des frühsubjektivistischen Zeitalters dogmatisch gefordert wird: solange erscheint die deutsche Vaterlandsfrage ganz zugunsten Preußens gelöst. Aber wer verbürgt die ewige — auch nur menschlich gesprochen ewige Dauer dieser Momente? Und weiterhin gewiß, daß tausend Ungeduldige, jetzt freilich wohl fast nur noch außerhalb der deutschen Grenzen, den baldigen Zerfall Österreichs erwarten. Aber wird ein Staatsgebilde so hohen Alters wie das österreichische so leicht von heute auf morgen zergehen, wie Eis in sommerlichen Tagen? Und wer vermag zu beweisen, daß die Keile und Schwerter des Nationalismus es noch lange verwunden und zerreiben werden? Wir werden später sehen, daß moderner Imperialismus und moderne Expansionspolitik zum Begriff der Nation an sich geringe Beziehungen haben: siegen sie für die politische Gesamtanschauung einer nicht allzu fernen Zukunft, so könnte es wohl geschehen, daß die alte legitimistische Staatenbildung Österreichs, in ihrem inneren staatenbundlichen Charakter an sich zur Lösung moderner Staatsaufgaben höchst geeignet, auch als Ganzes wiederum einmal als von modernem und darum vorteilhaftem Charakter erschiene. Wäre aber das Staatswesen verjüngt: wer würde dann die Wahrscheinlichkeit seiner energischen Teilnahme an mitteleuropäischen, und das heißt deutschen Fragen bezweifeln wollen?

Paradoxien und Hirngespinste! höre ich den Leser

rufen. Meinethalben. Aus all dem Gesagten, das nichts als die Möglichkeit einmal auch einer anderen Betrachtung als der gewohnten zeigen wollte, halte man nur das eine fest, daß die deutsche Frage als Problem einer einzigen großen nationalen Einheit noch nicht gelöst ist und verschiedener Lösungen an sich fähig erscheint. Dieser Gedanke genügt, um zu ermessen, was die Verstärkung der Wichtigkeit des norddeutschen Küsten- und Flachlandes seit dem 16. Jahrhundert bedeutet hat und noch bedeutet.

Ist sie aber mit dem Ausgeführten erschöpft? Keineswegs. Vielmehr knüpfen sich an sie neben dem dualistischen Probleme grade wichtigste politische Sorgen der jüngsten Vergangenheit wie der Gegenwart und wohl auch der Zukunft.

Man ist vielfach, wenn nicht überwiegend der Ansicht, daß zur Entfaltung einer großen Seegeltung und eines starken maritimen Handels eine lange Küstenstrecke mit vielen Häfen von nöten sei. Eine völlig verkehrte Vorstellung. Ein oder einige Häfen sind dafür hinreichend, ja können unter Umständen günstiger sein als ein ganzer Reichtum gut gelegener Seeplätze, der leicht allzu lastende Verteidigungsmittel erfordert. Dementsprechend hat es mehr als eine große Seemacht mit gering entwickelter Küstenstrecke und wenigen Häfen gegeben; in der abendländischen Geschichte gehören Phönikien und mancher hellenische Stadtstaat, ferner Genua, Venedig und Holland in diese Reihe.

Aus diesem Zusammenhange wird es erklärlich, wenn sich auf einer so langen Küstenstrecke wie der nord- und ostdeutschen die Seegeltung sehr wohl lokal verschieben kann: und daß dann aus solchen Verschiebungen wichtige politische Folgen hervorgehen. Nun hat aber Deutschland eben während der späteren Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts eine solche Änderung durchgemacht; und ihr Verlauf währt noch fort, ohne nach seinem vollen Wesen und auch nur nach seinen hauptsächlichsten Wirkungen schon jetzt ganz übersehen werden zu können. Es ist an anderer Stelle davon

die Rede gewesen[1], wie sich die Bevölkerung des Reiches, und namentlich die deutsche, immer mehr dem Osten abwendet; um einige Zahlen reden zu lassen, so hat in dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts das Polentum in Westpreußen um 53000 Köpfe zugenommen, das um das Doppelte so starke Deutschtum nur um 77000 Köpfe; in der Provinz Posen hat das Deutschtum um 27000 Köpfe zugenommen, das Polentum aber nicht nach dem für die Deutschen geltenden Verhältnis um 36000, sondern um 109000 Köpfe; in Schlesien endlich ergab sich bei einer Zunahme des Polentums um 147000 Seelen nicht die danach für die Deutschen zu erwartende Vermehrung um 450000 Seelen, sondern nur eine solche um 297000. Das sind Erscheinungen, die nur durch eine starke Abwanderung der Deutschen nach Westen zu erklären sind, Erscheinungen übrigens ganz allgemeiner Natur auf deutschem Boden, denn sie finden sich in analoger Weise auch in den östlichen Randgebieten des Deutschtums auf österreichischem Boden wieder.

Was zieht nun die Massen nach Westen? Reichere Kultur, bessere Arbeitsgelegenheit, höhere Löhne, pflegt man zu antworten. Aber sind dies letzte Ursachen und nicht vielmehr, wenigstens für das Reich, bloß Symptome noch tieferer Gründe? Man halte damit die Tatsache zusammen, daß der Ostseehandel seit der Zeit dieser Wandlungen in verhältnismäßig nicht unbedeutendem Rückgang begriffen ist, und daß der Nordseehandel, der Handel Hamburgs und Bremens, Rotterdams und Antwerpens, sich aufs machtvollste gehoben hat[2], und man kommt zu einer erweiterten

[1] S. Band I S. 497 ff.

[2] Zunahme des Schiffsverkehrs bis 1895 gegen 1871—75 nach der Tonnage in Prozenten:

im Gebiete der	1881—85	1891—95	total
Nordsee	51	79	169
Ostsee	31	39	81

S. die amtliche Denkschrift über die Seeinteressen.

Anschauung. Das, was sich eigentlich gewandelt hat, ist das Gebiet der äußeren geographisch-maritimen Beziehungen. Der Atlantische Ozean ist nicht mehr die Wasserwüste, die er vor einigen Generationen noch war; er ist zum Mittelmeer der modernen Welt geworden: und emporblüht, was an seinen Gestaden liegt oder ihnen nachbarlich angehört. Darum der Zug nach dem Westen, der zum großen Teile ein Zug nach dem Nordwesten ist; darum der Andrang gegen das Meer überhaupt, insofern es in alle Weiten führt. Und dieser Zug wird in seiner Intensität wesentlich noch erhöht durch die Tatsache, daß jene großen Bevölkerungsvermehrungen, die im Mittelalter zur Auswanderung in die Nachbarschaft und damit zu den großen Ausladungen der östlichen und westlichen Grenzen des Deutschtums führten, heute nicht mehr diesen Ausweg suchen und finden, sondern ebenfalls an die See und über die See weisen, und zwar durchaus überwiegend über die Nordsee hinaus nach fremden Weltteilen und unbekannten Küsten.

Indem aber so dem geographischen Zuge nach Norden gleichsam ein geographisches Drängen vornehmlich nach Nordwest gefolgt ist, kann es nicht ausbleiben, daß dieses Drängen politische Folgen zeitigt. So schon für die innere Geschichte. Wer fühlt heute nicht, daß Hamburgs, Bremens, Emdens Einfluß im Steigen begriffen ist, und daß der Niedersachse mehr als je zuvor an die Führung der nationalen Geschicke herantritt? Und wer würde nicht wünschen, daß sich an dieser Führung auch jener edle Stamm wiederum beteiligen möchte, der seit fast einem Jahrtausend für die höchsten nationalen Aufgaben so gut wie brach gelegen hat, der Stamm der Friesen? Denn Sachsen und Friesen sind jene Helden des heute deutschen, einst westgermanischen Verbandes gewesen, denen zuerst, noch vor den nordgermanischen Normannen, große Eroberungen zur See gelungen sind.

Lassen sich unter diesen Umständen die Folgen der ganzen

Bewegung in die reichsdeutschen Grenzen eindämmen? Wer dies für die Zukunft behaupten wollte, der würde aus alledem, was hier soeben erzählt worden ist, nichts gelernt haben. Nein: mit der vollen Sicherheit, die geschichtliche Erfahrung verleiht, läßt sich voraussagen, daß dieser neue Zug nach Westen das Verhältnis des Reiches zu den westlich von ihm liegenden germanischen Staaten ebenso beeinflussen wird wie der frühere „geographische" Trieb nach Norden das Verhältnis Preußens, als des Vorgängers des heutigen Reiches, zu Österreich: weist doch schon die Erwähnung des Friesenstammes, der mit mehr als der Hälfte seines Wesens den Niederlanden angehört, über die Grenzen des Reiches hinaus.

Und so ist es, aus dem Ganzen der geographischen Verhältnisse der Nation her betrachtet, insofern diese in geschichtliche Beleuchtung gerückt werden, nicht anders: das neue Reich erscheint nur als ein Kern des Vaterlandes, und die um seine Grenzen gruppierten großen und kleinen Splissen im Osten wie Westen werden nicht bloß durch die Bande gemeinsamen Blutes, zum großen Teile auch gemeinsamer Schicksale in Jahrhunderten glorreicher Vergangenheit wie schließlich zumeist auch gleicher Sprache umfangen: sie unterliegen auch einer Anziehungskraft des zentral gelegenen Reiches, die auf der Abwandlung der gemeinsamen räumlichen Schicksale der Nation beruht. Wie sich nun daraufhin das Verhältnis der einzelnen Vetternstaaten zum Reiche in jüngster Vergangenheit gestellt hat und heute stellt, das mag im folgenden, in einem freilich nur wenig umfangreichen und darum allgemein gehaltenen Umrisse mit zwei Worten zur Sprache gelangen.

3. Zunächst einiges über Österreich. Ein Einblick in das Verhältnis des österreichischen Deutschtums zur Gesamtnation bedarf, um zutreffend zu werden, der Vorbereitung durch Aufhellung der deutsch-österreichischen Bevölkerungszahlen im einzelnen. Da verteilten sich nun nach der Volks-

zählung des Jahres 1900 innerhalb der cisleithanischen Reichshälfte die Deutschen so, daß sie in Niederösterreich 95 vom Hundert der Bevölkerung ausmachten, in Oberösterreich 99,4, in Salzburg 99,5, in Vorarlberg 94,7, in Tirol 55,5 (doch so, daß sie hier im Norden des Landes fast ganz kompakt saßen); — in dem alten Inneröſterreich, den Ländern Steier, Kärnten und Krain, waren die entsprechenden Ziffern 74,8; 68,7 und 5,6; — in den Sudetenländern Böhmen, Schlesien und Mähren 37,3; 44,7 und 27,9; — weit geringer endlich waren die Prozentsätze in den anderen, zu den Sitzen der Nation peripherisch gelegenen Ländern, in Galizien und in der Bukowina, in Dalmatien und im adriatischen Küstenland. Im ganzen wurden 9171000 Deutsche gezählt; sie machten 36 vom Hundert der Gesamtbevölkerung aus, und ihnen stand eine Mehrheit von 15494000 Slawen gegenüber, die 60,5 vom Hundert der Gesamtbevölkerung bildete und sich aus Tschechen, Polen, Ruthenen, Slowaken, Slovenen und Serbokroaten zusammensetzte; verhältnismäßig am stärksten waren in ihr die Tschechen mit 5955000 und die Polen mit 4258000 Seelen vertreten. In den Ländern, in welchen sie überhaupt zahlreicher sitzen, in Altösterreich, Salzburg und Tirol, in Inneröſterreich und den Sudetenländern, machten die Deutschen dabei im Jahre 1900 ein wenig mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus.

War dies der Bestand im Jahre 1900, so gewährte ein Rückblick auf die nächste Vergangenheit um diese Zeit ein im allgemeinen nicht ungünstiges Bild. Für das Jahrzehnt von 1890 bis 1900 ergab sich zunächst in dem deutschen Anteil an der Bevölkerung des eigentlichen Deutschösterreichs ein wenn auch nur kleiner Fortschritt von 51,5 auf 51,6 vom Hundert; von einem Nachlassen der relativen deutschen Kopfzahlen konnte also keine Rede sein. Gewinne wurden namentlich in Tirol gemacht, wo die Deutschen von 54,8 auf 55,5 vom Hundert zunahmen, und in Böhmen, während in Schlesien und Mähren Verluste eingetreten

waren. Sah man von Tirol ab, so waren für die stärkeren Veränderungen im guten wie schlechten Sinne namentlich die Wandlungen der böhmisch-mährisch-schlesischen Industrie maßgebend. Hier wirkte der gewaltige Aufschwung in Nordböhmen durch verminderte Abwanderung außer Landes und Erhöhung des Geburtenüberschusses zugunsten des Deutschtums, während die wachsende Ausbeutung des schlesisch-mährischen Kohlenbeckens, das im slawischen Sprachgebiete liegt, diesem eine starke Zunahme slawischer Bevölkerung sicherte. Was Böhmen, eines der für die Zukunft alles Deutschtums wichtigsten Kronländer Österreichs, noch im besonderen anging, so hatten hier die Deutschen von 1890 bis 1900 um 9 vom Hundert (um 190000 Seelen), die Tschechen dagegen nur um 7 vom Hundert (251000 Seelen) zugenommen. Und auch in dem Jahrzehnt von 1880 bis 1890 hatte die Zunahme der Deutschen 5¼ vom Hundert, die der Tschechen nur 5 vom Hundert betragen. Dies alles, obgleich die nur im slawischen Geiste geführte Landesregierung, die Geistlichkeit, fast der gesamte, überaus mächtige Großgrundbesitz und die mit reichen Mitteln arbeitenden Tschechisierungsvereine einmütig gegen das deutsche Element wirkten. Mit welcher Skrupellosigkeit insbesondere auch die Landesregierung dies tat, das mag aus der Tatsache erhellen, daß nach dem Voranschlage des Landtages für das Jahr 1901 für deutschen Unterricht 68000 Kronen, für tschechischen 463000 Kronen, für deutsch-gewerbliche Zwecke 68000 Kronen, für entsprechende tschechische Zwecke 253000 Kronen, für deutsche öffentliche Bauten 985700 Kronen, für tschechische aber 2465000 Kronen ausgeworfen waren: — während die Deutschen 57.6 Prozent der Einkommensteuer des gesamten Landes zahlten und, wie wir sahen, 37,3 Prozent der gesamten Landeseinwohner ausmachten.

Unter diesen Umständen kann man wohl von einem zähen Aushalten des deutschen Elementes reden, so sehr an einzelnen Stellen, namentlich in den bäuerlichen Gegenden

der Alpenländer, von bedenklichen Schwunderscheinungen zu reden wäre. Und diese Zähigkeit tritt fast noch mehr hervor, wirft man einen kurzen Blick auf die Verhältnisse der transleithanischen Reichshälfte. Man weiß, mit welchem Terrorismus hier von den Magyaren gegen das Bekenntnis zum Deutschtum vorgegangen wird, und wie wenig den Angaben der amtlichen Statistik hier zu trauen ist bei deren Bestreben, zunächst wenigstens auf dem Papier möglichst zu magyarisieren. Dennoch erklärten sich im Jahre 1900 in den Ländern der Stephanskrone nach eben dieser Statistik noch immer 2135000 Köpfe als Deutsche, und der rechnerische Rückgang wies immer noch 11,1 vom Hundert auf gegenüber 12,2 vom Hundert im Jahre 1890. Vergleicht man aber weiterhin diese gewiß zu geringen Angaben mit früheren Beobachtungen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, so ist kein Zweifel, daß das deutsche Element in den Ländern Ungarns mächtig gewachsen ist, und man mag die absolute Zunahme wohl auf eine halbe Million Seelen, wenn nicht mehr, veranschlagen. Dies überraschende Ergebnis war wohl an erster Stelle der wunderbaren Frische und Zähigkeit der Siebenbürger Sachsen zu danken. Sehr bemerkenswert waren aber auch die Vorgänge in der Slowakei wie namentlich in den Sprachgebieten, die rechts der Donau liegen. Hier haben im Verlaufe des letzten halben Jahrhunderts etwa 10 vom Hundert aller Gemeinden, im ganzen 211, ihre Sprache gewechselt. In diesem Wechsel haben sich nun aber die Deutschen bei weitem am besten bewährt. Sie haben 38 Gemeinden verloren, nämlich 24 an die Magyaren und 14 an die Kroaten. Gewonnen aber haben sie 98, 58 von den Magyaren, 27 von den Kroaten und 13 von den Serben. Und dabei hat es sich keineswegs um ein bloß vegetatives Fortleben gehandelt. Diese Deutschen sind auch geistig gewachsen, wie sie denn nunmehr fester als je zur Sache ihres Volkstums stehn. Und sie hauptsächlich sind es auch gewesen, die im Verein mit nordungarischen Deutschen und wenigen Reichsdeutschen dem Deutschtum

in Kroatien-Slawonien jenen merkwürdigen Aufschwung der letzten Generationen gegeben haben. In diesen Ländern der Stephanskrone mit einer von der Pester Zentralregierung etwas weniger abhängigen Lebensführung wurden im Jahre 1857 etwa 30000 Deutsche gezählt; 1880 waren es 83000, 1890 aber schon gegen 120000: und seitdem ist die Zahl nochmals beträchtlich gestiegen. Dabei handelte es sich keineswegs bloß um eine Einwanderung und Besiedlung. Auch Kulturelemente hoher Art trugen diese Deutschen aus den Schwabendörfern Südungarns und der Slowakei ins Land; zumeist evangelisch, betonten sie Kirchentum und Bekenntnis scharf als eine neue aristokratisch befruchtende Schicht der Bevölkerung: und schon um 1900 galt es in Agram für jemand, der gesellschaftlich verkehren wollte, als notwendig, die deutsche Sprache zu beherrschen.

Es war ein Zusammenhang, der hier einmal etwas schärfer betont sein mag, weil er noch immer die eigentliche Stärke des Deutschtums in Österreich aufzeigt: was die Deutschen hält, was auch ihre Volkszahl immer wieder erfrischt, auffüllt, ja auch im Verhältnis zum Fortschritte der anderen Nationen noch erhöht, das ist das Niveau einer höheren Geisteskultur und Gesittung. In dieser Hinsicht brachten erweiterte Forschungen eben um die Wende des Jahrhunderts merkwürdige Aufklärungen. Eine Untersuchung der fremdsprachigen Zuwanderung in den österreichischen Großstädten und Industriebezirken ergab, daß große Mengen von Slawen, die nach Wien, Graz und Brünn, aber auch nach Lemberg und Czernowitz, sowie in das nordböhmische Kohlenrevier eindrangen, noch immer der Verdeutschung anheimfielen. Was Wien anging, in dessen Weichbild und Umgebung schon immerhin so viel Slawen wohnten als im ganzen deutschen Nordböhmen, so bewährte es der Hauptsache nach doch noch immer seine alte Kraft der Verdeutschung: von den 411000 Wienern, die aus Böhmen und Mähren gebürtig waren, gebrauchten etwa 325000 das Deutsche als Umgangssprache, obwohl

von ihnen nur 106000 in überwiegend deutschen Bezirken geboren waren. Freilich läßt sich dabei nicht verkennen, daß der Wiener Bevölkerung in immer steigendem Maße slawisches Blut zugeführt wird, wenn auch die tschechische Einwanderung in die Hauptstadt uralt ist, wie schon die tschechische Nationalkirche Sankt Mariä zur Stiegen in der Wiener Altstadt, nicht weit vom früheren und vielfach auch noch heutigen Judenviertel, beweist. Und neben den Großstädten und ihrer deutschen Kultur wirkt auch die Schule noch immer germanisierend, trotzdem, daß seit dem Jahre 1866 mit der Säkularisierung zugleich eine Nationalisierung selbst des Mittelschulunterrichts eingetreten ist. Wie die Dinge um die Wende des Jahrhunderts lagen, gab es in den allgemeinen Volksschulen und Bürgerschulen Cisleithaniens neben 1236000 deutsch sprechenden 165000 doppelsprachige Kinder, nämlich 102000, die deutsch und tschechisch, 36000, die deutsch und polnisch, und einen Rest, der teils deutsch und slawonisch, teils deutsch und italienisch sprach. Welcher Nationalität hatten nun diese Kinder Aussicht zuzufallen? Zu derselben Zeit, im Mai 1900, gab es in den Schulen mit deutscher Unterrichtssprache über 67000 fremdsprachige Kinder, dagegen in den fremdsprachigen Schulen noch nicht 19000 deutsche Kinder. Da nun die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die spätere Umgangssprache der Erwachsenen im allgemeinen der Schulsprache der Kinder gleich sein wird, so ergab sich, daß das Deutschtum auf dem Wege sogar des elementaren Unterrichts noch immer stark an Genossen gewann.

Dies alles waren keine schlechten Zeichen. Blieb gleichwohl ein Blick in die Zukunft des österreichischen Deutschtums nicht ohne Trübung, so waren es den eben besprochenen Momenten entgegengesetzte Erscheinungen, die zum Nachdenken aufforderten. Es ist, um es mit einem Worte zu sagen, die entfesselte Unkultur, die den Deutschen bedrängt: dasselbe Moment im Grunde, das wenigstens einen Teil der polnischen Frage im Reiche geschaffen hat.

Im 18. Jahrhundert waren die Deutschen in Österreich da, wo sie nicht kompakt saßen und im allgemeinen ganz nach der Art der Deutschen im Reiche lebten, das aristokratische Element über einem breit plebejischen Untergrunde fremder, zumeist slawischer Nationalitäten: als Großgrundbesitzer, als Bürger und Angehörige städtischer Betriebe, als Beamte. Diese Stellung ist nun durch die demokratischen Bildungen des 19. Jahrhunderts, durch den ganzen der Masse günstigen Geist der neuen Zeit erschüttert worden. Die Beamten wurden nun in gemischtsprachigen Gegenden zweisprachig verlangt: nur ungern aber entschloß sich der Deutsche zur Erlernung einer Sprache niederer Kultur, während für die aufstrebenden Köpfe der untergeordneten Völker das Erlernen der deutschen Sprache noch immer selbstverständlich war. Und so fielen Angehörigen dieser Gruppe die Verwaltungsstellen zu. Was weiter die Großgrundbesitzer betraf, so erwiesen sie sich allenthalben, in Böhmen wie in Südtirol, als schlechteste Schutzmauer des Deutschtums; zu Unternehmern geworden unterlagen sie dem Angebote der billigsten Arbeitskraft, und das war für ländliche Tätigkeit diejenige niedrigerer Kultur, hier die des tschechischen Tagelöhners, dort die des italienischen Kolonen. So kam es, daß dieselbe Bewegung zur Freiheit der Bodennutzung, die, mit der Entwicklung der freien Unternehmung einsetzend, im Reiche den Bauern emanzipiert und zum modernen Grundsitzer machte, in Österreich sich vielfach gegen das Deutschtum der kleineren Besitzer auf dem platten Lande wendete und vor allem das Deutschtum der Großgrundherren untergrub. Am eigenartigsten aber gestaltete sich vielleicht das Schicksal der deutsch-bürgerlichen Aristokratie in den doppelsprachigen Ländern. Verhängnisvoll wirkte hier, daß gerade in diesen Ländern, Untersteiermark und Unterkrain z. B., keine größeren Städte aufgekommen sind. Denn Städte wie Villach oder Cilli und verwandte sind erst spät angelegt worden und machen mit ihren breiten Straßen noch heute den Eindruck von Land-

städten. Daher ist auch ihre Bevölkerung gering geblieben im Verhältnis zu der schon kleinerer Mittelstädte im Reiche oder auch im deutschen Nordböhmen; selbst Laibach, die größte Stadt wohl, die unter sie gezählt werden könnte, hat nur etwa 30000 Einwohner. So begreift es sich denn, daß das Leben in diesen Städten in der Gegenwart zwar sehr behaglich ist — selbst die kleineren von ihnen haben hübsche Spaziergänge, Theater, Stadtmusik u. dgl. —, aber der vorwärtsdrängende scharfe Ton des neueren Deutschtums, der wahrhaft moderne propagandistische deutsche Städtecharakter fehlt. Darum wirken sie auch nicht germanisierend auf das platte Land der Umgebung; im Gegenteil: ihre Bürgerfamilien unterliegen da und dort slawischer Einheiratung. Und doch hören selbst sie gegen Süden hin auf; an einer der großen Südbahnlinien ist Cilli die letzte wirklich deutsche Stadt, nachdem das Deutschtum des platten Landes schon vor den Hügelreihen Halt gemacht hat, die die Marburger Ebene an der Drau von dem Cillier Talkessel scheiden. Außerdem aber: waren denn selbst die wenigen größeren Städte, die sich bedrohten Gegenden nähern, um 1900 wirklich so propagandistisch lebendig wie die entsprechenden Städte im Reich? Nur von Graz vermochte man es in vollstem Sinne zu sagen; im übrigen konnte selbst Wien Zweifel wecken: auch ihm fehlte der scharfschwirrende, unablässig aggressive Ton der Großstadt des Reiches. Bei dieser Lage war es denn nach manchen Seiten hin eigentlich zu verwundern, daß sich in den doppelsprachigen Ländern Österreichs die slawische Masse noch immer in so manchen Punkten deutscher Vorherrschaft fügte; nur jahrhundertelange blinde Gefolgschaft und weiche Volksanlage schienen es zu erklären. Denn wer, der etwa vom italienischen Süden her die slowenischen Grenzen überschreitet, möchte sich z. B. nicht gewundert haben über die wirklich sklavische Ruhe der Wochenmärkte und anderer öffentlichen Zusammenkünfte in diesen Landen gegenüber der sprudelnden und brausenden Art im öffentlichen Verhalten des Triestiners oder Furlaners.

Es versteht sich, wenn unter diesen Umständen die deutsch-aristokratischen Elemente namentlich der alpinen Südostabhänge lange Zeit hindurch in eine gewisse Läßlichkeit wie alles so auch des nationalen Tuns geraten waren. Das um so mehr, als diese Länder zu den reichsten gehören, in denen Deutsche sitzen. An einem Brunnen zu Bruck an der Mur kann man folgende Inschrift des Stifters vom Jahre 1620 lesen:

Ich Hanns Prasser
Trinckh lieber Wein als Wasser;
Trunckh ich das Wasser so gern als Wein,
So kund ich ein reicherer Prasser sein.

Es sind Worte, die wohl manches Jahrzehnt und Geschlecht hindurch als Motto des deutschen Kulturlebens in den Südostmarken hätten gelten können. Und noch lebt ihr Sinn in mancher Seite der österreichischen „Gemütlichkeit" fort.

Im ganzen aber — und hierin allein schon liegt die Gewähr für eine glücklichere Zukunft Deutsch-Österreichs — war es schon um die Jahrhundertwende vielfach anders geworden. Der Zug zum Einfach-Klaren und Männlich-Maßvollen, der die Kunst der Deutsch-Österreicher bei allem Geschmack im ausgeprägten Sinne dieses Wortes immer beherrscht hat, ein Grundzug der deutsch-österreichischen Volksseele überhaupt, er war wieder hervorgetreten und er hatte sich angesichts des slawischen Ansturms mit dem festen Sinn der Abwehr im Angriff gepaart, der einst die Türkenkämpfer adelte, nicht zum geringsten eben an der alten Türkengrenze, in Steiermark, da, wo die Grenzlande noch heute von ehemals befestigten Kirchen starren, wo deutsches Volkstum auch heute noch von den letzten Hügelketten der Alpen herab Wacht hält gegen die Magyaren der Tiefe. Denn der Steirer ist sozusagen der Preuße Innerösterreichs; und glücklich hat ein begeisterter Sohn dieses Landes seine Art dahin gezeichnet, daß er „wenig Worte macht, nie vorschnell handelt, aber fest zugreift und ausharrt, wenn er mit seinem Willen ins klare gekommen ist". Was der

Steirer aber in Innerösterreich ist, das ist der Nordböhme in den Sudetenländern und der Deutschtiroler in den Ländern der Alpen. Und so konsolidiert, so verkernt sich das Deutschtum Österreichs immer mehr, schafft Panzer und greift zur Wehr: und die Sympathien Alldeutschlands begleiten es in friedlichen Tagen, wie ihm deutsche Hilfe im Sturme schwerlich fehlen wird.

Wie aber stellte sich dies Deutschtum zum Staate Österreich und wie der Staat Österreich zum Deutschen Reiche? Es sind Fragen, die hier erst recht nur in den allgemeinsten Umrissen beantwortet werden können. Denn schwer ist es, aus der überaus wechselreichen inneren Geschichte Österreichs in den jüngsten Zeiten her auch nur Umrisse dieser Art zu entwerfen.

Man wird das moderne Österreich noch nicht verstehen können, sieht man in ihm nicht den Staat, der einstmals ruhmvoll die Türkengefahr für Europa beseitigt hat. In dieser großen Aufgabe haben sich das 16., 17. und teilweise noch 18. Jahrhundert der österreichischen Geschichte erschöpft; man besuche das Rüsthaus der steirischen Stände in Graz aus dieser Zeit, und man wird sich noch heute greifbar überzeugen, was sie bedeutete. Unter der ungeheuren Last ihrer Lösung traten daher alle eigentlich geistigen Fragen zurück, schied Österreich, einst so reich an deutscher Dichtung und deutschem Schrifttum, aus diesem fast aus, konnte das deutsche Evangelium Luthers im Lande so gut wie zugrunde gehen. Unter ihrer Lösung kam es auch nicht zu einem starken inneren Verwaltungsausbau der absoluten Monarchie, trotz vieler späterer, nach überwundener Türkengefahr von Maria Theresia und Joseph II. mit Eifer und Geschicklichkeit aufgenommener Versuche.

Dies ist der für unseren Zusammenhang springende Punkt. Die allgemeine Reichsverwaltung, deren Führung naturgemäß dem deutschen Element hätte zufallen müssen, wurde niemals zu einem auch nur annähernd so schneidigen Werkzeug der Krone ausgebildet wie in Preußen; auch das

Heerwesen bot keinen vollen Ersatz. Daher war die Zentralgewalt im Grunde stetig schwach gegenüber den partikularen, den ständisch-adligen und ständisch-kirchlichen, den Landesgewalten; und ein moderner Staat mit der entwicklungsgeschichtlich notwendigen Voraussetzung eines vorhergegangenen strammen Absolutismus vermochte sich nicht zu bilden.

Diese Lage muß man in Betracht ziehen, will man die Zeiten des guten Kaisers Franz und Metternichs verstehen. Schon damals, vor 1848, war man und empfand man sich als im Grunde der Zeit nicht gewachsen; und war auch der Kaiser eines geistreich-frivolen Après nous le déluge nicht fähig, so ist doch seine melancholisch-kraftlose Bemerkung bekannt, ihn und den Metternich werde es wohl noch aushalten.

Aber nicht einmal diese Erwartung traf zu! Mit den dreißiger und vierziger Jahren drangen auch in dies ehrwürdige Staatsanwesen die modernen politischen Mächte der subjektivistischen Zeit, Liberalismus und Nationalismus. Freilich: in besonderen Formen, nicht vereint zunächst, sondern gleichsam ethnisch getrennt. Der Nationalismus regte seine Schwingen unter dem bisherigen Regierungsobjekte, den Slawen, vor allem früh unter den Tschechen, aber zunächst weniger politisch als kulturell: die Keime einer tschechischen Sprachpflege, Literatur und Wissenschaft drangen hervor; erst später sind ihrem Wachstum dann auch ernsthafte politische Bestrebungen gefolgt. Der Liberalismus dagegen wurde Teil der kulturell hochstehenden und politisch herrschenden Bevölkerung, der Deutschen. Nur daß er sich bei ihnen nicht, wie sonst überall auf deutschem Boden, mit dem Nationalismus verband. Das hätte ja, da dann das liberale Prinzip erst recht auch den Slawen hätte zugängig gemacht werden müssen, die Zerstörung der deutschen Vorherrschaft bedeutet! Und so wurde der deutsche Liberalismus aus dem drängenden Motive der deutschen Hegemonie heraus zentralistisch: eine höchst merkwürdige, sonst nirgends

in dieser Art vorkommende Färbung. War aber ein österreichischer Zentralismus wirklich durchzuführen ohne Legitimismus? Und lieferte man sich nur diesem historischen Widerspruche zum Liberalismus aus: stieß sich dann nicht selbst in diesem Falle noch jede zentralistisch-liberale Regierung dennoch schließlich an dem erst aufkeimenden, dann bald auch aufbegehrenden Nationalismus der Slawen, und damit im Grunde an seinem entwicklungsgeschichtlichen Komplemente? Es war eine höchst verzwickte Lage, die unter allen Umständen in eine Sackgasse führen mußte. Soll man sie mit einem Satze aufhellen, so würde man sagen können: der Liberalismus, weil demokratisch, widersprach im Grunde der hergebrachten aristokratischen Stellung der Deutschen, war aber gleichwohl für sie, als unabweisbarer Bestandteil der Kultur eines deutschen subjektivistischen Zeitalters, höhere geschichtliche Notwendigkeit. Es ist eine Formulierung, die zugleich den engen Zusammenhang der politischen und der populationistischen Vorgänge aufdeckt: denn auch in der Bevölkerungsbewegung wurden die Deutschen im tiefsten dadurch geschädigt, daß ihrer aristokratischen Lebenshaltung die demokratische der slawischen Massen, durch die liberale Gesetzgebung des 19. Jahrhunderts und das aufdämmernde Zeitalter der freien Unternehmung ermöglicht, übermächtig entgegentrat.

Wie vollzog sich nun unter diesen allgemeinen Zusammenhängen die Entwicklung im einzelnen? Zunächst kam es aus den Anfängen des Liberalismus heraus unter der Einwirkung der französischen Februarrevolution und den Drohungen revolutionärer Vorgänge im Reiche zu der Katastrophe von 1848. Aus ihr rang sich in Ungarn der volle Nationalismus los: damit entstand im Grunde schon ein latenter Dualismus des Gesamtreiches. In der österreichischen Hälfte aber wurde in den fünfziger Jahren noch einmal ein Versuch gemacht, in alter absolutistischer Weise zu regieren; bezeichnenderweise durch einen Militär; denn nur das Heer, nicht die Verwaltung vermochte es noch,

sich als brauchbare Maschinerie einer patriarchalisch-zentralistischen Regierung zu erweisen. Indes blieb die Diktatur Schwarzenbergs unter dem jungen Kaiser Franz Joseph nur ein Intermezzo. Es war unvermeidlich, daß sich, solange die Deutschen noch immer über einem erst keimhaften Nationalismus der cisleithanischen Slawen thronten, der Liberalismus als führende Macht emporrang und daß er zentralistisch zu sein suchte. Es geschah seit dem Ausgang der fünfziger Jahre, seit den Zeiten Schmerlings.

Wie lange diese Konstellation wohl gedauert und wie sie, sich selber überlassen, sich ausgelebt haben würde gegenüber den empordringenden, durch die liberale Gesetzgebung und die dieser zugrunde liegende Kultur selber gehobenen nationalen Strebungen der Slawen: wir wissen es nicht. Denn äußere Ereignisse traten dazwischen, ihre Entwicklung und ihren Ablauf zu modifizieren und zu beschleunigen. Der Krieg von 1866 kam und die Auseinandersetzung mit Preußen. Und es kam mehr: der Krieg von 1870 und die Gründung des Deutschen Reiches. Gewiß enthielten schon die Erfahrungen des Jahres 1866 für die Dynastie Anlaß genug, ihr Verhältnis zu den Deutschen im Lande einer Prüfung zu unterziehen und die Frage aufzuwerfen, ob eine deutsch-liberale Hegemonie in Cisleithanien im habsburgischen Interesse liege. Allein die Erwägungen in dieser Hinsicht wurden doch bis zum Jahre 1870 immer wieder zurückgedrängt durch die Abschätzung noch immer vorhanden geglaubter Aussichten im Reiche: mit nichten hat das Haus Habsburg vor 1870 deutsche Hausmachtbestrebungen aufgegeben. Und sie erforderten gerade in dieser kritischen Zeit erst recht eine Schonung der Deutschen. Als dann aber die Ereignisse von 1870 auf 1871 alle den Ländern des heutigen Reiches zugewandten Aspirationen — ob freilich für immer? — vernichteten, als gar eine gewisse Furcht vor deutschen Annexionsgelüsten nicht ausblieb: da schien es höchste Zeit, sich nunmehr gegenüber den Deutschen auf die Slawen, und vornehmlich auf die Tschechen als die

größte selbständige slawische Nationalität des Reiches, zu stützen. Denn mit nichten wollte man mit dem neuen Deutschen Reiche etwas zu tun haben; der Zweibund ist angeblich erst zustande gekommen, nachdem Fürst Bismarck in Wien ein Teilungsangebot Österreichs, das von Rußland dem Deutschen Reiche gemacht worden war, zur Kenntnis gebracht hatte: und im Innern wollte man jedenfalls so regieren, daß dem Reiche der Gedanke an eine künftige Annexion österreichischer Gebietsteile gründlich verleidet werde. Slawischer Durchschuß allenthalben wurde also zum Wahlspruch: und von diesem Standpunkte aus Begünstigung überhaupt aller schon in starken Potenzen vorhandenen slawischen Nationalismen.

Nun ist klar, daß dies bei der besonderen Stellung wiederum der Tschechen im Grunde einen cisleithanischen Dualismus zwischen Deutschen und Tschechen bedeutete, freilich unter manchen störenden Zwischenwirkungen anderer Nationalitäten, vor allem der Polen, bis zur Stellung des Ausschlagzüngleins an der Wage. Aber diesen Weg nun offen zu gehen und die Selbständigkeit der Wenzelskrone anzuerkennen, erschien dem Hause Habsburg doch wieder unmöglich. In diesem Falle hätte man nämlich mit dem entschiedensten Widerspruch von der anderen Seite des großen Reichsdualismus, von Ungarn her, zu rechnen gehabt. Denn auch Ungarn hat seinen slawischen Pfahl im Fleische in der seit der Einverleibung Bosniens schlimmer denn je drohenden Selbständigkeit eines slowenisch-kroatischen Königreichs: und kann deshalb in der großen Westhälfte des Reiches niemals eine slawisch-dualistische Bildung zulassen, die im eigenen Hause sofort verwandte Befreiungsbestrebungen hervorrufen würde.

Ein wahrer Rattenkönig von Problemen. Und doch sind damit nur einige wichtigere der nunmehr, nach 1870, in immer rascherer Folge auftauchenden Fragen berührt. Was war nun gegenüber alledem die Haltung der Deutschen? Zunächst sprang in die Augen, daß der liberale

Zentralismus jetzt verloren war. Es half ihm auch nicht, daß er sich mit dem universalen Elemente des Semitismus vielleicht nur zu eng verband. Als dann gar noch, gegen Ende des achten Jahrzehntes, der Einzelfehler gemacht wurde, daß man gegen die verbrämte Einverleibung Bosniens und der Herzegowina stimmte, in der die Krone Trost und Ausgleich für die mannigfachen Mißerfolge und Verluste der letztverflossenen Jahrzehnte sah, war der alten Richtung in keinerlei Weise mehr zu helfen. Ihr Todeskampf hat zwar noch einige Jahrfünfte gedauert, aber vom Deutschtum wurde sie in den achtziger Jahren aufgegeben, und dieses suchte nun eine neue Richtungslinie seiner politischen Betätigung.

Daß dabei mit dem latenten Dualismus Cisleithaniens zu rechnen war, lag auf der Hand. Und indem sich damit die Front gegen das Slawentum und, nach Lage der Dinge, gegen die Regierung zugleich wandte, mußte die Plattform einer kulturaristokratischen Opposition aufgesucht werden. Es war eine Wendung, die seit den neunziger Jahren durch den Umschwung der allgemeinen deutschen Kulturhaltung — Übergang zu idealistischer Weltanschauung und Kunstübung, Hereinbrechen der Anfänge eines Zeitalters gebundener Unternehmung — sehr unterstützt worden ist; ihren merkwürdigsten Ausdruck fand sie vielleicht in dem Hinstreben zu der kulturell höher und zugleich spezifisch deutsch erscheinenden Form christlichen Kirchentums, zum Protestantismus, in der Bewegung los von Rom.

Während sich aber so der allgemeine Charakter der neuen Stellungnahme des Deutschtums deutlich und entschieden auszuprägen begann, ergaben sich im einzelnen und in der konkreten politischen Handhabung überaus große Schwierigkeiten. Die österreichischen Deutschen sind schließlich nur ein Volk von höchstens zehn Millionen Seelen. Gleichwohl spielen sich unter ihnen, abgesehen von der besonderen heimatlichen Entwicklung, im allgemeinen alle die großen Tendenzen geistiger und materieller Entfaltung ab, welche

das Deutschtum überhaupt erfüllen. Dies ergibt denn in verhältnismäßig kleinem Raume einen Reichtum der Gruppierungs- und Scheidungsmöglichkeiten für den Betrieb der praktischen Politik, der zu einer außerordentlichen Spaltung bald so, bald so kombinierter Parteifraktionen hintreibt. So sind z. B. schon die massivsten Tatsachen der sozialen Entwicklung in dieser Hinsicht wirksam: Großgrundbesitz und Großindustrie, Bürgertum und Bauerntum, Kopfarbeiterberuf und Beruf der Handarbeit suchen unter den Deutschen ihren besonderen politischen Ausdruck, während die anderen Nationalitäten Österreichs, mit Ausnahme vielleicht der Italiener, in ihrer politischen Betätigung viel einfacheren sozialen Beeinflussungen gegenüberstehen. Was ist nun die Folge dieses Überreichtums selbst dann, wenn ein verwirrendes Dazwischentreten einzelner ehrgeizigen Führer fehlt? Eine bemerkenswerte Unfähigkeit, die gesamte Kraft zu großen Wirkungen zusammenzufassen und so zu erreichen, was selbst bei bescheidenem Anspruch als einfaches Recht der Nation gefordert werden konnte.

Man möchte wohl meinen, daß diese neue, im tiefsten aristokratische Stellungnahme des Deutschtums dieses der Krone, der regierenden Gewalt überhaupt wieder nähergebracht haben müßte. Und haben sich nicht etwa die Gedanken des Fürsten Bismarck, des getreuen Eckharts der Deutschösterreicher durch so viele Jahre, in dieser Richtung bewegt? Die Frage ist nur, ob es nicht schon um 1900 zu spät war, eine solche Wendung als entscheidend ins Auge zu fassen. Gewiß: wer den Kaiser etwa in Ischl hat zur Messe gehen und unter seinem treuen deutschen Bauernvolke beten sehen, der wird an die Urgewalt des habsburgischen Herrschertumes von Gottes Gnaden noch immer glauben; und sicherlich: noch immer wirkt sie sich aus, jene pietas et munificentia caesarea, von der eine Inschrift eben der Ischler Kirche rühmend redet. Allein in Angelegenheiten des Herzens gilt nur Zug um Zug; und Liebe erfordert reine Gegenliebe. Reich ist begeisterte Liebe dem

Hause Habsburg von den Deutschen durch Jahrhunderte entgegengebracht worden in allen seinen Gliedern; wo fände sich in deutschen Landen eine echter deutsche und treuere Inschrift eines Fürstendenkmals als die an dem Monument Erzherzog Johanns in Graz: „Unvergessen lebt im Volke, der des Volkes nie vergaß!"

Aber hat das Haus Habsburg eben neuerdings des deutschen Volkes niemals vergessen? —

Das Verhältnis Österreichs zum Deutschen Reiche, in welches das Verhältnis des österreichischen zum allgemeinen Deutschtum notwendig eingeht, wird als solches weniger von Empfindungen als von Interessen beherrscht, wenngleich die Imponderabilien hier eines Tages eine unerwartete Rolle spielen könnten.

Und da sind denn vor allem die Verkehrsverhältnisse von Bedeutung. Von ihnen läßt sich sagen, daß sie heute wie vor alters auf einen engen Zusammenhang der Länder des Deutschen Reiches mit denen Österreichs hinweisen. Uralte Handelsstraßen haben Adria und Ostsee schon vor der Zeit aller geschriebenen Geschichte über die Gegend von Wien hinweg miteinander verbunden; und Kaufleute des äußersten deutschen Nordwestens haben in stattlichen Scharen schon zu den Zeiten der Babenberger in Wien und von Wien die Donau hinab verkehrt, — bis nach Siebenbürgen hin, bis in jene Lande, die, an den Grenzen der Rumänen, ihre heutige deutsche Bevölkerung von der Mosel her empfangen haben. Und auch heute sind die Zusammenhänge noch überaus eng. In Österreich leben weit über hunderttausend Reichsdeutsche; Österreicher sind an die Hunderttausend allein schon im Königreich Sachsen zu finden. Und wie eng sind große Verkehrsstraßen vom Reiche nach Österreich in den letzten Jahrzehnten aneinandergereiht worden! Selbst über das Erzgebirge gibt es sechs Eisenbahnübergänge, über das Sudetensystem aber vierzehn, trotz der Geschlossenheit dieser Teile des alten herzynischen Gebirgssystem; dazu kamen bereits um 1900 im Erzgebirge auf deutscher

Seite noch sechs, auf böhmischer noch zwei, am Fuße der Sudeten auf deutscher Seite noch neun stumpf endende Bahnlinien. Und auf diesen und anderen Wegen verläuft ein Verkehr, der, von der Reichsseite aus berechnet, denjenigen übertrifft, der sich über die 1300 km lange Grenze nach Rußland bewegt: es sind Zusammenhänge von außerordentlicher Gedrungenheit. Beruht diese gewaltige Intensität dabei teilweise gewiß darauf, daß Österreich vielfach das Durchgangsland ist für den Reichsverkehr nach dem europäischen Südosten, so ist es doch für diesen besonderen Charakter noch wichtiger, daß neben den Eisenbahnen auch zwei der hervorragendsten mitteleuropäischen Flußsysteme dem Deutschen Reiche und Österreich gemeinsam sind: das der Elbe und das der Donau.

Dies alles kettet Österreich um so mehr an das Reich, als es einige seiner alten Expansionslinien, vor allem die nach Italien, verloren hat und das Reich in sichtlich überragendem wirtschaftlichem Aufschwunge begriffen ist. Und es kann wohl als ein Symbol gleichsam dieser Lage betrachtet werden, daß der hamburgische Import jetzt auf dem Elbstromnetze wie in der Eisenbahnverfrachtung nicht bloß das Herz, sondern auch fast alle peripherischen Teile Österreichs durchdringt; weit über die Donaulinie hinaus greift er nach Süden.

Unter diesen Umständen hat es sich schon seit lange verlohnt, die Frage nach einer möglichen Gemeinsamkeit des Reichsverkehrsgebietes und des österreichischen Marktes aufzuwerfen; schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurde sie gestellt; damals von Österreich aus, sobald man sich dort von der werbenden Kraft des preußischen Zollvereins im heutigen Reiche überzeugt hatte. Allein, wie man weiß, ohne Erfolg: nur jener österreichisch-deutsche Postverein kam zustande, der heute noch gilt, und dem schließlich, zu offenbar wesentlicher Abrundung, auch Luxemburg beigetreten ist.

Aber die Frage nach einer Zollunion verschwand seitdem

nicht wieder aus der Erörterung; und neuerdings ist sie 1900 und wiederum 1903 in Österreich lebhaft verhandelt worden. Im ganzen immer mit dem gleichen Ergebnis. Soweit nur wirtschaftliche Gesichtspunkte in Betracht kommen, wurde die Zollunion — wo möglich sogar in einer Ausdehnung auf ganz Mitteleuropa — von den Volkswirten lebhaft befürwortet, und von dem Publikum, je nach dem für Industrie oder Landwirtschaft erhofften Gewinne, bald bekämpft und bald empfohlen: politisch aber stellten sich der Verwirklichung stets die größten Schwierigkeiten entgegen.

So schon innerhalb des engeren Bereiches Österreichs. Haben etwa all die Völker Cisleithaniens in Zollsachen das gleiche Interesse: Deutsche und Polen, Tschechen und Slowenen, Juden und Griechen, Parther und Elamiter? Keineswegs! Denn die einen sind mehr industriell, die anderen mehr agrarisch; die dritten werden von kommerziellen Motiven bewegt. Unmöglich, daß sie sich zu einer verfassungsmäßigen Mehrheit einigen werden. Vor allem aber: Cisleithanien steht mit Transleithanien in einem zwar nicht verfassungsmäßig festgelegten, von der Dynastie aber doch immer wieder dringend erwünschten und mit allen Mitteln praktisch aufrechterhaltenen Zollbund. Und dieser Zollbund verändert und fälscht durch seinen für Österreich immer ungünstiger werdenden Einfluß die österreichischen Wirtschaftsinteressen gegenüber dem Reiche, die bei voller Entschlußfreiheit der österreichischen Instanzen vielleicht trotz allem zu einer Zollunion mit dem Reiche führen würden, derart, daß diese völlig aussichtslos oder höchstens zunächst für ganz wenige Artikel denkbar wird.

Es ist einer der Zusammenhänge, die aus den Verkehrsverhältnissen hinüberführen in das Gebiet der hohen Politik. Ist es nicht klar, daß eine deutsch-österreichische Zollunion auch andere als rein wirtschaftliche Früchte tragen würde? Eben deren Reifen aber sucht das Haus Habsburg zu verhindern: und darum bedarf es in diesem Falle Ungarns.

Und diese Konstellation schließt es denn zugleich in gewissem Sinne aus, daß das Reich von sich aus den Gedanken einer Zollunion vortrage: denn ein solches Verfahren würde nach habsburgischer Auffassung wohl dem Prinzip der Nichtintervention in inneren Angelegenheiten widersprechen, das als eins der ungeschriebenen Gesetze des Dreibundes betrachtet werden kann.

Steht es aber bei andern, im Grunde gemeinsamen Angelegenheiten der Reichsdeutschen und der Deutschösterreicher, ja Österreichs überhaupt nicht ähnlich? Bei den kirchlichen zum Beispiel? Überall, wo auf beiden Seiten organisierte Interessen vorliegen, ist der Versuch einer Einigung dadurch unterbunden, daß eben die höchsten Organe, die staatlichen, differieren. Und so muß der Austausch wenigstens vorläufig auf die höchsten, einer plump bindenden Organisation nicht bedürftigen, ja nicht fähigen Interessen beschränkt bleiben. Es ist eine Lage, die längst auf beiden Seiten erkannt ist. Und darin liegt ihr Gutes. Indem man das Zusammenlodern der Flammen da zu suchen begann, wo es möglich war, hat sich ein gegenseitiger Zug sympathischer Kenntnisnahme und ritterlich-freier Förderung entwickelt, den keine deutsche Vergangenheit bisher in diesem Sinne gekannt hat. Eine ideale Atmosphäre der Gemeinsamkeit ist dadurch hergestellt worden, deren Pflege wetteifernd verfolgt wird: und in dieser Pflege gedeiht eine Welt von Imponderabilien in ungestörtem Wachstum, die nicht vergebens auf dieser Erde sein kann, wenn anders geistige Güter Wert haben. —

Vieles von dem zuletzt Gesagten gilt auch für ein anderes großes Sprengstück des Deutschtums im Osten, für die Balten. Nur daß Züge, welche für das Bild des österreichischen Deutschtums bloß in den gemischtsprachigen Ländern charakteristisch sind, hier fast allein und in weit größerer Schärfe hervortreten. Insofern ist gerade das Schicksal der Balten lehrreich genug: es ist der Typus des Verlaufs der Geschicke eines agrarischen Erobervolkes. Was hat die Herr-

schaft der nunmehr etwa 250000 Deutschen der Ostseeprovinzen über die einunddreiviertel Millionen Esthen und Letten herbeigeführt? Der Umstand, daß Deutsche von höherer Kultur und stärkerer Wehrhaftigkeit einwanderten. Und eben der Umstand, daß der Mangel der Wehrhaftigkeit für die Unterworfenen durch den Reichsfrieden des modernen russischen Staates beseitigt, daß die höhere Kultur aus den Aufgaben des modernen Staates her wenigstens der Tendenz der persönlichen Befreiung nach auch den Letten und Esthen zuteil ward, schien bestimmt zu sein, die Herrschaft der Deutschen zu stürzen. Aber hier wie in dem weniger ausgesprochenen österreichischen Falle hat sich gezeigt, daß ein Umschwung wie der eingeleitete sich nicht von heute auf morgen vollzieht, und daß er vielleicht immer noch ausgeglichen werden kann durch eine verstärkte Energie des übergeordneten Gegners. Nur wenig haben im Grunde Letten und Esthen in dem Kampfe erreicht, wie er nun schon ein Menschenalter und in verstärktem Maße etwa fünf Lustren fortwährt. Ihre russischen Emanzipatoren aber sind des unablässigen Ringens zum Teil schon müde geworden: und verjüngt, in den Lebensformen einer neuen Kampfes- und Herrscherstellung, scheinen die Deutschen aus der Prüfung hervorgehen zu sollen. —

Wenden wir unsern Blick von den Ostgrenzen des Deutschtums auf die westlichen Marken, so bedarf es eines Augenblickes, um sich gleichsam von einer historischen Blendung zu erholen: so grundverschieden sind die Voraussetzungen von denen des Ostens, unter denen hier Volldeutsche und deutsche Vettern außerhalb der Reichsgrenzen leben. Nichts von Erobererstellung über fremden Volksmassen, die der Emanzipation entgegengehen, nichts von grundsätzlichem Gegenwirken der Deutschen gegen Dynastien und Zentralgewalt; nur an einer Stelle Kampf gegen unberechtigte Aspirationen einer fremden Rasse. Dagegen volles Dahinleben in der Breite eigener Kultur, geistige Fruchtbarkeit, physische Kraft, Selbständigkeitsgefühl und

sicherer Blick in die Zukunft: Eigenschaften eines unvermischt siedelnden Deutschtums, das sich bis in seine untersten Glieder hinein in den Vollbesitz westeuropäischer Kultur gebracht hat.

Wir wissen, unter welchen Umständen jener Reigen westlicher Kleinstaaten dem alten Reiche verloren gegangen ist: die Schweiz deutschen Anteils, die vlamischen Teile Belgiens, soweit sie einst deutsch waren, Holland, bis 1870 auch das Elsaß. Die großen deutschen Zentralgewalten bildeten sich neu im Kolonialgebiet: mittlerweile bröckelte politisch ab, was der vom französischen Westen her umbrandeten äußeren Peripherie des Mutterlandes angehörte.

Aber von diesen Splittern ist einer, politisch und militärisch vielleicht der wertvollste, eben mit dem neuen Reiche wiederum vereinigt worden: das Elsaß, und mit ihm Teile auch des von jeher welschen Lothringens: ein Erwerb, der für den, der in geschichtliche Tiefen blickt, immerhin noch überraschend schnell zur erneuten Verdeutschung der entscheidenden sozialen Schichten des Elsasses und zu einer erstmaligen Germanisierung Lothringens geführt hat. Der letztere Vorgang ist dabei vielleicht das erfreulichste bisher sichergestellte Ergebnis des modernen deutschen Dranges nach Westen. Es scheint, als ob in Metz Sprache und Nationalität noch bis ins 12. Jahrhundert wenigstens teilweise deutsch gewesen seien; sicher ist, daß Metz und seine weitere Umgebung zur Zeit des Überganges an das Reich französischen Charakter trugen. Wie rasch aber hat sich das geändert! Nicht bloß die Bevölkerung der Stadt ist zum guten Teile verdeutscht, auch das Aussehen der Gegend hat schon germanische Färbung angenommen; und in den nördlichen Teilen des Landes hat eine glücklich aufblühende Industrie mit dem Entstehen neuer und der Vergrößerung alter Ortschaften zugleich eine rasch einströmende deutsche Einwanderung herbeigeführt.

Wie aber hatte sich gar das Elsaß schon um 1900 für den verändert, der es seit etwa einem Menschenalter kannte!

Wie war zunächst unter dem erblindenden und verschwindenden französischen Firniß die alte deutsche Kultur wiederum hervorgetreten, — die Kultur jener Zeiten, da Goethe in Straßburg studierte: eine Kultur, welche von nicht geringen Teilen der mittleren Gesellschaftsschichten bis zum Jahre 1870 in halb mumifizierter und versteinerter Gestalt fortgefristet worden war! Und wie sind gar die unteren Schichten zu jenem Deutschtum wiederum erwacht, das wir etwa aus Jörg Wickrams „Rollwagenbüchlein" und dem glänzenden Nachlasse der großen literarischen Zeit des Elsasses im 16. Jahrhundert kennen, dem Deutschtum eines derben, sangesfrohen Humors und einer kräftigen Unmittelbarkeit freier Empfindung! Aber nicht bloß bei dem Wiederaufbau alter Reste war es geblieben; neue Sprosse schon trieb der so lange Zeit unfruchtbare Stamm; eine Dialektliteratur sogar dramatischen Charakters war, elsässisch für Elsässer, erwacht; und schon regte auch eine jung- und hochdeutsche Dichtung von Elsässern ihre Flügel. Da konnte die Nation die dünne und absterbende Oberschicht von einigen tausend Franzößlingen wohl mit einigem Humor ertragen, wie sie, wenig zur Erbauung des gut rechnenden Durchschnittselsässers, ihr in deutschen Landen gewonnenes Geld zum größeren Teile in Paris auf welsche Art verzehren: sie haben ihren Lohn dahin. Erkannte doch auch französischer Ernst und französische Wahrhaftigkeit schon an, daß das Land als Ganzes dem Deutschtum, dem Reiche gewonnen worden war; und nur dafür schien zu sorgen, daß aus echt deutschen Eigenschaften nicht ein Partikularismus von unerwünschter Stärke und Ausschließlichkeit hervorgehe. —

Weniger erfreulich standen schon um die Wende des Jahrhunderts und stehen die Dinge im Süden, in den deutschen Gebieten der Schweiz. Würde heute ein Schweizer wohl noch ohne weiteres schreiben, was im Jahre 1841 der Züricher Orelli bekannt hat: er erfülle mit der Veröffentlichung eines Buches eine „heilige Pflicht gegen seine

Nation, die deutsche: denn in allem Geistigen, Wissenschaftlichen, Künstlerischen bilde Deutschland und die deutsche Schweiz nur ein Volk"? Die Gründung des Reiches hat die deutschen Sympathien in der Schweiz auf lange Zeit hin eher beeinträchtigt als gestärkt. Man hatte so gern verächtlich herabgesehen auf diese Schlucker von Fürstenknechten; die Tatsache, daß die gestrengen Herren von Basel, Zürich und wohl auch noch Bern ihre Dienstboten seit langen Zeiten von rechts des Rheins beziehen, hatte gleichsam vorbildlich für die Beurteilung der nunmehrigen Reichsdeutschen gewirkt. Konnte man sich da mit einem Male in die neue Lage finden? Und der deutsche Schweizer löckte mit jener geraden Aufrichtigkeit wider den Stachel, die eine seiner besten und deutschesten Eigenschaften ist. Doch haben sich die Dinge inzwischen immerhin geändert. Namentlich in den Augen ernster Leute: da wird die Bedeutung des Reiches und seiner Insassen nicht mehr verkannt. Und man verfolgt mit stillem Stolze die Anerkennung schweizerischen Deutschtums im Reiche: welche nationale Propaganda haben nicht in diesem Sinne die Namen Böcklin, Keller, Meyer, Widmann, Zahn, Hodler, um nur die erlauchtesten zu nennen, gemacht. Man ist auch in diesen ernsten Kreisen zumeist überzeugt, daß die Schweiz in den politischen Stürmen der Zukunft auf deutscher Seite zu finden sein wird. Aber ein völlig ebenmäßiges Verhältnis zwischen Schweizern und Reichsdeutschen ist gleichwohl nicht hergestellt; noch immer steht in gut verwandtschaftlichem Zwiste Anspruch gegen Anspruch; und Conrad Ferdinand Meyer könnte auch heute noch mit einigem Rechte seinen Hutten rufen lassen:

> Unsinn, daß ihr euch täglich reizt und rauft,
> Landsknecht' und Schweizer! Beide deutsch getauft.

Die Folge davon, daß der deutsche Schweizer noch so gern, um im Stile der Monologanmeldung unserer alten Dramen zu reden, ein wenig beiseite geht und nur mit ihm selber redet, ist, daß sich die deutsche Sprache in der Eid-

genossenschaft dem Französischen gegenüber keineswegs in wünschenswertem Maße widerstandsfähig erweist. Die Zeiten, da an der Sprachgrenze welsche Dialekte gegen deutsche Dialekte sich das Gleichgewicht hielten, sind vorüber. Auf welscher Seite rückt überall ein reines Französisch in die Kampflinie. Entspricht ihm aber ein reines Schweizerdeutsch? Nein, — da kämpfen dialektische und dialektoide Bildungen und unterliegen, wie sie gegenüber dem reinen Französisch der Gebildeten früher im Elsaß unterlegen sind. Und so ist es hohe Zeit, daß sich das Schweizerdeutsch Sauerstoff hole aus der reinen Atmosphäre des Gemeindeutschen. Dies wird wichtiger sein, als die Reinigung des äußeren Anblickes gewisser eidgenössischen Städte, wie z. B. Luzerns, von dem Fastnachtsfirlefanz aufdringlicher welscher Aufschriften, deren Dasein und nicht selten wunderliches Französisch deutsche Lachmuskeln immer wieder zu reizen pflegt.

Im übrigen vollzieht sich die gegenseitige innige Kenntnisnahme und damit Vereinigung des schweizerischen und des Reichsdeutschtums doch vor allem auf dem Boden der materiellen Interessen. Was hier die Gründung des Reiches und die Einbeziehung auch der ganzen linken Seite des Oberrheintals in seine Grenzen für die deutsche Schweiz, insbesondere für Basel bedeutete, braucht nicht erst auseinandergesetzt zu werden; nicht minder springt die Wichtigkeit der Gotthardbahn alsbald in die Augen. Inwieweit aber in diesem Bereiche Verkehrserleichterungen und wirtschaftlicher Aufschwung schon fusionierend gewirkt haben, zeigt nichts besser als die Tatsache, daß in den gewerbfleißigsten und am meisten aufstrebenden Städten der deutschen Schweiz, in Basel und St. Gallen, nicht weniger als ein Drittel der ansässigen Bevölkerung von Reichsdeutschen gebildet wird. Was hier leise begonnen hat, das mag einst lauter fortwirken, wenn nicht im wörtlichen Sinne, so doch im Geiste der prophetischen Zeilen des großen schweizerischen Dichters:

Geduld, es kommt der Tag, da wird gespannt
Ein einig Zelt ob allem deutschen Land! —

Wie verwandt und in wie mancher Richtung doch wieder grundverschieden haben sich im Vergleiche mit der Schweiz die nachbarlichen Verhältnisse des Reiches zu den westlichen Niederfranken und Friesen, zu den Vlamen und Holländern, gestaltet! Trennt hier die Sprache mehr als gegenüber der Schweiz, so sind die Verkehrsbeziehungen noch inniger. Denn Nord- und Südniederland ist das Ausgangsgebiet der wichtigsten deutschen Verkehrsader, des Rheins; und so darf es nicht verwundern, daß in Belgien, und zwar, abgesehen von dem grenzbenachbarten wallonischen Verviers, zumeist auf vlamischem Boden, etwa 50000 und in Holland etwa 30000 Deutsche wohnen, und zwar nicht zum geringsten in den Hafenstädten, in Antwerpen, in Rotterdam und in Amsterdam.

Was Holland insbesondere angeht, so wird der Umschwung, der sich in seinen Beziehungen zum deutschen Zentralreiche während des letzten Menschenalters bis zur Jahrhundertwende vollzogen hatte, vielleicht durch nichts besser gekennzeichnet als durch den Wechsel der Einfuhr- und Ausfuhrwerte von und nach dem Deutschen Reiche und England. Die Zahlen lauten in Gulden 1875: für das Deutsche Reich auf 161,6 Millionen in Einfuhr und 238,7 Millionen in Ausfuhr, für England auf 241,8 und 124,7 Millionen; zehn Jahre später für das Reich auf 312,1 und 413,3, für England auf 262,1 und 255,4 Millionen. Und diese außerordentliche Wendung in den Beziehungen zum Reiche und zu England hat dann im allgemeinen angehalten; um das Jahr 1900 betrug der Ausfuhrhandel des Reiches nach Holland nicht weniger als 7,5 vom Hundert seines Gesamthandels und war damit größer als der nach Frankreich und fast dreimal so groß wie der nach Italien. Die holländische Ausfuhr aber ging um diese Zeit mit 52 vom Hundert ihres gesamten Wertes nach dem Reiche. Noch beachtenswerter fast als diese Ziffern waren die des

Postverkehrs. Der deutsche Postverkehr nach Holland war um die Wende des Jahrhunderts stärker als der nach England und Rußland zusammengenommen; von den holländischen internationalen Paketen gingen nahezu zwei Fünftel nach dem Reiche. Der Briefverkehr gar vom Reiche her hat sich zu einer Höhe entwickelt, die nur noch von der Zahl der Sendungen nach Frankreich und Großbritannien übertroffen wird, während der Verkehr nach den Vereinigten Staaten und nach Rußland, ja auch nach der Schweiz und nach Belgien nicht unbeträchtlich dahinter zurückbleibt.

Unter diesen Umständen liegt der Gedanke irgendwelchen Anschlusses des Königreiches an das Reich an sich in der Luft und tritt darum auch immer wieder, bald in dieser, bald in jener Form hervor. Zunächst für die Verkehrsinteressen. Hier könnte es sich im einfacheren Falle um einen Anschluß an den großen deutsch-österreichischen Postverein handeln: er lag schon um 1900 nicht mehr außer dem Bereiche unmittelbarer Möglichkeit. Darüber hinaus wurde seit den neunziger Jahren öfters als früher der Gedanke eines Zollvertrages erörtert. Endlich aber führte mehr als ein Ereignis dieses Jahrzehntes, die rasche Beseitigung der alten Kolonialgewalt Spaniens durch die Vereinigten Staaten, die brutale Unterwerfung des niederländischen Elementes in Afrika durch England, die bedenklichen Machinationen der Engländer gelegentlich der holländischen Kolonialkämpfe in Atjeh, zu guter Letzt auch der Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses, die Holländer dazu, in die Diskussion sogar der Möglichkeit eines politischen Anschlusses an das Reich einzutreten. Denn eins war klar: in dem ungeheuren Widerstreit der modernen Expansionsstaaten ist eine alte Kolonialgewalt von der zwar außerordentlichen historischen Größe, immerhin aber doch geringen gegenwärtigen Eigenmacht wie Holland schlecht gebettet, solange sie allein steht. Soll nun aber Hilfe von auswärts, soll eine irgendwie schützende Gemeinsamkeit der Interessen mit andern erstrebt werden: wo am besten ist sie

zu finden? Die Wahl steht zwischen England, Frankreich und dem Deutschen Reiche, wie denn die süd- wie nord-niederländische Selbständigkeit seit Jahrhunderten der Wahlfähigkeit zwischen diesen drei großen Mächten verdankt worden ist. Die Holländer aber sind in ihrer Wahl natürlich die alleinigen Herren ihrer Geschicke; und von deutschem Standpunkte aus ist grundsätzlich und im eigensten Interesse des Landes nur zu wünschen, daß es zum Entschluß komme, ehe es Gefahr läuft, seinen Charakter zu verlieren, und daß es seine Wahl treffe würdig dem Adel seiner Abstammung und der Größe seiner Vergangenheit[1].

Ferner als den Nordniederländern sind die eigentlichen Deutschen von jeher, wenigstens politisch, den Südniederländern geblieben; von den größten Territorien hat allein Brabant ganz, Flandern dagegen nur zu einem Teile dem alten Reiche angehört. Und doch ist das Volk der Vlamen ein so wichtiger Bestandteil der westeuropäischen Bevölkerungsgemeinschaft; mehr als die Hälfte der sechs Millionen Einwohner Belgiens zählen zu ihm; die Provinzen West- und Ostflandern, Antwerpen und Limburg sind so gut wie rein vlamisch; in Brabant stehen gegen dreißig Wallonen noch immer, trotz aller Verwelschungsversuche an Brüssel, siebzig Vlamen; und nur die vier südlichen Provinzen des Landes, Namür, Hennegau, Lüttich und teilweise Luxemburg, tragen ausgesprochen wallonischen Charakter.

Die Kultur des Landes aber ist nach Herkunft und Höhepunkten der Entwicklung durchaus vlamisch; sieht man von Lüttich ab, so sind alle großen Städte mit reicher Vergangenheit niederländischen Charakters: von Antwerpen, dem Antorf Dürers, und Gent und Brügge und Ostende und Mecheln und Löwen und Brüssel bis hin zu Ypern und dem kleinen, aber so interessanten Veurne, das Deutsche

[1] Der Text ist so belassen, wie er im Jahre 1904 zuerst veröffentlicht wurde.

Furnes, und dem lebendigen Kortrijk, das Deutsche Courtrai zu nennen pflegen — von den schönen Formen Anvers, Gand, Bruges, Malines, Louvain und vor allem Bruxelles im deutschen Munde zu schweigen —: und selbst in Lille, dem alten Ryssel, schon südlich der politischen Grenze Belgiens, ertönen noch vlamische Laute. Denn auch Nordfrankreich, das Land jener Cinq départements du Nord, die sich noch immer der französischen Norm nicht ganz fügen wollen, beherbergt noch ein paar Hunderttausend Vlamen; und wer von Calais über Dünkirchen ins Belgische reist, der kann an dörflichen Eisenbahnstationen Gestalten auftauchen sehen, deren Typ ihm bisher nur aus der Altmark etwa und andern vornehmsten Kolonialgebieten des Reiches vertraut ist: Vlamen, Vlamen.

Mit wie innigem Anteil hat das deutsche Kerngebiet die Kultur dieser Lande in den mittelalterlichen Zeiten begleitet, da sie groß war und eigenständig und ein reichbegabter Dichter der ersten Jahrzehnte des Aufschwungs sich seiner Herkunft mit den stolzen Worten rühmen konnte, die jetzt sein Denkmal in Damme zieren: „Darom dat ic een Vlaminc ben!" Tausend Fäden innerlichster Beziehungen haben im 13. bis 16. Jahrhundert diese Küsten mit dem deutschen Binnenland verknüpft: da lebte im stillen Johanneshospital zu Brügge, noch jetzt dem würdigen Behältnis seiner schönsten Werke, der große Maler Hans aus Mömlingen im Lande des Mains, während die Feinheiten der vlamischen Malerschulen binnendeutschen Geschmack befruchteten; da hatten schon manches Jahrhundert vorher vlamische Kaufleute den Weg zur Donau und zum äußersten deutschen Südosten gefunden, und an ihre Sohlen vielleicht oder die anderer Fahrgenossen hatten sich die Sagen geheftet von Siegfried und den Burgunden und die ferne Meeresmär der Gudrun: vielleicht noch zur selben Zeit, da Heinrich von Veldeke auf der Neuenburg an der Unstrut als Gast der Thüringer Landgrafen das Lied von der Eneit dichtete, ein niederfränkischer Sänger. Und haben diese Beziehungen

später ganz aufgehört? Ist uns Binnendeutschen Rubens und die Antwerpener Gilde vom heiligen Lukas nicht ebensoviel gewesen wie die genialen holländischen Einhäusler, ein Hals oder ein Rembrandt?

Aber die vlamische Kultur verglomm in sich selber. Französische Kultur kam ins Land, nicht von der besten Art, ein bald blind werdender Überzug; fast als selbstmörderisch erwies sich die Abtrennung vom nördlichen Niederland und von den zwar fernen, aber doch befruchtende Kulturströme aussendenden Bergen des deutschen Binnenlandes. So verdorrte die Lebenskraft des reichbegabten Stammes halb schon im 18. Jahrhundert, und zu versiegen drohte sie, als mit der erneuten politischen Trennung vom Norden im Jahre 1830 in Belgien ein nichts als französisches Regiment unter einem jener vaterlandslosen Koburger einzog.

Doch: merses profundo, pulchrior evenit! Nun eben regten sich die Vlamen, echte Deutsche; und eine neue germanische Kultur, noch nicht der alten ebenbürtig, nicht frei von Franzosentum, doch immerhin eine würdige Renaissance der alten in sich begreifend, blühte empor. Da begründeten Conscience und Willems eine neue vlamische Literatur, die zugleich ein Schrifttum war des Patriotismus; da erstand in den de Wappers und de Keyzer, den Slingeneyer, Gallait und de Bièfve wie in den Leys eine neue Gilde vom heiligen Lukas und eine neue Meisterschaft vom Johannesspital; da schufen Lambeaux und de Vigne, Lagae und de Vreese, van der Stappen und Meunier in der üppig schwellenden Art der alten Bildnerei wie in der Straffheit moderner Plastik; da erwachte etwas von den feierlichen und vollen Tönen der alten niederländischen Musik in den Schöpfungen Benoits und seiner Schüler; und unter den Schritten der Führer und Meister ergrünten von neuem die Gefilde der einst so reichen Stammeskultur. Und wie man einstmals nicht bloß den Musen gehuldigt hatte, sondern wehrhaft gewesen war gegeneinander und

gegen den Zudrang französischen Rittertums, so sproßten neben den künstlerischen politische Ideale empor: Anteil forderte man an der Regierung des Landes. Man weiß, was das Vlamentum bisher auf diesem Felde erobert hat: doch besteht noch immer nicht völlige Gleichstellung, so sehr die Gleichwertigkeit, wenn nicht Überlegenheit der vlamischen Kultur gefürchtet wird. Aber die Gerechtigkeit naht, und mit ihr wird sich eine Freiheit der Umschau einstellen, die den Blick der Vlamen mehr noch als bisher dem deutschen Kerngebiet zulenken muß. —

Unser Umgang um die Grenzen des Reiches ist vollendet. Er hat nur flüchtige Einblicke gewähren können: notgedrungen: zu reich ist das quellende Leben des mitteleuropäischen Germanentums. Aber eines Eindruckes sind wir gewiß geworden: trotz mancher schwachen Stelle im Reiche selbst wie in den Grenzlanden, trotz Unglückes hier und Schuldbewußtseins dort: es geht vorwärts, vorwärts in Weiten, die wir ahnen. Und als Kern- und Mittelpunkt alles Künftigen, nicht als Abschluß eines Zeitalters, als Erzeugnis vielmehr von Zeiten und Männern, die schöpferisch waren und gedankenschwanger und voll unbewußten Wollens in weiteste Zukunft, erscheint das Reich. Wie ist es doch im ganzen so ganz deutsch in Fehlern und Tugenden, trotz seines Zehntels fast einer fremdsprachigen Bevölkerung: wie müssen wir ihm leben, leben wir dem Deutschtum! Über dem Reiche aber, ein heiligerer Begriff, ein Ganzes erst, das uns erzieht und stärkt, tröstet und stolz macht hinaus über die kurzen Momente des Entstehens und Vergehens politischer Bildungen, steht das Vaterland. Und sollen wir da, wenn wir mit Ernst Moriz Arndt fragen: „Was ist des Deutschen Vaterland?" nicht auch mit Arndt antworten dürfen: „Das ganze Deutschland soll es sein?"

II.

1. Kann es als eine Besonderheit gelten, daß eine Einführung in die Vergangenheit der neueren deutschen äußeren Politik im vorigen Kapitel vornehmlich von geographischen Momenten ausgegangen ist: von dem Spezifischen des deutschen Volksgebietes und seiner geographisch-politischen Veränderungen hin durch den Lauf der Zeiten? Schwerlich: denn wie anders als auf diesem Wege wird sich Stichhaltiges über das äußere Wesen jenes nationalen Körpers aussagen lassen, der am letzten Ende doch ebenso Träger wie Gegenstand der äußeren Politik ist! Freilich: wir haben in den geographischen Elementen des politischen Werdens zwar dessen vielleicht wichtigste Bedingungen, nicht aber letzte Verursachungen vor uns. Wenn die Ost- und Westgrenze des deutschen Namens sich so oft verschob, wenn die Wirksamkeit geographischer Faktoren sich derart wandelte, daß eine sehr merkwürdige Entwicklung der Nation als einer politischen Einheit und eine Zersplitterung schließlich dieser Einheit in verschiedene politische Körper die Folge war: so ist der eigentlichste Grund dafür doch in der Entwicklung des geschichtlichen Eigenlebens der Nation selbst zu suchen; und insbesondere die Bevölkerungsbewegung, das An- und Abschwellen der natürlichen nationalen Fruchtbarkeit, hat erst viele und wichtige Entwicklungsbedingungen der geographischen Elemente ausgelöst.

Das muß man sich vergegenwärtigen, will man verstehen, wie diese innerste Bewegung in Zeiten reich entfalteter Verkehrsmittel auch noch über jene geographischen Gegebenheiten hinaus wirken konnte, die sich innerhalb des nationalen Siedlungsgebietes und seiner nächsten Umgebung zusammen-

fanden. Schon seit den Erfindungen des Kompasses und der besseren Steuerung und Segelung, welche sich am Ausgang des Mittelalters allgemeiner verbreiteten, nicht minder mit der Verbesserung der Landtransportmittel begann sich neben die zusammenhängenden Verschiebungen wachsender Bevölkerung, wie sie die großen Ausladungen der letzten beiden Jahrtausende vor dieser Zeit gesehen hatten, regelmäßiger eine andere Art der nationalen Ausbreitung zu stellen: die Ausbreitung durch Auswanderung größerer Volksgruppen in die Ferne. Sie war notwendig nicht so sehr kompakter wie zerstreuender Art: denn der Wege über Land und Meer gibt es, im Gegensatze zu der geringen Anzahl von Richtungen in die Nachbarschaft des Volkstums, unendlich viele; und besonders zahlreich und auseinanderliegend sind die Ziele, zu denen ein schwankender Kiel über die großen Wasser, drei Fünftel etwa der Erdoberfläche, tragen kann. Als dann gar mit den Erfindungen des 19. Jahrhunderts Dampfschiff und Schraube neben Segelschiff und altherkömmliche Schiffsbewegung durch Wind und Strömung traten, und als diese Wandlung nicht bloß eine ungeahnte Regelmäßigkeit des Verkehrs hervorrief, sondern überhaupt erst eine Entwicklung des Transportwesens auf weiteste Strecken hin brachte, der selbst der Export zunächst nur schwer zu folgen vermochte: da war die Losung zur Auswanderung aus den engen Räumen der nationalen Bevölkerungsdichte und den lange so dumpfen politischen Verhältnissen der Heimat in verlockendster Form gegeben. Und so trat sie ein, die große deutsche Auswanderung vornehmlich des 19. Jahrhunderts; an tausend Enden der Welt siedelten sich deutsche Landsleute an, bald in engerem, bald in weiterem Zusammenhange: bis über den politisch festesten Kern der Heimat, das Reich, und seine politische Korona gleichsam, die mitteleuropäisch-deutsch charakterisierten Staaten hinaus der tellurische Bereich allenthalben mit Elementen des Deutschtums erfüllt war.

Es ist ein Vorgang, der die äußere Politik der Gegen-

wart aufs lebendigste mitbestimmt, den es darum auch mehr ins einzelne seines Werdens zu verfolgen gilt. —

Einzelwanderungen auf weite Strecken haben im Mittelalter, soweit Westgermanen und Deutsche in Frage kommen, eigentlich niemals so sehr in größeren Volksmengen wie von seiten einzelner Personen stattgefunden. In diesem Sinne freilich waren sie verbreitet genug. Wie früh zog nicht schon der deutsche Recke zu fernen Abenteuern über Land! Und kriegerisch blieb durch alle Jahrhunderte hindurch an erster Stelle germanischer Drang ins Weite. Dem Recken und freien Manne der Frühzeit folgte der Ritter und Ministeriale des 12. und 13. Jahrhunderts, und dieser wiederum wurde vom schweizerischen Reisläufer und vom deutschen Landsknecht abgelöst: bis, schon jenseits der Grenzen des Mittelalters, der modernere Söldner dem Werbegeld und der verlockenden Trommel nachlief. Und wie der Knecht, so der Herr: deutsche Offiziere haben in fast allen Heeren gedient, welche die Welt in den letzten drei bis vier Jahrhunderten gesehen hat.

Neben dem kriegerischen Wandersmann aber zog schon sehr früh eine andere Gruppe von Fahrenden einher, die der Kaufleute. Auf Grund ganz verwandter, ja eigentlich der gleichen sozialen Ausstattung: auch sie waren freie Männer: als eines der wesentlichsten Kennzeichen frühmittelalterlicher Freiheit galt dem Deutschen charakteristisch genug das Recht, zu gehen, wohin er wolle: wie denn eine der symbolischen Formen der Freilassung darin bestand, daß der Freizulassende an einen Kreuzweg geführt wurde mit seinen freien Straßen nach jeglicher Gegend des Himmels. So wanderten denn auch die Kaufleute, nicht selten in kleinen Trupps; und so schufen sie sich vorübergehend Heimaten in der Fremde, wenn sie nicht gar in dieser dauernd hafteten: den Friesengassen unserer rheinischen Städte und der französischen Meßplätze aus früherer Zeit sind später die hansischen Faktoreien, der Londoner Stalhof, Tyskebrüggen in Bergen, St. Peter in Nowgorod und

andere, sowie die Fondachi der Deutschen in Italien gefolgt. Neben dem Kaufmann aber zog bald auch der selbständige Schiffer und Hauderer fremden Weges und ihm zur Seite der Handwerker, der Barbier, der Bäcker, der Schuster, der Böttcher. Weithin schwärmten diese Kreise aus, nach dem nordischen Schonen wie nach dem heißen Italien; und weithin waren sie bereits verbreitet, ehe mit der vollen Entwicklung der Zunftverfassung zu einem reichen Gesellentum das typische, noch heute nicht verschwundene Wandern der Handwerksburschen begann.

Inzwischen aber hatten sich schon längst weit höhere Motive mittelalterlichen Einzelwanderns eingestellt. Sie waren und blieben fast ganz religiöser Art. Wie früh erschienen nicht angelsächsische Pilger in Rom; noch heute kann man ihre Wege durch Frankreich an den Funden englischer Denare verfolgen. Und früh eiferten ihnen die Deutschen nach; stammesweise suchten und fanden sie im fremden Lande, vornehmlich in Italien und Rom, wechselnde Unterkunft: von jenen frühen Abgesandten bayrischer Herzöge des 7. und 8. Jahrhunderts an bis zu dem kritischen und tiefblickenden Pilger des Jahres 1511, dem Thüringer Sachsen Luther. Und neben sie traten die Missionare, nicht selten mit ihnen vermischt und aus ihnen hervorgehend: unruhige Seelen voll frommen Wanderdrangs. Haben sie vornehmlich die erste Hälfte des Mittelalters erfüllt, bis der damals allgemeiner bekannte Kreis der Ökumene der Hauptsache nach dem Christentum gewonnen schien und zugleich der heilige Drang der Propaganda versiegte, so kam es nach der Spaltung der Bekenntnisse in neueren Zeiten, zugleich unter der stetig zunehmenden Kenntnis der Erdoberfläche, zu einem zweiten Aufschwung. Und in welche Weiten zog man jetzt! Ostindien und China, Japan und Amerika erschienen als die wichtigsten Weinberge, darein der Herr seine Arbeiter rufe. Am frühesten war dabei die katholische Kirche am Platze, während sich die Protestanten, zum Teil wenigstens infolge einer besonderen, inzwischen

überwundenen Auffassung des Apostolats des Neuen Testamentes, länger zurückhielten. Aus der katholischen Kirche gingen bereits in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts Franz Xavier, Mathäus Ricci und Bartholomäus de las Casas als Missionare fremder Welten hervor, sie alle freilich Romanen; und schon 1622 hat Gregor V. die Congregatio de propaganda fide gestiftet. Auf protestantischer Seite aber waren zuerst Engländer und Holländer und somit Reformierte tätig; im inneren Deutschland erwachte der Drang zur Mission wohl nicht vor dem zweiten Viertel des 17. Jahrhunderts: aus dieser Zeit wird Heyling als abessynischer Missionar genannt, doch war er wohl mehr bloß Reisender, und jedenfalls blieb sein Tun ohne dauernde Wirkung. Durchgreifender für eine deutsch-evangelische Mission war erst die Tätigkeit des Freiherrn v. Welz seit etwa 1664; Welz ist 1668 als Missionar in Holländisch-Guyana gestorben. Ihm folgten bald andere begeisterte deutsche Männer, wie Raue († 1677) und Wasmuth († 1688): bis mit dem 18. Jahrhundert, nicht zum geringsten durch die Bemühungen von Leibniz, ein ununterbrochener Aufschwung deutsch-evangelischer Mission eintrat.

Diesen hier ins einzelne zu verfolgen, besteht kein Anlaß. Denn gerade die protestantische und späterhin auch, und zwar ganz besonders, die katholisch-deutsche Mission hat sich im ganzen mehr als die Missionsbestrebungen mancher anderer Völker an die idealste Interpretation ihrer Zwecke gehalten und darum weit mehr universal als national gedacht und gehandelt; hier aber soll vor allem von nationalen Bestrebungen die Rede sein. Daß diese allerdings von den deutschen Missionen, soweit es ohne Widerspruch gegen ihre eigentlichsten Ziele geschehen konnte, ebenfalls mit Ernst und Erfolg gepflegt worden sind, ist bekannt.

Neben die Missionare stellte sich dann seit Ausgang des Mittelalters immer zahlreicher noch eine andere Gruppe von Reisenden mit idealistischen Zielen: Reisende freilich, deren Absicht zumeist auf eine Rückkehr in die Heimat ge-

richtet war. Es sind die Forschungsreisenden, zunächst die Ethnographen und Geographen. Ihrer wird die deutsche Geschichte stets mit besonderem Stolze gedenken. Denn weit über die praktischen Zwecke hinaus, die auch zu solchen Reisen nicht selten den Anlaß geben, hat sich gerade unsere Nation an der Erforschung der Erde beteiligt. Wer zählt und kennt die Namen aller der Deutschen des Binnenlandes, die seit dem 17., ja teilweise schon seit dem 16. Jahrhundert im Dienste der Holländer zur Aufklärung ferner Welten, vor allem der holländischen Kolonien, in die Weite gezogen sind! Nur einer der erlauchtesten aus dieser Reihe sei hier genannt, der des Arztes Engelbert Kämpfer, des klassischen Beschreibers von Altjapan. Japan aber ist auch später noch eine Domäne eingehendster deutscher Erforschung von Land und Leuten geblieben; hier wirkte im Anfang des 19. Jahrhunderts v. Siebold; und später hat Rein die erste umfassende Monographie des Landes, namentlich auch seines Kunstgewerbes, geschrieben. Ungefähr eine Generation nach Kämpfer aber, seit etwa dem Anfang des 18. Jahrhunderts, begann dann, um zunächst bei Asien zu bleiben, die Erforschung Nordasiens durch die Russen: auch hier anfangs unter den Mühen fast ausschließlich deutscher Kräfte. Denn hier haben Messerschmidt und Gmelin, Steller und Pallas, Erman und Helmersen, Middendorff und Radde, Schrenk, Schwarz und Cotta weite und beschwerliche Reisen unternommen. Und erst seit dem Eingreifen Humboldts (1829) begannen sich demgegenüber Nationalrussen lebhafter zu beteiligen, zunächst an der Erforschung der polaren Stufenländer, dann, seit Mitte etwa des 19. Jahrhunderts, an der Untersuchung der innerasiatischen Hochgebirge, der namentlich Prschewalskijs vier kühne Reisen (1867 bis 1886) angehören. Inzwischen aber war, seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, ein anderes Gebiet Asiens fast ebenfalls ganz deutschem Forschungseifer zugefallen: Arabien. Hier waren 1761/67 Karsten Niebuhr, Seetzen 1803, Burkhart 1818, Schubert 1836, Wallin 1845 und 1848 tätig,

bis neben spätere Deutsche auch Romanen und Engländer traten. Nicht minder ist Hinterindien zuerst durch Deutsche, insbesondere Bastian, in den sechziger Jahren genauer erforscht worden; dann freilich nahmen vornehmlich Franzosen ihre Stelle ein. Und auch die neuere Kenntnis Chinas nach den alten Nachrichten der Jesuiten des 17. und 18. Jahrhunderts wird an erster Stelle einem Deutschen verdankt: in den Jahren 1868 bis 1872 hat Freiherr Ferdinand v. Richthofen seine umfassenden Reisen ausgeführt.

Weniger als in Asien haben Deutsche in Australien und Amerika eingegriffen; hier waren es naturgemäß englische und romanische Elemente, die auch wissenschaftlich zuerst vorwärtsdrängten. Doch wird der australische Reisende Leichhardt unvergessen bleiben, dessen mühevolle Züge (seit 1844) mit seinem Untergang in Verschollenheit endeten, und im neuen Weltteile war Südamerika wenigstens im 19. Jahrhundert eines der ruhmvollsten deutschen Forschungsgebiete: wohlvorbereitete und weitblickende deutsche Männer sind hier tätig gewesen: Alexander v. Humboldt, Pöppig, Spix und Martius, Karl von den Steinen.

Den dichtesten Lorbeer indes haben deutsche Reisende im letzten halben Jahrhundert, neben Engländern, Franzosen und Portugiesen, in Afrika errungen. Da reisten Rohlfs, Barth, Nachtigal und Lenz im Wüstengebiet und im Sudan, da waren Flegel an der Erforschung des Niger, an der des Nils Schweinfurth, Munzinger, Junker und Schnitzer tätig. Und wie viele Forscher haben sich nicht Zentralafrika gewidmet, bald von Osten vordringend, wie Böhm, Kaiser, Reichhard, bald vornehmlich im Becken des Kongo verweilend: Pogge und Wissmann, Kund und Lenz, Buchner, Wolf und François. Über Südafrika endlich haben Mohr und Mauch, Holub und Schinz wertvolle Kunde heimgebracht. Es war ein Ringen durch mehrere Generationen hin, das in der Heimat schließlich zur Begründung gleichsam einer allgemeinen Hilfs- und Angriffsgenossenschaft führte,

der Afrikanischen Gesellschaft, die von 1873 bis 1887 bestanden hat. Und es war ein Ringen, das, abgesehen von den Polarfahrten, wohl am besten die Höhe modernen Wissenstriebes veranschaulichte: denn rein des Wissens und nicht um irgendwelcher Machtzwecke halber ist lange Zeit hindurch die Unsumme deutsch-afrikanischer Fahrten unternommen worden. Haben sie aber dabei schließlich nicht alle auch nationalen Machtzwecken gedient? Es ist die Eigenart gerade aller idealsten Bestrebungen, dennoch im Grunde von größter Nützlichkeit zu sein und unerwartete Früchte praktischen Fortschrittes zu bringen zu ihrer Zeit.

Nun hatten sich freilich seit dem 16. Jahrhundert neben all den idealistischen Zielen einzelner, wie wir sie in Mission und Forschung kennen lernten, auch im inneren Deutschland schon wirkliche Machtbestrebungen eingefunden. Natürlich kaufmännischer Art und in Verbindung mit der Entschleierung der Welt seit dem Ende des 15. Jahrhunderts. Die erste Phase dieser Bestrebungen knüpfte unmittelbar an die Weltmachtstellung des deutschen Handels um 1500 an, und hier wieder an das Verhalten der großen oberdeutschen Häuser gegenüber dem Warenhandel. Hatten diese bis dahin einen großen Teil des mitteleuropäischen Verschleißes jener orientalischen Waren in Händen gehabt, die ihnen auf dem Wege des Levantehandels zukamen, so begreift sich, daß sie die Vorteile dieses Handels nicht aufgeben wollten, nachdem der Seeweg nach Ostindien entdeckt worden war. Wie sie aber anders noch aufrechthalten als durch Erringung entscheidender Positionen auf diesem neuen Wege? Es war das Motiv, aus dem heraus die Deutschen den Spuren Vasco da Gamas und Magalhäes unmittelbar folgten, indem sie eigene Expeditionen nach Ostindien ausrüsteten. Allein bald zeigte sich, daß solche Fahrten für binnenländische Häuser nur durchführbar waren, wenn sie an den Haupthandelswegen selbst feste Stützpunkte ihr eigen nannten. Und so gingen die Deutschen zum Kolonialerwerb über; die Fugger suchten für den Indien-

handel eine Landetappe im südlichen Südamerika, in Venezuela die Welser.

Man weiß, daß diese weitausgreifenden Pläne das Verhängnis Deutschlands, im 16. Jahrhundert noch ein Binnenland zu sein, nicht beseitigt haben; die Welser machten im 17. Jahrhundert Bankrott; die Fugger retteten sich mit ihrem Handelskapital aufs platte Land, auf die uralte Grundlage des Ackerbaus. Die Initiative im Welthandel aber ging, soweit die Völker des alten Reiches in Betracht kamen, erst an die Niederländer überhaupt, dann an die Holländer über: und jener wunderbare Aufschwung Hollands, jene nordische Renaissance der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts und des 17. Jahrhunderts begann, die nach wirtschaftlicher Grundlage wie sozialer Entwicklung wie vornehmlich geistiger und künstlerischer Blüte so vielfach Anlaß zu Vergleichen mit der um etwa zehn Generationen früheren Renaissance Italiens bietet. Binnendeutschland aber trat zurück; und erst der steigende Reichtum der Territorialgewalten nach dem Dreißigjährigen Kriege ließ den Gedanken eines Wettlaufes mit holländischer Größe aufkeimen. Dabei ist es natürlich, daß dieser Gedanke an erster Stelle von den beiden kolonialen Großmächten des Ostens aufgenommen wurde, von Österreich und von Brandenburg-Preußen. In die Zeit nach 1675 fallen die kolonialen Versuche des Großen Kurfürsten in Afrika; von ihm energisch betrieben, wurden sie von seinen Nachfolgern lässig fortgesetzt: bis im Jahre 1717 die Auflösung des Unternehmens erfolgte. Bald darauf erschien dann Österreich auf dem Plan: unter Karl VI. wurde zu Ostende in den damals habsburgischen südlichen Niederlanden eine Ostindische Kompagnie begründet, die es zu zwei kaiserlichen Niederlassungen gebracht hat. Aber auch diesmal blieb der endgültige Erfolg aus.

Sehr natürlich. Machtbestrebungen zur See können wohl eine Zeitlang von politischen Gewalten verfolgt, erweitert und unterhalten werden: schließlich werden sie zu-

sammenbrechen, fehlt ihnen das belebende Element des Verkehrs und Handels. Wo aber war im 17. und 18. Jahrhundert auf engerem deutschen Boden ein selbständiger Seehandel zu finden?

Es gehört zu den entscheidenden Ereignissen schon des Ausganges des 15. und 16. Jahrhunderts, daß die Hanse sich die günstigen Möglichkeiten der Weltbeherrschung nicht zunutze gemacht hat, welche eben diese Zeiten einleiteten. Warum nicht, ist so leicht nicht zu sagen. Sicherlich überwog der Handel in den nordischen Meeren damals an Bedeutung noch auf lange Zeit jede zudem unsichere ozeanische Aussicht. Auch mögen die Handelskapitalien in den Küstenstädten der Nord- und Ostsee, auf den Verkehr dieser Meere bemessen, zu klein gewesen sein, um, gleich den Mitteln der oberdeutschen Häuser, im ozeanischen Verkehr erfolgreichen Wettbewerb zu gestatten. Entscheidend aber war doch wohl, daß die Hanse schon vor der Auffindung der neuen Seewege und Welten im Verfall begriffen gewesen war: längst fehlte die Hoffnung, das kühne Beginnen. Oder wo wäre im 16. Jahrhundert noch der Hansekaufmann zu finden gewesen, der mit jenem Südniederländer der guten Zeit ausgerufen hätte: que, si pour gagner il était nécessaire de passer par l'enfer, il risquerait de brûler ses voiles?

Aber seit dem 17. Jahrhundert regten sich doch in einigen Städten der Nordsee, an der zu den neuen Handelswegen am günstigsten gelegenen Küste des inneren Reiches, in Bremen und Hamburg vornehmlich, neue Kräfte. Anfangs nicht eben selbständig; eingewanderte Niederländer, portugiesische Juden, schließlich sogar die englischen Merchant adventurers mußten der Bevölkerung Mut machen; und was zunächst erstand, war nur in geringem Grade eigenständiger Verkehr und zumeist nur Zwischenhandel. Dennoch liegen in diesen zarten Anfängen die Keime des gewaltigen Neuen, das seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und vor allem im 19. Jahrhundert und vornehmlich wiederum

in dessen zweiter Hälfte hervorbrach: die Keime der gegenwärtigen tellurischen Verbreitung der Deutschen.

2. Halten wir zusammen, was eine frühere Vergangenheit den jüngeren Zeiten an Vehikeln eines unmittelbaren, durch Bestandteile der Nation selbst geübten nationalen Einflusses fern von der Heimat darbot, und erinnern wir uns zu dem Inhalte des letzten Abschnittes auch desjenigen der vorhergehenden, so läßt sich sagen, daß in neuerer Zeit Mission, Wissenschaft und Handel, sowie direkte Auswanderung, sei es in individueller, sei es in genossenschaftlicher Form, in dieser Richtung wirken konnten.

In der Tat sind das mindestens vornehmlich die Aktionsmittel der heute seemächtigen Völker gewesen. Sehen wir aber dabei auf die drei alten großen Rivalen der europäischen Kultur, die hier zunächst in Frage kommen, auf England, Frankreich, Deutschland, so sind sie von diesen, abgesehen von der Wissenschaft, deren Errungenschaften im ganzen universalen und gleichmäßigen Einfluß übten, in sehr verschiedenem Maße angewandt worden. Die Franzosen haben das verhältnismäßig meiste durch ihre nationale Mission erreicht: nicht umsonst halten sie darum zäh an deren internationalen Privilegien fest und rühmen sich ohne Unterschied der Parteien der mittelalterlichen gutkatholischen Gesta Dei per Francos. In England hat der stärkste Nachdruck von vornherein auf dem Handel gelegen; die Mission trat zurück; massenhaft ausgewandert sind vornehmlich nur Schotten und Iren. In Deutschland nahm weitaus und längste Zeit hindurch, eigentlich bis in die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts, die eigentliche Auswanderung den ersten Platz ein; noch einmal erwies sich Germanien als die vagina gentium.

Auswanderung allein aber hieß Unselbständigkeit: denn wie sollten die Söhne des Volkes in der weiten Welt da draußen durch eine Heimat geschützt werden, die keinen großen eigenständigen Verkehr besaß, keine kommerzielle

Seegeltung von selbständigem Werte, geschweige denn politische? So sind sie denn dahingewandert in die Zerstreuung, die Deutschen des 18. und auch noch des 19. Jahrhunderts, wahllos und darum auch fast wunschlos, von niemand über ihnen geleitet; und fest haben sie sich gesetzt fast gleich jenen flottierenden Wassertieren, die schließlich einen festen Standort finden da, wo elementare Gewalten sie ablagern. Erst dadurch, daß sedimentär gewordene Bestandteile, wie sie sich an Stellen bildeten, die der nationalen Eigenart zusagten, in Verbindung mit der Heimat traten und von dorther Nachschub an sich zogen, ist eine erste Ordnung in die deutsche Auswanderung gebracht worden[1].

Von den etwa zwanzig Millionen Europäern, die im Verlaufe der etwa sieben mittleren Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts den heimatlichen Erdteil verlassen haben, ist weitaus die Mehrzahl in Amerika, der für Europa „Neuen Welt", heimisch geworden; man rechnet, daß von ihnen etwa 15 Millionen in das Gebiet der Vereinigten Staaten gewandert sind, 2 Millionen nach Kanada, gegen 2 Millionen nach Südamerika. Amerika war es daher, das auch von Deutschen zunächst aufgesucht wurde, und in seinen weiten Bereichen zogen wiederum die östlichen Teile der Union vor allem an. Doch hat die Einwanderung hierher keineswegs erst im 19. Jahrhundert begonnen; vielmehr reicht sie bis ins 17. Jahrhundert zurück, und in einer ersten Phase kann sie noch nicht so sehr als Masseneinwanderung wie als Zuzug einzelner Individuen bezeichnet werden.

Dabei überwog im 17. und teilweise auch noch im 18. Jahrhundert anfangs das niederdeutsche Element: Sachsen und Holländer; daneben erschienen auch Schweden an den neuen Küsten; durchschlagend war im ganzen der

[1] In der Stoffsammlung für das Folgende bis ca. S. 480 ist der Verfasser auf das Dankenswerteste von Herrn Dr. Rühlmann unterstützt worden.

niederländische Typ, und so fand sich als englische Gesamtbezeichnung der Auswanderermasse der Name Dutch ein, der später noch lange, ja eigentlich bis in die Gegenwart herein als höhnische und verächtliche Benennung der deutsch-amerikanischen Bevölkerung gedient hat. Den Mittelpunkt dieser ersten Einwanderung bildete Neu-Amsterdam, das heutige New York, überhaupt die Gegend am unteren Hudson; die gepriesene Stadt speziell der Holländer war Albany. Wie groß Einfluß und Volkszahl dieser frühesten Einwanderung gewesen sind, läßt sich nur schwer, wenn überhaupt noch feststellen; im Jahre 1608 traten die Holländer das Gebiet vom Lorenzstrom bis zum Savannahflusse an England ab; damit ging Kraft und Zusammenhang dieser ursprünglichen Ansiedlungen verloren, und ihre Stätten zeigen heute in der Bevölkerung fast nichts mehr von den Einwanderern der Frühzeit. Wo sich indes in diesen Gegenden noch heute lutherische oder reformierte Kirchen vorfinden, sei es als Institutionen, sei es als alte Bauten, da darf man mit Sicherheit ursprünglich niederdeutsch-schwedische Ansiedlung vermuten: denn unter der Unduldsamkeit der später herrschenden High-Church haben Gemeinden dieser Bekenntnisse sich nicht mehr zu bilden vermocht.

Dieser frühesten Einwanderung, die sich etwa vom zweiten bis zum siebenten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts erstreckte und, soweit insbesondere lutherische Deutsche in Frage kamen, vielleicht in der Berufung des Pfarrers Jakob Fabricius (1669) ihren Höhepunkt fand, ist dann seit dem letzten Viertel des 17. Jahrhunderts eine neue Periode gefolgt. Sie hebt sich von der früheren dadurch ab, daß jetzt Massenzuzüge beginnen — wenngleich die deutsche Einwanderung bis ins 19. Jahrhundert hinein schwerlich über hunderttausend Seelen betragen haben wird —, daß ferner als Motiv der Auswanderung aus der Heimat jetzt mehr als früher religiöse Gewissensnot oder auch wohl nur Abweichung von der Lehre der anerkannten Bekenntnisse auf Grund persönlichen Bibel-

studiums auftritt, wenn auch der letzte Anlaß zum Verlassen der alten Sitze oft in elementaren Ereignissen gegeben war, — und daß schließlich, entsprechend dem Motive eines religiösen Separatismus, zu dem von jeher vor allem Süddeutsche geneigt haben, süddeutsche Elemente nunmehr in den Vordergrund der Einwanderung treten.

Der Beginn dieser neuen Zeit ist eng mit dem Namen William Penns verknüpft. Penn war für die Deutschen der erste wirkliche Auswanderungsagent und Auswanderungsagitator (1677—78). Er unternahm Reisen den Rhein herauf und lenkte die Blicke deutscher Separatisten, die aus der Schweiz vertrieben worden waren, nach Amerika; er zuerst scheint auch Rheinfranken schon stärker mobil gemacht zu haben. Das Ziel der neuen Auswanderung aber wurde Pennsylvanien; und schon im Dezember 1682, auf der ersten gesetzgebenden Versammlung der jungen Ansiedlung, sah man neben Holländern und Schweden auch Deutsche zahlreich als Vollbürger auftreten. Im Jahre 1685 gründete dann Franz Daniel Pastorius, ein Sohn des Brandenburger Historikers, Germantown, heute die nördliche Vorstadt von Philadelphia. Und in das Grund- und Lagerbuch dieser neuen Stadt schrieb er die Worte: „Sei gegrüßt, Nachkommenschaft! Nachkommenschaft in Germanopolis! Und erfahre zunächst aus dem Inhalt der ersten Seite, daß deine Eltern und Vorfahren Deutschland, das holde Land, das sie geboren und ernährt, in freiwilliger Verbannung verlassen haben (ach! ihr heimischen Herde!), um in diesem waldreichen Pennsylvanien, in der öden Einsamkeit, minder sorgenvoll, den Rest ihres Lebens in deutscher Weise, das heißt wie Brüder zuzubringen. Erfahre auch ferner, wie mühselig es war, nach Überschiffung des Atlantischen Meeres in diesem Striche Nordamerikas den deutschen Stamm zu gründen. Und da, geliebte Reihe der Enkel, wo wir ein Muster des Rechten waren, ahme unser Beispiel nach. Wo wir aber, wie reumütig anerkannt wird, von dem schweren Pfade abgewichen sind, vergib uns, und mögen

die Gefahren, die andere liefen, dich vorsichtig machen. Heil dir, deutsche Nachkommenschaft! Heil dir, deutsches Brudervolk! Heil dir auf immer!"

Voller begann die Massenauswanderung erst im 18. Jahrhundert, von jenem ersten Auszuge der zweiunddreißigtausend Pfälzer im Jahre 1709 an, von dem schließlich nur zwölftausend Nordcarolina erreichten, über die großen Wanderzüge um die Jahre 1727, 1759, 1772 und andere hinweg bis in die Zeiten hinein, da die Aufregungen der französischen Revolution, die Umgestaltung der politischen Karte Europas und die Wirkungen der Kontinentalsperre den Zuzug sperrten. Es war ein Jahrhundert zwar fortlaufender, aber noch mit den ärgsten Beschwerden verknüpfter Besiedlung. Schon die Überfahrt unter der Leitung schlimmer Agenten, der übelbeleumdeten soul-drivers, war Wagnis und Plage; in einem genauer bekannten Falle sind von 412 Eingeschifften nur 140 lebend in der Neuen Welt gelandet. Drüben aber: welch mühsamer Anfang in Bruch und Moor, in Wald und Wildnis, und welche Zerrissenheit zugleich des sozialen Daseins! Denn tausend religiöse Unterschiede trennten die deutschen Brüder innerlich, gesellschaftlich und sogar örtlich: Reading war die Stadt der Lutherischen, Montgomery die der Reformierten; in Lancaster herrschten die Mennoniten und die Katholiken in Baltimore. Und das Dasein zahlreicher Sekten auch außerhalb der großen Bekenntnisse gestaltete das geistliche Leben noch bunter; neben den älteren Schwenkfeldianern und den jüngeren Herrnhutern finden sich neue Bildungen, wie die der täuferischen Tunker und der kommunistischen Ephratenser. Gleichwohl hatte das deutsche Element in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunders auch politisch schon etwas zu bedeuten. Wilhelm Keith konnte als Statthalter von Pennsylvanien die Absicht haben, aus Indianern, Iren und Deutschen einen deutschen Nationalstaat zu bilden, und der Unabhängigkeitskampf fand die Deutschen tapfer fechtend auf der Seite der demokratischen Partei; sie stellten eine

Pennsylvania-Kompagnie und lieferten zahlreiche Offiziere; Washington hatte eine Vorliebe für sie; und Steuben und Mühlenberg haben es als Generale zu leitenden Stellungen gebracht.

Diese verhältnismäßig günstige Stellung der Deutschen wich mit dem abnehmenden Zuzuge aus der Heimat infolge der politischen Ereignisse der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts einer weit weniger vorteilhaften Lage. Es waren die Zeiten der eigentlichen Ausbildung des Yankeetums, die entscheidenden Jahre für die wesentlich englische Durchbildung des amerikanischen Staates und des Gesamtcharakters seiner Bevölkerung, so wie dieser im Laufe des 19. Jahrhunderts hervorgetreten ist. Was half es den Deutschen, daß sie im Jahre 1836 die Veröffentlichung der Staatsverfassung und der Gesetze auch in deutscher Sprache erreichten? Daß sie, nach Jahren einer Zuwanderung vornehmlich aus den unteren Schichten, seit dem vierten Jahrzehnt nicht bloß an Zahl, sondern auch an Reichtum heimischer Bildungselemente zunahmen? Daß ihnen die revolutionären Bewegungen der Heimat Männer wie Schurz und Kapp, Hecker und Münch, Heinzen und Brentano zuführten? Sie blieben dennoch die damned Dutchmen. Und auch ihre hervorragende Beteiligung am Sezessionskriege, für den sie etwa 200000 Krieger, mehr als hundert Oberste und gegen zwanzig Generäle stellten, hat ihnen nicht geholfen.

Der Anteil der Einwanderung aus „Deutschland" an der Gesamteinwanderung in die Vereinigten Staaten betrug nach Hasse

1821—30:	5,0 v. H.,	1861—70:	32,9 v. H.
1831—40:	25,4 „ „	1871—80:	25,5 „ „
1841—50:	25,3 „ „	1881—90:	29,0 „ „
1851—60:	36,5 „ „	Juli 1890 bis Juni 1901:	13,5 „ „

In diese Lage brachte, außer dem starken Zuzuge der fünfziger und sechziger und auch noch der siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts, eine Änderung doch vornehmlich erst das Erstehen des neuen Deutschen Reiches

im Mutterland. Wie begeistert und heimatlich wurde drüben, jenseits des großen Wassers, die Nachricht von der Verkündung des neuen Kaisertums in Versailles gefeiert: mit Redeakten, Umzügen, Freudenfeuern! Und wie hatten sich schon vorher kräftige Deutschamerikaner zur Teilnahme am Kriege gedrängt, wie reiche Deutschamerikaner an der Aufbringung der Mittel für die Pflege der Verwundeten teilgenommen! Zudem: der plötzliche Aufschwung blieb nicht ohne nachhaltige Wirkung. Die deutschen Schulen, die deutschen Zeitungen, die deutschen Vereine nahmen einen mächtigen Aufschwung; und Gedanken einer deutschamerikanischen Universität und eines deutschen Nationaltheaters traten auf, ohne freilich Verwirklichung zu finden. Auch der eignen Vergangenheit in der neuen Heimat begann man sich zu erinnern; eine deutsch-amerikanische Geschichtsforschung blühte empor und hat eben noch gegen Schluß des 19. Jahrhunderts starke organisatorische Fortschritte gemacht.

So ist das Deutschtum der Vereinigten Staaten zum Selbstbewußtsein erwacht, wenn auch wiederholt, vornehmlich infolge nativistischer Angriffe, Rückschläge eintraten. Im Jahre 1883 feierte man, zum Andenken an die Gründung Germantowns vor zweihundert Jahren, einen ersten großen „Deutschen Tag" in New York; es war eine Etappe in dieser Entwicklung; eine andere wurde durch die Reise des Prinzen Heinrich von Preußen gebildet. Dann wurden all diese Bestrebungen in dem Deutsch-amerikanischen Nationalbunde zusammengefaßt, der 1901 zu Philadelphia gegründet worden ist. Seine positiven Bestrebungen laufen auf die Begünstigung und Begründung deutscher Schulen, deutschen Turnwesens, deutscher Fortbildungsbestrebungen, deutscher Dichtung, insbesondere deutscher Bühnenkunst, endlich auch deutscher Geschichtsforschung hinaus; im übrigen steht er jeder Parteipolitik fern, freilich aber auch jedem Nativismus, so sehr er jeden Deutschen zur Erfüllung seiner amerikanischen Bürgerpflichten anzutreiben bestrebt ist. Neben und vor dieser großen Zentralvereinigung entstanden aber

auch sonst zahlreiche Einrichtungen zur Förderung des Deutschtums und der Deutschen in den Vereinigten Staaten, darunter für das deutsche Geistesleben so wichtige wie der German Publication Fund, das Austauschprofessorenwesen und das Germanische Museum der Harvard-University zu Cambridge, wie das Deutsche Haus der Columbia-University in New York — der beiden wichtigsten Universitäten der Republik, die beide deutschen Bestrebungen besonders günstig gesonnen sind.

Wie aber gestaltet und gestaltete sich nun nach alledem die Stellung des Deutschtums der Vereinigten Staaten zu diesen wie zum Mutterland?

In den drei Jahrhunderten deutscher Zuwanderung ist der Bevölkerung der Vereinigten Staaten so viel deutsches Blut zugeführt worden, daß die Behauptung wohl nicht übertrieben ist, in einem Drittel der heutigen Bevölkerung, etwa 25 Millionen, fließe überwiegend ebendieses Blut. Allein gehören diese 25 Millionen deshalb dem Deutschtum an? Niemand wird es behaupten wollen. Wie aber soll man das Deutschtum, wenn nicht nach dem Blute, so auf andere Weise begrifflich sicher begrenzen, um feststellen zu können, wer ihm angehört? Es eröffnen sich alsbald überaus verwickelte Probleme. Als Deutschen im nationalen Sinne mag man schließlich den bezeichnen können, der Deutsch als Muttersprache spricht, der von deutschen Eltern abstammt, der bewußt festhält an seinen Beziehungen zu der durch deutsche Geschichte und deutsche Kultur bedingten Gemeinschaft, oder der wenigstens eine Mehrheit dieser Merkmale aufweist. Aber sind alle diese Merkmale von der Art, daß sie sich einer wissenschaftlich haltbaren Statistik zugrunde legen lassen? Will man nach ihnen verfahren, so bleibt man auf Schätzungen angewiesen. Es ist schließlich die einzige Methode — oder wenigstens noch die im Grunde sicherste von allen —, die zur statistischen Würdigung des Deutschtums im Auslande überhaupt und vornehmlich auch in den Vereinigten Staaten übrigbleibt. Natürlich aber,

daß sie zu sehr verschiedenen Ergebnissen führen kann, die dann erst durch die Bildung einer fable convenue, in der sich schließlich alle Schätzer zusammenfinden, durch einen consensus gentium, wie die Römer gesagt haben würden, eine Art von Ausgleich finden. Eine solche fable convenue lautet für die Vereinigten Staaten auf etwa 10 bis 12 Millionen Deutsche. Also, nehmen wir ihre Richtigkeit an — bei 10 Millionen mag eher etwas unter- als überschätzt sein —, auf mehr Deutsche, als heute in Österreich wohnen! Es ist nötig, daß man sich zunächst ganz mit dem Gewicht dieser Tatsache erfülle.

Aber was bedeuten nun diese 10 Millionen? Zunächst sind sie für die Vereinigten Staaten selbst ein relativer Wert. Es kommt darauf an, wie diese Zahl sich zu den Zahlen der anderen nationalen Einwanderungen stellt. Da war nun bis in die Zeiten der Bildung des Deutschen Reiches hinein das Verhältnis für die Deutschen sehr günstig; man hat nachgewiesen, daß Deutsche und Engländer bis zum Jahre 1868 etwa 85 vom Hundert der gesamten Einwanderung gestellt haben. Aber seitdem ist dieser Prozentsatz sehr herabgegangen; im Durchschnitt der Folgezeit betrug er nur noch 58,6 vom Hundert! Gewiß: in den achtziger Jahren erreichte die gesamte deutsche Einwanderung nach gleichviel welchen Zielen in der Welt mit mehr als 200 000 Seelen im Jahre 1881 noch einen gewaltigen Höhepunkt, aber von da ab ging sie sehr zurück bis auf etwa ein Zehntel gegen Schluß des 19. Jahrhunderts. Außerdem aber zeigte noch wieder die deutsche Einwanderung speziell nach den Vereinigten Staaten eine rückläufige Bewegung; deutsche Auswanderer wandten sich neuerdings mehr anderen Weltteilen zu, z. B. Afrika; und während die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten bis zum Anfang der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts über 90 vom Hundert der deutschen Gesamtauswanderung betragen hatte, sank sie von da ab bis in die achtziger Prozente. An der Stelle der deutschen aber wie der eben-

falls zurückgehenden irisch-englischen Einwanderung entwickelte sich für die Vereinigten Staaten der Zuzug anderer Nationen: der Slawen, der Romanen, der Skandinavier.

Nun besteht aber darüber kein Zweifel, daß sich das nordamerikanische Deutschtum aus sich selbst heraus kaum, sondern nur durch Zuzug erhalten kann. Solange also die soeben geschilderten Verhältnisse fortwähren, erscheint die Zukunft des Deutschtums dort schon von dieser Seite der Entwicklung her gefährdet.

Daneben drohen ihm aber noch viel größere Gefahren. Vor allem: es bildet sich langsam, physiologisch wie psychologisch, eine wirkliche amerikanische Nation aus, eine neue homogene Gemeinschaft der Einwohner der Union: und diese Gemeinschaft, deren Entwicklung bei der Fortdauer staatlicher Einheit als etwas völlig Gewisses erscheinen muß, wird vornehmlich angelsächsische, wenn auch keineswegs speziell englische Züge tragen und das Deutschtum, höchstens unter Übernahme gewisser nationaldeutscher Züge, in sich verschlucken. Freilich: wie lange Zeit bis zum Abschlusse eines solchen Prozesses vergehen möchte, wer weiß es? Sicherlich ist er im Gange; und selbst für den, der seinen psychologischen Verlauf nicht sehen will oder kann, ist wenigstens der physiologische Verlauf unverkennbar. Oder gibt es nicht schon einen amerikanischen Typus? Freilich: eben von dieser Seite her könnte dem Deutschtum ein letzter schwacher Strahl der Rettung leuchten. Mit der physiologischen Differenzierung und Integration geht nämlich eine geradezu erschreckende Abnahme der Fruchtbarkeit vornehmlich der angelsächsischen Frauen Hand in Hand — ob freilich aus natürlichen oder sozialen Gründen? —: und es scheint, daß es zu einer ähnlichen Selbstbegrenzung des spezifischen Yankeetums kommen könne, wie sie für die australische Abart des Angelsachsentums ziemlich sicher nachgewiesen ist. Aber es scheint einstweilen so, es scheint. Das Deutschtum kann vorläufig nicht anders als sich auf

die Gefahr einer unmittelbaren und unabwendbaren Absorption einrichten.

Wie begegnet es nun dieser Gefahr? Die Antwort lautet für den Deutschen des europäischen Mutterlandes traurig: es tritt ihr entgegen, indem es sich ihr überläßt, — bewußt überläßt. Und das gilt auch von jenen Deutschen der Vereinigten Staaten, die sich ausdrücklich zur Erhaltung des Deutschtums zusammengefunden haben: auch sie gehen nicht feindlich an gegen die Gefahr künftiger Amalgamierung mit anderen nationalen Bestandteilen, auch sie wollen nur ihre Haut gleichsam möglichst teuer verkaufen, nur möglichst viel des Altnationalen hineingewinnen in den sich bildenden Typ der „neuen Nation". Und so ist auch ihr Tun nur ein Übergangsverfahren und darum im Grunde unhaltbar: deshalb geht auch durch ihr Handeln, vom deutschnationalen Standpunkte aus betrachtet, ein hippokratischer Zug. Kann man sich unter diesen Umständen wundern, daß das Deutschtum wirklich, trotz allen guten Strebens, zurückgeht: zurück in der Zahl seiner Zeitungen und im Vertriebe seiner Bücher, zurück in dem nationalen Sinne seiner zweiten und dritten, wenn nicht gar schon ersten Generation nach der Einwanderung, zurück in dem Einflusse seiner Kultur wie seines Volkstums? Und dabei bleibt es trotz allem schwer, die Gründe gerade dieses Verlaufes so einzusehen, daß man ihn als unabänderlich begreife. Vielleicht ist es die außerordentliche Zerstreuung der Volksgenossen über das Gebiet der Union bei aller Anhäufung an einigen Punkten, wie in Milwaukee, Chicago, Philadelphia, Albany, Buffalo, Pittsburg, Detroit, Cincinnati[1], die hier besonders verderblich wirkt: dann würde der altgermanische Hang zum freien Zuge, der noch in jüngsten Jahrhunderten Thüringer zu Goethes, Tiroler zu Schillers Vorfahren machte und so daheim einigend und

[1] Milwaukee hatte um 1900 etwa 60 vom Hundert der Bevölkerung Deutsche, Chicago 41, die übrigen im Texte genannten Städte zwischen 30 und 40.

befruchtend gewirkt hat, in der Fremde, in den ungeheuren Räumen eines zumeist fremdsprachig besiedelten Staates vernichtend eingreifen. Vielleicht ist auch ein anderer tiefer historischer Zusammenhang von entscheidendem Einfluß. Hübbe-Schleiden hat den fruchtbaren Gedanken geäußert, jede Kolonisation auf neuem Boden sei eine, wenn auch unter Umständen sehr rasche Wiederholung der Kulturentwicklung des Mutterlandes. Und läßt sich nicht sagen, daß sie das sein muß, wenn sie schöpferisch und selbständig bleiben soll? Haben aber die Deutschen der Vereinigten Staaten, abgesehen von den knorrigen, aber wenig zahlreichen Uranfängern des 17. und vielleicht 18. Jahrhunderts, eine solche Erziehung durchgemacht?

Dem sei, wie ihm wolle: sicherlich erscheint die Zukunft des nordamerikanischen Deutschtums trüb. Und diese Tatsache bedingt auch sein politisches Verhältnis zum Mutterland. Im Falle eines Konfliktes mit den Vereinigten Staaten wird das Reich, als der zentrale Vertreter des mutterländischen Deutschtums, auf die Sympathie der amerikanischen Deutschen höchstens dann rechnen können, wenn es völlig augenscheinlich im Rechte ist, das aber schon nicht mehr dürfen, wenn auch nur ein Anschein seines Unrechtes glaubhaft gemacht werden kann. Für die innere und namentlich auch äußere Gesamtpolitik der Vereinigten Staaten aber wird auf unabsehbare Zeit maßgebend sein, daß die Mehrheit ihrer Bürger von deutschgegnerischen Motiven bewegt ist. Sehr begreiflich. Die Union hat im Grunde nur zwei Gegner: England und Deutschland. Von ihnen aber erscheint England als der weniger zu fürchtende und den Stammeszusammenhängen nach näher verwandte; die Abrechnung mit ihm kann aufgeschoben werden. Zudem: wer weiß, ob sie nach der erwarteten Besiegung des Deutschtums noch notwendig sein wird? Ganz von selbst, das ist die Rechnung des Yankees, wird sich nach dieser der Schwerpunkt des Angelsachsentums nach der Neuen Welt verschieben, und das erst einmal kommende, das eigentlich

klassische Angelsachsentum wird das amerikanische sein und nicht das englische. Und wenn wirklich diese Rechnung gegen alles Erwarten nicht zutreffen sollte: ist dann England nicht jederzeit in Kanada schwer verwundbar? So bleibt als im Grunde einziger, erster jedenfalls und ernstester Feind der Deutsche.

Der Deutsche auch im Lande. Es muß aufgesaugt werden: die Größe der neuen, der sich bildenden Nation, die innere wie die äußere, verlangt es.

3. Die heute bestehende Verteilung der Welt derart, daß England und Rußland weitaus am besten ausgestattet erscheinen, entspricht nicht dem wirklichen Stärkeverhältnis der Staaten und noch weniger der tatsächlichen Leistungsfähigkeit und Bevölkerungshöhe der Nationen. Sie ist zu nicht geringem Teile ein Erzeugnis der politischen Geschichte, insofern man in dieser von Zufall reden kann; sie wird dem singulären Umstande verdankt, daß England, was die Zugänglichkeit fremder Küsten von Europa aus betrifft, mit am frühesten auf dem Plane war, und daß Rußland sich von europäischen Sitzen her zu Lande fast ohne Rivalen nach Osten hin ausdehnen konnte.

Heutzutage währen die Umstände, denen England und Rußland diese besondere Gunst ihre Expansion verdankten, nicht mehr in der alten Weise fort. Mit der ungeheuren Entwicklung der Verkehrswege und Transportmittel hin über die ganze Erde sind die Aussichten der Expansion für die einzelnen Nationen gerechter und mehr ihrer inneren und spezifischen Leistungsfähigkeit angemessen verteilt worden. Es ist ein Vorgang, der sich mit gewissen Schicksalen der modernen Grundrente vergleichen läßt. In fortschreitenden Ländern, die aber noch mit geringen Verkehrsmitteln ausgestattet waren, hatte sich die Grundrente im Verlaufe des 19. Jahrhunderts höchst ungleichmäßig entwickelt: an bevorzugten Orten war sie fast ins unglaubliche gestiegen, an vernachlässigten dagegen stehen geblieben, wenn nicht gar

gesunken. Die starke Durchbildung moderner Verkehrsmittel hat dann ausgleichend gewirkt und, wenn nicht die überaus hohen Grundrenten gewisser Stellen gemindert, so doch jedenfalls diejenigen früher minder begünstigter Orte gehoben. Ähnlich wie hier auf die einzelnen Gegenden eines Landes wirkte und wirkt nun die Entfaltung der Transportmittel auch auf die einzelnen Länder der Welt; und es ist kein Zweifel, daß schon dies eine, erst in der Entwicklung zu vollem Einflusse begriffene Moment schließlich eine Umschichtung und Umrangierung der bestehenden politischen Gewalten und damit eine Neuverteilung gewisser Teile der Welt veranlassen wird. Denn die Gesamtwirkung des modernen Verkehrswesens ist an Wucht den Kraftanstrengungen und Kraftäußerungen jedes noch so großen Staates, ja auch jeder Staatenverbindung überlegen und wird sich durchsetzen gegen jeden Widerspruch.

Einstweilen aber besteht der Hauptsache nach noch die alte Machtverteilung: und damit ist gesagt, daß die spät zur Wirkung auf weite Entfernungen gelangten Nationen benachteiligt sind. Sie müssen einstweilen gleichsam sehen, wo sie unterkommen; für sie sind nicht alle Teile der Welt gleich zugänglich, ja große Teile scheiden für ihre Disposition aus: sie müssen daher zunächst wenigstens den verbleibenden Rest ins Auge fassen. Zu diesen Nationen gehört an erster Stelle die deutsche.

Aus diesen Notwendigkeiten ist schließlich eine deutsche Kolonialpolitik hervorgegangen, und von dieser könnte schon hier ausführlich die Rede sein. Indes da sie zugleich eine Art Prolog gebildet hat zur Entwicklung der modernen Politik überhaupt, die da Weltpolitik ist, so soll ihre eingehende Darstellung erst später im Zusammenhang mit der jungen Geschichte dieser gegeben werden. Neben den Stellen aber, die sich zum Erwerb von Kolonien eigneten oder eignen, kamen und kommen für eine politische Umschau wie die geschilderte auch und vor allem jene Teile der Erde in Betracht, für welche noch das besteht, was man sich neuer-

dings „offene Tür“ zu nennen gewöhnt hat, oder wenigstens ein ähnlicher Zustand als im ganzen zutreffend angenommen werden kann. Solcher Stellen gibt es nun im Grunde nur noch zwei und diese auch eigentlich nur eben noch „grundsätzlich“: Ostasien und Südamerika. Doch ist es damit selbstverständlich, daß sich nach diesen Stellen vor allem auch das deutsche Ausdehnungsbedürfnis gerichtet hat und richten muß.

In welchen Formen, das ist eine Frage für sich. Die Erwerbung einer eigentlichen politischen Gewalt, einer Herrschaft, ist jedenfalls in Südamerika wie in Ostasien so gut wie ausgeschlossen. Aber ist sie notwendig? Zunächst handelt es sich nur um die Erhaltung und Ausbreitung der Nationalität: und diese kann, bei der Bedeutung der deutschen Kultur für die Welt, in jedem Sinne, vom nationalen wie vom universalen Standpunkte aus, gefordert und verteidigt werden. Sollten sich aber mit der absolut unausweichlichen Forderung einer vollen Erhaltung der Rasse hier und da Möglichkeiten der Entwicklung politischer Gewalt verknüpfen, so würden diese an sich auch noch sehr verschiedener Art sein können und keineswegs auf die Bildung selbständiger Staatsgewalten im herkömmlichen Sinne des Wortes hinauszulaufen brauchen: denn wir werden bald sehen, daß der moderne Staat überhaupt nicht mehr die Geschlossenheit noch des Staates der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufweist, und daß seiner Gewalt eine fast unbegrenzte Anzahl von Modifikationen der Ausprägung und Verwirklichung zur Verfügung steht.

Faßt man die Dinge von diesem Standpunkte einer heute schon deutlich ausgeprägten neuen Form des Staates und eines unabweisbaren Bedürfnisses der Nation, als Nation auch außerhalb der engen Gebietsgrenzen des geschlossenen Deutschtums leben zu können, ins Auge, so möchte es freilich fast scheinen, als wenn zunächst und an erster Stelle weniger das asiatische Gebiet des äußersten Ostens als vielmehr das Zwischenland zwischen diesem Ge-

biete und den mitteleuropäischen Sitzen der Nation sich an nicht wenigen Stellen der Erhaltung unseres Volkstums günstig gezeigt hätte und zeigen würde.

Zunächst wies von alters her und weist noch heute jene ruhmreichste Erweiterung des Volksgebietes, die wir bisher erlebt haben, die Kolonisation des Ostens, auf diesen Weg. Und tatsächlich tragen die Versuche des 19. Jahrhunderts, sich hier, wenn auch oft in großer Zerstreuung der gewählten Wohnsitze, festzusetzen, in den Einzelheiten ihrer Ausführung noch manches von den Besiedlungsvorgängen des 12. bis 14. Jahrhunderts an sich. Das gilt zunächst für die Unternehmungen, in denen es auch noch in jüngster Zeit gelungen ist, trotz des Zuges nach Westen, den Einfluß und die Verbreitung des Deutschtums unmittelbar über die bestehenden Grenzen hinaus nach Osten zu fördern: für das Vordringen der Deutschen in den westlichen Ländern der Balkanhalbinsel, in Rumänien, in Galizien und in Rußland, vor allem in Podolien. Und es gilt fast noch mehr von den vereinzelten Vorgängen, in denen Deutsche weit von den Grenzen ihrer Heimat hinweg im fernen Osten neue Sitze gefunden haben. Als Einwanderungsländer kamen hier vornehmlich Rußland und die Türkei in Betracht; und die frühesten dieser Wanderungen wandten sich Rußland zu. Sehen wir hier von den deutschen Bauern an der Wolga ab, die unter protestantischen Pfarrern in geschlossenen Ansiedlungen sitzen, neuerdings aber gegenüber stärkeren Nationalisierungs-, und d. h. Russifizierungsbestrebungen an die Rückwanderung in die Heimat, etwa in die Posenschen Besiedlungsbezirke, oder an die Auswanderung nach Kanada denken, so ist namentlich die Geschichte der Kaukasusdeutschen, jetzt einer Bevölkerung von gegen 40000 Seelen, lehrreich. Im Jahre 1817 wanderten etwa 7 bis 8000 schwäbische protestantische Separatisten in 14 Kolonnen zu je 100 Familien die Donau abwärts. Viele von ihnen blieben in Ungarn und Rumänien; nicht wenige, angeblich über 1100, starben beim Passieren der

russischen Grenze in der Quarantäne. Die übrigen zogen weiter durch Südrußland; hier zweigten sich 300 Familien ab und gründeten die Kolonie Hoffnungsthal. Der Rest aber, etwa 3000 Seelen, traf im Oktober 1817 in Tiflis ein, um hier nochmals durch Krieg und Krankheit dezimiert zu werden; fast ein Drittel ging noch zugrunde. Doch die Übriggebliebenen gediehen, paßten sich dem Klima an, und sie wie ihre Nachfahren besiedelten allmählich von der ersten Kolonie Marienfeld aus eine ganze Anzahl von Dörfern, in denen sie jetzt unter Wahrung ihres Deutschtums glücklich sitzen. Dabei sind diese Dörfer der Kaukasusdeutschen keineswegs die östlichsten Ansiedlungen deutschen Bauerntums in diesen Breiten überhaupt. Im äußersten Turkestan, im Syr-Darja-Gebiete, 30 km oberhalb Taschkent, haben vielmehr die Kaukasusschwaben im Jahre 1892 eine weitere Tochterkolonie gegründet. Und auch die Richtung zum Kaukasus und darüber hinaus nach Turkestan ist nicht die einzige, in der Deutsche in die ungeheuren Breiten des russischen Ostens gezogen sind. Auch Sibirien haben sie durchquert; Dörfer deutscher Mennoniten finden sich selbst in der äußersten östlichen Thule gleichsam, im Amurgebiete, zwischen Pirowsk und Aulie Ata. Handelt es sich dabei zunächst um einzelne Besiedlungsvorgänge — den geschilderten könnten noch einige andere zur Seite gestellt werden —, die von den untersten bäuerlichen Schichten spontan, zumeist unter dem starken Einflusse religiöser Motive, ausgegangen sind, so kommt dazu fast durch das ganze russische Reich hindurch, und nicht zum geringsten in Sibirien, eine nicht unbedeutende deutsche Kulturschicht von bürgerlichen Existenzen: Kaufleuten, Ingenieuren, Agenten, auch staatlichen Beamten. Nichts ist hierfür bezeichnender, als daß der Fremde im asiatischen Rußland außer mit Russisch mit der deutschen Sprache am besten vorwärtskommt; Deutsch sprechen auch die in großer Anzahl verbreiteten Juden. Unter den Deutschen aber spielt der Balte noch immer — oder von neuem — eine nicht unwichtige

Rolle. Gewiß ist die Zeit für immer vorüber, in der der mächtige baltische Adel Rußlands Heer und Verwaltung beherrschte: in der Zeit von 1700 bis 1747 waren aus ihm nicht weniger als 23 Feldmarschälle, 10 Generäle en chef, 27 Generalleutnants, 34 Generalmajore und 53 Obersten hervorgegangen. Und gewiß ist das stolze Literatentum der Ostseeprovinzen, wie es neben dem Kaufmann der Städte emporgeblüht war und lange Zeit fast allein Rußland die tieferen Einflüsse der westeuropäischen Kultur vermittelt hat, dieser besonderen Funktion mindestens teilweise enthoben; neben die baltisch-deutsche ist eine russische Bildung getreten. Und nicht minder hat dann, in den Zeiten, da der Schüler über den Meister wachsen wollte, ein Exzeß der russischen Kultur gegenüber der Bildung der Balten stattgefunden: wer wird die Begünstigung der griechischen Kirche und der russischen Sprache billigen wollen, wie sie seit Mitte der achtziger Jahre immer entschiedener verfügt wurde, wer die Ertötung der alten Selbstverwaltung der Deutschen, wer die Versetzung der evangelischen Kirche unter die „geduldeten Sekten"? Aber schon scheint es, als ob der erste Feuereifer der russischen Emanzipation hier verraucht sei; neben dem Russen, und das heißt, wenn er tüchtig ist, über diesem, findet der baltische Deutsche noch immer als Missionar seines Volkstums einen Platz in Rußland und namentlich auch im russischen Osten.

Ob freilich diese Stellung der deutschen Balten, diese Einwanderung deutschen Bauerntums schließlich mehr vorzustellen berufen sein wird als eine Episode? Die Antwort wird zum großen Teile, wenn auch keineswegs allein, von der äußeren Politik, von dem Verhältnis des Deutschen Reiches zu Rußland abhängen. Aber ist dies, soweit das deutsche Interesse in Betracht kommt, anders denkbar als freundlich? Schon die allgemeinen geographischen Bedingungen scheinen auf ein enges kulturelles Zusammengehen von Slawen und Deutschen, und zwar Deutschen des Reiches wie Österreichs, hinzuweisen. Und

finden Deutsche, die sich dem Osten zuwenden, nicht früheste wie späte Spuren ihrer Väter? Rußland hat das Reich Ruriks gesehen, und die ältesten Namen unserer Heldensage führen in jene Zeiten, da gotische Könige weite Steppenreiche der pontischen Küstenländer beherrschten. Freilich: jetzt sind diese Spuren im Gedächtnis der Lebenden getilgt, und nur der Historiker frischt sie auf: so wie die Slawenherrschaft zwischen Elbe und Weichsel der Vergangenheit angehört und nicht der Zukunft.

Neben den südrussischen Gegenden hin bis Turkestan hat der Drang deutscher Bauernauswanderung auch die östlichen, asiatischen Teile der Türkei aufgesucht. Hinweg über die wenigen zerstreuten Ansiedlungen in Hellas und die bayrische Handwerkerkolonie Herakleion bei Athen, in der, einer Gründung des Wittelsbacher Hellenenkönigs Otto, jetzt nur noch die Kirchweihfeier mit Resten oberbayrischer Sitte einen letzten Widerhall deutscher Nationalität der Gegenwart vermittelt, sind auch hier schwäbische Bauern auf die andere Seite des Meeres, nach Palästina, gefahren. Im Jahre 1869 entstanden die Kolonien Haïfa am Berge Karmel und Jaffa: Siedlungen sektiererischer Weinbauern und Handwerker. Und ihnen folgte 1871 Sarona und 1873 Jerusalem; dazu neuerdings die Kolonie Ramle, zwischen Jerusalem und Jaffa. Es sind blühende Anlagen, trotz des vom deutschen so abweichenden Klimas, und man sieht der Zukunft mit noch größeren Hoffnungen entgegen; im Jahre 1901 hat sich in Stuttgart neben schon bestehenden Förderungsmitteln eine neue Gesellschaft zur Verbreitung deutscher Ansiedlung in Palästina gebildet. Und wie in Rußland so steht auch in der Türkei das bäuerliche Element nicht allein. Wir werden später sehen, wie deutsche Levantelinie und Bagdadbahn als Träger deutschen Einflusses Kleinasien mit der Heimat verbinden, und wie eine weitsichtige äußere Politik einstweilen noch zerstreute, aber hoffnungsvolle Anfänge selbständigen deutschen Lebens in den Kulturländern des ältesten Orients bis

hin zu den mesopotamischen Fruchtebenen von einstens zu fördern gesucht hat. —

Neben jenen Gebieten aber, die von der Heimat nach Osten und vor allem nach Südosten weisen, und die von deutschen Volkswirten und Patrioten schon vor mehr als einem Menschenalter als günstige Stätten zukünftigen deutschen Lebens bezeichnet worden sind, zeigt besonders Südamerika noch offene Tür. Groß ist hier deutscher Einfluß in Bolivia und Chile, vielleicht den wichtigsten Staaten der uns abgewandten Seite des Erdteils; und es fehlt auch nicht an blühenden deutschen Kolonien, hier z. B. Tuzozo, dort den Ansiedlungen namentlich im Süden, in den Provinzen Valdivia und Llanquihue. „Von dem Punkte an, wo man über den Perez Rosales-Paß in Chile eindringt, bis zu den am Meere gelegenen Ortschaften, auf dieser ganzen Reise, deren Stationen Casa Pangue, Casa Peulla, Lago de todos los Santos, Vulcan Osorno, Puerto Varas und Puerto Montt sind, merkt man die Vorherrschaft und den Einfluß, welchen die Deutschen über die anderen Nationalitäten, die eingeborene Bevölkerung nicht ausgeschlossen, ausüben. Hier ist alles deutsch; auf den Poststationen der Eigentümer, die Verwalter, die besseren Arbeiter, und selbst bis zum Tisch zeigt sich das Rein-Sächsische; denn genügend Braten mit ‚Kompott‘ haben mir diese guten Leute zu essen gegeben," äußert sich ein fremder Beobachter[1]. Allein die weit wichtigeren deutschen Kolonien liegen an der Ostküste, wo überhaupt auch in den Städten, namentlich Buenos Aires, das Deutschtum verbreitet ist; und hier ist es wiederum der brasilianische Küstenrand, der, zumeist in den ersten nach dem Innern zu bergig aufsteigenden Waldgebieten, reiche Kränze deutscher Kolonien aufweist. Sehen wir dabei ab von jenen Siedlungen in der Nähe von Rio

[1] In der Zeitung „Nacion" (Buenos Aires); ins Englische übersetzt im „Herold" (Milwaukee); daraus ins Deutsche übertragen in „Das Deutschtum im Auslande", 1902, S. 161 ff.

de Janeiro, Petropolis, Theresopolis, Friburgo, die den Beziehungen des früheren brasilianischen Herrscherhauses zu den Habsburgern ihre Entstehung verdanken, sowie den nördlicher gelegenen Kolonien des Staates Espirito santo, Santa Leopoldina, Santa Izabel und verwandten, so kommt namentlich der Süden des Landes in Betracht und damit der Küstenrand der Staaten Parana, Santa Catharina und Rio Grande do Sul. Von den Siedlungen dieser Staaten, von dem Komplex um Joinville und Annaburg, von den reichen Kolonien am Itajahý mit dem Mittelpunkte Blumenau, von Angelina und Theresopolis westlich von Desterro und anderen mehr, haben die typischste und zugleich verheißungsvollste Entwicklung wohl die des südlichsten Staates, Rio Grande do Sul, durchgemacht; sie umfassen heute vielleicht schon über die Hälfte des brasilianischen Deutschtums, an 200000 Seelen. Hier wurde die erste deutsche Siedlung im Jahre 1824 an Stelle des heutigen San Leopoldo begründet; dazu kamen in den folgenden Jahren einige Kolonien weiter östlich; bald saßen mehrere tausend Deutsche in dem Waldgebiete des Randgebirges, das in der Gegend von Porto Alegre nach der Lagoa dos Patos und zum Meere hin abfällt: in Gegenden, die der Brasilianer bisher unberührt gelassen und auch der Indianer nur spärlich genutzt hatte. In den folgenden Jahrzehnten erlitt dann die weitere Besiedlung eine Unterbrechung infolge des Widerstandes der brasilianischen Großgrundbesitzer und der Wirren des Bürgerkrieges von 1835 bis 1844. Darauf aber regte man sich von neuem, und namentlich das Interesse der Hamburger wandte sich den brasilianischen Deutschen zu. In der Zeit von 1849 bis 1859 wurde eine große Anzahl neuer Kolonien gegründet, unter ihnen Santa Cruz, San Angelo, Neu-Petropolis, Mundo Novo, Teutonia, San Lourenço. Diese glückliche Entwicklung wurde freilich von neuem unterbrochen durch brasilianische Bürgerkriege, namentlich aber durch jenen unglückseligen Erlaß der preußischen Regierung, der gegen die Auswanderung nach

Brasilien einschritt und damit auch Südbrasilien traf. Als daher die brasilianische Regierung im Jahre 1874 ihrerseits mit Anlage von Kolonien vorging, führte sie nicht mehr deutsche Bauern, sondern vorwiegend Italiener ein, die sich nunmehr neben den Deutschen entwickelten und blühende, heute eifrig festgehaltene Sitze schufen. Doch gewinnen die deutschen Siedlungen neuerdings wiederum kräftigen Nachschub aus der Heimat; so ist z. B. Hermann Meyers Kolonie Neu-Württemberg in lebendigem Aufschwung begriffen. Und wie in Rio Grande so fehlt es auch an anderen Stellen Südamerikas, auch über die Grenzen Brasiliens hinaus, nicht an günstigen Versuchen deutscher Besiedlung.

Vom national-physiologischen Standpunkte aus sind die deutschen Kolonien Brasiliens vielleicht die besten der Welt. „Leiblich und wirtschaftlich gedeihen die hiesigen Deutschen gut," äußert sich ein ruhiger Beobachter von den Kolonisten Rio Grandes[1]. „Das Klima ist zwar schon subtropisch, und um die Mittagszeit des Sommers erschwert die starke Hitze die Arbeit im Freien, aber es ist noch durchaus gesund, und tropische Krankheiten sind unbekannt . . . Der deutsche Bauer hat fast immer ein bequemes Heim, kräftige Nahrung und seine von der Heimat her gewöhnten einfachen Vergnügungen. Sein Leben ist frei von aufregenden Kämpfen und sittlichen Verführungen. Die Ehen werden früh geschlossen und sind von einem beispiellosen Kinderreichtum begleitet. Und diese hier geborenen Kinder, von denen viele jetzt schon alte Leute geworden sind, sind keineswegs klein und verkümmert, sondern im Gegenteil größer und schöner als in der alten Heimat — es handelt sich meist um Hunsrücker und Pommern —, weil das mildere Klima, die bessere Nahrung und die tüchtige, aber nicht übermäßige Arbeit die körperliche Entwicklung begünstigen.

[1] A. Hettner, Zeitschr. der Gesellschaft für Erdkunde Bd. 26 (1891), S. 137 ff.

Infolge der größeren Freiheit und Selbständigkeit und der geringeren Not des Daseins haben sie ein gewandteres, selbstbewußteres Auftreten." Welch glückliche Anfänge! Und schon regen sich in dem Völkchen, dessen Patriarchen nur den engsten Horizont der neuen Heimat zu beherrschen vermochten, geistige Interessen; der Zusammenhang mit der Kultur des Vaterlandes ist gewonnen; und auch in die Politik des Adoptivvaterlandes greifen gewecktere Köpfe ein, während es freilich auch noch Bauern gibt, die nicht einmal Porto Alegre kennen. Aber ist diese Mischung der Interessen nicht echt deutsch? Und deutsch ist bisher auch das ganze Volkstum geblieben: deutsch möge nicht minder seine größere Zukunft sein!

Politisch werden die Deutschen Südamerikas, welches auch ihr Schicksal sein mag, schwerlich jemals mit dem Deutschen Reiche oder sonst einem europäischen Deutschtum engere Fühlung gewinnen, geschweige denn in ihm aufgehen. Aber niemand erwartet oder verlangt das. Es genügt, wenn sie sich frei entwickeln, wie die Engländer in Kanada oder Australien. Da aber, wo eine solche Entwicklung nicht möglich ist, wo zudem die physiologischen Daseinsbedingungen für Europäer auf die Dauer nicht günstig erscheinen, da wird die deutsche Auswanderung, mag sie auch sonst unter günstigen Zeichen erfolgen, doch auf die Dauer nicht von Erfolg sein. Es sind Betrachtungen, die namentlich durch die Einwanderung der Deutschen in Australien angeregt werden.

Nach Australien sind Deutsche zahlreicher erst in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts gelangt. Und die ersten Zuzügler, die damals nach Südaustralien gingen, gehörten nur einer allerdings uralten Spezialgruppe deutscher Auswanderer an; es waren Bergleute, die im Jahre 1836 von der Südaustralischen Kompagnie auf Veranlassung des Geologen Johannes Menge ins Land gerufen wurden. Ihnen folgten, ebenfalls noch durch die Südaustralische Kompagnie herbeigezogen, 1837 deutsche Winzer aus Hatten-

heim und 1838 eine bedeutende Anzahl preußischer Altlutheraner, die aus Gewissensbedenken die Heimat verlassen hatten; insbesondere begründeten Brandenburger Bauern aus Klemzig die Kolonie gleichen Namens bei Adelaide. So waren es die niederen Klassen, die auch hier vorangingen; und soweit sie selbständig tätig wurden, ergab sich ihnen als durchaus überwiegender Beruf Weinbau und Schafzucht; Gebildete sind erst seit der deutschen Revolution vom Jahre 1848 eingewandert, um dann, ähnlich wie in den Vereinigten Staaten seit dieser Zeit, für das geistige Leben der Kolonie vielfach bestimmend zu werden; der berühmte botanische Garten zu Adelaide wurde von einem Deutschen, dem Dr. Schomburgk, angelegt. Doch ist der Kern der Deutschen, trotz eines Nachschubes von Harzer Bergleuten und zahlreicher Ansiedlung von Kaufleuten und Handwerkern neben einem Stock von Gebildeten, stets bäuerlicher Beschäftigung treu geblieben. Und das gelobte Land dieser ist jetzt der Bezirk Tanunda nördlich von Adelaide. Hier zieht sich ein Kranz von deutschen Dörfern hin, deren Namen bald an die Heimat erinnern: Neu-Mecklenburg, Rheinthal, Grunthal, bald auch das religiöse Motiv der Auswanderung erkennen lassen: Eben-Ezer, Bethanien, Gnadenfrei, Nain. Und wenn irgendwo in Australien, so ist wohl in Tanunda Aussicht auf Erhaltung des Deutschtums.

In die übrigen Staaten des Commonwealth sind Deutsche erst später gelangt und in ihnen, mit Ausnahme von Queensland, auch heute noch schwächer vertreten. Queensland war bis in die sechziger Jahre hinein als englisches Kronland Verbrecherkolonie. Und so wanderten Deutsche hier erst seit dem Jahre 1862 ein, dann freilich durch das Hamburger Haus Godeffroy alsbald aufs kräftigste gefördert: Ukermärker, Pommern, Preußen, Schlesier. Sie sitzen jetzt, eine vorzugsweise agrarische Bevölkerung, in Brisbane und Toowoowba, und vor allem der Anbau des Zuckerrohres liegt in ihren Händen. Geringere Gruppen

deutscher Landbevölkerung befinden sich außer Queensland auch in Neusüdwales, dessen Hauptstadt Sydney Endstation von Dampfern des Norddeutschen Lloyds ist, in Viktoria, wo namentlich der Wimmera-Distrikt deutsche Bauern aufweist, wie endlich in Neuseeland.

Wird aber diesen Deutschen Australiens eine freudige Zukunft erblühen? Schon aus physiologischen Gründen ist dies zweifelhaft: denn soweit sich aus den schon älteren Erfahrungen der angelsächsischen Rasse Schlüsse ableiten lassen, zerstört das Klima des australischen Kontinents Energie und Fruchtbarkeit der Europäer. Aber auch davon abgesehen zeigt das deutsche Element, es sei denn, daß es geschlossen in bäuerlichen Siedlungen sitze, nur zu leicht auch hier die verhängnisvolle Neigung, im Angelsachsentum aufzugehen: mag dieses nun seine Verdienste anerkennen, wie es in Australien seitens ernster Politiker unumwunden geschieht, oder ihm mit beleidigendem Jingoismus entgegentreten, wofür seit dem Burenkrieg sowie seit der endgültigen Entscheidung der samoanischen Wirren sich aus Australien ebenfalls betrübende Beispiele anführen lassen. Außerdem scheinen selbst die rein agrarischen Kolonien nicht genügend gesichert zu sein; so sind z. B. über den Rückgang des Zuckerrohrbaues in Brisbane in den letzten Jahren herbe Klagen erschollen. Im ganzen aber läßt sich sagen, daß die Daseinsfrage an das australische Deutschtum wohl nur allzubald gestellt werden wird; und die Zunahme des deutsch-australischen Handels, wie sie mit der Entwicklung der Beziehungen des Norddeutschen Lloyds zum Kontinente seit Mitte der achtziger Jahre eingetreten ist, wird den drohenden Untergang wohl nur hinausschieben, nicht aber verhindern können.

4. Ist nun mit den bisher gegebenen, notwendigerweise kurzen und bruchstückartigen Ausführungen schon eine irgendwie vollständige Schilderung der Ausbreitung des deutschen Elementes über die Erde um das Jahr 1900 erreicht?

Keineswegs! Nur diejenigen Punkte sind bisher berührt, wo es sich um eine direktere und festere, zunächst wenigstens einige Aussicht auf nationale Dauer versprechende Ansiedlung Deutscher handelte; und es ist damit der Natur der Sache nach zumeist von agrarischen Siedlungen erzählt worden. Aber neben den bäuerlichen Massen, die in ferne Lande und über See zogen, um Bauern zu bleiben, stand von jeher die ungeheure Menge derjenigen, die ihren Beruf wechselten, und die Unsumme von vornherein anderem als agrarischem Berufe angehörender, vornehmlich handwerklicher und kaufmännischer Auswanderer. Es liegt in der Natur der Dinge, daß sich deren Verbleib und nationale Bedeutung nicht in so einfachen Zügen und in so eingehender Weise, wie sie bisher angewandt wurde, schildern läßt: nach Tausenden und aber Tausenden von Orten gingen sie auseinander; und wenn auch nicht zu verkennen ist, daß sie ihr Deutschtum längst nicht so zäh festhielten wie der konservative Bauer, so schwankte doch auch bei ihnen die Entwicklung, an ihrem Verhältnis zum Deutschtum gemessen, zwischen reinster Wahrung der Nationalität und haltlosem Kosmopolitismus. Unzählige Schattierungen liefen und laufen noch immer hier nebeneinander her, und nur eine tiefergreifende Forschung zentralisierter Art würde ihre Bedeutung für die Nation völlig zu erschließen, nur eine eingehende politische Behandlung seitens der heimischen Zentralinstanzen diese Bedeutung zugunsten eines universalen Deutschtums voll auszunutzen vermögen. Von beidem sind wir noch himmelweit entfernt; nicht einmal eine Bibliographie der einschlägigen Literatur, eine erste Voraussetzung für jedes weitere Verständnis und jedes allgemeinere verständnisvolle Eingreifen, war um 1900 an den Zentralstellen des Reiches vorhanden.

Schon die Zahl der Deutschen, die in Europa außerhalb der nationalen Sphäre des Deutschtums in einer gewaltigen Diaspora sitzen, war auch schon vor einem Jahrzehnt außerordentlich. Um einige Zahlen aus dem Westen

zu bieten, die freilich zum großen Teile nur auf Schätzungen von Zeitgenossen des letzten Menschenalters beruhen und denen Schätzungen mit anderem Ergebnis entgegengesetzt werden könnten, so gab es in England um 1890 angeblich über 50000 in Deutschland Geborene; nach späteren Schätzungen würde die Anzahl zurückgegangen sein; für London schwankten die Angaben um 1900 zwischen 15000 und 36000 Seelen. Auch in den nordgermanischen Ländern scheint, wenigstens soweit Skandinavien in Betracht kommt, das deutsche Element seit einiger Zeit eher abgenommen zu haben; die deutsche Schule in Stockholm, 1569 gegründet, ist 1889 eingegangen, die Schule von Gotenburg schon einige Jahrzehnte früher. Handelte es sich hier um den weiteren Verlauf eines Prozesses, den man schon seit etwa dem 15. und 16. Jahrhundert, zugleich mit dem beginnenden Verfall der Hanse, beobachten kann? Es hat eine Zeit gegeben, da Stockholm wenigstens in seinem Gemeindeleben eine deutsche Stadt war; erst im 16. Jahrhundert haben Schweden Zutritt zum Stadtrate erhalten; heute erinnert nur noch Tyska gatan mit der deutschen Kirche an diese Zeiten. Und auch jene Zeiten sind dahin, da die skandinavischen Reiche ganz unter deutschem Kultureinfluß standen und deutsche Dichter dänische Kollegienräte waren. Hamburg hat seit etwa Mitte des 18. Jahrhunderts seine Bedeutung als überragendes Kulturzentrum des europäischen Nordens zu verlieren begonnen, eine eigene skandinavische Kunst hat sich entwickelt, und während sie, wie einst die ungarische Literatur, in den Zeiten unseres Klassizismus und unserer Romantik noch von deutschen Einflüssen bis zur Unselbständigkeit durchzogen war, hat sie sich, wie nicht minder die ungarische Literatur, jetzt teils selbständig gemacht, teils und vornehmlich französischem Vorbild unterworfen. Daß mit all diesen Wandlungen auch das deutsche Element in Skandinavien verloren hat, ist begreiflich. Doch macht das nächstgelegene Dänemark hier wohl in mancher Hinsicht eine Ausnahme; in Kopen-

hagen mochten um das Jahr 1900 etwa 10000 Deutsche leben, in ganz Dänemark mehr als das Dreifache dieser Ziffer.

Von den romanischen Ländern beherbergten damals Portugal und Spanien die wenigsten Deutschen, — obgleich sich in dem von maurischen Einflüssen unberührten Galicien sogar noch sieben Dörfer mit Resten gotischen Wesens erhalten zu haben scheinen und jedenfalls hier eine Gegend existiert, die sich durch die Häufigkeit des Namen Guzman (Gotesman) und Aleman auszeichnet. In Portugal schätzte man die Deutschen auf etwa 1000, in Spanien auf 3000; dort bewohnten sie vornehmlich Lissabon und Amora, und auch wohl Porto, hier Barcelona, Malaga und Madrid. Viel zahlreicher waren die Deutschen in den romanischen Ländern Frankreich (90000), Italien (50000) und namentlich Rumänien (50000). Dabei waren sie in Frankreich besonders in Paris und Marseille, in Italien besonders in Mailand, Genua und Venedig, Florenz, Rom, Neapel und Palermo ansässig. Bekannt ist, daß es in Italien außer den zugewanderten auch noch etwa 10000 landsässige Deutsche gibt in den Sette und den Tredici communi; nach der Zählung vom Jahre 1901 waren es in Piemont 4557, in Venetien 6226. Von besonderem Interesse aber ist im Zusammenhang mit der Verbreitung und den Aussichten des Deutschtums im europäischen Südosten und westlichen Asien überhaupt die große Anzahl der Deutschen in Rumänien, unter denen freilich mancher Jude mitrechnen mochte; sie saßen vornehmlich in Bukarest, Constanza, Craiova und Turn-Severin; außerdem gab es einige deutsche bäuerliche Gemeinden in der Dobrudscha. Schließen wir hieran die Deutschen Serbiens vornehmlich in Belgrad, Bulgariens vornehmlich in Sofia und Philippopel, Griechenlands in Athen, der Türkei in Konstantinopel-Galata, Jedikule und Karagatsch mit etwa 25000 Seelen, so erhalten wir ein immerhin überraschendes Bild der Verbreitung des Deutschtums im europäischen Südosten. Und

steht es durchaus fest, daß diese Zahlen nicht zu gering gegriffen sind? Sind nicht gelegentlich bloß Reichsdeutsche gezählt worden, während die Wichtigkeit des deutsch-schweizerischen Elementes in Italien, im nahen Orient aber die Verbreitung des österreichischen Deutschtums zur Genüge bekannt ist? Und je weiter entfernt von den heimischen Sitzen der Nation, um so fester pflegen Deutsche verschiedener politischer Benennung zusammenzuhalten.

Im ganzen hat man die Zahl der europäischen Deutschen in den Kernsitzen, in der Corona und in der Diaspora für den Beginn des neuen Jahrhunderts auf etwa 76536000 berechnet. Dazu kamen noch außerhalb Europas etwa 11740500, so daß sich eine Gesamtzahl von 88276500 ergeben haben würde. Von diesen außereuropäischen Deutschen waren allein 10 bis 12 Millionen auf die Vereinigten Staaten zu rechnen, während das übrige Nordamerika mit etwa 407000, Zentralamerika einschließlich des westindischen Archipels auf etwa 18000 und Südamerika auf 495000 eingeschätzt wurde. Wie würde man nun diesen Zahlen bei der Lage des Deutschtums in den Vereinigten Staaten mit ratloser Betrübnis gegenüberstehen, entsänne man sich nicht, was nicht selten in der Fremde der treue und tatkräftige Einzelne bedeutet, insbesondere soweit er als Träger einer umfassenderen Heimatsbildung auftritt. Er führt, reißt mit sich fort, und vor allem: nur er, im Besitze starker Rassenenergie und hoher nationaler Bildung, ist minder gut ausgestatteten Kräften des Auslandes unbedingt überlegen. Dieser Gesichtspunkt muß namentlich der südamerikanischen Ziffer gegenüber festgehalten werden, die sich so verteilte, daß man etwa 400000 Deutsche auf Brasilien, 60000 auf Argentinien, 15000 auf Chile, 5000 auf Uruguay und Venezuela, 3000 auf Kolumbien und je 2000 auf Peru und die übrigen Gebiete des Erdteils rechnete.

Der Zahl der amerikanischen Deutschen kam am ehesten — aber in schon sehr weitem Abstand — die der afrikanischen nahe. Es handelte sich hier um etwa 623000 Köpfe.

Dabei lebten hiervon in den deutschen Schutzgebieten erst etwa 3600 Köpfe; im übrigen gehörte die große Mehrzahl der Kapkolonie und ihren Schwesterkolonien nach Norden zu einschließlich der früheren Burenstaaten an. Denn während man auf Ägypten etwa 7000 und das übrige Afrika vornehmlich des Nordens und insbesondere Algier nur 10000 rechnete, zählte man von Reindeutschen allein im Kapland (vornehmlich Kapstadt, Port Elizabeth, King Williams Town, Wijnberg) 10000; dazu 15000 in Transvaal und je 5000 in Natal und Oranien.

Die Verhältnisse Australiens sind uns der Hauptsache nach schon bekannt. Zusammenfassend sei bemerkt, daß auf dem Festlande einschließlich Neuseeland 106500 Deutsche saßen, außerdem, zählen wir sie hinzu, 400 in den deutschen Schutzgebieten der Südsee, 1600 auf Hawaii und 1000 etwa auf den übrigen Südseeinseln: machte im ganzen 109500 Seelen.

Von allen Erdteilen am wenigsten Deutsche wies das kulturalte Asien auf: etwa 88000. Dabei war das niederländische Element in den holländischen Kolonien am stärksten vertreten; man rechnete hier einschließlich der Reindeutschen etwa 50000 Seelen rein germanischer Rasse. Dann folgte alsbald Russisch-Asien, allerdings besonders schwer zu schätzen, wie schon das europäische Rußland; im ganzen mit etwa 30000 Deutschen: von ihnen kamen etwa 1000 auf Sibirien, die vornehmlich in Tomsk, Irkutsk und Wladiwostok wohnten — Deutsch verstehen auch die gebildeten Russen der Universitätsstadt Tomsk und die etwa 150000 Juden —; weiterhin mochten etwa 700, zumeist Balten, auf Turkestan zu rechnen sein; die große Restzahl fiel auf die kaukasischen Kolonien. Wie hoch sich die Zahl der Deutschen in der asiatischen Türkei belief, war großen Schwankungen der Schätzung unterworfen; schloß man die Bevölkerung der palästinensischen und einiger syrischen Siedlungen ein, so konnte man wohl 5000 Deutsche rechnen. Für Persien wurde von etwa 100, für Vorderindien von

etwa 1000 Deutschen, wobei in Indien das schweizerische und österreichische Element stark vertreten war, gesprochen: Beamten des deutschen Auswärtigen Amtes, Kaufleuten, Ärzten, Gelehrten, Ingenieuren, namentlich Elektrotechnikern, doch auch Handwerkern und Wirten. Wichtige Punkte sind dabei Teheran, Bombay, Kalkuttta. In Hinterindien und Indochina endlich bestanden sicherlich starke deutsche kommerzielle und gewerbliche Interessen; wie hoch sich aber die Zahl ihrer deutschen Vertreter an Ort und Stelle belief, war anscheinend nicht genauer bekannt.

Von größerer Wichtigkeit war jedenfalls Zahl und Stellung der Deutschen in den Großmachtsstaaten der gelben Rasse, in China und Japan, wenngleich auch hier wiederum die Zahlenangaben außerordentlich voneinander abwichen.

Für China rechnete man etwa 2000 Deutsche. Das Zentrum ihrer Verbreitung war Schanghai: hier bestand ein deutsches Realgymnasium, eine deutsche Mission, ein treffliches Klubhaus; hier erschien auch schon seit Ende der achtziger Jahre die wichtigste deutsche Zeitung des fernen Ostens, der Ostasiatische Lloyd. Die Zahl der Deutschen belief sich auf etwa 600. Nicht ganz halb so viel leben in Hongkong, bei weitem weniger in Hankau, Tschifu, Swatau und Amoy, zumeist Kaufleute, doch auch Missionare, Zollbeamte und Leuchtturmwächter. Für Deutsch-Kiautschou endlich konnte man wohl etwa 800 Deutsche ansetzen.

In Japan war die Zahl der Deutschen noch geringer: etwa 1000, worunter etwa 650 Reichsdeutsche. Am zahlreichsten waren sie wohl noch in Yokohama, zumeist Kaufleute, vornehmlich Seidenhändler, daneben in Kobe. Doch neigten sie hier sehr dazu, zur englischen Umgangssprache überzugehen. In Tokio dagegen lebten nur etwa 60 Deutsche, aber von hervorragender Bedeutung: die deutsche Diplomatie, Universitätsprofessoren, Mittelschullehrer, Pfarrer, Diakonissinnen, Vertreter von Firmen wie Krupp, Siemens & Halske usw. So war es nicht verwunderlich, daß das

Deutschtum von Tokio schon auf eine etwa dreißigjährige glänzende Geschichte zurücksah. Mehr als dasjenige irgendeiner anderen deutschen Kolonie über See hat es eingegriffen in das Leben und die Kultur der neuen Umgebung bis hinein in die intimsten und höchsten Beziehungen der Stadt, des Landes und des Hofes; ein deutscher Architekt hat die beiden Parlamentshäuser erbaut, ein deutscher Mediziner war Leibarzt des Mikado. Seit 1911 gibt es einen deutsch-japanischen Verein unter hohen japanischen Staatsmännern als Ehrenmitgliedern. Bekannt ist weiterhin der tiefgreifende Einfluß deutscher Offiziere auf das japanische Heer, deutscher Forst-, Post- und Polizeibeamten auf die betreffenden Verwaltungen; an der Entwicklung des japanischen Universitätsunterrichts haben deutsche Professoren den stärksten Anteil, und deutsch ist noch heute die Unterrichtssprache der medizinischen und historischen Studien. Wie entschieden aber und selbständig haben die Deutschen nebenher von sich aus an der Erforschung der Natur und Geschichte des Landes gearbeitet! Eine ihrer wertvollsten Schöpfungen ist die Tokioer „Deutsche Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens". Schwer nur abzuschätzen, aber gewaltig war damit der Kultureinfluß, der von diesen wenigen Deutschen, freilich zugleich auch von der hinter ihnen stehenden Nation ausging, deren Bildungsstätten Japaner so oft besuchen; etwas wie einen Maßstab mag es abgeben, daß man die Zahl der deutschsprechenden Japaner, die meist Gelehrte oder Beamte sind, auf etwa 3000 abschätzte.

Die zuletzt mitgeteilten Tatsachen sind besonders geeignet, gewisse Vorstellungen rein quantitativer Art zu berichtigen, wie sie sich nur zu leicht an die lange Reihe der soeben aneinandergestellten Zahlen knüpfen können. Was haben in Japan nicht an Zahl recht wenige Deutsche, aber von hervorragenden Eigenschaften und unter günstigen Verhältnissen, zum Vorteile ihrer Nationalität zu wirken gewußt! Und in welche Sphären, die der höchsten Kulturentwicklung, des eigentlich universalgeschichtlichen Daseins

reichte und reicht nicht ihre Tätigkeit! Mehr als irgendein anderer Vorgang der deutschen Expansionsgeschichte zeigt sich hier, daß es nicht bloß auf die Quantität, sondern vor allem auch auf die Qualität der Auswanderer ankommt, und daß nicht bloß die Ausfuhr nationaler Muskel- und und Rassenkraft an sich, sondern nicht minder die Ausbreitung nationalen Geistes und nationalwissenschaftlicher Machtmittel von Bedeutung ist.

Traten aber diese Elemente in unserer Erzählung bisher mehr als gelegentlich hervor? Es wird von ihnen, so schwer sie noch einstweilen tiefer zu erfassen und völlig zu überschauen sind, in einem besonderen Kapitel zu sprechen sein.

III.

1. Die reichsten Staaten Europas hatten schon um das Jahr 1900 eine Handelsbilanz, die in steigendem Maße ungünstiger wurde. Diese auf den ersten Augenblick auffallende Erscheinung ist die Regel seit 1854 für England, seit 1870 für Frankreich und seit 1885 und 1888 auch für das Deutsche Reich. Im Jahre 1880 belief sich die Einfuhr im Reiche auf 2860 Millionen Mark, die Ausfuhr auf 2946 Millionen; im Jahre 1900 war die Einfuhr auf 5833, die Ausfuhr nur auf 4555 Millionen Mark gestiegen. Der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr betrug 1888: 67 Millionen Mark, 1889 schon 824, 1892: 1064, 1899: 1416, 1900, wie die oben gegebenen Zahlen berechnen lassen, 1278 Millionen.

Wie erklärt sich diese Entwicklung?

Zweifelsohne bedeutet sie zunehmende Abhängigkeit vom Ausland. Konnte diese Abhängigkeit aber — das ist die Hauptfrage — als die eines Patrons oder eines Klienten betrachtet werden; wies sie auf Schwäche hin oder auf Stärke?

Da schien es nun zunächst kaum möglich, neben den der Handelsbilanz eingereihten und also allein in ihr zum Ausdruck gelangenden Werten der Warenausfuhr und -Einfuhr auch jene Gewinne voll einzuschätzen, die aus der ständigen Fühlung und Wechselbeziehung der großen Kultur- und Wirtschaftsstaaten untereinander, auf den Gebieten z. B. allein schon der Kredit-, Bank- und Börsenorganisation, in das Reichsgebiet gelangten. Nur so viel ließ sich von dieser Materie etwa sagen, daß die statistisch unkontrollierten Geld- und Effektentransaktionen, so wie sie über die Grenzen hin und her gingen, wohl fast ein stärkeres Gewicht hatten

als alle Wareneinfuhr und -Ausfuhr zusammen: und daß auf diesem Gebiete die Bilanz, so wie sie sich an dem Gesamtcharakter der nationalen Wirtschaft ungefähr ablesen ließ, entschieden für eine günstige und verselbständigende Entwicklung sprach.

Geht man aber auf die Warenbewegung und damit auf die Produktion im besonderen über, so würde es zunächst darauf angekommen sein, sich die Ziffer unserer Einfuhr einmal genauer anzusehen. Und da hätte sich ergeben, daß fast die Hälfte aller Einfuhr in das Reich schon von solchen Rohstoffen gebildet wurde, deren Veredlung die Industrie des Reiches vornahm: in Frage kamen da Baumwolle aus Ostindien und Amerika; Wolle aus Australien, Argentinien und vom Kap; Seide aus China, aus dem Orient und Italien; Holz aus Schweden, Norwegen und Amerika; Erz aus Schweden und Spanien; Roheisen aus England; Kupfer und Silber aus Amerika und Australien, anderer Artikel, wie z. B. der Häute, der mineralischen Öle, gewisser tropischer Erzeugnisse, nicht zu gedenken. Und gerade diese Einfuhr zu Veredlungszwecken hatte die Neigung, zu steigen. Im Jahre 1840 hatten etwa noch zwei Fünftel der Gesamteinfuhr des Zollvereins aus genußreifen Gütern bestanden; im Jahre 1900 dagegen konnten vier Fünftel der Einfuhr als Produktionsmittel gerechnet werden. Nun ist aber klar, daß die Bearbeitung dieser Stoffe die nationale Produktivkraft sehr steigerte, so daß hier ein hoher innerer Gewinn entstand, der sich wachsender Aufnahmefähigkeit der industriellen Bevölkerung für den Verbrauch inländischer Erzeugnisse, vor allem auch der Landwirtschaft, äußerte, ohne gerade ziffernmäßig berechnet werden zu können.

Freilich ist ebenso richtig, daß eine gewaltige Masse des Importes mit steigender Industrialisierung des Landes doch zunächst auch der bloßen Konsumtion dient, so vor allem die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse: denn erst in zweiter Linie kann diese, weil mittelbar der volkswirtschaft-

lichen Tätigkeit zugute kommend, als produktiv bezeichnet werden.

Im ganzen aber ergibt sich aus der genaueren Betrachtung des Importes der Rohstoffe, daß das Reich weiten Flächen des Auslandes, sowie dessen unterirdischen Schätzen an sich tributär geworden war: es bedurfte ihrer, um seine Bevölkerung zu fördern und zu ernähren: woraus denn freilich die Pflicht abzuleiten war, diese Flächen agrarisch oder industriell oder kommerziell oder politisch oder sonst irgendwie zu beherrschen. Es ist die unerläßliche Forderung einer der nationalen Produktionskraft und dem nationalen Konsum entsprechenden Expansion irgendwelcher Art, die aus diesem Überwiegen des Imports über den Export am einfachsten und unmittelbarsten hervorging und hervorgeht.

Aber waren für eine solche Expansion, auch abgesehen von den bisher besprochenen Fragen der Auswanderung, nicht schon bedeutende Schritte geschehen? War, anders ausgedrückt und eins ins andere gerechnet, die deutsche Handelsbilanz denn wirklich passiv?

Man muß sich zur Beantwortung dieser Frage vor allem das Schlußergebnis, fast könnte man sagen: den Schlußeffekt jeder lebendigen Volkswirtschaft der freien Unternehmung überhaupt klar machen. Sie schafft vermöge der in ihr durchgeführten Zähmung neuer Naturkräfte und der ihr eigenen Entfesselung der menschlichen Arbeit neue Kapitalien in außerordentlich kurzer Zeit: nicht selten tritt eine vollständige Reproduktion neuangelegter Ersparnisse schon in wenigen Jahren ein. Und diese Schnelligkeit der Reproduktion nimmt noch immer zu: denn auf ihre Verstärkung ist der Unternehmer- und Erfindergeist stetig gerichtet. Hier also macht sich jene nationale Produktivkraft, von deren Steigerung auch durch den Import von Rohstoffen schon die Rede war, in ihrer ganzen Breite geltend. Diese Produktivkraft aber in ihrer Entfesselung zur Neubildung ungeheurer Kapitalien macht nicht an den Landesgrenzen

Halt. Sie überschreitet vielmehr Ströme und Meere, und sie befruchtet Erdteil auf Erdteil; um nur einige Ziffern aus der Entwicklung des 19. Jahrhunderts zu nennen, so hat sie, soweit sie von allen Ländern ausging und alle Länder betraf, die 3 Milliarden Kapital bereitgestellt, die bis zum Jahre 1900 etwa in der Baumwollspinnerei der Welt angelegt sein mochten, sowie die etwa 4½ Milliarden, die auf den neueren Schiffsbau verwandt worden waren, wie nicht minder die 7 Milliarden, welche in Telegraphenlinien investiert erschienen; und auch die beinah unglaubliche Summe für den Eisenbahnbau der Welt im Verlaufe des 19. Jahrhunderts, über 140 Milliarden Mark, hat sie herbeigeschafft.

Dabei waren es begreiflicherweise zuerst die Engländer, das Pioniervolk der modernen Wirtschaftsentwicklung, deren Kapitalien in so gewaltigen Formen und Höhen über die Heimat hinausströmten. Sie haben zuerst Verwendung auf dem europäischen Kontinent gesucht, so bereits um 1840 und 1850; dann, als hier aufkommende Volkswirtschaften der freien Unternehmung eigenständig Kapitalien zu schaffen begannen, haben sie in gesteigertem Maße Veranlagung über See gefunden. Vor allem die Erschließung und Kolonisation Australiens, des geologisch ältesten, wirtschaftlich aber jüngsten Erdteils, gehört hierher; dann der Eisenbahnbau von Nord- und Südamerika; endlich auch ein großer Teil der Anstrengungen zur wirtschaftlichen Umwandlung und Beherrschung des schwarzen Erdteils.

Die Deutschen, und vornehmlich die Deutschen im Reiche sind erst viel später diesen Weg mit voller Energie gegangen; wenn auch die Anfänge schon in den vierziger Jahren liegen, so begann die eigentliche deutsche Expansion doch erst um die Mitte der achtziger: um sich dann alsbald im Umschlage der Handelsbilanz geltend zu machen.

Dabei handelte es sich an erster Stelle um direkte Anlage deutschen Kapitals im Ausland: um Faktoreien, Plantagen und Warenlager; um Industrieunternehmungen,

Minen und Grubenbesitz; um die Herstellung von Verkehrsanstalten, Eisenbahnen, Schiffsverbindungen, überseeischen Bauten, die den deutschen Unternehmungen einen größeren Anteil an den Gewinnen des internationalen Tauschverkehrs zu sichern bestimmt waren. Eine der lehrreichsten und in dieser Form der deutschen Volkswirtschaft längere Zeit hindurch vornehmlich eigenen Anlagen dieser Art waren die auswärtigen Schiffsverbindungen, die den Personen- und Frachtverkehr z. B. zwischen den Häfen Ostasiens oder Südamerikas vermitteln: auf Schiffen, die vielleicht die deutsche Heimat niemals oder nur während des Baues gesehen haben. Aber auch der starke deutsche Schiffsverkehr zwischen Europa und den übrigen Weltteilen gehörte hierher, insofern er dem Transport von Personen und Gütern von und nach anderen europäischen Ländern als deutschen diente. In dem Verkehr deutscher Schiffe zwischen fremden Häfen lag sogar schon damals das Schwergewicht des deutschen Reedereigeschäftes. Denn von den Seereisen deutscher Schiffe mit Ladung im Jahre 1901 bei überhaupt 84851 Schiffen mit 53948615 Registertons entfielen nur 43575 mit 3,3 Millionen Tons auf Reisen zwischen deutschen Häfen, und 18632 mit 12,4 Mill. Tons auf Reisen zwischen deutschen und außerdeutschen, aber 22644 mit 38,1 Mill. Tons auf Reisen zwischen außerdeutschen Häfen. In welchem Zeitmaß diese teils halb, teils ganz außerdeutschen Transportunternehmungen fortgeschritten sind und welche Gewinne sie jetzt abwerfen, ist schwer zu sagen; für die Entwicklung lehrreich ist, daß die Engländer schon gegen Schluß des vorigen Jahrhunderts darüber zu klagen begannen, daß sogar ein Teil der für London bestimmten Ladungen seinen Weg über deutsche Häfen nehme. Einen ungefähren Einblick aber in den Aufschwung dieser Richtung vermitteln immerhin einige Daten der deutschen Schiffahrtsstatistik. So die Angaben über den Verkehr auf dem deutschen Nord- und Ostseegebiete. Hier wurde die deutsche Flagge während der Jahre 1871

bis 1875 im Nordseegebiete von 48,9 vom Hundert, im Ostseegebiete von 41,5 vom Hundert der Gesamtzahl der Schiffe geführt; im Durchschnitt der Jahre 1891—95 waren diese Zahlen auf 54,8 vom Hundert im Nordseegebiete, 48,8 vom Hundert im Ostseegebiete, im Durchschnitt der Jahre 1896—1900 auf 82,8 und 64,0 vom Hundert gestiegen. Und gleichzeitig war die wichtigste Mitbewerberin, die englische Flagge, von 39 und 22 auf 36,5 und 19,3 bezw. 8,7 und 3,5 vom Hundert zurückgegangen. Im ganzen ergab die deutsche Schiffahrtsstatistik für die Zeit von 1875 bis 1895 eine Steigerung im Verkehr der deutschen Häfen von 124 vom Hundert der Lastigkeit (Tonnage) der beladenen Schiffe im Verkehr mit fremden Ländern, und von 1896 bis zum Schlusse des Jahrhunderts hatte sich der Handel von etwa 5,7 Milliarden auf etwa 7 Milliarden gesteigert. Dem entsprach es, wenn sich die deutsche Handelsflotte seit 1871 in ihrer Leistungsfähigkeit mehr als verdreifacht, seit Beginn der achtziger Jahre mehr als verdoppelt hatte. Dabei erstrekte sich dieser Handel je länger je mehr in weitere Fernen; neben Europa und dem Mittelmeergebiete traten seit den achtziger Jahren namentlich die fremden Weltteile immer mehr hervor; der Vermehrungskoeffizient war während der Jahre 1873—95 für Nordamerika 128, für Mexiko, Mittel- und Südamerika 317, für Australien 475, für Ostindien und Ostasien 480: gegenüber 60 für Südwesteuropa, 88 für Großbritannien und 119 für den europäischen Norden. Aus alledem geht das eine wohl mit Gewißheit hervor, daß die Gewinne aus auswärtiger Seeschiffahrt seit 1870, vornehmlich aber seit den achtziger Jahren beträchtlich gestiegen sein mußten.

Aber neben diesen Gewinnen und solchen aus anderen kommerziellen und industriellen Anlagen floß dem Deutschtum im Reiche wie außerhalb des Reiches auch noch in anderer Form alljährlich ein beträchtliches Kapital zu, ohne in der Handelsbilanz Aufnahme zu finden: in der Form von Zinsen auswärtiger Staatsschulden, überhaupt auswärtiger

Schulden, deren Briefe sich in Händen Deutscher befanden. Wie hoch sich dieses Kapital belief, läßt sich selbst für die Deutschen im Reiche allein nicht mit auch nur einiger Sicherheit berechnen; auch unterlag seine Höhe wohl beträchtlichen Schwankungen; sicherlich war sie nicht unbedeutend, denn ausländische Effekten und Wertpapiere waren in Deutschland schon weithin verbreitet.

Sieht man nun von dieser Summe ab, so berechnete eine Denkschrift des Reichsmarineamtes im Jahre 1899 — zu der Zeit, da die Unterbilanz im Warenhandel etwa 1,3 Milliarde Mark betrug — die deutschen Kapitalanlagen in fremden Ländern — die Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht eingerechnet — allein auf den Wert von etwa 7 bis 7,5 Milliarden und ihren Zinsertrag auf etwa eine halbe Milliarde; und die Gewinne der deutschen Reedereien wurden um dieselbe Zeit ebenfalls auf eine Viertelmilliarde geschätzt. Gegen Schluß des Jahrhunderts nahm man weiterhin den Zinsenbetrag aus überseeischen Unternehmungen auf etwa 600—800 Millionen Mark, die Einnahmen aus dem Reedereigeschäft auf gegen 300 Millionen Mark an.

Für England wurde für das Jahr 1899 der Frachtgewinn auf 1428, der Kommissionsgewinn auf 367,2, die Einnahme aus Zinsen und Dividenden auf 1803,6: zusammen 3598,8 Millionen Mark berechnet. Unterbilanz des englischen Warenhandels: 3264 Millionen. Huber S. 112.

Bedenkt man, daß diese Angaben nur einige der Posten jener Einnahme betrafen, welche der Nation außerhalb der Aufzeichnungen der amtlichen Handelsbilanz, die im allgemeinen nur eine Bilanz des Warenhandels ist, zufloß, so versteht man, wie die zunehmende Unterbilanz des deutschen Handels in Wirklichkeit nicht einen sinkenden, sondern einen wachsenden Reichtum der Nation andeutete. Aber freilich auch eine steigend engere Verbindung mit der Welt: dabei aber einen Eintritt in diese nicht im Sinne eines armen, eben noch zugelassenen Schluckers, sondern im Sinne einer aktiv teilnehmenden Nation, im Sinne eines arbeitskräftigen Gläubigers!

Man hat demgegenüber wohl ausgeführt, die relativen Ziffern des deutschen Exportes im Verhältnis zu unserer Produktion und teilweise sogar die absoluten Ziffern dieses Exportes seien im Verlaufe des 19. Jahrhunderts keineswegs stark gestiegen, ja in nicht wenigen Posten sogar zurückgegangen. Die Tatsache ist richtig. Aber es wäre falsch, aus ihr ein dauerndes Nachlassen des internationalen Verkehrs, eine wirtschaftliche Einkehr gleichsam der Nation in sich selbst unter Abkehr von den andern folgern zu wollen. Es wäre ebenso falsch, wie wenn man aus gewissen Voraussetzungen für die Zukunft ein allgemeines Zeitalter des Freihandels — oder auch, je nachdem, des Schutzzolles erschließen wollte. Eine allseitig abwägende Betrachtung wird vielmehr folgendes feststellen. In allen großen Wirtschaftsgebieten der freien Unternehmung, und vornehmlich auch in dem deutschen, ist mit deren Entwicklung der innere Verbrauch zu produktiven und konsumtiven Zwecken ganz außerordentlich gestiegen; demgemäß hat sich allenthalben ein mächtiger innerer Markt gebildet: und die heimische Produktion ist natürlich darauf ausgegangen, an erster Stelle diesen zu befriedigen. Dabei konnte in ganz großen Wirtschaftsgebieten, etwa solchen, die im Austausch der Produkte verschiedener Zonen innerhalb ihrer Grenzen überhaupt in der Lage sind, in mancher Hinsicht nur aus den geographischen Gegebenheiten des eigenen Gebietes heraus sich selbst genügend zu wirtschaften, der Gedanke eines möglichsten Abschlusses nach außen überhaupt auftreten. Also Zollgrenzen von beträchtlicher Höhe! Und dann war es möglich, daß unter dem Einflusse sowohl der zeitweiligen Vorherrschaft der Bedürfnisse des inneren Marktes wie der Zollabschlüsse verschiedener großer Handelsgebiete nach außen eine ganz allgemeine internationale Stockung des Exportes, ja ein Nachlassen auf längere Zeit eintrat. Dies Nachlassen mußte um so mehr auffallen, wenn sich etwa gleichzeitig die Transportgelegenheiten rasch vermehrten: denn dann mußten die Frachten in hohem

Grade sinken und bewegliche Klagen erschallen über verhältnismäßig zu geringe Einnahmen aus dem Verkehre.

Daß alle diese Tendenzen sich um das Jahr 1900, daß einige davon sich auch schon früher gezeigt hatten, war nicht zu leugnen. Aber gehörten sie, soweit sie vorübergehender Natur waren, nicht zu den Symptomen wirtschaftlicher Depression, die in dem ewigen Wechsel der Wirtschaft der freien Unternehmung zwischen Hausse und Baisse, Krise und Blütezeit zu kommen und zu gehen pflegen? Und trugen sie, soweit sie andauernder Art waren, wirklich den Stempel einer letzten wirtschaftlichen Notwendigkeit? Die Frage konnte schon in der Zeit selbst verneint werden. Schließlich sind die klimatischen und geographischen Voraussetzungen der verschiedenen Volkswirtschaften auf der Erde unter sich so mannigfach und so wechselvoll, daß ein höchstes wirtschaftliches Bedürfnis, wie es, der Natur der Sache nach, auf die gleichzeitige Verwendung aller dieser Voraussetzungen an einem Orte hinausläuft, jeden Versuch autarkischen Abschlusses endlich überwinden wird. Gewiß ist dabei richtig, daß gerade die moderne Wirtschaft mit ihrer Reduktion aller wirtschaftlichen Kräfte auf wenige, naturwissenschaftlich noch immer mehr raffinierte Energien die Volkswirtschaften der Welt mehr als je zuvor uniformiert hat und weiter zu uniformieren im Begriff ist: das moderne Schiff kennt fast kein Klima, die Dampfmaschine gedeiht überall, und Erfindungen wie die drahtlose Telegraphie scheinen erst recht alles aufzulösen, was uns praktisch innerhalb des Bereiches unserer Erde noch an den Raum erinnern und fesseln kann. Aber treten unter dieser Uniformierung nun doch nicht erst recht die bleibenden, unauflöslichen wirtschaftlichen Differenzen hervor? Und werden sie nicht eben durch die Uniformierung der Energien, insbesondere jener des Transportes, nun erst recht auf Entfernungen hin und damit in weiteste Kreise hinein fühlbar gemacht? Hat etwa das deutsche Bürgerhaus des 18. Jahrhunderts persische Teppiche, japanische Möbel, ja

auch nur italienische Apfelsinen und nordafrikanische Ananas gekannt? Heute aber sind sie ihm schon nicht mehr bloß Schmuck und Luxus, sondern vielfach bereits Notwendigkeit und Bedürfnis.

Fruchtbarkeit und Formenreichtum werden schließlich auch in den Beziehungen der Menschen siegen, wie sie in denen der nicht-menschlichen Erscheinungswelt bestimmend wirken; Natur und Geschichte wandeln verwandte Pfade.

2. Ein späterer Abschnitt wird Gelegenheit bieten, den angedrehten Faden internationaler Beziehungen fortzuspinnen; hier kommt es darauf an, speziell die deutschen Interessen im Auslande, von denen schon die Rede war, die Interessen der deutschen Kapitalanlagen, der deutschen Reederei und der finanziellen Tätigkeit, wie sie schon um die Wende des Jahrhunderts neben denen der Auswanderung herliefen, sie begleitend, sie kreuzend und oft auch überholend, — nun auch im einzelnen zu verfolgen.

Europa hat dem deutschen Kapital, insofern es Verwendung anders als in der Übernahme von Staats- und öffentlichen Schulden, überhaupt im Effektenhandel suchte, niemals eigentlich als klassisches Gebiet gedient. Dazu ist dies Kapital, verglichen etwa mit der frühen Beweglichkeit des englischen und auch des französischen Kapitals, im allgemeinen zu spät gekommen: zu einer Zeit erst, da auch die wirtschaftlich rückständigen Staaten des Erdteils immerhin schon im Übergang zur freien Unternehmung und damit zu eigener stärkerer Kapitalbildung begriffen waren.

Dennoch haben sich auch in dem alten Erdteil noch einige Herde deutscher Kapitalanlage gebildet; und ganz fehlen Spuren der deutschen kapitalistischen Expansion wohl nirgends: haben sich doch Berliner Börsenaufträge selbst an der Pariser Börse eine gewisse Position geschaffen. Am wenigsten verbreitet aber waren deutsche Anlagen im allgemeinen wohl im Norden und Westen Europas; stärker traten sie dagegen schon im Zentrum hervor, und ihre

eigentliche Nährstätte war schon um das Jahr 1900 der Osten.

Im Zentrum kam vor allem Italien in Betracht. Es ist bekannt, daß das Land schon lange durch Schweizer Kapitalien, und zwar namentlich solche deutsch-schweizerischen Ursprungs, befruchtet worden war. Dazu traten dann aber, vornehmlich seit der Herstellung des Schienenwegs über den Gotthard, süddeutsche, badische, württembergische, bayrische Kapitalien, schließlich auch mittel- und norddeutsche, vor allem solche der Berliner Hochfinanz. Sie fanden teilweise in der Sanierung von italienischen Banken Anlage; sie gingen weiterhin in den Genueser Handel über, der, soweit er deutsch ist, sich namentlich auf Wein, Getreide, Petroleum und Kunstdünger bezieht; sie werden zum Aufbau deutscher Fabrikfilialen in der Lombardei und in Piemont verwandt, als den deutschen Erzeugnissen, insbesondere der Weberei, die Überschreitung der italienischen Grenze durch Zollerhöhungen allzusehr erschwert wurde; sie werden namentlich auch in jener großen Anzahl neuerer elektrischer Anlagen untergebracht, mit denen die deutsche Industrie fast die ganze Halbinsel überzogen hat. Zu alledem, sowie auch zu Zuckerfabriken in der Lombardei und Venetien kamen dann noch die großen deutschen Dampferlinien, die das Land in starkem Wettbewerb mit dessen eigener Seeschiffahrt berühren, die Routen des Norddeutschen Lloyds nach den Vereinigten Staaten und dem äußersten Osten und Australien, in denen Genua und Neapel angelaufen werden oder die auch von Genua ausgehen, dann die Lokalschiffahrt im Golf von Neapel und der Dienst der Hamburger Paketfahrt zwischen Neapel und New York und des „Kosmos" zwischen Genua und den Häfen des Stillen Ozeans.

Im Osten Europas waren die Länder stärkerer Einwanderung der Deutschen, mochten diese nun vom Reiche oder von Österreich her gekommen sein oder kommen, zugleich auch Gebiete deutscher kapitalistischer Expansion: das galt von Rußland wie von den südslawischen Staaten und

Rumänien, bis zu einem gewissen Grade auch von Griechenland. Während dabei auch Deutschösterreicher namentlich Griechenland und die Donauländer befruchteten, wie nicht minder Bosnien und die Herzegowina, waren Reichsdeutsche vor allem in Rußland vertreten, und zwar in den westlichen Teilen so stark, daß man wohl davon hat reden können, für Rußland in seinem Verhältnis zum Reiche einen doppelten Zolltarif aufzustellen, einen für das innere Rußland, den anderen, ganz anders zu bewertenden für die westlichen, unter deutschem Einflusse stehenden Länder. In diesen Gegenden wurden die Deutschen — auf Grund welchen Materials ist nicht ganz klar — auf fast eine halbe Million geschätzt; allein in dem einen Gouvernement Warschau sollten sie 13000 Grundstücke und Anlagen im Werte von 420 Millionen Rubeln besitzen; und tatsächlich standen die Arbeiter von Kalisch, Lodz und Sosnovice wesentlich unter deutscher technischer und administrativer Leitung. Dabei waren zu den alten und bodenständigen Industrien Deutscher jüngst noch jene Filialindustrien gekommen, die begründet wurden, um für den Vertrieb gewisser Erzeugnisse nicht die russischen Zollschranken passieren zu müssen: Elektrizitätswerke, Farbenfabriken, Glashütten, Papierfabriken u. a. m.

Ein Teil des russischen Gebietes aber, der pontische, fiel schon ebenso wie Rumänien und auch ein wenig Griechenland in den deutschen Expansionsbereich der Levante, dessen Zentrum die Türkei bildet. Mit der Türkei unterhielt das Deutsche Reich seit dem russisch-türkischen Kriege die freundschaftlichsten Beziehungen; und schon vorher, 1876, war die deutsche Gesandtschaft entsprechend der Wichtigkeit, die man den gegenseitigen Beziehungen zumaß, zur Botschaft erhoben worden. Nicht minder gestaltete sich das Verhältnis Österreich-Ungarns zur Türkei nach der Okkupation Bosniens und der Herzegowina allmählich freundlicher. Das türkische Heer wurde durch eine Anzahl deutscher Offiziere, unter

30*

denen von der Goltz-Pascha hervorragte, reorganisiert und hat seine Prüfung in dem Feldzuge gegen Griechenland glänzend bestanden; die türkische Flotte ist in der Kieler Werft so gut wie möglich modernisiert worden; auch sonst haben Deutsche in die türkische Verwaltung an einzelnen Stellen eingegriffen, jedesmal zur Zufriedenheit des Landes. Dabei wurde das persönliche Verhältnis des Sultans zum deutschen Kaiser und seinem Vertreter in Stambul immer wärmer; und dies kam ebenso dem diplomatischen Ansehen der Türkei im Auslande wie der Verbesserung ihrer inneren staatlichen Ordnung zugute.

Die wirtschaftlichen Beziehungen des Reiches zur Türkei waren noch im Jahre 1880 schwach genug; die deutsche Einfuhr betrug nur 6 Millionen Mark und war damit geringer als die österreichische. Später hob sie sich, im Jahre 1893 auf 40 Millionen, um darauf nochmals zurückzugehen. Allein nicht auf die Einfuhr kam es zunächst an, sondern auf die Festlegung des deutschen wirtschaftlichen Einflusses im Lande selbst. Sie ins Auge zu fassen hatte schon List angeraten; und seitdem hat die Reihe deutscher Volkswirte, welche die Augen der Deutschen auf die Türkei lenkten, niemals ganz abgebrochen. Ende der sechziger Jahre zogen dann die ersten deutschen Kolonisten in die asiatische Türkei, nach Palästina[1]. Die neuere Bewegung aber begann erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Sie lief vor allem darauf hinaus, zunächst die Haupteisenbahnen des Landes unter deutschen Einfluß zu bringen. Während eine Schrift Sprengers schon im Jahre 1886 auf Babylonien als fruchtbarstes Kolonisationsgebiet der Zukunft hinwies und damit den Blick auf das Feld des modernsten anatolischen Eisenbahnbaues lenkte, handelte es sich dabei zunächst doch um die europäische Türkei: die Württembergische Vereinsbank erhielt die Konzession der inzwischen gebauten Bahn Saloniki—Monastir; die Berliner

[1] S. oben S. 441 f.

Deutsche Bank brachte die großen Transversalen der alten Orientbahnen des Barons Hirsch, Saloniki—Uesküeb—Mitrovitza und Konstantinopel—Adrianopel—Philippopel—Bellowa unter ihre Kontrolle. Mit der zuletzt genannten Linie war zunächst der Hauptweg aus dem europäischen Zentrum nach dem nahen Orient, die Strecke Wien—Ungarn—Serbien—Bulgarien—Konstantinopel, deutschem Einflusse gesichert; die Strecke Saloniki—Mitrovitza dagegen bedurfte noch der Fortsetzung durch den Distrikt von Novibazar nach Serajewo, um Anschluß an das bosnisch-österreichische Bahnnetz zu erhalten und damit den österreichischen Einfluß zu sichern; die Linie Saloniki—Monastir endlich mag später einmal einen Ausgang nach der südlichen Ostküste der Adria vermitteln. Auf jeden Fall sicherten schon die beiden ersten Linien die direkte Verbindung der großen deutsch-nationalen Gebiete mit Saloniki und Konstantinopel, den wichtigsten Fühlern aus dem europäischen Binnengebiete hin nach Ägäischem Meere und Pontus. Diese Meere aber wiederum und ihre Häfen verband seit 1890 die Deutsche Levante-Linie, eine Hamburger Schiffahrtsgesellschaft, mit den nordischen Meeren, wobei sie von den deutschen, insbesondere auch den preußischen Eisenbahnen durch Einführung ermäßigter Frachtsätze für ihren Verkehr unterstützt wurde.

Inzwischen aber hatte, zur Fortsetzung der europäisch-türkischen Eisenbahnpolitik, unter der Führung der Deutschen Bank und der Württembergischen Vereinsbank eine Anatolische Eisenbahngesellschaft schon im Jahre 1888 von der Pforte eine Konzession zunächst für die Strecke Ismid—Angora, dann auch für weitere Strecken erhalten. Und im Jahre 1896 waren auf Grund dieser Konzessionen vollendet: als Hauptlinie die Strecke Haidar-Pascha am Bosporus (dicht bei Skutari, gegenüber Konstantinopel)—Ismid—Konia und als Nebenstrecken von dieser Hauptlinie abzweigend die Linien Eski-Schehr—Angora und Afiun Karahissar—Kassaba—Smyrna. Diese Bahnen, die den

größten Teil des westlichen und mittleren Kleinasiens durchziehen — der Bahnbau im nördlichen Kleinasien, an der Pontusküste, ist Rußland vertragsmäßig überlassen, wenn er nicht von der Türkei selbst ausgeführt wird —, hatten unter sorgsamer Pflege und Entwicklung des Ackerbaues der angrenzenden Gegenden durch die deutschen Beamten das Land schon so weit erschlossen, daß die Stammlinie im Jahre 1902 zum ersten Male annähernd die von der türkischen Regierung sichergestellte Bruttoeinnahme von durchschnittlich 14000 Francs auf den Kilometer aus eigenen Einnahmen erzielte. Inzwischen aber, im Jahre 1898, war der Anatolischen Baugesellschaft für ihre westliche Kopfstation Haidar-Pascha auch die Erbauung eines Hafens gestattet worden, und dieser wurde im Jahre 1902 dem Verkehr übergeben.

Gegen Ausgang des Jahrhunderts wurden alle diese Erfolge gleichsam besiegelt und der Grund zu weiteren Schritten gelegt durch die Fahrt Kaiser Wilhelms II. nach Palästina (1898). Der Kaiser berührte außer den heiligen Orten und den deutschen Kolonien in Palästina auch Kreta, Rhodos, Beirut und drang bis Damaskus; vor allem aber besuchte er, zum zweiten Male, auch den Sultan in Konstantinopel. Kein Zweifel, daß dies persönliche Erscheinen des Herrschers im Orient der Förderung des Deutschtums günstig gewesen ist; erst jetzt erhielt der deutsche Name in dem Munde der Kleinasiaten einen vollen Platz neben dem französischen und englischen. Und schon war die deutsche Hochfinanz, vor allem die Deutsche Bank unter der Führung ihres damaligen kräftigen Leiters Johann Eugen Siemens, im Zuge, die bisherigen Errungenschaften in der wichtigsten noch übriggebliebenen Richtung zu vervollständigen: es handelte sich um die Fortsetzung der anatolischen Bahnen bis mitten hinein in das Herz der Kulturländer des alten Orients, bis nach Bagdad. Es war ein Schritt, dessen das deutsche Kapital ohne Beihilfe der Franzosen, der alten kapitalistischen Patrone der Türkei, noch nicht fähig

schien; und so wurde die Gesellschaft der neuen Bahn eine internationale: die französische Banque ottomane trat in sie mit einer Beteiligung von 40 vom Hundert des Gründungskapitals ein. Im Januar 1902 wurde darauf seitens der Pforte die Konzession für die neue Strecke erteilt. Dabei war noch keineswegs sicher, wie Schwierigkeiten und Gefahren eines solchen Baues ganz würden bewältigt werden. Klar war von vornherein nur, daß sich die russische Politik durch das Vorgehen der Anatolischen Gesellschaft nicht beunruhigt fühlte. Anders England. Es drang von Süden her in die Küstenländer des Persischen Meerbusens ein: es suchte Kuweit, den angeblichen Endpunkt der Bahn, südwestlich der Strommündungen des Euphrat und Tigris, für sich zu gewinnen; es hielt das nationale Kapital von der Beteiligung am Bau der Bahn zurück, vermutlich in der Hoffnung, deren Durchführung dadurch zu verzögern oder zu vereiteln. —

Im fernen Orient bestehen, rechnet man die westgermanische Expansion als ein Ganzes, zwei Kolonialreiche dieser Expansion, die, sich unmittelbar aneinander anschließend, der eigentlichen ostasiatischen Welt südlich vorlagern und durch die polynesische Inselwelt hinziehen: das alte holländische Ostindien und der junge Kolonialbesitz des Deutschen Reiches. Wie dieser letztere in seinen Anfängen aus den Bemühungen von Hamburger Kaufleuten vornehmlich seit den vierziger Jahren entstanden ist, gehört mit zu den reizvollsten Kapiteln der neueren deutschen Expansionsgeschichte; und es scheint Hamburger Familien- und Personalaufzeichnungen in genügender Fülle zu geben, um diese Entwicklung später einmal in der Frische vollster Einzelheiten wieder aus den Akten erstehen zu lassen. Wie darauf dann das Reich dem Hamburger Kaufmann zu Hilfe gekommen ist und der Besitz sich vergrößert hat, wird an späterer Stelle, in der Kolonialgeschichte des Reiches, zu erzählen sein. Aber die Deutschen hatten auch in den niederländischen Besitzungen starke Interessen erworben. Dabei waren diese freilich mit

den niederländischen in der Form der Teilhaberschaft und der Kreditvereinigung oft so innig verquickt, daß sie sich schwer ausscheiden lassen. Überwiegend handelte es sich dabei um rein kommerzielle Angelegenheiten, vornehmlich um den Tabakhandel; so lag z. B. die Verschiffung der gesamten Tabakernte von Ostsumatra, etwa 200000 Ballen zu 80 kg im Jahre, ausschließlich in den Händen deutscher Häuser. Neben dem Handel aber hatte auch der Plantagenbau, und wiederum besonders jener auf Sumatra, deutsches Kapital an sich gezogen. Im Jahre 1898 wurden dabei die deutschen Werte in den niederländischen Kolonien, soweit sie sich zahlenmäßig erfassen ließen, auf 100 bis 150 Millionen Mark geschätzt. Später gelangte die weitgehende Gemeinsamkeit der Interessen im fernen Osten im Reiche wie in Holland noch mehr zum Bewußtsein; und einen ersten praktischen Ausdruck hat sie in dem Beschlusse zur Legung eines gemeinsamen Kabels gefunden, zu dem Holland etwa ein Viertel, das Reich drei Viertel der Kosten beitrug.

Im übrigen wurden die deutschen Interessen im eigentlichen Ostasien um so stärker verfolgt, je mehr sich zeigte, daß in Persien zwischen den einander bekämpfenden Einflüssen Rußlands und Englands schwer aufzukommen sei — wenngleich der Norddeutsche Lloyd durch einen direkten Dienst nach Bender-Abbas und Buschir am Persischen Meerbusen einzugreifen suchte —, und sich auch Britisch-Indien bei seiner wachsenden Eigenindustrie als ein ungünstiger Anlagemarkt erwies. Demgegenüber bot Ostasien eins der wenigen noch freien großen Handelsgebiete der Welt; und wenn man sich selbst hier von den französischen Gebieten Hinterindiens ausgeschlossen sah, so entschädigten doch dafür Siam, China und in gewissem Sinne auch Japan. Der eigentliche Zugang zu diesen Märkten wurde aber doch erst durch die Begründung der Reichspostdampferlinien um die Mitte der achtziger Jahre gewonnen. Seit dem Jahre 1886 übernahm der Norddeutsche Lloyd den Betrieb dieser

Linien nach Asien und Australien; und im Anfang der neunziger Jahre, vor dem beginnenden letzten großen Aufschwung der deutschen Industrie, konsolidierte sich dieser Betrieb in der Weise, daß neben der Hauptlinie Bremerhaven—Antwerpen—Genua—Neapel—Port Said—Aden—Colombo—Singapore—Hongkong—Shanghai eine Zweiglinie nach Australien (Colombo—Adelaide—Melbourne—Sydney) und eine Zweiglinie Singapore—Batavia—Soerabaya—Deutsch-Neuguinea—Polynesien (Friedrich-Wilhelmshafen, Stephansort, Finschhafen, Herbertshöh) gefahren wurde. An diese regelmäßigen Fahrten schloß sich dann aber eine reiche Entwicklung der deutschen Schiffahrt nach und von Ostasien, sowie auch in Ostasien selbst an, sei es, daß früher schon vorhandene kleinere Linien nun erst recht aufblühten, sei es, daß neue Unternehmungen emporkamen. So begann z. B. die ältere, von Hamburg ausgehende Kingsin-Linie schon im Jahre 1887 ihre Fahrten zu verdoppeln; und für Australien stellte zwar die alte Sloman-Linie ihren Betrieb, der übrigens Deutschland wenig zugute kam, ein, dafür entstand aber bereits 1887 die Deutsch-Australische Dampfschiffahrtsgesellschaft, die neben den Reichspostdampfern einen ebenfalls regelmäßigen Verkehr mit Australien zu unterhalten begann. Im Laufe der neunziger Jahre kamen dann noch weitere Unternehmungen und Linien hinzu; wie lebhaft sich die Entwicklung schließlich gestaltete, mögen die Veränderungen dartun, die allein in dem einen letzten Jahre des alten, 19. Jahrhunderts eintraten. Damals stellte der Norddeutsche Lloyd mehrere neue Dampfer in die inzwischen entwickelte Yang-tse-kiang-Linie Shanghai—Tschinkiang—Hankau ein und eröffnete die Verbindung Hankau—Itschang. Auf dem unteren Yang-tse unterhielt auch die Bremer Reederei Rickmers eine Linie, die mit der des Norddeutschen Lloyds dreimal wöchentlich betrieben wurde, während auf dem Mittellaufe des Stromes eine vierzehntägige Verbindung bestand. Die Hamburg-Amerikanische Paketfahrt endlich richtete um wenig später eine regelmäßige Verbindung

zwischen Kanton, Hongkong und Shanghai ein, übernahm dazu Schiffe der früheren Chinesischen Küstenschiffahrtsgesellschaft und der Firma Rickmers in Bremen, befuhr gemeinsam mit dem Lloyd den Yang-tse und erwarb die schon früher betriebene Postlinie Shanghai—Kiautschou—Tschifu—Tientsin. Im ganzen aber schützte um diese Zeit, im Jahre 1900, die deutsche Flagge in den chinesischen Meeren etwa 2½ Millionen Tonnen, während sich die französische Tonnenzahl nur auf 50000 belief.

Natürlich, daß hinter all diesem Getriebe eine reiche Blüte deutscher Expansion aufging. So namentlich in China; hier berechnete man die Höhe der deutschen Interessen im Jahre 1898 auf über 300 Millionen Mark. Und doch begann eben um diese Zeit, mit dem Erwerb der Einflußsphäre Schantung und des Hafengebietes Kiautschou, erst recht eine Periode des Aufschwungs. Damals zuerst versuchte die Deutsch-Asiatische Bank (mit Sitzen in Kalkutta, Shanghai und Tientsin und einem Kapital von 15 Millionen Mark), sich den Dienst einer chinesischen Anleihe von 400 Millionen zu sichern; um diese Zeit entstanden neben den gut gedeihenden Handelsfirmen — gegen Schluß des Jahrhunderts waren es über hundert — deutsche Seiden- und Baumwollfabriken; eine deutsche Gesellschaft für Kohlenbau in Schantung bildete sich mit einem Kapital von 12 Millionen, und für den Schantunger Eisenbahnbau wurden in Berlin 54 Millionen gezeichnet. Gleichzeitig wurde die Schantungbahn von der Hafenstadt Tsingtau um die Kiautschoubucht herum bis Kaumi unternommen mit einem Anschluß an den Kaiserkanal und an die zu erwartende große Zentralbahn Peking—Hankau—Kanton.

Griff so die deutsche Expansion in China selbsttätig ein mit reicher Aussicht auf Erfolg, so lag es in dem eigenständigen Aufschwung Japans begründet, daß hier mehr nur kommerzielle Interessen in Frage kamen. Ebenso begannen sich auch die Dinge in Australien zu stellen, — trotz der nicht unbedeutenden deutschen Auswanderung, von der

früher die Rede gewesen ist[1]. Gewiß wurde mit der Entwicklung der deutschen Schiffahrt nach diesem Erdteil, besonders seit dem Erscheinen der Reichspostdampfer in den australischen Häfen, den Deutschen die ferne Heimat wieder nähergerückt: und selbst bei den deutschen Bauern Queenslands und Südaustraliens war ein Aufflackern vaterländisch-politischen Bewußtseins wahrzunehmen. Aber es war nur vorübergehend; sorgsame Beobachter zweifeln nicht, daß unter der Fortdauer der heutigen Verhältnisse, wenn nicht schon die Söhne, so doch die Enkel dieser Bauern dem Deutschtum verloren sein werden. Was aber Handel und Industrie betraf, so steckten die meisten deutschen Kapitalien in Bergwerksunternehmungen, Lederfabriken, Konfektionsgeschäften, Brauereien und dergleichen und warfen als solche zwar einen guten Ertrag ab, brachten aber dem Deutschtum keinerlei aussichtsreichen Einfluß; dasselbe galt von dem Handel, der zum großen Teile Import war, während die Bewältigung des Hauptausfuhrartikels, der Wolle, mit der unmittelbaren Inanspruchnahme deutscher Schiffe vielfach an Importeure des Mutterlandes übergegangen war.

Überblickte man die Ausdehnung der deutschen Interessen um 1900 in Amerika, so ließ sich eine ähnliche Teilung vornehmen wie im asiatisch-australischen Osten. Und aus verwandten Gründen. Wie in diesem Osten der Deutsche da schwer, wenn überhaupt Fuß gewinnt, wo vorher der Engländer sich festsetzte: in Indien und Australien, so war in Amerika die nördliche Hälfte des Erdteils, Kanada und die Vereinigten Staaten, für die deutsche Expansion verloren, mögen auch die hier festgelegten oder wenigstens irgendwie beteiligten Kapitalien immerhin die Höhe einer Milliarde erreichen. Denn wie selbst die deutsche Einwanderung sich hier nur mit Mühe hält und ohne Nachschub aus dem Mutterlande ihren deutschen Charakter einst zu verlieren droht, so ward erst recht die Installation deutschen Kapitals und deutschen

[1] S. oben S. 445 ff.

Fleißes durch den enormen eigenen Aufschwung namentlich der Vereinigten Staaten selbst überholt.

Wie ganz anders in Südamerika! Hier bereitete schon die so vielfach deutsch gebliebene Einwanderung, vornehmlich im Süden Brasiliens, der deutschen materiellen Expansion eine günstige Aufnahme; aber auch wo sie nicht mitwirkte, bewährte sich der deutsche Einfluß gegenüber den oft verrotteten Zuständen der romanischen Staaten und erwies sich als dem englischen und französischen überlegen: nur in dem Fortschritte der Yankees schien ihm eine gefährliche Gegnerschaft zu erwachsen.

Diese günstigere Stellung der deutschen Expansion machte sich schon in Mexiko bemerkbar. Mexiko hatte unter tüchtiger Regierung seinen Handel in den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts verdreifacht: nicht zum geringsten unter Mitwirkung mächtiger deutscher Firmen. Aber auch am Bergbau auf Silber, Blei, Gold, Eisen waren die Deutschen, besonders solche der Hansestädte, beteiligt; nicht minder hatten sie Öl- und Weizenmühlen gebaut wie die Verarbeitung des Tabaks in die Hand genommen. Zu fern dagegen hielten sie sich der wichtigsten aller Unternehmungen, dem Eisenbahnbau; es ist ein Fehler, der in allen älteren Gebieten deutscher Expansion und damit eben vornehmlich auch in den Staaten Südamerikas bis zur jüngsten Zeit immer wiederkehrt und wohl vornehmlich darauf zurückzuführen ist, daß das deutsche Mutterland noch bis in die achtziger Jahre zu arm war, um Kapitalien zu so gewaltigen auswärtigen Unternehmungen wie Bahnbauten in genügender Höhe flüssig zu machen; erst in der Levante und in China wie jüngst in Brasilien ist er vermieden worden: doch ergab sich auch hier noch der Reichtum des Mutterlandes als nicht hinreichend, um größere Pläne überhaupt oder wenigstens allein auszuführen. In Mexiko aber sind die Yankees in diesem wichtigen Punkte den Deutschen zuvorgekommen.

Günstiger schon im Hinblick auf eine weitere Zukunft lag die deutsche Sache um 1900 in den mittelamerikanischen Re-

publiken, insbesondere in Guatemala. Bei der sehr unsicheren Lage von Handel und Industrie in diesen Gegenden hatten sich die Deutschen namentlich auf die Kultivation des Landes gelegt. Und hier waren die Erfolge augenscheinlich. Im Anfange des neuen Jahrhunderts war in Zentralamerika etwa für 250 Millionen Mark Grund und Boden in deutschen Händen; und den Besitz auf den Antillen, namentlich Haiti, hat man etwa für diese Zeit auf die gleiche Höhe berechnet. In Guatemala speziell war etwa die Hälfte der Zuckerrohr- und Kaffeepflanzungen deutsch; und an der Grenze von Mexiko und Kolumbien standen 742000 Acres mit 20 Millionen Kaffeesträuchern in deutschem Betriebe. Besonders wichtig war dabei, daß auch zwei Eisenbahnunternehmungen dieser Länder vornehmlich mit deutschem Kapitale arbeiteten.

In ähnlicher Weise, nur mit stärkerem Nachdruck auf die kommerzielle Seite, waren Deutsche auch in der nordöstlichsten Republik Südamerikas, in Venezuela, tätig, in dem Lande, das Deutsche vor vier Jahrhunderten zum ersten Male als Kolonie begrüßt hatten. Im ganzen bestanden hier im Beginn des neuen Jahrhunderts etwa vierzig deutsche Handelsfirmen; von deutschen Industrien blühte wohl nur die Bierbrauerei. Neuerdings aber hatten sich Deutsche, neben geringerer Beteiligung am Bergbau, auch auf die Landwirtschaft geworfen, von der man reiche Erträge, 10 bis 20 vom Hundert, erwarten durfte. Über die eine alte alemannische Dorfsiedlung Tovar vom Jahre 1839 hinaus waren moderne Plantagengesellschaften entstanden, so die Hamburger Venezuela-Plantagen-Gesellschaft vom Jahre 1899 mit bald 3 Millionen Kapital, die Kaffee, Zuckerrohr, Kakao, Tabak zu bauen begonnen hatte, und, ebenso vom Jahre 1899, die Plantagengesellschaft Mariaro. Und auch die 130 km lange Gebirgsbahn Caracas-Valencia, ein Meisterstück deutscher Ingenieurkunst, war wie in deutschem Betrieb so in deutschem Besitze.

Von geringerer Bedeutung waren im allgemeinen die deutschen Interessen in den Staaten der pazifischen Küste

Südamerikas, in Kolumbien, Ecuador, Peru, Bolivia und Chile. Gewiß nahm der deutsche Schiffahrtsverkehr nach und zwischen diesen Ländern, der in den Händen der Reedereien von Laeisz und der Dampfergesellschaft Kosmos ruhte, einen starken Aufschwung. Aber im ganzen überwogen doch die englischen Beziehungen; und soweit diese Lage durch die Vollendung des Panamakanals etwa ins Schwanken geraten könnte, wird der Vorteil davon nicht den Deutschen, sondern den Yankees zufallen. Höchstens in dem am südlichsten gelegenen Chile hat die deutsche Expansion noch Aussichten, da dieses im Verhältnis zu dem von den Vereinigten Staaten aus zurückzulegenden Wege von Europa her noch immer um Kap Hoorn herum ziemlich günstig erreichbar bleibt; und es ist bezeichnend, daß sie hier auch bereits besonders vorgeschritten ist. Sie konnte sich dabei seit längerer Zeit schon auf die deutschen Kolonien in Llanquihue und in anderen Provinzen stützen; in der Tat ist vor allem in den Seelanden von Llanquihue eine deutsche Industrie begründet worden, die neben den deutschen Destillerien von Santiago und Valparaiso immerhin genannt werden kann. Daneben trat dann ein nicht unbedeutender Handel vornehmlich von direkt oder indirekt Bremer und Hamburger Häusern, in dem zumal die Ausfuhr des Guanos eine Rolle spielt. Nach Chile gravitierte auch durchaus die bolivianische Ausfuhr, die zu nicht geringem Teile in den Händen einiger zwanzig deutscher, zugleich wohl auch bergbauender und industrieller Firmen ruhte. Als deutsche Bank endlich funktionierte für die ganze Westküste Südamerikas die Bank für Chile und Deutschland in Valparaiso mit einem Grundkapital von 10 Millionen Mark; daneben war auch die Deutsche überseeische Bank mit einer Filiale in Valparaiso vertreten, während ihr Hauptsitz Buenos Aires an der Ostküste Südamerikas war.

Weit größer als an der Westküste waren aber die deutschen Interessen an der Ostküste. Ja eben hier konnte die industrielle und kommerzielle Expansion ebensosehr Hoffnungen

erwecken, wie die Auswanderung seit langem frohe Prophezeiungen hervorgerufen hatte. Natürlich eben auf Grund der uns schon bekannten deutschen Ansiedlungen vornehmlich in den Südstaaten Brasiliens: und darum vor allem auch für diese Lande. Zahlreich waren zunächst die deutschen Verbindungen zur See, die in diese Gegenden wie überhaupt nach der Ostküste Südamerikas führten; es handelte sich da um die Schiffahrtslinien eines vollen halben Dutzends von Gesellschaften, so des Lloyds, der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt, der Hamburg-Südamerikanischen Linie, des Kosmos, der Freitas, der Hansa. Und zahlreich waren auch die deutschen Besiedlungsgesellschaften, welche die Überführung und Ansetzung deutscher Landwirte und sonstiger Auswanderungslustiger in den gemäßigten Klimaten Südamerikas als gewinnbringendes Geschäft betrieben: so die Hanseatische Kolonisationsgesellschaft und die Deutsche Siedlungsgesellschaft Hermann. Dabei beschränkten sich diese Gesellschaften keineswegs auf die Besiedlung; mit anderen deutschen Unternehmungen zugleich wandten sie sich auch der Industrie und vor allem auch dem Transportwesen, und das heißt im wichtigsten Falle dem Eisenbahnbau zu. So hatte z. B. die Hanseatische Kolonisationsgesellschaft die Konzession der Eisenbahn San Franciscobai—Desterro erworben, welche die deutschen Kolonien von Santa Caterina unter sich und mit dem Meere verbindet; und an dem Ausbau der Minas Geraes-Bahn war deutsches Kapital in der Höhe von 62 Millionen Mark beteiligt. Natürlich bedurfte es bei so starken Anlagen auch schon der Entwicklung eines deutschen Bankwesens, das wiederum in deren Entfaltung befruchtend eingriff; in Rio de Janeiro arbeitete die Brasilianische Bank für Deutschland mit einem Aktienkapital von 10 Millionen Mark; Filialen besaß sie in Sao Paolo und Santos. Und in Verbindung mit der Berliner Diskonto-Gesellschaft hatte sie sich zu einer solchen Bedeutung entwickelt, daß ihr Direktor zur Reorganisation der Brasilianischen Staatsbank berufen wurde.

Bei weitem weniger auf breitem Besiedlungsanteil beruhte der an sich immerhin bedeutende und wachsende Einfluß der deutschen Expansion in Argentinien. Es ist nicht so lange her, daß hier noch die Engländer — und in mancher Hinsicht neben ihnen die Franzosen — das Heft in Händen hatten. Auch heute noch herrscht englischer Einfluß vor, schon deshalb, weil fast alle Bahnen in englischen Händen sind. Doch sind daneben die Italiener infolge einer gewaltigen Einwanderung überaus wichtig geworden; und die Deutschen, vom Lande bis auf wenige Tausend abgedrängt, aber in den großen Städten und vor allem in Buenos Aires um so besser vertreten, hatten im Handel wie in industriellen Anlagen starke Fortschritte gemacht. In der Einfuhr hatte Frankreich bis zum Jahre 1891 die zweite Rangstufe nach England inne. Dann entspann sich ein lebhafter Kampf um diese zwischen dem Deutschen Reiche, Italien und schließlich, seit 1899, den Vereinigten Staaten; die Deutschen hatten dabei schweren Stand, schienen sich aber leidlich behaupten zu können. Jedenfalls entbehrte ihre Organisation nicht des notwendigen bankmäßigen Abschlusses; die Überseeische Bank in Buenos Aires arbeitete mit einem Kapital von 20 Millionen Mark und erstreckte ihren Einfluß zugleich auf die Westküste: in Valparaiso hatte sie, wie wir schon wissen, eine Filiale.

Erschienen die Aussichten in Südamerika auf Grund der bisher erlebten Entwicklung günstig, so waren sie dagegen in Afrika, sieht man von den deutschen Kolonialgebieten ab, nicht wenig getrübt worden. Denn in dem außerdeutschen Bereiche kamen, abgesehen von dem geringen Einflusse der Deutschen in den französischen Kolonien, wo sogar ihrer selbständigeren Schiffahrt Schwierigkeiten bereitet wurden, und abgesehen von den portugiesischen Kolonien, von denen an anderer Stelle zu reden sein wird, eigentlich nur Ägypten, Marokko und Südafrika in Betracht. Aber in Ägypten ist die reichsdeutsche Expansion ganz schwach, während allerdings die Österreicher Fortschritte machen, und

in der Kapkolonie mit ihrem Zubehör und den ehemaligen Burenstaaten hat die Unterwerfung des niederländischen Elementes durch England reiche Hoffnungen wenigstens für die nächsten Zeiten völlig geknickt. Bleibt also für freiere und ungestörtere Entwicklung nur Marokko übrig. Hier war man in der Tat auch seit etwa zwanzig Jahren vorwärts gekommen; die Zahl der Deutschen hatte sich verzehnfacht; die Woermannlinie ließ ihre Schiffe Tetuan, Tanger und Mogador anlaufen; und deutsche Firmen hatten sich namentlich in Tanger, auch schon in Saffi und Magador zahlreich, vereinzelt sogar in Rabat niedergelassen. Aber die Zukunft des Landes war schon ungewiß; und wieder einmal begann sich hier jene enge Wechselwirkung zwischen politischer Macht und wirtschaftlicher Kraftentwicklung zu zeigen, deren späterer Verlauf gerade hier zu so herbem deutschen Verzicht geführt hat.

3. Wenn man nun alle die Einzelheiten der soeben beendeten Umschau in das allgemeine Bild des Deutschtums einträgt, das uns ein Einblick in das Reich, ein Umblick an seinen Grenzen und ein Überblick des Verbleibs seiner Söhne auf dem Erdenrund vermittelte: ist dann die Schilderung des geschichtlichen Wirkens des Deutschtums in der jüngsten Vergangenheit, von der Gegenwart etwa um ein Jahrzehnt rückwärts gerechnet, wirklich abgeschlossen und vollendet? Wer wollte es glauben! Da schweben noch tausend Dinge in der Luft, welche die historische Statistik nicht ergriffen hat und nicht aufspeichern kann: Imponderabilien teils kaum fixierbarer, teils zwar faßbarer aber überaus flüchtiger Natur: eine Unsumme von Dingen, deren Umriß nur mit all dem kleinen zitternden Hin und Her des Tagesereignisses wirkte und noch nicht jene abgeklärten und vereinfachten Linien angenommen hatte, die ein gewisser Zeitabstand und eine reichere, nachträglich gewonnene Erfahrung erst allem Gewordenen aufdrücken muß, um es geschichtlich zu machen. Mit einigen Worten sei indes, so

wie es in der ersten Niederschrift dieser Darstellung um 1902 geschehen, auch dieser Dinge gedacht.

Dahin gehört, noch als konkretestes von allem, das Schicksal der heimatlichen Exporte. Wie hatten sie nach den einzelnen Ländern ihren Weg gefunden? wie hatten sie der Höhe und der Art der Artikel nach geschwankt? welches war die nachweisbare oder mangelnde Periodizität ihrer Entwicklung an diesem und jenem Orte? wie standen sie, ins Ganze gerechnet und doch ins Einzelne verlaufend, unter sich in innerem Zusammenhang, dem Zusammenhang etwa kommunizierender Röhren? Das sind einige der Fragen, die sich hier aufwerfen lassen, und deren Beantwortung allein schon, gingen wir in die historischen und statistischen Einzelheiten, einen Band beanspruchen würde. Wir stellen sie hier nur, um in uns eine Ahnung zu erwecken von den Eigenschaften, die der exportierende Großkaufmann und Unternehmer der Gegenwart aufweisen muß, um in einem Zweige Erfolg zu haben, und von den Eigenschaften, die gar von einem leitenden Staatsmann verlangt werden müssen, der seiner Nation in dem weiten Bereiche aller heutigen Welteinflüsse nützen will. Und wir stellen fest, daß diese gleich dem Manometer des Dampfkessels ständig schwankenden, verwickelte Druck- und Lageverhältnisse der Wirtschaft und Politik zum Ausdruck bringenden Wechsel der Exporte neben den eigentlichen und ständigen Anlagen deutschen Kapitals, deutschen Fleißes und deutscher Energie im Auslande auch schon um 1900 ein wesentliches Moment der deutschen Expansion bildeten: ein Moment auch von genereller Wichtigkeit, insofern sie, wenn von steigender Tendenz, Kapitalanlage und Auswanderung zu veranlassen und zu erhöhen imstande waren.

Neben diesen noch immer massiven Einflüssen aber standen und stehen nun noch weit schwankendere, weniger berechenbare, geistige. Und eben sie sind von besonderer Bedeutung.

An erster Stelle handelt es sich hier darum, daß die

Deutschen auch im Auslande, gleichgültig, welchen Berufes sie sind, Deutsche bleiben, das heißt: an der innerlichsten, eigentlich formenden und fortbildenden Entwicklung der Heimat, der seelischen und geistigen, teilnehmen. Es ist ein Gebiet, dem der ausländische Deutsche in früher Zeit, bis ins 11. und 12. Jahrhundert hinein und in unzivilisierten Ländern noch viel länger, ja teilweis bis zur Gegenwart hinab äußerlich und am sichtbarsten dadurch erhalten blieb, daß er das Recht seiner Heimat mit seiner Person über Berg und Tal, über Strom und Meer nahm: und nach ihm sich beurteilen ließ, in seinem Sinne noch immer ein Volksgenoß. Ein sehr massives Band knüpfte ihn damit an die Heimat; ein Band, das einen unbewußt gemeinschaftlichen Charakter des heimatlichen Staatswesens, ja im Grunde die Tatsache einer ursprünglichen und noch weithin erhaltenen psychischen Gleichheit aller Staatsgenossen voraussetzte. Nun versteht sich, daß diese Voraussetzung mit steigender Kultur wegfiel und mit ihr auch der innerlichste Grund zur Wahrung der heimatlichen Rechtspersönlichkeit: — es sei denn, daß sich neue Ursachen und Motive für deren Erhaltung entwickelten. Zugleich aber fiel auch in der Fremde selbst, in den äußeren Verhältnissen, in die der auswandernde Volksgenoß eintrat, vielfach die Veranlassung hinweg, das besondere heimatliche Recht zu wahren. Denn je mehr die Länder der fremden Weltteile unter europäische Besiedlung, Herrschaft oder Beeinflussung gelangten, um so mehr fand der in sie eintretende Europäer, also auch der Deutsche, die wesentlichen Grundsätze seines heimatlichen Rechtes auch hier eingeführt, gesichert und angewendet: um so weniger Grund lag also für ihn vor, auf einigen schließlich noch fehlenden speziellen und partikularen Seiten gerade seines heimatlichen Rechtes, in denen sich dieses etwa vom französischen oder englischen unterschied, zu bestehen. Es war ein Prozeß, der große Teile der auswandernden Europäer, also auch Deutsche, ihres besonderen angeborenen

Rechts entkleidet hat, und der sich namentlich da reißend schnell vollzog, wo die Einwanderer in erster Linie dem kaufmännischen Berufe angehörten: denn ein vornehmlich kaufmännischen Interessen zugewandtes Recht ist als Verkehrsrecht von vornherein internationalen, allem Spezifischen der Heimatsrechte abgewandten Charakters.

Neben dem Rechte, ja vielleicht noch vor ihm, war es vor alters besonders der gemeinsame Glaube gewesen, der die Volksgenossen in der Fremde zusammenhielt. Dem ist dann der universelle Gedanke des Christentums von vornherein grundsätzlich entgegengetreten. Allein wer wollte leugnen, daß es auch jetzt noch einen germanischen Christengott gibt? Und eben in der Fremde wird er gelegentlich sogar ein starker und eifriger Gott; selbst dem universalen Katholizismus weiß er sich bemerkbar zu machen. Denn in der Praxis, für den Seelsorger, verfließen in der Fremde alle konservativen Elemente, kirchliche, sprachliche, sittliche — und das heißt alle Motive der Heimat — in Eins, und er vermag dem einzelnen nur zu dienen, indem er für das Ganze eintritt. Darum ist es gar nicht verwunderlich, wenn wir in der Fremde die deutschen katholischen Seelsorger so eifrig wohl wie die evangelischen auch für deutsche Sprache und Sitte eintreten sehen — bis zu einem Grade, wie sie dies daheim schwerlich tun würden: so haben sich z. B. die deutschen katholischen Geistlichen New Yorks vor jetzt mehr als einem Jahrzehnt eifrig und öffentlich an der dortigen Goethefeier beteiligt. Was aber das evangelische Bekenntnis angeht, so gilt es in großen Teilen des Auslandes überhaupt als germanisch-deutsch; und der Aufrechterhaltung der Nationalität des deutschen Auswanderers kommt es unter allen Umständen zu statten, daß die Wiege der Reformation auf deutschem Boden gestanden hat. Wie verbreitet waren schon organisierte Formen des deutsch-evangelischen Bekenntnisses auf dem Erdenrund! Um 1900 rechnete man etwa 350 Geistliche in den Gebieten des Auslandes; und an mehr als 280 Orten waren sie im Dienste an Wort und Ge-

meinde tätig. Pfarrstellen gab es in Europa 81, darunter 23 in Italien und 10 in Rumänien; der Levante gehörten allein in der asiatischen Türkei 6 Pfarreien an; in Südamerika wurden 86 gezählt, wovon 67 auf Brasilien fielen; in Afrika wurde eine gewisse Höhe in Britisch-Kaffraria und Natal mit 10 und im Transvaal mit 7 Pfarreien erreicht, während im ganzen 30 vorhanden waren; im äußersten Orient, Australien und Ozeanien amtierten 77 Pfarrer, davon in Japan nur einer, in China 3, in Viktoria dagegen 13, in Queensland 23 und in Südaustralien 27. Und sind mit diesen Ziffern die Kernstätten deutschreligiösen Einflusses im Auslande schon genügend umschrieben? Wie viele Deutsche, besonders bäuerlichen Standes, sind als Sektierer, eben ihres Bekenntnisses wegen, ausgewandert: so, um nur einen Zweig zu nennen, fast alle deutschen Bauern Südrußlands, Kaukasiens, des Amurgebietes und Sibiriens. Sie vor allem aber halten im Bekenntnis zugleich ihr Deutschtum fest! Und so darf man wohl sagen, daß das Bekenntnis in der Fremde mehr als daheim nationalen Charakter hat und ihn erhält eben im Gegensatze, ja in einer gewissen Reaktion gegen die neue, in so vieler Hinsicht universalistisch stimmende Umgebung.

Ist aber die Religion heute noch eine Macht, die jegliches Gemüt gleich stark beherrscht? In jenen konservativbäuerlichen Auswanderungskreisen, seelisch gleichsam noch übriggebliebenen Erscheinungen sonst dahingegangener Kulturzeitalter unseres Volkes, bewährt sie gewiß noch ihre alte geistig wie national bindende Gewalt; in anderen Berufsgruppen der Auswanderer, kaufmännischen, technischen, gelehrten und künstlerischen, würde man ihre Wirkung in dieser Stärke kaum suchen dürfen. Hier aber treten andere Mächte des Gemütes ergänzend und fortbildend ein: Mächte zunächst des geselligen Lebens. Wer will die deutschen Klubs und Kasinos, wer die deutschen Kegel-, Rauch-, Zech- und reinen Geselligkeitsvereine im Auslande zählen? Und wer die an sie anknüpfenden Formen nationaler Charitas, von

dem kleinen Weihnachtsbäumchen an, das irgend ein Stammtisch in der Fremde verlorenen Kindern seines Volkes aufbaut, bis zu den gewaltigen Hospitalstiftungen Londons und anderer Großstädte und den Waisenhäusern Südbrasiliens? Als deutsche Besonderheit auf diesem weiten Gebiete aber ergibt sich zweierlei: die disziplinierte Pflege des Körpers und des Gesanges. Turnvereine und Gesangvereine, das sind recht eigentlich die Aushängeschilder des Deutschtums in der Fremde, und nicht selten gehen sie zusammen: wie oft haben nicht deutsche Turner im geschulten Reigen dem deutschen Liede gehuldigt:

Dem Lied, das mit uns zog hinaus,
Das wir getragen übers Meer
Vom Vaterland, vom Vaterhaus:
Das hoch wir halten, hoch und hehr.

Wo aber diese Anliegen des Gemütes noch tiefer empfunden und sorgsamer gepflegt werden, da gehen sie ohne weiteres in das Bedürfnis über des Fortlebens in deutscher Kultur, deutscher Wissenschaft und Kunst überhaupt. Und hier sind es tausend Mittel, die demselben Zwecke dienen: Export deutscher Bücher, deutscher Noten und Musikinstrumente, deutscher darstellender Kunst; seitens der besitzenden Klassen ein mehr oder minder regelmäßiges Aufsuchen der deutschen Heimat, namentlich in vorgerückteren Lebensjahren: vor allem aber geistige Selbständigkeit in Fühlung mit dem Geistesleben des Mutterlandes. Dahin gehört die Gründung einer deutschen Presse, von dem kleinsten Winkelblättchen deutscher bäuerlicher Kolonisten bis hinauf zu so stolzen Erscheinungen wie der „New Yorker Staatszeitung" und der „Westlichen Post" oder dem „Ostasiatischen Lloyd", dahin die Begründung einer eigenen nationalen Literatur der Geschichtschreibung, vor allem der Biographie und der Denkwürdigkeiten, sowie der Dichtung. Viel zu wenig gekannt sind in der Heimat diese Blüten deutschen Geisteslebens im Ausland, und nirgends scheinen

sie auf mutterländischem Boden in irgend einer Bibliothek systematisch gesammelt zu sein.

Allein ein so breites Leben heimatlichen Gemütes: läßt es sich in der Fremde ohne den Unterbau fester Institutionen erhalten? Vor allem sein allerwichtigstes Gerüst muß erhalten bleiben: die Sprache. Aber auch sonst bedarf es systematischer Pflege der elementaren deutschen Bindungselemente, um diese höheren Erscheinungen hervorzurufen und zu wahren. Das ist die Stelle, wo der Beruf der deutschen Auslandsschule beginnt: nur in ihrer Pflege läßt sich das fremde Deutschtum vor allem höherer Bildung erhalten.

Nun sind im deutschen Auslandsschulwesen seit Gründung des Reiches starke Fortschritte gemacht worden, vor allem in den Vereinigten Staaten, und hier wiederum zumeist in den mittleren Staaten, da wo Deutsche dicht beisammen wohnen. Man rechnete um 1900, daß im Gesamtgebiet der Union etwa 600000 Kinder Schulen besuchten, in denen das Deutsche erste Unterrichtssprache war, — daneben stand allerdings zugleich das Englische; in Cincinnati z. B., einer Stadt von 360000 Einwohnern mit 40 vom Hundert Deutschen, gingen 50 vom Hundert der Kinder in Volksschulen, in denen Deutsch gelehrt wurde. Aber auch außerhalb der Union hat die deutsche Auslandsschule einen mächtigen Aufschwung genommen. Vor dem Jahre 1870 waren 24 solcher Schulen für Europa, 26 für die anderen Weltteile bekannt. Um 1900 überstieg die Zahl, soweit man sie übersehen konnte in Europa allein 80; für Afrika wurden 22 angegeben, für Asien 25, für Mittel- und Südamerika 80. Dabei waren sie an einzelnen Stellen überaus dicht gesät und gelegentlich auch recht gut; in Rumänien z. B. blühen allein 24 bessere Schulen, fast in jeder größeren Stadt fand man eine; und Konstantinopel erfreute sich — auch abgesehen von den österreichischen, deutsch-israelitischen und schottischen Missionsschulen, in denen Deutsch ebenfalls erlernt wird — eines deutschen Schulwesens, das für die ganze Levante als Muster galt.

Trotzdem befand sich damals und befindet sich auch heute noch die Entwicklung der deutschen Auslandsschule im Grunde noch in den ersten Anfängen. Nicht bloß, daß noch viele Privatschulen vorhanden sind, welche von armen Teufeln abgehalten werden, die das Schicksal ohne jeglichen inneren Beruf zur Sache auf einige Zeit oder auch für immer an diesen Strand geworfen hat. Und nicht bloß daß in die tüchtigere Durchbildung der Einzelschule an tausend Stellen engherziger Konfessionalismus und Kirchtumspolitik störend eingreifen. Was fehlt, ist jeder Einfluß einer wirklichen Organisation, ja fast jeder wirksame Austausch von Erfahrungen der einzelnen Schulen untereinander. Gewiß finden hier und da Konferenzen der Lehrer benachbarter Schulen statt, z. B. in der Levante; aber noch sehr wenig haben sie zur gegenseitigen Anwendung an verschiedenen Stellen gemachter Erfahrungen geführt. Und gewiß gibt es hier und da Ansätze zu einer dringend notwendigen Staffelung der Schulen in elementare und höhere: so wiederum in der Levante, wie auch das Deutschtum in Rio Grande do Sul eine Realschule in Porto Alegre und eine höhere Lehranstalt in San Leopoldo besitzt. Aber was fehlt, das ist ein sicher auf sie hinführender Lehrgang der elementaren Schulen. Hier vor allem bedarf es einer Zusammenfassung der reichen, für die verschiedenen Klimate und Zonen allerdings sehr voneinander abweichenden Erfahrungen, um zunächst einmal ein System der Auslandsschulpraxis des Elementarlehrers zu begründen.

Im übrigen aber: kommt dieser reiche, eben erst werdende Apparat nur den Deutschen im Auslande zu gut? Lange ist in den zunächst interessierten Kreisen darüber gestritten worden, ob die deutschen Schulen im Auslande nur deutschen Kindern zugänglich sein sollen oder, bis zu einem gewissen Grade, auch den Kindern Nichtdeutscher: heute hat sich wohl die öffentliche Meinung ziemlich allgemein im letzteren Sinne entschieden. Deutsches Geistes- und Seelenleben im Auslande soll also nicht bloß den Deutschen, sondern auch

dem Deutschtum dienen: ein unendlich vielgestaltetes Organ soll es sein, ja ein System von Organen soll es bilden, mit dem unser Wesen Welt und Menschheit immer stärker, fester, wirksamer umklammert. In der Tat: erst dann, wenn dies geschieht, wird das ausländische Schulwesen dem Berufe unserer Nation, und zwar in einer seiner wichtigsten, weltgeschichtlichen Seiten vollends dienen.

Denn sind Germanen und Deutsche nicht, seitdem wir sie kennen, und von dem Augenblicke an, da wir ihre Entwicklung zu beobachten vermögen, ebensosehr allen fremden Bildungselementen offen gewesen, wie sie neidlos, ja aufopferungsvoll bis zur Selbstvernichtung Bildungselemente ausgestreut haben? So sind schon ihre großen Wanderungen verlaufen, von jener westgermanischen an, welche die Keltoromanen mit germanischem Blute erfüllte, über die ostgermanische, in deren Verlaufe die Völker des Mittelmeeres nordischen Rassezusatz erhielten, hinweg bis zu jenen fast endlosen Seefahrten der Nordgermanen, in denen sie eine Welt von Völkern heimsuchten und verjüngten. Und welche neuen Werte sind schon durch diese Mischungen geschaffen worden, auch ganz abgesehen von der Entstehung so wertvoller nationaler Individualitäten wie der der Franzosen, Italiener, Engländer und teilweise Spanier: sie erst haben der Welt den Kultus der Frau gebracht und das Zeitalter des mittelalterlichen Rittertums mit all seinen Folgen; aus ihnen erst ist, nach der Periode einer ersten ritterlichen Gesellschaft, die Gesellschaft der Renaissance hervorgegangen mit ihren Kraftnaturen und ihrem temperamentvollen Pathos; und ihnen nicht minder wird jene herbe und humorvolle Ausdauer als der Charakterzug des Engländers verdankt, der ihm die Welt hat erobern helfen. Und als nach den großen germanischen Wanderungen und den Ausbreitungen speziell der deutschen Nation zwischen Ost- und Westgrenze die Neuzeit nahte und mit ihr ein Zeitalter neuer Fahrten durch alle Welt: hat da die deutsche Auswanderung nicht wiederum Eigenschaften über diese

Welt zu verbreiten begonnen, die niemals untergehen sollten, und die doch kein Volk gleich dem unsrigen besitzt? Angeborene Disziplin, eisernen und unablässigen Eifer, einen scheinbar unpraktischen Idealismus, dem schließlich die höchsten praktischen Erfolge zu teil werden, Gründlichkeit und Wahrheits- und Rechtssinn?

Und wie in diesen Jahrhunderten die Nation reich empfing aus dem weltgeschichtlichen Erbe der Vergangenheit, aus Antike und Orient, wie sie aufnahm, was nur irgend förderlich schien von den Errungenschaften der Schwesternationen Europas und bald auch anderer Kontinente: so hat sie in diesen Zeiten auch einen Reichtum an Gaben ausgeteilt sondergleichen. Da schuf sie als eine Nation der Dichter und Denker, ja wohl auch der Träumer und spekulativen Phantasten die Reformation und die Dichtung des Klassizismus, den Kritizismus Kants und die mystischen Systeme der Identitätsphilosophen — und, nicht zum letzten auch ein Erzeugnis deutscher Spekulation, den sozialdemokratischen Marxismus. Und während sich diese Lehren über die Welt verbreiteten und Goethe neben Dante trat, wie Luther neben den heiligen Franz und Kant neben Descartes oder Bacon, wandelte sich dies Volk der abstrakten Tätigkeit in das der Rater und Tater, ja der ungestümen Sieger in den Schlachten blutigen Krieges und wirtschaftlicher Kämpfe. Und wiederum zogen reiche Errungenschaften deutschen Geistes von Land zu Land: das Prinzip der allgemeinen Dienstpflicht und die scharfe Disziplin modern-wissenschaftlichen Denkens und auf ihnen aufgebaut neue Konzeptionen der monarchischen Gewalt und der fürsorgenden Beschützung Schwacher.

Dies alles sind Ruhmestitel der deutschen Entwicklung: gleichgültig, ob der Reichtum einer angeborenen Weichheit und leichten Wandlungsfähigkeit unseres Wesens verdankt wird oder der Tatsache, daß die eingehende und starke Mischung keltischer und germanischer, slawischer und mongolischer, jüdischer und französischer Elemente, aus denen,

von kleineren Zutaten abgesehen, das heutige deutsche Volkstum hervorgegangen ist, noch nicht abgeschlossen wäre: so daß wir der vollen Durchbildung unseres nationalen Wesens erst entgegengingen. Und der Deutsche im Auslande sollte an der Verbreitung dieser Errungenschaften, des universalgeschichtlichen Stolzes unserer Geschichte, nicht teilnehmen? Die Zeiten sind vorbei, da die Kulturmission des Deutschen nur nach Osten trug und Norden, hin zu den skandinavischen Vettern und hinaus in das Völkergewirr des osteuropäischen Flachlands. Historische Studien, wie sie keine Nation in gleicher universaler Ausdehnung getrieben hat, philologische Forschung, die uns mehr als anderen den Sinn fremder Kulturen erschloß, haben uns fähig gemacht, auch ungleich intensiver als andere auf dem wichtigsten aller Gebiete, dem geistigen und seelischen, auf das Ausland zu wirken, und welcher Gebildete wäre bei dem noch immer zunächst philologisch-historischen Charakter unserer Mittelschulerziehung nicht geeignet, in diesem Sinne tätig zu sein? So gehe sie denn hinaus in alle Welt, diese deutsche Kultur des Krieges und Friedens, des Staates und der Gesellschaft, der Künste und Wissenschaften! Und wachse nicht am wenigsten hinein in jene größte neue Welt der amerikanischen Union, die äußerlich und rassenmäßig zu durchdringen wir uns nicht vermessen dürfen, die aber um so mehr innerlich sich deutscher Eroberung fast mit froher Bereitwilligkeit öffnet.

Das erste und wichtigste Kampfmittel aber in solchen Feldzügen ist die Sprache. Engländer und Franzosen verfügen über eine gewaltige Millionenzahl von Köpfen, die in den Begriffen ihrer Sprachen denken, in den Lauten ihrer Sprachen reden: die deutsche Sprache, in Europa von schwerlich mehr als siebzig Millionen gesprochen, darf hinter ihnen nicht zurückbleiben. Denn Rückstand hieße Untergang. So genügt es nicht, wenn sich in den deutschen Auslandsschulen seit 1870 die Zahl der fremdsprachigen Kinder beträchtlich gemehrt hat. So ist es zwar erfreulich, aber doch nur ein Schritt weiter zu einem viel ferner liegenden Ziele,

wenn in den germanischen Staaten der Reichsumgebung das Deutsche im Sprachgebrauch wie im Schulunterricht an Boden gewinnt: bis zu dem Grade, daß es sich in Ungarn sogar gegenüber dem Chauvinismus der Neo- und Judäomagyaren mehr als behauptet. Seine allgemeine Verbreitung als Weltsprache mindestens neben Englisch und Französisch muß das Ziel sein: nicht zweisprachig, dreisprachig vielmehr und, wenn bloß zweisprachig, dann jedenfalls auch Deutsch sprechend sei der Gebildete der Zukunft. Das ist kein Hirngespinst, sondern ein klares und schon jetzt an manchen Stellen der Erde verwirklichungsfähiges Ideal, von dem hier die Rede ist. In den Stromgebieten des Missouri und Mississippi hat das Deutsche gegen Ende des 19. Jahrhunderts schon allenthalben das Französische ersetzt, und es bestreitet ihm als moderne Umgangssprache den Boden mit Erfolg in Spanien und Italien, in Serbien, Griechenland und in der Levante, in Japan, in Chile und in anderen Ländern des südamerikanischen Südens. Als Unterrichtssprache aber ist es noch im 19. Jahrhundert, um nur von Amerika zu sprechen, als verbindlich vorgeschlagen für sämtliche staatlichen Lehranstalten der Union und obligatorisch eingeführt für die höheren Schulen Mexikos und Argentiniens.

Es ist eine Bewegung, die sich zunächst aus sich selber vollzieht. Denn immer noch gilt nur zu oft von dem Geiste, daß du sein Brausen wohl hörst, aber nicht weißt, von wannen er kommt, und wohin er fährt. Gleichwohl lassen sich auch Vorgänge wie der soeben geschilderte anregen und vor allem begünstigen. Und zahlreich sind die Mittel, die hierzu gerade dem Deutschtum zur Verfügung stehen. Um nur zwei zu nennen: Buchhandel und Hochschulen. Anfang der neunziger Jahre erschienen in den Vereinigten Staaten noch nicht 5000 Bücher, in England über 6000, in Frankreich über 13000, im Reiche — keineswegs also im ganzen Bereiche des Deutschtums — 20000. Das Verhältnis hat sich seitdem noch mehr zugunsten des Deutschtums verschoben.

Welch ein Vorteil gegenüber den beiden wichtigsten Wettbewerbern, wird er durch billige Buchpreise, scharfen Vertrieb, Maßregeln zur Verbreitung der deutschen Sprache tatkräftig ausgenutzt! Statt dessen muß man vom Rückgang des deutschen Buchhandels selbst in den Vereinigten Staaten hören. Und welch ein Mittel unvergleichlicher Propaganda sind die deutschen Hochschulen jeglicher Art, von den altersgrauen Universitäten bis hinab zu den jüngsten Anstalten für technische und kommerzielle Zwecke! Sie alle, als Ganzes genommen, bilden eine Phalanx des nationalen Geisteslebens von unvergleichlicher Wucht, deren Vormarsch einstweilen noch die wissenschaftliche Strategie und Taktik jeder anderen Nation zu Schanden machen würde. Und eine Heeresmacht, die recht eigentlich auf internationalem Gebiete zu kämpfen berufen ist! Denn die Wissenschaft ist in ihrer Basis wohl national verankert, aber ihr Haupt erhebt sie in mehr als nationale Höhe, eine Dienerin keines anderen Dinges als der Wahrheit. Aber erkennt man selbst im Reiche diese Stellung der Hochschulen zur Genüge? Wo spricht man denn heute auch nur noch von einem Fürstentum der Wissenschaft? Wo gar begreift man in den führenden Schichten von sich aus und selbständig eingreifend, und sei es auch noch im stärksten Abstande von dem Denken amerikanischer Milliardäre, daß es für große Nationen keine rentablere Kapitalanlage gibt als die zugunsten der scheinbar so unpraktischen Wissenschaft?

Freilich: aus all diesen Fragen wird so mancher Deutsche die Stimmen jener Übereifrigen hören wollen, denen man Chauvinismus und Illusionen vorwirft.

Diesen Zeilen liegt jeder Chauvinismus fern. Sie reden nur im Vorübergehen von dem „reinen Deutschtum" Lagardes und Friedrich Langes; sie kennen keinen Kult, sei es Wodans, sei es Tuiscos. Sie vermessen sich nicht so hoher Worte, wie sie Schiller gebrauchte, da er gegen Ende des 18. Jahrhunderts vom Deutschen schrieb: „Ihm ist das Höchste bestimmt; und so wie er in der Mitte von Europas

Völkern sich befindet, so ist er Kern der Menschheit." Sie lassen jedem Volke sein Recht, seinen Kampfplatz, seine Ehre. Wenn aber Schiller vom Deutschen zu reden fortfährt: „Er ist erwählt von dem Zeitgeist, während des Zeitkampfes an dem ewigen Bau der Menschheitsbildung zu arbeiten": so eignen sie sich diese Worte an als ein teures, auch nach einem Jahrhundert unverjährtes Vermächtnis. Seien wir treu gegen uns und gegen die hehren Zeiten unserer Vergangenheit; vereinigen wir, was Ziel und Ruhm war der Zeitalter Goethes und Bismarcks: würdige Wahrung und Vermehrung der äußeren Stellung unserer Rasse und inneren Ausbau unserer besonderen Anlagen zu höchster nationaler und universaler Wirkung: und wir werden der Welt wie dem Vaterlande gleich innig, gleich tapfer und gleich erfolgreich dienen!

IV.

1. In den mannigfachsten Formen sind die Momente deutscher Einflußnahme auf dem Erdenrund an uns vorübergezogen. Um den innersten, den politischen Kern des modernen Deutschtums, das Reich, legte sich im Verlaufe schon des ersten Menschenalters nach dessen Gründung eine Korona anderer politischer Körper in den Grenzräumen des alten, nun endlich leidlich stabil gewordenen und zusammenhängenden Siedlungsgebietes; darüber hinaus wuchsen die mannigfachen Schauplätze deutscher Siedlung in der Diaspora, wie sie sich, ursprünglich dem europäischen Boden angehörig, seit dem 17. und 18., vornehmlich aber seit dem 19. Jahrhundert in alle Weiten der bewohnten Erde ergoß, und neben ihr, vielfach gerade von ihr ausgehend und auf sie gestützt, gestalteten sich die Atmosphären der deutschen industriellen, kommerziellen, finanziellen Kapitalanlage im Auslande aus: bis noch über all diese Bildungen hinweg die Wolken industrieller Exporte und wissenschaftlicher wie künstlerischer und literarischer Anregungen, kurz des geistigen Wesens des Deutschtums überhaupt ihre duftigen, an so vielen Stellen bald sich zusammenballenden, bald zerfließenden Schleier woben.

Ist das in dieser Hinsicht gezeichnete Bild vollständig? Nur zu sehr muß bekannt werden, daß es im höchsten Grade fragmentarisch ist, dort ausgeführter, hier fast nur untermalt; und daß es jener einheitlichen und konzentrierten Beleuchtung entbehrt, die ihm nur die Erfahrung eines Weltreisenden im ernsten Sinne dieses Wortes oder eines Historikers geben könnte, der später einmal aus weiteren Zeitfernen auf diese Anfänge zurückschauen wird. Welch

ein hohes Ziel für einen deutschen Historiker der Zukunft! Ja du mein Nachfolger in der Erzählung der Geschichte unseres Volkes, der du erst geboren werden sollst, so möchte man im Anschlusse an Worte eines jovialen deutschen Chronisten des 14. Jahrhunderts ausrufen: was hast du für eine herrliche Aufgabe vor dir! Wir Historiker der Zeit um 1900 mühen uns um das Verständnis jener Großtat unseres Volkes im 12. bis 14. Jahrhundert, um intime Einblicke in die gewaltige Kolonisation des überelbischen Ostens: du wirst es ums Jahr 2000 mit ganz anderen Dingen zu tun haben, mit der Verbreitung des deutschen Namens hin über die Welt. Und wolle Gott, du könntest deiner von bescheidenem Stolze getragenen Erzählung als Motto das uns als Wunsch so geläufige Wort vorsetzen, daß am deutschen Wesen die Welt noch einmal genesen sei!

Aber der Vorgänger jenes Glücklichen vom Jahre 2000, der Historiker von heute, ist schlimm daran, soll er die Anfänge jener Bewegung schildern. Kennt er ihre Tendenz schon zur Genüge? Die literarischen Notizen sind höchst zerstreut und lassen sich zu keiner völlig durchsichtigen Vorstellung vom Verlaufe dieser Dinge zusammenschließen. Liegt es an der überaus geringen Bearbeitung des Gesamtbildes? Oder soll auch hier gelten, daß sich die geheimsten Kammern geschichtlichen wie natürlichen Anfangslebens keinem sterblichen Blicke öffnen?

Wie dem auch sei: die Hauptwirkungen wenigstens der bisher verlaufenen Bewegung auf das Deutschtum als Ganzes und vornehmlich auf seinen konkreten politischen Kern, das Reich, lassen sich immerhin schon feststellen.

Und da ist eines vor allem klar: das Reich hört heute auch als politischer Körper nicht mit seinen Grenzen auf. In Frankreich ist Paris dichterisch die ville tentaculaire genannt worden: die Stadt, die einem Polypen gleich das Land mit ihren Fang- und Saugarmen umfaßt, umklammert und auszehrt. Nicht in diesem, wohl aber im guten Sinne

kann man das Reich als den germanischen État tentaculaire bezeichnen[1]. Es ist kein Wesen, dessen Wirkungsbereich durch seine sichtbarsten und in sich abgegrenzten Organe umschrieben wird, kein ausgeklügeltes Kunstwerk, dessen Umrisse sich scharf absetzen gegen das umflutende Licht der Umgebung: es ist eine lebendige Kraft in allen möglichen Formen geschichtlichen Daseins und Wirkens.

Denn wie hat es sich tätig zu erweisen zum Schutze und zur Förderung aller jener tausend und abertausend Interessen des Deutschtums, von denen in den soeben beendeten Abschnitten die Rede war!

Da genügt nicht mehr die alte diplomatische Vertretung mit ihrem Personal von Botschaftern, Gesandten und Ministerresidenten an den Zentralstellen fremder Länder; da ist jene Unsumme von Konsulaten nötig geworden oder sollte wenigstens ausgebildet sein, deren Beamte, unter sich in mannigfachen Abstufungen organisiert, überall, wo nur Deutsche auftauchen, gleichsam mit gegenwärtig sein sollen als Vertreter der moralischen Gesamtmacht des Vaterlandes. Und neben den Dienst des Auswärtigen Amtes tritt der Dienst der Flotte. Gewiß wird die Flotte erst im Kriege die volle Höhe ihrer möglichen Wirkungen entfalten: wenn es sich um Vereitlung von feindlichen Landungsversuchen, um Durchbrechung der Blockade unserer Küsten, um Verteidigung unseres Handels zur See gegen Aufbringung deutscher Schiffe, um Schutz unserer Kolonien, vor allem aber um direkte Vernichtung des Gegners handelt. Und deshalb wird den Kern der Rüstung zur See immer eine Schlachtflotte bilden müssen: denn sie allein ist dem ersten

[1] Dieser Vergleich hat in Frankreich Jahre hindurch die Entrüstung der Chauvins hervorgerufen und den Verfasser komischerweise in den Ruf eines wütenden Deutschen gebracht. Natürlich ist dabei, soweit dem Verfasser bekannt, niemals davon die Rede gewesen, daß in dem Texte des Buches in engster Verbindung mit dem État tentaculaire von Paris als der Ville tentaculaire die Rede ist.

und letzten aller Zwecke, der Vernichtung des Feindes gewachsen. Aber daneben handelt es sich auch in Kriegszeiten darum, die weiten Interessen deutscher Macht über See zu verteidigen. Und erst recht ist es im Frieden die Aufgabe, sie mit aller Kraft zu schützen, sei es durch direkte Eingriffe gegenüber Völkern, die sich völkerrechtlicher Satzung nicht fügen, sei es durch starke Repräsentation der heimischen Macht oder auch allein durch die überall auf Erden dauernd zu erweckende Vorstellung, daß jeder Deutsche, wo auch immer er weile, kriegerisch geschützt sei. Und dieser Aufgabe wird nicht so sehr eine Schlachtflotte gerecht, die naturgemäß vornehmlich an die heimische Küste gebannt ist, wie eine Flotte beweglicher und rasch laufender Kreuzer, der Vedetten gleichsam und Patrouillen des Meeres. Sie sind daher zunächst die ersehnten Boten des Deutschtums allenthalben; und ihre Entwicklung muß mit der der Schlachtflotte gleichen Schritt halten: das ist der tausendstimmige Wunsch der Deutschen im Ausland.

Aber mit dem Schutze der deutschen Interessen jenseits der Grenzen durch das Reich ist es nicht allein getan: es wäre eine Begrenzung, welche der unvollkommenen Staatsanschauung des Mittelalters entsprechen würde, wie sie die Aufgabe des Staates auf nichts als die Aufrechterhaltung des Friedens beschränkte. Seitdem hat der Staat das Wohl seiner Angehörigen auch positiv zu fördern gelernt: und positive Förderung erwartet auch der Deutsche im Ausland heute vom Reiche. Ja diese Förderung ist eine dringende Lebensnotwendigkeit auch der Deutschen des Inlandes geworden. Keine Wahrheit, die sich aus dem heutigen Stande unseres Wirtschaftslebens und unserer sozialen Verhältnisse ableiten läßt, ist wohl tiefer in Fleisch und Blut des lebenden Geschlechtes eingedrungen als die, daß das Kapital stirbt, wenn es sich nicht verwertet: nicht nur da sein muß es, sondern werben. Nun genügt aber der deutsche Boden nicht als Grundlage solchen Werbens. Das Volk drängt hinaus über die Grenzen, und Pflicht seiner

Leitung ist es, den Überschuß von Kapital und auch Arbeit, den es aufweist, in bewußter und systematisch durchgebildeter Weise zugunsten des Deutschtums im Auslande unterzubringen, — ganz abgesehen noch von der Förderung aller idealen Interessen des Deutschtums im Auslande, die nicht bloß nationale, sondern auch weltgeschichtliche und darum noch höhere Pflicht der Regierung ist. Und die Erfüllung dieser Pflichten ist um so dringlicher und wichtiger, als gerade der Deutsche im Auslande sich nur zu leicht in den neuen Machtbeziehungen des fremden Lebens selbst verliert, so innig er auf dem Gebiete der Sitte und des Glaubens an heimatlichen Erinnerungen hängen mag.

Das deutsche Staatsbewußtsein ist auch heute noch keineswegs in genügender Weise von der Wichtigkeit dieser Aufgaben durchdrungen, und es hat auf deutschem Boden sehr lange gedauert, ehe sie als solche überhaupt erkannt wurden.

Nichts ist in dieser Hinsicht bezeichnender als die Geschichte der Auswanderungsgesetzgebung. Sollte man nicht denken, daß die staatliche Gesellschaft wenigstens die ersten Schritte derjenigen Mitglieder, die sich von ihr trennen und ihr doch so vielfach innerlich verbunden bleiben, schon früh begonnen hätte zu überwachen, zu regeln, zu fördern? — Die erste rationelle deutsche Auswanderungsgesetzgebung datiert aber aus dem Jahre 1897! Freilich handelt es sich dabei weniger um ein Versäumen als um ein Verkennen, — ja im Grunde nur um ein zu langes Festhalten an Anschauungen früherer Zeitalter, die an sich und zu ihrer Zeit wohl berechtigt waren. Wer würde es nicht verstehen, daß der deutsche absolutistische Staat, so vielfach aus grundherrlichen Tendenzen hervorgegangen, von Anbeginn eine Neigung hatte, den Untertan als Zubehör des Bodens anzusehen und darum seine Auswanderung überhaupt zu verbieten? Es war eine Neigung, die nach den ungeheuren Zerstörungen des Dreißigjährigen Krieges auch an Menschenkapital nur zunehmen konnte. Jetzt nahte das Zeitalter der

Peuplierung; Auswanderungsverbote wurden immer häufiger und haben noch weit bis ins 19. Jahrhundert hinein gegolten, in Preußen z. B. bis zum Jahre 1825. Ja die ihnen zugrunde liegende Idee ist, wenn auch in etwas abgewandelter Form, sogar maßgebend geblieben noch bis in die Zeiten des neuen Reiches hinein: bis zu dem Augenblick, da von diesem neben dem früher grundsätzlich agrarischen Charakter der staatlichen Gesellschaft auch deren Fortschritt hinein in ein Zeitalter der Unternehmung anerkannt wurde. Die Vorstellungen, die in dieser Zeit galten und z. B. die des Fürsten Bismarck im wesentlichen geblieben sind bis zu seinem Tode, gipfelte in dem Satze, daß die Auswanderung im Grunde dem deutschen Arbeitgeber und vor allem dem deutschen Landwirt die Arbeitskräfte entziehe und der auswärtigen Konkurrenz, möge sie nun in Plantagenbau oder Viehzucht oder bäuerlichem Anbau bestehen, zuwende, sowie weiter in der Beobachtung, daß durch sie die Wehrkraft des Staates geschädigt werde. Darum sei sie, wenn nicht zu verbieten, so doch wenigstens nicht zu fördern. Grollend also stand der Staat der Auswanderung gegenüber; als eine Entziehung und einen Abfall betrachtete er sie im Grunde; und von diesem Standpunkte her hatten z. B. die deutschen Konsuln die Anweisung, sich um die deutschen Auswanderer überhaupt nicht zu kümmern, obgleich deren deutsche Staatszugehörigkeit bis zur Erwerbung neuer Heimatsrechte auch vor dem Reichsangehörigkeitsgesetze von 1912 außer Zweifel stand.

Aber inzwischen hatte sich gleichwohl jene gewaltige Auswanderung des 19. Jahrhunderts entwickelt, die sehr bald die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zog: schon 1832 hat Freiligrath sein Auswandererlied gedichtet. Und bald betrachtete die öffentliche Erörterung diese Auswanderung doch schon von anderen Gesichtspunkten als der Staat: Rau, List, Fröbel haben sich in einem den Auswanderern zumeist günstigeren Sinne geäußert. Der volle Umschwung der Anschauungen indes trat erst mit der sieghaften Ent-

wicklung des Zeitalters der Unternehmung etwa mit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts ein, vor allem aber, als die Abnahme des Wanderdranges in den neunziger Jahren eine ruhigere Erwägung der einschlagenden Fragen ermöglichte. Nun begann man in der Auswanderung eine wichtige Lebensäußerung der Nation als eines Ganzen zu sehen und erfuhr immer mehr, wie eben sie der Heimat günstige Märkte der Ausfuhr erschloß, wie sie die Rentabilität der deutschen Reederei und Schiffahrt erhöhte, wie sie, immer stärker in die Form nur zeitweiliger Auswanderung mit späterer Rückwanderung übergehend, dem Mutterland in gewinnbringender Weise Erfahrungen und Kapital des Auslandes zutrug: und über all dies hinaus lernte man in ihr eines der entschiedensten Mittel zur Erhaltung und Erhöhung der weltgeschichtlichen Aufgaben der Nation schätzen. So erschien denn kräftige Pflege und Förderung derjenigen, die einmal zur Auswanderung entschlossen waren, am Platze; und Patrioten wie Regierung beteiligten sich in gleicher Weise an der Sorge, sie zu schaffen: Auskunftsstellen verschiedener Vereine kommerzieller und konfessioneller Natur wurden für die Auswanderer geschaffen, bis schließlich das Reich mit dem 1. April 1902 selbst eine solche Auskunftsstelle in Berlin eröffnete, und gesetzgeberische wie Verwaltungsmaßregeln wurden getroffen: von der Ernennung von Auswanderungskommissaren für unsere wichtigsten Häfen noch in der Zeit Bismarcks bis zu dem Gesetze über das Auswanderungswesen vom 9. Juni 1897.

Aber war es mit Schutz und Förderung der Auswanderung allein getan? Bedurfte der deutsche Landsmann draußen in der fremden Welt nicht auch noch weiter des entschiedensten Schutzes seiner Interessen, und haben die deutschen auswärtigen Interessen überhaupt und ganz im allgemeinen nicht gegründeten Anspruch auch auf staatliche Förderung? Da galt es denn vor allem, die Deutschen selbst ihrer alten Rechts-, Glaubens- und Sprachgemeinschaft zu erhalten und auch ihre wirtschaftliche Tätigkeit so

zu beeinflussen, daß sie den deutschen Interessen im In- wie Auslande günstig verlaufe. Es waren Aufgaben, die hinsichtlich der Rechtsgemeinschaft fast allein vom Staate erfüllt werden konnten; Aufgaben, die ebenfalls erst in jüngster Zeit mehr erkannt und gelöst worden sind: vor allem die Erhaltung der heimischen Staatsangehörigkeit der Auslandsdeutschen und die Erleichterung der mit dieser Staatsangehörigkeit verknüpften Pflichten, z. B. der allgemeinen Dienstpflicht. Daneben wäre auch darauf zu achten, daß sich die Durchbildung des internationalen Privatrechtes möglichst auf dem Grundsatze der Personalität des Rechtes aufbaue: die Aussichten sind gerade dieser Richtung neuerdings günstiger geworden, und namentlich ist die Störung einer solchen Entwicklung durch England wenig wahrscheinlich, da eben die Engländer das alte angelsächsische Personalitätsprinzip niemals gänzlich verloren haben.

Weniger vermag das Reich für die Wahrung der Glaubensgemeinschaft ausgewanderter Deutscher zu tun; hier haben an erster Stelle die heimischen Kirchen selbst sich zu rühren. Daß dies seitens der evangelischen Kirche in immer vollkommnerer Weise geschieht, ist bekannt. Insbesondere von der Wirksamkeit des 1842 gestifteten Gustav-Adolf-Vereins muß hier die Rede sein: der Unterstützung von Glaubensgenossen aller evangelischen Gruppen zugewandt, soweit sie innerhalb der katholischen und heidnischen Diaspora Not leiden, hat er seit der Gründung des Reiches seine Tätigkeit, die ursprünglich in kleineren Kreisen verlief, immer mehr über das ganze Ausland zu erstrecken begonnen. Neben ihm aber wirkte und wirkt in verwandter Weise noch eine Reihe kleinerer und mehr lokaler Vereine. Auch die allgemeine Statistik der Deutsch-Evangelischen im Auslande, eine unabweisliche Vorarbeit für jede wahrhaft systematische Förderung von großen Gesichtspunkten aus, entwickelt sich immer mehr; seit dem Jahre 1901 erscheint, herausgegeben zuerst von dem Vorsitzenden der La-Plata-Synode und Pfarrer der deutsch-evangelischen Gemeinde in Buenos

Aires, Bursmann, eine besondere Zeitschrift „Deutsch-evangelisch“ zur Kenntnis und Förderung der Diaspora im Auslande. Kommt es, entsprechend diesen Vorgängen des Zusammenfassens, zu einer gemeinsamen Tätigkeit auch der inneren, der deutschen Landeskirchen in der Fürsorge für die Diaspora, so ist der Ring der größten Aufgaben, die sich auf evangelischem Gebiete ergeben, geschlossen. Nicht minder wie die Evangelischen haben sich aber auch die deutschen Katholiken geregt, wenngleich sich die Tätigkeit des 1849 gegründeten Bonifatiusvereins, der zudem seine Ziele nur zu sehr auf die deutsche Diaspora unter den Evangelischen beschränkt, sowie des Raphaelsvereins (zunächst für die Auswanderer), des Palästinavereins und verwandter Vereine mit der des Gustav-Adolf-Vereins nicht messen kann. Erschwerend tritt hier dazwischen, daß sich für die Levante wie für den fernen Osten Frankreich noch immer das allgemeine Protektorat der Katholiken zumessen will. Es ist zugleich der Punkt, in dem das Reich der kirchlichen Fürsorge am wirksamsten zu Hilfe kommen kann und teilweis zu Hilfe gekommen ist.

Die Erhaltung welcher Gemeinschaft aber wäre, neben, ja vor der Glaubens- und Rechtsgemeinschaft, wichtiger als jener der Sprache? Es ist die Stelle, der sich mit steigender deutscher Einwanderung vor allem die Sorge der Vaterlandsfreunde zugewendet hat. Schon auf dem Germanistentage des Jahres 1846, diesem geisteswissenschaftlichen Vorläufer der politischen Bewegungen von 1848, hat man der Auswanderer nach Amerika gedacht, „wie sie schon zehn Jahre lang in ununterbrochenen Zügen überfahren“, und sich gesorgt, wie man ihnen Muttersprache und warmen Zusammenhang mit dem Vaterlande sichere: die idealistische Fürsorge für das Deutschtum im Auslande hat wenigstens der Absicht nach weit früher begonnen als die materielle des Zeitalters der Unternehmung. Und bereits damals glaubte man das Ziel nur durch Begründung eines Vereins, eines Karolus-Magnus- oder Friedrich-Rotbart-Vereins

zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande, erreichen zu können. Eine solche Einrichtung mit begrenzteren Zwecken ist aber schließlich, nach mannigfachen Versuchen, erst im Jahre 1881 in dem Allgemeinen Deutschen Schulvereine (jetzt Verein für das Deutschtum im Ausland) zustande gekommen; und dessen Zeitschrift, jetzt der doppelten Aufgabe einer Förderung der deutschen Auslandsschule und der deutschen Auslandsindustrie gewidmet, enthält in ihren Spalten zu nicht geringem Teile die Akten der immer lebhafter werdenden Bewegung. Wir verfolgen sie hier im einzelnen noch nicht weiter; wir wollen nur erwähnen, daß in sie seit 1891 der Alldeutsche Verband in seiner Wochenschrift, den „Alldeutschen Blättern", mit Rat und Tat kräftig eingegriffen hat, und daß es gelungen ist, auch auf diesem Gebiete die Teilnahme des Reiches zu gewinnen. Wie allgemein und stark aber das Bedürfnis der öffentlichen Meinung angewachsen ist, ähnlich wie in den kirchlichen Dingen der Diaspora auch auf diesem Gebiete zunächst wenigstens einmal vollständig unterrichtet zu sein, zeigt das Erscheinen und die freudige Aufnahme einer neuen Zeitschrift, der „Deutschen Erde", vom Jahre 1902, die vornehmlich der Kenntnis deutschen Volkstums im Auslande gewidmet ist.

Daß neben dieser Förderung der idealen Interessen des fremdländischen Deutschtums seit den siebziger und achtziger Jahren, mit der Entwicklung des Staates der freien Unternehmung, Schutz wie Unterstützung der wirtschaftlichen Interessen nicht gefehlt haben, bedarf wohl kaum noch der Erwähnung. Wie weit und bis in welche Einzelheiten hinein ist nicht neben privaten Förderungsmitteln und Förderungsgesellschaften gerade auf diesem Gebiete das Reich in Aktion getreten: bis zur Einstellung des vollen diplomatischen Körpers in den Dienst von Handelsinteressen da, wo diese von höherer Bedeutung waren, bis zur Ernennung von besonderen Sachverständigen für Handelsangelegenheiten bei den wichtigsten Generalkonsulaten, bis

zu direkter Unterstützung des Wettbewerbes deutscher Industrien im Ausland! Dennoch fallen hier an erster Stelle noch größere Hilfsmittel ins Auge: die Erschließung der Kolonien vornehmlich für heimischen Plantagenbau und deutsche Besiedlung; die Unterstützung wichtiger Linien der deutschen Seeschiffahrt; die Anfänge selbständiger Entwicklung einer ausländischen Post und eines internationalen Telegraphen. Sehen wir hier von den Dampferunterstützungen ab, von denen schon die Rede war, und schätzen wir auch die Errungenschaften in unseren Kolonien nicht zu hoch ein. Am wichtigsten erscheint das Bedürfnis einer unmittelbaren Verbindung des Reiches mit wenigstens den hervorragendsten deutschen Außenposten auf dem Erdenrund, wie sie heute in wirksamer Weise nur noch durch einen elektrischen Nachrichtendienst erreicht werden kann. Und hier spielen, wenigstens einstweilen noch, trotz aller drahtlosen Telegraphie, und spielten erst recht auch um 1900 die Kabel eine wichtige Rolle. Da war nun England bis zum Schlusse des 19. Jahrhunderts noch die fast absolute Beherrscherin der großen Kabelverbindungen: die etwa sieben Millionen Telegramme, die jährlich auf dem Kabelwege befördert werden mochten, liefen fast alle in der einen oder anderen Weise durch englische Leitungen. Denn England hatte damals schon vierzehn große ozeanische Kabel in Tätigkeit, von denen ihm neun allein gehörten. Es umspannte mit seinen Kabelnetzen Indien, Afrika und Amerika; und es betrieb über 30000 km in den ostasiatischen und australischen Gewässern. Und eben war es im Begriff, das Riesenwerk eines die ganze Erde umspannenden Kabels zu vollenden. Was wollen demgegenüber die Kabel der anderen Nationen besagen, selbst diejenigen Rußlands, Frankreichs und auch der Vereinigten Staaten? Das Deutsche Reich gar hat erst ganz gegen Schluß des 19. Jahrhunderts die Unterlassungssünden der Väter auf diesem Gebiete zu sühnen begonnen, — obgleich das Kabel die Erfindung eines Deutschen, Werner Siemens', gewesen ist. Zwar hatte eine Privatgesellschaft

schon im Jahre 1871 ein erstes deutsch-englisches Kabel Emden—Borkum—Lowestoft gelegt, dem dann vier weitere gefolgt waren. Aber reger wurde die deutsche Tätigkeit unter steigender Anteilnahme des Reiches erst gegen Ende des Jahrhunderts. Im Jahre 1897 wurde ein Kabel Emden—Vigo (Spanien) in Betrieb genommen, das die erste Etappe eines deutsch-amerikanischen Kabels werden sollte. Dies ist inzwischen (Emden — Azoren — New York) vollendet. Außerdem aber waren einige kleinere Linien im fernen Osten eingerichtet worden. Im ganzen waren es nur Anfänge: wie das nicht minder von der Ansiedlung der deutschen Post im Auslande zu gelten hatte. Zwar bestanden 110 deutsche Postanstalten außerhalb der eigentlichen Grenzen des Reiches, doch fielen davon 79 auf die Kolonien und nur 31 auf das eigentliche Ausland: auf die Türkei, Marokko und China. In China sind auch zwei Stadtfernsprecheinrichtungen geschaffen worden, in Tschifu und in Hankau, und das gesamte deutsche Post- und Telegraphenwesen Ostasiens ist einer von der Bremer Oberpostdirektion ressortierenden gemeinsamen kaiserlichen Postdirektion Schanghai unterstellt worden.

2. Dies alles waren, wenn nicht mehr, so doch verheißungsvolle Anfänge. Und diese alle ergaben immer wieder, wenn auch vielfach noch fragmentarisch, dasselbe Bild: das Bild eines Staates und einer nationalen Gesellschaft, die nicht mehr auf den Boden beschränkt sind, der sie ursprünglich allein und heute vornehmlich trägt, die vielmehr hinausstreben in alle Welten.

Bedeutete aber ein solches Streben, wenn Gewohnheit und Halten geworden, nicht eine volle Umwälzung des hergebrachten Staatslebens? Und mußte es deshalb nicht auf die Dauer von den tiefsten Wandlungen des politischen wie des gesellschaftlichen Zustands begleitet sein?

Schon unterschied um das Jahr 1900 die deutsche Staatslehre für den modernen Staat außer seinem heimatlichen

Körper Kolonien: überseeische Provinzen, die der Souveränität der heimatlichen Bildung völlig unterworfen sind; Schutzherrschaften: überseeische Gebiete mit staatlicher Organisation, über welche der Heimatsstaat die Herrschaft ausübt, wie z. B. die holländischen Vasallenstaaten in Niederländisch-Indien; endlich Machtsphären, wie sie durch Vereinbarungen mit anderen Mächten entstehen, durch welche gewisse Gebiete dem Kolonial- oder Schutzherrschaftserwerb des Heimatsstaates vorbehalten bleiben, ohne daß dieser Erwerb sofort einträte. Aber ist damit die Mannigfaltigkeit der außerheimischen Machtmittel des modernen Staates erschöpft? Ist es mit der Erwerbung von Siedlungsgebieten für die deutsche Auswanderung, von Gebieten, aus denen wir Kolonialwaren und unserer Industrie notwendige Rohstoffe beziehen, ja selbst von Gebieten, die unserer Ausfuhr als Absatzgebiete dienen können, in einer der genannten staatsrechtlichen Formen wirklich getan? Nur die einfachsten und ältesten Formen und Zwecke sind damit umschrieben. Daneben steht noch die Kohlenstation und die Seefestung, die wirtschaftliche und militärische Schildwache an wichtigen Stellen des Weltverkehrs; daneben die stärkere organisatorische Zusammenfassung des Deutschtums im Auslande in Schule, Kirche, Handelskammer, Schulkonferenz, Synode, wissenschaftlichem Kongresse; daneben die politische Kontrolle selbständiger auswärtiger Staaten mit der Konsequenz der Kapitalbefruchtung durch deutschen Eisenbahnbau und anderweitige mutterländische Investitionen, sowie mit der Folge der Anstellung heimischer Kräfte in Verwaltung und Erwerbsleben; daneben endlich alles das, was die Niederländer mit dem prächtigen Worte „Gezag" (Verhältnisse und Gebiete, in denen man etwas zu sagen hat) bezeichnen: Einfluß durch regelmäßige Verkehrsverbindungen in Seeschiffahrt und Telegraph, durch Handelsvergünstigungen infolge besonderer Dienste, durch Gläubigerstellung usw.

In all diesen Dingen muß der moderne Staat mächtig sein; sie alle gehören zu seiner Machtausstattung. Und

um sie alle hat er zu kämpfen. „Ehe wir nach Kiautschou gingen," erzählte der Direktor der Deutschen Bank, Siemens, im Sommer 1900 im Reichstage, „hat in China ein sehr interessantes Gefecht stattgefunden um die Frage, wer den Chinesen das Geld geben sollte, mit dem sie die japanische Kriegsentschädigung bezahlen sollten: die Russen und die Franzosen haben dabei den Sieg davongetragen. Wir sind erst später mit den Engländern gekommen und haben die anderen Anleihen später übernommen."

Man darf dabei nicht glauben, daß die Ausbildung einer solchen Stellung etwas durchaus Neues sei. Wo sich Industrie und Handel abnorm früh im Sinne der freien Unternehmung entwickelt haben, in den, mit den heutigen Staaten verglichen, kleinen Handelsrepubliken der Renaissance, ist sie schon früher vorgekommen. „In Konstantinopel schufen sich die venetianischen Kaufleute eine selbständige Verwaltung, die mit der kaiserlich byzantinischen nichts gemein hatte. Venetianische Richter ordneten die Rechtsverhältnisse zwischen ihren Kompatrioten und den griechischen Fabrikanten, sie standen für die Einhaltung der Verpflichtungen durch die ersteren ein, nicht als Organe einer byzantinischen Behörde, sondern als Vertreter einer befreundeten Macht und als Beförderer der guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten[1]." Daß die Venetianer Plantagenkolonien und Absatzkolonien z. B. in den pontischen Gebieten, Seefestungen an gefährdeten Stellen des östlichen Mittelmeers und Bürgersiedlungen z. B. in Epirus und Dalmatien, Machtbereiche und Einflußsphären allenthalben hatten, ist bekannt.

Und an Venedig sehen wir zugleich zum ersten Male deutlich, was die Rückwirkung einer so eigenartigen Gesamtbildung auf den Kern, das heimatliche Staatswesen, sein kann. Im höchsten Grade wurde die Mutterstadt mit wirtschaftlichem Gewinne befruchtet, und nicht bloß mit

[1] v. Zwiedineck-Südenhorst, Venedig. S. 16.

jenem, der direkt aus der Ausbeutung des Außenbereiches hervorging, sondern auch mit dem, der sich aus der zentralen Stellung der Metropole an sich ergab. Wie eine Großstadt zur Umgebung verhielt sich Venedig zu seinem Außenbereich; und so stand es zu ihm in dem Verhältnis des Genusses einer rapid steigenden Grundrente und all der wirtschaftlichen Folgen, welche ein solches Verhältnis nach sich zieht. Politisch aber war die Konsequenz der ganzen Lage eine unglaubliche Festigung des heimischen Staatswesens im Sinne einer aristokratisch-genossenschaftlichen Durchdringung all seiner wesentlichen Funktionen und Organe: wie eine gemeinsame wirtschaftliche Unternehmung fast der führenden Kreise wurde der Staat betrachtet. Nichts ist in dieser Hinsicht bezeichnender, als daß Katharina Cornaro, da sie, eine einfache Nobilitochter, den König von Zypern heiratete und damit die Aussicht eines Anfalls der Insel an Venedig eröffnete, nicht von ihren Verwandten, sondern von der Republik bräutlich ausgestattet wurde; und wie ist sie später, da das erwünschte Ergebnis, wenn auch vielleicht gegen ihren Willen, eingetreten war, von der Republik als „ihre" Tochter gefeiert worden!

Für das Deutsche Reich haben schon die Anfänge einer verwandten, wenn auch ihrer Ausdehnung und ihren Zielen nach ungleich größeren Bewegung ein ähnliches Ergebnis gehabt: die Einheit ist, mit einer Wendung des inneren politischen Lebens ins Aristokratische, verstärkt worden. Ward das Gebiet des Reiches zum Mutterland, zur Metropole gleichsam des wachsenden Außenbereiches und der mit ihm verknüpfenden Beziehungen, so mußte es fest zusammengeschweißt werden, sollte es Herr bleiben. Da ward jede noch vorhandene Ausnahme vom Zollgebiet beseitigt — Hamburg und Bremen haben es zuerst widerspenstig, bald aber rühmend erlebt —, da ward das Transportwesen daheim möglichst einheitlich gestaltet und ausgebaut und mit dem des Außenbereiches in Einklang gebracht als dessen natürlicher Kern und notwendiges Zentrum; da wurde,

nachdem der Export, der nationale Gütervertrieb, möglichst unifiziert worden war, auch der Versuch einheitlicher Regelung der Produktion unternommen: Kartelle und ähnliche Bildungen schossen empor. Kurz: unter gleichzeitigem Eintritt einer Hinwendung zu den mehr aristokratischen Formen der gebundenen Unternehmung begann eine Vereinheitlichung des Wirtschaftslebens Platz zu greifen, die auch große einheitliche Wirkungen vor allem nach außen gestattete.

Und war eine solche Einheit bei der Entwicklung zum allseitig ausgreifenden modernen Staate nicht auch aus anderen als rein wirtschaftlichen Gründen notwendig?

Eine Form staatlichen Lebens, die aus dem agrarischen Ideal des sich selbst genügenden Staates unweigerlich hinüberführt zu dem industriellen Ideal des „tentakulären" Handelsstaates, verstrickt das heimische Staatswesen und die nationale Wirtschaft ebenso notwendig in tausend und abertausend, ja im Grunde alle Verhältnisse des Auslands. Denn von diesem bezieht man jetzt Nahrungs- und Rohstoffe der allerverschiedensten Art, ihm sendet man immer spezialisiertere Fabrikate: und so wird man abhängig von eben seiner Kaufkraft und Kauflust, Produktionslust und Produktionskraft. Und abhängig in jedem Augenblick! Das System der gegenseitigen Beziehungen darf nicht einen Tag versagen, soll der Fortschritt, ja auch nur der Bestand des nationalen Lebens gesichert sein.

Also toujours en vedette! Wo sind da doch die schönen Zeiten geblieben, da Frau v. Staël glaubhaft versichern konnte: En Allemagne celui qui ne s'occupe pas de l'univers n'a véritablement rien à faire! Heut ist jeder Nerv angespannt, um das zunächst Errungene, die Stellung des Deutschtums in der Welt, zu erhalten, indem er sie vergrößert. Dazu aber bedarf es vor allem der inneren Einheit des Wirtschaftslebens: die Wirtschaftsformen müssen nach außen hin, in der Zoll- und Handelspolitik wie sonst, schlagfertig als Ganzes ausgespielt werden können wie eine

Armee. Ja recht eigentlich wie Heer und Flotte: denn diese treten in diesem Zusammenhang unmittelbar neben die Volkswirtschaft als andere Formen und Werkzeuge der Expansion des nationalen Daseins.

Indem aber dies die zunächst aufgedrungene innere Lage ist, haben deren psychische Wirkungen schon ungemein tief gegriffen und greifen täglich tiefer. Die Volksseele ist auf dem Gebiete zunächst der praktischen Auswirkung eine andere geworden als zuvor; neben den Kräften des Gemütes und des Intellektes sind die Kräfte des Willens gestählt worden; und nicht umsonst ist unsere Zeit philosophisch ein Zeitalter des Voluntarismus.

Von dieser Seite her wird zunächst der Kultus der Macht und des Erfolges, ein Kennzeichen schon des gesamten Zeitalters der freien Unternehmung, aufs entschiedenste fortgesetzt, trotz mancher entgegenstehenden Tendenzen namentlich der allmählichen Abschwächung des ökonomischen Subjektivismus durch die Erscheinungen der gebundenen Unternehmung. Aber dieser Kultus hat, gegenüber der Auffassung der fünfziger bis siebziger Jahre, einen anderen Charakter angenommen. Er ist sozusagen kaufmännischer, kapitalistischer geworden; er läuft mehr in Berechnung und Einstellung objektiver Faktoren aus und läßt die alte Begeisterung, die frühere Macht des Gemütes vermissen. Sehr begreiflich. Die Hauptposten seiner Rechnung sind heute schließlich wirtschaftliche Expansion, Heer und Flotte. Nun trägt aber die wirtschaftliche Expansion das Moment des Nationalen und Kaufmännischen ohne weiteres in sich. Das gleiche gilt aber heute mehr als je auch von Heer und Flotte. Nicht bloß in dem Sinne, daß das alte Wort Gian Jacopo Trivulaios noch immer und wohl auch mehr als je zutrifft. Die Werkzeuge der Kriegsführung selbst haben kapitalistischen Charakter angenommen. Was sind unsere Befestigungen, was unsere Geschütze heute anderes als ungeheure Magazine aufgespeicherter technischer und wirtschaftlicher Kraft? Der Krieger, der „Held“ ver-

schwindet vor ihnen. Und tritt diese Entwicklung, wenn wir auf die Flotte blicken, nicht noch ganz anders entscheidend hervor? Zur See kämpft viel mehr noch als zu Lande jeder Groschen des Steuerzahlers mit; und bei aller Tüchtigkeit der Bemannung verbürgt doch vor allem die Überlegenheit der Kriegsmaschine den Sieg. So ist denn in den Kultus der Macht ein rationales Element gekommen: und damit ein vom Altern zeugendes: nicht mehr als tiefst und keimhaft treibendes Pathos tritt dieser Kultus auf, sondern mehr als ruhige Begleiterscheinung des modernen öffentlichen Lebens, als Nebenher jüngerer Tendenzen.

Diese jüngeren Tendenzen aber entquellen ganz anderen Zusammenhängen. Welch ungeheure Steigerung der produktiven Energien der Nation hat doch der große Zusammenhang mit dem Außenbereich, der ganze Vorgang der Expansion überhaupt herbeigeführt! Wie sind neue Massenbedürfnisse zunächst des Konsums in seinen einfachsten Formen, in der Ernährung und Kleidung, dann aber auch in der Produktion, und hier zunächst in der gewerblichen Arbeit, emporgetaucht! Und wie sind von diesen engeren Kreisen her weitere, an sich weniger sichtbare gezogen worden, bis jede Form nationaler Tätigkeit von der neuen Bewegung erfüllt war; wie hat das Bedürfnis nach tätiger geistiger Muße und nach Belehrung zugenommen, wie tief ist der Sinn für die Tatsache, daß Wissen Macht ist, in die Massen gedrungen, welche Expansion auch ihrerseits hat die geistige Kultur nach Intensität und Extensität erfahren! Es ist ein Vorgang von allgemeinster Bedeutung, eine wirkliche Erfrischung der nationalen Kräfte. Und stellt die Expansion nicht geradezu in gewissem Sinne eine Verjüngung dieser Kräfte in Aussicht? Wie viel deutsche Familien haben nicht jetzt schon Verwandte jenseits des Meeres! Aber nicht wenige von diesen leben nicht in den Schranken und im Gängelbande der hohen Kultur der Heimat; in ursprünglichere Verhältnisse gestellt, erleiden sie eine Neubildung des Charakters gemäß deren häufig gesunderen Voraussetzungen.

Man weiß, wie diese Freiheit des Auslandes für gar manchen Deutschen die berauschende Wirkung des Willkürlebens gehabt hat; der Tropenkoller wird immer als eine der merkwürdigsten Kinderkrankheiten der deutschen Expansion betrachtet werden. Für die meisten aber bedeutete und bedeutet das neue Leben doch ein Sichzusammenraffen unter einfacheren Bedingungen des Daseins, als sie die Heimat bietet, und damit eine innerliche Verjüngung. Es sind nicht die schlechtesten der Auswanderer und überseeischen Deutschen, die sie erleben; und kehren sie oder ihre Kinder, nicht pulverisiert und vertrocknet in dem Getriebe eines zu eng gewordenen Vaterlandes, zur Heimat zurück, so verleihen sie ihrer Umgebung jenen Schwung, dessen diese, allzu bepackt mit dem Erbe der Väter, von halb fremder Hand zu großer Gesinnung und kraftvollem Entschlusse bedarf.

Und wirkt nicht der häufigere Verkehr zur See schon in dieser Richtung? Ist der von Engländern so oft geäußerte Gedanke: The British empire is the gift of sea power nicht auch in diesem Sinne eine Wahrheit? Wie eine frische moralische Brise weht es auch von unseren Küsten, stählt die binnenländischen Nerven und erhöht die nationale Spannkraft. Wahr wird, was schon List prophezeit hat, daß auch uns das Meer nicht bloß Verkehrsstraße und nährende Mutter unserer Volkswirtschaft sein soll, sondern Kampfplatz im Wettbewerb mit den Nationen und Wiege einer neuen Freiheit. Schon macht die Gegenwart die Erfahrung, daß die bureaukratische Verwaltung und Bevormundung der Heimat über See unmöglich ist, — wie die Vergangenheit lehrt, daß sich die großen Staaten des Absolutismus, Spanien und Frankreich, des freien Englands und Hollands zur See nicht haben erwehren können.

Wie die See die moralische Kraft stählt, so macht sie aber auch den intellektuellen Blick frei. Alle großen Raumvorstellungen der irdischen Welt müssen das Wasser passieren: wie schon ein scheinbar endloser physischer Blick in den

erhabensten Fällen zumeist ein Blick in den Horizont des freien Weltmeeres sein wird. Und alle reicheren Erfahrungen seelischer Natur über das, was Mensch ist und Mensch sein kann, alle mehr als europäische, alle ethnologische Kenntnis der Rasse kann nur durch Überschreiten der großen Wasser gewonnen werden. Wie aber sind solche Erfahrungen der kontinentalen Lage unserer nächsten Heimat notwendig! Wird, wer den offenbaren Gegensatz und doch wiederum die tiefste Einheit der großen Weltreligionen erfahren hat, noch Sinn haben für die begrenzten kirchlichen Streitereien des Mutterlandes? Wird, wer durch die unendlich verschiedenen Formen staatlichen Daseins auf Erden hindurch auf den Kern öffentlichen Wesens achten gelernt hat, noch Wert legen auf die Außenseite der staatlichen Repräsentation, die daheim so häufig das allgemeine Interesse aufsaugt? Und wird ein solcher Beobachter nicht eben deshalb doch wiederum die Form in ihrem rechten Werte zu schätzen wissen? Die deutsche Heimat von heute will von jemand, der eine Reise tut, nicht mehr bloß erzählt haben: sie bedarf seiner innersten Erfahrungen, und sie beginnt im Sinne Vielgereister zu leben.

Die Gefahr lag an sich vor, daß ein so ungeheurer Umschwung den Zusammenhang der nationalen Kultur und damit schließlich der nationalen Gesellschaft sprengte. Denn geistige Aufnahme, wenn sie selbständig ist und selbsttätig wird, heißt Absonderung. Aber nichts dergleichen ist eingetreten. Eben die Expansion selbst hat zugleich das Heilmittel gegen solche Gefahren gebracht. Wenn die Expansion grundsätzlich jeden Deutschen, wo er auch flamme und feure, als Sohn des Volkes betrachtet und in politischer wie nationaler Rechnung gleichsam fortführt, so erneuert sie im Grunde den alten Personalcharakter des Stammesstaates der deutschen Vorzeit: der Staat ist gegenwärtig und vertreten nicht innerhalb der staatlichen Grenzen nur, sondern überall, wo seine Angehörigen wirken. Das Wesen des Personalstaates aber ist genossenschaftlich: als Genossen-

schaft verantwortet der Staat seine Angehörigen außerhalb wie innerhalb der Grenzen; als Genossenschaft regelt er die Lebensbeziehungen derart, daß sie dem Ganzen nach außen zugute kommen; weil genossenschaftliche Persönlichkeit, tritt er als ein ausgesprochenes und mit jeglichem Mittel einheitlicher Tätigkeit ausgestattetes Individuum ein in den Kampf der Nationen. Dies ist der Charakter des modernen Staates und des Reiches vornehmlich; und in diesem Wesen wird das Reich Herr aller jener zentrifugalen Neigungen, die sich an die Expansion knüpfen und knüpfen können. Zugleich aber liegt in dieser genossenschaftlichen Entwicklungsrichtung des modernen Staates die Sicherung vor übergreifenden Tendenzen eines einseitigen Absolutismus: so wie anderseits die starke Macht der deutschen Kronen Gewähr leisten muß, daß die genossenschaftliche Richtung nicht zu totem Aristokratismus verknöchere.

Man sieht wohl in diesen Vorgängen im Verhältnis zu dem anfänglichen Staatscharakter des Deutschen Reiches die Anfänge und teilweise schon sehr deutlichen Symptome einer ungeheuren Umwälzung liegen. Das Reich ist der Hauptsache nach noch agrarisch-autarkisch begründet worden, seine Entwicklungsrichtung dagegen wurde seit den achtziger Jahren industriell-expansiv. Hat dabei die neue Richtung den alten Charakter noch keineswegs völlig beseitigt, so wurde sie doch bald stark genug, um den Charakter des Fortschrittes zu bestimmen. Und dies ist das geschichtlich Entscheidende. Der Umschwung, der sich hier vollzog, bildet das innerste Motiv der Tragik im Leben des Fürsten Bismarck. An der Spitze der Nation als ihr letzter und gewaltigster Junker, ein Edelmann, dessen Erziehung allein schon genügt haben würde, ihn offenen Sinnes und Herzens vor jedes neue Große zu stellen, mußte er es in fortgeschrittenem Alter doch erleben, dieser neuen, mit reißender Schnelligkeit über ihn hereinbrechenden Elemente geistig doch nicht mehr völlig Herr zu werden. Und so ging nicht bloß

ein kaiserlicher Befehl, sondern die Entwicklung selbst über ihn hinweg: zum Zeichen der Tiefe und harten Schonungslosigkeit ihrer Kräfte.

Man kann zum Schluß wohl die Frage aufwerfen, ob die Entwicklung des modernen Expansionsstaates als Folge mehr äußerer Einflüsse oder innerer, immanenter Bildungsvorgänge erscheint. Die alte Milieutheorie, wie sie Montesquieu verdankt und noch heute von der politischen Geschichtschreibung gern praktiziert wird, wird mit einer Erklärung allein aus auswärtigen Einwirkungen rasch bei der Hand sein. Da läßt sich anführen, wie der bewaffnete Friede ursprünglich ein Ergebnis des deutsch-französischen Krieges für Mitteleuropa gewesen sei und ansteckend auf die anderen Mächte gewirkt habe, wie „naturgemäß" mit der Begründung des deutschen Reiches als eines Erzeugnisses auswärtiger Politik ein großer wirtschaftlicher Aufschwung gekommen sei; wie dann hierdurch ein starker Wettbewerb mit dem Auslande habe entstehen müssen, der uns jetzt vorwärts treibe usw. Gründe genug zur Beruhigung für die, welche nicht genauer zusehen wollen. In Wahrheit sind all diese Umwälzungen tiefstes Produkt innerer Entwicklung. Und derjenige, dem diese Tatsache, eine der fundamentalsten der neuesten politischen Geschichte, an der bisher gegebenen Darstellung nicht augenscheinlich geworden ist, kann den Beweis für sie allein schon der Beobachtung entnehmen, daß die moderne Expansion keineswegs nur im Reiche und für das Deutschtum eingetreten ist, sondern in allen den Staaten und Nationen, die mit der deutschen verwandte und identische Entwicklungskeime moderner Wirtschaft und Gesellschaft aufweisen, gleichgültig sogar, welcher Himmelsstrich sie beherbergt: so z. B. in Japan, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in Frankreich und England. Und eben indem dies der Fall ist, hat sich aus der Tatsache einer zeitlichen Priorität der modernen inneren Entwicklung gegenüber der äußeren auch ein ganz anderer Charakter der allgemeinen auswärtigen Politik ergeben, als

er je zuvor, als er namentlich während der fünfziger bis achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts bestanden hat. Was sich hier vollzog, war der Übergang zur modernen Weltpolitik.

3. Welche Staaten gehören der modernen Weltpolitik an? Man kann denken an Rußland, das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn, Italien, Frankreich und England in Europa, an die Vereinigten Staaten in Amerika, an Japan in Asien. Das sind die Großstaaten, die mehr oder minder, ganz oder teilweise der Entwicklung der freien Unternehmung angehören; die Staaten, denen die Vernichtung sozusagen des Raumes auf Erden durch die moderne Verkehrsentwicklung die Ubiquität gleichsam der ihnen angehörenden Glieder und damit den Charakter eines grundsätzlich überall vertretenen Personalstaates gewährt hat; die Staaten, die auf Grund dieser Tatsache überall miteinander in Beziehung stehen und eben darum ihre auswärtigen Angelegenheiten unter dem Zeichen der Weltpolitik ordnen.

Aber haben alle diese Staaten sich unter sich gleich stark in diese modernste aller Staatsformen hinein entwickelt? Keineswegs!

Über Japan ist ein Urteil, das stichhält, nur schwer zu gewinnen. Gewiß hat das Reich den Ehrgeiz, zur Reihe der modernsten Staatswesen wie zum Kreise modernster Kultur gerechnet zu werden. Und eine mächtige Partei des Landes will die so zu gewinnende Gewalt zu einer wenigstens zum Teil durchzuführenden Japanisierung Ostasiens ausnutzen. Gewiß ist weiter, daß das Reich über ein tapferes Heer und eine gute Flotte als nächste Werkzeuge zu diesem Zwecke verfügt: noch lebt in Japan aus dem Zeitalter des Lehnwesens her ein Begriff militärischer Treue, der zu höchsten Leistungen im Kriege befähigt. Aber sind die wirtschaftlichen Vorbedingungen einer vollen modernen Expansion wirklich schon geschaffen? Man muß es bezweifeln.

Solche Zweifel stellen sich auch für Rußland ein. Ruß-

land hat erst unter Alexander II. begonnen, aus verhältnismäßig sehr primitiven Wirtschaftsverhältnissen mit einem einzigen Sprunge in ein modernes Wirtschaftsleben einzutreten. Während der russische Ackerbau, trotz der Aufhebung der Leibeigenschaft, im ganzen der alte blieb, wurde Eisenbahnlinie auf Eisenbahnlinie durch die weiten Ebenen der Kronlande bis zu den trockenen und nassen Grenzen des Reiches getrieben, und es entstand, zum großen Teile mit fremdem Kapitale genährt, eine Großindustrie, nicht bloß in Polen, sondern auch im eigentlichen Rußland, in und um Moskau, im Ural, am Donez und im Süden. Und diese vornehmlich mittelrussische Industrie suchte nun dem Reiche ihren spezifischen Expansionscharakter aufzudrücken.

Ist das gelungen? Gewiß gehen jetzt russische Waren in bemerkenswerter Weise nach der Balkanhalbinsel; und Nordasien einschließlich gewisser Teile Chinas, sowie Mittelasien einschließlich Persiens sind ihr natürliches Ausfuhrgebiet. Allein ist damit schon der Charakter des ganzen Reiches als eines modernen Expansionsstaates gewährleistet? Die Beantwortung der Frage ergibt sich am besten aus der Geschichte des wirtschaftlichen Verhältnisses des Gesamtreiches zum westlichen deutschen Nachbar im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts. Die russischen Zolltarifänderungen gingen nach dem Umschwung in der Zollpolitik des Deutschen Reiches, seit Beginn der achtziger Jahre, darauf hinaus, deutschen Fabrikaten zur Beförderung der heimischen Industrieentwicklung den Vertrieb in Rußland schwer zu machen. Das Reich antwortete darauf beim Abschluß der mitteleuropäischen Verträge von 1890 und 1891 mit der Aufhebung des Meistbegünstigungsrechtes für Rußland. Darauf kam es zwischen Rußland und dem Reiche zu einem hartnäckigen Zollkriege, der bis zum Anfang des Jahres 1894 währte und nach überaus rigorosen Maßregeln beiderseits damit schloß, daß das Reich dem russischen Hauptausfuhrwerte, dem Getreide, die Zollsätze der meistbegünstigten Staaten gewährte, wo-

gegen Rußland die Zölle auf die Einfuhr deutscher Industrieerzeugnisse minderte.

Was war damit gesagt? Rußland hatte schließlich anerkennen müssen, daß es an erster Stelle ein ackerbauendes Land sei. Gewiß ergibt sich daraus eine Ausfuhr seines Getreides. Hat diese aber einen expansiven Charakter? — Ganz im Gegenteil: Rußland exportiert Getreide, um mit den Ergebnissen der Mehrausfuhr die Zinsen seiner auswärts untergebrachten Schuldtitel, also die Kosten fremder Expansion auf russischem Boden, zu zahlen.

Nicht also im Sinne eines wahrhaft modernen Staates, oder auch nur so ziemlich in diesem Sinne, ist Rußland Weltmacht. Nur sein ungeheurer Landbesitz und die hinter seiner Einwohnerschaft stehende kriegerische Kraft, die sich nach den japanischen Niederlagen von 1904/05 überdies erst wieder sammeln muß, machen es zu einer solchen. Es zählt unter den Großmächten etwa, wie ein Grundbesitzer unter städtischen Grundeigentümern zählt, der gut gelegenes Bauareal besitzt neben den bebauten Grundflächen der anderen.

Aber auch Österreich-Ungarn kann nicht eigentlich unter die modernen Weltmächte gerechnet werden, und noch weniger Italien. In dem Donaureiche befindet sich Ungarn in einer ähnlichen, wenn auch schon moderner charakterisierten Lage als Rußland, und auch in der westlichen Reichshälfte ist der Übergang zur industriellen Expansion nur in geringem Grade vollzogen. Unter diesen Umständen würde Österreich eine Rolle als volle Weltmacht nur dann spielen können, wenn es ähnliche besondere Vergünstigungen genösse wie Rußland. Das ist aber nicht der Fall: und so war der alte Kaiserstaat bis zu der energisch durchgeführten Einverleibung Bosniens (1908) in Fragen interkontinentalen Charakters an zweite Stelle getreten. Das ist aber eine Lage, die in noch höherem Grade bis zur tripolitanischen Expedition von 1911 [1] für Italien zutraf, und die hier be-

[1] Vgl. dazu Rob. Michels, Elemente zur Entstehungsgeschichte

sonders betont werden muß, weil sie, in zwei Ländern des Dreibundes gleichmäßig wiederkehrend, diesem für interkontinentale Probleme eine merkwürdige Färbung verlieh. Er war da bis 1908 und 1911 regelmäßig nur durch das Deutsche Reich vertreten; und die Frage wurde wiederholt erwogen, ob die halbe Interesselosigkeit der Mitvertragsmächte in solchen Angelegenheiten für das Deutsche Reich als Moment mehr der Stärke oder der Schwäche in Betracht kam.

Die Frage hätte noch viel entschiedener gestellt werden müssen, wenn der Zweibund, zunächst und ursprünglich auch nur rein europäischen Ursprungs, einen ausgesprochen weltpolitischen Zug hätte entwickeln können. Allein das ist ebenfalls lange Zeit hindurch nicht der Fall gewesen: trotz des häufigen Zusammengehens Rußlands und Frankreichs in internationalen Angelegenheiten und trotz der amtlichen Verkündigung einer Interessengemeinschaft in dieser Richtung. Es ist schon wegen des nicht völlig modernen Charakters des russischen Reiches nicht der Fall gewesen und konnte auch während einiger Zeit nicht eintreten bei der Lage Frankreichs. Die französische auswärtige Politik ist seit 1870 neben dem Revanchegeschrei allerdings in steigendem Maße mit kolonialer Expansion beschäftigt gewesen: wir werden die außerordentlichen Anstrengungen und, nach Quadratkilometern gemessen, glänzenden Ergebnisse seiner Politik in dieser Richtung noch genauer kennen lernen. Allein sind die wirtschaftlichen — und damit schließlich auch sozialen und politischen — Ergebnisse für das Mutterland derart gewesen, daß man von Frankreich als einem reichentwickelten Expansionsstaate sprechen kann? Als Tongking im Jahre 1885 gewonnen war, schwärmte man von einer Nouvelle France und rechnete mit einem raschen Steigen des französischen Handels mit Südchina auf 300 Millionen

---

des Imperialismus in Italien: Archiv f. Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik 34, 1/2 (Jan./März 1912).

Franken: — gegen Schluß des Jahrhunderts waren kaum vier Millionen erreicht. Gewiß ist die gewöhnliche deutsche Meinung, daß ein Franzose nicht kolonisieren und kultivieren könne, falsch, — längst hat Frankreich in Algier, dann auch in Tunis das Gegenteil bewiesen. Aber trotzdem ist der ungeheure Kolonialbesitz Frankreichs einstweilen gleich dem russischen zum guten Teile ein totes Kapital: es fehlt oft der Mut, die expansive Kraft, ihn zu nutzen. Und das ist eine bedenkliche Erscheinung, die im französischen Wirtschaftsleben nicht isoliert dasteht. Höchst lehrreich in dieser Hinsicht war, als ein Index gleichsam der französischen Volkswirtschaft, daß der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr um 1900 beträchtlich zurückging.

Nach Zeitschr. f. Sozialwissensch. 1900 (XI) S. 822 betrug der Einfuhrüberschuß in Milliarden Mark für

Jahr	Frankreich	England	Deutsches Reich
1891	0,90	2,33	0,97
1992	0,58	2,31	1,07
1894	0,77	3,24	1,32
1899	0,25	4,69	1,27

„Der Überschuß der Einfuhrwerte“ bezeichnet bekanntlich im allgemeinen[1] „das Maß der Forderungen, die ein Land an das Ausland hat“. Diese Forderungen also schienen in Frankreich einen Rückgang erfahren zu haben. „Es scheint, daß Frankreich sich auch hier auf sich selbst zurückzieht und ausländische Anleihen gegen inländische umwechselt, daß England als Furcht der dort bereits angesammelten Kapitalien weitere Forderungen an das Ausland und seine Kolonien erwirbt und auch die deutsche Kapitalkraft sich immer mehr mit der des Auslandes verflicht.“ Oder anders ausgedrückt: selbst in den schwer zu kontrollierenden Beziehungen der Zahlungsbilanz erwies sich Frankreich als in seiner Expansionskraft zurückgehend. Daß dies aber in seinen kolonialen Machtbeziehungen gewißlich der Fall war,

[1] S. dazu oben S. 456 ff.

konnte nach den drei großen Niederlagen gegen England in Siam, am Niger und am oberen Nil (Faschoda) schwerlich noch bezweifelt werden.

So blieben unter den Mächten, die heute in die Weltpolitik eingreifen und deren Konzert auszumachen bestrebt sind, eigentlich nur drei ganz moderne Staatswesen, drei auf voller Höhe der jüngsten Entwicklung stehende zurück: England, das Deutsche Reich und die Vereinigten Staaten? Gewiß: eben dies ist eine der fundamentalen Tatsachen der neuesten äußeren Geschichte. Was sie aber zu einer noch besonders bedeutungsvollen macht: alle diese Mächte sind germanisch. Mögen ferne Zeiten die Erde einmal slawisch oder mongolisch sehen: dem Germanen gehört wie die Welt der jüngsten Vergangenheit so die der Gegenwart und der absehbaren Zukunft. Und erst in dem Rahmen dieser Erkenntnis gewinnen die Ereignisse von 1866 und 1870, gewinnt der Aufschwung des Deutschtums im Reiche und um das Reich herum seit 1870 seine volle Bedeutung.

Freilich: alsbald erhebt sich die Frage nach dem Verhältnis der drei Vettern untereinander: des Deutschen, des Angelsachsen und des angloteutonischen Amerikaners. Und für den Deutschen insbesondere taucht die bange Unterfrage auf: ob er dereinstens mehr oder weniger als minder beitragendes, als gleichsam weibliches Prinzip in einem universalen Anglosaxonismus politisch untergehen werde, ähnlich wie die Deutschamerikaner bei der Bildung der neuen amerikanisch-germanischen Rasse als ein sekundäres Prinzip aufzugehen drohen in einem abgewandelten Angelsachsentum: — oder ob er als durchaus machtvoller und selbständiger Rassevertreter teilnehmen werde an der Herrschaft der Welt.

Es sind Probleme, auf welche hier, wenn wir vom Rasseelement und allerjüngsten Entwicklungen absehen, nur leichte Reflexe der politischen Geschichte jüngster Vergangenheit fallen können: und diese Reflexe wiederum können nur ausgehen von der Betrachtung der verschiedenartigen Ent-

stehung und Durchbildung der Expansion in den verwandten drei Staaten[1].

Weitaus am frühesten sind moderner Staat und moderne Expansion in England entwickelt worden. Sieht man von einer einleitenden Expansionsperiode in den Jahren etwa 1770—1815 ab, für die man rechnen kann, daß England durch Verluste Spaniens, Frankreichs, Portugals und der Niederlande etwa dreiviertel Milliarde Mark jährlicher Ein- und Ausfuhr zugewachsen ist, so haben Gebietserweiterung und Volksvermehrung namentlich in den letzten beiden Menschenaltern erstaunliche Fortschritte gemacht. Die Landstrecken, die unter englischer Herrschaft oder englischem Einflusse stehen, sind etwa um das Anderthalbfache des Areals des europäischen Rußlands vergrößert worden; die Bevölkerung des Mutterlandes ist um etwa 14 Millionen Seelen gestiegen, und die weiße britische Kolonialbevölkerung hat sich von 1½ auf 10½ Millionen vermehrt. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte England außerhalb Europas etwa 60 Reiche, Kolonien und „dependencies" sehr verschiedener Gattung. Unter den Reichen stand dabei im Vordergrunde das Kaisertum Indien, unter den militärisch besetzten Gebieten Ägypten, unter den Schutzstaaten mit oder ohne vasallitische Bindung Zanzibar, unter dem Handelsgesellschaftsbereiche das afrikanische mit Freibentercharakter: Nigerprotektorat und Rhodesia. Im ganzen handelte es sich um 23 Millionen Quadratkilometer und 320 Millionen Einwohner, 17 vom Hundert der festen Erdoberfläche und 21 vom Hundert der lebenden Menschheit.

Der Höhepunkt in der Entwicklung dieses ungeheuren Expansionsreiches muß wohl, trotz starker Landzunahme auch noch in späteren Zeiten, in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts gesucht werden. Vor allem nach dem Krimkriege, seit etwa dem Jahre 1856, begann

---

[1] An dem Texte von S. 522 oben bis S. 531 ist gegenüber dem früheren Texte von ca. 1902 absichtlich nichts geändert.

die eigentliche Blütezeit: damals war England der einzige Expansionsstaat der Welt; ohne Wettbewerb, in wirklich stolzer Isolierung lebte es dahin, seiner selbst noch völlig sicher und der naiven Zuversicht, daß alle Tore der Welt ihm ständig offen bleiben würden.

Diese Lage erhielt ihre erste Trübung in den sechziger Jahren: der zunehmende Welthandel der Konkurrenten, das Aufblühen der Vereinigten Staaten nach dem Sezessionskrieg, die drohende Einigung des deutschen Volkes nach dem Bruderkriege von 1866 riefen eine erste deutlichere Vorstellung davon hervor, daß man nicht allein in der Welt sei, und daß der bisherigen naiven Expansion, wie sie altem angelsächsischem Wagemut und germanischer Eroberungssucht verdankt wurde, eine Periode straffer Zusammenfassung der Volkskräfte zur Erhaltung und Mehrung des Errungenen werde folgen müssen. Zum ersten scharfen Ausdruck kam diese neue Anschauung in dem Abflauen der unbedingten Begeisterung für das System des Freihandels und, soweit es sich um positive Ziele handelte, in neuen politischen Anschauungen, wie sie am frühesten zusammenhängend in der Broschüre von Charles Dilke: Greater Britain, a record of travel in English speaking countries during 1866—1867 vorgetragen wurden. In den siebziger Jahren gab dann die genauere Beobachtung des Verlaufes von Einfuhr und Ausfuhr, so wie man ihrer damals pflog, schon Anlaß zu stärkeren Bedenken. In raschem Aufstieg war die englische Ausfuhr von 1859 bis 1870/74 von 1940 auf 4700 Millionen Mark (auf den Kopf der Bevölkerung von 70,2 auf 147,3 Mark) hinaufgegangen: dann aber blieb sie in beängstigender Weise stehen. Und auch die Einfuhr ergab sich von 1875—1879 als stationär. Zwar sind dem wiederum bessere Zeiten gefolgt. Von einem eigentlichen Rückgange konnte schließlich, wenn man an den Export- und Importzahlen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts mißt, nicht die Rede sein. Die Ausfuhr zeigte weiterhin ein ruhiges Wachstum und hob sich auf über 5 Milliarden

Mark. Die Einfuhr ergab einen immer höheren Überschuß, der sich schließlich bis auf 3 Milliarden belief: an sich und zunächst ein Zeichen zunehmender Expansion. Aber an diese enorme Summe ließ sich schon die Frage knüpfen, ob selbst ein Gläubigerland wie England sie Jahr für Jahr decke und decken könne, ohne vom Kapital zu zehren. Zudem ergab sich für den gesteigerten Export immer deutlicher eine Schwierigkeit, die zu starken inneren Umwälzungen führen mußte. England war als ältestes Exportindustrieland in hohem Grade auf den Stapelexport angewiesen: eben mit Stapelartikeln hatte es die Welt wirtschaftlich erobert. Nun traten aber jüngere Konkurrenten auf, vor allem Deutschland, welche die Artikel spezialisierten und intensivierten. Wie sollte England da seine alten Märkte behalten? Dies vermochte es nur, wenn es sich einmal der neuen Methode anpaßte und sich weiterhin in seinen Kolonien durch deren engeren handelspolitischen Anschluß an das Mutterland Vorzugsmärkte schuf.

In beiden Richtungen wurden Bestrebungen in England etwa seit Mitte der achtziger Jahre bemerkbar: die erste vornehmlich in der Textilindustrie und dem Schiffsbau, in Manchester und Glasgow gepflegt, die letztere Ausdruck der politischen und wirtschaftlichen Anschauungen der Midlandgrafschaften und der black country, der Kohle- und Eisengegend, Sheffields und Birminghams.

Nun sieht man wohl, daß diese Bestrebungen einander nicht ausschließen. Aber nicht darauf kommt es an, sondern darauf vielmehr, welche von beiden für England leichter zu verwirklichen ist. Und da sprach um das Jahr 1900 noch die Wahrscheinlichkeit für das zweite Glied der Alternative. In dieser Richtung, in der Ausbildung des sogenannten Imperialismus, der Anschauung, wonach England durch engere Zusammenfassung der weit zerstreuten Teile seines ungeheuren Herrschaftsbereiches das Römerwort zur Wahrheit zu machen habe: Tu regere imperio populos, Romane, memento! hat sich denn vornehmlich auch die weitere Ent-

wicklung bis etwa zur Mitte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts bewegt. Dies waren die Zukunftshoffnungen, die Historiker und Ethnographen wie Seeley und Froude aus der Betrachtung der Vergangenheit wie Gegenwart der Menschheit in englischen Herzen weckten; dies neue Herrschaftsideal besang Rudyard Kipling; dies Ideal zu verwirklichen war der Traum Joseph Chamberlains, des ehemaligen Schraubenfabrikanten von Birmingham.

Und liegt dies Ideal, erweitern wir es ein wenig zu dem Gedanken einer unbedingten Expansion der englischen Herrschaft, nicht ganz in der Richtung der englischen Volksseele? Nicht umsonst fühlt der Engländer Angelsachsen- und Normannenblut in seinen Adern: die Freibeuter zur See unter den Germanen sind seine Ahnen. Wie die Wikingerkönige des Nordens Jahrhunderte hindurch die Küsten Europas als ihr natürliches Ausbeutungsgebiet betrachteten, so ist der Engländer zum letzten großen Konquistador der Welt geworden. Erobert zum großen Teile ist dies Reich worden, nicht durch vordringende Wirtschaftseinflüsse erworben; ein Wort wie das von Tacitus den Germanen in den Mund gelegte: iners videtur sudore acquirere, quod possis sanguine parare, könnte englischer Wahlspruch sein. Und dies Reich sollte sich nun erhalten, indem es die deutsche Methode des Eindringens auf wirtschaftlichem Wege annimmt? Es wäre ein jedes geschichtlichen Verständnisses bares Verfahren, wäre Selbstmord.

Eine andere Frage ist, ob sich das andere, der Volksseele mehr zusagende Verfahren durchführen lassen wird. Der Wagemut des Freibeuters ist in dem England der letzten zwei Generationen umgesetzt worden in die überlegte Kühnheit des Kaufmannes und in fast nichts als diese: wird diese sich aber den Anforderungen eines Expansionswettbewerbes mit anderen Mächten gewachsen zeigen, zumal wenn ihr eine Heeres- und Flottenmacht zur Seite steht, die trotz aller Opfer der letzten Jahrzehnte und nament-

lich Jahre noch keineswegs als genügend erachtet werden muß? Und wird sich die Einigkeit unter allen Denominationen englischen Wesens auf der Welt wirklich herstellen lassen als die Voraussetzung eines geschlossenen Expansionsstaates Größer-Britannien?

Schwere Fragen, die sich vermehren ließen, und die gleichwohl den Kern des Problems noch nicht berühren. Denn dessen eigentlichstes Wesen liegt in der Tatsache beschlossen — und hier greift die Erzählung auf die erste Seite der oben aufgestellten Alternative zurück —, daß der Typus des Expansionsstaates, den England vertritt, seit den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts im Veralten begriffen ist.

Was England groß gemacht hat, war Eroberung, verbunden mit im Grunde vielfach gewaltsamer Aufdrängung industrieller Erzeugnisse, so wie diese die englische, zum guten Teile noch rein aus der Empirie her erwachsene Technik lieferte. Nun zeigte sich aber seit etwa 1870 immer deutlicher, daß England das Monopol der Eroberung in aller Welt nicht fürder besitzen werde. Frankreich rührte sich, Rußland wurde unbequem, die Welt schien vergeben: dennoch drangen auch noch junge germanische Konkurrenten in sie ein, das Deutsche Reich und die Vereinigten Staaten. So trat unter gegenseitiger Begrenzung der Eroberungstendenzen die Technik und der auf ihr beruhende friedliche Export ganz anders als bisher ausschlaggebend ein in den Wettkampf der Weltmächte. Hier aber zeigte sich, daß der jüngere deutsche Wettbewerb überlegen war: industriell und kommerziell. Und in beiden Richtungen vermöge einer Eigenschaft, die England abging, vermöge der Fähigkeit einer wissenschaftlich-methodischen Lösung der vorliegenden Probleme. Polytechniken und neuerdings auch Handelshochschulen, das waren die schließlich doch unnachahmlichen Waffen des neuen Gegners: neben die Kraft, die auch dem Engländer niemals versagt hatte, setzte er als neues Kampfmittel zur Eroberung der Welt die Geschmeidigkeit.

Der Erfolg ist bekannt. Es gelang England nicht, dieses Gegners in der wünschenswerten Weise, und das hieß bis zur Vernichtung, Herr zu werden.

Aber schon erwuchs beiden Kämpfern, dem Engländer wie dem Deutschen, ein neuer Gegner aus eignem Blute: der Nordamerikaner. Kann man beim Engländer von Empirie und Technik als den Zaubermitteln friedlicher Expansion sprechen und beim Deutschen von Technik und Methode, so lautet die Formel für das Zaubermittel des Amerikaners auf Technik und Organisationskraft. Denn das, was ihn wirtschaftlich groß gemacht hat, ist die folgerichtig strenge, also unter Umständen rücksichtslose Durchführung einer bis ins kleinste gehenden Teilung der modernen technischen Arbeit und eine entsprechende Arbeitsvereinigung unter starker Unifikation der Verkaufsbedingungen und daher wesentlicher Vereinfachung des Schreib- und Rechnungswesens, — ist eine neue, intensivere Form des Wirtschaftslebens der Unternehmung und damit auch eine neue, höhere, dritte Form der Expansion neben der älteren englischen und deutschen.

Es ist ein Zusammenhang, aus dem zugleich hervorgeht, daß die Vereinigten Staaten später in das moderne Wirtschaftsleben eingetreten sind als die germanischen Weltmächte Europas. In der Tat: wie spät hat sich die Union auch nur territorial abgeschlossen! Erst im Beginne des 19. Jahrhunderts wurde das französische Louisiana gekauft; erst gegen Schluß des zweiten Jahrzehnts das spanische Florida erworben; erst im Frieden von Guadelupe Hidalgo (1848) Kalifornien gewonnen: erst seit Ende der vierziger Jahre umspülen also Atlantischer und Stiller Ozean sowie die Wässer des Mexikanischen Golfs zugleich die Gestade des Freistaats. Dann brachten die nächsten Jahrzehnte durch die Erschließung Japans (1854) und die Folgeerscheinungen des Sezessionskrieges erst die Voraussetzungen allseitiger Expansion und innerer Festigung; erst das letzte Menschenalter, ja auch dieses erst namentlich in seinen letzten Dritteln, sah die Vereinigten

Staaten zur Weltmacht emporwachsen. Wie aber mit diesem zunächst äußeren Entwicklungsgang der innere Schritt hielt, zeigt der trotz aller Einwanderung zumeist minder bemittelter Elemente ständig gestiegene Reichtum des Landes: im Jahre 1870 entfiel auf den Kopf der Bevölkerung 1200 Mark Kapital; 1880 war dies Kapital auf 2000, 1890 auf 4000 Mark gestiegen.

In die Reihe der Expansionsstaaten brauchte die Union freilich trotz dieser reißenden Entwicklung an sich noch keineswegs früh einzutreten. Noch ist sie verhältnismäßig gering bevölkert, wenngleich der Boden, der um 1800 etwa fünfeinhalb Millionen Bewohner trug, um 1900 deren 85 Millionen nährte, und die Yankees übertreibend sich rühmen: There is plenty for five hundred millions! Was aber ebenso wichtig ist: die Union mit ihrem gewaltigen, sehr entgegengesetzte Klimate umfassenden Gebiete ist in der glücklichen Lage eines, wenn notwendig, beinah völlig sich selbst genügenden Staates: sie bedarf der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen fast nicht. Unter diesen Umständen wurde sie expansiv erst auf Grund der rapiden Entwicklung einer Industrie, die ungeheure Summen von Stapelwerten schuf und für deren Absatz derselben sorgen mußte; und diese Industrie wiederum wurde durch eine immer mehr ausgedehnte Schutzzollpolitik in besonders raschem Tempo emporgezüchtet.

Zeigt es sich an dieser Stelle, wie stark die wirtschaftliche Bewegung in der Union alsbald von innen her politisch gefördert wurde, da der Zugang der wirtschaftlich reproduzierenden Kreise zur obersten Gewalt verhältnismäßig leicht ist, so kam ein anderer Umstand der äußeren Entwicklung hinzu, um der Expansion der Staaten schon verhältnismäßig sehr früh auch nach außen hin einen völlig ausgeprägten politischen Charakter zu geben.

In der besonderen Art der Entwicklung der Vereinigten Staaten zu einem selbständigen Staatswesen lag es begründet, daß man Europa ebenso leicht mißtraute, wie man

nichts mit ihm zu tun haben wollte. Diese Gefühle waren es, die in einer Botschaft des Präsidenten Monroe vom Dezember 1823 dahin kodifiziert wurden, daß man keine Kolonisation europäischer Mächte auf den amerikanischen Kontinenten zulassen wolle, und daß für die Union gegenüber europäischen Angelegenheiten ebenso wie für Europa gegenüber den Angelegenheiten der Union der Grundsatz der Nichteinmischung herrschen solle. Diese beiden Grundsätze sind nun niemals ganz befolgt, wohl aber bis in die siebziger Jahre hinein ihrem ursprünglichen Sinne nach als Prinzipien politischen Handels festgehalten worden.

Charakteristisch aber war, daß sie mit beginnender wirtschaftlicher Expansion rasch als eine höchst geeignete Grundlage erkannt wurden, um weitere Forderungen geltendzumachen. Denn die amerikanische Expansion begnügt sich keineswegs mit dem Ziele: Amerika den Amerikanern; sie ist wie die englische imperialistisch und bedeutet im tiefsten Grunde Anspruch auf Weltherrschaft. Schon im Jahre 1869 erklärte der Präsident Grant, auf der Monroelehre fußend, daß „amerikanische Dependenzen nicht mehr von einer europäischen Macht auf eine andere übertragen werden sollten"; und aus dem Jahre 1870 kennt man eine Äußerung des Staatssekretärs Fish, daß die Zeit kommen werde, da Amerika durch freiwillige Entfernung der europäischen Regierungen vom Kontinent und auch von den benachbarten Inseln wieder ganz amerikanisch sein werde. Schon die nächsten Jahrzehnte haben dann, parallel der steigenden wirtschaftlichen Expansion, eine recht beträchtlich fortschreitende Ausführung dieses Programms gesehen. Den eigentlichen Moment des Umschwunges in dieser Entwicklung aber brachte der spanisch-amerikanische Krieg (1898) und die Eroberung Kubas. Und der Ausgang dieses Krieges wies zugleich weiter. Der Pariser Friede sprach der Union auch die Philippinen zu: der Grundsatz der Nichtintervention war gegenüber Asien verlassen, wie er jüngst wiederholt, z. B. in der Behandlung rumänischer Dinge, gegenüber Europa

verlassen worden ist; frei in alle Welt hinein, und vornehmlich in die Machtsphäre des Stillen Ozeans, strebte die Republik. Die amerikanische Hälfte der Welt der Union: das mindestens wurde zum Ziel der heute führenden Kreise. Und die Botschaft, mit der Präsident Roosevelt im Dezember 1901 den Kongreß eröffnete, sprach nicht nur dieses Ziel ziemlich unverhüllt aus, sondern handelte auch von allen Mitteln eines expansiven Imperialismus: von Stärkung der Kriegsmittel des Staates, von Förderung der Handelsmarine, von energischer Schutzzollpolitik nach dem Grundsatze der Reziprozität, von Beschränkung der Einwanderung. So besteht denn kein Zweifel: die Union ist der dritte, jüngste germanische Expansionsstaat; gleich dem Deutschen Reiche wird sie England die Welt streitig machen: und schon muß für ein Verständnis der jüngsten Entwicklungsphasen der Weltpolitik das Maß der Kräfte ungefähr umschrieben werden, mit dem jeder dieser Staaten sich nunmehr in der Arena gegenwärtiger und künftiger Kämpfe bewegt[1].

4. Soll da an erster Stelle vom Deutschen Reiche gesprochen werden, so ist keinen Augenblick zu verkennen, daß es für den ungeheuren, hier bevorstehenden und begonnenen Wettkampf weit schlechter ausgerüstet ist als die Staaten der germanischen Vettern, und daß daher für sein Vorgehen äußerste Vorsicht geboten ist: wenn nicht gar eine Politik des Abwartens — eine Politik, wie sie wohl die Bismarcks gewesen sein würde — in gewissen Richtungen als am geratensten erscheinen kann.

Das Reich ist zunächst wirtschaftlich kein autarkischer

[1] Vgl. zu dem Vorhergehenden und Folgenden die lehrreichen Ausführungen von Otto Hoetzsch in den Alldeutschen Bll. 1903, Nr. 10, 12, 13. — Ich bemerke nochmals ausdrücklich, daß in den folgenden Blättern bis zum Schlusse, wie in den vorhergehenden von S. 522 ab, abgesehen von einigen nebensächlichen Bemerkungen, nichts geändert worden ist.

Staat; es bedarf unter allen Umständen der Zufuhr, und es ist für einen der wichtigsten Artikel dieser, für die Baumwolle, auf mindestens lange Zeit noch in hohem Grade von einem der Nebenbuhler, von den Vereinigten Staaten, abhängig. Es birgt ferner in sich eine Rasse, die noch in gewissem Sinne unfertig ist und sich daher anderen Rasseeinflüssen, vor allem gerade angelsächsischen, nur zu leicht unterordnet. Sieht man aber in diesem Zusammenhange vom Reiche ab und rechnet vielmehr mit der Nation, so ergibt sich wiederum die fehlende nationale Einheit als schwerer Mangel. Und kann man ihn etwa von dem Gedanken her als ausgeschlossen betrachten, daß eben die Expansion auch zur nationalen Einheit führen werde oder gar müsse? Keineswegs! Dem Expansionsstaat als solchem ist ein Nationalitätsideal keineswegs unbedingt eingeschrieben; und es ließe sich sogar denken, daß das Ideal des Expansionsstaates im 20. Jahrhundert eben das Ideal des Nationalstaates des 19. Jahrhunderts in hohem Grade ablösen, ja zerstören könnte. Nimmt man zu alledem noch hinzu, daß das deutsche Wirtschaftsleben heutzutage keineswegs noch über die allermodernsten Formen der Wirtschaftsentwicklung verfügt, daß diese vielmehr auf amerikanischem Boden erwachsen und von diesem aus eines, ihre Wirkung selbstverständlich abschwächenden Exportes nach Europa bedürfen, so wird man die Aussichten des Reiches trotz außerordentlicher Leistungen seiner Bevölkerung auch noch in jüngster Vergangenheit nicht allzu rosig anschlagen dürfen.

Und ist es ein Trost, daß die Kampfesrüstung Englands in mancher Hinsicht noch weniger zu genügen scheint? Denn hier sind die Formen des Wirtschaftslebens noch mehr veraltet, hier ist die Abhängigkeit vom Import des Auslandes noch ungleich stärker ausgeprägt — und hier wird sich noch weniger eine wirksame Zusammenfassung der so unendlich über den Erdball zerstreuten nationalen Kräfte erreichen lassen. Ein wirksamer Zusammenhang! An der Möglichkeit eines mit einem kleineren Schutzzollzaune umzogenen

englischen Universalreiches ist gewiß nicht zu zweifeln. Aber wird ein solches Reich der Nation die Kräfte eines großen Daseins erweitern oder gar von neuem schaffen helfen? Nicht bloß der alte Erfahrungssatz, daß politische Gewalten nicht durch die Mittel erhöht oder gefristet werden, denen sie ihr Dasein verdanken, spricht dagegen. Der moderne Staat, und der englische zumeist, trägt einen freien genossenschaftlichen Charakter. Wann aber hätten sich Genossenschaften in aufsteigender Entwicklung bewegt, die sich peinlich abschließen? Oder haben etwa die Anfänge eines solchen Abschlusses seit Mitte der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts, hat das Made in Germany-Gesetz, haben die kanadischen Versuche eines Anfangs der Zollunion England genützt?

So scheint der jüngsten aller germanischen Bildungen, der amerikanischen, die Palme des Sieges zu winken.

Gewiß ist, daß die Vereinigten Staaten seit den letzten Jahrzehnten in einer außerordentlichen Ausdehnung ihres Einflusses begriffen sind; und schwerlich mag diese Entwicklung dem abmessenden Auge der Gegenwart zu groß erscheinen: eher ist anzunehmen, daß ihr Umfang noch nicht völlig überblickt wird. Daß sie aber, wie jenes Ereignis der politischen Geschichte nach seiner singulären Seite hin, durch Zufälle, gelbe Gefahr, physiologische Veränderungen der Rasse usw. unterbrochen werden kann, wer will es leugnen?

Aber im ganzen überwiegen doch wohl die Lichtseiten der amerikanischen Entwicklung. Freilich wird sich, führen wir sie uns jetzt nach einigen Seiten hin vor, zeigen, daß auch Deutschland sich, wenigstens der eigentlichen Potenz, dem Können nach, neben Amerika sehen zu lassen vermag.

Für das Verhältnis der Industrien der großen Weltmächte zueinander sind namentlich die Zustände und Fortschritte in der Textilindustrie und in der sogenannten schweren Industrie, der des Eisens und der Kohle, von Bedeutung. Da hat nun die Union in der ausgedehntesten aller Textilindustrien, derjenigen der Baumwolle, sofort den Vorteil

für sich, daß sie etwa drei Viertel allen Rohmaterials auf Erden erzeugt. In der schweren Industrie aber gibt der Kohlenverbrauch das beste Motiv zu einem schlagenden, wenn auch etwas rohen Vergleich ab. Die Union verbrauchte um die Wende des 19. Jahrhunderts davon schon weit über 200 Millionen Tonnen, England über 150, das Deutsche Reich gegen 150 Millionen. Zur richtigen Schätzung dieser Werte sei weiterhin angeführt, daß Frankreich um dieselbe Zeit mit noch nicht 50, Österreich-Ungarn mit noch nicht 15 Millionen Tonnen auskam. Was die Roheisenproduktion anging, der sich ein weiterer wichtiger Vergleich entnehmen läßt, so werden gegen 1900 auf der Erde jährlich etwa 40 Millionen Tonnen erzeugt. Von dieser ungeheuren Menge erbliesen die drei großen germanischen Reiche allein vier Fünftel. Unter ihnen aber war England in der letzten Zeit recht zurückgetreten. Im Jahre 1871 war es noch mit 54 vom Hundert an der Weltproduktion beteiligt, das Deutsche Reich dagegen nur mit 14 und die Union gar nur mit 11 vom Hundert. Zwanzig Jahre darauf hatte sich das Verhältnis dahin gewandelt, daß in allen drei Reichen ungefähr gleich viel erzeugt wurde. Dann aber schlug die Union die beiden anderen Konkurrenten; und um die Jahrhundertwende entfiel auf sie schon ein Drittel der Gesamtproduktion. Und dies alles, obwohl in der Eisenerzeugung wie auch im Kohlenbau die Vorbedingungen für England wie für das Deutsche Reich keineswegs ungünstig sind! Denn was speziell das Reich angeht, so hat es große Erzlager und birgt nahezu ein Drittel der europäischen Kohlenschätze; und kaum mehr als einige Prozente dieses Reichtums sind bisher ausgebeutet. Welch ein Vorteil gegenüber ganzen oder halben Erdteilen wie Afrika oder Südamerika, die im hohen Grade der Kohle ermangeln! Aber freilich: die germanischen Weltstaaten sind alle reich mit Eisen und Kohle ausgestattet und werden darin wohl nur von China, dem Dornröschen noch immer der Wirtschaftsgeschichte der Gegenwart, übertroffen.

Natürlich drängen so gewaltige Industrien auf Expansion und Ausfuhr: sie recht eigentlich haben den Grundton in dem Exportwettbewerb der drei großen germanischen Staaten abgegeben. In diesem Wettbewerb war zwar England anfangs und lange unbestrittener Sieger, aber seit den letzten Jahrzehnten mußte es mit ansehen, wie es verhältnismäßig zunächst vom Deutschen Reiche überholt wurde. Nach dem freilich wenig zuverlässigen Mulhall würde sich für die Periode von 1880—1900 eine Vermehrung des Außenhandels von 34 vom Hundert für England, von 46 vom Hundert für das Deutsche Reich ergeben. Dabei war England allerdings an der Versorgung des Weltmarktes mit Fabrikaten absolut noch immer mehr beteiligt; sein prozentualer Anteil würde, wenn man den Österreich-Ungarns mit 1 ansetzt, 6,4 betragen haben, derjenige des Reiches dagegen nur 3,9 (der Frankreichs 2,7). Aber ist es denn für England ein so besonderer Vorteil, mehr „industrialisiert", mehr auf das Ausland angewiesen zu sein als das Reich? Im Reiche gibt es noch immer recht bedeutende Industrien, die fast nur oder doch ganz vornehmlich von der Deckung des inländischen Bedarfes leben, darunter u. a. auch die Spinnereien und die Eisenwerke; und gegen Ende des 19. Jahrhunderts betrug in der ganzen deutschen Großindustrie der Wert der Ausfuhr erst ein Viertel der gesamten Erzeugung. So kam denn die Expansion wohl zu ihrem Recht; allein daneben hatte die Fundamentierung im Inland nicht gelitten; und wer weiß, ob sie für die nächste Zukunft in ihrer weiteren Entwicklung nicht von auch verhältnismäßig ungleich größerer Bedeutung sein wird als die Expansion. Läßt aber sich das gleiche auch von England sagen?

Erweitern wir indes von diesem Punkte aus die Vergleichung auf die Union, so zeigt sich sofort deren Überlegenheit: welch ungeheures Gebiet inländischen Bedarfes steht ihrer Industrie zu Gebote, und wie leicht kann es durch rigorose Schutzzölle geschlossen werden, da es fast alle wirtschaftlich wertvollen Rohstoffe erzeugt!

Trotzdem — und zum Teil auch deshalb — hat sich die Industrie der Union auch im höchsten Grade expansiv betätigt. Für den Zeitraum, der durch die Perioden von 1887 bis 1891 und von 1892—1896 gebildet wird, hat Yves Guyot berechnet, daß die Ausfuhr, an ihrem Werte gemessen, für Belgien um 3,5 vom Hundert, für Frankreich um 5,5, für England um 7 und auch für das Deutsche Reich um 1,7 vom Hundert gesunken ist: für die Vereinigten Staaten ist sie um 18 vom Hundert gestiegen. Dieses für die Union so überaus günstige Verhältnis hat sich aber nicht bloß fortgesetzt, sondern noch verbessert. Und dabei bestand die Einfuhr der Union in steigendem Maße aus Rohstoffen zu produktiver Verwendung, die Ausfuhr dagegen wachsend in Industrieartikeln! Wie lange wird es da währen, bis sich der amerikanische Industrielle unbestritten zum ersten Industriellen, der amerikanische Kaufmann zum ersten Kaufmann der Welt entwickelt haben wird? Schon jetzt sind die Vereinigten Staaten in der Aktivität ihrer Handelsbilanz die erste Weltmacht.

Ein Trost in dieser Lage war für manchen Deutschen um 1900 noch die Unterlegenheit der Union im Seetransport: ihre Handelsflotte, sah man von derjenigen der großen Binnenseen des Landes ab, war der deutschen in keiner Weise gewachsen, und der Anteil dieser Flotte an der Besorgung des amerikanischen Handels ging sogar bis 1901 derart zurück, daß es bei Fortdauer der gleichen Entwicklungsrichtung im Jahr 1916 eine amerikanische Handelsflotte überhaupt nicht mehr gegeben haben würde. Aber wie rasch hat sich auch diese Lage geändert! Schon gegen Schluß des alten Jahrhunderts begannen in der Union die stärksten Anstrengungen, eine eigene Handelsflotte zu schaffen; und da sie nicht aus dem Boden gestampft werden konnte, so half man sich schließlich auf andere Weise. Im Mai 1901 hörte die Welt zuerst von dem großen Schiffahrtstrust Pierpont Morgans; ein Jahr darauf war er Wirklichkeit geworden. Wie das amerikanische Kapital, zum

größten Teile auf dem Wege des Trustes, in den englischen Schiffsbau eingedrungen war und auch schon in den englischen Eisenbahnbetrieb übergreift, so hatte es sich auf diesem Wege einer stattlichen Flotte von 118 Schiffen mit einem Gehalte von fast 900 000 Tonnen bemächtigt, die bis dahin englisch selbständig gewesen waren. Und mehr! Mit diesem neuerworbenen Machtmaterial der 118 Schiffe in der Hand hatte es die beiden größten deutschen Schiffahrtsgesellschaften, den Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie, mit ihren 256 Schiffen und 1½ Millionen Tonnen gezwungen, sich ihm anzugliedern, wenn auch noch in Formen, durch welche die deutsche Selbständigkeit nach Kräften gewahrt blieb! Die letzte große Lücke in der Ausrüstung der Union für die internationale Expansion schien damit beseitigt, um so mehr, als die gleichzeitige energische Inangriffnahme des mittelamerikanischen Kanals eine außerordentliche Verstärkung der amerikanischen Seegewalt für nahe Zukunft in Aussicht stellte: ernstlicher konnte nun der Wettbewerb mit Europa und vornehmlich mit England und Deutschland beginnen.

Nun ist freilich Morgans Trust inzwischen zerplatzt. Aber um so eifriger hat man die unmittelbare Schaffung einer amerikanischen Handelsflotte wie auch einer großen Kriegsmarine in die Hand genommen. Zudem: war denn der Schiffstrust die einzige Form, in der amerikanisches Kapital bereits in Europa eingedrungen war? Von 1868 bis 1900 hatte sich die Bevölkerung der Union verdoppelt und war der Geldvorrat im Lande um 50 vom Hundert, das ist auf 30,6 Dollars für den Kopf, gestiegen, während sich gleichzeitig die Nationalschuld von 67,10 auf 14,52 Dollars verringert hatte — es ist nur ein kleiner Ausschnitt aus den enormen Vorgängen der amerikanischen Kapitalbildung im letzten Menschenalter. Und schon diese Kapitalien sollten durchaus nur daheim Platz gefunden haben? Nicht bloß in der Form der Ausfuhr namentlich auch von Fabrikaten waren sie nach Europa übergeströmt; auch in direkter Über-

tragung von Geld und Geldeswert waren sie flügge geworden. Zunächst und noch heute vielfach in der Form, daß in Europa gesessene und gehandelte Aktien und Obligationen amerikanischer Unternehmungen in das Emissionsland zurückgegangen waren und zurückgingen. So sind z. B. gelegentlich amerikanische Eisenbahnwerte in großen Massen zurückgekauft worden. Daneben aber, und das ist für die internationale Lage wohl noch viel wichtiger, trat die Union auch als europäischer Kreditgeber auf: seit Herbst 1898. Seitdem sind in New York Anleihen auswärtiger Staaten aufgelegt und ausländische Effekten angekauft worden. Und auch hiermit noch nicht genug. Direkt in europäischen Unternehmungen amerikanischer Initiative und amerikanischen Ursprunges wurde amerikanisches Geld angelegt; bis zu welchem Grade tatsächlich besonders in England, darüber unterrichtet vor allem Heads tief pessimistisches Buch Americanisation of the world, mit welchen Absichten für Europa in Vergangenheit und Zukunft, davon kann man sich nach der Broschüre des früheren Unterstaatssekretärs im Schatzamte der Union Frank A. Vanderlip über das Eindringen Amerikas in das europäische Wirtschaftsgebiet eine Vorstellung machen.

Soweit nun in diesem Zusammenhange England und das Deutsche Reich in Betracht kommen, ist freilich England bisher weit mehr der leidende Teil gewesen, und fast scheint es manchmal schon, als wollten sich ruhig denkende Engländer mit der Amerikanisierung ihrer Heimat, mit der Hoffnung auf eine neuere, höhere Kultur des Angelsachsentums jenseits des Meeres abfinden.

Aber auch das Deutsche Reich ist von der Expansion des amerikanischen Kapitals keineswegs verschont geblieben: man erinnere sich der Versuche des Tobacco-Trusts, bei uns Fuß zu fassen, ferner der zähen Bemühungen der Amerikaner, in die deutsche Kaliindustrie einzudringen, endlich der Begebung von 80 Millionen vierprozentiger deutscher Reichsanleihe in New York und der Tatsache, daß sich

schon um 1900 ein Betrag von etwa 200 Millionen Mark deutscher Effekten in amerikanischen Händen befinden mochte. Und hat sich das Reich bisher zu irgendwelcher Gegenwehr gegen die mit dieser Invasion drohenden Gefahren aufgerafft? Die Zollpolitik gegenüber dem angreifenden Verhalten der Union, wie sie bisher vom Reiche verfolgt worden ist, vielleicht auch andere wesentliche Teile der äußeren Politik des Reiches gegenüber den Vereinigten Staaten können nicht anders als inkonsequent und schwächlich genannt werden.

Aber nicht daheim drohen dem Reiche die stärksten Gefahren amerikanischer, besonders kapitalistischer Expansion, sondern draußen in seinen Einflußgebieten, vor allem in Südamerika. Hier sind von der Union her Dinge im Werke wie die Panama-Eisenbahn, die Andenlinien und der gewaltige Schienenstrang der Transkontinentalbahn New York—Buenos Aires; hier dringt der Yankee auch speziell in die deutschen Gebiete Brasiliens ein, zunächst als Wohltäter, als Stifter von Kirchen und Schulen, um das Deutschtum dieser Gebiete schließlich aufzusaugen, und nur zu wenig folgen unsere Landsleute über See der Warnung des alten Wortes Timeo Danaos et dona ferentes.

So erscheint die Union allenthalben als der aggressivste, jüngste, anscheinend zukunftsreichste der drei germanischen Weltstaaten. Sollen wir Deutschen demgegenüber verzweifeln auch nur im Sinne des melancholischen Verzichts so mancher Engländer? Stehen wir wirklich schon zwischen den noch größeren Weltmächten wie eine kleinere Handels- und Industriemacht, wie einstmals etwa Venedig zwischen Byzanz und dem westlichen Imperium, oder auch wie Flandern zwischen England, Frankreich und dem alten römischen Reiche deutscher Nation? Nein: noch ist die Stunde nicht gekommen. Mögen wir England nicht in allen Stücken gewachsen sein, ist der in manchem Kopfe vielleicht selbst heute noch spukende Gedanke eines künftigen Zweibundes mit den Vereinigten Staaten, die so gut wie

niemals ein Bündnis schlossen, sicher ein Hirngespinst: wir haben Eigenes und auch eigene Vorzüge genug, auf denen wir fußen können. Nicht nur wir halten uns für notwendig in Welt und Menschheit; reich und bei ernstem Nachdenken schlagend für alle sind schließlich doch die Gründe für die Unabkömmlichkeit unseres nationalen Daseins. Und haben wir die jüngsten Prüfungen eines emportauchenden Zeitalters der Weltpolitik nicht bisher zur Zufriedenheit bestanden? Die Erzählung eines späteren Bandes wird Antwort geben auf diese Frage: keineswegs völlig unzweideutig, aber doch auch nicht von vornherein entmutigend.

Was aber auch die Zukunft bringen mag: das eine hat sich der Deutsche der Gegenwart zu sagen, daß der Ruhm seiner Vergangenheit verblassen, daß seine geschichtliche Rolle gefährdet sein wird, wenn er nicht in voller Einmütigkeit mit allen seinen Volksgenossen seine Ziele aufs Höchste nimmt und sich mit eiserner Energie allen widrigen Umständen zum Trotze vorwärts streckt unter sicherer, von groben Fehlern freier Führung.

Register.

Bearbeitet von Dr. Johannes Martens in Leipzig.

A. Personenregister.

B. Sachregister.

